

Die Vordere Grafschaft Sponheim als pfälzisch-badisches Kondominium

1437 - 1707/08

Die Entwicklung zum kurpfälzischen Oberamt Kreuznach
unter besonderer Berücksichtigung des badischen
Kondominatsfaktors.

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde der
Philosophischen Fakultät
der

Johannes Gutenberg-Universität zu Mainz

1962

vorgelegt von

WINFRIED DOTZAUER

aus Bad Kreuznach

BAD KREUZNACH · 1963



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Die Vordere Grafschaft Sponheim als pfälzisch-badisches Kondominium

1437 - 1707/08

Die Entwicklung zum kurpfälzischen Oberamt Kreuznach
unter besonderer Berücksichtigung des badischen
Kondominatsfaktors.

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde der

Philosophischen Fakultät

der

Johannes Gutenberg-Universität zu Mainz

vorgelegt von

WINFRIED DOTZAUER

aus Bad Kreuznach

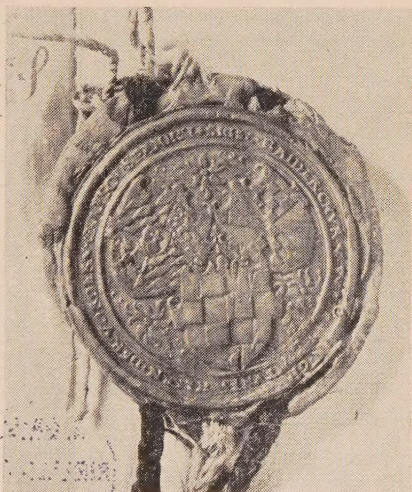
BAD KREUZNACH · 1963



Referent: Professor Dr. Ludwig Petry

Korreferent: Professor Dr. Eugen Ewig

Tag der mündlichen Prüfung: 9. 2. 1962



Von links nach rechts: Sponheimisches Hofgerichtssiegel vom Anfang des 16. Jhs. mit den Wappen v. Kurpfalz, Simmern, Baden u. Vorder-Sponheim. Aufschrift: HOFGERECHTS SIGEL DRIE FERSTEN DER VYRDER GF S(PANHEIM). 2) Sponheimisches Hofgerichtssiegel aus der Zeit der Zweiherrschaft mit den Wappen v. Kurpfalz, Baden u. Sponheim. Randschrift: SIGEL BAIDER CHVR V FYRSTEN GEMEYNER HERRN DER VORDERN GRAFSCH. SPANHEI. (Abb. aus Akten d. Staatsarchivs Koblenz).

COMMUNIO MATER DISCORDIARUM
(GEMEIN IST SELTEN REIN)

J. J. Moser, Familien-Staatsrecht derer teutschen
Reichsstände, Von Gemeinschaften

Vorwort

Sieht man von dem Mangel räumlicher Geschlossenheit und dynastisch politischer Einheit ab, so scheinen mit dem Gegenstand der Vorderen Grafschaft Sponheim vorerst Umfang und Inhalt der vorliegenden Untersuchung einer flächenhaften Beschränkung auf das Nahe-Hunsrück-Gebiet unterzogen. Zur zeitlichen Abgrenzung des Themas bedarf es anfänglich ebensowenig erläuternder Worte. Wenn wir die Entwicklung zum kurpfälzischen Oberamt Kreuznach unter besonderer Berücksichtigung des badischen Kondominatsfaktors aufzeigen wollen, so ist notwendigerweise jene Zeitspanne zu beleuchten, in der dieser Vorgang sichtbare Formen annahm, durch die Bezeichnung Kondominat bieten sich für Sponheim notwendigerweise die Jahre 1437 und 1707/08 als Begrenzungsdaten an. Trotz dieser zeitlichen und räumlichen Absicherung – eine Gesamtdarstellung der Grafschaft Sponheim ist von gelungenen Vorarbeiten abgesehen (noch) nicht geschrieben – vermag die Arbeit kein umfassendes Gesamtbild jener Jahre vorzustellen, sondern will lediglich unter Wahrung des Beitragscharakters bestimmte Themenkreise, deren Bearbeitung sich aus unterschiedlichsten Gründen anbietet, herausstellen, wobei in den erforderlichen Fällen auch der Versuch einer Einordnung in den größeren Rahmen landes- oder reichsgeschichtlicher Zusammenhänge nicht gescheut wurde; die Träger des politischen Kräftespiels in Sponheim, nämlich Pfalz und Baden, und das Netz ihrer politischen Verflechtungen führten im Gegenteil den nach Bestätigung oder Korrektur Suchenden und Forschenden von selbst dorthin. „Es liegt im Wesen kleinräumiger Forschungsmethode, daß sie über die räumlichen Grenzen hinausgehen muß, wenn sie zur Erkenntnis allgemeiner und universaler geschichtlicher Problematik beitragen will“ (1).

Es bleibt mir noch die angenehme Pflicht, allen zu danken, die mir bei der Abfassung der Arbeit Unterstützung gewährten. Die vorliegende Untersuchung entstand unter der Leitung meines verehrten Lehrers, Herrn Professor Dr. Ludwig Petry, dem ich für die warme Anteilnahme und die verständnisvolle Förderung, die er meinen Studien zuteil werden ließ, meinen allergrößten Dank auszusprechen habe. Daneben gilt mein besonderer Dank für wertvolle Hinweise und willkommene Anregungen Herrn Privatdozenten Dr. Alois Ger-

1) K. S. Bader, Dt. Südwesten 9.

lich, Mainz, Herrn Staatsarchivrat Dr. Kurt Becker, einem der Initiatoren der Arbeit sowie den Herren Staatsarchivräten Dr. Günther Engelbert, Wiesbaden, und Dr. Franz-Josef Heyen, Koblenz, Herrn Dr. Helmut Mathy, Mainz, dem Leiter des Kreuznacher Stadtarchivs, Herrn Otto Guthmann, und dem Landrat des Landkreises Kaiserslautern, Herrn Friedrich Ludwig Wagner. Weiterhin habe ich den Direktoren und Sachbearbeitern der benutzten Archive, der Mainzer Universitätsbibliothek sowie der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe für die Gewährung von Auskünften, die Ausleihe und Verwertung von Archivalien, die Erlaubnis zur Aufnahme von Mikrofilmen und die Beschaffung der einschlägigen Literatur zu danken.

Die Drucklegung der Arbeit fand die Förderung verschiedener staatlicher und kommunaler Stellen. Vor allem dem Ministerium für Unterricht und Kultus des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Bad Kreuznach sei für ihren Beitrag gedankt. Weitere Zuwendungen kamen von den Landkreisen Kreuznach, Alzey, Bingen, Birkenfeld, Rockenhausen und Simmern.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Verzeichnis der Abkürzungen	X
Quellen und Literatur	XI
Einleitung	1

Teil A **DAS POLITISCHE KRÄFTESPIEL IN DER VORDEREN GRAFSCHAFT SPONHEIM IM 16. UND 17. JAHRHUNDERT. DIE INNERTERRITORIALEN VERHÄLTNISSE**

I. Frühe Voraussetzungen für die pfälzische Präpotenz im 17. Jahrhundert	3
1. Die 1. badische Restitution von 1508–1534 und ihre Folgen	5
2. Säkularisation und Reformation	8
3. Der badische Anteil unter Eduard Fortunatus	12
II. Die pfälzische Alleinherrschaft von 1600–1620 (Versuch einer Eingliederung der Grafschaft in die pfälzischen Kurlande)	
1. Die kurpfälzische Annexion des badischen Anteils	14
2. Die pfälzische Güterverteilung Friedrichs IV. in ihrer Auswirkung auf Sponheim	16
III. Der Dreißigjährige Krieg. (Die 2. badische Restitution)	18
IV. Die 3. badische Restitution, Konferenzen und Kommissionen als Ausdruck politischer und religiöser Spannungen in der Kondominatsherrschaft	
1. Punctum restitutionis	23
2. Punctum religionis	28
3. Punctum liquidationis, Kurpfälzisches Fußfassen in der Grafschaft	32
4. Sponheim im Kräftefeld der mittelrheinischen Territorialpolitik 1655–1677	36
5. Die politische Entwicklung bis zu den sponheimischen Teilungskonferenzen 1677–1707	49
6. Die sponheimische Religionspolitik bis 1721	56
V. Die Teilung der Vorderen Grafschaft Sponheim und ihre Voraussetzungen	68

VI. Die Grafschaft nach der Teilung von 1707/08

1. Der kurpfälzische Anteil im 18. Jahrhundert. Kurpfälzisches Oberamt Kreuznach. Pfälzische Projekte und territoriale Veränderungen	79
a) Der kurpfälzisch-kurmainzische Austauschvertrag von 1714. Das kurpfälzische Unteramt Böckelheim	80
b) Der Selzer und Hagenbacher Ausgleich von 1768	82
c) Amt und Herrschaft Ebernburg 1750–1771	83
2. Der badische Anteil im 18. Jahrhundert. Badisches Oberamt Kirchberg	87

Teil B **DAS TERRITORIUM DER VORDEREN GRAFSCHAFT SPONHEIM. RAUM UND INSTITUTION (VERFASSUNG)**

I. Die räumliche Ausdehnung und Tendenzen ihrer Umgestaltung	94
II. Die Institution der Gemeinschaft der Vorderen Grafschaft Sponheim	
1. Die reichsrechtliche Stellung Sponheims. Sponheim als Reichs- und Kreisstand	112
2. Sponheimische Hoheitsrechte und Regalien	114
a) Die sponheimische Landeshuldigung	114
b) 1. Sponheimische Aktivlehen	118
Kreuznacher Erbburglehen	122
Übersicht über die Entwicklung der Aktivlehen der Vorderen Grafschaft Sponheim, vornehmlich des 17. Jahrhunderts	126
2. Sponheimische Passivlehen	139
c) Sponheimische Geleitsrechte	140
d) Die sponheimischen Zölle	142
e) Die Steuern und Auflagen in Vordersponheim	
1. Ständige Steuern	150
2. Außergewöhnliche Auflagen	155
f) Die Fron	161
g) Die Juden in der Grafschaft	163

III.	Die Ausbildung der Organisation des vordersponheimischen Gebietes als Kondominium	166
	Die sponheimische Ämterbestellung	179
	Der vordersponheimische Burgfriede	184
	Die Burgen im Kondominat Vordersponheim	187
IV.	Der Verwaltungsaufbau des Oberamtes Kreuznach	189
	1. Vordersponheimische Landesordnung und Landrecht	198
	2. Die Untergerichtsverfassung	
	a) Die Ortsgerichte	201
	b) Das Kreuznacher Stadtgericht	204
	3. Die gerichtliche Funktion des Amtes	206
	4. Das Kreuznacher Hofgericht	209
	Zusammenfassung	218

Teil C **ANHANG UND EXKURSE**

1.	Biographische Anmerkungen zu vordersponheimischen Oberbeamten, Johann Werner Freiherr von Plittersdorf	221
2.	Oberamtleute und Beamte des Oberamtes Kreuznach	227
3.	Das Kreuznacher Hofgericht 1437–1708 (1711) (Rekonstruktion)	235
4.	Bevölkerungsbewegung im Oberamt Kreuznach 1601–1791	250
5.	Adlige Güter u. Klosterbesitz in der Vorderen Grafschaft Sponheim um 1600	253
6.	(Fremde) Zehntherren im Oberamt Kreuznach um 1600	254
7.	Übersicht über Währung, Maße und Gewichte im Oberamt Kreuznach	256
8.	Karten und Abbildungen	258
	Oberamt Kreuznach (Vordere Grafschaft Sponheim)	258
	Die Oberamtsverwaltung des vordersponheimischen Kondominats	260
	Oberamt Kreuznach (V. G. Sponheim), Verwaltung, Instanzenzug (Bsp. 16. Jh.)	261
	Untergerichtssysteme des Oberamtes Kreuznach im 17. Jh.	262
	Badische Teilungsprojekte für die V. G. Sponheim 1665–1707	263
	Kurpfälzische Teilungsprojekte für die V. G. Sponheim	265
	Fremde Leibeigene im Oberamt Kreuznach i. J. 1707	267
	Oberamt Kreuznach (Karte um 1700)	268
	Der Soonwald des Oberamtes Kreuznach im 18. Jh.	269

Verzeichnis der Abkürzungen

ADB	=	Allgemeine Deutsche Biographie
AHG	=	Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde
ARhG	=	Archiv für Rheinische Geschichte
BL	=	Blätter für deutsche Landesgeschichte
DW	=	Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm
HW	=	E. Haberkern und J. Fr. Wallach: Hilfswörterbuch für Historiker. Berlin 1935.
MbrhL	=	Mitteilungsblatt zur rheinhessischen Landeskunde
MHVP	=	Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz
NbHK	=	Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission
RhA	=	Rheinisches Archiv
RhVjbl	=	Rheinische Vierteljahrsblätter
SwB	=	H. Rössler und G. Franz: Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte
VIL	=	Veröffentlichungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn.
ZGO	=	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins

Quellen und Literatur

A. Ungedruckte Quellen:

- a) **Akten des Staatsarchivs Koblenz** (zit. STAK).
Abtl. 33 Reichsgrafschaft Sponheim.
Abtl. 56 Akten des ehemaligen Reichskammergerichts.
Abtl. 702 (betr. Karten u. Pläne).
- b) **Akten des Badischen Generallandesarchivs Karlsruhe** (zit. GLAK).
Abtl. 67 Kopialbücher.
Abtl. 75 Akten Baden Ausland.
Abtl. 77 Akten Pfalz Generalia.
- c) **Akten des Staatsarchivs Speyer** (zit. STAS).
Bestand Oberrheinischer Kreis.
Kurpfalz Akten.
Kurpfalz Urkunden.
Sammlung Horstmanniania (zit. Horstmann.).
- d) **Akten des Staatsarchivs Darmstadt** (zit. STAD).
Abtl. Salbücher, Rheinhessen.
Abtl. Gerichtsbücher.
Abtl. X Polizeianglegenheiten, Konv. 141.
Abtl. XIII Gemeindeanglegenheiten, Konv. 110, 120.
- e) **Archives départementales du Bas-Rhin, Strasbourg** (zit. Ad. Strasb.).
E 5149, 172; E 5149, 182; E 5150, 180 a, b; E 5150, 184; 185; 187; 189 a, b.
- f) **Stadtarchiv Kreuznach** (zit. STAKrn).
Gruppe 104/Nr. 4; 166/1; 194/2; 194/6; 735/1; 735/4–8; 736/1; 761/12; 762/1;
762/9; 762/13; 763/1; 766/1; 767/2; 768/1,2; 774/4,5; 776/5; 777/4; 777/7;
783/34–36; 786/1; 787/1; 801/1–5; 818/1; 821/1; U 291; U 293.
- g) **Stadtbibliothek Bad Kreuznach**.
Handschriftlicher Anhang in: Chr. J. Kremer, Diplomatische Beyträge zum
Behuf der teutschen Geschichtskunde I, Frankfurt u. Leipzig 1761 (viell. v.
dem kurpf. Hofkammerrat Knapp, vgl. unten B. T. 105/843 pag. 299–330),
(zit. Handschriftenhang Kremer).
- h) **Bistumsarchiv Trier** (zit. B. T.).
Abtl. 105, Nr. 843 (Nachlaß Clausen).
- i) **Bayerisches Hauptstaatsarchiv München** (zit. München).
Abtl. 1 Allgemeines Staatsarchiv: K. B. Allgemeines Reichs-
archiv, Fürstensachen.
- j) **Bayerische Staatsbibliothek München** (zit. B. St. M.).
Codex germ. 2654.
- k) **Österreichisches Staatsarchiv Wien** (zit. Wien).
Abtl. Haus-, Hof- und Staatsarchiv: Judicialia Antiqua des
Reichshofrates (J. A.).

Akten des Landesarchivs Sachsen-Anhalt, Abtl. ehemaliges Staatsarchiv
Anhalt, Schloß Oranienbaum bei Dessau, blieben leider zum Zeitpunkt
der Bearbeitung unzugänglich.

B. Gedruckte Quellen und Literatur

- Aldefeld, C. L. W. Die älteren und neuen Maße und Gewichte der Königlich Preußischen Rheinprovinz. Aachen und Leipzig 1835 (zit. Aldefeld).
- Andreae, Hen. Joa. Crudenacum palatinum illustratum... Heidelbergae 1784 (zit. Andreae).
- Andreas, Willy Baden nach dem Wiener Frieden von 1809. NbHK 1912. Heidelberg 1912 (zit. Andreas).
- Aubin, Hermann u. a. Geschichte des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart. 2 Bde.
1. Bd. Politische Geschichte. Bonn 1922
2. Bd. Kulturgeschichte. Bonn 1922
(zit. Aubin bzw. Gesch. d. Rheinl.).
- Aubin, Hermann Geschichtliche Landeskunde. In: Rheinische Neu-
jahrsblätter, hrsg. v. Institut für geschichtliche Lan-
deskunde d. Rheinlande an der Universität Bonn.
Heft 4. Bonn u. Leipzig 1925 (zit. Aubin, Landes-
kunde).
- Aubin, Hermann und Frings, Theodor und Müller, Josef Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rhein-
landen. Geschichte, Sprache, Volkskunde. VII. Bonn.
Bonn 1926 (zit. Aubin, Kulturströmungen).
- Bachmann, Pfalz Zweibrückisches Staats-Recht. Tübingen 1784
Johann Henrich (zit. Bachmann).
- Back, Friedrich Die evangelische Kirche im Lande zwischen Rhein,
Mosel, Nahe und Glan bis zum Beginn des Dreißig-
jährigen Krieges. 3 Teile.
1. Teil, Bonn 1872
2. Teil, Abtlg. I, Bonn 1873
(zit. Back).
- Back, Friedrich Ein Jahrtausend künstlerischer Kultur am Mittel-
rhein. Darmstadt 1932 (zit. Back, Kultur).
- Badalo-Dulong, Claude Trente ans de Diplomatie Française en Allemagne.
Paris 1956 (zit. Badalo-Dulong).
- Bader, Karl Siegfried Das badisch-fürstenbergische Kondominat im Precht-
tal. Beiträge zur oberrheinischen Rechts- und Ver-
fassungsgeschichte I. Freiburg i. Br. 1934 (zit. Bader).
- Bader, Karl Siegfried Zur politischen und rechtlichen Entwicklung Badens.
In: Baden im 19. und 20. Jahrhundert. Verfassungs-
u. verwaltungsgeschichtliche Studien Bd. 1, Karls-
ruhe (1948) S. 7–22 (zit. Bader, Entwicklung Badens).

- Bader, Karl Siegfried Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung. Stuttgart 1950 (zit. Bader, Südwesten).
- Bader, Karl Siegfried Territorialbildung und Landeshoheit. In: BL 90 (1953) 109–131 (zit. Bader, Territorialbildung).
- Bader, Karl Siegfried Das mittelalterliche Dorf als Friedens- und Rechtsbereich. (Studien z. Rechtsgeschichte des Mittelalters T. 1). Weimar 1957 (zit. Bader, Dorf).
- Baldes, Heinrich Geschichtliche Heimatkunde der Birkenfelder Landschaft von der Urzeit bis 1817 nebst einer geschichtlichen Ortskunde. Birkenfeld 1923 (zit. Baldes).
- Beck, Dietrich Simultankirchen in der Rheinprovinz. In: Theologische Arbeiten aus dem Rheinischen Wissenschaftlichen Predigerverein, hrsg. v. Goeters. 3. Folge, Heft 1. Weimar 1934 (zit. Beck).
- Becker, Eduard Geschichte des Kondominats zu Kürnbach bis 1598. In: AHG NF 4 (1904) 1–154 (zit. Becker, Kürnbach).
- Becker, Kurt Die territoriale Raumentwicklung. In Harald Uhlig (Hrsg.), Landkreis Kreuznach. (In: Die Deutschen Landkreise, Reihe Rheinland-Pfalz, Bd. 1) Speyer 1954, S. 78–93 (zit. Becker, Raumentwicklung).
- Below, Georg von Territorium und Stadt. Aufsätze z. deutschen Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte. Historische Bibliothek Bd. 11. 2. Auflage. München u. Berlin 1923 (zit. Below).
- Biederbick, Andreas Der Deutsche Reichstag zu Regensburg im Jahrzehnt nach dem Spanischen Erbfolgekrieg 1714–1724. Der Verlauf der Religionsstreitigkeiten und ihre Bedeutung für den Reichstag. Diss. Bonn, Düsseldorf 1937 (zit. Biederbick).
- Biskup, Gerhard Die landesfürstlichen Versuche zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Kurpfalz nach dem Dreißigjährigen Kriege 1648–1674. (Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Pfalz). Frankfurt 1932 (zit. Biskup).
- Blaschke, Karlheinz Die Ausbreitung des Staates in Sachsen und der Ausbau seiner räumlichen Verwaltungsbezirke. In: BL 91 (1954) 74–109 (zit. Blaschke).
- Blittersdorff, Philipp v. Kurzer Abriss der Geschichte der Herren und Reichsfreiherrn von Blittersdorff. In: Jahrbuch der K. K. Heraldischen Gesellschaft „Adler“ NF 7 (1897) 117–168:

- Blittersdorff, Philipp v. Johann Werner Reichsfreiherr von Blitterstorff (sic). Kaiserlicher Reichshofrath und Gesandter. In: Jahrbuch der K. K. Heraldischen Gesellschaft „Adler“ NF 7 (1897) 169–174 (beide zit. Blittersdorff).
- Boeck, Walter Die Wälder im Soonwald und nördlichen Nahebergland in geographischer Sicht. Diss. Mainz 1954 (zit. Boeck).
- Böhn, Georg Friedrich Die Alzeyer Ausfautei. Referatbericht in: MbrhL 4 (1955) 110–116 (zit. Böhn, Ausfautei).
- Böhn, Georg Friedrich Beiträge zur Territorialgeschichte des Landkreises Alzey. Diss. Mainz 1956 = Mainzer Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte I. Meisenheim 1958 (zit. Böhn).
- Bolle, Hermann Der kurpfälzische Beamtenstab der linksrheinischen Gebiete in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte der Pfalz. In: MHVP 53 (1955) 87–224 (zit. Bolle).
- Brilmayer, Karl Johann Rheinhessen in Vergangenheit und Gegenwart. Gießen 1905 (zit. Brilmayer).
- Brück, Anton Philipp Alt-Mainzer Geleitsrechte im heutigen Rheinhessen. In: MbrhL 2 (1953) 31–36 (zit. Brück).
- Brück, Anton Philipp Das Algesheimer Landkapitel. In: MbrhL 2 (1953) 56–59 (zit. Brück, Landkapitel).
- Brunner, Karl Der pfälzische Wildfangstreit unter Kurfürst Karl Ludwig (1664–1667). Diss. Heidelberg, Innsbruck 1896 (zit. Brunner).
- Bundschuh, Johann Kaspar Geographisches Statistisch-Topographisches Lexikon vom Kur- und Oberrheinischen Kreis. Ulm 1805 (zit. Bundschuh).
- Büsching, Anton Friedrich Erdbeschreibung. T. 7. 7. Auflage. Hamburg 1790 (zit. Büsching, Erdbeschreibung).
- Carlebach, Rudolf Badische Rechtsgeschichte. Bd. I. Das ausgehende Mittelalter und die Rezeption des römischen Rechts. Heidelberg 1906.
- Chrismar, Eugen von Genealogie des Gesamthauses Baden. Gotha 1892 (zit. Chrismar).
- Chur-Fürstlicher Pfaltz Lands-Ordnung. Gedruckt in der Churfürstlichen Pfaltz zu Newstadt an der Hardt durch Mattheum Harnisch 1594 (zit. Kurpf. Landesordnung 1594).
- Churfürstlicher Pfalz bey Rhein etc. Erneuert und Verbessertes Land-Recht (und Churpfälzische Lands-Ordnung). Weinheim 1700 (zit. Kurpf. Landrecht bzw. Landesordnung 1700).

- Conrad, Hermann Deutsche Rechtsgeschichte. Bd.1. Karlsruhe 1954 (zit. Conrad).
- Danckelmann, Eberhard Freiherr v. Die kurbrandenburgische Kirchenpolitik und Kurpfalz im Jahre 1696. In: ZGO NF 31 (1916) 573–601 (zit. Danckelmann).
- Delerieu, – Kreuznach de 1789 à 1815. In: Bulletin de la Société des Amis des Pays de la Sarre (1923/24) 47–92. Nancy, Paris, Strasbourg.
- Demandt, Karl Eduard Amt und Familie. Eine soziologisch-genealogische Studie zur hessischen Verwaltungsgeschichte des 16. Jahrhunderts. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 2 (1952) 79–133 (zit. Demandt, Amt u. Familie).
- Demandt, Karl Eduard Regesten der Grafen von Katzenelnbogen. 4 Bde. = Veröff. d. Historischen Kommiss. f. Nassau XI. Wiesbaden 1953–1957 (zit. Demandt, Reg.).
- Demandt, Karl Eduard Die Reichsganerbschaft Lindheim in der Wetterau. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 6 (1956) 77–137. 2. Teil ebd. 10 (1960) 149–211 (zit. Demandt).
- Dickmann, Fritz Der Westfälische Frieden. Münster 1959 (zit. Dickmann).
- Dotzauer, Winfried Beiträge zum Geleitwesen im Nahe-Mündungsgebiet. In: MbrhL 10 (1961) 287–291 (zit. Dotzauer).
- Faber, Karl-Georg Geschichtliche Grundlagen. In: Landkreis Bingen. Bearb. v. Erich Balon u. K. - G. Faber. (In: Die Dt. Landkreise, Reihe Rheinland-Pfalz, Bd.3) Speyer 1958, S. 48–80 (zit. Faber).
- Fabricius, Wilhelm Erläuterungen zum Geschichtlichen Handatlas der Rheinprovinz.
- Bd.2. Die Karte von 1789. Einteilung und Entwicklung der Territorien von 1600 bis 1794. Bonn 1898.
- (Bd.3). Das Hochgericht auf der Heide. (Die Wildgrafschaft zwischen Oberstein, Meisenheim, Lauter-
ecken und Kusel). Bonn 1901. Erschienen in: West-
deutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst 24
(1905) 101–200.
- Bd.5. Die beiden Karten der kirchlichen Organi-
sation, 1450 und 1610. 2. Hälfte: Die Trierer
und Mainzer Kirchenprovinz. Entwicklung der kirchlichen
Verbände. Bonn 1913.
- Bd.6. Die Herrschaften des unteren Nahegebietes.
Der Nahegau und seine Umgebung. Bonn 1914.
(zit. Fabricius II, III usw.).

- Fabricius, Wilhelm Das Pfälzische Oberamt Simmern. In: Westdt. Zeitschrift f. Gesch. u. Kunst 28 (1909 70–131 (zit. Fabricius, Oberamt Simmern).
- Falk, – Wie Kurfürst Friedrich III. von der Pfalz in der vorderen Grafschaft Sponheim den Calvinismus einführen wollte. In: Historisches Jahrbuch 12 (1891) 37–55, 492–504 (zit. Falk).
- Fehr, Hans Deutsche Rechtsgeschichte. Bd. 10 der Lehrbücher u. Grundrisse d. Rechtswissenschaft. 5. Aufl. Berlin 1948 (zit. Fehr).
- Fester, Richard Markgraf Bernhard I. und die Anfänge des badischen Territorialstaates. In: NbHK Blatt 6. Karlsruhe 1896 (zit. Fester).
- Fligel, H. Versuch einer urkundlichen Geschichte des Oberamts Böckelheim insbesondere der Stadt Sobernheim im Nahetale. Sobernheim 1865 (zit. Fligel).
- Fredy, Gerhard Zur Entstehung der landesherrlichen Huldigung. Diss. Marburg 1899 (zit. Fredy).
- Fritsch, Eduard Kreuznach im Dreißigjährigen Kriege. Diss. Gießen 1929 (zit. Fritsch).
- Frommann, Johann Andreas Tractatio inauguralis de Condominio Territorii, quam Superioritate conjunctum. Tübingen 1682 (zit. Frommann).
- Fuchs, Johann Casimir Oratio de Diocesi Beckelnhemensi veteris comitatus Spanhemensis olim portione. Zweibrücken 1732 (zit. Fuchs, Oratio).
- Geib, Karl Historische Topographie von Kreuznach. In: Heimatblätter, Beilage zum Oeffentlichen Anzeiger, Bad Kreuznach 8 (1928) Nr. 14–26; 9 (1929) Nr. 1–2, 8–26; 10 (1930) 1–25; 11 (1931) 4, 6–15, 17. (I. Teil) (zit. Geib, Topographie).
- Geib, Karl Geschichte der Stadt Bad Kreuznach. Festschrift zur Erinnerung an die Stadtrechtsverleihung vor 650 Jahren. Kreuznach 1940 (zit. Geib).
- Gerlich, Alois Historische Strukturelemente und Strukturwandlungen des Nahemündungsgebietes im frühen und hohen Mittelalter. In: 1000 Jahre Binger Land. Festschrift zum 14. Juni 983. Hrsg. v. Kreisverband d. Heimatfreunde „Binger Land“. Bingen 1953 (zit. Gerlich).
- Gerlich, Alois Habsburg-Luxemburg-Wittelsbach im Kampf um die deutsche Königskrone. Studien zur Vorgeschichte des Königtums Ruprechts von der Pfalz. Wiesbaden 1960 (zit. Gerlich, Habsburg).

- Gerstner, Ruth Die Geschichte der lothringischen und rheinischen Pfalzgrafschaft von ihren Anfängen bis zur Ausbildung des Kurterritoriums Pfalz. RhA Heft 40 (1941) (zit. Gerstner).
- Gierke, Otto von Das deutsche Genossenschaftsrecht. 4 Bde. Graz 1954 (Nachdruck). (zit. Gierke).
- Gmilkowsky, Gustav Der preußische Feldzug in der Pfalz im Jahre 1793. Diss. Köln 1936 (zit. Gmilkowsky).
- Göhring, Martin Kaiserwahl und Rheinbund von 1658. Ein Höhepunkt des Kampfes zwischen Habsburg und Bourbon um die Beherrschung des Reiches. In: Geschichtliche Kräfte und Entscheidungen. Festschrift f. Otto Becker, Wiesbaden 1954, S. 65–83 (zit. Göhring).
- Goerz, Adam Mittelrheinische Regesten.. für die Geschichte der Territorien der beiden Regierungsbezirke Coblenz und Trier in kurzen Auszügen.. 4 Teile. Coblenz 1876–1886 (zit. MRR).
- Gothein, Eberhard Die Landstände der Kurpfalz. In: ZGO NF 3 (1888) 1–76 (zit. Gothein, Landstände).
- Gothein, Eberhard Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrhundert. NBHK NF 13. Heidelberg 1910 (zit. Gothein, Markgrafschaften).
- Grosse, R. Das Postwesen in der Kurpfalz im 17. und 18. Jahrhundert. In: Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen. Tübingen und Leipzig 1902 (zit. Grosse).
- Grünewald, Lukas Johann Nikolaus Quad von Kinkelbach. Vom 14. August 1651 bis 22. Februar 1708. In: Pfälzisches Museum, hrsg. v. Hist. Verein u. Museum d. Pfalz 34 (1917) 9–13 (zit. Grünewald).
- Gschließer, Oswald von Der Reichshofrat. Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte des ehemaligen Österreich 33, Wien 1942 (zit. Gschließer).
- Guhrauer, G. E. Kur-Mainz in der Epoche von 1672. Teil 1, Hamburg 1839 (zit. Guhrauer).
- Gümbell, Theodor Berührungen zwischen Sponheim und der Pfalzgrafschaft bei Rhein. In: Das Bayerland 12, Nr. 18f. München 1901.
- Günther, Wilhelm Codex diplomaticus Rheno-Mosellanus. 5 Bde. Koblenz 1822–1826 (zit. Günther).
- Hansen, Joseph Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der französischen Revolution 1780–1801. 4 Bde. Bonn 1931–1938 (zit. Hansen).

- Hartung, Fritz Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. 5. Aufl. Stuttgart 1950 (zit. Hartung).
- Häusser, Ludwig Geschichte der rheinischen Pfalz nach ihren politischen, kirchlichen und literarischen Verhältnissen. 2. Bde. 1. Aufl., Heidelberg 1845 (zit. Häusser).
- Hecht, Gustav Gebürtige Pfälzer als Träger der preußischen Kirchenpolitik im Streite um die Heiliggeistkirche in Heidelberg. In ZGO NF 41 (1928) 173–252 (zit. Hecht).
- Heimatblätter, Kreuznacher, Beilage zum Oeffentlichen Anzeiger Bad Kreuznach unter verantwortlicher Mitwirkung des Vereins f. Heimatkunde e. V. Kreuznach. Verantwortliche Schriftleitung Karl Geib. Jhg. 1–37 (1921–1937), 1952f. Otto Guthmann (zit. Krzn. Hbltr.).
- Heldmann, August Die Reichsherrschaft Bretzenheim. Kreuznach 1896 (zit. Heldmann).
- Helwich, Georg Die Inschriften der alten Grabsteine in den Kreuznacher Kirchen. Abschrift von 1614. Wiedergegeben in: Krzn. Hbltr. 7 (1927) Nr. 20f.
- Hölzle, Erwin Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches. Beiwort, Hrsg. vom Württ. Statistischen Landesamt. Stuttgart 1938 (zit. Hölzle).
- Humbracht, Johann Maximilian Die höchste Zierde Teutsch-Landes und Vortrefflichkeit des Teutschen Adels. Frankfurt a. M. 1707 (zit. Humbracht).
- Huysen, G. Kirchen-Gründung, Reformation und Union in Kreuznach und Umgegend. Kreuznach 1867 (zit. Huysen).
- Hymmen, Hans von Der erste preußische König und die Gegenreformation in der Pfalz. Diss. Göttingen, Bielefeld 1904 (zit. Hymmen).
- Jacobsen, Heinrich Friedrich Geschichte der Quellen des evangelischen Kirchenrechts der Provinzen Rheinland und Westfalen. Teil 4, Bd. 3 der Quellen des Kirchenrechts des Preußischen Staats. Königsberg 1844 (zit. Jacobsen).
- Jellinek, Georg Allgemeine Staatslehre. 3. Aufl. Berlin 1922 (zit. Jellinek).
- Joachim, Erich Die Entwicklung des Rheinbundes vom Jahre 1658. Leipzig 1886 (zit. Joachim).
- Jörg, Hans Die Entwicklung des Volksschulwesens im heutigen Kreise Kreuznach bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Diss. Mainz 1959, Düsseldorf 1960 (zit. Jörg).
- Just, Leo Um die Westgrenze des alten Reiches. Köln 1941 (zit. Just).

- Karst, Theodor Das kurpfälzische Oberamt Neustadt an der Haardt. Diss. Mainz 1960. Veröffentlichungen zur Geschichte von Stadt und Kreis Neustadt an der Weinstraße I, Speyer 1960 (zit. Karst).
- Käss, Ludwig Die Organisation der allgemeinen Stadtverwaltung auf dem linken Rheinufer durch die Franzosen während der Besetzung 1792 bis zum Frieden von Lunéville (1801). Jur. Diss. Gießen, Mainz 1929 (zit. Käss).
- Kattermann, Gerhard Markgraf Philipp I. von Baden (1515–1533) und sein Kanzler Dr. Hieronymus Veus in der badischen Territorial- u. in der deutschen Reichsgeschichte bis zum Sommer 1524. Diss. Freiburg, Düsseldorf 1935 (zit. Kattermann).
- Kaufmann, Hermann Die Reunionskammer zu Metz. In: Jahrbuch der Gesellschaft für lothringische Geschichte und Altertumskunde 11, Metz 1899, 1–313 (zit. Kaufmann).
- Kauw, Emil Das Finanzwesen der Kurpfalz am Ausgang des 16. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der Ämter (der sogenannten verrechneten Stellen). Diss. Bonn 1914 (zit. Kauw).
- Keller, August Zwischen den Wäldern. Geschichte des Amtes Kempfeld und seiner Gemeinden. Ortschroniken des Trierer Landes IV, Trier 1958 (zit. Keller).
- Kellner, Wolf Erich Landrecht und Landesgeschichte. Betrachtungen zu einer hessischen Rechtskarte für 1792. In: HJL 9 (1959) 120–147 (zit. Kellner).
- Kentenich, Gottfried Geschichte der Stadt Trier von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Trier 1915 (zit. Kentenich).
- Kilian, Rolf Der Gebietsaustausch von 1706 zwischen dem Hochstift Worms, der Kurpfalz und Nassau. In: Der Wormsgau 1958, 404–405 (zit. Kilian).
- Kneschke, Ernst Heinrich Neues allgemeines Deutsches Adels-Lexikon. Unveränderter Neudruck, Leipzig 1929/30 (zit. Kneschke).
- Kolde, Felix Über die Wildfänge und das Wildfangsrecht der Pfalzgrafen bei Rhein bis zum Laudum Heilbronnense (1667). Diss. Rostock, Berlin 1898 (zit. Kolde).
- Köllner, Adolph Geschichte der Herrschaft Kirchheim-Boland und Stauf. Wiesbaden 1854 (zit. Köllner).
- Kollnig, Karl Die Pfalz nach dem Dreißigjährigen Kriege. Heidelberg 1949 (zit. Kollnig).
- Köth-Wanscheid, G. Dael v. Urkundliche Geschichte des Freiherrlichen Geschlechts Köth von Wanscheid. In: AHG 9 (1859) 153–183 (zit. Köth).

- Krebs, Manfred Die kurpfälzischen Dienerbücher 1476–1685 in Registerform bearbeitet. In: ZGO 94 (1942). (zit. Krebs, Dienerb.).
- Kremer, Christoph Jacob Diplomatische Beyträge zum Behuf der teutschen Geschichtskunde. Bd. I. Frankfurt u. Leipzig 1761 (zit. Kremer).
- Kremer, Christoph Jacob Kurzgefaßte Geschichte des Wild- und Rheingräflichen Hauses. Mannheim 1769 (zit. Kremer, Wild- u. Rheingrafen).
- Kreuzberg, Bernhard Josef Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen des Kurstaates Trier zu Frankreich. RhA Heft 21 (1932).
- Krieger, Albert Topographisches Wörterbuch des Großherzogtums Baden. Hrsg. von der Bad. Histor. Kommission. 2 Bde. Heidelberg 1904/05 (zit. Krieger, Top. Wb.).
- Krieger, Albert Badische Geschichte. Berlin u. Leipzig 1921 (zit. Krieger).
- Krisinger, Josef Religionspolitik des Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz. In: Düsseldorfer Jahrbuch 47 (1955) 42–125 (zit. Krisinger).
- Kunzer, Georg Eugen Die Beziehungen des Speierer Fürstbischofs Damian August Philipp Karl, Grafen v. Limburg-Styrum, zu Frankreich. Veröffentlichungen des Hist. Vereins der Pfalz E. V. Speyer 1915 (zit. Kunzer).
- Lamprecht, Karl Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter. Untersuchungen über die Entwicklung der materiellen Kultur des platten Landes auf Grund der Quellen zunächst des Mosellandes. 3 Teile in 4 Bänden. Leipzig 1885/86 (zit. Lamprecht).
- Lehmann, Johann Georg Die Grafschaft und die Grafen von Sponheim der beiden Linien Kreuznach und Starkenburg bis zu ihrem Erlöschen im 15. Jahrhundert. 2 Teile. Kreuznach 1869 (zit. Lehmann).
- Leidner, Eduard Eugen Entwicklung der katholischen Religionsverhältnisse in der Kurpfalz von den Reunionen bis zur Kirchenteilung (1680–1707). Speyer 1930 (zit. Leidner).
- Lentze, Otto Amt Naumburg und Pfarrei Becherbach. Kreuznach 1913 (zit. Lentze).
- Leonhard, Otto Geschichte der Stadt Kastellaun. Ein Beitrag zur deutschen Wirtschafts- u. Rechtsgeschichte von 1300–1800. Kastellaun 1921 (zit. Leonhard).
- Löffler, K. Geschichte des Verkehrs in Baden insbesondere der Nachrichten- und Personenbeförderung (Boten-, Post- u. Telegraphenverkehr) von der Römerzeit bis 1872. Heidelberg 1910 (zit. Löffler).

- Looz-Corswarem, Otto von und Scheidt, Hellmuth
De Lorenzi, Philipp
Löwenstein, Leopold
Lundorp, M. C.
Lunkenheimer, Elfriede
Malzan, Traugott
Maurer, Felix
Mayer, Theodor
Mentz, Georg
Meynen, Emil
Mecenseffy, Grete
Möller, Walter
Mone, Franz Joseph
Mone, Franz Joseph
- Repertorium der Akten des ehemaligen Reichskammergerichts im Staatsarchiv Koblenz. Koblenz 1957 (zit. Looz-Scheidt).
- Beiträge zur Geschichte sämtlicher Pfarreien der Diözese Trier. Bd. 2 (Regbez. Koblenz). Trier 1887 (zit. de Lorenzi).
- Geschichte der Juden in der Kurpfalz. Frankfurt a. M. 1895 (zit. Löwenstein).
- D. Röm. K. Maj. u. des heiligen Römischen Reichs geistlicher u. weltlicher.. Reichsstände Acta publica.. Fortgesetzt v. Ch. L. Leucht u. J. J. Müller. 18 Vol. 4. Aufl. Frankfurt a. M. 1668–1721 (zit. Lundorp).
- Die Besitzungen des Erzbistums Mainz im Nahe-
raum. Masch. Diss. Mainz 1949 (zit. Lunkenheimer).
- Geschichte und Verfassung des Oberrheinischen Kreises von den Anfängen bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges. Masch. Diss. Mainz 1951 (zit. Malzan).
- Verwaltung und Verfassung Kreuznachs von 1558 bis 1789. Masch. Diss. Mainz 1954 (zit. Maurer).
- Fürsten und Staat. Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Mittelalters. Weimar 1950 (zit. Mayer).
- Johann Philipp von Schönborn, Kurfürst von Mainz, Bischof von Würzburg und Worms 1605–1673. Ein Beitrag zur Geschichte des siebzehnten Jahrhunderts. 2 Teile. Jena 1896, 1899 (zit. Mentz).
- Rheinland-Pfalz in seiner Gliederung nach zentral-örtlichen Bereichen. Gutachten im Auftrage der Staatskanzlei-Landesplanung – vorgelegt vom Zentralausschuß f. dt. Landeskunde in Gemeinschaft mit der Bundesanstalt für Landeskunde. Hauptbearbeiter: Rudolf Klöpper u. Jürgen Körber. Remagen 1957 (zit. Meynen).
- Im Dienste dreier Habsburger, Leben u. Wirken des Fürsten Johann Weikhard Auersperg. In: Archiv für Österreichische Geschichte 114 (1938), 2. Hälfte S. 295–508 (zit. Mecenseffy).
- Stamm-Tafeln westdeutscher Adelsgeschlechter im Mittelalter. 3 Bde. Darmstadt 1922, 1933, 1936. NF 2 Teile, Darmstadt 1950, 1951.
- Sponeheimische Beamtenordnung 1437. In: ZGO 6 (1855) 385–395 (zit. Mone bzw. Beamtenordnung).
- Personalbestand der Ortsgerichte vom 13. bis 17. Jahrhundert. In: ZGO 15 (1863) 257–277 (zit. Mone, Ortsgerichte).

- Moser, Johann Jacob Teutsches Staats-Recht.
Teil 15 u. 16 Leipzig u. Ebersdorff 1744
Teil 17 u. 18 Leipzig u. Ebersdorff 1745
(zit. Moser, Staatsrecht).
- Moser, Johann Jacob Einleitung in das Churfürstlich-Maynzische Staats-
Recht. Frankfurt a. M. 1755 (zit. Moser).
- Moser, Johann Jacob Von der Teutschen Reichs-Stände Landen. Frankfurt
u. Leipzig 1769 (zit. Moser, Reichsstände Landen).
- Moser, Johann Jacob Einleitung in das Markgräfllich-Badische Staats-
recht. Frankfurt u. Leipzig 1772 (zit. Moser, Bad.
Staatsrecht).
- Moser, Johann Jacob Von der Landeshoheit im Geistlichen, nach denen
Reichs-Gesetzen und dem Reichs-Herkommen wie
auch aus denen Teutschen Staats-Rechts-Lehrern und
eigener Erfahrung. Frankfurt u. Leipzig 1773 (zit.
Landeshoheit).
- Moser, Johann Jacob Familien-Staatsrecht derer teutschen Reichsstände.
2 Teile. Frankfurt und Leipzig 1775 (zit. Moser, Fa-
milienstaatsrecht).
- Mugler, K. Über Ganerbschaften in den einst kurpfälzischen
Landen. Jur. Diss. Erlangen, Landau 1897 (zit. Mug-
ler).
- Müller, Wilhelm Hessisches Ortsnamensbuch. Bd. 1: Starkenburg. Ar-
beiten der Historischen Kommission für den Volks-
staat Hessen. Darmstadt 1937 (zit. Müller, Orts-
namensbuch).
- Nahmer, Wilhelm von der Handbuch des Rheinischen Particular-Rechts. 3 Bde.
Bd. 2 u. 3 Frankfurt 1831/32 (zit. Nahmer).
- Nottebrock, H. Alte Straßen im Gebiet von Hunsrück und Eifel. In:
Rheinische Heimatblätter. Zeitschrift des Rhein. Hei-
matbundes, des Vereins für Mosel, Hochwald u.
Hunsrück u. d. Allgemeinen Moselvereins. Heft 10.
Koblenz 1925, S. 299f (zit. Nottebrock).
- Ohlmann, Michael Die Ganerbenburg Steinkallenfels. Beiträge zur
Geschichte des Nahegaues 2, Kirn 1930 (zit. Ohl-
mann).
- Pabst, Hans Die Oekonomische Landschaft am Mittelrhein vom
Elsaß bis zur Mosel im Mittelalter. In: Rhein-Mai-
nische Forschungen, Heft 4, Frankfurt a. M. 1930
(zit. Pabst).
- Petry, Ludwig Das Haus Neuburg und die Ausläufer der Gegen-
reformation in Schlesien und der Pfalz. In: Aus der
Enge in die Weite. Festschrift für Georg Biundo.
Grünstadt 1952, S. 87–106 (zit. Petry, Neuburg).

- Petry, Ludwig Die Gegenreformation in Deutschland. Beiträge zum Geschichtsunterricht, Heft 25, Braunschweig 1952 (zit. Petry-Gegenreformation).
- Petry, Ludwig Das politische Kräftespiel im pfälzischen Raum vom Interregnum bis zur Französischen Revolution. Anliegen u. Ansätze der heutigen Forschung. In: RhVjbl 20 (1955) 80–111 (zit. Petry, Kräftespiel).
- Petry, Ludwig Sprendlingen und die Rolle Badens in der rheinhessischen Geschichte. In: MbrhL 5 (1956) 39–44 (zit. Petry, Sprendlingen).
- Petry, Ludwig Der Augsburger Religionsfriede von 1555 und die Landesgeschichte. In: BL 93 (1957) 150–175 (zit. Petry, Religionsfriede).
- Petry, Ludwig Grundzüge der politischen Entwicklung an Rhein, Mosel, Saar und Unterlahn. Einleitung zum Handbuch der Historisch. Stätten Deutschlands, Bd. V, Rheinland-Pfalz und Saarland. Hrsg. v. L. Petry. Stuttgart 1959, XV–XL (zit. Petry, Einleitung bzw. Handbuch V.).
- Petry, Ludwig Der Aufstieg des Hauses Simmern vor 400 Jahren. In: Mitteilungen zur Landesgeschichte und Volkskunde in den Regierungsbezirken Trier und Koblenz 4 (1959) 7–14 (zit. Petry, Simmern).
- Petry, Ludwig Träger und Stufen mittelhheinischer Territorialgeschichte. In: Aus Geschichte und Landeskunde, Forschungen und Darstellungen. Franz Steinbach zum 65. Geburtstag gewidmet von seinen Freunden u. Schülern. Bonn 1960, S. 71–91 (zit. Petry, Träger u. Stufen).
- Planitz, Hans Grundzüge des Deutschen Privatrechts. Enzyklopädie der Rechts- u. Staatswissenschaft, Abtlg. Rechtswissenschaft V. Berlin 1925 (zit. Planitz).
- Querfurth, Hans Jürgen Das Stadtarchiv Bad Kreuznach. Übersicht über seine Bestände (nach dem Stande vom Herbst 1953) mit einer archiv- und verwaltungsgeschichtlichen Einleitung. Maschinenschrftl. Ausfertigung, Kreuznach (Stadtarchiv) 1954 (zit. Querfurth).
- Quetsch, Franz Heinrich Geschichte des Verkehrswesens am Mittelrhein von den ältesten Zeiten bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Freiburg i. Br. 1891 (zit. Quetsch, Verkehrswesen).
- Raumer, Kurt von Die Zerstörung der Pfalz von 1689. München und Berlin 1930 (zit. Raumer).

- Regesten der Markgrafen von Baden und Hachberg 1050–1515. Hrsg. v. d. Badischen Historischen Kommission. Bd. 1 bearb. v. Richard Fester. Innsbruck 1900. Bd. 3 bearb. v. Heinrich Witte. Innsbruck 1907. Bd. 4 bearb. v. Albert Krieger. Innsbruck 1915 (zit. Bad. Reg.).
- Regesten der Pfalzgrafen am Rhein 1214–1508. Hrsg. v. d. Badischen Historischen Kommission. Bd. 1 (1214–1400) bearb. v. Adolf Koch u. Jakob Wille. Innsbruck 1894. Bd. 2 (1400–1410) bearb. v. Graf L. v. Oberndorff. Innsbruck 1939 (zit. K. W.).
- Reichstagsakten, Deutsche. Hrsg. durch d. Historische Kommission bei d. Bayerischen Akademie d. Wissenschaften. Unter König Wenzel (1376–1400). 3 Abtl. i. 3 Bden. Bearb. v. Julius Weizsäcker. Unter König Ruprecht (1400–1410). 3 Abtl. i. 3 Bden. Bearb. v. J. Weizsäcker. Unter Kaiser Sigismund (1410–1437). 6 Abtl. i. 6 Bden. Bearb. v. Dietrich Kerler, Hermann Herre u. Gustav Beckmann. 2. Aufl. Göttingen 1956/57 (zit. Reichstagsakten).
- Reinking, Karl Franz Die Vormundschaften der Herzöge von Bayern in der Markgrafschaft Baden-Baden im 16. Jahrhundert. Eine Studie zur Geschichte der Gegenreformation. Histor. Studien, Heft 284. Berlin 1935 (zit. Reinking).
- Reisach, Karl August von Urkundenbuch der Grafschaft Sponheim. In: ARhG, hrsg. v. von Reisach u. Linde. T. 2, Koblenz 1835 (zit. Reisach).
- Remling, Franz Xaver Geschichte der Bischöfe zu Speyer. 2 Bde. Mainz 1854 (zit. Remling).
- Repertorium der diplomatischen Vertreter aller Länder seit dem Westfälischen Frieden (1648). Bd. 1 (1648–1715) hrsg. v. Ludwig Bittner u. Lothar Groß. Oldenburg u. Berlin 1936. Bd. 2 (1716–1763) hrsg. v. Friedrich Hausmann. Zürich 1950 (zit. Bittner-Groß bzw. Hausmann, Rep. II).
- Ritter, Moriz Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges (1555–1648). In: Bibliothek Deutscher Geschichte. Hrsg. v. H. v. Zwiedineck-Südenhorst. 3 Bde. Stuttgart u. Berlin 1889, 1895, 1908 (zit. Ritter).
- Rosendorn, Kurt Die rheinhessischen Simultankirchen bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts. In: Quellen u. Abhandlungen z. mittelhessischen Kirchengeschichte 3, Speyer 1958 (zit. Rosendorn).
- Rosenkranz, Albert Die Entstehung der lutherischen Gemeinde Kreuznach. In: Monatshefte f. Rhein. Kirchengeschichte 32, Essen 1938, 97–146 (zit. Rosenkranz, Lutherische G.).

- Rosenkranz, Albert Geschichte der evangelischen Gemeinden Kreuznachs. Kreuznach 1951 (zit. Rosenkranz, Evangelische G.).
- Roth, August Die Rechtsverhältnisse der landesherrlichen Beamten in der Markgrafschaft Baden-Durlach im 18. Jahrhundert. Jur. Diss. Heidelberg, Karlsruhe 1908 (zit. Roth).
- Roth, Ferdinand Wilhelm Emil Geschichte der Herren und Grafen zu Eltz. Bd. 1, Mainz 1899 (zit. Roth, Eltz).
- Sachs, Johann Christian Einleitung in die Geschichte der Marggrafschaft und des marggräflichen altfürstlichen Hauses Baden. 5 Teile, T. 3 Karlsruhe 1769, T. 5 Karlsruhe 1773 (zit. Sachs).
- Sante, Georg Wilhelm Die kurpfälzische Politik des Kurfürsten Johann Wilhelm vornehmlich im spanischen Erbfolgekrieg. In: Historisches Jahrbuch 44 (1924) 19–64 (zit. Sante).
- Schneegans, Eduard Historisch-topographische Beschreibung Kreuznachs und seiner Umgebungen. Koblenz 1839 (zit. Schneegans, Kreuznach).
- Schneegans, Wilhelm Die Ebernburg. Geschichte des edlen Geschlechts derer von Sickingen. 2. Aufl. Kreuznach o. J. (zit. Schneegans).
- Schneider, C. Geschichte des Wild- und Rheingräflichen Hauses, Volkes und Landes auf dem Hundsrücken, Kreuznach 1854 (zit. Schneider).
- Schnepp, Peter Die Raugrafen. In: MHVP 37/38 (1918) 147–206.
- Schnur, Roman Der Rheinbund von 1658 in der deutschen Verfassungsgeschichte. In: RhA 47 (1955) (zit. Schnur).
- Schoenberger, Guido Das Geleitswesen der Reichsstadt Frankfurt am Main im 14. und 15. Jahrhundert. Masch. Diss. Freiburg 1917 (zit. Schoenberger).
- Schulte, Aloys Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und der Reichskrieg gegen Frankreich 1693–1697. Hrsg. v. d. Badischen Historischen Kommission, 2 Bde, Heidelberg 1901 (zit. Schulte).
- Schulte, Aloys Frankreich und das linke Rheinufer. 2. Aufl. Stuttgart u. Berlin 1918 (zit. Schulte, Rheinufer).
- Senckenberg, Heinrich Christian Dissertatio iuridica qua primas lineas Condominii pro indiviso sive Ganerbiatus, derer Gemeinsherrschaften. Göttingen 1736 (zit. Senckenberg).
- Senckenberg, Heinrich Christian und Schmauss, Johann Jacob Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Ab-schiede, welche von den Zeiten Kayser Conrads des II. bis jetzo auf den teutschen Reichs-Tägen abge-fasset worden. 4 Teile, T. 3 (1552–1654). Frank-furt a. M. 1747 (zit. Senckenberg-Schmauss).

- Smend, Rudolf Das Reichskammergericht I. In: Quellen u. Studien z. Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter u. Neuzeit. Hrsg. v. Karl Zeumer. IV, 3 Weimar 1911 (zit. Smend).
- Srbik, Heinrich Ritter von Wien und Versailles 1692–1697. München 1944 (zit. Srbik).
- Strack, Paul Zwei kurpfälzische Beamtenverzeichnisse aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In: Familiengeschichtliche Blätter 25 (1927) 290–298 (zit. Strack).
- Stramberg, Christian v. Denkwürdiger und nützlicher Rheinischer Antiquarius. . von einem Nachforscher in historischen Dingen. Mittelrhein, T. II, Bd. 16–20 (v. A. I. Weidenbach) Das Nahetal. . Coblenz 1869–1871 (zit. Weidenbach).
- Strecker, Kurt Die Gegend zwischen Rhein, Nahe und Donnersberg im Jahre 1787 (mit Karte). In: Beiträge zur rheinhessischen Geschichte. Festschrift der Provinz Rheinhessen zur Hundertjahrfeier 1816–1916. Mainz 1916, S. 295–365 (zit. Strecker, Festschrift).
- Streitberger, Ingeborg Der königliche Prätor von Straßburg. 1685–1789. Freie Stadt im absoluten Staat, Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Bd. 23, Abtlg. Universalgeschichte, hrsg. v. M. Göhring, Wiesbaden 1961.
- Struve, Burcard Gotthelf Ausführlicher Bericht von der Pfälztischen Kirchen-Historie. . Franckfurt 1721 (zit. Struve).
- Süß, Gustav Adolf Geschichte des oberrheinischen Kreises und der Kreisassoziationen in der Zeit des spanischen Erbfolgekrieges 1697–1714. Diss. Mainz 1952. In: ZGO NF 64 (1955) 317–425 u. ZGO NF 65 (1956) 145–224 (zit. Süß).
- Tentzell, Ernst Disputatio inauguralis de Condominio. Tübingen 1680 (zit. Tentzell).
- Textor, Fritz Die französische „Saarprovinz“ 1680–1697. Ein Beitrag zur Geschichte der Reunionen (mit 2 Karten) In: RhVjbl 10 (1940) 1–76 (zit. Textor).
- Trautz, Fritz Die Pfalz am Rhein in der deutschen Geschichte. Neustadt a. d. W. 1959 (zit. Trautz).
- Tuckermann, Walther Das altpfälzische Oberrheingebiet von der Vergangenheit bis zur Gegenwart. 2. Aufl. Hrsg. v. Ernst Plewe. Mannheim 1953 (zit. Tuckermann).
- Über die sponheimische Surrogat- und Successionsfrage. Eine krit. Beleuchtung der Schrift: „Der sponheimische Surrogat- und Successionsstreit zwischen Bayern und Baden. Mit einem Anhang, betreffend die bayer. Territorialfrage, Gießen, bei G. F. Heyer 1828“. Stuttgart u. Tübingen 1828 (zit. Surrogatfrage).

- Uhlhorn, Friedrich Probleme der kartographischen Darstellung geschichtlicher Vorgänge. In: HJL 8 (1958) 107–149.
- Uhlig, Harald Landkreis Kreuznach (Regierungsbezirk Koblenz). In: Die Dt. Landkreise, Reihe Rheinland-Pfalz. Bd. 1. Bearbeitet in d. Bundesanstalt f. Landeskunde. Speyer 1954 (zit. Uhlig).
- Velten, Carl Recht und Gericht im alten Kreuznach. In: Krzn. Hbltr. 1–9 (1956) (zit. Velten).
- Vogt, Werner Untersuchungen zur Geschichte der Stadt Kreuznach und der benachbarten Territorien im frühen und hohen Mittelalter. Diss. Mainz, Düsseldorf 1955 (zit. Vogt).
- Wagner, Walter Das Rhein-Main-Gebiet vor 150 Jahren (1787). In: AHG NF 20 (1938) 1–220 (zit. Wagner, Rhein-Main-Gebiet).
- Weech, Friedrich von Die badischen Landtagsabschiede von 1554 bis 1668. In: ZGO 29 (1877) 323–423 (zit. Weech, Landtagsabschiede).
- Weech, Friedrich von Badische Geschichte. Karlsruhe 1890 (zit. Weech).
- Werle, Hans Das Territorialbild Rheinhessens um 1550. In: MbrhL 3 (1954) 29–30 (zit. Werle).
- Werner, Johann Wilhelm Abhandlung über die Vertheilung gemeinschaftlicher Ämter oder Herrschaften. Zweibrücken 1782 (zit. Wernher).
- Weydmann, Ernst Geschichte der ehemaligen gräfllich-sponheimischen Gebiete. Ein Beitrag zur deutschen Territorialgeschichte. Diss. Heidelberg, Konstanz 1899 (zit. Weydmann).
- Widder, Johann Goswin Versuch einer vollständigen geographisch-historischen Beschreibung der Kurfürstlichen Pfalz am Rhein. 4 Bde. Frankfurt u. Leipzig 1786–1788 (zit. Widder).
- Wielandt, Friedrich Markgraf Christoph I. von Baden 1475–1515 und das badische Territorium. In: ZGO NF 46 (1933) 527–611.
- Wild, Karl Lothar Franz von Schönborn. In: Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, Heft 8, Heidelberg 1904 (zit. Wild).
- Wippermann, Edward Über Ganerbschaften. In: Kleine Schriften juristischen und rechtshistorischen Inhalts, Heft 1, Wiesbaden 1873 (zit. Wippermann).

- Wolf, Adam Drei diplomatische Relationen aus der Zeit Kaiser Leopold's I. In: Archiv f. Kunde österreichischer Geschichts-Quellen 20, Wien 1859, 279–340 (zit. Wolf).
- Wörner, Ernst Aus der Geschichte des Dorfes Planig. Ein Beitrag zur rheinhessischen Gesch. in verschiedenen Jahrhunderten. In: AHG 15 (1884) 358–378 (zit. Wörner, Planig).
- Wörner, Ernst Aus dem Kirchenbuche von Sprendlingen in Rheinhessen. Ebd. 667–677 (zit. Wörner, Sprendlingen).
- Wundt, Friedrich Peter Versuch einer statistischen Topographie des kurpfälzischen Oberamtes Oppenheim. Mannheim 1791 (zit. Wundt).
- Wunnenberg, C. Kurt Die Geschichte der Wunnenberg in rheinischen Gauen. Hamburg 1932 (zit. Wunnenberg).
- Zeeden, Ernst Walter Kleine Reformationsgeschichte von Baden-Durlach und Kurpfalz. Ein kurzgefaßter Überblick über den Beginn der Reformation und die Geschehnisse der katholischen Kirche in der Markgrafschaft Baden-Durlach und der Kurpfalz. Karlsruhe 1956 (zit. Zeeden).
- Zeumer, Karl Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit. 2. Aufl. Tübingen 1913 (zit. Zeumer).
- Ziehen, Eduard Mittelrhein und Reich im Zeitalter der Reichsreform (1356–1504). 2 Bde. Frankfurt 1934–1937 (zit. Ziehen).
- Zillesius, Caspar Genealogia Sponhemica (1664). Hrsg. von Stramberg. In: ARhG, Teil II, Koblenz 1835 (zit. Zillesius).
- Zimmermann, Johannes Friedrich Stephan Ritterschaftliche Ganerbschaften in Rheinhessen. Diss. Mainz, Oppenheim 1957 (zit. Zimmermann, Ganerbschaften).
- Zimmermann, Karl Der Feldzug an der Mosel und am Mittelrhein im Pfälzer Krieg 1688–1697. In: RhVjbl 10 (1940) 277–306.
- Zimmermann, Walther Die Kunstdenkmäler des Kreises Kreuznach. Die Kunstdenkmäler der Rheinprovinz (im Auftrag des Provinzialverbandes hrsg. v. Paul Clemen) Bd. 18, 1. Abtl., Düsseldorf 1935 (zit. Kunstdenkmäler).
- Zitzen, E. G. Scholle und Strom. Rheinischer Agrargeschichtlicher Wortschatz. Folge: Tiere u. Forsten. Bonn 1960 (zit. Zitzen).

EINLEITUNG

Die administrative Entwicklung der Vorderen Grafschaft Sponheim wird nach dem Erlöschen des sponheimischen Grafengeschlechtes von drei Faktoren her bestimmt, die mit den Begriffen (Teil-) Grafschaft (1), Kondominat und Oberamt gekennzeichnet sein sollen. Ihre wechselseitige Wirksamkeit verleiht dem sponheimischen Territorialgebilde im pfälzischen Bereich eine offensichtliche Ausnahmestellung, wobei deren tatsächlicher Umfang allerdings erst nach weiteren Untersuchungen pfälzischer Amtsbezirke eindeutig festzulegen ist.

Die reichsrechtliche Stellung der Grafschaft Sponheim, wie sie im Begriffe stand, sich unter den Grafen von Sponheim herauszubilden, blieb infolge vertraglicher Zusicherungen der nachfolgenden Erben und der konservierenden Eigenschaften der Gemeinherrschaft in all ihren Mängeln und Halbheiten weitgehend unangetastet und wirkte gegenüber den späteren landesherrlichen Zentralisationsbestrebungen in starkem Maße retardierend. Das entwicklungs-mäßige Endprodukt, ein in vielfacher Hinsicht ambivalentes zwischen- bzw. teilstaatliches Gebilde, konnte zwar den Anforderungen eines neuzeitlichen Territorialstaates nicht vollkommen gerecht werden, sprengte aber immerhin den rein verwaltungstechnischen Rahmen eines Oberamtes. So kann eine einigermaßen zufriedenstellende Untersuchung von Verfassung und Administration der Vorderen Grafschaft Sponheim, die sich organisch an die Bearbeitungen weiterer kurpfälzischer Oberämter anzuschließen hätte, nicht ohne eine Berücksichtigung der bisher kaum erforschten politischen Geschichte des Kondominats Sponheim erfolgen, deren Darstellung sinnvoll ist, obwohl ein „historiographischer Anreiz“, nämlich die personale Verkörperung der Spitze des Territoriums in jeweils einem einzigen und eigentlichen Herrscher, fehlt. Insofern sollten die Ergebnisse nicht zuletzt auch hinsichtlich des künftigen pfälzischen Atlasvorhabens von Wert sein.

Aus der Bearbeitung der politischen Entwicklung des vordersponheimischen Raumes ergibt sich auch das Aufzeigen einer Fülle von Impulsen seitens der territorialen Nachbargebiete, die im 17. Jahrhundert mit dazu beitrugen, die Entflechtung des Kondominats auszulösen. Die Vielfalt der inneren und äußeren Beweggründe zu der sponheimischen Landesteilung von 1707/08 aufzuzeigen, ist ein Hauptanliegen dieser Untersuchung (2), deren Schwergewicht damit zwangsläufig in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts gelegt ist.

Die relativ breite, jedoch einseitige Quellenbasis, die sich für das sponheimische Gebiet aus den Materialien des badischen Generallandesarchivs Karlsruhe anbietet, dürfte sich bei der Bearbeitung weniger als ein Hemmschuh denn als ertragreicher Arbeitsansatz erwiesen haben, da die Bemü-

1) Als Teil-Grafschaft im Verhältnis zu der Hinteren Grafschaft Sponheim gesehen.

2) Vgl. Petry, Träger und Stufen 83, Anm. 40.

hungen des schwächeren badischen Kondominatspartners, seine Position zu halten bzw. auszubauen, einen starken Aufwand an Kräften erforderte, was seinen aktenmäßigen Niederschlag fand. Der linksrheinische „hausfremde“ badische Besitz (3) besaß doch wohl für die geteilten Markgrafschaften eine größere Bedeutung (4), als dies allgemein nach der oberrheinischen landeskundlichen Forschung, deren Perspektive von dem späteren Großherzogtum her bestimmt wurde, zu vermuten ist.

Die bisher kaum untersuchte Erscheinung des Amts-Kondominats als einer typischen Herrschafts- und Verwaltungsform, ließ es nötig erscheinen, die Organisation des vordersponheimischen Gebietes auch unter diesem Gesichtspunkt einer besonderen Betrachtung zu unterziehen. Daß dabei der allgemeine Verwaltungsaufbau des Oberamtes Kreuznach nicht vollkommen übergangen werden durfte, zeigt der sich anschließende Abschnitt, wobei gleichzeitig für dieses Teilgebiet auf die verdienstvolle Modelluntersuchung Theodor Karsts über das kurpfälzische Oberamt Neustadt an der Haardt zu verweisen ist (5).

Schließlich sei noch bemerkt, daß wesentliche Teile einer Gesamtdarstellung, wie Wirtschaft, Verkehrswesen, Militärorganisation usw. bewußt ausgeklammert, bzw. anderen Gesichtspunkten untergeordnet wurden.

3) Vgl. Bader, Entwicklung Badens 15.

4) Vgl. Petry, Kräftespiel 85 (mit Anm. 13); Karte 4 (Die Machtausweitung der Markgrafschaft Baden im 15. und 16. Jahrhundert) 101, 107. Ders. Sprendlingen und die Rolle Badens 40 (Anm. 1).

5) Diss. Mainz 1960, vgl. Litverz.

A. Das politische Kräftespiel in der Vorderen Grafschaft Sponheim im 16. und 17. Jahrhundert.

Die innerterritorialen Verhältnisse.

I. FRÜHE VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE PFÄLZISCHE PRÄPOTENZ IM 17. JAHRHUNDERT.

Um die späteren Verhältnisse in der Grafschaft Sponheim verständlich zu machen, erscheint es unumgänglich notwendig, zumindest kurz auf ihre älteren Teilungen einzugehen (1).

Vermutlich zwischen 1232 und 1235 (2) teilten die drei Söhne des Grafen Gottfried II., nämlich Johann, Heinrich und Simon, ihr väterliches und mütterliches Erbe, die Grafschaften Sponheim und Sayn, unter sich auf. Nach einem weiteren Tausch von 1248 befand sich Sponheim noch lediglich in Händen der beiden Linien Johanns zu Starkenburg und Simons zu Kreuznach (3). Der Anteil Simons war die sogenannte „Vordere Grafschaft“ Sponheim. Mit Graf Simon III. (4) starben die Grafen von Sponheim-Kreuznach aus. Seine Tochter Maria Elisabeth vermählte sich in zweiter Ehe mit dem ältesten Sohn Pfalzgraf Ruprechts, Ruprecht IV. Pipan (5), der aber bereits 1398 verstarb (6). 1416 erfüllte Elisabeth ein schon früher ihrem Schwiegervater gegebenes Versprechen und verließ dessen Sohn Ludwig den fünften Teil an der Vorderen Grafschaft Sponheim (7). Dieses sog. „Kurfünftel“ nahm, obwohl es nur Mutscharteil war (8), in seiner Rechtsqualität als kurpfälzischer Fideikommißbestandteil bis zum Aussterben der jüngeren pfalz-simmerischen Linie im Jahre 1673 eine eigenständige Entwicklung. Die übrigen Fünftel vermachte Elisabeth in ihrem Testament dem Vetter Johann V. von Starkenburg, dem letzten Grafen von Sponheim. Johanns Vatersschwwestern hatten sich nach Baden und Veldenz verheiratet, deren Söhne setzte er 1425 zu Erben ein (9) und starb 1437.

1) Ausführliche Darstellungen der alten sponheimischen Teilungen bei: Fabricius II, 436 ff.; Vogt 240-246, 288 ff. (13. Jh.); vgl. auch Zillesius 229 ff.; Widder IV, 2-7; Weydmann 5 f, 7 ff.

2) Vogt 243; Fabricius II, 436 datiert auf ungefähr 1233; Lehmann I, 27 schreibt 1230.

3) Vgl. Anm. 2.

4) Vgl. Vogt 325 (Stammtafel IIIa); Fabricius II, 437 zählt: Simon IV.; vgl. auch Widder IV, 4.

5) Also mit dem Sohn des späteren dt. Königs.

6) Vgl. Weydmann, Beil. I, 74 f.

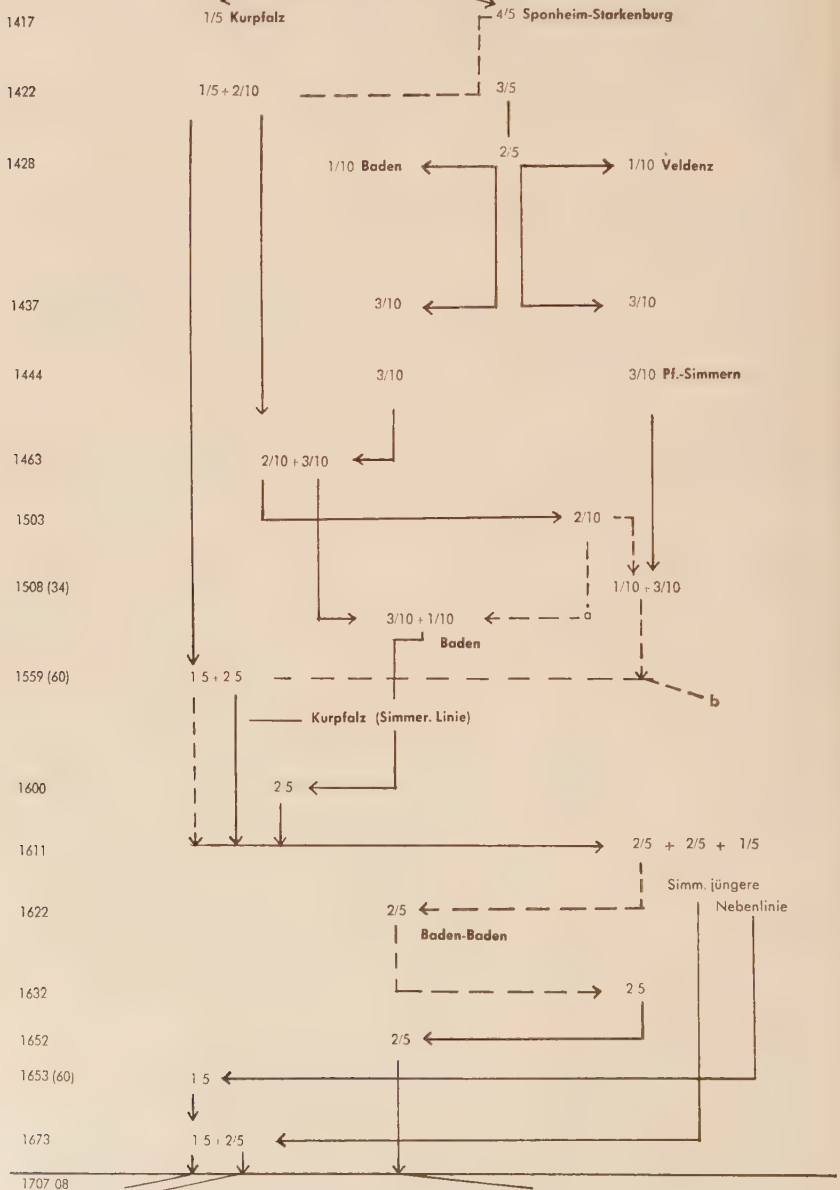
7) Abdruck der Urkd. bei Günther IV, Nr. 72 (186-189); Auszug bei Bachmann 111. Zur Verfügung Gräfin Elisabeths v. 1415 vgl. StAK 33/12276 Kopb. 1268-1434, p. 765, 779, 786; KW II (4170); Fabricius II, 434, 437, 464; Vogt 162; vgl. auch Weidenbach II, 16. S. 103f; Häusser I, 205f.

8) Nach Wippermann teilt die Mutschar das Gut quoad usum et fructum, Mutscharteile werden durch Malsteine abgegrenzt (S. 18).

9) Die Rechtslage war keineswegs eindeutig. Wegen der von Speyer für Kreuznach geforderten Lehensoberherrlichkeit drohte ein Zusammenstoß erb- und lehensrechtlicher Interessen, der nur durch äußerst glückliche Ereignisse zugunsten der Erben vermieden wurde; Vogt 162f.

I

1/1 Simon III. von Sponheim – Kreuznach 1380–1414



Die vordersponheimischen Kondominatsanteile
(die wesentlichsten Veränderungen).

- a) Vermutlich infolge der Heirat des Pfalzgrafen Johann II. von Simmern mit Markgräfin Beatrix von Baden (1501) kam die Hälfte des ehemaligen kurpfälzischen Pfandfünftels zu einem unbekannten Zeitpunkt nach 1508 an Baden.
- b) 1560 erhielt Herzog Georg Hans v. Simmern 1/5 am Unteramt Kirchberg.

Durch den Beinheimer Entscheid vom 16. 3. 1425, dem bis in das 18. Jahrhundert hinein gültigen „Grundgesetz“ der Grafschaft Sponheim, wurden deren Herrschaftsverhältnisse auf eine für die Zukunft des Landes richtungsweisende Art geregelt (10).

Die Hintere Grafschaft war zwischen dem Markgrafen Bernhard von Baden und Graf Friedrich von Veldenz gemeinschaftlich, die Vordere Grafschaft ebenso bis auf das Kurfünftel und ein weiteres zeitweilig an Kurpfalz versetztes Fünftel (11). Als Friedrich, der letzte Graf von Veldenz, 1444 starb, kam sein Anteil über die Erbtochter Anna an Herzog Friedrich aus dem Hause Simmern, das in der Folgezeit die Geschicke der sponheimischen Gemeinschaft mitbestimmte.

1. Die erste badische Restitution von 1508 – 1534 und ihre Folgen.

Dem badischen Gemeinsherrn kam der Anfall des sponheimischen Anteils durchaus nicht ungelegen. Petry hat dargelegt, wie hoch im 15. und beginnenden 16. Jahrhundert die sponheimische Funktion als badische Brückenposition zu dessen geistlichen Sekundogenituren im Süd- und Nordwesten des Reiches einzustufen ist (12). Schon Markgraf Bernhards beständige Sorge war es gewesen, daß die bekannte Geldnot des Grafen Johann V. von Sponheim diesen zur Veräußerung der erwarteten Erbschaft bringen könnte. Pfälzer, Badener und Veldenzler hatten sich in der Folge um die Wette dem Grafen mit Geldmitteln zur Verfügung gestellt, um ihre Anteile an Sponheim zu vergrößern (13). Die kurpfälzischen Absichten auf den Erwerb der ganzen Vorderen Grafschaft schienen ihrem Ziel nahe, als nach dem für das badische Haus unglücklichen Verlauf der großen Mainzer Stiftsfehde durch die Schlacht bei Seckenheim (1462) (14) Markgraf Karl sich genötigt sah, seine Fünftel (15) an seinen Lehensherrn Kurfürst Friedrich den Siegreichen um die Lösesumme von 45 000 fl zu verpfänden (16).

Für das Gewicht, das Baden seiner sponheimischen Position beimaß, spricht, daß das Ausscheiden aus dem Kondominat kein endgültiges sein sollte.

Der badische Wiedereintritt in die Vordere Grafschaft zu Beginn des 16. Jahrhunderts ist in der bisherigen Literatur nur undeutlich dargestellt oder einfach übergangen worden (17), verdient aber als einer der Ausgangspunkte für die

10) Günther IV, 269-282 (Abdruck der Urkde.).

11) Hierüber Zillesius 229, 231 f; Weydmann 7. Infolge der häufigen Verpfändungen sind die tatsächlichen Kondominatsanteile der einzelnen Gemeiner für den Anfang des 15. Jhs. äußerst schwer zu bestimmen; vgl. Abb. I.

12) Vgl. S. 2, Anm. 4.

13) Vgl. Fester 99.

14) Weech 92 ff.

15) Damals $1\frac{1}{2}$ Fünftel; vgl. Abb. I.

16) Weydmann (S. 18) irrt, wenn er von einer Abtretung, statt Verpfändung spricht.

17) Vermutlich infolge der schlechten und unübersichtlichen Quellenlage. Fester 117, übersieht vollkommen eine bad. Restitution. Widder (IV, 8), Häusser (I, 496), v. Weech (113) und Weydmann (18) datieren das Ereignis in das Jahr 1503. Rosendorn 103, gibt 1509 an. Vgl. Petry, Sprendlingen 44, Anm. 12, der das Datierungsproblem aufwirft.

sponheimische Stellung der Kondominatsherrn zu Beginn des 17. Jahrhunderts als solcher gewürdigt zu werden.

Als im Jahre 1503 Markgraf Christophs von Baden Sohn Philipp die Witwe des Landgrafen Wilhelm von Hessen, Elisabeth von der Pfalz, heiratete, wurden die von Kurfürst Philipp der Tochter Elisabeth an den verstorbenen Landgrafen mitgegebenen 32 000 fl nun für den neuen Schwiegersohn zur Ehesteuer bestimmt und auf einige landgräfliche Orte angewiesen. Nachdem 1508 die Landgrafen um die Lösung dieser Obligation nachgesucht hatten, kam am St. Sebastianstag des gleichen Jahres zwischen Kurfürst Philipp, seiner Tochter Elisabeth und ihrem Gemahl Philipp von Baden sowie dem landgräflichen Haus der Abschluß folgenden Vertrags zustande (18):

Dem Landgrafen von Hessen wird die Auslösung gestattet, die 32 000 fl werden zugleich mit 10 000 fl landgräflicher Morgengabe herausgegeben. Kurfürst Philipp nimmt hiervon 40 000 fl bar an sich, wofür die von Markgraf Karl versetzten Anteile der Vorderen Grafschaft Sponheim der Gemahlin des Markgrafen Philipp und deren Leibeserben zu lebenslänglichem Genuß eingehändigt werden. Im Falle ausbleibender Nachkommenschaft kehren die badischen Fünftel in dem bei der markgräflichen Verpfändung ausbedungenen rechtlichen Zustand wieder an die Pfalz zurück.

Von einer sicheren badischen Position im vordersponheimischen Kondominat konnte also 1508 und in den folgenden Jahren keine Rede sein. Die ehemals badischen Fünftel befanden sich rechtlich in Händen der Pfälzerin Elisabeth, nicht aber im Besitz ihres badischen Gemahls. Dies wurde durch die nachfolgenden Vertragsklauseln noch bestätigt:

Nach Markgraf Philipps Tod soll dem Markgrafen Christoph oder seinen männlichen Erben die Auslösung um 46 000 fl gestattet sein, im Falle vorhandener Söhne aus der Ehe Philipps mit Elisabeth sind diese jedoch berechtigt, den sponheimischen Anteil für 42 000 fl an sich zu ziehen. Folgen nur Erben weiblichen Geschlechts – was später auch eintritt – und wollen Markgraf Christophs Söhne die Grafschaft auslösen, so haben sie wie oben 46 000 fl zu entrichten (19).

Markgraf Philipps und Elisabeths Tochter Marie Jakobäa vermachte die land- und markgräfliche Morgengabe an Herzog Wilhelm von Bayern, mit dem sie seit 1522 vermählt war. Bayern war also nun berechtigt, die sponheimischen Anteile als mütterliches Gut der Jakobäa einzuziehen. Die Sorge um eine solche Entwicklung ließ den Markgrafen Philipp in seinem Testament auf eine schleunige Auslösung Kreuznachs (20) drängen (21). Philipps Brüder, die

18) Eine späte Wiedergabe des Vertrags befindet sich in GLAK 75/323 (um 1770).

19) Der Vertrag gewann in der zweiten Hälfte d. 18. Jhs. noch einmal Bedeutung, als sich die Frage erhob, ob im Falle des Erlöschens der baden-badischen Linie im Mannesstamm, Durlach als Sukzessor verpflichtet sei, die Hälfte der 46 000 fl, mit denen Sponheim im 16. Jh. ausgelöst worden war, an die Tochter Markgraf Ludwig Georgs v. Baden-Baden auszusahlen. GLAK 75/323.

20) In älteren Urk. oft für die V. G. gesetzt.

21) Sachs III, 211.

Markgrafen Bernhard und Ernst, gerieten jedoch nach dessen Tode unter sich und mit Wilhelm von Bayern wegen Sponheim in heftige Auseinandersetzungen, die erst 1534 durch Vermittlung Kurfürst Ludwig V. von der Pfalz beigelegt werden konnten: Bayern stand von der Einziehung Kreuznachs ab, begab sich aller dortigen Rechte und nahm dafür zu Ulm 46 000 fl in Empfang (22).

Somit trat das badische Haus erst 1534 auf kurpfälzische Interposition hin wieder vollkommen in seine Besitzrechte in der Grafschaft ein. Diese erste Spanne der Beschränkung der badischen Rechte von 1463–1534 reichte einige Jahrzehnte weiter als die der zweiten Entfernung Badens aus dem Kondominat im 17. Jahrhundert und ist daher mit jener in ihrer negativen Auswirkung auf die badische Machtstellung im sponheimischen Kondominat zumindest vergleichbar (23).

Inzwischen war auch ein weiteres, schon 1422 (24) von Sponheim-Starkenburg an Kurpfalz verpfändetes Fünftel infolge Kurfürst Philipps Finanzschwierigkeiten nach dem bayrisch-pfälzischen Erbfolgekrieg in den Schoß der Gemeinherrschaft zurückgekehrt (25), deren nutzungsrechtliche Aufteilung sich nun in den folgenden Verhältnissen vollzog:

Kurpfalz: 1/5, Pfalz-Simmern: 2/5, Baden: 2/5.

Wollte man jedoch die tatsächlichen Machtverhältnisse in der Vorderen Grafschaft Sponheim berücksichtigen, so wäre das kur- und pfälzische (26) Übergewicht erheblich stärker einzuschätzen, zumal sich auch im rheinhessischen Nachbargebiet das Ende der aktiven badischen Politik andeutete (27). Infolge der verschiedenen geglückten militärischen Operationen im Naheraum (28) hatte sich die kurpfälzische Stellung dort derart gefestigt, daß die Kurfürsten auf die badischen Anteile an Vordersponheim bereitwillig verzichten konnten, wie es die Verträge von 1508 und 1534 ausweisen.

22) Vertrag v. 30. 9. 1534 zu Grunewald (Grünwald). GLAK 75/377 (Kopie).

23) Über die Substanzverluste d. sponheim. Territoriums während der pfälzischen Alleinherrschaft vgl. unten.

24) Am 13. 12. 1422 für 20 000 fl verpfändet. Widder IV, 6f; Fabricius II, 438.

25) Philipp gab das Fünftel für 45 000 fl nach anfänglichem Widerstreben an Herzog Johann v. Simmern zurück; vgl. Weydmann 7, 18; Häusser I, 492. Widder (IV, 8f) vermutet, daß dieses Fünftel nach der Heirat Herzogs Johanns mit Markgraf Philipps Schwester Beatrix unter Simmern und Baden aufgeteilt wurde. Vorher war das Verhältnis: Kurpfalz: 2/5, Simmern: 3/10 u. Baden: 3/10; vgl. Abb. I.

26) Die Interessen der beiden pfälzischen Linien waren auch in Sponheim durchaus nicht gleichgerichtet (vgl. Häusser I, 497). Die Kräftekonstellation ist vielmehr durch ein Dreiecksverhältnis Simmern-Baden-Kurpfalz zu charakterisieren. Kurpfalz verfügte dabei über gewisse Vorrechte. Vgl. d. Vertrag v. 1521 (GLAK 67/914f, 447–451, Kopie).

27) Vgl. Petry, Sprendlingen 44.

28) Zu berücksichtigen sind: der Erwerb des Amtes Böckelheim (1471) nach dem Sieg über Ludwig v. Veldenz; vgl. Widder IV, 103; Häusser I, 392, die teilweise erfolgreichen militärischen Operationen des kurpfälzischen Hauptmanns Johann Landschad v. Steinach gegen den Landgrafen Wilhelm von Hessen u. den Pfalzgrafen Alexander v. Zweibrücken bei Kreuznach in dem an sich für die Pfalz unglücklich verlaufenen Landshuter Erbfolgekrieg; Häusser I, 480f; Widder IV, 27; (Ziehen II, 719–741); sowie die militärischen Aktionen des Kurfürsten Ludwig V. gegen Franz v. Sickingen um 1523 (vgl. Widder IV, 155; Häusser I, 519ff).

2. Säkularisation und Reformation.

War die Position Badens in der Grafschaft aus den angedeuteten Gründen an sich schon schwach und ausbaubedürftig, so sollte sich in der Folge ein weiteres Ereignis für die Stellung des markgräflichen Gemeinsherrn als verhängnisvoll erweisen, nämlich die Einführung der Reformation. Ihre richtungsweisende Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Gemeinherrschaften im 16. und 17. Jahrhundert kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Besonders dann, wenn ein Teil der Gemeiner dem alten Glauben verhaftet blieb, ohne dabei eigentlich bewußt auf das „vornehmste Regal“ (1), das Jus reformandi, zu verzichten, drohte schon bei einem Gleichgewicht der Kräfte, die einen landesherrlichen Summepiskopat mit seinen einschneidenden Konsequenzen auf die allgemeine Landesadministration fördernde evangelische Lehre ihrem Anhänger allmählich ein so wesentliches Übergewicht zu verschaffen, daß die gemeinschaftliche Herrschaftsform darüber zerbrechen konnte (2). Indem in der Frühzeit der Reformationsepoche die oft noch schwankenden katholischen Gemeiner in der Regel unterließen, den reformatorischen Bestrebungen ihrer protestantischen Kondomini eine entschiedene Stellungnahme entgegenzusetzen, wodurch deren Reformen als „einseitig“ und damit dem Wesen einer gesamthänderischen Gemeinschaft zuwiderlaufend, rechtlich zumindest zweifelhaft geworden wären (3), blieb es nur eine Angelegenheit der Zeit, bis der protestantische Kondominus, zumeist wohl vermittels des als Sprungbrett dienenden geistlichen Jurisdiktionsrechts (4), die Oberhand gewinnen konnte und nach den Gedanken der zeitgenössischen Staatsraison (5) auf eine Vereinheitlichung des Bekenntnisses in seinem Sinne hinarbeitete. Verallgemeinernde Feststellungen dieser Art können natürlich nur vorsichtig und auf bestimmte typisierte Kräfteverhältnisse innerhalb der Kondominien bezogen, gewagt werden. In vielen Fällen wird eine notwendige Aufhellung durch die landesgeschichtliche Einzelforschung zu anderen Resultaten gelangen.

Das Eindringen der evangelischen Lehre in die Grafschaft Sponheim ist zeitlich nicht genau festzulegen. Da anfangs keine direkten fördernden Einwirkungen seitens der Kondominatsregierung zu erwarten sind, waren Verbreitungsbereich und Intensität der Aufnahme wohl uneinheitlich (6); ganz

1) So von Ottheinrich benannt; vgl. Petry, Religionsfriede 153.

2) Vgl. Bader 112-115. Die Entwicklung ist im Prechtal in ihren vergleichbaren Grundzügen der sponheimischen ähnlich.

3) Worauf sich u. a. Kurt Rosendorns negative Beurteilung der Reformation in Sponheim stützt (S. 105f). Josef Krisinger bezeichnet den Vorgang in rechtlicher Hinsicht wohl objektiver als „fragwürdig“ (S. 62).

4) Vgl. Becker, Kürnbach 58; Bader 80. Im Prechtal ist es der evangelische Baden-Durlacher, der über Fürstenberg-Haslach die Oberhand gewinnt. Rosendorn (S. 96), der die Ursachen allgemein lediglich in den politischen Machtverhältnissen begründet sieht, vereinfacht m. E. hier.

Vor welche Schwierigkeiten sich nach 1685 die katholischen Beamten in der Frage der Ehrechtsprechung in der Kurpfalz gestellt sahen, legt Leidner (S. 19f) dar. Katholiken sollten auf Grund des letzten Kanons der 24. Sitzung des Tridentinums von jeder Rechtsprechung in Ehesachen ausgeschlossen sein.

5) Hierzu Petry, Religionsfriede 162, Anm. 34 sowie für d. Folgende ebd. 167.

6) Während z. B. in Sprendlingen schon vor 1533 zwei evangelische Geistliche genannt werden und das Pfarrerverzeichnis ab 1533 fortlaufend evangelische Pfarrer führt (Wörner, Sprendlingen 670), gibt Lentze (S. 22) für das Amt Naumburg den 1. evang. Gottesdienst i. J. 1556/57 an.

abgesehen von jenen verwirrenden Variationserscheinungen im Prozeß der Konfessionsbildung, wie sie bei Kondominatsbevölkerungen, die unter konfessionell gemischten Herrschaften standen, aufzutreten pflegten (7). Der Schluß dürfte nicht allzu vermessen sein, daß auch in Sponheim ähnliche Phänomene zu beobachten waren (vgl. Anm. 28 unten), läßt auch daß benutzte Quellenmaterial keine Aussage über deren Intensität zu. Einflüsse haben wir von der nahe gelegenen Ebernburg, von Oekolampad, vom zweibrückischen Meisenheim (8) sowie vielleicht von der Vermählung Herzog Friedrichs II. von Simmern (9) mit der lutherischen Maria von Brandenburg-Kulmbach, die 1537 in Kreuznach stattfand, zu erwarten. Um 1548 gewann vermutlich die lutherische Lehre in Kreuznach die Oberhand (10).

Das bewußte Schweigen der Augsburger Religionsbestimmungen von 1555 über das Schicksal der Kondominate (11) konnten die Pfälzer in ihrer territorialen und konfessionellen Mischzone durchaus als einen Freibrief hinsichtlich einer Erringung des Religionsbanns benutzen. Die Beteiligung Johanns von Dienheim (12) und des Kreuznacher Schultheißen als kurpfälzische bzw. pfalz-simmerische Vertreter bei den Augsburger Verhandlungen (13) konnte zumindest für die Grafschaft Sponheim Konsequenzen in diesem Sinne erwarten lassen.

1556 wurde die Stadt in die Kirchenvisitation Ottheinrichs einbezogen (14), wozu Simmern seine Zustimmung erteilte. Die pfälzische Kirchenordnung gewann Eingang (15). Im folgenden Jahr setzten die Rheingrafen zu Dhaun als

7) E. W. Zeeden nennt als Beispiel die habsburgisch-baden-durlachischen Kondominate am Kaiserstuhl (Grundlagen u. Wege d. Konfessionsbildung in Dtl. i. Zeitalter d. Glaubenskämpfe, in: HZ 185 (1958) 275. Vgl. auch W. Spieth, 400 Jahre Reform. i. Hochberger Land, Festschrift Emmendingen 1956, S. 63. Über eigentümliche Praktiken auf konfessionellem Sektor bei der Verwaltung paritätischer Territorien berichtet für die spätere Zeit J. Duft. Die Glaubenssorge d. Fürstbäte v. St. Gallen i. 17. u. 18. Jh. Luzern 1944, S. 180 ff.

8) Hier bereits 1523 das evang. Bekenntnis eingeführt.

9) Johann II. v. Simmern blieb bis zum Sterbebett katholisch, galt aber schon 1523 als dem Luthertum zugetan. Friedrich II. rückte dem Kreis der evangelischen Fürsten näher, geriet aber mit seinem Vater hierdurch in Zwiespalt. 1557 führte er die Reformation durch. Georg (1559-1569) und Reichard v. Simmern (1569-1598) waren lutherisch. Vgl. Rosenkranz, Evangel. G. 246; Weydmann 21. Markgraf Philipp I. von Baden, dessen schwankende religiöse Haltung v. Weech skizziert (S. 117 f), wird sich den evang. Einflüssen in Vorder-sponheim nicht widersetzt haben, zumal er 1530 zu der Einführung der Reformation in der Hinteren Grafschaft sein Einverständnis gab; vgl. Weydmann 20. Markgraf Bernhard III. war dagegen streng protestantisch; vgl. v. Weech 140.

10) Handschriftenhang Kremer f29; Back II, 182; Rosenkranz, Evangel. G. 15. Huysen (S. 27) und Jacobsen (S. 716) lassen den Zeitpunkt offen. Rosendorn setzt mit dem Jahr 1556 die Einführung der neuen Lehre entschieden zu spät an (S. 105 f). Seine zusammenfassenden Thesen (ebd.) sind teilweise unzutreffend.

11) Petry, Religionsfriede 165, 167, Anm. 49.

12) 1544-1559 kurpfälzischer Amtmann zu Kreuznach.

13) Petry a. a. O. 160 weist auf deren Teilnahme hin. v. Dienheim vertrat neben Eberhard von Grünenrod, Amtmann der Reichspfandschaft Oppenheim u. a. zugleich das Gotteshaus Waldsassen (Oberpfalz) sowie Propst und Stift zu Selz im Unterelsaß, deren Säkularisation Kurpfalz ebenfalls in naher Zukunft durchführte, und schließlich die Reichsstadt Gelnhausen (Petry ebd.).

14) Back II, 182; Rosenkranz, Evangel. G. 16 f; Rosendorn 105; Zeeden 51 ff.

15) GLAK 77/9647 (Hofgerichtsinstruktion v. 1556).

Patronatsherrn (16) auf pfälzischen Vorschlag den ersten protestantischen Pfarrer ein (17). Badischerseits erlaubten innere Streitigkeiten und ein zwei Jahrzehnte währendes vormundschaftliches Regiment kein aktives Eingreifen (18).

Mit dem Übergang der pfälzischen Kur an die simmerische Linie und der damit verbundenen Vereinigung aller pfälzischen Fünftel in Sponheim im Jahre 1559 (19) trat zu dem rein faktischen kurpfälzischen Übergewicht auch das nutzungsrechtliche mit seinen Auswirkungen auf die Landesadministration (20). Der persönlich zum Protestantismus neigende Markgraf Philibert von Baden suchte 1563 vergeblich die von Kurfürst Friedrich III. geförderten reichsrechtlich nicht sanktionierten kalvinistischen Ansätze in Sponheim zu unterbinden (21). Der Kurpfälzer ließ Philibert über zwei Jahre mit der Antwort auf ein Protestschreiben warten. 1565 willigte Philibert zögernd und erst nach deutlichen kurpfälzischen Hinweisen auf den Gewinn durch die geistlichen Gefälle in eine „Reformation der Kirchen und Klöster“ Sponheims ein (22). Die Zugeständnisse von der Seite Badens, die 1566 auf langwierigen kurpfälzisch-badischen Konferenzen herausgeholt wurden (23), dehnte Kur-

- 16) Auf die eigentliche Wahl des Pfarrers hatten die luther. Rheingrafen in der Folge keinen Einfluß mehr. Lediglich in der schwedischen Besatzungszeit im Dreißigjährr. Krieg sowie der badischen Restitutionszeit konnten sie sich mit Erfolg für die Kreuznacher luther. Gemeinde einsetzen.
- 17) Rosenkranz, Evangel. G. 16f (es handelt sich um den leiningischen Hofprediger Christoph Stolberger).
- 18) Neben den beiden kathol. Vormündern Wilhelm IV. von Bayern und Wilhelm von Eberstein war zudem Johann II. von Simmern Mitregent. v. Weech 141. Vgl. auch Reinking 59.
- 19) Weydmann 25f.; Petry, Simmern 7-14.
- 20) Vgl. den Vertrag v. 1560 zwischen Kurfürst Friedrich u. Markgraf Philibert (STAS Horstmann. H) und 'die badische Opposition (GLAK 75/19). Vgl. auch Sachs V, 225f.
- 21) Im folgenden Falk 37ff. u. a. ging der Kreuznacher Stadtpfarrer heimlich zum Calvinismus über; vgl. auch Struve 182. Friedrichs Anstrengungen in der pfälzischen Randzone erstreckten sich ebenfalls auf das Kondominat Dirmstein, die bergsträßische Pfandschaft u. a. Vgl. auch Rosendorn 105f, der sich auf Schneegans stützt sowie Zeeden 56f.
- 22) Die Zustimmung Philiperts, obwohl er sich doch „notorie“ zu der kath. Religion bekannt habe, wurde noch 1652 den badischen Abgeordneten von den Pfälzern vorgehalten; GLAK 75/23 f253.
- 23) GLAK 75/23 f272; 75/331 f7ff; Bock II, 1, S. 271. Kurpf. Abgesandte waren u. a. Wenzeslaus Zuleger u. Philipp v. Rödern. Nachdem Markgraf Philibert anfangs lediglich in Reformen, die der Augsburger Konfession entsprachen, einwilligen, im übrigen aber den status quo beibehalten wollte, erklärte er sich schließlich bereit, daß:
 1. „zu abschaffung der abgötterey uff der Churfürstlichen anhalten die Meß . . . abgethan werde“.
 2. „Wo auch Bilder werendt, die man fur sonders gnaden und ablaß Götzen anbetet, die sollendt hingethan, aber ander Heiligen gemähl sollendt vermöge der marggrevischen meinung gelassen werden . . .“
 3. „Item das weiters kheine Ordensleuth inn die Clöster auffgenomen werendt, und was fur Ordensleutt noch verhanden, daß dieselben sollendt mit Speys und Kleidung und anderer Irer not(d)urfft und leibs zucht e(h)rbarlich erhalten werden, daß sie ohne mangel seyendt“.
 4. „Waß auch zum andern Inn den Clösteren fur ligende und farende güter auch Zinnß, Renten und anders wehre, daß soll beschriben, wol verwart, und dero Copey beiden Chur und Fursten überschickt werden“.
 5. „Wie auch nachfragens beschehen soll deren beneficien halben, So nit ipsentes nutzen und niessen, damit man wissen möge, obe solches geistlich gut wol angelegt, und obe die ministerien, auch per ipsentes versehen und dieselbige notwendige underhaltung habendt. . .“ GLAK 75/331. f7f.

fürst Friedrich eigenwillig aus. Während man bei der Einziehung der Klöster langsam und im Einklang mit Baden verfuhr (24), kam es wegen des Abbruchs der Altäre und der Entfernung der Bilder in den Kirchen zu erheblichen Differenzen. Die Proteste des badischen Landschreibers blieben bei den kurpfälzischen Beamten ohne Wirkung, ebenso Badens Beschwerde auf dem Augsburger Reichstag von 1566 (25), wo zudem Kurfürst Friedrich einen glänzenden persönlichen Sieg verbuchen konnte (26).

Als unter Friedrichs Nachfolger, dem am Hofe des Markgrafen Philibert erzogenen Kurfürsten Ludwig VI., der Kreuznacher Pfarrer durch einen strengen Lutheraner abgelöst wurde (27), verstärkte sich der Heidelberger Einfluß noch zusehends. Die Ehegerichtsprozesse wurden mehr und mehr an das dortige Konsistorium gezogen, in Schul- und Kirchenangelegenheiten tritt man dem katholischen Gemeinherrn das Mitspracherecht ab (28). Das 1567 eingerichtete Kreuznacher reformierte Gymnasium entwickelte sich zu einer Zubringerschule der Heidelberger Universität (29).

Zu einer für Baden erwartungsgemäß unglücklichen Kraftprobe (30) kam es unter Johann Casimir. Sich auf den Dalberger Vergleich berufend hatte das badische Oberamt 1586 einen eigenen lutherischen Kandidaten als Kreuznacher Pfarrer eingesetzt. Kurpfalz bestand jedoch auf seinem Anspruch absoluter Religionshoheit. Johann Casimir erschien selbst mit einem reformierten Prediger in der Stadt. Der lutherische Pfarrer Scheuerlin (31) wurde unter dramatischen Umständen von der Kanzel entfernt und in der Kutsche des kurpfälzischen Administrators, die der badische Oberamtmann vergeblich aufzuhalten suchte, aus Kreuznach entführt (32). Die Vertreibung des lutherischen Pfarrers aus Kreuznach erregte Aufsehen. Kurköln und selbst der reformierten Ideen zugewandte Ernst Friedrich von Baden-Durlach setzten sich, wenn auch erfolglos, für Markgraf Philipps verletzten Rechtsanspruch ein (33).

24) Der sponheimische Klostereinzug verlief wie folgt: 1565 wurde bereits das Kreuznacher Karmeliterkloster verlassen. 1566 wurden Schwabenheim, St. Peter und St. Katharinen (STAK 33/606), 1568 das Kreuznacher Franziskanerkloster und vermutlich 1573 Schwabenheim säkularisiert. Der Ansatz der Daten differiert im einzelnen; vgl. Schneegans, Kreuznach 68; Back II, 1, S. 274ff; Rosenkranz, Evangel. G. 19ff.

25) Struve 170-183; Häusser II, 43f.

26) „Was fechtet ihr diesen Fürsten an, er ist frömmere denn wir alle!“ wird gerade dem Markgrafen v. Baden als Ausruf am Schluß der Verhandlungen zugeschrieben; Häusser II, 43f. Das kaiserliche Dekret zur Abstellung der sponheimischen Reformation (Struve 184f) blieb wirkungslos.

27) Rosenkranz, Lutherische G. 98.

28) GLAK 75/48 f48f. Möglicherweise hatte Baden hierin anfänglich selbst eingewilligt, um dem konkurrierenden Anspruch des Mainzer Sprengelhirten zu entgegen.

29) Rosenkranz, Evangel. G. 21. — Jacobsen setzt für die folgenden Jahre gegenreformatorische Einflüsse unter der bayerischen Vormundschaft in der Markgrafschaft Baden an (S. 717), für Sponheim bleiben diese allerdings ungewiß.

30) In der Markgrafschaft von 1569-1577 vormundschaftliche Regierung, danach Regiment des unter gegenreformatorischem Einfluß stehenden Markgrafen Philipp II. Völlige Zerrüttung der Finanzen des Landes; v. Weech 150ff; Gothein, Markgrafschaften 14ff.

31) Biograph. Daten gibt Rosenkranz, Lutherische G. 137, Anm. 13.

32) Vgl. hierzu Back II, 1, S. 466ff; Rosenkranz, Evangel. G. 27ff; ders. Lutherische G. 100ff; Wörner, Spredlingen 671. — GLAK 75/25 f175f enthält die Zeugenaussage des Kreuznacher Unterschultheißen Lorum zu den Vorgängen (1652!); GLAK 67/121 f313ff: badisches Protestationsinstrument v. 31. 8. 1586.

33) Back II, 1, S. 479f. Die Angelegenheit wurde auch vor dem Reichskammergericht verhandelt.

Kirchen- und Schuldieners des Oberamts wurden in der Folge kalvinistisch. Obwohl anfänglich erhebliche Widerstände zu überwinden waren (34), dürfte im Gefolge der Visitation und Reformation des Jahres 1599 (35) in den vordersponheimischen Ämtern allmählich der Calvinismus zur einzigen und widerspruchslosen anerkannten Religion geworden sein (36).

Der kurpfälzische Flankendruck auf das sponheimische Kondominat war bis zum Dreißigjährigen Krieg stark genug, um dort alle Religionsänderungen der pfälzischen Kernlande, wenn auch mit geringen zeitlichen Phasenverschiebungen, durchzusetzen.

3. Der badische Anteil unter Eduard Fortunatus.

Eduard Fortunatus, ein Sohn des unruhewollen Markgrafen Christoph II. aus der luxemburgischen Linie, hatte 1589 von seinem Onkel Philipp mit der oberen Markgrafschaft Baden und dem badischen Anteil an Sponheim ein finanziell völlig zerrüttetes Erbe übernommen (1). Der junge, heißblütige und prachtliebende Fürst, der sein Leben an den Höfen von Schweden, der spanischen Niederlande, in Polen und Italien zubrachte (2), war weder gesonnen, noch in der Lage, hier Abhilfe zu schaffen. Sein im November 1589 den badischen Landständen gegebenes Versprechen, jährlich aus seinen Einkünften zur Erleichterung der Schuldenlasten 25 000 fl aufzubringen, wofür er die Geldgefälle des badischen Teils der Grafschaft Sponheim verpfändete (3), war, zumindest was das vordersponheimische Pfand anging, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Im gleichen Jahr hatte nämlich Eduard Fortunatus die Praktik des Markgrafen Philipp fortgesetzt (4) und von Kurpfalz beträchtliche Geldsummen aufgenommen. Für die 87 000 fl, die er zu seines „Fürstenthums ansehnlichen und scheinbarlichen nuzen“ (5) anzulegen gedachte, hatte der pfälzische Truchseß zu Kreuznach eine jährliche Pension von 4350 fl einzunehmen, denn die Vordere Grafschaft war dem berechnenden Kurpfälzer

34) Pfarrern und Lehrern mußte im Kreuznacher Pfalz Hof die Entlassung aus dem Dienst angedroht werden; GLAK 75/25 f175f. Am 20. 5. 1590 richtete Pfalzgraf Johann Casimir ein Mandat an das Unteramt Kirchberg, das sich gegen „die unchristlichen Lasterungen und Verdammungen“ besonders gegen den verstorbenen Friedrich III. und gegen Johann Casimir wegen der kalvinistischen Religion aussprach. Es war zugleich im Namen Eduard Fortunatus von Baden verfaßt! GLAK 75/52. Um 1587 hielt sich noch ein Diakon Carbo, genannt der „Jesuiter“, in Kreuznach auf. Rosenkranz, Lutherische G. 102.

35) GLAK 75/23 f253, f274.

36) Nach der pfälzischen Darstellung von 1652 war bis 1625 der überwiegende Teil der Landbevölkerung in Sponheim der reformierten Religion zugetan, die Bewohner hatten kein anderes Exerzitium. GLAK 75/23 f253f. Offenbar konnte jedoch während der schwedischen Besatzungszeit auf noch vorhandene Resten der Kreuznacher lutherischen Gemeinde aufgebaut werden. Vgl. Rosenkranz, Lutherische G. 100, 108f.

1) Nach v. Weechs Angaben war Baden-Baden beim Tode Philipps II. mit 600 000 fl belastet (150f).

2) v. Weech 157-161; Gothein, Markgrafschaften 33ff.

3) Zusammen mit Gräfenstein und mit Ausnahme der Schatzung. v. Weech, Landtagsabschiede 359f. Die Generaleinnehmer sollten die Gefälle vom Kreuznacher und Trarbacher Landschreiber sowie dem Amtmann von Gräfenstein einziehen; v. Weech 158.

4) Vgl. GLAK 75/23 f168; Markgraf Philipp hatte 1587 von Johann Casimir 17 000 fl geliehen. Vgl. Widder IV, 10.

5) GLAK 75/23 f203.

wiederum ein angenehmes Pfand. Bei der derzeitigen Finanzlage der Markgrafschaft konnte die Sicherheitsklausel des Vertrags leicht die Hoffnung auf eine künftige endgültige Übernahme des badischen Anteils nähren (6). Die kurpfälzischen Aussichten auf Vordersponheim entwickelten sich dann auch nicht schlecht, denn allmählich erreichte die Summe der baden-badischen Schulden eine solche Höhe, daß auch die in geordneten finanziellen Verhältnissen regierte Markgrafschaft Baden-Durlach in Mitleidenschaft gezogen wurde (7), deren Regent, Markgraf Ernst Friedrich, nun Gegenmaßnahmen ergriff. Auf Drängen der Gläubiger stellte Rudolf II. Eduards Land unter Sequester, Ernst Friedrich besetzte 1594 die obere Markgrafschaft, und Eduard Fortunat verblieben lediglich noch die Anteile an der Grafschaft Sponheim (8). Hierhin zog er sich anfangs des Jahres 1595 mit seiner Familie sowie den Hof- und Regierungsbeamten (9) zurück. Ein Vertrag mit Karl von Pfalz-Birkenfeld, dem Mitbesitzer der Hinteren Grafschaft, ermöglichte Eduard Fortunat eine militärische und administrative Schwerpunktbildung in Stadt und Amt Kastellaun (10). Das Gebiet wurde zu einem Sammelager für vielerlei Bewaffnete, mit denen der vertriebene Markgraf seine Stammlande zurückerobern wollte (11). Natürlich sah sich Markgraf Eduard infolge der neuen finanziellen Bedürfnisse nicht in der Lage, die Abzahlung der schließlich 136 000 fl. betragenden Forderungen auf Sponheim regelmäßig durchzuführen. Die teilweise seit Markgraf Philipps Regierungsjahren verschleppten Zahlungsverpflichtungen waren so angeschwollen, daß er sich gegenüber Kurfürst Friedrich zu einer noch schärferen Obligation bequemen mußte (12). Kurpfalz hatte damit praktisch die Gefällverwaltung der Vorderen Grafschaft fast vollkommen in seine Hand bekommen (13). Die reichlich unnatürlichen Verhältnisse drängten ungestüm zu einer Klärung in kurpfälzischem Sinne, als der Tod den so wenig glücklichen Markgrafen Eduard Fortunat ereilte und die Angelegenheit in Bewegung brachte.

6) GLAK 75/23 f204.

7) Trotz der Teilung des badischen Gesamthauses hafteten die beiden Linien unter Umständen gemeinschaftlich für die Schulden eines Teiles. Vgl. v. Weech 159. — Über die Auswirkung der badischen Finanzpolitik auf die Stadt Kreuznach vgl. Maurer 25.

8) v. Weech 160; Back II, 1, S. 513.

9) Unter ihnen der Landhofmeister Karl von Orscelar, der Vizekanzler Hamel und Haushofmeister von Puttkammer; Back II, 1, S. 513.

10) Birkenfeld übernahm dafür die Ämter Allenbach, Birkenfeld und Frauenberg; Baldes 92.

11) Unter den schlecht besoldeten Soldatenhorden in Kastellaun kam es zeitweise zu offener Rebellion gegen den Markgrafen; vgl. Leonhard 9.

12) „... sollten aber wir oder unsere Erben hirmit einiges Jahr saumig sein, soll sein daß Churf. Ld. oder deren Erben guet, fueg, macht undt erlaubt recht haben, sich alß dann ohne einige rechtliche oder andere dergleichen process deß hievornen verschribenen underpfands zu nehmen, die diener undt underthanen, welche unß in diser mit sr. Ld. habenden gemeinschaft zu stehen verpflichtet, gehuldet, zinz, Gült, schazbar oder sonst zu gethan sein, die wir hiemit wissentlich und wolbedächtlich uff solchen unverhofften fahl ihrer unß gelaister pflicht ledig zehlen und an mehrgedachten Churfürst Friderichen Pfalzgrafen ... wissen, von newem für sich allein in pflicht annemen und aller rechten gerechtigt (-keiten) und nuzbarkeiten, gehorsamb und allem anderen ... zu nemen, gebrauchen, nuzen und nießen sollen, biß Sr. L. deß Hauptguets interesse, Costens und Schadens gänzlichen undt allerdings ohne einigen abgang vermeijt sein ...“ GLAK 75/23 f168f (Kopie der Schuldverschreibung vom 15. 9. 1595).

13) Die Rechtslage gestaltet sich so, daß Pfalzgraf Friedrich wegen der Hypothek das dominium utile innehatte, während Markgraf Eduard die dem dominium directum anhängigen Rechte, also Beamtenbesetzung usw. weiter für seinen Anteil ausübte. GLAK 75/21 f105.

II. DIE PFÄLZISCHE ALLEINHERRSCHAFT VON 1600 – 1620.

(Versuch einer Eingliederung der Grafschaft in die pfälzischen Kurlande).

1. Die kurpfälzische Annexion des badischen Anteils.

Als Eduard Fortunat am 18. Juni 1600 zu Kastellaun in Anwesenheit des Pfalzgrafen Karl plötzlich verstarb (1), war die Situation für die hinterlassene markgräfliche Witwe äußerst ungünstig. Wohl versicherte Pfalzgraf Karl für die Hintere Grafschaft, bis zu einer kaiserlichen Resolution keine Neuerungen zu gestatten (2); seine und des badischen Landhofs Verwendungen in diesem Sinne stießen jedoch bei Pfalzgraf Friedrich, dem Gemeinsherrn in der Vordergrafschaft, auf taube Ohren (3).

Das letzte Testament Eduard Fortunats bestimmte, daß sein ältester Sohn Wilhelm ihm in der Markgrafschaft nachfolgen solle, den jüngeren Söhnen sollte der badische Anteil an der Grafschaft Sponheim zufallen (4). War die Markgrafschaft unter den gegebenen Umständen von vornherein als verloren anzusehen, so drohten auch dem badischen Sponheim von den verschiedensten Seiten Gefahren. Ernst Friedrich von Baden-Durlach schickte sich sofort an, auch Sponheim einzunehmen, mußte sich aber dem Einspruch Kurfürst Friedrichs von der Pfalz und des Trierer Erzbischofs, Kurfürst Lothar von Metternich, beugen (5).

Die kurpfälzische Annexion wurde dagegen im Rat sorgfältig geplant und schnell und erfolgreich durchgeführt (6). Eine militärische Unterstützung durch das Nachbaramt Böckelheim wurde organisiert, und am Abend des 26. Juni zog Kurfürst Friedrich mit 250 Reitern (7) und dem größten Teil der kurpfälzischen Regierung in Kreuznach ein. Nach der Meinung des pfälzischen Kanzlers war der Aufwand gerechtfertigt, denn die Grafschaft war „der reis wol wert“ (8). Die pfälzischen Soldaten nahmen das Schloß in Besitz und verweigerten dem badischen Amtsverweser den Zutritt. Im Falle von Widerstand drohte man mit der Berufung des Alzeier Ausschusses (9). Zuvor hatten noch durlachische Gesandte den Heidelberger Hof aufgesucht, und das Ge-

1) GLAK 75/81 f2. Über den Unfalltod Eduard-Fortun. verbreiteten sich bald die verschiedensten Gerüchte, die den gemäßigten Augenzeugenbericht des Pfalzgrafen anzweifelten; vgl. Sachs III, 306f. Kleinschmidt ADB V, 649: „Als einer der unwürdigsten Fürsten verstarb er, betrunken von der Schloßtreppe stürzend.“

2) Was übrigens auch vollkommen im Sinne Ernst Friedrichs v. Durlach lag, sofern es sich gegen die Pfälzer selbst richtete. Vgl. GLAK 75/81 f27.

3) GLAK 75/81 f2f. Schreiben vom 9. u. 19. Juni 1600.

4) Back II, 1, S. 519.

5) v. Metternich nahm aus religionspolit. Motiven Partei für die kath. Linie der Badener und verweigerte Durlach die Belehnung mit den kurtr. Lehen in Sponheim; Weydmann 31.

6) Vgl. GLAK 75/80.

7) Am folgenden Tag sollte Otto v. Solms mit weiterer Verstärkung zustoßen. GLAK 75/81 f14.

8) Vgl. Anm. 6.

9) Es handelt sich um das militärische Aufgebot des Amtes, (gewöhnlich alle Bürger und Leibeigenen über 18 Jahren erfassend).

rücht ging, der Markgraf habe alles Kurpfalz in die Hände gelegt (10). Kurpfalz Karl suchte bei der hinterlassenen Kastellauner Regierung den kurpfälzischen Akt als Vorteil für die badische Witwe hinzustellen. Vorsichtshalber verfügte er sich nach der hintersponheimischen Exklave Winterburg, um dort abzuwarten (11).

Kurpfalz konnte hinsichtlich seines Vorgehens einen wenn auch zweifelhaften Rechtstitel beanspruchen: Nach dem sponheimischen Burgfrieden durfte kein Herrscher zum Regiment der Grafschaft zugelassen werden, er habe denn zuvor die Verfügungen eben dieses Burgfriedens beschworen und die Privilegien bestätigt (12). Da nun ein rechtmäßiger Sukzessor nach Eduard Fortunats Tod noch nicht feststand, konnte man sich hierauf ebenso wie auf den Anspruch einer Sicherstellung der Schuldforderungen berufen. Die badischen Rückstände beliefen sich 1600 abgesehen vom Kapital auf über 22 000 fl an Zinsgeldern (13), infolgedessen konnte man sich auf Grund der Pfandverschreibung befugt halten, sich der verpfändeten Güter anzunehmen (14). Fraglich blieb allerdings, inwieweit man sich der kaiserlichen Einwilligung „pro ingressu in res hypothechas“ – die wahrscheinlich ausgeblieben wäre – hätte versichern müssen. Allgemein üblichen Gepflogenheiten entsprach die radikale pfälzische Handlungsweise sicherlich nicht. „Den(n) wan im röm. Reich uff disse manier solte procediert werden und einem jeden Churfürsten und stand alle hypothecha wegen ihrer schulten entzogen werden, werden wenig fürsten in Ihren Landten zu verbleiben haben“, argumentieren nicht ganz zu Unrecht die badischen Deputierten, die Kurpfalz des Verstoßes gegen den Landfrieden anklagen (15). Die Sorge bei den Beratungen der Pfälzer über etwaige Vergeltungsmaßnahmen der markgräflichen Brüder, die sich der spanischen Hilfe versichern könnten (16), spricht eine beredete Sprache für deren anfängliche Unsicherheit. Im gleichen Sinne sind die verstärkten militärischen Sicherheitsmaßnahmen einzuschätzen. Die kurpfälzischen Nachbarrämter Simmern, Alzey, Bacharach, Stromberg und Böckelheim wurden aufgefordert, ihre Ausschüsse notfalls dem Kreuznacher Oberamt zuzuordnen (17). Die badischen Kameral-

10) Die Mitteilung d. badischen Oberamtsverwesers aus Kreuzn.: „... le bru ici est, que Monsi. Marquis Ernst a le tout commis à S. A.“ (d. h. Kurpfalz), (GLAK 75/81 f14) war eben doch nur ein Gerücht, wie das kurpf. Protokoll v. 16. 6. 1600 zeigt: „Durlach könne zu dem werck (der Einnahme der V. G.) nicht gelassen werden“. GLAK 75/80. In dieser Angelegenheit, in der es um sehr reale Eigeninteressen ging, war auf Loyalität nicht zu hoffen, auch nicht gegenüber einem „korrespondierenden Stand“; (Erfolgte Spaltung unter den protestantischen Fürsten auf dem Reichstag von 1597, Ernst Friedrich v. Baden-Durlach wurde dabei zu einem engen Anschluß an die unter pfälz. Führung einem radikaleren Prinzip huldigenden korresp. St. gedrängt. Vgl. Ritter II, 122, 124 f, 131 ff; Gothein, Markgrafschaften 42 f).

11) GLAK 75/81 f8.

12) GLAK 75/22 f98 f.

13) Hinzu kamen noch Schulden in Höhe von rund 30 000 fl an private Gläubiger, die ebenfalls auf der Kreuznacher Landschreiberei lagen. Vgl. GLAK 75/352; v. Looz-Scheidt 78 (Nr. 486). Andererseits geht hervor, daß der badische Landschreiber in den letzten Jahren die Zinszahlungen ordentlich an Kurpfalz entrichtet hatte; GLAK 75/81 f16.

14) Vgl. die pfälzische Argumentation von 1642 und 1656; GLAK 75/23 f207; 75/387 f105 f, 140 ff.

15) Bei der kaiserlichen Kommission von 1652; vgl. GLAK 75/22 f193 f.

16) Einer der besagten Brüder weilte vermutlich zu Rodemachern (badische Herrschaft in Luxemburg), der andere in Burgund. GLAK 75/80.

17) Befehl v. 18. 6. 1600; GLAK 75/80.

und Unterbeamten unterzogen sich nach anfänglichem Widerstreben der kurpfälzischen Pflichtleistung (18), ebenso Schultheiße und Bürgerschaft des Amtes und der Unterämter (19). Der baden-badische Landhofmeister Carolus von Oselar wurde dagegen von Kurpfalz entlassen, seine zu Kirchberg wohnende Gemahlin ausgewiesen (20). Sämtliche Befugnisse der Kastellauner Regierung wurden im vordersponheimischen Gebiet ausgeschaltet.

Um einigermaßen das Gesicht zu wahren, überwand sich die badische hinterlassene Regierung zu einer offiziellen und förmlichen Danksagung an Kurpfalz für den Schutz gemäß des Burgfriedens bis zur Erklärung eines rechtmäßigen Sukzessors (21). Desungeachtet weilte im Spätsommer Carolus von Oselar am Hofe Maximilians von Bayern, um dort eine Beförderung der sponheimischen Angelegenheit zu erwirken. Im Dezember suchte eine badische Abordnung in Köln, Mainz und Trier Interesse an dem Schicksal der Grafschaft zu wecken (22). Die späteren badischen Dankschreiben machen die erwartete positive Reaktion wahrscheinlich, ohne daß sich jedoch hierdurch für Kurpfalz eine veränderte Situation ergeben hätte.

Inzwischen wurde die Vordere Grafschaft Sponheim, wie die Instruktionen für den kurpfälzischen Oberamtman Johann von Eltz ausweisen (23), einer stärkeren Umformung hinsichtlich der kurpfälzischen Ämterverfassung unterworfen, die sich auf Verwaltungs- und Rechtsprechungswesen auszuwirken begann.

Die Fiktion eines kurpfälzischen Oberamtes Kreuznach, der durch die zielstrebige pfälzische Aktivität des 16. Jahrhunderts erfolgreich Nahrung zugeführt wurde, war infolge der verzweifelte schlechten Lage des baden-badischen Hauses auf dem besten Wege, sich in einem unbehinderten Assimilationsvorgang an die pfälzischen Stammlande zu einer Realität auszubilden.

2. Die pfälzische Güterverteilung Friedrichs IV. in ihrer Auswirkung auf Sponheim.

Eine zunächst wenig spürbare Umgruppierung im politischen Gefüge der Vorderen Grafschaft Sponheim und ihrer unmittelbaren Nachbarschaft wurde durch das sog. Teilungs-Libell Kurfürst Friedrichs IV. von 1610 ausgelöst. Ihm zufolge sollte des Kurerben Friedrichs jüngerer Bruder Ludwig Philipp neben dem Fürstentum Simmern mit den Städten und Ämtern Lautern, Kreuznach, Kirchberg, Böckelheim, Bolanden, Stromberg, Wolfstein und Rockenhausen

18) Am 17./27. Juni 1600; GLAK 75/80 f14; 75/81 f17, f28. Die Beamten wurden vor den Kurfürsten zitiert und erhielten die Mitteilung, daß Kurpfalz die Grafschaft unter Protektion genommen habe. Die Anweisung der Kastellauner Regierung, sich der Huldigung nicht zu sperren, erreichte sie jedoch offensichtlich zu spät.

19) GLAK 75/21 f25; 75/80; 75/81 f17f, f25; (75/22 f98f). Die Bevölkerung hatte Kurpfalz für so lange zu huldigen, bis sich ein rechtmäßiger badischer Nachfolger gefunden hatte.

20) GLAK 75/81 f49.

21) Die Kopie des an den Heidelberger Hof gerichteten Schreibens ist undatiert, es ist jedoch als sicher abgegangen anzusehen; vgl. 75/81 f39; 75/23 f207.

22) GLAK 75/81 f33, f40, f48.

23) Vgl. GLAK 75/80.

bedacht werden (1). Eine weitere Verfügung betraf unmittelbar die badische Nachfolge in der Vordergrafschaft, die sich für Ludwig Philipp später so wenig glücklich auswirken sollte:

„Und weillen zwen fünfftheil ahn Creuznach dem Marggraven zu Baden eigenthumblich zu stendtig, so wie aber, biß daß ein gewisser Badnischer Successor erklärt und daß jenige laistet, waß vermög des Burgfriedens und herkhomens daselbstens sich gebührt, also auch, daß diejenige ansehlige Summa gelts, die wür darauf stehen haben, sambt ihren accessionibus auß gerichtet werden, in unser Verwaltung hergebracht haben, so sollen auch solche zwen fünffthail gleicher gestalt von bemelten unsern geliebten Sohn Herzog Ludtwig Philips Pfalzgraven inbehalten und er dabey mit hilff unsers geliebten Churerbens Herzogen Fridtrichen Pfalzgraven gehandthabt werden, biß das ihme, unsern Sohn Ludtwig Philips, des Burgfriedens und beriehrtes Außstands wegen, so ihme allein also dann gelassen werden soll, ein völliges bemegen beschehen sey.“ (2).

Kurfürst Friedrich hatte zweifelsohne die Errichtung eines finanziell eigenständigen, jedoch politisch und militärisch eng mit den Hauptlanden verbundenen Duodezfürstentums im Sinn gehabt, dessen Schwerpunkt in der territorialen Splitterzone links und rechts der Nahe liegen sollte (3). Die Tatsache der Minorenität Ludwig Philipps verhinderte jedoch zuvörderst eine solche Entwicklung. In seiner Doppelfunktion als Universalerbe der Kurlande und Kurator Ludwig Philipps war es Friedrich V. nach 1613 möglich (4), den jüngeren Bruder lediglich als untergeordneten Teilerben (5) einiger partikularer Güter zu betrachten, der gegenüber dem Gesamthaus mit weniger Pflichten und folglich auch beschränkteren Rechten ausgestattet sei (6). Inwiefern schon er den neuen simmerischen Nebenzweig als eine Schwächung der pfälzischen Hauptlinie empfinden mochte, sei dahingestellt.

Wohl wurden nun die Regierungs- und Verwaltungsakte in Sponheim auch im Namen Ludwig Philipps durchgeführt (7), faktisch blieben sie jedoch weiterhin in Händen der kurpfälzischen Beamten. Als im Jahre 1618 eine eigene vormundschaftliche Kanzlei angeordnet wurde (8), stand diese weiterhin unter Friedrichs Kuratel.

1) Vgl. den Auszug aus dem Teilungs-Libell, GLAK 75/23 f195f.

2) GLAK 75/23 f195 (kopial. Auszug). Vgl. auch 75/24 f3.

3) Vgl. die Ausführungen des Libells: „... daß unserem andern geliebten Sohn, Herzog Ludtwig Philips, desto ehelicher und beßer seinen fürstlichen standt führen...“ GLAK 75/23.

4) 1613 übernahm Friedrich die Regierung im Innern der Pfalz von dem Vormund Pfalzgraf Johann; vgl. Häuser II, 256.

5) Der zweite Erbe hatte allgemein eine bestimmte Portion der Erbschaft, nämlich den zwölften Teil, zu beanspruchen; GLAK 75/387 f122ff.

6) Vgl. die simmerisch-badischen Verhandlungen bei der Liquidationskommission von 1656. Simmern bestand darauf, als Legatar des Testaments von 1610 für eine evtl. Schuld gegenüber Baden nicht regreßpflichtig zu sein. GLAK 75/387 f97f, f113f, f117ff, f122-131.

7) Vgl. die Bestätigung der Kreuznacher Privilegien durch die Pfalz am 12. 5. 1615; GLAK 75/23 f191ff.

8) Nach der badischen Darstellung hat Simmern schon 1616 durch eigene Beamte die Rechnungsverhöre in Sponheim durchgeführt; GLAK 75/387 f123f.

III. DER DREIßIGJÄHRIGE KRIEG.

(Die 2. badische Restitution).

Die militärischen Ereignisse des Dreißigjährigen Krieges, die das sponheimische Oberamt und dessen strategische Schlüsselposition Kreuznach betrafen, erbrachten im Gefolge der wechselnden Besatzungsmächte eine Reihe von ebenso überraschenden wie kurzfristigen Veränderungen im Kondominatsgefüge.

Das Kriegsgeschehen an sich ist durch Untersuchungen speziellerer Art ausreichend erhellt (1), so daß hier neben seinem kurzen Abriß lediglich die bisher weniger berücksichtigten Auswirkungen des allgemeinen politischen Kräftespiels auf den inneren Zustand der Grafschaft einer kurzen Betrachtung unterzogen werden. Wenn dabei die Jahre von 1622–1631 herausgestrichen werden, dann deshalb, weil in ihnen die Begründung oder besser Erneuerung des lang latenten badischen Restitutionsanspruchs auf die Vordergrafschaft erfolgte, der in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts mit den Folgen seiner zäh verfochtenen Realisierung die Struktur der Kondominatspolitik auf weite Strecken hin bestimmen konnte und das Land in seiner administrativen, religiösen und wirtschaftlichen Entwicklung mitzuformen verstand.

Pfalzgraf Ludwig Philipp hatte nach der böhmischen Katastrophe gehofft, sein kleines Erbteil Simmern, Lautern und Sponheim vor der drohenden Invasion schützen zu können (2). Die angreifenden Mächte zeigten jedoch nicht die Absicht, neben den an sich schon unübersichtlichen politischen Verhältnissen in der mittelhheinischen territorialen Splitterzone noch interne Rechtsverhältnisse des pfälzischen Gesamthauses zu berücksichtigen.

Am 31. August 1620 wurde Kreuznach durch Wilhelm Ferdinand von Effern für Spinola besetzt (3). Auf dem Kreuznacher Schloß waren lediglich 200 Mann des sponheimischen Landausschusses zusammengezogen, da man wegen der Zugehörigkeit zu Pfalz-Simmern in völliger Verkennung politischer Realitäten mit der Sicherheit des Landes rechnete (4). Auch die Unterämter wurden von den spanisch-niederländischen Truppen besetzt, Kirchberg 1620 geplündert (5). Die sponheimischen Gefälle verwaltete Landschreiber Patrick (6), der schon aus den badischen in kurpfälzische Dienste übergewechselt war, im Namen einer kaiserlichen Militärregierung. Die Amtsrechnungen wurden von einem kaiserlichen Superintendenten und kaiserlichen Räten in Gegen-

1) Vgl. Eduard Fritsch, Kreuznach im Dreißigj. Kriege. Diss. Gießen 1929 sowie die verschiedenen heimatkundl. Beiträge.

2) Vgl. Häusser II, 519f.

3) Näheres bei Fritsch 25f; Ritter III, 36, 111ff; Häusser II, 340f.

4) Da die pfälzische Oberbeamten geflüchtet waren, leitete der ehemalige badische Landschreiber die Verteidigung.

5) Fligel 46. Bezügl. des strategischen Wertes des eroberten Gebiets als Operationsbasis für Spinola, vgl. Ritter III, 112f.

6) Zur Familie Patrick vgl. Alexander Persijn, Pfälzische Studenten und ihre Ausweichuniversitäten während des Dreißigjährigen Krieges. Studien zu einem Akademikerbuch. Diss. Mainz, Waldfischbach 1959, S. 88.

wart eines Generalrezeptors abgehört (7). Da Kurpfalz der badischen Schuld halber im Jahre 1600 sämtliche sponheimischen Gefälle an sich gezogen hatte und die Spanier sich nun als Pfälzische Rechtsnachfolger gebärdeten, zogen diese auch den badischen Gefällanteil weiter ein (8).

Für die katholische baden-badische Linie trat indes in der allgemeinen politischen Entwicklung ein günstiges Ereignis ein. Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach, der Mitbegründer der Union und große militärische Organisator, mußte 1622 gegen Tilly bei Wimpfen eine entscheidende Niederlage hinnehmen und aus seinem Land weichen (9). Der alte Rechtsstreit um das baden-badische Erbe erhielt nun wieder Auftrieb (10). Dem eifrigen Kardinal Carlo Carafa gelang es (11) mit dem Mainzer Erzbischof, Ferdinand II. zu bewegen, den Fall dem Reichshofrat zur endgültigen Verabschiedung zu übergeben (12).

Das Urteil vom 26. 8. 1622 sprach ähnlich wie im hessischen Erbstreit erwartungsgemäß die obere Markgrafschaft dem Anhänger des Kaisers und Erben Eduard Fortunats, dem Markgrafen Wilhelm von Baden-Baden zu (13). Obwohl sich die kaiserliche Sentenz eindeutig gegen die durlachischen Vettern richtete und die Grafschaft Sponheim mit keinem Wort in dem Text erwähnt wurde (14), übertrug man Erzherzog Leopold die Ausführung des Restitutionsurteils auch für die Vordere Grafschaft Sponheim (15). Dessen Subdelegierte, Graf Ludwig Ernst von Sulz, Landvogt im Elsaß, Isaak Volmar, Kanzler der österreichischen Vorlande (16) und der Landvogt der Ortenau Reichard von Schauenburg, nahmen am 21. 11. 1622 die Huldigung und Einsetzung Badens in den markgräflichen Teil zu Kirchberg für die vordersponheimischen Unterrämer vor (17). Wie sehr die sponheimischen Gebiete in der Ungewißheit ihres endgültigen Schicksals mit der Rheinpfalz verbunden waren, zeigte sich schon in dem vorsichtigen Übergehen des Namens der Gemeinherrn in der Huldigungsformel, die man zudem noch von der Hintergrafschaft entlehnt hatte. In Kreuznach suchte Wilhelm Ferdinand von Efferen, der von Marquis Spinola eingesetzte kaiserlich-spanische Kommissar, die Huldigung zu hindern und drohte der Bürgerschaft mit künftigen Repressalien. Erst ein persönliches Vorgehen des Markgrafen Wilhelm gegenüber dem spanischen Gubernator (18) machte die badische Immission möglich.

7) STAK 33/10238; 33/10239; 33/10244 (Truchsesserechnungen des Oberamts Kreuznach).

8) GLAK 75/22 f102; 75/23 f356f.

9) Vgl. v. Weech 316ff, 163f; Häusser II, 382f; Dickmann 32.

10) Bereits durch Wilhelms Vormünder Albrecht v. Österreich und Salentin v. Isenburg am Reichsgericht anhängig gemacht; v. Weech 163; Ritter III, 182.

11) Vgl. v. Weech 165; (Ritter III, 182).

12) Den starken Einfluß des Kaiserhofs auf die baden-badische Linie im Zuge der Gegenreformation unterstreicht Petry, Gegenreformation 32.

13) v. Weech 163f; Dickmann 32; (GLAK 75/22 f257).

14) Vgl. GLAK 77/8747 (pfalz-simmerische Instruktion für v. Geispitzheim v. 5. 3. 1652).

15) GLAK 75/22 f257. Erzherzog Leopold war u. a. Bischof v. Straßburg und Passau.

16) Später einer der führenden Männer des westfäl. Friedenskongresses; vgl. Dickmann 195f; Schulte, Rheinufer 153, Anm 1; — Gschließer 257, 282ff.

17) Im folgenden: GLAK 75/23 f208ff.

18) Seit April 1621 residierende General Goncalo Fernandez de Cordova als Generalgouverneur der linksrhein. Unterpfalz in den Städten Kreuznach (Fritsch 26f) und Oppenheim (Ritter III, 156).

Faktisch änderte sich jedoch für Baden damit wenig, da Jurisdiktion und Gefäßverwaltung weiter bei den spanischen Militärbehörden lag. Die zahlreichen Gesuche des stark verschuldeten Markgrafen, der sich durch die sponheimischen Gefälle eine finanzielle Aufbesserung erhoffte, blieben ohne Erfolg. In Wien selbst waren noch gewisse Bedenken gegenüber dem badischen Wunsch einer vollständigen Kassierung der an Kurpfalz geschuldeten Beträge vorhanden. Ein Schreiben vom 10. Juni 1627 räumte Baden die zwei Fünftel nur gegen Weiterzahlung der jährlichen Zinsleistungen von den 136 000 fl ein, vorbehaltlich einer anderen Lösung bei einem künftigen Hauptvertrag wegen der Unterpfalz (19). Diese von Wien konzessionierte badische Teilimmission war im Frühjahr 1628 wegen des spanischen Widerstands noch immer nicht realisiert. Ersuchen aus Wien an die Infantin in Brüssel blieben ohne Ergebnis (20). Die drohende Gefahr, daß die Spanier möglicherweise von dem zu einem Verwaltungszentrum ausgebauten Kreuznach ein eigenes Staatsgebilde in der linksrheinischen Unterpfalz aufrichten wollten, wurde von Baden vielleicht nicht ohne Berechtigung vermeldet. Das Gebaren der „Kaiserlichen Regierung zu Kreuznach“ auf dem Gebiet der Justizverwaltung (21) sowie erstaunliche Konzessionen gegenüber den protestantischen Religionsangehörigen, in der Frühzeit der spanischen Besetzung, scheinen in dieser Richtung zu liegen (22).

Durch persönliche Vorstellungen in Wien erreichte der Markgraf schließlich einen kaiserlichen Kommissionsauftrag an Kurfürst Maximilian von Bayern, im Heidelberger Archiv Nachforschungen wegen der sponheimischen Schuld anzustellen (23). Natürlich ergaben die aus Heidelberg eingeschickten bayerischen Informationen (24), daß Schuld und Zinsen längst abgetragen seien. Eine Stellungnahme des eigentlich betroffenen pfälzischen Gläubigers wurde nicht als notwendig erachtet. Im Dezember 1628 erklärte Ferdinand die Schuld als kassiert und teilte dies der Infantin Isabella nach Brüssel mit (25).

Das badische Zwischenspiel war jedoch nur von kurzer Dauer. Noch im Dezember 1631 bemächtigten sich die Schweden des Unteramtes Kirchberg. Anfangs Februar des nächsten Jahres erfolgte die Eroberung Kreuznachs und die Erstürmung der Burg (26). Der pfälzische Administrator Ludwig Philipp zog in Kreuznach, der derzeitigen Hauptstadt seines eigenen Hausbesitzes, ein und ließ sich am 17. März feierlich huldigen (27). Nach anfänglich nur

19) GLAK 75/21 f8ff, f178.

20) Ebenso die simmerischen Bemühungen durch den Gesandten Jonas Meisterlin seinerseits zu einer Restitution zu gelangen; Theatr. Europ. II, 714.

21) Vgl. STAK 56/589 passim.

22) Am 9. 5. 1623 versicherte der Generalgubernator Don Guilelmo de Verdugo anläßlich der Vorstellung eines neuen Superintendents in Kreuznach, daß man in Religions-, Profan- und Polizeiangelegenheiten nichts zu ändern gedenke; GLAK 75/23 f321.

23) Die rechtsrheinische Unterpfalz wurde am 22. 2. 1628 von Ferdinand an Maximilian von Bayern vertraglich abgetreten, somit war dieser in Heidelberg derzeitiger Landesherr; vgl. Häusser II, 479.

24) Maximilian war zeitweilig Vormund des Markgrafen Wilhelm und durfte rechtmäßig „in favorem pupillorum“ nicht testieren. Vgl. 75/387 f133ff.

25) GLAK 75/21 f33. Noch am 24. 9. 1630 erließ Ferdinand die Verfügung, Baden den schuldigen Anteil nicht vorzuenthalten; GLAK 75/23 f163f.

26) Vgl. Theatr. Europ. II, 546f; Fritsch 52f; Häusser II, 497.

27) Das schwedische Immissorialdekret für Ludwig Philipp datiert vom 18., 28. 3. 1632; Theatr. Europ. II, 714.

beschränkten Regierungsbefugnissen wurde er 1633 nach dem Konvent von Heilbronn wieder eigentlicher Landesherr in der Vorderen Grafschaft Sponheim, obwohl ein schwedische Besetzung noch in Kreuznach verblieb. Die Lage in den moselnahen Gebieten war damit noch keineswegs stabilisiert. Schon im März 1632 nahmen die Spanier wieder Kirchberg ein (28). Die Schweden operierten im Hunsrückgebiet teilweise unter Zuhilfenahme der pfälzischen und sponheimischen Ausschüsse (29). Nach der Schlacht bei Nördlingen verschloß die Stadt Kreuznach während der Rückzugsbewegungen des schwedischen Heeres auf Anraten des pfälzischen Administrators vor einem schwedischen Regiment die Tore, worauf die umliegenden Amtsdorfschaften geplündert wurden (30).

Nach wechselnden kurzen schwedischen und weimarisch-französischen Einquartierungen glückte es den kaiserlichen Truppen, sich Ende 1635 in den Besitz der Stadt zu setzen (31), während das Schloß Kauzenburg von dem pfälz-simmerischen Kommandanten Stauff gehalten werden konnte. Dem kaiserlichen Generalfeldzeugmeister Wilhelm von Baden gelang es in seiner Eigenschaft als Mitlandesherr, die Stadt vor Brand und Plünderung zu bewahren (32). Die badischen Fünftel des Oberamtes unterstellte man dem Markgrafen, für den restlichen Anteil wurde eine kaiserliche Regierung zuständig. Der Ertrag der Gefälle war, wie die Rechnungen zeigen, weniger als gering, so daß man kaum die eingesetzten Beamten besolden konnte (33).

Zwei Drittel der städtischen Bürgerschaft waren gestorben, ausgewichen oder geflüchtet, ebenso stand es in den umliegenden Amtsdorfschaften. Auch ein verstärktes Einbeziehen der umliegenden Ritterschaft zu den Kontributionen des Kreuznacher Quartiers schuf hier keine Abhilfe (34).

Im Mai 1636 unterminierte Markgraf Wilhelm die von dem Kommandanten Stauff in pfälz-simmerischem Namen gehaltene Festung und zwang die Besatzung nach einer heftigen Kanonade zum Abzug (35). Spanisch-badische

28) Das Erzstift Trier wurde dagegen von den Franzosen besetzt; Fritsch 56.

29) Flügel 52f.

30) Weydmann 36; Fritsch 61.

31) Fritsch 67.

32) GLAK 75/21 f169f. Theatr. Europ. III, 642: hiernach sollte der kauzenburgische Kommandant sich wieder in gemeinschaftlich pfälzisch-badische Dienste begeben haben, mit der Verpflichtung, die Festung gegen alle kriegerischen Parteien zu verteidigen.

33) STAKrn 194/2; GLAK 75/22 f102f. Die wirtschaftliche Lage des Amtes hatte sich gegenüber den relativ günstigen Jahren von 1623-32 grundlegend geändert; Fritsch 42-45.

34) 1636 sollten beitragen (monatlich):

Walbrunn zu Partenheim 110 fl, 11 mltr Hafer

Lewenstein f. Alzey u. Flörsheim 70 fl, 9 mltr Hafer

Bellenhoven zu Neu-Bamberg 50 fl, 9 mltr Hafer

Boos zu Montfort 100 fl, 10 mltr Hafer

Lewenstein für Planig 50 fl, 9 mltr Hafer

Faust von Stromberg 120 fl, 12 mltr Hafer

Koppenstein zu Mandel 50 fl, 9 mltr Hafer

„N. B. wann diese adeliche Ritterstandts Personen alle in Esse gewesen wehren, hette der gleichen außtheilung passiren mögen, aber da ist kaum ein Bauer zu finden gewesen, will geschweigen Mittel . . .“ STAKrn 194/2.

35) GLAK 75/25 f41 ff.

Zerwürfnisse entstanden, als sich die spanischen Truppen in den dem Markgrafen zugeteilten Amtsdorfschaften festsetzten (36).

Von November 1639 bis Mai 1641 war das Amt in französischen Händen; Ludwig Philipp erhielt in dieser Zeit wieder eine, wenn auch beschränkte, Regierungsbefugnis über das sponheimische Gebiet. Mit den Spaniern unter Gilles de Haes erschienen dann wieder die badischen und spanischen Administrationsbeamten (37).

Inzwischen hatte sich jedoch die pfälzische Angelegenheit auf dem Wege politischer Verhandlungen entschieden gebessert (38). Nachdem die Regensburger Entscheidung noch negativ ausgefallen war (39) und unmittelbare Verhandlungen zwischen Bayern und der Pfalz unter Vermittlung der Kurfürsten und Dänemarks scheiterten, ließ der Kaiser die pfälzische Sache in Wien weiter verhandeln (40). Auch die pfalz-simmerische Angelegenheit fand hier Berücksichtigung. An den Verhandlungen der kaiserlichen Bevollmächtigten mit Pfalzgraf Ludwig Philipp sollten auch badische Deputierte wegen der Grafschaft Sponheim teilnehmen. Wie das Protokoll und die geführten Abstimmungen zeigen, wäre damals die Vordere Grafschaft Baden vollständig abgesprochen worden, hätte sich nicht der kurkölnische Vertreter energisch für die Belange des Markgrafen eingesetzt (41).

In Sponheim selbst nahmen die turenischen Truppen im Spätjahr 1644 Stadt und Festung Kreuznach ein und vertrieben die markgräflichen Beamten, die sich zuletzt nur noch unter kaiserlichem Schutz gegenüber der spanischen Besatzung behauptet hatten (42). Ludwig Philipp wurde abermals in die Possession eingeführt, wobei es nun bis zum Ende der Kriegshandlungen verblieb (43).

Hatte das Kriegsgeschehen so offenbar die Entscheidung der Angelegenheit zugunsten der Pfalz im Sinne des Vorkriegsstandes im sponheimischen Territorium herbeigeführt, so werden die bald beginnenden Verhandlungen zeigen, wie zäh sich die alten Ansprüche über die Zeiten des Krieges hinweg gehalten hatten und durch die allgemeine Lage begünstigt, auf eine Erfüllung drängten.

36) Fritsch 90.

37) GLAK 75/387.

38) Vgl. Häusser II, 559.

39) Es handelt sich um die Entscheidung des Reichstags von 1640/41. Vgl. Dickmann 378; Häusser II, 559 f.

40) Vgl. GLAK 75/23 f207.

41) GLAK 75/21 f181 f.

42) GLAK 75/387 f128 f.; Fritsch 90-98.

43) Allerdings weilte bis 1650 eine frz. Besatzung in der Stadt; Fritsch 108 f.

IV. DIE 3. BADISCHE RESTITUTION. KONFERENZEN UND KOMMISSIONEN ALS AUSDRUCK POLITISCHER UND RELIGIÖSER SPANNUNGEN IN DER KONDOMINATSHERRSCHAFT.

1. Punctum restitutionis.

Der Friede von Münster und Osnabrück hatte für den Partikularbesitz des pfalz-simmerischen und des badischen Gemeins Herrn im ganzen gesehen zu-friedenstellende Regelungen getroffen. Ludwig Philipp wurden die ererbten Gebiete ebenso zugestanden, wie überraschenderweise Markgraf Wilhelm eine Bestätigung des einseitigen Reichshofratsurteils von 1622, soweit dies die obere Markgrafschaft betraf, gegen den von Schweden unterstützten Markgrafen Friedrich aus der Durlacher Linie erreichte (1).

Die Zukunft des sponheimischen Kondominats wurde durch den Friedens-vertrag nicht geklärt. Die Friedensbestimmungen von Münster und Osnabrück sollten in den linksrheinischen Gebieten des pfälzischen Raumes (2) erst all-mählich zu einer gewissen Auswirkung gelangen. Eine Reihe von festen Plätzen befand sich nach wie vor in der Hand von Spaniern, Franzosen, Lothringern und Schweden (3). Hohe Kontributionen mußten neben der schwe-dischen Militiensatisfaktion noch entrichtet werden. Die Kreuznacher Veste Kauzenburg hielt der türennische Oberst Capion weiter unter Befehl. Pfalz-Simmern und Baden bemühten sich wechselseitig, den Kommandanten durch Geldangebote zu verleiten, die wichtige Schlüsselposition nach seinem Ab-zug in ihre Hände zu spielen (4). Offenbar lagen Ludwig Philipps Verspre-chungen höher, denn er erreichte kurz vor dem Abzug der französischen Garnison (5) noch die Versicherung, man werde hier nicht in die Einsetzung eines badischen Beamten einwilligen (6).

In Baden beurteilte man die sponheimische Angelegenheit noch optimistisch. Eine geplante Erörterung der Frage auf einer Hochzeit zu Bischweiler im Elsaß kam nicht zustande (7). Man rechnete aber damit, daß Ludwig Philipp eine badische Besitzergreifung zulassen werde. Schon 1649 stellte man Ver-ordnungen für eine badische Huldigung in der Grafschaft auf. Als der ba-dische Landschreiber zu Trarbach jedoch bei Ludwig Philipp vorstellig wurde, erklärte dieser, den Besitz der Vorderen Grafschaft nicht anders antreten zu können, als er ihm von seinem Vater überantwortet wurde. Das war

1) Über die Behandlung der badischen Frage am Kongreß liegt noch keine Spezialunter-suchung vor; vgl. v. Weech 172f; Dißmann 568. Die kaiserliche Argumentation, die ba-dische Sache habe mit der Amnestie des Vertrags nichts zu tun u. sei eine reine Rechts-frage, wurde auch späterhin auf die sponheimische Angelegenheit übertragen. Markgraf Wilhelm erreichte die positive Lösung u. a. durch frz. Unterstützung.

2) Über die Vorstellung eines pfälzischen Raumes vgl. Petry, Kräftespiel 81.

3) Ausführlich bei Fritsch 105ff.

4) Vgl. GLAK 75/25 f318.

5) Am 24. 7. 1650 räumten die Franzosen neben Kreuznach auch Speyer, Worms, Bacharach und Alzey; vgl. Rosendorn 35.

6) GLAK 75/25 f20 (15. 7. 1650).

7) GLAK 75/25 f6 (Brief v. 4. 10. 1649).

deutlich genug. Trotz bereitwilliger Vertröstungen bis zum Abzug der spanischen Garnison aus Frankenthal wurde deutlich, daß der Pfalzgraf nicht gewillt war, Baden Konzessionen zu machen (8).

Im folgenden Jahr spitzten sich die simmerisch-badischen Gegensätze weiter zu. Ein starkes, aus Frankenthal in das Unteramt Kirchberg gelegtes spanisches Detachement (9), bildete die Ursache des Gerüchts, daß mit Hilfe dieser Truppen ein badischer Truchseß in Kirchberg eingesetzt werden solle. Ludwig Philipp beharrte weiter auf einer völligen Restitution in die Vorkriegsverhältnisse, also der Administration der gesamten Grafschaft als Ausgangsbasis zu einer gemeinschaftlichen Konferenz. Badische Proteste wegen der Auflösung des Kreuznacher Franziskanerklosters, zu der sich Ludwig Philipp auf Grund des Friedensinstruments berechtigt glaubte (10), blieben ohne Erfolg. Einen ersten Positionsgewinn konnte Baden jedoch auf dem Konvent des Oberrheinischen Kreises verbuchen, wo es gegen pfälzischen Widerspruch wieder Session und Stimmführung für Sponheim erreichte (11).

Inzwischen hatte Baden weitere Vorsorge getroffen und bei Ferdinand III. eine kaiserliche Kommission in der sponheimischen Angelegenheit erwirkt (12). Kaiserliche Kommissionen waren gerade im Gefolge des Westfälischen Friedens, zwar bei den Landesherrn nicht sonderlich beliebte (13), aber doch häufig in Anspruch genommene Exekutivorgane, die die Restitutionsansprüche der einzelnen Territorialherrscher nach den allgemeinen Richtlinien des Friedensinstruments zu regeln hatten (14).

8) GLAK 75/21 f57-59, f74 (1649).

9) Angeblich um den spanischen Obersten Don Pedro zu geleiten; GLAK 75/25 f22.

10) Nach Art. 4 § Princeps Ludovic, Phil., der sich nach badischer Auffassung jedoch nur auf die Simmern allein zugehörigen Gebiete, nicht aber auf ein Kondominat beziehen konnte. GLAK 75/25 f30ff.

11) Der Streit um den badischen Sitz im oberrheinischen Kreistag, der Baden nominell nur für die Hintergrafschaft zustehen sollte, spiegelt jeweils die politische Situation der badischen und pfälzischen Gemeinherrn ab. Während Baden noch 1638 in Abwesenheit der Pfälzer unangefochten für Sponheim votieren konnte (STAS Oberrh. Kreis, Nr. 2146), machten 1643 Zweibrücken und Veldenz den Versuch, Baden den Sitz zu disputieren. Die Streitigkeiten zogen sich über die ganze Sitzungsperiode hin, endeten aber damit, daß Baden sein Sessionsrecht interimswise weiterbehauptete (ebd.). 1650 glaubte Baden sich durch eine List die Session wieder verschaffen zu können (STAS Oberrh. Kreis, Nr. 2145 f72f). Obwohl dies nicht verfiel, führte Baden im folgenden für „Sponheim“ Sitz und Stimme; (ebd. f77, f91, f134, f152, f159). Baden wurde durch Henrich Braun, Simmern durch Jakob Meisterlin vertreten; (ebd. f148).

12) GLAK 75/21 f131; 75/22 f127; 75/23 f215; 75/25 f35.

13) Vgl. J. J. Mosers spätere Beurteilung: „... geschieht auch wohl die Immission in die zugesprochenen Theile durch eine kaiserliche Commiſſion, wozu es aber ja niemand, der es mit sich selbst gut meinet, ohne die äusserste Noth sollte kommen lassen“; Staatsrecht 15, S. 69. — Ferdinand Maximilian von Baden bemerkte zu der Kommission, daß sie „wegen den ersten nicht ahm Rihmlich(sten) oder nutzlichsten“ sei, womit er wohl auf die damit verbundene Einschränkung der landesfürstlichen Souveränität gegenüber der kaiserlichen oberstrichterlichen Autorität anspielen mochte. GLAK 75/387 f12.

14) I. P. O. Art. V § 51, (Zeumer 413). Im kaiserlichen Exekutionsedikt v. 7. 11. 1648 heißt es allgemein: „Da auch jemand aus den Restituendis hierzu unsere kaiserliche Commissarien zu gebrauchen, der Nothdurfft zu seyn erachten würde, (welches dann eines jeden Willkühr anheim gestellt wird), daß ihnen solche ohne Aufenthalt verwilliget und ertheilet werden, auf welchen Fall dann, und damit die Würcklichkeit dessen, was also verab-schiedet worden, desto weniger verhindert werde, sowohl denen Abtretenden, als denen,

Der Auftrag erging am 9. Juni 1651 an Kurmainz und Hessen-Darmstadt, damit die Markgrafschaft „zur restitution der Marggräflichen Zwey fünfftheil ahn der Vordern Graveschafft Sponheimb, deren dieselbe bei der Statt Creutzenach durch den Visconte Tourenne entsetzt worden, wiederumb gelangen möchte...“ (15). Die Bezugnahme auf die badische Vertreibung im Jahre 1644 war äußerst fadenscheinig. Ludwig Philipp, der in seiner eigenen Angelegenheit noch immer vergeblich auf eine kaiserliche Restitutionskommission drängte (16), konnte völlig zu Recht auf die eigene Vertreibung im Jahre 1636 und den ungetrübten Besitz der Grafschaft in den Jahren von 1600 bis 1620 hinweisen (17). Die pfalz-simmerische und die von Baden verlangte Restitution waren diametral entgegengesetzt und die badische Forderung wurde nach Philipp Ludwigs Ansicht von der pfälzischen logischerweise aufgehoben (18).

Zu dem im November 1651 angesetzten Frankfurter Tag stellten sich die simmerischen Abgeordneten nicht ein (19). Ihre Abwesenheit brachte Baden den Vorteil, daß sein Vertreter Johann Adolph Krebs (20) allmählich die anfänglich skeptischen kaiserlichen Subdelegierten, darunter besonders J. J. Oppenheimer aus Mainz, für seine Angelegenheit zu gewinnen verstand (21). Um ganz sicher zu gehen, bereitete man in Wien von der badischen Seite her die Ausdehnung des Kommissionsauftrags auf das kaiserliche Urteil von 1622 vor, um so dem Zwang einer Fundierung auf dem Friedensinstrument zu entgehen (22). Mitte November trafen sich Kurfürst Johann Philipp und

welchen etwas abzutreten ist, zugelassen seyn solle, gleich nach beschlossenen und unterschriebenen Frieden, beyderseits 2 oder 3 Commissarios zu benennen, aus denen Wir einen von dem Restituendo, und den andern von dem Restituyente Benannten, doch in gleicher Anzahl von beyderley Religionen erwählen und denselben befehlen sollen, alles, was dieser Vergleich mit sich bringt, ohne Verzug zu vollziehen.“ Versäumt derjenige Reichsstand, der etwas abzutreten hat, die Benennung eines Commissars, so erwählt der Kaiser einen solchen nach eigenem Ermessen. Senckenberg-Schmauss 621 f. Im Februar 1650 lagen in Nürnberg über 120 Restitutionsanträge vor, die innerhalb von 3 Monaten erledigt werden sollten; (ebd. 636-639).

15) GLAK 75/25 f35.

16) Diese war bereits Ende 1650 ebenfalls auf Kurmainz und Hessen-Darmstadt angesetzt. J. J. Datt zu Diefenau sollte als Beobachter dabei die badischen Interessen wahren. Man gelangte jedoch in der Angelegenheit zu keinem konkreten Ergebnis. GLAK 75/21 f107 ff, f131 ff, f323. GLAK 75/25 f66.

17) GLAK 75/21 f156-182.

18) GLAK 75/25 f65f.

19) Ludwig Philipp wollte, daß der Streitfall nicht „durch übereilende undt der Ständt freyheit und Privilegien zue wiederlauffende Commissionen“, sondern vor einem zuständigen Richter entschieden werde (GLAK 75/21 f323). Anfang Oktober strengte er beim kaiserlichen Kammergericht einen Prozeß gegen den Markgrafen Wilhelm wegen übler Nachrede in der sponheim. Sache an. Die Supplikation wurde später auf Anklage wegen Friedensbruch, Gewalttätigkeit usw. erweitert. Das vorgebrachte Material erwies sich jedoch als unzureichend, so daß dem wenig glücklichen Projekt ein Erfolg versagt blieb. GLAK 75/25 f47-73, f315-320.

20) Vgl. Joachim 5, 76; (Krebs stand selbst auch in mainz. Diensten).

21) GLAK 75/21 f222-253. Vgl. auch die vertrauliche Mitteilung Oppenheimers an die badische Kanzlei: der Mainzer Kanzler bezweifle, daß die badische Argumente genügend Gewicht hätten, „... wie dann auch demselben wohl wißent, daß die Jenige passus, so In Instrumento pacis für höchstem. Seine fürstl. gndt. thun sollen, so gar clar nit seint, sondern sich ein und anders dagegen recht hören laße.“ GLAK 75/21 f310 (1651).

22) 1. badisches Memorialschreiben v. 24. 11. 1651. Es wurde am 26. 1. 1652 an der Reichshofratspräsidenten v. Öttingen wiederholt. Nach den Berichten des Wiener Agenten zu schließen, stand die badische Sache dort allgemein recht gut, v. a. hatte Markgraf Leopold Wilhelm gerade zu dieser Zeit Aussicht, die kaiserl. Obristwachtmeister-Stelle zu erlangen. GLAK 75/22 f45.

Landgraf Georg in Mainz, wobei auch die sponheimische Angelegenheit gesprächsweise berührt wurde.

Durch die Drohung, bei einem weiteren Fernbleiben Baden „*procedendo in contumaciam*“ in Kreuznach einzusetzen, und die gleichzeitige Zusicherung, daß alle Argumente gewissenhaft geprüft würden, ließ sich Simmern in letzter Minute bewegen, auf einer neuen zu Kreuznach angesetzten Tagung zu erscheinen (23).

Mitte Januar zogen die kaiserlichen Subdelegierten (24) und etwas später unter gebührender Vorsicht (25) die badischen Delegierten in Kreuznach ein. Pfalz-Simmern ging mit berechtigten optimistischen Hoffnungen in die Konferenz (26). Nach den Bestimmungen des I.P.O. (27) hatte es Anspruch auf eine vollständige Restitution, wenn es mit der Ansicht durchdringen konnte, daß Sponheim vor den böhmischen Unruhen Bestandteil der Unterpfalz gewesen war. Das bestritt Baden natürlich heftig (28); dessen Berufung auf die Amnestieregelung (29) sowie den badischen Ausnahmeparagraphen (30) war jedoch noch fadenscheiniger, denn die kaiserliche Sentenz von 1622 war, selbst im Falle absoluter Rechtskräftigkeit, nur auf die durlachischen Vettern zu beziehen. Am 13. März mußte Ludwig Philipp jedoch völlig überrascht das kaiserliche Restitutionsedikt, das Baden auf Grund des Friedensinstruments und der nachfolgenden Reichsverordnungen wieder in seinen alten sponheimischen Anteil einsetzte, zur Kenntnis nehmen (31). Genau genommen widersprach die Verordnung nicht nur der Amnestieregelung des Friedensinstruments, das die „*interim in contrarium*“ ergangenen Urteile gegen die Unterpfalz aufhob, sondern auch den Verfügungen des Nürnberger Friedensexekutionshauptprozesses von 1649 (32). Eine zweimalige simmerische Interposition wurde von den kaiserlichen Subdelegierten abgelehnt, da eine

- 23) GLAK 75/21 f253f; 75/25 f60, f74, f80. Nach dem geheimen Bericht eines ehemaligen badischen Beamten aus Sponheim rechnete Ludwig Philipp noch immer mit der Aufhebung der Kommission. Die simmerischen Abgeordneten hielten sich noch in Lautern auf. GLAK 75/22.
- 24) Für Mainz, Dr. Oppenheimer, für Hessen-Darmstadt war es Eberhard Wolff v. Todenwarth; (zu Todenw. vgl. Gschließer 282f).
- 25) Anfänglich wollte man vor den k. Kommissarien in Kreuznach eintreffen. Nach der Warnung des darmstädtischen Delegierten („Stehet wohl auch gefahr darauff, ob man sich die herren Badische in Kreuznach einzulassen difficultiren mögte!“), wartete man doch lieber in dem vielherrschaftlichen Wöllstein ab, bis man sich sicher glaubte. GLAK 75/22 f19, f47, f62.
- 26) Vgl. die Instruktion v. 24. 1. 1652; GLAK 75/25 f75ff..
- 27) Art. IV § 20 „*Princeps Ludovicus Philippus, Comes Palatinus Rheni, recuperet omnes ditiones, dignitates et iura in sacris et profanis, quae ipsi a maioribus ex sucessionem et divisione ante tumultus bellicos obvenierunt*“ Zeumer 399. Vgl. auch Art. IV § 6 (ebd. 397f).
- 28) Sponheim sei eine „ganz absonderliche Graveschafft des reichs“. GLAK 75/23 f264.
- 29) I. P. O. Art. III (Zeumer 396f).
- 30) Art. IV § 26 (Zeumer 400). Hier wurde bestätigt, daß der badische Besitz keine Kriegserwerbung war, sondern „*occasione iustitiae et sententiae Caesareae*.“
- 31) Die Subdeleg. hatten am 15. 2. Kreuznach zu einer Berichterstattung an ihre Prinzipale verlassen und überbrachten nun lediglich den ausgefertigten Rezeß; vgl. Konferenzprotokoll, GLAK 75/22 f198.
- 32) I. P. O. Art. IV § 6 (Zeumer 397f). Baden stellte dagegen: Art. IV § 49 („*Sententiae tempore belli*“; Zeumer 402); vgl. GLAK 75/22 f89. — Laut Rezeß sollte vornehmlich „nach dem bloßen facto possessionis, usus, observantiae, exercitii“ verfahren werden. Senckenberg-Schmauss 625. Vgl. auch den kurpfälzischen Protest; Wien J. A. 594/23 f8.

Appellationsmöglichkeit nach dem I.P.O. ausgeschlossen war (33). Vollständig überrumpelt mußten sich die Pfalzgräflichen damit abfinden, daß Baden am 16. März in die Possession seines Anteils an der Kreuznacher Burg gesetzt wurde und sich in den folgenden Tagen in den Ämtern huldigen ließ (34). Um die Folgen dieser Niederlage Ludwig Philipps ermessen zu können, müssen wir die starke Abhängigkeit der pfalz-simmerischen jüngeren Linie von der Kurlinie, die infolge der großen Verluste des pfälzischen Gesamthauses gerade nach dem Westfälischen Frieden betont wurde, berücksichtigen. Die Streitigkeiten zwischen Karl Ludwig und seinem Oheim Ludwig Philipp waren 1650 offen zum Ausbruch gekommen (35), und der auf die Wahrung seiner Prerogative bedachte ehrgeizige Kurfürst suchte jede Schwäche des nur mäßig talentierten simmerischen Herzogs auszunutzen. Da Karl Ludwig die pfälzische Regelung nach dem Teilungs-Libell von 1610 nicht als bindend anerkannte und auf eine künftige Revision hindrängte, mußte er sich durch die kaiserliche Kommission in Sponheim in seinen eventuellen Ansprüchen verletzt sehen. Schon im Februar hatte daher der Alzeyer Landschreiber in Kreuznach einen scharfen Protest übergeben (36). Pfalz-Simmern hielt es mit der Benachrichtigung des Kurhauses über die Kreuznacher Vorgänge nicht sonderlich genau (37) und blieb eifrig auf eine Wahrung seiner Selbständigkeit bedacht. Nach dem unglücklichen Schiedsspruch der kaiserlichen Kommission hatte man sich bezeichnenderweise an Pfalzgraf Friedrich von Zweibrücken mit der Bitte um Rat und Hilfe gewandt, hier jedoch nur geringes Entgegenkommen gefunden (38). Empfindlicher und heftiger war die weniger erwünschte kurpfälzische Reaktion. Die Rechtfertigung Ludwig Philipps auf das scharfe Protestschreiben Karl Ludwigs war äußerst schwach und ähnelte eher dem Gebaren eines zurechtgewiesenen Schulknaben als der Antwort eines Landesfürsten (39). Nachdem Kurpfalz schon im März eine Protestnote in Wien eingereicht hatte (40), übergab am 15. 5. der Gesandte weitere Gravamina an den Reichshofrat mit der Bitte um Kassierung des Urteils, da die kaiserliche Kommission von Baden auf unrechtmäßigem Wege erwirkt worden sei (41). Der badische Geschäftsträger in Wien (42) konnte eine Referierung der pfälzischen Beschwerden vor dem Hofrat nicht verhindern. Man war in Wien der Ansicht, daß Kurpfalz, in den Verträgen mit Kurbayern benachteiligt (43), nun wieder gewonnen werden mußte, und zeigte sich äußerst wohlwollend.

33) GLAK 75/22 f277; 75/25 f149f.

34) GLAK 75/22 f298. Die simmerischen Abgesandten hatten die Instruktion, Immission und Huldigung notfalls durch den Kreuznacher Kommandanten, „doch alles mit guter bescheidenheit“, zu verhindern, nicht befolgt. GLAK 75/25 f77.

35) 1650 war Karl Ludwig über Ludwig Philipp verstimmt, da dieser sich die Lauterner Lehensleute huldigen ließ. 1652 beklagte sich Ludwig Ph. beim kurfürstlichen Kollegium in Prag, daß ihm Karl L. fast um Land und Leute bringe. Hecht 184f.

36) Kurpfalz konnte sich darauf berufen, daß es sich noch 1618 im ungeteilten Besitz der Grafschaft befunden hatte.

37) GLAK 75/25 f141f.

38) Friedrichs Antwort vom 15. 3. 1652: Wie man Kolb v. Wartenberg verstanden habe, „geschieht E. lbd. gar zu viel“, am besten sei es gewesen, Simmern hätte sich nicht auf die Kommission eingelassen. GLAK 75/25 f158.

39) Vgl. GLAK 75/25 f169-174.

40) Wien JA 594/23.

41) Ebd. f12; GLAK 75/23 f99, f101 ff.

42) Dr. Franz Mayer (GLAK 75/22).

43) Gemeint sind die Abmachungen im Gefolge des Reichsgutachtens v. 31. 3. 1647 bei den

Während also noch Ungewißheit darüber herrschte, ob die badische Immission endgültig feststehe, entwickelte Simmern eine fieberhafte Aktivität, um wenigstens Regierung und Verwaltung der Grafschaft in eine ihm vorteilhafte Form zu bringen. Besonders die Belassung der äußerst wichtigen Kauzenburger Garnison (44) und der alten simmerischen Beamten in der Oberamtsverwaltung lagen Ludwig Philipp am Herzen. Wolfgang Bernhard von Geispitzheim, damals Amtmann zu Bolanden, wurde in dieser Mission nach Würzburg und Darmstadt abgefertigt, erhielt jedoch erwartungsgemäß außer einigen nichtsagenden Versicherungen keine wesentlichen Zugeständnisse. In Würzburg hatte Johann Philipp bei einer Zusammenkunft unter anderem höchst vertraulich mitgeteilt, daß die badischen Forderungen wegen des Kreuznacher Schlosses sich nicht gegen Simmern richteten, sondern gerade Vorsichtsmaßnahmen gegen die kurpfälzischen Absichten hinsichtlich Ludwig Philipps seien (45), eine weitere Vorandeutung dessen, daß es zu einer entscheidenden Weichenstellung in der sponheimischen Kondominatspolitik erst nach einem Zusammenstoß des kurpfälzischen mit dem markgräflichen Hause kommen werde, deren sponheimische Interessen sich schon in verschiedenster Weise kreuzten.

Baden hatte in der Garnisonsfrage zumindest einen wesentlichen Teilerfolg erreicht (46). Am 28. März trafen nach zehntägigem Marsch 20 markgräfliche Soldaten auf der Kauzenburg ein, während Simmern, das auch hier auf einem Dreifünftel-Anteil beharrte, seinerseits 30 Mann dort beließ (47).

In der Frage der Beamtenbesetzung kam es in einem simmerisch-badischen Rezeß (48), der in groben Zügen die künftige Verwaltungsorganisation der Grafschaft regelte, zu einem für Simmern zufriedenstellenden Ergebnis (49). Neben dem pfälzischen Truchsessern wurden noch ein pfälzischer Oberamtmann und ein badischer Landschreiber eingesetzt (50), ohne daß jedoch die Amtsverwaltung im Laufe des Sommers noch zu einer produktiven gemeinschaftlichen Tätigkeit finden konnte.

2. Punctum religionis.

Am 27. Februar 1652 hatte Ferdinand III. den Kommissionsauftrag an Mainz und Hessen-Darmstadt, der nur auf Restitution lautete, auf Grund badischer

Friedensverhandlungen. Vgl. Dickmann 400; Häusser II, 576f, der auch die Einstellung des Kaisers im obigen Sinne andeutet. — Im Februar 1652 wußte Mayer gar aus Wien zu berichten, am Hof gingen Gerüchte, Karl Ludwig wolle zur kath. Religion übertreten. GLAK 75/22 f128.

44) Nicht nur wegen der lothringischen Streifzüge, sondern auch aus Furcht vor einem kurpfälzischen Handstreich; vgl. GLAK 75/22 f305.

45) Aus einem v. Geispitzheim'schen Diarium; GLAK 77/8747.

46) Verhandlungen über diese Frage hatten zu Baden stattgefunden; GLAK 75/22 f323.

47) GLAK 75/22 f55, f310; 75/23 f60.

48) Vom 1. und 3. 4. 1652. Von seiten Simmerns unterzeichnete Jonas Meisterlin, badischerseits Adolph Krebs von Bach und J. Datt von Dieffenau. (AdStrasb E 5149, 180; GLAK 67/121 f412-434; GLAK 77/8326).

49) Baden bestätigte für dieses Mal alle gemeinschaftlichen Diener, die zuvor von Simmern eingesetzt worden waren; GLAK 67/121 f423ff.

50) Später folgte noch ein badischer Oberamtsverweser.

Bitten auf einen völligen Ausgleich zwischen Pfalz und Baden erweitert (1). Hierunter war sowohl die noch ungelöste Liquidationsangelegenheit als auch das Religionswesen zu verstehen. Die kaiserlichen Subdelegierten hatten jedoch Ostern 1652 Kreuznach eiligst verlassen, in der nicht ganz unberechtigten Meinung, „daß des Herren Pfaltzgraven Fürstl. Dhl. mit restitution der landten für einmal hart genug getroffen“ (2).

In dem angeführten simmerisch-badischen Rezeß war die Ordnung der geistlichen Güter in der Grafschaft auf die Wiederkunft der kaiserlichen Kommission ausgestellt worden (3). Pfalz-Simmern hatte die Angelegenheit bisher in seinem Sinne nicht zu bereinigen verstanden, da die zu Frankenthal liegende spanische Garnison auf ähnliche Versuche empfindlich reagiert hatte (4). Deren Abzug am 23. 4. 1652 änderte die Situation, und Ludwig Philipp erklärte sich an den betreffenden Artikel des Rezesses (5) für nicht mehr gebunden. Von seinen Beratern angeeifert (6), bemühte er sich, in seiner Eigenschaft als kreisausschreibender Fürst, die versäumte Restitution „in sacris“ nachzuholen, indem er mit Hilfe von Beamten und Soldaten der simmerischen Nachbarämter (7) die Klöster Sponheim und Schwabenheim einzog (8) und die katholischen Geistlichen in der Stadt Kreuznach unter Druck setzte. Der nach Baden hin als Köder ausgeworfene Hinweis auf die finanziellen Vorteile einer geistlichen Gefällverwaltung verfiel diesmal nicht, Markgraf Wilhelm protestierte vielmehr sofort in Wien, Mainz und Darmstadt (9). Die teilweise harten Maßnahmen, die wohl als Äußerungen eines sich in seinen Rechten von allen Seiten geschmälerter fühlenden alternden Fürsten zu verstehen sind (10), ließen den badischen Gemeinsherrn eine beschleunigte Wiederaufnahme der kaiserlichen Kommission betreiben. Besonders bei Kurmainz, das an einer möglichen Ausdehnung seines Sprengels interessiert war, fielen die Bemühungen auf günstigen Boden (11).

Am 15. November wurde die Kommission zur Erörterung des Religionspunktes wieder aufgenommen (12). Ein Protest seitens Kurpfalz, um dessen „ver-

1) GLAK 75/22 f104, 127.

2) GLAK 75/22 f55, f353.

3) GLAK 67/121 f418 (Art. 8).

4) GLAK 75/23 f255; 75/21 f294. Ludwig Philipp hatte vergeblich versucht, die Kommission bis zum Abzug der Spanier hinauszuzögern.

5) GLAK 75/25 f171; STAK 33/12100.

6) In den Kirchenangelegenheiten berieten ihn der Rat Dr. Meisterlin und der Kreuznacher reformierte Inspektor; STAK 33/12100.

7) Was den Kondominatsgepflogenheiten widersprach. Auch der Stromberger Ausschuß wurde u. a. zugezogen (ebd.).

8) Am 29. und 30. 5. 1652. In Schwabenheim wurde dabei der badische Landschreiber mit dem Niederschießen bedroht. STAK 33/12100.

9) In Wien überreichte der junge Markgraf Leopold Wilhelm das Schreiben; STAK 33/12100.

10) Vgl. das Schreiben Ludwig Philipps an den badischen Amtsverweser v. 24. 5. 1652 (ebd.).

11) Der badische Kanzler Johann Adolph Krebs berichtete 1651 nach Baden, er habe Johann Philipp mit folgendem „stimuliert“: Pater Biber habe ihm in Baden mitgeteilt, daß beim letzten Fronleichnamsfest in Kreuznach noch 1700 Katholiken mit der Prozession gegangen wären, die alle durch ein exercitium simultaneum gerettet werden könnten. Auch könne Kurmainz seine kirchliche Jurisdiktion künftig um 12 Meilen ausdehnen. GLAK 75/21 f258 f. — Nach einer badischen Denkschrift aus dem folgenden Jahre befinden sich dagegen fünf katholische Bürger in der Stadt. GLAK 75/22 f118. Beide Angaben dürften wohl den tatsächlichen Verhältnissen wenig entsprochen haben.

12) Als Delegierte waren beteiligt: Philipp Otto v. Herzellis, Johann Jacob Oppenheimer (Kurmainz), Eberhard Wolff v. Todtenwarth, N. Martin Drach (Hessen-Darmstadt), von

stendige assistenz“ Ludwig Philipp diesmal gebeten hatte, konnte das Vorhaben nicht behindern. Die zu treffende Entscheidung stand in ihrer Bedeutsamkeit für die Zukunft des sponheimischen Kondominats der des Jahres 1566 nicht nach. Wie wenig die katholische badische Landesherrschaft auf eine Unterstützung durch eine rein kalvinistische Bevölkerung hoffen konnte, hatte sich andeutungsweise schon gezeigt (13). Baden durfte es darum nicht um eine Konservierung der geringen katholischen Bevölkerungsgruppe zu tun sein; es mußte vielmehr danach streben, sein Exerzitium als vollkommen gleichberechtigt in der Grafschaft einzuführen, was aber von Simmern als unzulässige „Reformation“ angegriffen wurde.

Die Fronten unter den streitenden Parteien grenzten sich im Verlauf der Verhandlungen klar ab. Simmern berief sich auf die ihm vorteilhaften Paragraphen des Friedensschlusses, die für das pfälzische Territorium in religiösen Fragen die Restitution nach dem Vorkriegsstand in vollem Umfange zusicherten (14). Da Pfalz 1618 die gesamte Vordere Grafschaft besaß, war dies nicht unberechtigt. Zudem versuchte man hartnäckig, Baden das bei den Friedensverhandlungen so heftig umstrittene Jus reformandi (15) in Sponheim abzusprechen, und zwar mit der wenig überzeugenden Argumentation, daß dieses Recht allein in seinem faktisch ausgeübten Gebrauch bestehen könne (16). Diese Auffassung stand nicht nur im Widerspruch zu der üblichen und protestantischen Meinung selbst (17), sondern war als ein direkter Versuch einer Beschneidung der badischen landeshoheitlichen Rechte in Sponheim anzusehen.

Badischerseits ging man davon aus, daß die jeweiligen sponheimischen Anteile nicht pfälzisch, bzw. badisch seien, sondern ein geschlossenes gemeinschaftliches Gebilde ausmachen, für dessen Religionsordnung das allgemeine Regulativjahr 1624 verbindlich sei (18). Dies hätte der Markgrafschaft gewisse Vorteile gebracht, denn im Gefolge der spanischen Besetzung waren 1622 das Kreuznacher Franziskanerkloster und das Kloster Schwabenheim, 1623 das Kloster Sponheim und das Kreuznacher Karmeliterkloster wieder mit Ordensgeistlichen besetzt worden (19). Im gleichen Jahr wurde die Kreuznacher Stadtpfarrei den Jesuiten übergeben, die allerdings erst im Mai 1625 den Chor der Stadtkirche übernahmen (20). Aber auch die Calvinisten hatten

Geispitzheim, Dr. Meisterlin, Friedrich Casimir Römer (Pfalz-Simmern), J. J. Datt zu Dieffenau, J. J. Brombach, lit. Georg Wolff (Baden-Baden). GLAK 75/23.

13) Vgl. GLAK 75/22 f342. In Sponheim ist im folgenden die in Gemeinherrschaften häufige Entwicklung zu beobachten, daß die Katholiken sich mehr als Untertanen des katholischen, die Protestanten mehr als solche des protestantischen Landesherrn fühlten; vgl. auch Bader 122.

14) I. P. O. Art. IV § 20 (Zeumer 399); vgl. auch Art. IV § 6 (ebd. 397 f).

15) Vgl. Dickmann 9 f, 346, 349 f, 405; (Rosendorn 29-32).

16) GLAK 75/23 f268: „in solo usu et exercitio“; vgl. ebd. f298. Baden wies mit Recht darauf hin, daß dann auch alle übrigen Stände im Reich, die bisher ihre Religion beibehalten hatten, nicht im Besitz des Rechtes seien.

17) Vgl. Dickmann a. a. O.; Moser, Landeshoheit 651 f.

18) GLAK 75/23 f367 f. Vgl. I. P. O. Art. V § 2 (Zeumer 403). Ausdrücklicher Verweis auf Gemeinherrschaften ebd. § 43 (Zeumer 411); vgl. auch Frommann 134.

19) GLAK 75/23 f229, f234, f275, f308.

20) GLAK 75/23 f236, f254; STAK 33/10243 (Truchsessereirechnung.); Fritsch 50; Rosenkranz 36. Die 1621 im Gefolge Cordovas nach Kreuznach gelangten kath. Geistl. hatten noch keinen offiziellen Status; Weydmann 34.

nach Aussage späteren Untersuchungsmaterials 1624 noch keine entscheidende Einbußen erlitten (21). Infolge der anfänglich nachsichtigen Haltung der spanischen Behörden waren 1624 noch sämtliche Landpfarreien des Oberamts mit reformierten Predigern besetzt (22), in Kreuznach waren der Inspektor und zwei Diakone im Dienst; in dem Gebäude des Schwarzen Klosters befand sich noch die reformierte Schule.

Da Pfalz-Simmern zäh auf seinem Standpunkt beharrte und Baden von Anfang an nicht daran denken konnte, an seinen Maximalforderungen festzuhalten, entschloß sich Markgraf Wilhelm einzulenken, „damit die religion in der Graffschafft sovil Immer möglich umb etwas errettet werden köndte“ (23). Eine vermutlich von den Darmstädtischen verfaßte „wolgemeinte Interposition“ fand am 14. Dezember die Billigung der simmerischen Abgeordneten, nachdem Baden sich damit einverstanden erklärt hatte, daß die Jesuiten sich gänzlich aus Sponheim zurückzogen (24).

Der Vertrag war seinem Charakter nach kein Rechtsspruch der kaiserlichen Kommission, sondern eine „gütliche Komposition“, hielt sich jedoch im allgemeinen an die Zustände des Jahres 1624 (25). Wichtig war, daß in der Stadt Kreuznach auch den Katholiken die öffentliche Religionsausübung zugestanden wurde. Franziskaner und Karmeliter blieben in beschränkter Anzahl in der Oberamtsstadt und versahen neben dem Gottesdienst das katholische Schulwesen. Den beiden Ordensniederlassungen blieben die Kirchen erhalten (26). Auf dem Lande war weiterhin nur den Reformierten das „exercitium publicum“ (27) in Kirchen und Schulen erlaubt, den katholischen Landbewohnern blieb lediglich die sog. „devotio domestica“ (28). Der badische Truchseß zu Kirchberg erhielt die Erlaubnis, an Sonn- und Feiertagen einen katholischen Priester in seine Wohnung zu erfordern, eine Regelung, die für Jahrzehnte Streitigkeiten heraufbeschwören sollte.

21) Erst am 31. 3. 1626 erfolgte das allgemeine Verbot.

22) Reformierte Prediger des Oberamts Kreuznach im Jahre 1624 (1652 der kaiserl. Kommiss. vorgelegt): Kreuznach: Inspektor M. Johannes Rulmann, 1. Diakon Friedrich Goeler, 2. Diakon (versieht zugleich Hckenheim); Bosenheim: Egidius Tonsor (am 24. 9. 1652 entsetzt, emigrierte in die Schweiz); Wöllstein: Friedericus Joan; Siefersheim: Michael Rau; Frei-Laubersheim: Matthias Nahum (predigt zu Neuhausen); Sprendlingen: Pastor Wimar Stipelius und Diakon M. Johann Culmann Beck (versieht zugleich St. Johann); Schwabenheim: Wilhelm Schab; Gensingen: Petrus N. N. (1625 beurlaubt, zog ins „Wittgensteinische“, wurde später Feldprediger); Rüdesheim: Zacharias Textor; Weinsheim: Bartholomäus Rentzgen („lebt im Haag“); Sponheim: Andreas Bettinger (am 24. 9. 1625 entsetzt, ging nach Hanau). Danach kamen die „Graven Mönche“, 1626 ein „Welcher“, der 1627 von Wilhelm von Staden abgelöst wurde. Bockenu: Albertus Biccus (am 14. 9. 1624 auf Ansuchen der Gemeinde berufen, am 24. 9. 1625 wieder entsetzt). — Die Angaben dürften trotz zeitlichen Abstandes von orthografischen Eigenheiten abgesehen zuverlässig sein. Bedauerlich ist, wenn Rosendorn (S. 25 ff, 108 ff) mangels Quellenunterlagen zu unzutreffenden Schlüssen gelangt.

23) GLAK 75/24 f46; vgl. auch 75/22 f118, f178; 75/23 f312.

24) GLAK 75/24 f48-68.

25) AdStrasb. E 5149, 180a (Original). Simmern zog den Kompromiß einem unsicheren Entscheid durch Kurmainz und Hessen-Darmstadt vor; GLAK 75/25 f269.

26) Die Karmeliter hatten den Reformierten bei Bedarf Kirchenschiff und Geldüte einzuräumen.

27) Die Nomenklatur der sponheimischen Restitutionsverträge lehnte sich naturgemäß eng an die des I. P. O. an.

28) Kindertaufen wurden im Hause oder zu Kreuznach erlaubt. Die Katholiken durften in Kreuznach und außerhalb der Grafschaft die öffentlichen Gottesdienste besuchen.

Unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse war der Vergleich sicherlich als aner kennenswert zu bezeichnen, bei sorgfältiger Beachtung konnte er ein Nebeneinander der beiden Konfessionen sichern. Seine Schwächen lagen einmal in der unzureichenden Garantie für die unter den Kreuznacher Religionsverwandten angestrebte Gleichheit, zum anderen in einem vollkommenen Übergehen der seit der Schwedenzeit in Kreuznach wieder bestehenden lutherischen Gemeinde (29). Hier ist nicht zuletzt dem badischen Gemeinsherrn ein Vorwurf zu machen, denn dieser hatte sich im Hinblick auf die hessendarmstädtischen Subdelegierten und die zahlreichen Gönner der Kreuznacher Lutheraner nicht ungern in die Rolle eines Schutzherrn hineinziehen lassen (30), ohne ihr jedoch in den entscheidenden Momenten gerecht zu werden. Erst im Anschluß an die Verträge einigte sich der Markgraf mit Ludwig Philipp auf eine bloße Tolerierung der Kreuznacher Lutheraner, ohne aber für die finanziellen Grundlagen der Gemeinde Sorge zu tragen (31). Bei der Ausführung des Religionsvertrags stieß man erwartungsgemäß auf erheblichen Widerstand der kalvinistischen Bürgerschaft, die sich sogar zu Tätlichkeiten hinreißen ließ. Die Zeit konfessionellen Haders sollte in Sponheim noch nicht beendet sein.

3. *Punctum liquidationis*. Kurpfälzisches Fußfassen in der Grafschaft.

Konnte die Frage einer Ordnung des sponheimischen Religionswesens, die sich als ein vordringliches Problem im Gefolge der badischen Immission ergeben hatte, zwar nicht befriedigend gelöst, aber doch wenigstens vorangetrieben werden, so stellten sich einer Bereinigung der alten badischen Schuldenangelegenheit ganz erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Die kaiserliche Kassation der Eduard-Fortunat'schen Schuld im Jahre 1628 war von seiten der Pfalz niemals anerkannt worden (1). Badische Bemühungen in Wien brachten nicht mehr den gewünschten Erfolg (2). Durch seine Berater vor weiterer Übervorteilung eindringlich gewarnt (3), erreichte Ludwig Philipp von den kaiserlichen Subdelegierten einen Aufschub der Angelegenheit bis zur Räumung Frankenthals durch die spanischen Truppen, da dort das sponheimische Archiv lagerte (4). So verblieb das *dominium utile* bis

29) Unter Johann Casimir abgeschafft, wurde sie 1632 durch Gustav Adolfs Vermittlung wieder eingeführt. GLAK 75/23 f360; Rosenkranz, Evang. G 43; ders., Luther. G. 109 ff, 122.

30) An den Markgrafen kamen außer der Kreuznacher Gemeinde selbst mit Bitten um Schutz und Förderung ein: Hessen-Darmstadt, der Herzog v. Württemberg sowie die Wild- u. Rheingrafen. Markgraf Wilhelm unterstützte die Luther. gegen die Reformierten, hielt sich aber zurück, wenn katholische Interessen gefährdet werden konnten.

31) GLAK 75/24 f81. Dabei umfaßte die Gemeinde 1652 noch fast die Hälfte der Kreuznacher Bevölkerung. 75/23 f187.

1) Vgl. die Auseinandersetzung zwischen Simmern und Baden auf dem oberrheinischen Kreistag v. 1638; GLAK 75/22 f336, f339.

2) Gesuch vom 16. 2. 1652 um Aufrechterhaltung der Kassation; GLAK 75/23 f201.

3) Vgl. Schreiben Pfalzgraf Friedrichs v. Birkenfeld an Ludwig Philipp v. 15. 3. 1652; GLAK 75/25 f165.

4) Der Frankenthaler Gubernator hielt die Akten trotz entsprechenden Anordnungen des Erzherzogs zurück. Dem Markgrafen war es durch verschiedene Mittelsleute, u. a. Isaak Volmar und den hispanischen Sekretär Peter Reuter, gelegentlich gelungen, Aktenmaterial zu erlangen, was für die badische Kanzlei wegen des Mangels an eigenen Unterlagen von größter Wichtigkeit war. GLAK 75/21 f191, f333; 75/22 f125f. Kurpfalz bestritt Simmern das Archivrecht und erlangte noch 1652 eine kaiserliche Verfügung, wonach das sponheimische Archiv nach Heidelberg gelangen sollte. GLAK 75/23 f62, f88.

auf weiteres bei Pfalz-Simmern (5), und die sparsame badische Kammer schwebte in höchster Sorge, daß die Schuld in den letzten 50 Jahren nicht nur schon abgetragen, sondern Pfalz möglicherweise sogar überbezahlt sei (6). Ehe eine Lösung der Frage in Aussicht war (7), kam es zwischen den pfälzsimmerischen und badischen Abgeordneten am 11. Juni 1653 in Regensburg zu einem weiteren Vertrag (8), der verschiedene Bestimmungen auf dem Gebiet des Kameral- und Jurisdiktionalwesens traf und gleichzeitig die Religionsangelegenheiten einer weiteren Regelung unterwarf. Von Bedeutung war die Bestätigung und Erweiterung des stark angefochtenen Kirchberger katholischen Exerzitiums (9) sowie die Festlegung, daß auch die protestantischen Kirchen- und Schuldiener bei Baden um ihre Aufnahme anzuhalten hatten.

Die Gründe für die simmerischen Zugeständnisse sind in der gleichzeitigen Verwicklung Ludwig Philipps in weit gewichtigere Verhandlungen mit Kurpfalz zu suchen, deren Abschluß in Form eines Vertrages den Niedergang des simmerischen Hauses einleitete (10), der in politischer Hinsicht dem genealogischen um zwei Jahrzehnte vorausseilte. Besagter Vertrag kam ebenfalls während des Regensburger Reichstags unter aktiver Mitwirkung des Mainzer Kurfürsten Johann Philipp zustande (11) und hatte, soweit er in seinen Auswirkungen Sponheim betraf, folgendes zum Inhalt:

Kurpfalz und seinen Erben wird ein Fünftel „an allen und jeden geist- und weltlichen gefällen, einkunfft und Nutzungen der statt und amts Kreuznach von Cathedra Petri des 1654. Jahres anzufangen eigenthumlich angehören“. Kurpfalz erhält weiterhin die Berechtigung, eigene Beamte anzustellen, die beim Einbringen der Gefälle die gleiche Jurisdiktionsgewalt wie diejenigen der Gemeinherrn haben sollen. Alle übrigen hoheitlichen Rechte, die Kurpfalz in der Grafschaft wegen des Kurfünftels beanspruchen kann, sollen Herzog Ludwig Philipp verbleiben (12).

Der Vergleich wurde dem Regensburger Reichtagsabschied einverleibt (13), da Pfalz-Simmern zu Recht Befürchtungen hegte, daß Kurpfalz seine Forderungen bei Gelegenheit weiter ausdehnen könne. Baden, das den Gegensatz im pfälzischen Haus zu nutzen suchte, war sich mit Simmern darin einig, daß Kurpfalz wegen seines Gefällanteils keinerlei Ansprüche auf eine Beteiligung an der Ausübung der Landesherrschaft zu stellen habe. Inzwischen war auch auf dem Reichstag eine Entscheidung über die allgemeine Schul-

5) GLAK 77/8747; STAK 33/10246.

6) GLAK 75/22 f345; 77/8747.

7) GLAK 75/24 f85ff (betr. den simmerischen Widerstand in der Liquidationsangelegenheit). 1653 hatte die kaiserliche Kommission erfolglos in der Frage verhandelt; GLAK 75/24 f82f.

8) AdStrasb. E 5149, 182 (Original); vgl. auch STAK 33/2483; GLAK 77/8326 (Kopien); Weydmann 39. Über den Einfluß des bei Ludwig Philipp sehr unbeliebten badischen Landschreibers Neupfard auf das Vertragswerk vgl. GLAK 75/25 f302; 75/26 f24ff.

9) In Notfällen durften nun Kinder auch außerhalb der Sonn- und Feiertage von den katholischen Geistlichen getauft werden.

10) Über Ludwig Philipps bedrängte Lage im Spätjahr 1653 gibt ein Schreiben Markgraf Wilhelms an den Pfalzgrafen Auskunft; GLAK 75/25 f305; vgl. Hecht 184.

11) Vgl. München, Fürstensachen 1035 f5-10 (Kopie).

12) München, Fürstensachen 1035 f6f.

13) § 187 des Reichtagsabschieds; vgl. Senckenberg-Schmauss III, 675.

denliquidation der Reichsstände abzusehen (14). Da der badische Kanzler einen Beschluß befürchtete, der die Restitutionsachen auf einen künftigen Reichstag verschob, versuchte er in Wien eine Kommissionserweiterung „extrajudicialiter“ und auf etliche Wochen zurückdatiert zu erhalten, damit die Angelegenheit nicht von protestantischen Reichshofräten hintertrieben werde (15).

Als sich Ende des Jahres Ludwig Philipp von den Regierungsgeschäften zurückzog, entfaltete Baden in Sponheim eine ungewöhnliche Aktivität. Außer dem Markgrafen selbst weilte verschiedentlich der badische Kanzler in Kreuznach, um die noch ungelösten Regierungs- und Verwaltungsfragen, außer der Liquidation vor allem die Regelung der geistlichen Jurisdiktion, der Pfarrerbeseoldung und der sponheimischen Reichskollekten, voranzutreiben. Der simmerische Truchseß war als Verhandlungspartner jedoch zu sehr an die Direktiven der hinterlassenen Lauterner Regierung gebunden, die sich zu keinen größeren Konzessionen bereiftinden wollte (16).

Mit Ludwig Philipps Tod (8. 1. 1655), verstärkte sich der kurpfälzische Druck auf die Grafschaft. Baden, das vorsichtshalber das Kreuznacher Schloß bis zur Klärung der simmerischen Vormundschaft in Besitz genommen hatte, beeilte sich, für die obligatorischen Gravamina der Stadt Kreuznach (17) Abhilfe zu versprechen und die Stadt verteidigungsbereit zu halten. Kurpfalz ließ durch den Alzeyer Landschreiber verschiedene Patente in der Grafschaft anschlagen, die jedoch von den Badischen in aller Stille entfernt wurden (18). Täglich passierten kurpfälzische Reiter zwischen Alzey und dem Amt Stromberg (19). Die Vorgänge auf der Sitzung vom 31. Januar 1655 im oberheinishen Kreistag gaben den kurpfälzischen Annexionsgelüsten offen Ausdruck. Hier beanspruchte der kurpfälzische Abgeordnete entgegen der testamentarischen Verfügung Ludwig Philipps für Kurpfalz das simmerische Votum unter dem Vorwand der Vormundschaft, und lediglich einer starken Opposition mit dem zweibrückischen Pfalzgrafen an der Spitze war es zu verdanken, daß das weltliche Kondirektorium noch weiter in den Händen Pfalz-Simrnerns blieb (20). In Sponheim drängte die Lage ebenfalls auf eine Entscheidung hin. Im Nachbaramt Alzey stand die Ankunft Karl Ludwigs bevor, während die ihm verhaßte Witwe Maria Eleonore aus dem Hause Hohenzollern (21) in Kreuznach erwartet wurde. Eine übereilte Huldigung, die zwar den Gepflogenheiten der Grafschaft widersprach, von Baden aber offensicht-

14) Vgl. R.-Abschied v. 1654 § 170-§174; ebd. 671f.

15) Korrespondenz Johann Adolph Krebs v. Bach mit Markgraf Wilhelm sowie badisches Memorialschreiben v. 23. 4. 1654; GLAK 75/24 f110-118.

16) Briefwechsel des simmerischen Truchsess Beck mit dem Statthalter zu Lautern; GLAK 75/25 f307-314.

17) Die Stadt verstand es häufig, ihre Gravamina den Fürsten in unangenehmen Situationen nachdrücklich zu Gehör zu bringen und die Gemeinsherrn gegenseitig nach Möglichkeit nutzbringend auszuspielen. Vgl. GLAK 75/24 f166.

18) GLAK 75/24 f157; P. Burkhard, Kreuznach 1652-66, Krzn. Hbltr. 59/2,4.

19) Dazu hielt sich hartnäckig das Gerücht vom Tod des jungen Prinzen Ludwig Heinrich. Hier und im folgenden siehe die Berichte des badischen Rates Brombach an seine Regierung; GLAK 75/24.

20) Vgl. STAS Oberrh. Kreis, 2016; vgl. auch GLAK 75/24 f144-148.

21) Näheres über die Stellung Karl Ludwigs zu Maria Eleonora bei Hecht 184, 190.

lich geduldet wurde, sicherte der Herzoginmutter zunächst einmal den pfälzischen Anteil an Sponheim (22), obwohl die von Karl Ludwig drohende Gefahr damit nur vorläufig beseitigt werden konnte.

Die offensichtlich schwache simmerische Position gedachte Baden zu einer endgültigen Bereinigung der Schuldenfrage auszunützen. Die badische Ungeduld ist zu verstehen, wenn man berücksichtigt, daß die markgräfliche Kammer von Sponheim seit mehr als 50 Jahren kaum einen Heller vereinahmt hatte (23), und das in einem Besitz, der einem badischen Deputierten die Bemerkung abnötigte: „Die halbe Grafschaft cum iuribus regiis et Maiestatis ist milliones wehrt und inaestimabilis“. Hinzu kam, daß Baden auf Grund der im Regensburger Reichstagsabschied verankerten allgemeinen Schuldenkassation zumindest eines lästigen Zinsnachtrags enthoben war (24), auf dem jedoch Simmern weiterhin beharrte. Ein Kommissionsauftrag des Reichshofrats war schon im Mai 1654 ergangen, und nach längerem Zögern erklärte sich die Witwe des Pfalzgrafen im April 1656 nach vorausgehenden geheimen Verhandlungen mit kurpfälzischen und kurbrandenburgischen Abgeordneten bereit, die Konferenz zu beschicken (25).

Auf Seiten der an sich schon starken pfalz-simmerischen Delegation befand sich der brandenburgisch-preußische Geheime Rat Johann von Portmann (26), der seine Anwesenheit damit begründete, Kurbrandenburg als dem Tutor und Kurator ad litem der simmerischen Erben Bericht abzustatten. Diesem ebenso überraschenden wie unerfreulichen Zustand einer indirekten Doppelkontrolle durch den lauernden Kurpfälzer (27) und den brandenburgischen Kurfürsten, die beide die Kuratel über den jungen Herzog beanspruchten, mußte der badische Kanzler während der Verhandlungen wohl oder übel Rechnung tragen. Seine Weigerung, Portmann, der bald den Ablauf der ganzen Konferenz zu bestimmen wußte, in dessen Eigenschaft als kurbrandenburgischen Abgesandten anzuerkennen, hatte lediglich formalen Erfolg (28). Die badischen Forderungen, die auf Grund eines 9jährigen Schatzungsanschlages (29) auf einen vollständigen Losspruch von der Schuld sowie eine Heraus-

22) Die Huldigung erfolgte am 17. 4. 1655. Vgl. GLAK 75/24 f149, f169f; GLAK 67/121 f435f.

23) Nach der badischen Darstellung hatte man sogar noch 500 fl seit 1654 hinzugesetzt; GLAK 75/387 f124ff.

24) § 173 des Abschieds von 1654 (Senckenberg-Schmauss III, 671f). Der Paragraph war im wesentlichen für unermöglichte Schuldner gedacht, aber es gaben selbst die vermögendsten Reichsstädte „inopia“ vor; GLAK 75/387.

25) Vgl. GLAK 75/24 f194, f176-209.

26) Dr. jur. Johann v. Portmann war von November 1654 bis Dezember 1657 brandenburgisch-preußischer Gesandter am Deputationstag zu Frankfurt (Bittner-Groß I, 31). Seine negative Einstellung zu den Verträgen zwischen Simmern und Baden war der markgräflichen Regierung bereits bekannt; GLAK 75/24 f198ff. In der simmerischen Delegation befanden sich daneben u. a. Statthalter Johann Casimir Kolb v. Wartenberg, Oberamtmann Wolfgang Bernhard v. Geispitzheim, Dr. Jonas Meisterlin und Kammermeister Friedrich Casimir Römer; GLAK 75/32 f349.

27) GLAK 75/24 f313. Gegen Ende der Verhandlungen hielt sich Karl Ludwig in dem benachbarten Alzey auf; ebd. f250.

28) Portmann wird später als simmerischer Assistenzrat geführt; GLAK 75/387 f37.

29) Der 9jährige Schatzungsanschlag war als Teilungs- u. Abschätzungsmodus geläufig, u. a. hatten nach ihm die Häuser Baden u. Nassau die Herrschaften Lahr u. Mahlberg geteilt, auch die von Kurpfalz vermittelte innerbadische Teilung v. 1535 erfolgte auf diese Weise. Baden hatte schon 1652 einen Schatzungsauszug der Jahre 1577-1585 vorgelegt, den Simmern als zu weit zurückliegend ablehnte; GLAK 75/387 f93, f119; Moser, Staatsrecht XV, 27.

gabe der Obligationen und des errechneten Überschusses von 240 000 fl hinzielten (30), wurden natürlich von Simmern abgelehnt. Ein Rückgriff auf die sponheimischen Kameralrechnungen war nicht möglich, da die Pfalz diese teilweise selbst aus dem Weg geräumt hatte oder zurückhielt. Simmern, dessen Finanzschwäche unverhältnismäßig groß war (31), bestand auf einem künftigen Abtrag der 136 000 fl sowie der Zuziehung des mitinteressierten pfälzischen Kurhauses, auf das es jetzt mit Vorbedacht zurückgriff (32). V. Portmann betrachtete nicht nur die jetzige kaiserliche Kommission als unverbindlich, sondern griff im Namen des brandenburgischen Tutors selbst das Restitutionsedikt von 1652 an, das weder auf das Friedensinstrument noch die folgenden Reichsbeschlüsse zu qualifizieren sei (33). Die Entgegnung des badischen Kanzlers, daß die Kommission eben nicht auf dem Westfälischen Frieden begründet, sondern eine legitime Fortsetzung der kaiserlichen Kommission von 1622 sei – die übrigens der pfälzischen Schuldforderung mit keinem Wort gedachte – widersprach selbst seiner eigenen bisherigen Argumentation. Sie hatte lediglich mehr schlecht als recht den Rückzug zu decken, um der drohenden Übergabe der Angelegenheit an ein Reichsgericht zu entgehen, was unter Umständen einer Preisgabe des badischen Anteils gleichgekommen wäre. Über die Vielzahl der ungelöst von dem Kondominatsregiment weitergeschleppten Verwaltungsprobleme, die eine geregelte Administration behinderten, wenn nicht gar unmöglich werden ließen, orientieren die zahlreichen Artikel der pfälzischen und badischen Vergleichsprojekte in den folgenden Monaten, deren Ratifikation sich infolge des üblichen schleppenden Kanzleiverkehrs immer weiter hinauszögerte (34).

4. Sponheim im Kräftefeld der mittelhheinischen Territorialpolitik 1655 – 1677.

Noch ließ die Feindschaft zwischen der Krone Frankreich und dem Haus Habsburg in diesen Jahren den ehrgeizigen Träumen des Mainzer Kurfürsten Johann Philipp (1) und dem zähen Ringen seines pfälzischen Kollegen Karl Ludwig um eine Wiederherstellung der alten Machtposition genügend Spielraum, um sich in der mittelhheinischen Berührungszone zu einem beherrschenden Gegensatz territorialer Sonderinteressen ausweiten zu können. Während vor diesem stark abstrahierten umfassenden Hintergrund (2) in Sponheim der badische Gemeinherr Anlehnung an den religionsverwandten Mainzer Nachbarn suchte und zu finden verstand, wurde die schwache, mit den Anzeichen baldigen Erlöschens behaftete simmerische Linie von unfähigen Herrschern in den Sog des mainzisch-pfälzischen Dualismus hineingezogen und verlor schließlich zugunsten des offensiven kurpfälzischen Erben jegliche Bedeutung.

30) GLAK 75/387 f102, f143.

31) Vgl. Hecht 182.

32) Als successor particularis war Simmern zu einem Abtrag von Lasten, die sich aus der väterlichen Erbschaft ergaben, nicht verpflichtet; GLAK 75/387 f118f, f131f.

33) Ebd. f96.

34) Pfälzische oder badische Vergleichsprojekte der folgenden Monate, die sich u. a. mit Schatzung, Zoll, Geleit, Gefäll- und Appellationswesen sowie der Besoldung der geistlichen und weltlichen Beamten befaßten, blieben in ihrer Gesamtheit offensichtlich ohne Billigung des anderen Gemeinherrn; GLAK 75/24 f280-284; GLAK 75/387 f77-84.

1) Vgl. Johann Philipps Idee einer „Conservation de la paix“, Badalo-Dulong 124.

2) Kurze Überblicke bieten: Petry, Handbuch XXIV und Trautz 17.

Zu einem ersten massiven Angriff setzte Kurpfalz an einer sponheimischen Randposition, der Ebernburg, an. Diese war 1482 durch Kurpfalz an seinen Kanzler und Amtmann zu Kreuznach, Schweikard von Sickingen, gegen die Gesetze der Grafschaft verpfändet worden und bis auf eine Unterbrechung infolge der bekannten sickingischen Fehde in Händen der Familie geblieben (3). Mit der Vorderen Grafschaft selbst blieb sie durch den Einschluß in den Burgfrieden (4) und das Recht der Wiederlösung verbunden. Infolge ihrer günstigen Lage in der Nachbarschaft des Kreuznacher Naheübergangs war sie „auch noch zuer Zeit von solcher importantz, das nit zue zweiflen, unterschiedliche Stände ein aug under aller handt prätext darauf haben und davon die gantze nachpahrerschaft in devotion Erhalten werden khan“ (5).

Während Kurpfalz und Kurtrier schon seit 1542 über Öffnungsrechte auf dem Schloß verfügten, hatte sich Kurmainz erst im Gefolge der Rekatholisierungsversuche Johann Arnolds von Sickingen in den Jahren von 1650 bis 1653 einen gewissen Einfluß auf dessen Herrschaft Ebernburg zu schaffen verstanden (6). Kurpfalz sah dieser Entwicklung nicht tatenlos zu. Als Arnold von Sickingen eine pfälzische Personalzitation nach Heidelberg ignorierte, fiel ein kurpfälzisches Kommando in Ebernburg ein, wobei v. Sickingen den Tod fand (7). Eine zum Schutz der sickingischen Witwe auf die Ebernburg gelegte kurmainzische Besatzung (8), die in enger Verbindung mit dem Kommandanten zu Bingen, Philipp Heinrich von Sickingen, operierte, vermochte den kurpfälzischen Aggressionsabsichten einigermaßen die Stirn zu bieten. Versuche von seiten Karl Ludwigs, Johann Philipp als den Obervormund der sickingischen Kinder zum Abzug der Garnison zu bewegen, scheiterten (9). Als man vom kurpfälzischen Oberamt Alzey aus auf Grund der Wildfangsge-rechtigkeit zur Errichtung einer Ebernburger Fautei schritt und 35 Personen aus dem Ebernburger Tal (10) zur Leibeigenschaft ziehen wollte, schaltete sich Baden ein (11). Besonders der badische Oberamtmann zu Kreuznach, Johann Werner von Plittersdorf, der gleichzeitig in kurmainzischen Diensten stand, nahm sich der Angelegenheit mit Nachdruck an und beeinflusste Johann Philipp im Sinne einer Aufrechterhaltung der Ebernburger Garnison. Auch das Interesse des Wiener Hofes verstand er für die Ebernburger Sache

3) Näheres: STAS Kurpf. Urk., Nr. 676 f1f; Sachs III, 111f; Widder IV, 153f; Schneegans 72ff; Fabricius VI, 86*.

4) So noch 1686; vgl. STAK 33/17.

5) Aus dem badischen Schreiben an den kaiserlichen Beichtvater P. Müller v. 22. 9. 1659; GLAK 75/415.

6) Vgl. Fabricius V., T. 2, 12, 559; (Schneegans 81). Die Aktionen Johann Arnolds blieben bei den evangelischen Reichsständen nicht ohne Kritik. Einer 1653 auf Kurmainz und Hessen-Darmstadt erwirkten Kommission war kein Erfolg beschieden.

7) STAS Kurpf. Akten 19, f170ff. In Frankfurt ließ Karl Ludwig daraufhin eine Entschuldigungsschrift veröffentlichen.

8) Auf Kurmainz war neben Kurtrier das kaiserliche Protektorium gefallen; ebd. 182f.

9) Schreiben Karl Ludwigs an Johann Philipp vom 20. 12. 1658; ebd. f311ff.

10) Die fast alle aus dem Kreuznacher Oberamt stammten.

11) GLAK 75/415. Die aus dem sponheimischen Oberamt zugewanderten Ebernburger wurden auch als sponheimische Leibeigene angesehen. Eine Ausdehnung des Wildfangregals auf sie hätte beträchtliche Konsequenzen für das Oberamt mit sich gebracht, auf dessen Boden Kurpfalz sein Privileg niemals ausübte. Anders Brunner (S. 9), der auch die Grafschaft Sponheim in den pfälzischen Wildfangsbereich einbezieht.

zu wecken, wobei sich nicht zuletzt ein von ihm angeregtes Brieflein aus der Hand des badischen Markgrafen an den kaiserlichen Beichtvater sehr förderlich auswirkte (12).

Inzwischen waren auch die Dinge in Sponheim selbst wieder in Bewegung geraten und drohten das mühsam bewahrte pfälzisch-badische Gleichgewicht weiter zu verändern. Kurpfalz hatte sich erwartungsgemäß mit dem Übertrag des Gefällfünftels nach dem Inhalt des letzten Regensburger Vergleichs nicht abgefunden. Mit Baden war es zu einem ersten Zerwürfnis gekommen, als Kurpfalz ihm den Einzug der Reichskollekten in Sponheim bestritt und darin von Simmern unterstützt wurde, in dessen an das Kurhaus abzuführenden Teilkontingent der badische Anteil noch inbegriffen war (13). Auf Wunsch der Pfalzgräfin von Simmern in die Grafschaft Sponheim verlegte kurpfälzische Reiter hinderten die badischen Beamten am Einzug der Römermonate (14).

Auch zwischen den beiden pfälzischen Häusern hatten sich Streitpunkte in der Auslegung des Regensburger Vergleichs ergeben. Einmal waren es die Jurisdiktionalgelder, die Simmern für sich allein beanspruchte, zum anderen die Gefälle der Kreuznacher Unterämter Koppenstein und Naumburg, die Kurpfalz als im Oberamt Kreuznach inbegriffen, ebenfalls anteilmäßig verlangte (15). Hierüber kam es am 1. August 1659 zum Abschluß eines neuerlichen Vertrags, demzufolge Simmern die im Regensburger Rezeß vorbehaltene Jurisdiktion über das sponheimische Kurfünftel an Kurpfalz überließ (16). Die neuen Bestimmungen wurden lediglich als Addition zu dem im Reichstaatsabschied inserierten Vertrag von 1654 hingestellt, der hierdurch nicht aufgehoben werde; sie mußten jedoch in der sponheimischen Gemeinschaft zu erheblichen Konsequenzen führen, da die Übernahme eines Jurisdiktionalanteils in einem Kondominat gleichbedeutend mit einer Anteilnahme an der Landeshoheit war (17). Eine solche einseitige Abmachung schädigte natürlich auch den badischen Gemeinscherrn, dessen Anteil an verschiedenen Gefällen sich nun automatisch mitverringerte. Sie widersprach entschieden der badischen Auffassung eines Kondominats im deutschrechtlichen Sinne, als gesamthänderisch in Richtung einer in sich abgeschlossenen Ganerbschaft, während Kurpfalz mehr pragmatisch dem römisch-rechtlichen Standpunkt, der die Herrschaftsanteile als beliebig veräußerliches Miteigentum ansah, anhing (18).

12) GLAK 75/415.

13) Pfalz-Simmern hatte den achten Teil des Kurkontingents beizutragen; STAK 33/23.

14) Vgl. die Instruktion für den badischen Hofrat Johann Jacob Brombach zur Kreuznacher Konferenz von 1657; ebd.

15) Wien J. A. 594/23 f3.

16) Simmern sollte dafür 2/3 am Amt Stromberg erhalten. Die Abtretung wurde damit begründet, daß Kurpfalz 1416 das Kurfünftel durch Fideikommiß für ewige Zeiten übertragen und von Simmern nur lehensweise verwaltet wurde; ebd. f4, f14; STAK 33/2652.

17) Frommann 146: „Et vice versa, qui jurisdictionem universalem in Territorio habet, is ipsum Territorium habere dicatur“. „Quia Territorium principaliter continet jurisdictionem“.

18) Wien J. A. 594/23 f4: Baden habe kein Recht, sich zu widersetzen, da „das Condominium einem nicht verwehren kan, seinen antheil ohne des andern theils wißen und willen, von rechts wegen zu alienieren“.

Als Pfalzgraf Ludwig Heinrich von Simmern die bevorstehende kurpfälzische Huldigung in Sponheim mitteilte, befahl Markgraf Wilhelm dem Kreuznacher Schloßkommandanten „bei Verlust von Ehre und Kopf“, dem Burgfrieden gemäß niemandem ohne badische Einwilligung zu huldigen und suchte beim Reichshofrat um eine Erneuerung der kaiserlichen Kommission nach (19). Der Kommissionsauftrag erfolgte trotz kurpfälzischer Gegenvorstellungen. Inzwischen waren jedoch durch Bestechung des Kreuznacher Kommandanten 15 kurpfälzische Soldaten auf die Burg gebracht, ein Oberamtmann eingesetzt und die Huldigung mit Gewalt von der Landschaft abgefordert worden (20). Als die Kurmainzischen und hessischen Subdelegierten in Kreuznach eintrafen, erschienen weder zur Eröffnung noch zur Exekution kurpfälzische Bevollmächtigte. Die Annullierung der Huldigung und die Ernennung eines Oberbeamten beantworteten die Pfälzer damit, daß sie sich am 9. August 1660 der von den simmerischen und badischen Beamten verwahrten Kreuznacher Stadtschlüssel bemächtigten und dem Schloßkommandanten befahlen, die badischen Soldaten auszusperrern (21). Baden hatte nun allen Ernstes zu befürchten, seines sponheimischen Anteils gewaltsam beraubt zu werden. Nachdem aber bereits Karl Ludwig auf dem Umweg über den Markgrafen Friedrich von Baden-Durlach seine Verständigungsbereitschaft angezeigt hatte, die bei dem baden-badischen Erbprinzen Ferdinand Maximilian (22) auch günstige Aufnahme fand (23), kam es dann durch die Vermittlung des französischen Vertreters am Frankfurter Deputationstag, Robert Vincent de Gravel (24), im November 1660 zu einem kurpfälzisch-badischen Ausgleich (25): Kurpfalz wurde für das Kurfünftel mit allen Rechten und Gerechtigkeiten (26) neben Pfalz-Simmern und Baden in die Gemeinschaft Sponheim aufgenommen. Es ratifizierte nach einigem Zögern die simmerisch-badischen Religionsverträge und versprach, die in der Gemeinschaft üblichen Gepflogenheiten zu wahren.

Im folgenden Jahr nahm man die in Frankfurt ausgestellten Punkte auf einer weiteren Konferenz vor (27). Neben Problemen der inneren Verwaltung der Grafschaft, die sich durch die Aufnahme eines weiteren Gemeinherrn ergaben (28), war es die badische Schuldenfrage, die erneut, und zwar dies-

19) GLAK 75/387 f5f, f28f.

20) Ebd. f16. Daher die Bemerkung Mosers (Bad. Staatsrecht 249): „An. 1659 nahm Churf-Pfalz die vordere Grafschaft Sponheim weg“.

21) GLAK 75/387 f17; „Begründte Information über diejenige Streitigkeiten, so Zue Creuznach undt in der vordern Grafschaft Sponheimb sich aniezo befinden, zwischen Baden, Chur Pfaltz und Pfaltz Simmern“, v. 7. 8. 1660.

22) Diesem war besonders an einem guten Verhältnis zur Kurpfalz gelegen. Vgl. v. Weech 181.

23) GLAK 75/387 f2-33.

24) Zu Gravel vgl. Bittner-Groß I, 213, 215, 218, 222; Badalo-Dulong 11, 24, 28, 32ff; (Guhr-auer I, 94). Der Vergleich wurde im Namen des französischen Königs garantiert, da eine Politik des inneren Friedens im Sinne der frz. Rheinbundsbestrebungen lag; vgl. GLAK 75/32 f20f, f338.

25) Frankfurter Vertrag vom 8. 11. bzw. 2. 12. 1660. Ad. Strasb. E 5150, 185 (Orig.); STAK 33/2486; STAS Horstmann. H (Kop.).

26) Wie in der elisabethischen Schenkung blieben lediglich die Mannlehen ausgenommen; vgl. GLAK 33/23.

27) Kreuznacher Konferenz v. 21/31. 3. bis 14/24. 10. 1661.

28) Angef. in GLAK 75/387 f34f: „Puncten, warüber wegen der Creuznachischen zwischen Baden Undt Pfaltz strittigen Sachen Zue tractiren“; vgl. auch GLAK 75/32 f280, f294f.

mal unter kurpfälzischer Vermittlung, aufgerollt wurde. Der kurpfälzische Gesandte Pawel von Ramingen (29) forderte von Ferdinand Maximilian von Baden (30) die runde Summe von 100 000 fl für den simmerischen Pfalzgrafen. Nachdem Baden, in beständiger Furcht vor einer pfälzischen Aggression auf Grund der alten Pfandverschreibung, sich zu Konzessionen bereit erklärt hatte (31), kam es am 13. Mai auf gültlichem Wege (32) zu einem Vergleich, der für Pfalz-Simmern erheblich vorteilhaftere Bestimmungen als die früheren Verträge aufwies (33), jedoch fürs erste keinen praktischen Gewinn erbrachte, da die kurpfälzischen Vermittler denselben erst unterzeichnen wollten, wenn Simmern sich bereit erklärte, von den badischen Geldern seine Schulden gegenüber Kurpfalz zu begleichen. Die Gefahr, daß Karl Ludwig sich mit der Verzögerungstaktik einer Handhabe versichern konnte, um nach dem Ableben seines simmerischen Vetters mit neuen Forderungen an Baden heranzutreten, lag auf der Hand. Aber dem Drängen (34) des von Schulden geplagten Ludwig Heinrich auf einen Abschluß ohne Karl Ludwigs Placet durfte Baden natürlich ebenso wenig entsprechen, und es versäumte nicht, dem Herzog schadenfroh zu verstehen zu geben, was aus seinen Verträgen mit den kurfürstlichen Verwandten doch „für schöne effectus erfolgten“ (35). Weiterhin umstritten blieb auch eine Neuregulierung der sponheimischen Religionsangelegenheiten sowie die Frage eines kurpfälzischen Wildfangrechtes auf die sponheimischen Leibeigenen in Ebernburg (36). Die Verbindung von Baden über v. Plittersdorf nach dem wegen der sickingischen Festung interessierten Kurmainz wurde wie in allen prekären Situationen jener Jahre wieder intensiviert (37). Einen besonderen Aspekt erhielten die Verhandlungen durch das Eingreifen Robert de Gravels, der Anfang Juni 1661 mit von Plittersdorf in Kreuznach Verhandlungen über eine mögliche Garantie der sponheimischen Rechte in einem geplanten umfangreicheren Vertragswerk führte (38). Gravel befand sich dabei insofern in einer wenig angenehmen Lage, als er sowohl den Mitgliedern des Rheinbundes als auch dem durch einen Separat-

29) 1658 kurpfälzischer Resident in Paris; Joachim 282. Vermutlich 1680 Verwalter der Burg Böckelheim; Widder IV, 109; Fligel 27; vgl. Bittner-Groß I, 396f, 401ff.

30) GLAK 75/32 f232. Ferdinand Maximilian vermittelte bei seinem Vater, der sich seit den Vorfällen vom August 1660 gegenüber Kurpfalz stark reserviert verhielt.

31) U. a. bot es Simmern das Unteramt Naumburg an; GLAK 75/32 f344.

32) Kurpfalz bestritt die Kompetenz kaiserlicher Kommissionen für Schuldenangelegenheiten.

33) AdStrosb. E 5150, 187 (Orig.); GLAK 67/121 f454-465 (Kop.). Baden hat 68 000 fl bar zu entrichten sowie eine Schuld von 16 000 fl auf sich zu nehmen. Die badischen Kameralbeamten in Sponheim bleiben Simmern bis zum Abtrag der Schuld verpflichtet. Die badische Hauptobligation von 87 000 fl bleibt bis zum gänzlichen Abtrag der Schuld in den Händen Pfalzgraf Ludwig Heinrichs.

(Die früheren Liquidationsvergleiche hatte Pfalz-Simmern nicht endgültig ratifiziert).

34) Ludwig Heinrich erbat u. a. einen Geldvorschuß für die Frankfurter Herbstmesse; GLAK 75/32 f146.

35) GLAK 75/32 f22.

36) STAS Kurpf. Akten 19, f174f, 316ff: Protest Ludwig Heinrichs und Markgraf Wilhelms gegen die kurpfälzischen Leibeigenschaftsansprüche in Ebernburg (4. 1. 1660).

37) Die 1664 zu Regensburg unter dem Namen des badischen Markgrafen im Wildfangstreit konstituierte Vermittlungskommission dürfte wohl ebenfalls auf das Wirken des kurmainzischen Gesandten und badisch-sponheimischen Oberamtmannes v. Plittersdorf zurückgehen; vgl. Brunner 24, 33.

38) GLAK 75/62 f338. Gemeint sind wohl die Verhandlungen über eine Verlängerung des Rheinbundes, die am 31. 8. erfolgreich abgeschlossen wurden; Badalo-Dulong 33; ebd. über Gravels Interesse an den Wildfangangelegenheiten (S. 171).

vertrag mit Frankreich verbundenen Pfälzer (39) nicht auf die Füße treten durfte. Obwohl Gravel den Geldforderungen des Markgrafen Wilhelm wenig entgegenkam (40), erwirkte er bei einer Zusammenkunft am 8. Juni in Speyer, daß Baden trotz lothringischer Umwerbungen eine abwartende Stellung einnahm und zögerte, mit den übrigen gravierten Ständen zusammenzugehen (41). Gravel's Gegenleistung war lediglich das Versprechen einer Garantie des Frankfurter Vertrags und ein kurpfälzisches Angebot, sich wegen des Wildfangs separat mit dem Markgrafen zu vergleichen. Letzteres war doppelgesichtig, stellte es doch außer den offenbaren Vorteilen in Aussicht, daß Baden im Falle eines Zugreifens dem Kaiser, Johann Philipp und den übrigen gravierten Ständen vor den Kopf stieß. Eine Begegnung des Markgrafen Wilhelm mit dem in Mediationsangelegenheiten äußerst empfindlich reagierenden (42) Kurfürsten Johann Philipp in Mainz ergab jedoch dessen Zustimmung zu den badischen Verhandlungen (43). In einer gemeinsamen Mission erreichten der mainzische Oberhofmarschall v. Boineburg und Johann Werner von Plittersdorf bei Gravel die Zusicherung einer Unterstützung, falls sich Karl Ludwig nach einem weiteren Versuch nicht zu einem Ausgleich beiterkläre (44). Währenddessen berief Karl Ludwig den simmerischen Herzog nach Heidelberg, um sich dessen Einverständnis über einen gemeinsamen, d. h. kurpfälzischen Standpunkt in der sponheimischen Angelegenheit zu sichern. Der badische Vorwurf, der doch ebenfalls benachteiligte simmerische Mitgemeiner handle „kaltsinnig und schläfrig“, erwies sich als nur allzu berechtigt (45). Schließlich gelangte man im Spätsommer des Jahres 1661 zu einem vielfachen Änderungen unterzogenen „Projekt eines kurpfälzischen Briefes an Baden“, in dem Karl Ludwig die hergebrachten sponheimischen Rechte und Realien betreffend Leibeigenschaft und Wildfang zu wahren versprach (46). Der bewußt unklar gehaltene Text war zur Vermeidung von Ungelegenheiten als „*propria et privata scriptura*“ von einem Vertrag unterschieden, konnte aber Baden in die Lage versetzen, das kurpfälzische Wildfangsprivilegium, dessen Ausdehnung auf Sponheim hiermit eine gewisse Beschränkung erfahren hatte (47), nicht anzugreifen. Die weiteren Verhand-

39) Brunner 22 (Analyse des mainz.-pfälzischen Verhältnisses; vgl. auch Badalo-Dulong 36; GLAK 75/32 f17f. Das „Sponheimische Proiectum des Gravel“ fand weder bei Pfalz noch bei Baden ungeteilte Zustimmung.

40) Schon Ferdinand Maximilian hatte deshalb verhandelt. Von der Summe von 100 000 Franken wurde wohl die 1663 abermals angestrebte Aufnahme in den Rheinbund abhängig gemacht; GLAK 75/32 f18; Badalo-Dulong 33, 66.

41) Wilhelm rechnete in der Wildfangfrage mit einem Vollzug des Reichshofratsbeschlusses gegen Karl Ludwig, der dann doch vereitelt wurde; GLAK 75/32 f18; Brunner 21.

42) Vgl. Badalo-Dulong 30.

43) Vgl. den handschriftlichen Nachtrag Wilhelms (GLAK 75/32 f56; 8. 7. 1661): „So vielh Ich weiss von Mentz abgereist, so werd der Curfürst sich lediglich nach d(em) Graveln richten, der Ist schon lengst der Meinung gewesen, das man Churpfalz nicht zu sehr pressiren solle, und wird Er, Gravel, den fux nicht beissen. Der Benneborg (Boineburg) weiß und spurt wohl, wohin wirh ziehen. Wird Eß also vohrnehmlich dar auff beruhn, was bey dem Gravel möchte geschlossen, und bey mirh heist Eß: Mel Cuera la Galina fuera del nido“.

44) GLAK 75/32 f56, f60, f64f.

45) Ebd. f20.

46) Vgl. die verschiedenen Abfassungsentwürfe des Projektes; ebd. f86f, f97, f151.

47) Vgl. hierzu jedoch die einschränkende Bemerkung Markgraf Wilhelms: Allerdings sei zwischen Baden und Kurpfalz die „differenz, waß wir versprechen, daß selbige aufrichtig auch halten werden, anderer seiten aber sein wür dessen ganz und gahr nit versichert. . .“ (Aus einem Schreiben Wilhelms an seine Räte, Ettlingen, 22. 9. 1661).

lungen kamen nur schleppend vorwärts. Mit der Ratifizierung der vorläufigen Fassung eines Religions- und Regimentsvertrags vom 20. August hielt Kurpfalz solange zurück (48), bis Markgraf Wilhelm schließlich Direktiven zum Einlenken gab. Karl Ludwig änderte darauf den Vertragstext mit eigener Hand in seinem Sinne ab und ratifizierte am 24. Oktober (49).

Kurpfalz wurden die Unterhaltskosten für das widerrechtlich in das Kreuznacher Schloß eingedrungene pfälzische Truppenkontingent durch eine allgemeine Auflage auf das sponheimische Gebiet zurückerstattet. Auch in der Frage des Oberamtsregiments mußte Baden eine empfindliche Zurücksetzung hinnehmen, obwohl die größte Gefahr, ein Vorgehen nach dem Prinzip der Stimmenmehrheit bei den Amtsentscheiden, glücklicherweise verhindert werden konnte. Das Religionswesen angehend, wurde zwar die pfälzische Forderung nach einem Treueid der katholischen Geistlichen ausgesetzt, dafür bedeutete aber die Beschneidung des Kirchberger katholischen Exerzitiums eine weitere badische Niederlage, für die der Widerstand des badischen Beamten in Kirchberg bei der Ausführung der getroffenen Beschlüsse ein drucksvolles Zeugnis ablegt (50).

Im November unterschrieb Kurpfalz endgültig den wiederum abgeänderten Liquidationsvertrag, womit seiner Verwirklichung nichts mehr im Wege stand. Dafür hatte sich aber der Herzog zusammen mit dem Markgrafen zu einer Billigung des für ihn wenig vorteilhaften Hauptvergleichs zu bequemen (51). Den kurmainzischen Wünschen wegen der Ebernburg wurde in pfälzisch-badischen Verhandlungen zu Frankenthal Rechnung getragen (52). Obwohl in den Verhandlungen des letzten Jahres die Vermittlerrolle von den kaiserlichen Subdelegierten an Gravel und den ihm hier mehr oder weniger hörigen Johann Philipp übergegangen war, die die Angelegenheit im Sinne der französischen Rheinbundpolitik behandelten, unterzog man sich den bei einer beendigten kaiserlichen Kommission üblichen Formalitäten äußerst gewissenhaft, um sich das Wohlwollen Wiens im Hinblick auf künftige Bedarfsfälle nicht ganz zu verscherzen (53).

Die folgenden Jahre konnten nicht zu einer Festigung des Kondominatsgefüges beitragen. Pfalz-Simmern griff ältere badische Abteilungspläne der Grafschaft anläßlich einer Konferenz auf, die erfolglos über die einzelnen

48) Vgl. die pfälzische Mission Karl Sigismunds von Kroneck nach Baden; GLAK 75/32 f146, f156, f171.

49) AdStrasb. E 5150, 189b (Orig. der vorläufigen und endgültigen Fassung); GLAK 77/8326; STAK 33/23; STAS Horstmann. H. (Kopien). Die endgültige Ratifikation des Vertrags erfolgte am 19/29. 11. 1661 zu Worms.

50) GLAK 75/32 f269.

51) Ludwig Heinrich widersetzte sich der von Baden geforderten Abdankung des pfalzhörigen Schloßkommandanten zu Kreuznach. Vgl. die kurpfälzisch-badische Drohung: „Id per Ser. Electorem fieri curetur et coniunctim efficiatur“; ebd. f308.

52) GLAK 75/32 f271.

53) GLAK 75/32 f22; f335ff. Über die Spannung zwischen Kaiser und Rheinbund vgl. Guhrauer I, 62; Schnur 50ff — Göhring 82f. Ebd. 72, Anm. 13 wird ein ausführlicher Literaturüberblick geboten.

Kontingente der Gemeinherrn an der Türkensteuer beriet (54). Pfalzgraf Ludwig Heinrichs Lage verschlechterte sich zusehends. Im September 1663 zu einem Vergleich mit Johann Philipp gezwungen, mußte er die alte Pfandschaft Böckelheim (55) als erstiftisches Lehen anerkennen und in eine Eventualhuldigung der dortigen Beamten und der Garnison für den Mainzer auf den künftigen Fall eines Erlöschens der simmerischen Linie hin einwilligen (56). Hierdurch zog er sich nicht nur die Kritik Karl Ludwigs, sondern auch die der neuburgischen und zweibrückischen Agnaten zu (57), die den allmählichen Ausverkauf des simmerischen Hauses argwöhnisch verfolgten.

Inzwischen hatten der Regensburger Konföderationsrezeß als Sammelaktion der Bedrohten (58) und der Fall von Ladenburg als zündender Funke den Wildfangstreit neu entfacht (59), der in der Folge auch die sponheimischen Geschehnisse beeinflussen sollte. Besonders die mit Kurmainz gemeinschaftlich operierenden lothringischen Truppen verhinderten durch Raub und Plünderungen ein dringend notwendiges wirtschaftliches Gesunden der Bevölkerung. Die Lothringer, deren Kerngebiete unter dem Druck des übermächtigen französischen Nachbarn standen (60), waren im Gefolge ihres zahlreiche Sonderkriege führenden Herzogs an Mosel und Nahe bereits zu einer permanenten Landplage geworden (61). Die durch Lehenskonnex verbundenen daun-falkensteinischen Gebiete im oberen und mittleren Nahebereich waren administrativ einbezogen und konnten teilweise als Vorposten dienen (62). Während 1665 Verhandlungen über einen pfälzisch-mainzischen Ausgleich liefen, beunruhigten die Soldaten des lothringischen Prinzen Vaudemont (63) das Land (64). Als sich die Kriegshandlungen in den Alzeyer Raum zogen (65), geriet man in Sponheim ernstlich in Sorge, Herzog Karl oder Kurfürst

54) STAK 33/43. Schon 1661 war es wegen der Einziehung der schwedischen Miliz-Satisfaktionsgelder im sponheimischen Gebiet zu Unstimmigkeiten mit Kurpfalz gekommen. Vgl. GLAK 75/24 f106ff; 75/32 f70, f114f, f280, f294; ebenso Senckenberg-Schmauss III, 673 (Regensburger Reichsabschied v. 1654, § 177).

55) Widder IV, 102f. Ebd. auch über die sponheimische Entfremdung.

56) Vergleich zwischen Simmern und Kurmainz, am 11. 9. 1663 unter Vermittlung Kurbrandenburgs zu Kreuznach abgeschlossen; vgl. Flügel 83f; Widder 104.

57) Vgl. die Regensburger Konferenz der pfälzischen Häuser im März 1664; München, Fürstensachen 1035 f18; Flügel 85.

58) Schutzbündnis der von den kurpfälzischen Wildfangsansprüchen betroffenen Reichsstände unter Johann Philipps Leitung v. 31. 3. 1664; Brunner 23.

59) Näheres bei Brunner 21-43 sowie Häusser II, 617f.

60) Vgl. Srbik 8f; Just 48ff.

61) Joachim 2; Baldes 286; Fritsch 105; Rosenkranz, Evang. G. 286; (GLAK 75/21 f320; 75/25 f16).

62) Neben der Herrschaft Oberstein wurde auch der falkensteinische Streubesitz des unteren Nahegebietes von den lothr. Oberlehensherren zu Rekrutierungszwecken herangezogen. 1654 hatte der falkensteinische Keller zu Neu-Bamberg (der Ort huldigte erst 1657 dem Herzog) 45 Männer, darunter etliche Biebelsheimer und Eckelsheimer, aufzubieten und einem lothringischen Oberst in Oberstein zuzuführen; STAD Salb. Rheinhessen 81a, f4f. Die Herrschaft Bretzenheim wurde noch 1642 von Wilhelm Wirich von Daun-Falkenstein-Bruch an den Grafen Alexander II. von Velen veräußert, was Karl von Lothringen 1667 genehmigte; Heldmann 32ff, 39f; Kölner 404ff. Kurze Übersicht über die Literatur zur falkensteinischen Geschichte bei Heldmann (S. 4).

63) Über Karls IV. v. Lothringen Absicht, dem Prinzen ein Fürstentum unter Einschluß der Herrschaft Falkenstein einzurichten: Kölner 408ff; allgem.: Augustin Calmet, Histoire ecclesiastique et civile de Lorraine III, Nancy 1728, S. 644; Just 50.

64) Einzelheiten über lothringische Plünderungen („Spolieren“) in Sponheim: GLAK 77/3867.

65) Vgl. Brunner 33; (GLAK 75/64 f10). Ende Oktober 1665 lagen kurpfälzische Truppen in Sprendlingen.

Karl Ludwig könnten sich des Kreuznacher Naheübergangs bemächtigen (66). Das Aufgebot des verstärkten Amtsausschusses, dem die Überwachung der Straßen und die Sicherung der Stadt Kreuznach oblagen (67), wurde seiner Aufgabe nur mangelhaft gerecht. Selbst gegenüber kleineren feindlichen Parteien bot das befestigte Kreuznach nicht unbedingt Sicherheit. So hatte nach einem pfälzischen Bericht (68) der in lothringischen Diensten stehende Rheingraf von Grumbach in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober nach einem Zechgelage auf dem Rheingrafenstein die Wache auf der Kreuznacher Brücke „ungütlich angefahren, sich vor den Teuffel außgeben, und die Wächter, deren 10 an der Zahl geweßen, vor Pfälztische hunde gescholten“. Da die Lothringer 14 Mann zählten, sah sich der tapfere Offizier der Stadtwache als „übermannt“ an und verzichtete auf eine Gegenwehr. Schon diese Episode, die glücklicherweise ohne nachteilige Folgen blieb, zeigte, was man im Ernstfall zu erwarten hatte. Badische Bemühungen um eine Anerkennung der sponheimischen Neutralität (69) bewirkten jedoch schließlich, daß in den mainzischen und lothringischen Lagern Plünderungen bei Leib- und Lebensstrafe verboten wurden. Die wenigstens teilweise Befolgung des Befehls brachte mit sich, daß zahlreiche Flüchtlinge des rheinhessischen Umlandes in den Mauern der bald von der Pest gepeinigten Stadt Kreuznach Schutz suchten (70). Das Laudum Heilbronnense vom 17. Februar 1667, das wesentlich zugunsten von Kurpfalz ausfiel, konnte die Kriegshandlungen nicht beenden (71). Am 16. Juni 1668 weilte Karl Ludwig in Kreuznach, wo er mit simmerischer Unterstützung die Eroberung des Schlosses Neu-Bamberg vorbereitete (72). Der sponheimische Anteil an Neu-Bamberg (73) wurde von den Bayer von Bellenhoven als simmerisches Lehen geführt und war 1663 mit dem Anspruch auf Böckelheim an das Mainzer Erzstift übertragen worden (74), worauf Johann Philipp den Freiherren unter kurpfälzischem Protest belehnt hatte (75). Die Ebernburg, auf der Kurpfalz ebenfalls das Öffnungsrecht besaß, mußte Karl Ludwig wegen der starken Befestigungen in den Händen der mainzischen Besatzung lassen (76). Mit der Sprengung des Neu-

66) Vgl. die Berichte des badischen Landschreibers Nentwich an die markgräfliche Kanzlei; GLAK 75/64.

67) D. h. neben der Garnison und dem Bürgerausschuß der Stadt Kreuznach.

68) Bericht v. Dallwicks und Wilhelm Pabsts an die kurpfälz. Kanzlei vom 4. Oktober 1665; GLAK 77/3867.

69) Ludwig Heinrich verhielt sich mit Rücksicht auf Kurpfalz reserviert; GLAK 75/64 f7. Markgraf Wilhelm verwendete sich bei Karl Ludwig für eine Freilassung in Kreuznach inhaftierter lothringischer Soldaten (ebd. f18). Der kurpfälzische Truchseß Pabst protestierte gegen alle neutralistischen Bestrebungen in Sponheim (ebd. f16).

70) Im 1. lutherischen Kirchenbuch finden sich 1666 und später Familien aus Münsterappel, Flonheim, Planig, Wörrstadt, Wallertheim usw. L. Stein, Das erste luther. Kirchenbuch Kreuznachs, Krzn. Hbltr. 1921, Nr. 4. Über die Auswirkung der Pestepidemie v. 1666 vgl. Handschriftenanhang Kremer f31.

71) Näheres bei Brunner 40 ff; Häusser II, 623ff; vgl. auch Guhrauer I, 98f; Köllner 409; Badalo-Dulong 127.

72) GLAK 75/63; Bericht Nentwicks vom 16. 6. 1668.

73) Vgl. die Neu-Bamberger Burgfrieden: STAS Kurpf. Urk. 1666-1675; 1682-1690; STAD Rheinh. Salb. 81b, f4, f8f; AdStrasb. E 5977, 38; vgl. auch Böhn 171, Petry, Handbuch 223.

74) Ebenfalls 1663 erfolgte die Einlösung der übrigen Teile Neu-Bamberg von Graf Wilhelm Wirich v. Falkenstein durch Johann Philipp; STAD Rheinhess. Salb. 81b, f8; Mentz II, 124.

75) Als 1669 v. Bellenhoven ohne männliche Erben starb, zog Kurpfalz das Lehen wieder ein; STAK 33/2435.

76) Vgl. GLAK 75/63; STAS Kurpf. Akten 19, f321ff.

Bamberger Schlosses und der Gefangennahme des kurmainzischen Kellers setzte sich Karl Ludwig über den Heilbronner Schiedsspruch hinweg, womit er sich neben den kaiserlichen Maßnahmen (77) die Kritik Frankreichs zuzog (78). Ende Juli griffen die Lothringer wieder in das Geschehen ein. Eine kleine Armee von 4000 Soldaten (79) zog naheabwärts und nahm teilweise im Sponheimischen Quartier (80). Pfalzgraf Ludwig Heinrich und seine Beamten, die auch von Baden mit dem Schutz der Grafschaft betraut waren, konnten den Prinzen de Lislebonne nur schwer von der sponheimischen Neutralität überzeugen (81). Den Bitten des Pfalzgrafen, Markgraf Wilhelm solle in Kreuznach bis zum Verzug der Gefahr residieren, brachte dieser begreiflicherweise wenig Interesse entgegen (82). Als die pfälzischen Beamten in der Person eines Offiziers, der die Stadt noch vor kurzem verraten wollte (83), den neuen Stadtkommandanten vorstellten, kam es unter der Bürgerschaft zu Unruhen (84), die der badische Landschreiber kräftig zu schüren wußte. Von einer Einhaltung der Neutralität durch die simmerische Verwaltung war keine Rede. Auflagen von Heu, Stroh und Getreide wurden für die notleidende pfälzische Armee auf die Ämter gelegt (85). Landschreiber Nentwich deckte einen Plan auf, nach dem eine neu aufgestellte sponheimische Landkompanie unter dem ehemaligen simmerischen Haushofmeister Joly dem Kurpfälzer zugeführt werden sollte (86). Verschiedentlich wurden kurpfälzische Soldaten in die Stadt eingelassen, und dem verhaßten Nentwich verweigerte man die ihm zustehende Parole (87). Die Folgen des unvernünftigen Handelns ließen nicht lange auf sich warten. Als die kurpfälzischen Truppen einige Wochen nach ihrer Niederlage bei Gensingen (88) in der von sponheimischem Gebiet umgebenen Exklave Volxheim lagerten, plünderten die erzürnten lothringischen Soldaten (89) die umliegenden Oberamtsdörfer auf grausamste Weise. Ludwig Heinrich aber, dem die Sicherheit der Grafschaft anvertraut

77) Edikt v. 4. 8. 1668 an die kurpfälzischen Lehensleute; GLAK 75/63.

78) Colbert de Croissy wurde mit der Angelegenheit neben dem Sieur d'Aubeville betraut.

79) Häusser II, 624.

80) U. a. in Roxheim und Hargesheim.

81) Die Lothringer forderten von Ludwig Heinrich eine Rückberufung der an Kurpfalz überantworteten Lehensreiter; GLAK 75/63.

82) Immerhin erlangte der von Baden abgeordnete Obristleutnant v. Hardung einige Konzessionen von den Lothringern.

83) Jener Major Freund hatte dem Feldmarschall von Glee Hinweise für eine Eroberung der Stadt gegeben und versichert, in Kreuznach sei genug Tuch vorhanden, um die ganze Armee damit einzukleiden. V. Glee ließ ihm darauf den halben Bart abscheren und als einen Verräter in die Stadt zurückbringen; ebd.

84) U. a. wurden in deren Verlauf die beiden bürgerlichen Stadtoffiziere inhaftiert; vgl. GLAK 75/63; STAKrn 762/1.

85) Besonders die Garnison Bacharach scheint in beträchtlichen Nöten gewesen zu sein, denn die pfälzischen Beamten sollten „auf alle mittel und weg Korn zu wegen zu bringen suchen, damit ged. Garnison nit crepiren dorffe“; STAKrn 762/1.

86) Hierzu GLAK 75/63; STAKrn 768/1; 762/1.

87) Aus Furcht, dieser könne die Wachen durch seinen Amtsknecht, der Gerüchten zufolge von den Lothringern gekauft war, visitieren lassen; GLAK 75/63.

88) Hierzu die aufschlußreichen Berichte Nentwicks an die badische Kanzlei v. 25. u. 29. 9. 1668. Häusser II, 624 setzt diesen zufolge das Treffen einen Tag zu spät an.

89) Diese sahen Volxheim vermutlich als sponheimisches Territorium an. — Der Schaden der gesamten lothringischen Plünderungen im Oktober und November 1668 belief sich auf folgende Summen: Frei-Laubersheim 2330 rtlr, Hackenheim 850 rtlr, Roxheim 2120 rltr, Hargesheim 344 rtlr, Gutenberg 1590 rtlr (GLAK 77/3867). U. a. wurden dem pfalz-simmerischen Truchseß 500 Schafe weggeführt; ebd. 75/63.

war, „sint nebens dero Fl. Gemahlinnen dato noch zu Simmern unnd thun sich mit dero Jagdtbarkeit gnedigst erlustigen“, wie der Landschreiber nicht ohne leisen Tadel an seine Regierung berichtete (90). Der von der Kreuznacher Bürgerschaft erbetene badische Erbprinz Ferdinand traf wahrscheinlich erst in Sponheim ein (91), als Kurpfalz den durch Frankreich vermittelten Stillstand der Kriegshandlungen mit Lothringen bekanntmachen ließ (92). Ferdinands Vorschlag, Kurpfalz könne mit dem sponheimischen Kurfürst den Schaden der geplünderten Amtsdorfschaften ersetzen, fand dort keine Zustimmung, allerdings förderte die kurpfälzische Regierung im allgemeinen den Wiederaufbau der zerstörten Gemeinden nach Möglichkeit (93).

Die Ansätze Karl Ludwigs zu einer planmäßigen Wirtschaftsentwicklung und Handelsbelebung im Zeichen vordringender absolutistischer Tendenzen fanden in Sponheim ebenso ihren wenn auch abgeschwächten Niederschlag, wie ja auch in Kriegen selbst beschränkteren Ausmaßes, wie es das Beispiel des Wildfangstreits zeigt, das Schicksal der Grafsschaft auf das engste mit dem des mächtigeren Nachbarn verflochten war. Eine badische Eigeninitiative, die sich positiv auf die Gestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Grafschaft hätte auswirken können, gelangte immer seltener zum Zug; die Tätigkeit der badischen Beamten beschränkte sich mehr und mehr auf bloße Abwehrmaßnahmen gegen ein wachsendes pfälzisches Integrationsstreben und erhielt so notgedrungen die Bedeutung lediglich destruktiver Aktionen. Diese Entwicklung verdeutlichte sich noch in den Jahren des Holländischen Krieges, der seine Schatten auf den pfälzischen Raum warf. Für das Kriegsjahr 1672 liegen fast ausschließlich kurpfälzische Instruktionen an das Kreuznacher Oberamt vor (94), die diesem eine Tätigkeit im Sinne der neutralen Haltung (95) des durch die Vermählung seiner Tochter an Frankreich gebundenen Karl Ludwig diktierten. Kurpfälzische Sauvegarden wurden an den Oberamtsdörfern angebracht. Die in der Umgebung streifenden kaiserlichen und brandenburgischen Verbände sollten ebenso von den zu Kreuznach aufgespeicherten umfangreichen Vorräten versorgt werden wie die anrückenden französischen Truppen. Zu den spärlichen Werbungen des kriegsmüden Karl Ludwig hatte Sponheim ebenfalls anteilmäßig beizutragen (96). Im folgenden Jahr lagerten die Truppen Turennes bei Kreuznach und Wöllstein (97), wobei es schon zu ersten Ausschreitungen kam. Als der französische

90) GLAK 75/63.

91) Einige vermutlich von Ferdinand Maximilian in Kreuznach angefertigte knappe Notizen geben Hinweise über die Verhältnisse in der Grafschaft und eine Charakteristik der Oberbeamten; ebd. — Geib Topographie (Krzn. Hbltr. 9 (1929) Nr. 1) erwähnt den halb-vollendeten Bau eines badischen Prinzenpalais in Kreuznach.

92) Häusser II, 624; Badala-Dulong 128. Der Waffenstillstand wurde in Sponheim am 4. 12. bekanntgegeben (1668). Hiernach erfolgten noch verschiedentlich die Durchzüge der abgedankten lothringischen Kriegsvölker.

93) Die Pferde der abgedankten kurpfälzischen Leibkompanie wurden ämterweise verteilt. Die Soldaten, die sich im Lande niederlassen wollten, erhielten für 3 Jahre Personal-freiheit. Die geplünderten sponheimischen Gemeinden blieben hinsichtlich des Kurfürstl. 2 Jahre abgabenfrei; STAKrn 762/1.

94) Vgl. das Verzeichnis aller von Kurpfalz an das Oberamt v. 1668-1683 ergangenen Verordnungen; STAKrn 762/1.

95) Vgl. Häusser II, 626f.

96) U. a. trug es zur Montierung der Leibkompanie des Kurprinzen bei; STAKrn 762/1.

97) Häusser II, 628 fälschlich: „Wolkstein“; Andreae 172, Hecht 181; vgl. auch Raumer 30f sowie STAKrn 762/1.

Heerführer de Guise in Kreuznach Genesung von der ansteckenden „Hauptkrankheit“ suchte, zog sich sein Gastgeber, Pfalzgraf Ludwig Heinrich Moritz, die gleiche Erkrankung zu, an deren Folgen er am 24. 12. 1673 (alt. St.) verstarb. Damit war die simmerische Neben-Dynastie, die infolge ihrer finanziellen Schwäche die Traditionen der großen Häuser Pfalz, Hohenzollern und Oranien nur zu einem schwachen Zerrbild vereinigen konnte (98), in ihrem männlichen Stamm erloschen.

Kurpfalz hatte schon im Frühjahr 1673 vorsorglich Maßnahmen für eine Übernahme des Herzogtums getroffen. Nach Ludwig Heinrichs Tod übernahm sofort der kurpfälzische Gesandte, Regierungsrat v. Bork (99), die Regierungsgeschäfte und ließ den simmerischen Hof huldigen. Der kurpfälzische Hofjunker Nikolaus Philipp v. Koppenstein erlangte in Baden die Billigung eines kurpfälzischen Truppeneinzugs nach Böckelheim, wo es mit den mainzischen Beamten, die sich bereits in den Besitz des Amtes gesetzt hatten, zu Kriegshändeln kam (100), die erst 1676 durch eine kaiserliche Sequestrierung behoben wurden (101). In Sponheim wurden die kurpfälzischen Beamten auch über die simmerischen Anteile gesetzt, lediglich die beiden Kirchberger Fünftel blieben Maria Eleonore, der Gemahlin Ludwig Philipps, bis 1675 als Witum erhalten (102). Karl Ludwigs Haltung gegenüber den beiden fürstlichen Witwen war äußerst kleinlich. Besonders die lebenslustige Oranierin Maria hatte nach dem Tode ihrer Schwiegermutter unter dem kränkenden Verhalten der pfälzischen Beamten zu leiden (103).

Wenden wir uns wieder den allgemeinen politischen Verhältnissen zu, so war hier die Lage mehr als bedrohlich. Indem Karl Ludwig sich für den Kaiser und

98) Soweit sich die pfalz-simmerische Hofhaltung in der Kreuznacher Residenz abspielte, ist ihr Umfang an Hand der Oberamtstruchsesserei-Rechnungen leicht zu rekonstruieren; vgl. etwa STAK 33/10247; weiter Hecht 182ff; Zimmermann, Kunstdenkmäler 97f. Die Beamten-schaft war infolge der fast dreißigjährigen Exilierung des Herzogshauses zahlenmäßig sehr beschränkt. So sah sich beispielsweise der Herzog zeitweilig nicht in der Lage, gleichzeitig einen Kreistag und eine der sponheimischen Konferenzen zu beschicken; vgl. GLAK 75/25 f193ff. Im Gegensatz zu den beiden unbedeutenden simmerischen Herzögen selbst befanden sich unter den Trägern der Hofämter, die häufig auch in der Oberamtsverwaltung eine führende Position innehatten, recht profilierte Familien und Persönlichkeiten, so die v. Geispitzheim, die Kolbe v. Wartenberg, die Familien Weidner, Hecht, Römer, Carmer und Achenbach. Sie sollten z. T. nach ihrer Abwanderung an den Berliner Hof noch zu beachtlichem Einfluß gelangen.

99) Er hatte den speziellen Auftrag, sich laufend über den Gesundheitszustand Ludwig Heinrichs zu informieren; STAK 33/13.

100) Das Beispiel eines ähnlich gearteten Wettlaufs nach dem Tode v. Bellenhovens im Frühjahr 1673, den Kurpfalz für sich entscheiden konnte, hatte Kurmainz wachsam werden lassen. Vgl. STAD Salb. Rheinhessen 81b, 99f.

101) Näheres über den pfälzisch-mainzischen Streit um Böckelheim: Fligel 85ff; Widder 105.

102) STAKrn 762/1 (8. 2. 1675). Die Verrechnung der verschiedenen pfälzischen Gefällanteile erfolgte jedoch noch bis in das 18. Jahrhundert getrennt.

103) Maria besaß neben dem Pfalzhof sowie Jagd- und Fischereigerechtigkeiten in Kreuznach noch den Oranienhof, an dessen Boden Kurpfalz und Baden ihren Anteil abgetreten hatten, mit einigen Freiheiten u. Privilegien, u. a. der Jurisdiktion über das Hofpersonal. Zum Unwillen des Kreuznacher Rats wurden Bier- und Weinschank betrieben und holländische Landesprodukte verkauft. 1685 vermachte Maria ihr Kreuznacher Schloß ihrem Neffen, dem späteren König Friedrich I. Näheres hierzu STAKrn 762/1; STAK 33/10470; 33/10471; 33/10474; Hecht 191. 1681 baten der Kurfürst v. Brandenburg und der Prinz v. Oranien die Franzosen um Schonung des Fürstenhofs, der 1689 zerstört wurde.

gegen Frankreich entschieden hatte (104), verstärkte sich der französische Druck, ohne daß die Hilfe des Reiches zunächst eine spürbare Entlastung bringen konnte.

In dem von französischen Stützpunkten (105) umgebenen sponheimischen Gebiet kamen die Gemeinherrn überein, Fortifikation und Besatzung der Kreuznacher Festung zu verstärken und eine Garnison von 100 Mann in die Stadt zu legen (106). Wegen der Munitionsversorgung hatte man vergeblich an die Eisenhütten geschrieben, und den Oberbeamten, die sich durch rechtzeitige Flucht der Gefangenschaft zu entziehen gedachten (107), war es selbst unklar, wie man eine ausgedehnte Stadt mit einer Handvoll Soldaten im Ernstfall verteidigen solle. Die Bürgerschaft, die zu diesem kostspieligen, jedoch weitgehend sinnlosen Aufwand noch die französischen Kontributionen zu entrichten hatte, geriet in Aufruhr (108) und erreichte schließlich durch eine von der gesamten Grafschaft abgefertigten Delegation (109) von Karl Ludwig die Aufhebung der Garnison.

Es ist müßig, im einzelnen die folgenden Durchzüge der französischen Truppen, der schottischen, irischen, lothringischen, lüneburgischen und münsterischen Regimenter zu registrieren (110), die pfälzisch-mainzischen Geplänkel um Böckelheim und Neu-Bamberg, die ungeachtet des Reichskriegs fort dauerten, festzuhalten (111). Während das offene Land infolge des Durchzugs der türennischen Truppen den Berichten zufolge großen Schaden erlitten hatte (112), ja die Unterämter zeitweilig völlig in französische Hand gerieten (113), blieb die Stadt Kreuznach trotz aufgelöster Garnison verschont. Durch Ankauf von Lebensmitteln von den bedrängten Landbewohnern sowie Pacht- und Mieterlöse von den Flüchtlingen konnten die Bürger sogar teilweise Gewinne verzeichnen (114), wenn diese auch großenteils von den Philippsburger, trierischen und Diedenhofener Kontributionen verschlungen wurden. Die französischen Truppen, durch die Überwachung der Korrespondenzen der in

104) Häusser II, 629; Trautz 18.

105) Französische Besatzungen lagen 1674 zu Trarbach, Starkenburg, Grevenburg und Naumburg; Weydmann 41.

106) Kurpfalz sollten 60 Mann, Baden die restlichen zwei Fünftel verpflichtet werden. Werbung und Verpflegung hatten die Bürger zu tragen. Vgl. die Instruktion des badischen Gesandten Karl Jakob v. Plittersdorf; STAK 33/13.

107) Karl Ludwig wolle nicht in Ungnade aufnehmen, „wan wir nach dem Exempel anderer Ew. Churfl. dhl. bedienter unß von hinnen retiriren unnd der Befürchtenden beschwehrliehen gefangenschaft zu entgehen suchen werden“. (Aus einem Schreiben v. 23. 6. 1674); STAKrn 768/2.

108) Der Anführer Baldes Orbach wurde mit einer Turmstrafe belegt; STAKrn 762/1. Vgl. auch Karl Ludwigs Schreiben v. 30. 6. 1674 an den Markgrafen Wilhelm; STAKrn 768/2.

109) Der Unterhalt der Festung Kauzenburg war Angelegenheit der ganzen Vorderen Grafschaft.

110) Vgl. STAKrn 762/1.

111) Wozu noch die zahlreichen Mausparteien (furagierende — meist stehlende u. raubende — kleine Truppenabteilungen; vgl. Grimm, DW 6, 1827f; 7, 1466) und Räuberbanden als Unsicherheitsfaktoren hinzutraten.

112) Besonders Weinsheim hatte durch einen Brand gelitten; STAKrn 762/1.

113) 1676 wurde eine pfälzische Garnison nach Kirchberg gelegt, um der Garnison Diedenhofen, die bis zum Soonwald austreifte, zu begegnen; ebd.

114) STAKrn 735/4. Die Krämer veräußerten ihre Waren an die Soldaten mit 300-400%igem Aufschlag; STAK 33/10471.

Frankreich studierenden jungen Sponheimer über die Vorgänge in der Grafschaft stets orientiert (115), übten von ihren benachbarten festen Plätzen einen ständigen Druck aus, der an eine geregelte Tätigkeit in wirtschaftlicher (116) und administrativer Hinsicht vorerst nicht denken ließ (117).

5. Die politische Entwicklung bis zu den sponheimischen Teilungskonferenzen (1677 – 1707).

Nach dem Tode Markgraf Wilhelms im Jahre 1677 steigerten sich die pfälzisch-badischen Differenzen noch beträchtlich. Vor der neuen badischen Huldigung suchte man kurpfälzischerseits mit Gewalt durchzudrücken, daß die katholischen Geistlichen gleich den reformierten das homagium schwören sollten. Als man dies nicht erreichte, wurde auch den reformierten und lutherischen Pfarrern die Eidesleistung gegenüber dem badischen Mitregenten verboten (1). Die sich im Gefolge entspinneenden Machtkämpfe wegen eines von Kurpfalz als evangelischem Landesherrn geforderten Jus praecipuum in den Religionsangelegenheiten vor der katholischen Herrschaft Baden – die nach der pfälzischen Ansicht selbst über die eigenen markgräflichen Religionsverwandten in dieser Hinsicht nichts zu befehlen habe – wurden überschattet von der beginnenden Aktivität der Metzger Reunionskammer (2).

Neben den benachbarten falkensteinischen, wild- und rheingräflichen sowie den umliegenden ritterschaftlichen Gebieten (3) wurde auch die Hintere Grafschaft Sponheim faktisch in die Reunionen einbezogen. Wie die Gesamtgrafschaft überhaupt betrachteten die Franzosen sie als „Dependenz“ der Grafschaft Veldenz, der man eine teilweise Lehenzugehörigkeit zum Bistum Verdun nachzuweisen verstand (4). Als Landesherr sollte hier nur noch Pfalzgraf Christian von Birkenfeld, der sich der Metzger Kammer rechtzeitig unterworfen hatte, nicht aber der mitbeteiligte badische Gemeinsherr anerkannt werden (5). Die Auswirkungen auf die Vordergrafschaft, in der schon bald das Gerücht ging, die Franzosen wollten auch hier Baden aus der Gemeinschaft

115) Als eine Hauptquelle dienten die Berichte der Mutter des jungen Wöllsteiners Korn-dörffer; vgl. STAK 33/10470.

116) Eine kurpfälzische Verfügung vom 3. 9. 1675 erlaubte der Bevölkerung für 3 Wochen (!) freien Handel und Wandel; STAKrn 762/1.

117) Der Gütereinzug der in französischen Diensten Stehenden und das Verbot, französische Waren zu kaufen, lassen auch in Sponheim die Verbitterung der kurpfälzischen Regierung spüren. Baden verhielt sich betont reserviert. STAK 33/10471; STAKrn 762/1.

1) STAK 33/28.

2) Vgl. Kaufmann 59-104.

3) Im einzelnen bei Kaufmann 157-189, 234, 236, 239, 246. Im April 1680 besetzten die Franzosen Oberstein (STAK 33/10474), auch die Wild- und Rheingrafschaft dürfte keinen Widerstand geleistet haben (Kaufmann 234f, Textor 19), ebenso galt die Herrschaft Dalberg als reunit.

4) Kaufmann 106-110, 233. Kapitän Simon verlangte am 17. Mai 1680 den Huldigungseid; Textor 17f.

5) Von hier aus ist wohl die vielzitierte Anerkennung der französischen Oberhoheit über die Hintere Grafschaft durch die badische Markgräfin Franziska als notwendige Abwehrmaßnahme zu verstehen; vgl. Baldes 99; Weydmann 42. Erst im April 1684 verzichtete Pfalz-Birkenfeld auf den badischen Anteil an der Hintergrafschaft und verpflichtete sich zu einem Ersatz der badischen Gefällverluste; GLAK 67/121 f486f.

werfen und die Pfalz als alleinigen Herren einsetzen (6), blieben nicht aus. 1680 ließ sich offenbar der berühmt-berüchtigte französische Kapitän Simon, der in Lauterecken residierte (7), durch kurpfälzische Arrestierbefehle von einem Eingreifen in den eigentlichen Kreuznacher Amtsbezirk abhalten (8), während damals die Schultheiße der abgelegenen Unterämter Naumburg und Koppenstein sowie der Pflege Hottenbach die Oberhoheit des französischen Königs anerkennen mußten (9).

In Kreuznach drohte die Regierungsgewalt ganz in kurpfälzische Hände überzugehen. Als man 1681 die sponheimische Huldigung für den Kurfürsten Karl forderte und Baden diese bis zur überfälligen Pflichtleistung der reformierten und lutherischen Pfarrer zu sperren suchte, nahm man am 7. März die kurpfälzische Erbhuldigung mit Gewalt ein (10). Auf seine Frage: „Ob man nit mit gegengewaldt sich recht schaffen khändte?“ mußte sich der badische Hofrat Karl Ferdinand von Plittersdorf (11) selbst die Antwort geben, „daß dieser weeg propter distantiam loci, auch sonsten, da uns Churpfalz allenthalben überlegen, nit practicabel, nebsteme, wann auch die vires und gelegenheit an der handt wehren, stunde noch dahin, ob selbiger, als welcher sowohl in Imperio Romano, als auch dem Burgfrieden so hoch verboten, einzurathen“ (12). Die badischen Beamten standen wie so oft, wenn Kurpfalz den Weg der Gewalt beschritt, hilflos den Tatsachen gegenüber. Erwägungen, den kaiserlichen Schiedsspruch anzurufen, scheiterten am Widerstand des Markgrafen.

Währenddessen suchte Kurpfalz mit den gegebenen beschränkten Mitteln der französischen Gefahr zu begegnen. Fremde Durchreisende wurden strengen Kontrollen unterworfen; in die am meisten bedrohten sponheimischen Außenposten Kirchberg und Naumburg verlegte man kleine Garnisonen, die vorläufig aus pfälzischen Mitteln unterhalten wurden (13).

Am 10. Juni 1681 wurden dem pfälzischen Oberamtman von Herrissem durch einen französischen Leutnant zwei Deklarationen übergeben (14), nach deren Inhalt sich die vordersponheimischen Bürger zu der Huldigung für den Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld in die seit dem Frühsommer von Franzosen

6) STAK 33/10475.

7) Kaufmann 234.

8) Ebd.

9) STAK 33/10474; 33/10475; STAKrn 762/1. Gefälle sollten nur noch auf französischen Befehl ausgeliefert werden.

10) STAK 33/10475; 33/28; Baden sperrte dafür 2/5 der Gehälter der evangelischen Geistlichen in Sponheim.

11) Schulte 171, Anm. 3, weist auf den unkriegerischen Zug bei K. F. v. Plittersdorf hin. Schulte vermutete in Karl Ferdinand einen Sohn Johann Werners.

12) STAK 33/28.

13) In Kirchberg erhielt der pfälzische, in Naumburg der badische Offizier den Oberbefehl; STAKrn 762/1; STAK 33/10475. Als Naumburg 1681 von den Franzosen bedroht wurde, ersetzte man die badischen Soldaten auf markgräflichen Wunsch hin durch gemeinschaftlich sponheimische (ebd.).

14) Vorher waren sie vom Kreuznacher Rathaus abgerissen worden. Vgl. den Abdruck des Schreibens von Kapitän Simon an Ravaulx (Lauterecken, 24. 6. 1681) bei Kaufmann 309ff. vgl. auch Lundorp XI, 314f; Theatr. Europ. XII, 270; Textor 18; (GLAK 77/8629).

besetzte hintersponheimische Exklave Burgsponheim (15) zu begeben hatten. Die sponheimischen Bewohner, denen Kurpfalz bei Befolgung des Aufrufs die Todesstrafe androhte, blieben fern, und so mußte der französische Kapitän Simon die feierliche Proklamation des Prinzen Christian zum neuen Landesherren ohne die Huldigungshandlung ausführen. Zwar wünschten übereifrige Schultheiße dem Birkenfelder schon Glück zum Antritt der neuen Regierung, praktisch wurde jedoch die Reunion entgegen der anderslautenden Darstellungen (16) in Kreuznach niemals vollzogen. Unter dem Eindruck eines anrückenden französischen Korps in einer Stärke von 8000 Mann beeilten sich Kurpfalz und Baden, Denkschriften an den Reichstag einzureichen (17). In Wien arbeitete der pfälzische Gesandte Wolfgang von Schmettau (18) auf eine Unterstützung durch kaiserliche Truppen und ein Einschreiten gegen den verräterischen Pfalzgrafen von Birkenfeld hin (19). Nachdem der französische König einem kurpfälzischen Spezialgesandten ausdrücklich versichert hatte, die Kreuznacher Vorgänge seien ohne königliche Ordre geschehen, war auch Birkenfeld zum Einlenken gezwungen, und Kurfürst Karl, weniger nachtragend als sein Vater, ließ es dabei bewenden (20). Bis zum Regensburger Stillstand von 1684 erfolgten nun keinerlei französische Versuche mehr, die Grafschaft in das Reunionssystem einzubeziehen. Der pfälzische Herrschaftsanteil hatte sie vor dem Schicksal der weniger glücklichen Nachbarterritorien bewahren können.

Im Innern der Grafschaft hatten sich die zu ihrem äußeren Schutz von der pfälzischen Regierung nach Kreuznach verlegten „einseitigen“ Dragoner als Danaergeschenk erwiesen (21). Die pfälzischen Beamten verstanden es, sie als Rückendeckung benutzend, sich einen immer stärkeren Anhang in der Bürgerschaft zu schaffen, während diejenigen, die noch gewillt waren, den Befehlen der badischen Kollegen zu folgen, unter Umständen den Turm zu fürchten hatten (22). Bei aller Qualifizierung der „hinterlassenen badischen Räte“ (23) waren diese doch in ihren politischen Aktionen durch die Abwesenheit der Markgrafen stark behindert (24). Eine Konferenz zwischen den

15) Die Franzosen sahen offenbar Sponheim als den Hauptort der gleichnamigen Grafschaft an oder dachten zumindest daran, die Verhältnisse so darzustellen. Wie sehr dies gelang, beweist, daß auch Textor Opfer dieser unkorrekten Darstellungen wurde; vgl. 18f.

16) Genannt seien: Schulte, Rheinufer 188; Rosendorn 38, 112.

17) Lunderp XI, 241, 284, 297, 314f.

18) Kurpfälzischer Regierungsrat und Geheimer Staatssekretär; vgl. Bittner-Groß I, 397ff.

19) Man bat u. a., um Subsidien zum Unterhalt der eigenen 3000 Soldaten. Die Besatzung von Philippsburg sollte um 3000 Mann verstärkt werden. Näheres: Kurpf. Memorial vom 9. 7. 1681 an den Kaiser; GLAK 77/8625. Die kaiserlichen Vorstellungen in Paris blieben erfolglos; Weydmann 42.

20) Christian wollte durch einen Bevollmächtigten Rechenschaft ablegen, worauf Karl jedoch verzichtete: "... zuemahlen Wir außer Zweifel setzen, Ew. Ldt. werden künftighen Sich also begreifen und erweisen, damit unß oder andern Ständen zu fernerer widerigen impressionen gegen Sie, keine ursache gegeben werde..." (Schreiben v. 30. 8. 1681); GLAK 77/8622.

21) Man hatte sie ohne badische Einwilligung unter dem Vorwand der allgemeinen polit. u. militärischen Notwendigkeit nach Sponheim abkommandiert.

22) Vgl. STAK 33/27.

23) Vgl. v. Weech 205f. Neben Johann Christoph v. Greiffen ist hier vor allem Karl Ferdinand v. Plittersdorf zu nennen; (einen biographischen Abriß gibt v. Schulte 170f, Anm. 3).

24) Markgraf Ludwig Wilhelm hatte in der kaiserlichen Armee ein Kommando als Feldmarschalllieutenant und befand sich 1682 in Ungarn. Markgraf Hermann, ebenfalls in kaiserlichen Diensten, hielt sich in Wien auf, Berichte über Regierungsangelegenheiten mußten ihnen zugeschickt werden; vgl. STAK 33/27.

Abgeordneten der Gemeinherrn, deren Hauptgegenstand die Parität zwischen den katholischen und evangelischen Geistlichen und ihre gleichmäßige Unterordnung unter die Territorialjurisdiktion bildete, endete erfolglos (25). Kurfürst Karl, der die Schuld den „ohnschiedlichen undt widerwertigen“ badischen Abgeordneten zuschieben wollte, war jedoch zu neuen Schlichtungsversuchen bereit (26). Sein Schreiben beantwortete Ludwig Wilhelm, der seine ganze Kraft für das Haus Österreich in Ungarn einsetzte, erst nach zwei Jahren (27).

Als 1685 das protestantische simmerische Kurhaus mit dem Tode Kurfürst Karls erlosch, versprach man sich badischerseits von dem religionsverwandten neuburgischen Erben Philipp Wilhelm für das sponheimische Kondominat eine günstige Beeinflussung der Entwicklung (28). Die Frage, ob sich diese Erwartung erfüllen würde, mußte noch offen bleiben, da die Erbansprüche, die Ludwig XIV. für seine Schwägerin Elisabeth Charlotte erhob, auch Sponheim erfaßten (29), und die massive Drohung der französischen Heere alle Verwaltungsprobleme, die sich neuerlich ergaben, in eine düstere Zukunft verschob.

Noch bevor es zum Ausbruch des sogenannten Pfälzischen Krieges kam, erwartete man in Kirchberg täglich den Einfall berittener französischer Truppen (30). Schon im Januar 1685 hatte sich der Freiherr von Sickingen zu Ebernburg der französischen Protektion unterworfen und sich mit seiner Geliebten nach Mainz begeben. Man hatte nun die Belegung des Schlosses mit einer französischen Garnison zu befürchten, und im ganzen Lande ging das Gerücht, daß die Franzosen an der Nahe eine Stadt zu bauen beabsichtigten (31). 1684 hatte es zwischen dem kurpfälzischen Patronatsherrn und Kurmainz als Bischof um den Ebernburger Pfarrer Differenzen gegeben. Nach dem Ebernburger Tal verlegte pfälzische Dragoner zogen sich erst auf die Drohungen der französischen Gouverneure von Homburg und Lauterecken zurück (32). Nach der sickingischen Unterwerfung unter die französische Krone

25) Konferenz v. 14. 8. bis 9. 9. 1682: Abgeordnet u. a. badischerseits v. Plittersdorf, pfälzischerseits v. Neuhoß. Die badischen Räte drängten auf eine kaiserl. Kommission, L. Wilhelm befürwortete eine Konferenz unter einem sponheimischen Obmann. STAK 33/26a; 33/27.

26) GLAK 75/332 f189; Schreiben an L. Wilhelm v. 13. 11. 1682.

27) STAK 33/27 sowie 33/2656. Die folgende Konferenz v. 1684 kann unberücksichtigt bleiben; vgl. STAK 33/29.

28) Pfalz-Neuburg war schon 1682 von Baden als sponheimischer Schiedsrichter vorgeschlagen worden, da es in einigen Gebieten ebenfalls eine Rechtsprechung in kirchlichen Angelegenheiten über evangelische Religionsangehörige ausübte. Zusammen mit Württemberg hatte es als Schiedsrichter schon einmal für Baden und gegen Kurpfalz entschieden; STAK 33/27.

29) Ludwig forderte den ganzen simmerischen Hausbesitz, also Simmern, Lautern, Vorder-sponheim und Gernersheim; vgl. Häusser II, 767f; Moser, Staatsrecht 15, S. 167ff; Textor 9; Schulte, Rheinrufer 193.

30) STAK 33/15.

31) Wohl verursacht durch französische Ingenieurtruppen in Ebernburg; vgl. GLAK 75/414 (betr. u. a. die Korrespondenz des Kreuznacher Landschreibers Albon mit Baden im Jahr 1685).

32) U. a. stellten sie die Frage, „ob sie (die Pfälzer) nit wüsten, das sie uff ihrers Königs territorio stünten“; GLAK 75/413. Ebd. näheres über den pfälzisch-mainzischen Streit. Hilfgesuche von Sickingens an Mainz: A. E. Paris, Mayence, Bd. 23 (1684) f99f. Badische Proteste gegen Kurpfalz blieben erfolglos; GLAK 75/13; 75/414 f2.

konnte sich nun auch die kurmainzische Burgbesatzung nicht mehr halten, sie wurde vertrieben, und die von den Franzosen ausgebaute Festung bildete über ein Jahrzehnt einen wichtigen Stützpunkt im französischen Befestigungssystem (33), der den Mittel- und Unterlauf der Nahe beherrschte. Trotz benachbarter französischer Garnisonen erfolgte die Besetzung der Grafschaft erst im Gefolge des französischen Manifests vom 24. September 1688 (34). Nach verschiedenen Vorgefechten in den letzten Septembertagen eroberte eine Armee unter Marschall Boufflers am 9. Oktober das Schloß zu Kreuznach (35). Das schon durch die Auflagen des finanzschwachen Pfalz-Neuburgers (36) erschöpfte Land (37) wurde in ein Kontributionssystem einbezogen, von dem die Bevölkerung so sehr überfordert wurde, daß noch Beiträge von Lautern, Reipoltskirchen und Altenbamberg zugezogen werden mußten (38).

Die düsteren Ereignisse des folgenden Jahres, in dem Kreuznach das Los der brennenden Pfalz teilte (39), können übergangen werden (40). Die Sprengung des Kauzenburger Schlosses zu Kreuznach ließ die Bedeutung der Ebernburg, des nunmehr einzigen festen Platzes im sponheimischen Gebiet, noch erheblich wachsen (41). Der Plan ihrer Eroberung trug mit zu der Uneinigkeit unter den alliierten Heerführern der oberrheinischen und der für das Reich bekanntermaßen dubiosen mittelhheinischen Armee bei (42). Daß dem Landgrafen von Hessen-Kassel und dem Marschall von Thüngen 1692 die Eroberung der Ebernburg nicht gelang, ging auf das Konto des französischen Marschalls de Lorge, der unter Aufgabe seiner günstigen Position im Oberrheingebiet die belagerte Festung entsetzte (43). Erst kurz vor dem Abschluß der Rijswijker Friedensverhandlungen konnte Markgraf Ludwig Wilhelm, damals Oberbefehlshaber der Reichsarmee am Rhein, in den Besitz der

33) In den Ebernburger Religionsstreitigkeiten verfügte während dieser Zeit die Justizkammer zu Lunéville einige Entscheidungen, die durch den Rijswijker Frieden (Art. 27 u. 36) bestätigt wurden; STAS Kurpf. Akten 19, f182f. Die frz. Inbesitznahme Ebernburgs ist also nicht, wie Textor vermutet, in juristischem Sinne als Reunion anzusehen; Textor 19.

34) Vgl. Häusser II, 771; Braubach, Vom Westfäl. Frieden bis z. Frz.Revolution, GHb II, 242.

35) Näheres: Schneegans, Kreuznach 145ff; Handschriftenhang Kremer f33. Der Kommandant, Obrist v. Türkheim, hatte das Schloß 8 Stunden gehalten.

36) Vgl. auch Krisinger 59, 102.

37) 1687 berichtete Albon der bad. Regierung, daß „armuth und Hinterstandt“ der Untertanen unbeschreiblich seien; STAK 33/43. Außerordentliche Auflagen konnten nur durch Soldaten eingetrieben werden; STAK 33/10475.

38) Vgl. die Kreuznacher Winterquartier- und Kontributionsrechnung 1688/89; STAKrn 194/6. U. a. ist in ihr ein Ausgabeposten für Wein aufgeführt, den die Bewacher der Kreuznacher Amtsschultheiße erhielten, da diese die Kontributionen nicht bewilligen wollten (f13).

39) Vgl. Häusser II, 774ff.

40) Ausführlich bei Schneegans, Kreuznach 146f; Theatr. Europ. XIII, 683f; Handschriftenhang Kremer f34ff.

41) Die Franzosen hatten zwischen der Zerstörung der Ebernburg und der Kauzenburg gewählt und sich für die Erhaltung der ersteren entschieden; ebd. f34.

42) Schulte I, 76.

43) Näheres: Handschriftenhang Kremer f36f; Theatr. Europ. XIV, 262ff; Schulte I, 76. Über die sich anschließenden militärischen Bemühungen um die Ebernburg, im folgenden Schulte I, 135, 152. Die Ebernburger Garnison fouragierte damals in weitem Umkreis; GLAK 75/107 f290; Wörner, Planig 361.

umkämpften Position am Nahe-Alsenz-Eck gelangen (44), welche durch den Friedensschluß in geschleiftem Zustand (45) wieder in die Verfügungsgewalt der von sickingischen Familie übergang (46).

Die Einnahme der Ebernburg beendigte eine unruhevolle Zeit, in der die Grafschaft bald französischen, bald pfälzischen Amtleuten unterstanden hatte (47). Die sponheimischen Bewohner hatten ihre Freude über die Befreiung mit einer Verehrung von 2000 Gulden an den Markgrafen bekundet (48), mußten in der Folge jedoch erfahren, daß sich ihre Lage keineswegs in dem erhofften Maße besserte. Im Februar 1698 nahmen kurpfälzische Kommissare in Sponheim unter Umgehung der gemeinherrschaftlichen Gepflogenheiten eine Possessionserneuerung vor (49). Eine Verfügung vom 30. Januar hatte schon dem Oberamt Kreuznach einen Anteil von 10500 fl an der jährlich wegen der Herzogin von Orléans (50) zu entrichtenden Summe aufgeladen, „in Hoffnung, es werde sich nun bey dem Frieden nach und nach anschicken, damit die diesen letzteren Krieg herdurch unaufhörlich und außerist beträngte und ruinierte churpfälzische Untertanen sich widerumb erholen und der Früchten des Friedens und Ruhe genießen können“ (51). Hinzu traten noch die Pferde- und Mundportionen für durchziehende kurpfälzische Truppenkontingente (52) sowie Getreideforderungen des pfälzischen Magazins, wo das Korn weit unter Preis bezahlt wurde (53).

Baden mußte, um seine Rechte zu wahren, wohl oder übel mithalten und einen gleichmäßigen Anteil fordern, obwohl der badische Landschreiber Colson feierlich versicherte: „daß, wann unsers gnadsten. Fürsten und Herren hochfürstliche dhlt. nicht mit einem anderen Nachdruck sich hiesiger Gemeinschaft annehmen werden, absolute und absolute die Untertanen das Land quittieren müssen“. Selbst „...wan auch die Churpfälzischen ganze Compagnien Reuther in die Dorfschaften zur Exekution legen würden, sie dennoch das Geltt nicht herauspressen werden, dann mir in specie bekannt,

44) Möglicherweise spielten dabei die eigenen territorial-politischen Interessen des Generalleutnants und die des ihm eng verbundenen Mainzer Kurfürsten Lothar Franz von Schönborn mit. Über Ludwig Wilhelms Verhältnis zu Lothar Franz vgl. Wild 100ff, 104.

45) Art. 27 des Friedensinstruments. Schneegans gibt nähere Auskunft.

46) Die relativ günstigen Bedingungen erreichten die von Sickingen durch Unterstützung des mainzischen Plenopotentarius gegen den kurpfälzischen Widerstand.

47) Letztere hatten besonders Mühe, sich in den im Einflußbereich der „Saarprovinz“ gelegenen Unterämtern durchzusetzen. Vgl. etwa das Beispiel der Pflege Hottenbach; STAK 33/10474 (1690): Französische Exekutanten seien „mit truckenen schlägen abzuweisen, und wan sie die örter ahnzündeten, die thäter uff Betreten inß Feuer zu werffen“.

48) 1699 forderten daraufhin die kurpfälzischen Beamten für Johann Wilhelm 3000 fl (3/5!) als „Verehrung“, obwohl dieser lediglich bis Alzey gelangte und kein Grund zu Dankesfeiern vorlag. GLAK 75/345.

49) Wobei das für die ganze Unterpfalz ausgefertigte Patent v. 28. 1. 1698 angeschlagen wurde; STAK 33/19 (Kopie).

50) Nach dem Rijswijcker Friedensschluß hatte Kurpfalz zum Abtrag der Allodialforderungen jährlich 100 000 fl bis zu einer definitiven Entscheidung zu entrichten; Häusser II, 842.

51) STAK 33/19.

52) Für „Mundportionen“ wurden 7 Kreuzer bezahlt, „Pferdeportionen“ lieferte man gewöhnlich in Naturalien; vgl. GLAK 75/95 (II).

53) Der errechnete Schaden belief sich allein 1699 auf 27 000 fl; vgl. STAK 33/31. Die Entrichtung der von Kurpfalz geforderten außerordentlichen Auflagen ging natürlich auf Kosten der gewöhnlichen gemeinschaftlich pfälzisch-badischen Gefälle.

daß der elende Zustand der Unteranen fast nicht größer sein kann" (54). Der Vorschlag des streitbaren Landschreibers, in Vorder- und Hintersponheim badische Fußregimenter aufzustellen (55), um dem pfälzischen Druck zu begegnen, wurde von Baden nicht aufgegriffen. Während die kurpfälzische Positionstärkung in Sponheim durch die Vindizierung einer Stimme im Oberrheinischen Kreistag (56) und die Übernahme des Kreuznacher Patronatsrechts von den Wild- und Rheingrafen (57) noch eine augenfällige Unterstreichung erfuhr, gab Baden offensichtlich seine Hoffnungen auf eine erträgliche Zusammenarbeit mit dem pfälzischen Kondominus auf; wiederholte größere Anleihen, für die man die Gläubiger in die badischen Gefälle in Sponheim einsetzte, sprechen ein übriges (58). Der Plan einer Auflösung des Kondominats gewann allmählich Gestalt.

Zu einem nahezu vollständigen Einbau des Kreuznacher Oberamts in die Organisation der pfälzischen Landesverteidigung kam es in den ersten Jahren des Spanischen Erfolgkrieges, der Johann Wilhelm auf der Seite seines kaiserlichen Schwagers sah (59). Neben einer Eingliederung in den pfälzischen Landausschuß (60) bildete das Heranziehen der sponheimischen Bevölkerung zu den Kaiserslauterner Fortifikationsarbeiten (61) einen der vielen berechtigten badischen Beschwerdepunkte. Unter den pfälzischen Hunsrückämtern, über deren Gebiet sich der Truppenverkehr zwischen den rheinpfälzischen Kernlanden und dem wirtschaftlich ungleich kräftigeren niederrheinischen Besitz der Neuburger abwickelte (62), wurde das Oberamt Kreuznach dank seiner vorgeschobenen Lage, verbunden mit einem noch relativ ertragreichen Boden sowie seines Status als Gemeinherrschaft von den berechnenden Pfälzern am häufigsten mit Soldaten belegt (63). Noch kurz vor der Ausführung der sponheimischen Teilung forderte und erhielt Kurpfalz in der Grafschaft einen Beitrag zu den an Dänemark zurückzuerstattenden Heiratsgeldern (64). Einige Wochen später hätte es nur noch drei Fünftel des Betrages erhalten! Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung war so beklagenswert, daß von Plittersdorf in einem Schreiben an den Herzog von Birkenfeld zwecks einer

54) STAK 33/19.

55) Sie sollten evtl. „mit Subsidien von anderen potentien“ unterhalten und in Bedarfsfällen auch an Kurmainz ausgeliehen werden. Baden gewinne hierdurch am ganzen Rheinstrom an Ansehen; STAK 33/30.

56) STAS Oberrh. Kreis, 2125 II. In einem Rezeß v. 27. 5. 1698 vindizierte sich Kurpfalz für die V. G. eine Stimme im Kreistag. Vgl. auch Süß 332.

57) Vergleich v. 18. 2. 1698, Art. 2. Vgl. GLAK 77/8271 (Kopie); vgl. Vogt 46f (Überblick).

58) 1699 wurden 12 000 fl, 1703 100 000 fl aufgenommen und die Gläubiger bis zum Abtrag der Summen in die badischen Gefälle eingesetzt; vgl. GLAK 75/359; 75/361.

59) Das badische Verhältnis zu Wien erfuhr dagegen durch die aktive Rolle der Markgrafschaft in dem Streit um die 9. Kur eine merkliche Abkühlung. Vgl. Sachs III, 575ff.

60) 1702 fielen auf das Oberamt 1/17 der zur Aufrichtung und Neuformierung einer kurpfälzischen Landmiliz benötigten Geldmittel; vgl. STAK 33/32.

61) Die V. G. hatte hierfür täglich 200 Mann zu stellen, was wegen der Entfernung besonders für die moselseitigen Dörfer zu empfindlichen Benachteiligungen führte; ebd. sowie GLAK 75/64 f31ff (f39ff).

62) STAK 33/31.

63) Hinzu traten noch die frz. Kontributionen. Über die verschiedenen Truppendurchzüge vgl. I. Stein. Das 2. luther. Kirchenbuch, Krzn. Hlbtr. 1922, Nr. 6.

64) Die verwitwete Gemahlin des Kurfürsten Karl war kinderlos gestorben, und Dänemark forderte die Mitgift in Höhe von 100 000 rthln. zurück; GLAK 75/346.

Intervention beim Prinzen Eugen der Sorge Ausdruck gab, die Bauern würden bei den nächsten Winterquartieren Haus und Hof verlassen und betteln gehen (65).

Will man abschließend von der politischen Entwicklung der letzten, vornehmlich durch kriegerische Ereignisse bestimmten 50 Jahre einen verbindenden Grundzug zu den kommenden Ereignissen herausstellen, so ist es die aus der Not geborene Erfahrung, daß eine einigermaßen gewährleistete Sicherheit nur in einem engen Anschluß an den stärkeren, jedoch von den gleichen Geschicken bedrohten kurpfälzischen Nachbarn zu finden war. Die enge Schale der Kondominatsregelungen, wie sie in den mittelalterlichen Verhältnissen gewachsen war, und die selbst einem „raumfremden“ (66) schwachen Mitregenten erträgliche Bedingungen schuf, wurde gesprengt. Die als Notlösung sich anbietende Interessengemeinschaft zwischen dem schwächeren Kondominus und dem gewichtigen aber kondominatsfremden Sprengelherren erwies sich in den Krisenzeiten als zu sehr von den Schwankungen der kurmainzischen Politik abhängig und versagte in der Reunionszeit vollkommen. Die französischen Besetzungen mit ihren supralandesherrschaftlichen Verwaltungsorganisationen trugen ebenso wie die späteren, aus der großräumigen Perspektive des Pfalz-Neuburgers erwachsenen Anordnungen zu einem Einheitsbewußtsein in dem durch diese beiden stärksten Mächte geprägten Raum bei, das allmählich den fremdterritorialen Einschiebseln gefährlich werden konnte (67).

6. Die sponheimische Religionspolitik bis 1721.

Die religionspolitische Entwicklung im Sponheim der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, über weite Strecken ihrer Endphase von den absolutistisch konfessionellen Anschauungen des Kurfürsten Johann Wilhelm geprägt (1), wies dennoch infolge der in den entscheidenden Augenblicken einsetzenden Impulse der hier besonders aktiven badischen Mitregenten eigenständige Akzente auf, die nicht zuletzt eine Einigung über die Entflechtung des Kondominats in den Jahren massivsten preußischen Drucks auf die pfälzische Religionspolitik in starkem Maße begünstigten.

Die letzten Jahre der Mitherrschaft der pfalz-simmerischen Nebenlinie hatten die sponheimischen Katholiken (2) auf Grund der zum Teil recht ungenauen Formulierungen der Religionsverträge, wie die Gravamina der refor-

65) Schreiben v. 2. 10. 1708 aus Koblenz; GLAK 75/107 f178f.

66) Was für Baden mit Einschränkungen zutrifft; vgl. Tuckermann 40.

67) Jene Bewegungen näher zu untersuchen, hat sich der Verfasser u. a. zur Aufgabe im Rahmen seiner Arbeiten innerhalb des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz gemacht.

1) Vgl. Josef Krisingers Forderung einer eingehenden Untersuchung der Religionsverhältnisse in der Grafschaft Sponheim als Beitrag zu einer sicheren Aussage über Johann Wilhelms Religionspolitik in den pfälzischen Kondominaten (S. 75).

2) Von deren rechtlicher Inexistenz, von welcher Krisinger in der eigentlichen Pfalz sprechen kann, hier keine Rede ist. Krisinger 66.

mierten Gegenseite zeigen (3), auszunutzen verstanden (4). Besonders die Religionsausübung auf dem Lande konnten die Ordensgeistlichen (5) in etwas großzügiger Auslegung der Vertragstexte ausdehnen, was schließlich zu scharfen und rechtlich nicht vertretbaren Gegenmaßnahmen der pfälzischen Regierung führte (6). Reibungen ergaben sich wegen des Mitbenutzungsrechts an den Kreuznacher Kirchen (7), der Abtretung von Klosterräumen zu schulischen Zwecken (8), der Besoldung von Geistlichen und Schuldienern (9) und der von den Reformierten geforderten Zuziehung der Andersgläubigen zu ihren Ältestenversammlungen (10). Untrügliche Anzeichen einer vergifteten Atmosphäre unter den Religionsgemeinschaften, wie sie in der benachbarten Pfalz erst zwei Jahrzehnte später zu beobachten waren, mehrten sich. Die Klage des reformierten Schulmeisters zu Kirchberg, dem der Truchseß des katholischen Baden zwei Fünftel des Schulgärtleins einzog, kann noch als eine der harmloseren Maßnahmen angeführt werden, wie sie die auf allen Seiten anzutreffenden leidenschaftlich erhitzten Gefühle mitbrachten, die sich einer für Sponheim charakteristischen, konzessionslosen Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten eines Kondominiums bedienten (11).

Eigentliche Leidtragende war die protektionslose lutherische Gemeinde, deren in keinem Religionsvertrag garantierte Rechte (12) man reformierterseits mit Erfolg einzuengen suchte (13). Verbote lutherischer Amtshandlungen auf dem Friedhof, die Schließung ihrer im Dreißigjährigen Krieg wiederbegrün-

-
- 3) Obwohl Gravamina im allgemeinen eine mit Vorsicht zu benutzende Quelle darstellen, wird dies genügend deutlich.
 - 4) GLAK 75/332 f20ff, f68ff; 75/18 (Hofgericht v. 1664, Punkt 36; betr. Niederreidenbach im Unteramt Naumburg).
 - 5) Die Kreuznacher Franziskaner, die in der Folge mehrere Landpfarreien versahen, waren u. a. schon 1671 bei der Neukonstituierung des Algesheimer Landkapitels vertreten; vgl. Brück, Landkapitel, MbrhL 2 (1953) 57. 1683 klagte die kurpfälzische Behörde wegen der Überschreitung der vertraglich festgelegten Zahl der Ordensgeistlichen in der V. G. GLAK 75/332 f192ff.
 - 6) Am 6. 4. 1673 wurden von dem gemeinschaftlich pfälzischen Oberamtmann jegliche kath. Trauungen und Kindtaufen außerhalb der Kreuznacher Kirchen in der Grafschaft verboten. Die Maßnahme stieß auf energischen Protest Markgraf Wilhelms. Das Verbot richtete sich insbesondere gegen die Gemeinden Hackenheim, Laubersheim, Siefersheim und Wöllstein. Vgl. GLAK 75/332 f140, f144f.
 - 7) Hier ist das Mitbenutzungsrecht der Reformierten am Kirchenschiff der Karmeliterkirche zu nennen; vgl. GLAK 75/332 f70.
 - 8) Die von Jörg (S. 25) aufgezeigte Vernachlässigung des Schulwesens im sponheimischen Gebiet gegenüber vergleichbaren Einrichtungen kleinerer Nachbarherrschaften ist in dieser Zeit einmal mit der unzureichenden Besoldung der reformierten Schuldienere zu begründen. Baden, dem verständlicherweise recht wenig an einer Verbesserung der reformierten Kindererziehung gelegen war, sperrte jenen häufig zwei Fünftel der zustehenden Gehälter. Dazu kam der Schulraummangel, da die zu schulischen Zwecken benutzten Klosterräume größtenteils wieder in die Hände der kath. Orden zurückgekehrt waren. Nicht selten gingen daher die Kreuznacher Kinder in die Dorfschulen der Nachbarherrschaften! GLAK 75/332 f20.
 - 9) Sie wurde von beiden Herrschaften nach deren nutzungsrechtlichem Anteil an der Grafschaft bezogen.
 - 10) Wo niemand wegen seiner Religion beschwert werde, „sondern eine christliche Versöhnung, fried undt einigkeit, wie auch die policei ordnung zue hand haben gesucht wird“; GLAK 75/332 f71. Die sponheimische Polizeiordnung begutachteten noch 1682 lediglich die reformierten Pfarrer; GLAK 75/324.
 - 11) Vgl. GLAK 75/332.
 - 12) Zu den außervertraglichen Vereinbarungen vgl. Rosenkranz, Luther. G. 122ff.
 - 13) Vgl. ebd. 126f.

deten Schule, die reformierte Erziehung von Kindern aus Mischehen (14), die Unterwerfung des lutherischen Pfarrers unter die Inspektion und die Beanspruchung ihres Almosens für die Armenkasse der Reformierten (15) sollten nur Etappen auf dem Weg zu einem generellen Verbot ihres Exerzitiums unter dem Einfluß des streng kalvinistischen Regiments des Kurfürsten Karl (16) sein. Nach der erfolglos verlaufenen Religionskonferenz von 1682 erreichten die Auseinandersetzungen ihren dramatischen Höhepunkt:

Dem von Kurpfalz amtsenthobenen lutherischen Pfarrer Völcker (17) erzwingt eine badische Begleitmannschaft in einem großen Tumult den Weg zum Gotteshaus, und „ist Er Pfarrer, mit Hülff der badischen Bedienten in die Canzel gebracht und soviel vermählt worden, dann das gesang vollbracht und ein oder anderes Khindt, so zur Underweisung under dem Hauffen in die Höhe gehoben, in etwas underwießen worden, biß endtlichen mit völligem tumult und geschrey Ihr Kirchendienst sich geendiget“ (18).

Erwiesen sich die kurpfälzischen Beamten in der lutherischen Gemeindean gelegenheit schließlich doch als die stärkeren (19), so befanden sie sich gegenüber den schon vor der französischen Besetzung verstärkt einsetzenden gegenreformatorischen Bestrebungen, welche seitens der von Kurmainz beeinflussten Nachbargemeinden (20) rege Unterstützung erhielten, in einer

- 14) Den Grad der Verfeindung unter den beiden evangelischen Religionen zeigt die Drohung der Kreuznacher Lutheraner, ihre „Kinder zweier Religion“ lieber zu einem „Papisten“ zu tragen, ehe man sie von einem reformierten Pfarrer taufen lasse. Gerüchten zufolge führte dies ein Sergeant der Kauzenburger Garnison auch aus; STAKrn 762/1. 1681 erhielt ein Kreuznacher Bürger 100 fl Strafe, weil er sein Kind heimlich lutherisch taufen ließ; ebd.
- 15) Im einzelnen: STAKrn 766/1; STAK 33/43; 33/10475; Struve 677f; Rosenkranz, Evang. G. 61ff.
- 16) Vgl. die Charakteristik Krsingers (S. 66), ebenso Häusser II, 700; Hymnen 8.
- 17) Vgl. Rosenkranz, Luther. G. 127ff.
- 18) STAK 33/26a. Die von Häusser (II, 799f, 806f, 813f) der Düsseldorfer Regierung und besonders Johann Wilhelm vorgeworfene Unterstützung der lutherischen Kirche mit dem Ziel einer Schwächung des Calvinismus ist also durchaus keine tückische Erfindung des Kurfürsten, der sich als Meister „in den Künsten einer echt jesuitischen Politik“ (ebd. S. 807) erwies, sondern wurde schon von Baden hier praktiziert.
- 19) Pfarrer Völcker wurde aus Kreuznach vertrieben und ging in das Elsaß (Rosenkranz, Evang. G. 70; ders. Luther G. 132). Kurpfalz setzte einen Nachfolger ein. Den lutherischen Gemeindevorstehern wurde von Kurpfalz die Strafe erlassen, weil jene das „Unrecht“ einsahen. Dieses hofft jedoch, daß jene sich in Zukunft nicht mehr von den badischen Oberbeamten beeinflussen lassen, „als welche zu ihrem vortheyl in evangelischen Kirchensachen sich ein zu mengen und nur zwiespalt zu erwecken suchten“. Sie sollten „sich nicht irr machen lassen, sondern denen diesseitigen verordnungen gehorsambst nachkommen“; STAKrn 762/1.
- 20) Zu nennen sind: 1682 und 1683 Neu-Bamberg (vgl. STAKrn 762/1), das vierherrschaftliche Wöllstein (STAK 33/26a), Planig (1656 führten hier die Grafen v. Schönborn das Simultaneum ein; vgl. Heldmann 41, Anm. 11; STAKrn 762/1) und das sich zu einem gegenreformatorischen Zentrum für die vorderen Hunsrückgemeinden entwickelnde dalbergische Franziskanerkloster Spabrücken, zu welchem von Kreuznach aus erbittert angefeindete Prozessionen veranstaltet wurden (STAKrn 762/1; STAK 33/10475). Über die Beziehung der Herrn v. Dalberg zu Kurmainz, Jörg 41. Im Unteramt Kirchberg soll die Gemeinde Kappel hervorgehoben werden, in der zwar Trier 1682 Sprengelgewalt beanspruchte (vgl. STAK 33/26a), die jedoch ursprünglich dem zum Archidiakonats des Dompropstes zu Mainz eingegliederten Archipresbyteriat Kirn angehört haben dürfte; vgl. Fabricius V, 2. T., 377f. (Über die Sprengung der mainz. kirchlichen Verwaltung im Nahegebiet durch die Reformation, ebd. 688). — Umgekehrt besuchten aber auch Bewohner des hintersponheimischen Amtes Dill den Gottesdienst zu Kirchberg; STAK 33/10475.

wachsenden Abwehrstellung (21). In die durch leidenschaftliche Zwischenfälle bis zum Zerreißen gespannte Amtosphäre (22) fiel der Übergang der Pfalz an die katholischen Neuburger.

Das Jahr 1685 hat für das sponheimische Kondominat nicht wie für die Kurpfalz die Bedeutung eines sich neu ankündigenden und neu einsetzenden Rückfalls in einen Zustand des Glaubensdrucks hinsichtlich der späteren Regierungstätigkeit Johann Wilhelms (23), sondern ist lediglich als Signal zu einer weiteren radikalen Verlagerung der politisch-konfessionellen Druckkräfte zu werten, die hier auch nach den Restitutionsjahren in der Mitte des Jahrhunderts niemals ausgesetzt hatten.

Das Religionspatent des tolerant gesinnten (24) Kurfürsten Philipp Wilhelm vom 13. Oktober 1685, das für die Pfalz allen drei Religionen unter Wahrung der Bestimmungen der Hallischen Erbeinung gleiche Duldung zusicherte (25), wurde von Baden wegen der „weiteren Stabilyrung der Catholischen religion“ für Sponheim gebilligt, dort am 1. November veröffentlicht (26) und im September des folgenden Jahres von Heidelberg aus bekräftigt (27). Die Katholiken, deren wachsendes Selbstbewußtsein sich an den zum Teil diskriminierenden älteren pfälzischen Verwaltungsbestimmungen stieß, reichten in Heidelberg Bittschriften ein (28). Am 22. Mai 1687 erging auf Ansuchen der Katholiken von Schwabenheim von Friedrichsburg aus ein pfälzisches Dekret, das ihnen über die allgemeinen Konzessionen des Vorjahrs

21) 1689 wollte u. a. der badische Landschreiber zwei neue kath. Geistliche gewaltsam in Sponheim einführen; STAKrn 762/1.

22) Die Klagen der reformierten, lutherischen und katholischen Interessenvertreter in Sponheim sind in diesen Jahren besonders zahlreich. Ihre Darstellung erübrigt sich, da diese im Vergleich zu den späteren, ausgiebig untersuchten pfälzischen Gravamina nichts wesentlich Neues bieten.

23) Vgl. Petry, Gegenreformation 57; Hymmen 6; Häusser II, 751; Leidner 16. Um die erhebliche Phasenverschiebung gegenüber der allgemeinen politischen Entwicklung in Dtl. zu ermessen, sei Schulte zitiert: „In den Jahren 1685/88 endet die Periode der deutschen Geschichte, während welcher die Konfession unter den Beweggründen der Politik fast den vornehmsten abgegeben hatte“ (Rheinufer 193). — 1685 wurden in Sponheim „die tempore Condominorum accatholicorum et eorum praepotentiam gleichsamb mit einem schlaß bedeckte Jura Religionis Catholicae mit Beyseitesetzung mehrfach berührter Verträgen ex novo eoquis communi placito hervor gesucht, viele Verordnungen zum aufnehmen der Religion gemacht“ GLAK 75/332 f256.

24) Seine derzeitige Haltung wird auch von der protestantischen Geschichtsschreibung gewürdigt. Vgl. Leidner 16ff; Häusser II, 755.

25) Vgl. Struve 701-705; Häusser II, 755; Rosendorn 65.

26) GLAK 75/332 f196, f198. Der Markgraf machte lediglich wegen der angedrohten Strafen Vorbehalte.

27) Ebd. f202f. Dabei wurde besonders auf das lutherische freie Exerzitium hingewiesen. Das Mandat fand wieder die badische Billigung; ebd. f206f.

28) Da in den bisherigen Bearbeitungen der pfälzischen Religionspolitik katholische Gravamina aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im pfälzischen Einflußbereich übergegangen wurden, sei hier der Bittschrift der Langenlonsheimer kath. Gemeinde Raum gegeben, die exemplarisch für die weiterer sponheimischer Gemeinden stehen soll:

1. Auf den kath. Feiertagen würden die Reformierten jegliche verächtliche Bauernarbeit verrichten, während an den monatlichen Bettagen die Kinder der Katholiken noch keinen Trunk Wasser ohne Geldstrafe aus dem Brunnen schöpfen dürften.

2. Würden die kath. Kinder in der Schule reformiert erzogen.

3. Würden Katholiken ohne Gesang beerdigt.

hinaus das öffentliche Religionsexerzitium mit dem Recht auf Abhaltung von Prozessionen einräumte (29). Der pfälzische Truchseß (30) hatte nichts Eiligeres zu tun, als diese offensichtliche Spezialkonzession auf sämtliche Gemeinden des Oberamts auszudehnen, wobei ihm die badische Regierung zu einer nachträglichen Legitimation verhalf (31).

Die Überführung des in den Wirren der Reformationszeit nach Köln geflüchteten kostbaren sponheimischen Kreuzreliquiars, das in einer feierlichen Prozession durch den Mainzer Weihbischof unter dem Donner der Festungsgeschütze in die Kreuznacher Karmeliterkirche gebracht wurde (32), bildete gleichsam den äußeren Auftakt zu einem Jahrzehnt intensivster Rekatholisierungstätigkeit in der Grafschaft. Den französischen Eroberern, die im reunierten Nahegebiet auf Grund des bekannten Edikts des Homburger Intendanten de la Goupilliére (33) schon in dieser Hinsicht Vorarbeit geleistet hatten (34), war auch hier die Aufgabe einer Schützenhilfe zugefallen. Am 4. 1. 1689 verkündete der französische grand prévôt Fontanelle vor Oberamt und Rat zu Kreuznach eine königliche Verordnung, nach der das Simultaneum den Katholiken der Grafschaft in allen Pfarrkirchen erlaubt sein sollte (35). Daraufhin wurde ein erheblicher Teil der Oberamtskirchen dem Simultaneum

4. Obwohl ein Drittel des Ortes kath. sei (!), werde keiner von ihnen in das Schöffengericht berufen, „sondern alle für idioten angesehen“; die Gemeindeämter, bei denen man 10-20 fl einbüße, müßten sie dagegen übernehmen.

5. Habe das Zeugnis eines Reformierten vor dem Gericht mehr Gewicht, als das zweier Katholiken.
(GLAK 75/332 f214f).

29) Ebd. f317; vgl. auch Handschriftenhang Kremer f32.

30) Die Veränderungen in der Beamtenschaft unter Johann Wilhelm zugunsten der Katholiken wirkten sich auch in Sponheim aus.

31) Schreiben v. 30. 5. aus Baden. Kurioserweise gab dagegen vermutlich die pfälzische Regierung ihrem Beamten einen Verweis; GLAK 75/332 f216ff.

32) Handschriftenhang Kremer f32f.

33) Edikt v. 21. 12. 1684. Ursprünglich nur für das Oberamt Germersheim gedacht, verschaffte es den Katholiken Anteil an den Kirchen. Näheres bei Rosendorn (ausführl. Literat.) sowie Leidner 15.

34) U. a. hatten die Franzosen bereits das kath. Exerzitium eingeführt: 1684 in Winzenheim (Herrschaft Bretzenheim), 1685 in Planig (Lehen des Klosters St. Jakob zu Mainz in Händen der Grafen v. Velen), Badenheim (zweibrückisches Lehen in Händen der Fausten zu Stromberg). In Ebernburg errichtete der frz. Kommandant ein Glaubensgericht (Schneegans, Kreuznach 73). Infolge der Verflechtung des hintersponheimischen reunierten Amtes Dill mit dem vordersponheimischen Amt Kirchberg hatten die Franzosen auch hier Rekatholisierungserfolge zu verzeichnen. Vgl. die amtliche frz. Aufstellung vom Jahre 1688 (STAK 24/588; hier zit. nach Textor 65):

Gemeinde	Familien	kath.	Ref.	Luth.
Dill	26	6	—	20
Sohrschied	15	3	—	12
Niedersohren	9	1	2	6
Dickenschied	13	3	9	1
Rohrbach	9	1	8	—
Dillendorf	4	2	2	—
Womrath	4	2	1	1
Schlierschied	1	—	1	—

35) Vgl. den Auszug aus den Annalen des Kreuznacher Franziskanerklosters; GLAK 75/332 f346.

geöffnet (36), was natürlich nicht überall ohne Gewalt abging. Immerhin konnte die reformierte Bevölkerung sich einige kurze Vorstöße der kaiserlich-alliierten Truppen zunutze machen und Kreuze und Bilder aus etlichen Kirchen (37) entfernen, was infolge des Mangels an katholischen Geistlichen auch teilweise ohne Gegenmaßnahmen blieb. Bis 1690 wurden jedoch in fast allen Gemeinden des Oberamts katholische Pfarrer eingesetzt (38). Befehle des Homburger Intendanten und des französischen Oberamtmanns zu Kreuznach, Gabriel de la Roue, verschafften den Katholiken nicht nur die ersehnte Gleich-, sondern eine ausgesprochene Vorzugsstellung (39) gegenüber den Anhängern der reformierten Religion sowie die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für die Bedürfnisse der teilweise erst neu zu schaffenden katholischen Pfarrverwaltungen und das katholische Schulwesen (40). Die pfälzische Regierung unternahm unter dem noch äußerlich toleranten Kurfürsten Johann Wilhelm (41) nichts, um die französischen Absichten, die den sponheimischen Religionsverträgen in keiner Weise entsprachen, zu durchkreuzen. Der später zu zweifelhafter Berühmtheit gelangende pfälzische Truchseß Quad (42) suchte vermutlich noch kurz vor dem Rijswijker Friedens-

36) Für die Orte Bosenheim (Franziskaner), Hackenheim (ebf.), Frei-Laubersheim (ebf.), Wöllstein (vgl. Rosendorn 146), Oberhilbersheim (St. Jakob zu Mainz), Schwabenheim (Kreuznacher Karmeliter), Gensingen und Sprendlingen (Benediktiner des Klosters St. Jakob v. Planig aus) ist eine Ausübung des Simultaneums quellenmäßig zu belegen GLAK 75/332 f346f, f352f), bei weiteren gauseitigen Oberamtsgemeinden wird sie von Rosendorn (S. 122-150) zu Recht vermutet. Unklarer liegen die Verhältnisse in den Walddörfern (westl. der Nahe). Beck gibt keine Auskunft. — Am 6. 1. 1689 wurde der Benediktinerpater Elias Bengel mit einigen Ordensbrüdern in das Kloster Sponheim eingesetzt, diese versahen die Pfarreien zu Sponheim, Bockenau, Braunweiler und Roxheim (GLAK 75/332 f352f; 75/107 f347; De Lorenzi II, 273; vgl. ebd. 398 ff, 424 usw. für die Pfarreien im Amt Kirchberg). In Kreuznach mußte die Karmeliterkirche während der frz. Winterquartiere ganz an die Katholiken abgetreten werden; GLAK 75/332 f350.

37) Nämlich in Oberhilbersheim, Wöllstein, Schwabenheim und Gensingen; ebd. f220, f352f.
38) Ebd. f222.

39) Besonders in Fragen der Mischehen; vgl. auch Leidner 24f.

40) Die Maßnahmen sind bei Leidner nach den reformierten Kirchenratsprotokollen v. 1693 wiedergegeben (S. 25f), Rosenkranz (S. 74ff) berichtet ebenfalls ausführlich. Als charakteristische Beispiele seien hier die Zerstörung der reformierten Kreuznacher Stadtkirche durch die Franzosen, der Abbruch des reformierten Gymnasiums durch die Karmeliter (1689) und die Aufnahme von 5 kath. Ratsherrn in den Kreuznacher Stadtrat (auf frz. Befehl) aufgezeigt; Handschriftenangabe Kremer f37. Im allgemeinen verblieben den Reformierten ausreichende Finanzmittel in Form der Almosen, Fabriken und anderer Rechte (GLAK 75/332 f353), wenn auch die Katholiken verschiedene Gefälle für sich beanspruchten (ebd. f233).

41) Über den Konflikt des Kurfürsten zwischen äußerer Toleranz und innerer Gesinnung in den ersten Jahren seiner pfälzischen Regierungstätigkeit vgl. Leidner 29ff.

42) Es handelt sich um Johann Niklaus Quad, den späteren Vorsitzenden der von Johann Wilhelm in der Pfalz eingerichteten geistlichen Güteradministration, über den Struve u. a. berichtet: „Auf obbemeldten Mannes, daß Quaden Direction, ruhet das gantze Chur-Pfälzische Evangelische Kirchen-Wesen; alles, was die Kirchen- und Consistorial Rätthe bei der Regierung bitten und remonstrieren, wird ihm zugeschicket...“ (S. 997). Häusser (II, 812) und Hymmen (S. 26) tadeln ihn (vgl. auch Leidner 36f), Grünwald versucht in seinem biographischen Beitrag eine Ehrenrettung: Quad stand „auf dem schwierigsten und undankbarsten Posten, den je ein deutscher Fürst einem Untertan angewiesen hat“ (S. 11ff).

Es sei darauf hingewiesen, daß einige der markantesten Persönlichkeiten, die den späteren religionspolitischen Kämpfen in der Pfalz ihr Gepräge gaben, quasi eine „sponheimische Probierschule“ durchgemacht hatten. Ihre spätere zelotische Haltung ist nicht zuletzt aus dem Erlebnis der in Sponheim im Verhältnis zu den pfälzischen Kerngebieten sehr früh einsetzenden aktiven Periode der kath. Gegenreformation verständlich.

schluß zusammen mit dem badischen Landschreiber Colson das Simultaneum in einigen Gemeinden wieder einzuführen (43). Der endgültige Friedensvertrag brachte mit der von den Protestanten heftig angefeindeten Religionsklausel, die zu einer Wahrung der von den Franzosen in den bisher reunierten Gebieten durchgeführten Änderungen verpflichtete, für den nicht ganz unbeteiligten Johann Wilhelm (44) den Höhepunkt seiner religiös bestimmten Politik (45).

In Sponheim trugen Quad und Colson Sorge, das katholische Exerzitium in sämtlichen Dörfern des Oberamts kraft des Friedensschlusses aufrechtzuerhalten, bzw. zu restituieren (46). Ob dabei die Forderung des Simultaneums in allen Fällen einem vorhandenen Bedürfnis Genüge leistete oder nur den Grund zu einer künftigen Schaffung neuer katholischer Gemeinden abzugeben hatte, können nur eingehende ortsgeschichtliche Forschungen erweisen. Verschiedene Gemeinden leisteten gegenüber den Maßnahmen der beiden Beamten, die hier teilweise ohne entsprechende Direktiven ihrer Regierungen handelten (47), erbitterten Widerstand, der erst durch kurpfälzische Dragoner gebrochen werden konnte (48). Die Pfarrer von Oberhilbersheim und Frei-Laubersheim wurden von den sponheimischen Beamten auf die noch

Von der katholischen Seite ist neben Quad damals fast nicht weniger der spätere Kreuznacher Truchseß Rittmeyer bekannt. Konvertit wie Quad, griff er mit Streitschriften in das religionspolitische Geschehen ein (vgl. die Aufstellung bei Andreae 413f; Rittm. ist außerdem Verfasser von 30 Passionsmysterien).

Auf reformierter Seite haben wir für die Pfalz den Kreuznacher Truchseß Daniel Heyleß (1681-88) zu nennen (vgl. Häusser II, 828; Rosenkranz Evang. G. 68; Hymmen 51, Anm. 1; über die Beziehg. d. Familie H.: G. S. Hilgard: Beitrag zur pfälz. Geschichtskunde, Handschrift v. 1775 in der Badisch. Landesbibliothek; GLAK 75/22 f110) sowie den in Kreuznach ausgebildeten und dort anfänglich bediensteten späteren kurpfälzische Hofkammerrat Friedrich Reinhard Flad (über dessen Tätigkeit: Andreae 424ff; Schneegans, Kreuznach 196; — STAK 33/10499).

Der brandenburgisch-preußische Staatsminister Johann Kasimir Kolb v. Wartenberg (vgl. Hecht 175f, 192, 198, 201, 206; Rosenkranz, Evang. G. 252f) und der preußische Hofprediger Karl Konrad Achenbach (Hecht 202f; Krisinger 113, 115; Hymmen 29), die infolge ihrer Kenntnis der pfälz. Verhältnisse die kirchenpolitischen Entscheidungen des unentschlossenen Königs stark beeinflussten, standen ursprünglich im Dienst der Pfalzgrafen von Simmern zu Kreuznach.

Der Kreuznacher lutherische Pfarrer Debus endlich forderte zusammen mit seinem Heidelberger Kollegen Schlosser die Kritik der Reformierten heraus (vgl. Struve 739f; Häusser II, 799f). Parallelen zwischen dem Verhalten der lutherischen Gemeinde zu Kreuznach gegenüber dem kath. Markgrafen von Baden und der Stellung der pfälzischen Lutheraner zu Johann Wilhelm sind offensichtlich.

43) GLAK 75/332 f347f.

44) Über die vorbereitenden Verhandlungen und die Auswirkung der Klausel vgl. Srbik 141f, 211ff, 221f, 262 ff, pass.; Krisinger 87-100; Rosendorn 44f.

45) Krisinger 96.

46) Vgl. Beck 57 ff; Struve 804. Die unbestimmte Formulierung der Klausel ließ eine Anwendung auf den günstigsten Zeitpunkt zu (vgl. Krisinger 97f; Beck 25). Die Aktion lag vor dem Inkrafttreten der allgemeinen kurpf. Simultaneumsverordnung v. 26. 10. 1698 und ging den pfälz. Bestrebungen zeitlich voran. In der später zu Regensburg vorgelegten, rechtlich gesehen, bedeutungslosen Chamois'schen Liste (Beck 31; Rosendorn 50) ist auch die „Bailliege de Creutzenack“ aufgenommen; Rosendorn 114; (GLAK 75/332 f355).

47) Colson suchte erst nachträglich die badische Regierung unter Hinweis auf eine drohende frz. Exekution um Bestätigung an. GLAK 75/332 f230. Über die mangelhaften Berichte Quads an den Kurfürsten vgl. Hymmen 26.

48) So in Frei-Laubersheim; STAKrn 786/1.

von den Franzosen besetzt gehaltene Ebernburg gebracht (49). Die Zahl der allgemein zu beobachtenden katholischen Feiertage wurde vermehrt. Den Bitten der Reformierten um eine Bestätigung ihrer alten Rechte, die man anläßlich der pfälzischen Huldigung nach dem Rijswijker Frieden vortrug, hielt man im Sinne der zu diesem Zeitpunkt unnachgiebigen pfälzischen Religionspolitik (50) die Bestimmungen der Klausel entgegen. Die nicht zuletzt von den Finanznöten des Kurfürsten diktierten Kirchenguts-Erlasse (51) fanden in Sponheim keinen Eingang, wohl aber das auf brandenburgisch-preußischen Druck (52) hin entstandene Kurpfälzische Toleranzedikt vom 18. Mai 1701, das den Protestanten u. a. in den Fragen der Mischehen und der ebenfalls problematischen „relapsi“ (53) Konzessionen machte. Der badische Landschreiber nahm die Verordnung ad referendum (54), legte aber gegen die voreilige Veröffentlichung des Patents durch den Kreuznacher reformierten Inspektor (55) entschiedenen Protest ein. Der alte Streit um das Jus episcopale der Kondomini über die protestantischen Kirchen drohte wieder aufzulodern (56).

Die einsetzenden sponheimischen Abteilungsverhandlungen (57) und der verstärkte preußische Druck auf den um die Ächtung Max Emanuels von Bayern und die Rückgabe der Oberpfalz ringenden Johann Wilhelm, änderten die Situation. Alles, was vom Rijswijker Frieden an hinsichtlich einer Festigung der katholischen Religion in den pfälzischen Gebieten durchgeführt

49) Wo sie 4 Wochen inhaftiert blieben (GLAK 75/332 f234). In Colsons Bericht an die bad. Regierung stand darüber lediglich: „... so hatt man danach mit gewalt sothanes Exercitium eingeführt und nur diejenige, welche etwas gar zu groben reden gegen die beambten geführt hatten, in etwas gestrafft, das meiste aber und soviel immer möglich mahn dissimuliert“; ebd. f230.

50) Vgl. Leidner 39f; Krisinger 101. — Auf Grund der kurpfälzischen Simultaneumsverordnung v. 26. 10. 1698 erhielten die Katholiken dann einen Anteil an der Kreuznacher Stadtkirche; GLAK 75/332 f236f; Oertel, Christian Gottfried, Vollständiges Corpus Gravinum Evangelicorum, Regensburg 1771f, S. 170, 178; Beck 57; Rosenkranz 78.

51) Krisinger 104.

52) Allgemein zum Gegensatz des brandenburgischen und des neuburgischen Hauses um 1700: Petry, Haus Neuburg 92; Dankelmann 576; Hymmen 19f. Zu dem Edikt selbst vgl. Leidner 58ff; Krisinger 107. Schon 1694 war in London bei Besprechungen zwischen dem brandenburg. Gesandten v. Dankelmann und dem Markgrafen Ludwig Wilhelm v. Baden das sponheimische Thema zur Sprache gekommen; vgl. Krisinger 77; Petry, Haus Neuburg 94.

53) Gemeint sind Protestanten, die während der frz. Besetzung den kath. Glauben angenommen hatten, nach dem Frieden aber wieder zu ihrer ursprünglichen Religion zurückkehrten; vgl. Leidner 54.

54) Leidner berichtet über die Gegenmaßnahmen im Oberamt Germersheim und in der zwischen Kurpfalz und Worms gemeinschaftlichen Kellerei Stein (S. 60f).

55) Der Inspektor gab an, er sei unterrichtet, daß Baden in kirchlichen Angelegenheiten in der Gemeinschaft nichts zu befehlen habe; GLAK 75/332 f240f.

56) Der Eintritt der kath. Neuburger in das Kondominat hatte die Rechtslage bezüglich des protestant. Kirchenregiments geändert. 1699 hatte Quad als Direktor der geistlichen Angelegenheiten in der Pfalz dem befreundeten badischen Landschreiber Colson einen Anteil am Kollaturrecht für sämtliche Oberamtsgemeinden zugestanden, was er jedoch bald wieder rückgängig machen wollte. Die neuen Pfarrer durften auch weiterhin Baden nicht um die geforderte Mitaufnahme, sondern nur um eine „Confirmation“ ersuchen; vgl. STAK 33/31.

57) Vgl. die Forderungen des Heidelberger Kirchenrats hinsichtlich der sponheimischen Teilung v. 18. 3. 1702. U. a. sollen die reformierten badischen Geistlichen der Heidelberger Kirchenbehörde unterstellt bleiben; GLAK 75/97.

worden war, konnte durch den pfälzischen Kurfürsten wegen der politischen Vorteile wieder aufgegeben werden, und es sah so aus, als solle das sponheimische Religionswesen hier einbezogen werden (58).

Die Seele des katholisch-badischen Widerstandes in Sponheim verkörperte der Landschreiber Antonio Colson (59). Er betonte die Eigenständigkeit der Grafschaft und fand mit dieser Konzeption, die an sich dem Denken der pfälzischen Beamten bisher fremd war (60), durch Quads Vermittlung in Heidelberg und Düsseldorf Entgegenkommen (61). Der Gedanke einer künftigen badischen Protektion der katholischen Religion in den Kurpfalz zufallenden, und einer Wahrung der kirchlichen Verhältnisse in den bei Baden verbleibenden sponheimischen Gebieten gewann Gestalt (62) und beeinflusste und förderte schließlich auch den positiven Verlauf der Teilungsverhandlungen (63). Die Veröffentlichung der Religionsdeklaration (64), die für Sponheim die alten pfalz-simmerischen Verträge wieder verbindlich machen sollte, blieb noch im März 1706 ausgesetzt, da man plötzlich auch pfälzischerseits einen großen Respekt vor dem badischen Recht der Miteinwilligung bekundete (65).

- 58) Kurpfalz hatte anfangs des Jahres 1705 dem pfälz. Truchsess nachdrücklich befohlen, eine Spezifikation der sponheimischen Religionsverhältnisse einzureichen, ohne davon Baden Mitteilung zu machen. Ein kath. Geistlicher hatte aber den bad. Landschreiber von dem geheimen Befehl in Kenntnis gesetzt. Der Zusammenhang von politischer Opposition und andersgläubigen Untertanen hatte sich mit dem Eintritt der katholischen Neuburger in das Kondominat erstaunlicherweise nicht verschoben. Noch immer bevorzugte der kath. Bevölkerungsteil den badischen Gemeinherrn, während die reformierten Gemeinden wegen des Heidelberger Kirchenrats noch vor der Religionsdeklaration Johann Wilhelms mehr die kurpfälzischen Interessen vertraten! (vgl. GLAK 75/332 f251).
- 59) Zur Charakterisierung seiner selbstbewußten politischen Katholizität diene ein kurzes Zitat aus einem Schreiben an den Markgrafen v. 7. 2. 1706: „... so das ich nit hoffen will, das man schon in dem standt Catholischer seithen im römischen reich seye, das man alles, was die Evangelische nur begehren, thun muß, vielweniger sich unseres gdsten. fürsten undt herren hfürstl. dhlt. in ihrem Landt Leges von frembden fürsten werden vorschreiben lassen.“ ebd. f266f.
- 60) Die Konzeption der Eigenständigkeit der Grafschaft Sponheim diene Baden im allg. dazu, den pfälz. Präpotenzansprüchen zu begegnen.
- 61) Quad meinte, „daß sich Ihr. Churfürstl. Dhlt. höchsten Erfrewen werden, wenn Sie nur fundamenta wissen, womit Sie sich bey den protestierenden excusieren können“; GLAK 75/332 f263.
- 62) GLAK 75/332 f266.
- 63) Inwieweit die preußisch-pfälzischen Verhandlungen um die Religionsdeklaration die Austauschverträge zwischen Kurpfalz und dem Wormser Hochstift in den Jahren 1705 und 1708 (vgl. die Ergebnisse von Rosendorn 98 und R. Kilian, in D. Wormsgau 3 (1957) 405) beeinflussen, wäre einer Untersuchung wert. Auch der Austauschvertrag zwischen Lothar Franz v. Schönborn und Johann Wilhelm v. 6. 7. 1714 entzog nicht ohne Absicht die abgetretenen Gebiete dem Einflußbereich der hier noch nicht durchgeführten Religionsdeklaration (vgl. den Separatartikel über den künftigen Religionsstatus, der am 16. 7. d. J. beschlossen wurde; GLAK 67/888 f268f). Auch die Rekatholisierungsmaßnahmen unter Lothar Franz in diesem Gebiet sind hier zu berücksichtigen (Wild 160). Die Reaktionen der von der Religionsdeklaration betroffenen Kondominatsherrn (Hymmen 50f; Krisinger 117; Leidner 74) unterstützen die Ansicht, daß die übliche Meinung, die mit Häusser in diesen Verträgen lediglich einen „Geist der monarchischen Abrundung des Gebietes“ das Wort redet, korrekturbedürftig ist (vgl. Häusser II, 837).
- 64) Näheres bei Hymmen 50f; Leidner 70ff; Rosendorn 78ff; Krisinger 115ff.
- 65) Allerdings trugen die reformierten Pfarrer und Schuldiener in Sponheim die Religionspatente mit sich, und es kam zu ersten antikatholischen Demonstrationen; GLAK 75/332 f257, f270.

Ein Protest des badischen Hofrats gegen die „durior conditio“ (66) für den markgräflichen Kondominus hatte bei der pfälzischen Regierung größeren Erfolg als die Forderungen der protestantischen Kommissare sowie des ehemaligen Truchsessens und nunmehrigen Kirchenrats Heyleß (67). Nach Colsons Bericht war die Aufnahme des Schreibens „bey selbiger nicht allein über die maßen angenehm gewesen, sondern auch in dem solches mit stattlichen fundamentis elaborirt, also gerühmt worden, daß wohlgedachte regierung sich überwunden zu seyn erkennen“.

Der pfälzische Beschluß, die Religionsverhältnisse in Sponheim in ihrem gegenwärtigen Stand zu belassen, fiel in den ersten Junitagen und wurde wegen der zu erwartenden protestantischen Opposition geheimgehalten (68). Im Hauptrezeß des vordersponheimischen Teilungsvertrags vom 24. August 1707 wurde die Aufrechterhaltung des exercitium simultaneum bestätigt (69). Die Reformierten gaben sich hiermit nicht zufrieden und erreichten durch eine Demarche des preußischen Gesandten am Düsseldorfer Hof positive Zugeständnisse. Johann Wilhelms Versicherung, er wolle lieber zwei sponheimische Grafschaften nicht ansehen, ehe er etwas von dem mit Preußen getroffenen Abkommen unausgeführt lasse, mußte – war sie wirklich ernsthaft gemeint – in Baden alarmierend wirken (70).

Am 8. Juli erging eine entsprechende pfälzische Verordnung wegen der Kirchberger katholischen geistlichen Gefälle an die Administrationsräte zu Heidelberg (71). Die zu Frankfurt abermals mit ihren badischen Kollegen verhandelnden pfälzischen Kommissare erhielten am 13. Oktober 1708 die Di-

66) Vom 18. 3. 1706 (ebd. f255ff). Zur „durior conditio“ vgl. Senckenberg 13. Kein Kondominus darf etwas gegen den Willen des anderen ausführen. — Die in Heidelberg von anderer Seite vorgebrachte Ansicht, in der sponheimischen Gemeinschaft könne man ohne vorherige badische Zustimmung unter Vermeidung von Mord und Totschlag nichts durchführen (ebd. f267), entsprach nicht den tatsächlichen dortigen politischen Verhältnissen.

67) Über dessen Rolle in Heidelberg ebd. f266f. Die auffallend starke Opposition der preuß. Kommissare im Falle Sponheim wurde auch von Colson auf die ständige Korrespondenz zwischen den sponheimischen Calvinisten und dem Berliner Hof zurückgeführt: „... es wäre desentwegen nichts bessers, als das man solche böße gäst mit einander abschaffe, welches man leicht thun könnte.“

68) Vgl. Colsons Schreiben v. 6. 6. 1706 an die badische Regierung; GLAK 75/332 f278.

69) Festgelegt in § 19 des Partage-Traktats (STAK 33/33). Daneben blieben die Klöster Sponheim und Schwabenheim weiter im Pachtbesitz der von Baden protegierten Ordensgeistlichen (ebd. sowie GLAK 75/107). Allerdings ließ der pfälzische Hofkammerrat Flad, der den Heidelberger Kirchenrat über den Religionsparagrafen orientierte, auf dessen Anraten eine Klausel in den Vertrag einfügen (GLAK 75/99 Korrespondenz mit Creutz). Es handelte sich wahrscheinlich um die Bestimmung in § 4 des Teilungsvertrages, daß „einer den anderen tam in Ecclesiasticis quam politicis et administratione der davon dependirenden regulis juris territorialis oder hohen landesfürstl. obrigkeiten und was davon dependiren möchte, auch privato exercitio, frey und ohngehindert verfahren lassen und den geringsten Eintrag nicht thun, sondern viel mehr mit guther rath und thatd assistiren solle“; STAK 33/33.

70) Vgl. GLAK 75/107 f193.

71) Die dortigen kath. Geistlichen sollten sich der Religionsdeklaration gemäß verhalten und, was sie über 2/7 der Gesamtgefälle erhielten, abgeben (GLAK 75/107 f124). — Die kirchl. Verhältnisse des Amtes Kirchberg gaben zu häufigen pfälzisch-badischen Differenzen Anlaß. Noch nach der Teilung beanspruchte die Pfalz hier Episkopalrechte, da dem Pfalzgrafen jeweils das Amt eines Pastors im Kirchberger Amtsbezirk zustehen sollte (vgl. GLAK 75/64).

rektive, auf eine Verbindlichkeit der Religionsdeklaration für Sponheim im Nebenrezeß hinzuwirken (72). Badische Vorhaltungen bewegten jedoch die Pfälzer gegen ihre sonstigen Gepflogenheiten auffallend schnell, die einmal gefaßte Absicht wieder aufzugeben und einer Befolgung des Hauptrezeßes zuzustimmen (73).

Eine sichere Gewähr dafür, daß die pfälzische Regierung nun endgültig an der Vereinbarung festhielt, konnte damit nach Lage der Dinge noch nicht gegeben sein. Nachdem Eingaben der katholischen Bevölkerung und des ehemaligen badischen Gemeinsherrn noch einmal buchstäblich in letzter Minute eine Durchführung der abermals für Sponheim angesetzten pfälzischen Religionsdeklaration verhindert hatten, gab Preußen durch seinen Gesandten v. Mardefeld (74) unmißverständlich zu verstehen, wie wenig es gewillt war, von seinen Forderungen abzurücken, und die Katholiken sahen sich wiederum der Gefahr ausgesetzt, fast alle Kirchen und geistlichen Einkünfte in dem neuen kurpfälzischen Oberamt zu verlieren. Als sich jedoch zur Freude der Katholiken fand (75), daß zwar nach den sponheimischen Religionsverträgen alle Dorfkirchen nebst den dazugehörigen Renten den reformierten Gemeinden eingeräumt werden müßten, aber die bedeutenden Gefälle der vier sponheimischen Klöster, was die badischen Fünftel anging, durch den Teilungsvertrag von 1707 in die Verfügungsgewalt des Kurfürsten übergegangen waren und somit für die Katholiken Verwendung finden konnten, verlegte man sich reformierterseits auf eine Abteilung der Gefälle in Siebentel, wie sie die Religionsdeklaration von 1705 für die übrigen pfälzischen Gebiete vorgesehen hatte (76). Nicht ohne Berechtigung wiesen nun die sponheimischen Katholiken auf die Inkonsistenz dieser Forderung hin.

Die Beschlüsse eines Religionskongresses zu Schwabenheim (77) blieben ohne nachhaltige Wirkung. Johann Wilhelms Anerbieten vom 30. 4. 1713, die in der Religionsdeklaration anerkannten sponheimischen Verträge innerhalb der von den Bestimmungen des Rijswijker Friedens gezogenen Grenzen aus-

72) GLAK 75/107. Der Kreuznacher reformierte Inspektor Andreae griff mit einer Denkschrift ein; vgl. Andreae 416f.

73) GLAK 75/107 (Protokoll der Frankfurter Teilungskonferenz v. 17. 9. 1708 sowie ebd. f195, f206). Die bad. Abgeordneten erklärten ihre Vollmachten hinsichtlich einer Vertragsänderung für unzureichend und verwiesen auf die zu diesen Zwecken nötige Einwilligung des Herzogs v. Lothringen als Vormund und des Kaisers als Obervormund des badischen Erbprinzen.

74) Es handelt sich um den ehemaligen schwedischen Feldmarschall Gustav v. Mardefeld (ADB 20, S. 308). Über v. Mardefelds Mission in der Kreuznacher Kirchenangelegenheit am Düsseldorfer Hof, vgl. Hymmen 60f. Vgl. auch Struve 1243, 1249; Hausmann, Rep. II, 298, 303.

75) „Zweifels ohne durch sonderbare schickung und gnade gottes“, heißt es etwas selbstbewußt in der „Species facti“ der Kreuznacher Katholiken v. 12. 10. 1718; (Species Facti, wie die Creutznacher Religions affaires a tempore Emanatae Religionis declarationis Palatinae bis hieher ventilirt worden, Sambt Einem kurzen Unvorgreifflichen modo, auff was arth und weise die abermahlige reformirte motus zu Creutznach zu Elidiren wären“; GLAK 75/332 f210ff.

76) Die Aufteilung erfolgte im Verhältnis 5:2 zugunsten der Reformierten; vgl. Struve 1119f.

77) Vgl. A. Rosenkranz, Tagebuch eines alten Kreuznacher Superintendenten, Krzn. Hbltr. 1936, Nr. 8. Der Kongreß befaßte sich auf preuß. Betreiben mit der Zukunft der Kreuznacher Wörthkirche.

zuführen, wurde von dem preußischen Gesandten abgelehnt (78). Das Vordringen der Franzosen am Rhein in den letzten Jahren des Erbfolgekriegs und die von Kurpfalz wohl nicht ungern gesehene Bestrebungen des Bischofs von Metz im Sinne einer Wiederherstellung des Religionszustandes von 1697 in den französisch besetzten Gebieten (79) lösten wieder eine aktive, wenn auch kurzlebige Welle von Gegenbewegungen aus (80).

Eine wirksame Abhilfe für die Gravamina, die neben vielen anderen (81) nach den Heidelberger Vorfällen unter Karl Philipp (82) bei dem durch die Erzamtsfrage wieder zu kräftigerem Eigenbewußtsein gelangten Regensburger Corpus Evangelicorum eingingen, scheiterte letztlich an der Uneinigkeit unter den evangelischen Ständen selbst (83). Verschiedene Kreuznacher Religionskommissionen in der Regierungszeit Karl Philipps führten zu keinem Ergebnis (84). Bis zum Jahre 1721 nahm auch die badische Regierung an der konfessionellen Entwicklung in Kreuznach Anteil, wozu ihr der Teilungsvertrag von 1707 eine Handhabe bot.

So hatte die Teilung von 1708 die sponheimischen Simultaneen der allgemeinen Auflösung durch die pfälzische Religionsdeklaration entzogen und das kurpfälzische Oberamt Kreuznach neben dem Oberamt Germersheim (85) einer religionspolitischen Sonderentwicklung unterworfen. Die Erfolge, die den Ausläufern der katholischen Gegenreformation in der Pfalz beschieden waren (86), konnten hier in einem weit höheren Maße gewahrt bleiben (87).

78) GLAK 75/332 f212, f333 (f359f). V. Mardefeld verließ am 1. 7. 1713 Düsseldorf. Das Nachlassen der preuß. Aktivität führt Hymmen auf den Tod König Friedrichs zurück (S. 61).

79) Inwieweit die damals vorbereitete Ansicht, die frz. Anstrengungen beruhten auf geheimen Abmachungen mit dem kurpf. Minister v. Hundheim, den Tatsachen entsprach, ist hier nicht nachzuprüfen (vgl. GLAK 75/332 f286).

80) Besonders der frz. Kommandant zu Kirn, Obrist Kleinholz (vgl. Beck 48), führte vielerorts wieder das Simultaneum ein. Über die Auswirkungen der Bestrebungen in den bad. Ämtern Kirchberg und Naumburg vgl. GLAK 75/332 f287.

81) U. a. auch gegen die benachbarten Freiherrn v. Sickingen; vgl. Biederbick 39f.

82) Dieser griff zeitweilig die gegenreformatorischen Maßnahmen seines Vorgängers wieder auf. Gemeint sind hier die versuchte Überführung der Heidelberger Heilig-Geistkirche in ausschließlich kath. Besitz und das Verbot des Heidelberger Katechismus (vgl. Häusser II, 858ff), letzteres wurde am 2. 5. 1719 auch für das Kreuznacher Oberamt verbindlich; Struve 1369f.

83) Biederbick 35-81.

84) Es ging dabei im wesentlichen um den reform. Alleinbesitz der Kreuznacher Wörthkirche, wo 1717 das Simultaneum wieder eingeführt worden war (Jacobsen 720). Über die protestant. Forderungen, die gemäß den Absichten Preußens u. Hannovers (vgl. Biederbick) auf eine völlige Restitution nach dem I. P. O. hinausliefen, geben die reformierten und katholischen Schriften (GLAK 75/332 f329-377) an die Religionskommission v. 1720 (vgl. Häusser II, 869; Biederbick 47) Auskunft. Die Kreuznacher Religionskonferenz v. 1725, die den Streit nach dem neuen pfälzischen Normaljahr 1714 (vgl. Häusser ebd.) schlichten sollte, blieb ebenso wie die vom Jahre 1752 ohne positives Ergebnis. (Handschriftanhang Kremer f41, f43f; Rosenkranz a. a. O. ebd. Nr. 9).

85) Vgl. Leidner 72.

86) Vgl. Petry, Haus Neuburg 94ff; ders. Gegenreformation 55ff. Über die positive Auswirkung der Religionsdeklaration auf die Entwicklung des reformierten Kirchenwesens in der Pfalz gibt Hymmen 64f Auskunft.

87) Vgl. Brück, Landkapitel 58, der die Zahl der Katholiken von 1722 in verschiedenen Dörfern des Amtes angibt. Über die kirchliche Organisation des Gebiets im 18. Jh. geben Auskunft: Fabricius V, 2. T. 540-559, 668-673 sowie Widder IV, pass.

V. DIE TEILUNG DER VORDEREN GRAFSCHAFT SPONHEIM UND IHRE VORAUSSETZUNGEN.

Die deutschen Kondominate, größtenteils eine Folgeerscheinung mangelnder Reichsgewalt im Spätmittelalter und infolgedessen – in neuerem Sinne privatrechtlich ausgeformte (1) – Produkte der konkurrierenden Kräfte der territorialen Untergewalten (2), schienen auch nach ihrer inneren Umgestaltung unter dem Einfluß der römisch rechtlichen Rezeption nicht mehr den Anforderungen eines neuzeitlichen staatlichen Gebildes (3) zu genügen. Versuche, die unübersichtlichen und zu fortwährenden Streitigkeiten der Mitbeteiligten Anlaß bietenden Rechtsverhältnisse durch Realteilungen zu bereinigen, wurden seit dem 16. Jahrhundert immer zahlreicher, obwohl gegenteilige Bestrebungen aus machtpolitischen Erwägungen stärkerer Territorialherrschaften heraus bis zum 18. Jahrhundert ein nicht zu übersehendes konservierendes Element darstellten (4).

Im Gegensatz zu den deutschrechtlich ausgebildeten gesamthänderischen Ganerbschaften, deren Grundmerkmal geradezu ein dauerndes Verbot der Realteilung ausmachte (5), leistete die juristische Meinung des 17. und 18. Jahrhunderts den Zentripedalkräften innerhalb der Kondominien ausgesprochen Vorschub (6). Jeder Kondominus war berechtigt, notfalls durch Zwang die Mitregierenden zu veranlassen, sich einer Teilung der Gemeinschaft zu unterziehen (7). Lediglich, wenn einem der Teilhaber oder den gemeinschaftlichen Untertanen ein Nachteil entstehen konnte, entfiel diese Berechtigung (8).

In der Vorderen Grafschaft Sponheim schränkte schon der Kreuznacher Burgfriede (9) eine Veräußerung der Herrschaftsanteile an dritte Personen erheblich ein; der Beinheimer Entscheid von 1425 verlangte, daß die künftigen Erben die Grafschaft „steet allezyt in rechter Gemeynschafft und unverteylt zu ewigen Tagen inhaben, besitzen und der mit samenhaffter Hand geneysen und

1) Worauf Bader (S. 10) näher eingeht.

2) Über den Prozeß im einzelnen: Aubin, Geschichte d. Rheinlandes II, 17f; Becker, Raumentwicklung 80.

3) Vgl. Jellinek, Staatslehre 396.

4) So kam es unter Karl Ludwig zu neuen Gemeinschaftsverhältnissen zwischen Kurpfalz und der simmerischen Nebenlinie. Auch Trier war zeitweilig um die Sicherung überkommener Kondominate besorgt (Petry, Träger und Stufen 88).

5) Vgl. Wippermann 5; Zimmermann, Ganerbschaften 27; Conrad, Rechtsgeschichte I, 554f.

6) Vgl. die Zusammenstellung bei Moser, Staatsrecht T. 15, 253: „Nulla Societatis in aeternum coitio est“. „Pro socio . . . pactum, ne omnino divisio fiat, nullas vires habet“. „Aeternam dixi hanc Communionem, quod tamen Juri civili vehementer adversatur. Etenim hoc statuit, dirimi posse illam, si unus Consortium absque ulla causa ad divisionem provocet...“; vgl. auch Wernher, Gemeinschaftliche Ämter 3.

7) Frommann 156f; Moser, Reichsstände Landen 102; ders. Staatsrecht T. 15, 253; ders. Familienstaatsrecht I, 652.

8) Vgl. Moser, Reichsstände Landen 102; ders. Familienstaatsrecht I, 652f. Der Fall trat z. B. dann ein, wenn auf die Teilung Mitregent hindrängte, der einer anderen Konfession angehörte als die übrigen Kondomini und ein Großteil der Bevölkerung. Als Beispiel aus dem engeren Bereich sei hierzu die Hintere Grafschaft Sponheim genannt, deren Teilung aus den von Moser gekennzeichneten Gründen erst 1776 erfolgte. Vgl. hierzu Petry, Träger und Stufen 89f.

9) Vgl. den Abschnitt: „Der vordersponheimische Burgfriede“ (unten).

gebrochen" (10). Dies hinderte jedoch weder die pfälzische noch die badische Regierung, Abteilungsprojekte aufzustellen (11). Nachdem die badische Kanzlei es schon im Juli 1654 für nötig befunden hatte, dem um seine Stellung besorgten Kreuznacher Landschreiber versichern zu müssen, daß man von einem Austausch der Vorderen Grafschaft hier nichts wisse (12), traten die Teilungsverhandlungen im Frühjahr 1665 in ein konkretes Stadium ein (13).

Der Plan einer Aufteilung der Grafschaft war vermutlich ungefähr gleichzeitig bei der jüngeren simmerischen Nebenlinie und dem badischen Prinzregenten Ferdinand Maximilian entstanden (14). Erstere gedachte sich hierdurch Kreuznach als beständige Residenzstadt zu sichern, letzterem lag vor allem an einer Bereinigung der kurpfälzisch-badischen Unstimmigkeiten. Ein badisches Teilungsprojekt, das vermutlich aus dieser Zeit stammt und unverkennbare Zeichen kurmainzischer Beeinflussung aufweist (15), bietet Kurpfalz und Pfalz-Simmern neben Kreuznach die östlich der Nahe gelegenen Gemeinden sowie das Unteramt Naumburg an. Eine Verwirklichung dieser und ähnlicher Absichten scheiterte noch an dem Widerstand des alternden Markgrafen Wilhelm und dem frühen Tode des zur Nachfolge bestimmten Sohnes (16). Allerdings konnte die badische Regierung nicht gewillt sein, die von den permanenten Finanznöten des Kurfürsten Johann Wilhelm diktierte Auflagenpolitik, in Sponheim wie im übrigen pfälzischen Bereich an der Wende zum 18. Jahrhundert einem Höhepunkt zusteuernd (17), nachzuahmen (18). Sie durfte damit rechnen, daß nach einer Teilung der Grafschaft die der Markgrafschaft zugeordneten Orte aufzublühen begännen. Als die seit dem Spätjahr 1700 zwischen dem Leiter der badischen Regierungsgeschäfte, Karl Ferdinand von Plittersdorff, und dem kurpfälzischen Geheimen Rat Schelm von Bergen geführten

10) Günther IV, 272.

11) Die Berechtigung ergibt sich aus Anm. 6f (oben). 1701 wies der sponheimische Hofrichter Zachmann auf die Bestimmung von 1425 hin, worauf der kurpfälzische Abgeordnete Schelm v. Bergen der Ansicht war, die Grafschaft könne nicht geteilt werden. Eine vollständige Teilung erfolgte dann ja auch keineswegs (GLAK 75/93); nach einem Beschluß des badischen Geheimen Rats v. 17. 8. 1701 sollte die Teilung dem Beinheimer Vertrag nicht widersprechen (ebd.).

12) GLAK 75/92; Schreiben des badischen Hofrats Krieg an Neupfard v. 13. 7. 1654.

13) Inwieweit schon auf der pfälzisch-badischen Konferenz über die sponheimische Türkensteuer vom Jahre 1663 eine Landesteilung zur Sprache kam, ist aus den Berichten nicht genau ersichtlich, jedoch zu vermuten; vgl. STAK 33/43.

14) Einer Nachricht des badischen Landschreibers v. 30. 3. 1665 zufolge teilte der kurpfälzische Truchseß mit, daß Kurpfalz und Simmern entschlossen seien, die V. G. abzutheilen. Ferdinand Maximilian antwortete hierauf unter dem 3. 4. d. J., daß er die Angelegenheit schon lange mit dem badischen Rat Brombach erörtert habe (GLAK 75/92).

15) GLAK 75/95 (II). Das undatierte bisher älteste uns bekannte sponheimische Teilungsprojekt ist aus hier nicht näher zu erläuternden Gründen zwischen 1660 und 1669 anzusetzen. Das kath. Exerzitium in Kreuznach sollte garantiert werden, Kurpfalz verzichtete auf seine Rechte an der Ebernburg (I), Kurmainz sollte als Vermittler angenommen werden; wegen des pfälzischen Wildfangrechts verlangte man badischerseits besondere Sicherungen.

16) Ferdinand Maximilian verunglückte 1669 tödlich bei einem Jagdunfall in der Pfalz; v. Weech 185.

17) Vgl. Krisinger 102, der die Auswirkungen der pfälzischen Finanzkrise auf die Religionspolitik unterstreicht.

18) Bei Fortbestand der Gemeinschaft wäre Baden hierzu gezwungen gewesen, um dem pfälzischen Mitregenten kein Vorzugsrecht zuzuspielen; GLAK 75/95 (II).

vorbereitenden Teilungsverhandlungen (19) in Sponheim bekannt wurden, entstand in den mutmaßlich Kurpfalz zugedachten Gebieten eine allgemeine Alarmstimmung, da deren Bewohner ihr künftiges Schicksal an den Verhältnissen in den kurpfälzischen Nachbargebieten absehen konnten (20).

Einer einigermaßen gerechten Teilung der Grafschaft stellte sich von vornherein die uneinheitliche Struktur des Gebietes in den Weg. Baden war von Anfang an entschlossen, aus Gründen der „Contignität“ (21) mit der ebenfalls abzuteilenden Hinteren Grafschaft (22) auf die weitaus fruchtbareren, bevölkerungsreicheren und wirtschaftlich bedeutend leistungsfähigeren Gebiete im heutigen Rheinhessen zu verzichten. Sämtliche badischen Teilungsprojekte waren bisher auf den alten Traum eines zusammenhängenden „15 Stunden lang“ markgräflichen Territoriums von der Nahe bei Kreuznach bis Trarbach an der Mosel zugeschnitten (23), der dann niemals in Erfüllung gehen sollte. Landschreiber Colsons Verdienst war es, die badische Regierung in verschiedenen Gutachten vor den nachteiligen Wirkungen einer Teilung gewarnt zu haben, ohne damit allerdings die Meinung des Geheimen Rates entscheidend beeinflussen zu können (24).

Am 23. März 1702 trat man unter kurpfälzischem Vorsitz (25) in Kreuznach zu Teilungsverhandlungen zusammen (26). Nach dem bei neuzeitlichen Landesteilungen üblichen Modus (27) sollte nach einem allgemeinen Auszug aller Einnahmen und Ausgaben, Nutzbarkeiten und Beschwerden sowie der Be-

19) Vgl. GLAK 75/93. Ende 1701 ließ man pfälzischerseits an v. Plittersdorff die Einwilligung zur Teilung Sponheims mitteilen. Darauf leitete dieser dem pfälzischen Hofkanzler v. Wisser einen Teilungsplan zu; GLAK 75/97.

20) Nach Darstellung des badischen Landschreibers dachte man daran, nach Baden eine Protestdeputation zu schicken; GLAK 75/93 (9. 10. 1701).

21) Das „principium contignitatis“ spielte bei den neuzeitlichen Landesteilungen eine gewichtige Rolle. Es verdeutlicht das Streben der Landesfürsten nach einer flächenmäßigen Abrundung ihrer Territorien durch Erwerb angrenzender oder dazwischengeschlagener Gebietsteile; vgl. Moser, Staatsrecht T. 15, 11; Wernher 15.

22) Die H. G. besaßen Baden-Baden und Pfalz-Zweibrücken (Birkenfeld) zu gleichen Anteilen in Gemeinschaft. Baden drängte auch hier auf die Teilung und rechnete mit einer Übernahme der Ämter Winterburg, Dill, Kastellaun und Trarbach.

23) Schon das erste bad. Projekt hatte auf die notwendig nachfolgende Teilung der H. G. verwiesen; GLAK 75/95 (II).

24) Enthalten in GLAK 75/93. Auch der bad. Truchseß zu Kirchberg, Geis, wurde zu einer Begutachtung aufgefordert, die sich dann im wesentlichen positiv hinsichtlich einer Teilung aussprach (ebd.).

25) Nach der vordersponh. Hofgerichtsordnung hätte der Vorsitz diesmal Baden zugestanden, wovon es jedoch ausdrücklich zurücktrat; (Bad. Instruktionen für die Abgeordneten, GLAK 75/97).

26) Als Deputierte nahmen auf pfälzischer Seite teil: Friedrich Adolf Schelm zu Bergen, Johann Niklaus Quad, Johann Peter Flad; auf badischer Seite: Karl Ferdinand v. Plittersdorff, Heinrich Christian Bralliard und Graf Adolf Olisy.

27) Er scheint sich bei den Erteilungen ausgebildet zu haben (vgl. Moser, Staatsrecht T. 15, 3-95). Auf die technische Abwicklung des Teilungsgeschäfts dürfte die alte innerbadische Teilung von 1535, die für die damaligen Verhältnisse recht genau war, und unfer Kurpfalz als Schiedsrichter vorstatten ging, nicht ohne Einfluß gewesen sein. Sie hatte Aufnahme in den Decisiones Meichsneri gefunden (Joh. Meichsner: Decisionum diversarum causarum in camera imperiali judicatarum, adjunctis votis et relationibus, quondam sollectarum . . . Frankfurt 1688, Tom. 2, 74-238), einem von den badischen Kameralbeamten häufig benutzten Werk. — Vgl. auch Wernher, Abhandlung über die Vertheilung gemeinshafft. Ämter oder Herrschaften, Zweibrücken 1782.

völkerungszahlen zu einer „Bilance“ (28) geschritten werden. Die badischen Vertreter hatten sich schon zu erheblichen Konzessionen hinsichtlich eines Schatzungsvergleichs der einzelnen Ämter bewegen lassen (29), als sich die Verhandlungen im Juli des Jahres 1702 an der beharrlichen Weigerung der Pfälzer, die zehn waldseitigen Dörfer des Kreuznacher Amtes an Baden abzutreten, zerschlugen (30). Noch vor Abbruch der Konferenz war v. Plittersdorff vom Markgrafen mitgeteilt worden, daß man auf jede Art aus der Gemeinschaft mit Kurpfalz herauskommen wolle und daher „sogar“ die Stadt Kreuznach mit einigen Dörfern anzunehmen geneigt sei! (31).

Aus dem Feldlager zu Stollenhofen gab Louis von Baden noch Ende des Jahres die Weisung an v. Plittersdorff, in Düsseldorf wegen einer Wiederaufnahme der Teilungsverhandlungen vorzufühlen. Dort zeigte man sich wenig begeistert und drängte auf badische Zugeständnisse als notwendige Voraussetzung einer neuen Konferenz (32). Unterdessen suchten die pfälzischen Beamten durch Gewaltmaßnahmen, Baden auch zu einer Einwilligung in einen nachteiligen Vertrag umzustimmen (33).

Die Zeit arbeitete für Kurpfalz. Kurz nachdem die Deputierten im Frankfurter Karmeliterkloster die Teilungskonferenz wieder eröffnet hatten, starb Markgraf Ludwig Wilhelm (34). Die hinterlassene Witwe Franziska Augusta Sybilla übernahm die Regierung der Markgrafschaft, Kurfürst Johann Wilhelm wurde

- 28) Womit ein unparteiisches Stellen in die vorgesehenen Anteile unter Vergleich aller Ortschaften gemeint war; vgl. Moser a. a. O. 27. Wie ungenau eine solche Teilung in der Praxis ausfiel, zeigen im einzelnen die sponheimischen Teilungsakten. Mosers: „Minima non curat Praetor“ ist nur allzu berechtigt (a. a. O. 46).
- 29) Seit der pfälzischen Generalschatzungsrenovation des Jahres 1654 war in Sponheim bisher kein neuer Schatzungskapitalfuß errechnet worden. 1654 wurde der Schatzungsanteil der von Baden beanspruchten Unterämter auf 1/4 des vordersponheimischen Gesamtaufkommens festgelegt. Die Pfälzer verlangten nun aber ein Vorgehen nach einem Schatzungsauszug an Hand der Tabellen von 1676-1687, wonach die Unterämter infolge zeitweiliger kriegsbedingter Vorteile 2/5 des Aufkommens zu bestreiten hatten. Inzwischen hatte sich aber dieses ungesunde Verhältnis wieder auf eine Beteiligung des Kreuznacher Amtes mit 2/3 eingespielt, und es war abzusehen, daß es sich infolge der besseren wirtschaftlichen Voraussetzungen noch weiter zu dessen Gunsten verschieben werde.
- 30) So weisen es die Forderungen des pfälzischen „unvorgreiflichen Entwurfs“ vom 2. 5. und das Konferenzprotokoll im Anschluß an den 10. Juli 1702 aus; GLAK 75/97.
- 31) V. Plittersdorff mußte darauf hinweisen, daß es sich dabei immerhin um den besten Teil der Grafschaft handle. Im Zusammenhang hiermit ist ein späterer Teilungsvorschlag zu sehen, der Baden das Gebiet östlich der Nahe zusprechen wollte. Die badisch-pfälzische Grenze wäre dann mitten durch die Stadt Kreuznach verlaufen, die man sich in eine badische Altstadt und eine pfälzische Neustadt zerlegt vorstellte. Das dabei postulierte Verhältnis der Stadtteile von 2/5:3/5 entsprach zwar nicht ganz den wirklichen Verhältnissen, war aber durchaus „sponheimisch“; (GLAK 75/98 Colsons Schreiben v. 7. u. 12. 7. 1706 nach Baden; GLAK 75/99 v. Plittersdorff an Baden unter Dat. d. 16. 7. 1706).
- 32) Vgl. den Briefwechsel zwischen Schelm v. Bergen und v. Plittersdorff im Spätjahr 1706; GLAK 75/98; 75/99.
- 33) Schultheiße und Vorsteher des Amtes Kirchberg wurden von dem Kommandanten der Festung Kaub unter recht fadenscheinigem Vorwand gefangengehalten. Der pfälzische Truchseß verkaufte in Abwesenheit des bad. Beamten aus dem Kirchberger Gebiet Holz nach den Niederlanden. Die Pfälzer erneuerten ihre Ansprüche auf das Episkopalrecht in Kirchberg. Vgl. GLAK 75/64; 75/95. — Pfälzischerseits rechnete man schon fest mit einer Landesteilung. Einen kurpfälzischen Landmesser suchte der badische Oberbeamte durch ein „recompens“ zu veranlassen, kein zu großes Augenmerk auf die Unterämter in der bad. Interessensphäre zu richten; GLAK 75/98.
- 34) Die Konferenz wurde am 22. 12. 1706 wieder aufgenommen. Am 7. 1. 1707 teilte man den Tod des Markgrafen der Versammlung mit; vgl. GLAK 75/100.

neben dem Herzog von Lothringen zum Vormund der markgräflichen Kinder bestellt. Zwar drückte der pfälzische Kurfürst der Markgräfin des öfteren sein Wohlwollen aus und versicherte die Billigkeit seiner Forderungen (35), aber noch 1786 konnte der pfälzische Hofrat Valatini in Durlach bestätigen, daß die Pfalz noch bei allen Verträgen mit den Nachbarn verloren habe, nur bei jener sponheimischen Teilung sei sie nicht zu kurz gekommen (36).

In Frankfurt dienten die Punkte eines kurpfälzischen Teilungsprojekts als Diskussionsgrundlage. Baden hatte sich schon bereit erklärt, notfalls die außersponheimischen Orte Denzen, Reckershausen und Neuburgweiler (37) anzunehmen, als der pfälzische Anspruch auf die strategisch wichtigen Waldgemeinden (38) die Konferenz abermals zum Scheitern zu bringen drohte. Erst wiederholte Mahnungen der Markgräfin an die badische Delegation bewirkten (39), daß diese auch hier den Forderungen der pfälzischen Verhandlungspartner nachgab.

Am 24. August 1707 kam es in Kreuznach (40) zu der Unterzeichnung des Teilungsrezesses seitens der Deputierten.

Kurpfalz sollte das Amt Kreuznach erhalten (41), Baden die Unterämter Kirchberg, Koppenstein und Naumburg, die Dörfer Sprendlingen und St. Johann (42) sowie Denzen und Reckershausen (43) im pfälzischen Oberamt

35) Vgl. GLAK 75/107 f11; 75/95.

36) STAS Kurpf. Akten 4^a.

37) Vgl. Anm. 44 (unten).

38) Kurpfalz fand sich nicht zur Aufgabe der Walddörfer bereit, da es dadurch vom Amt Böckelheim und dem Oberamt Simmern abgeschnitten würde. Für die pfälzischen Truppenbewegungen zwischen der Rheinpfalz und dem niederrheinischen Gebiet boten sie sich als Nacht- und Ruhelager an. Zudem bildeten Kreuznach und die Walddörfer in Handel und Ernährung eine enge Gemeinschaft, und die Gebiete östlich der Nahe waren auf die Holzbestände des Soonwalds angewiesen. Letzteres galt jedoch auch für die Gemeinden Sprendlingen und St. Johann, die man Baden überlassen wollte. Der pfälzischen Scheu vor einem Transitverkehr durch badisches Gebiet begegneten die badischen Abgeordneten mit dem Hinweis auf das Beispiel des Verkehrs zwischen den österreichischen Kernlanden und Vorder-Österreich, der sich ebenfalls teilweise über badisches Territorium zog; GLAK 75/95 (II); 75/100.

39) Inwieweit das Drängen der Markgräfin auf eine Entflechtung des Kondominats auf direkte französische Einflüsse zurückging, ist nicht genau nachzuweisen. — Schon am 17. 8. 1708 wurde das Original des Teilungsvertrags von Baden an den königlich französischen Staatsrat le Pelletier de la Houssaye, dem derzeitigen Berater der Markgräfin, abgeschickt (STAS Kurpf. Akten 4, 3). Le Pelletier d. l. H. war elsässischer Intendant von 1701-1706 (vgl. Streitberger 339, Anm. 40) und als solcher natürlich als französischer Experte in Grenzfragen ausgewiesen (vgl. ebd. S. 40). — Die spätere zweite Auflösungsphase in den Kondominaten des Rhein-Moselraumes ging eindeutig auf französische Initiative zurück; vgl. Petry, Träger und Stufen 90; Kreuzberg, Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen des Kurstaates Trier zu Frankreich, in: RhA 21 (1932), hier S. 58ff.

40) Die bad. Delegierten hatten inzwischen frz. Pässe erhalten, so daß die Konferenz nach Kreuznach verlegt werden konnte.

41) Ausgenommen blieben Sprendlingen und St. Johann

42) Schon hier soll vor einem Wertvergleich der Begriffe „Amt“ und „Dorf“ im einzelnen gewarnt werden. Das Dorf Sprendlingen brachte z. B. mehr Gefälle auf, als 4 Ämter von der Güte Naumburgs. Langenlonsheim entrichtete mehr Geldabgaben als die 10 übrigen Walddörfer zusammen; vgl. Colsons Eingabe an die Teilungskonferenz v. 1702 (GLAK 75/95 (II)).

43) Die Gemeinden Denzen und Reckershausen wurden 1701 von dem badischen Truchsessin Geis in die Diskussion gebracht, da sie einem Direktverkehr zwischen Kirchberg und Kastellaun (H. G.) im Wege lagen. Zudem waren die Grenzverhältnisse hier äußerst

Simmern und Neuburgweier im Oberamt Germersheim (44). Baden war bereit, Sprendlingen und St. Johann an Kurpfalz gegen den Anteil des Stiftes Speyer an Gernsbach (45) und die weiteren in der Grafschaft Eberstein gelegenen Orte Scheuren (46) und Staufenberg (47) einzutauschen. Die „Peraequation“ wurde auf Grund eines Vergleichs der Schatzungskapitalien (48), der Bevölkerungsziffern (49) und der herrschaftlichen Zivilgefälle der einzelnen Gemeinden durchgeführt. Eine Berücksichtigung der verschiedenen Flächengröße der einzelnen Gemeindebezirke wurde niemals auch nur erwogen!

Einer speziellen Aufteilung wurden die Waldgebiete der Grafschaft unterzogen. Baden erhielt die in den drei Unterämtern vorhandenen Waldungen und einen künftig noch zu erfüllenden Anspruch auf eine bedeutende Ergänzung seines Anteils aus dem „Großen Soonwald“ (50), der in seiner Gesamtheit mit allen Rechten (51) an Kurpfalz fiel.

Streng genommen, regelte der Vertrag nur das Verfahren einer zu erfolgenden und den späteren rechtlichen Zustand einer realisierten Auseinandersetzung der Anteile der Gemeiner innerhalb der Grenzen der Vorderen Grafschaft Sponheim, nicht aber deren endgültige Auflösung (52). Nieman-

verworren, was am Beispiel des Dorfes Denzen gezeigt werden soll: Der auf simmerischem Territorium gelegene Ort wurde teils von simmerischen und teils von vorder-sponheim. Leibeigenen bewohnt. Die simmerischen Einwohner hatten Grundbesitz auf der Kirchberger, die Kirchberger solchen auf der Denzener Gemarkung, also jeweils im „Ausland“ Den Zehnten besaß die Pastorei Kirchberg zu 1/3, den Rest die H. G. Simmern hatte von dem ganzen Dorf fast nur Zoll u. Schatzung; GLAK 75/93; 75/100.

- 44) Neuburgweier wurde von Baden nicht zuletzt wegen seiner Waldungen vorgeschlagen, auf die es dann allerdings verzichten mußte; vgl. § 8 des Nebenrezesses v. 1708.
- 45) Gernsbach, östlich von Baden im Murgtal gelegen. Nach Krieger, Top. Wb. I, 708, bis 1803 gemeinschaftlich zwischen dem Hochstift Speyer und der Markgrafschaft Baden (-Baden). Badische Absichten auf Gernsbach sind schon unter Ludwig Wilhelm feststellbar. 1707 sollte Kurpfalz ein Äquivalent an Speyer für dessen Anteil an der Stadt abtreten. V. Plittersdorff verhandelte daher mit dem Trierer Kurfürsten Johann Hugo v. Orsbeck, der zugleich Bischof v. Speyer war. Den Austausch verhinderten schließlich neben dem mangelnden pfälz. Interesse die Differenzen zwischen dem speyer, Klerus u. Baden sowie eine Erhöhung des Schätzungsanschlags in Gernsbach; vgl. Frankfurter Konferenzprotok. v. 1707, GLAK 75/100; 75/95 (II).
- 46) In der Vogtei Gernsbach; Krieger ebd. II, 836.
- 47) Staufenberg gehörte zum Gernsbacher Gericht; ebd. 1064.
- 48) Und zwar nach einem Auszug des Schatzungskapitals v. 1676-1687, bzw. dem Schatzungsbetrag des für Baden ungünstigen Stichjahres 1682; vgl. § 13 des Nebenrezesses, STAK 33/33.
- 49) Die Teilung der Bevölkerung erfolgte nach einer Aufstellung von 1702, die lediglich die Familienvorstände zahlenmäßig festhielt. Bis 1707 hatte sich dank des schnelleren Bevölkerungszuwachses der Gauseite schon eine Differenz von 54 Personen (Familien) zuungunsten Badens ergeben. Als herrschaftliche Untertanen wurden nur solche eingestuft, die Vermögen besaßen. Für jeden Familienvorstand konnte auch 30 fl. verrechnet werden. Kurpfalz standen von der Sponheimer Bevölkerung 996 3/5 Familien, Baden 664 2/5 Familien zu! (§ 1) des Teilungsvertrags, STAK 33/33).
- 50) Nämlich 1165 Morgen 60 Ruten (zur Umrechnung d. Maße vgl. Aldefeld 58), die ihm vom „Verbotenen Soon“ abgetreten werden sollten (§ 2 d. Vertrags).
- 51) Die Freiheiten der zum hintersponheimischen Amt Winterburg gehörenden Einwohner sollten jedoch im Soonwald gewahrt werden (ebd.), ebenso auch die Rechte der an Baden abgetretenen Denzener Einwohner in dem benachbarten pfälz. gebliebenen Wald Burschied (§ 16).
- 52) Weydmanns Unterscheidung zwischen Gebiets- und Rechtsteilung trifft hier nicht ganz zu (S. 49).

dem sollte in des anderen Anteil weder in politischen noch in kirchlichen Angelegenheiten landesherrliche Rechte zustehen (53), ein in der Praxis der Territorialteilungen des 18. Jahrhunderts immer wieder angestrebter, jedoch in den seltensten Fällen erreichter Gesichtspunkt (54). Praktisch wurde auch in Sponheim nach dem alten Grundsatz verfahren, daß kein Landesherr noch Eigentum und damit verbundene Rechtsansprüche im Nachbarterritorium behalten dürfe (55). Im einzelnen bedeutete das den teilweisen Austausch oder Verkauf der herrschaftlichen Partikularegebäude und Gefälle (56), der Lehensrechte (57), Jagd- und Fischereigerechtigkeiten (58), eine Aufhebung ungerechtfertigter Zölle (59), Verrechnung der zuvor gemeinschaftlichen ständigen Ausgaben (60), die Auflösung der gemeinschaftlichen politischen und religiösen (61) Administrationskörperschaften und schließlich eine Anpassung der Schatzungsverrechnung an die neuen Verhältnisse (62).

Neben einer gewissen Rücksichtnahme auf die Bestimmungen des Beinheimer Entscheids waren es auch reine Erwägungen der Nützlichkeit, die zu der üblichen „*Conservatio Status publici et Jurium*“ (63) rieten. Der Name „Gemeine Grafschaft Sponheim“ und der von ihr abhängende Lehensapparat sowie das Recht auf die Führung des sponheimischen Wappens und Grafentitels blieben erhalten (64). Auch die alte Regelung der Stimmrechte an den oberrheinischen Kreiskonventen sowie der Abtragungsmodus der Reichs- und Kreisaufgaben wurde beibehalten (65). Die Verfügungen von Beinheim, reziproke Sukzession

53) § 4 des Teilungsvertrags.

54) Eingriffe in die benachbarte Territorialsphäre erlaubten z. B. Verstöße gegen den notwendigerweise aus Gründen einer gerechten Teilung vertraglich festgelegten status quo auf dem Gebiet der politischen und kirchlichen Verwaltung. — Aus dem Streit zwischen Hessen-Darmstadt und Hohen-Solms wegen der 1629 abgeteilten, vorher gemeinschaftlichen Ämter Königsberg und Hohensolms entstand Johann Grambuschs „Gründliche Erörterung, daß nach geschehener gänzlichen Landes-Theilung einiges Conterritorial-Recht weder in geist- noch weltlichen Sachen statt haben könne“, Wetzlar 1753, die in diesem Zusammenhang zu nennen ist.

55) Vgl. § 1 des Nebenrezesses. Schon bei der badischen Teilung v. 1535 ging man davon aus, daß alles, was von Natur aus teilbar sei, auch geteilt werden müsse; Moser, Staatsrecht T. 15, 53.

56) §§ 3 u. 4 des Vertrags, § 1 des Nebenrezesses. Die Abschätzung der Gebäude führte Mainzer Werkmeister nach dem dortigen „sehr theuern valoir“ durch, was zu pfälzischen Beschwerden Anlaß gab; GLAK 75/107.

57) Soweit sie bad. Passivlehen betrafen; vgl. § 21 des Vertrags, § 14 des Nebenrezesses.

58) Nebenrezeß §§ 7, 15.

59) So beseitigte § 13 nach bad. Protest den auf der Nahe eingeführten neuen Zoll für „Holländer Holz“, § 12 den unrechtmäßigen Judenzoll zu Kirchberg.

60) § 23 des Teilungsvertrags.

61) Jeder Landesherr war in seinem Anteil in Zukunft Administrator der reformierten geistlichen Corpora und hatte zu überwachen, daß aus ihnen den kath. u. luther. Geistlichen die rechtmäßige Besoldung verabfolgt wurde. Die Sprendlinger Geistlichen wurden von Kreuznach aus finanziell unterhalten.

62) Da verschiedene Gemeindegrenzen durch den Vertrag die Funktion von Territorialgrenzen erhielten, hatten die zahlreichen Ausgemäcker ihre Schatzung nicht mehr am Wohnort, sondern in loco rei sitae zu entrichten (§ 17).

63) Vgl. Moser, Staatsrecht T. 15, 17.

64) §§ 4, 8. Der mittelalterliche Brauch, nach der Teilung verschiedene Titel und Wappen anzunehmen (vgl. das Bsp. Sponheim selbst), war in der Neuzeit in Abgang gekommen; Moser a. a. O. 71.

65) §§ 6, 7. Eventuelle Sitz- und Stimmrechte am Reichstag wegen Sponheim blieben einer künftigen Regelung vorbehalten.

(66), Verpfändung und Entfremdung betreffend (67), fanden Bestätigung (68). Die ehemaligen Kondomini sicherten sich gegenseitige Eviktion und Garantie für ihre Anteile (69) unter Einschuß der dem Vertrag einbezogenen außer-sponheimischen Orte zu. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet blieb in mancher Beziehung ein Nexus zwischen den beiden Teilen der Vorderen Grafschaft bestehen. Die gemeinschaftliche Vereinnahmung der herrschaftlichen Gefälle und der zahlreichen Außenstände (70) schloß zwar im wesentlichen mit dem Ende des Rechnungsjahres 1709 ab (71), im Sinne einer Erhaltung des „mutuum commercium“ waren jedoch die zahlreichen Zollbestimmungen gedacht. Blieben die herkömmlichen Ausfuhrzölle und Wegegelder weiter erhalten (72), so war zwischen den beiden Landesteilen ein zollfreier Verkehr der herrschaftlichen Güter (73) sowie von Waren der Einwohnerschaft (74) gesichert. In der gleichen Richtung bewegte sich die Erlaubnis des allseitigen freien Zugs (75) innerhalb der Grenzen der Grafschaft auch nach erfolgter Abteilung.

Verschiedene strittige Punkte waren auf eine weitere Konferenz abgestellt worden (76), die sich am 22. September 1708 auf einen Nebenrezeß einigte. Dieser sollte für Baden noch entschieden nachteiliger sein als der eigentliche Teilungsvertrag (77). Bezeichnenderweise hatte die Markgräfin die badischen Abgeordneten mit einer Blankovollmacht versehen, so daß diese beim Abschluß der Teilung nicht von der Billigung ihrer eigenen Fürstin, sondern von dem Konsens des kurpfälzischen Vormundes und gleichzeitigen Kontrahenten abhängig waren (78)! Baden verzichtete, um „weitläufigkeit aber zu vermeiden und umb dem abteilungswerk kein hindernus zu machen“, auf seine Ansprüche auf den Soonwald samt der darin von Kurpfalz zu Lehen ge-

66) D. h. der Vorbehalt des Nachfolgerechts in Sponheim bei Abgang der anderen Linie; vgl. Günther IV, 271.

67) Ein Verkauf des Gebietes ist ausgeschlossen. Zu einer Verpfändung darf nur in Notfällen geschritten werden, und zwar unter der Bedingung des Rechtes der Wiederlösung; ebd. 273.

68) § 9 des Teilungsvertrags.

69) Das den gemeinen Rechten gemäße, häufig bei Erbteilungen ausbedungene Versprechen, dem Miterben beizustehen. Ausführl. bei Moser, Staatsrecht T. 15, 82f. Vgl. § 15 des Teilungsvertrags. Das dortige Eviktionsversprechen gegen Ansprüche der Agnaten wird § 29 zu einem allgemeinen gegenseitigen Assistenzabkommen für Sponheim erweitert.

70) Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung standen 1707 an Rückständen, teilweise noch von 1692, aus: 7440 fl, 83 Fuder Wein, 3517 mltr Korn, 110 mltr Weizen, 1437 mltr Hafer, 15 mltr Salz, 584 Gänse, 1165 Kapaune, 266 Hühner. GLAK 75/107 f219ff.

71) In Sponheim endete das Rechnungsjahr jeweils an Cathedra Petri. — § 22 des Vertrags; §§ 2-4 des Nebenrezeßes. Die Jurisdiktion sollte ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt gemeinschaftlich bleiben; GLAK 75/107.

72) Vgl. § 27 Der kurpfälzische Zöllner zu Gemünden zog zugleich den bad. Zoll ein, der bad. Zöllner zu Gehlweiler den pfälz. Zoll. Über den strittigen Zollstock am sog. Koppensteiner Schlag konnte man sich nicht einigen. Vgl. auch § 5 des Nebenrezeßes.

73) Falls diese aus der Grafschaft selbst stammten; vgl. § 10.

74) § 11. Die Erlaubnis bezog sich nur auf den Warenverkehr innerhalb der Grafschaft selbst, nicht auf den Durchgangsverkehr. In § 6 des Nebenrezeßes wurde die Konzession auf die jeweilige Befreiung von Judengeleit und Judenzoll ausgedehnt.

75) D. h. ohne Einzug einer Vermögenssteuer, die gewöhnlich 10% betrug. Der freie Zug galt auch für die Juden; vgl. Protokoll v. 16. 8. 1708, GLAK 75/107.

76) Nach den protokollarischen Aufzeichnungen Johann Karl Sartorius' fand diese v. 16. 8. bis zum 24. 10. zu Frankfurt u. Kreuznach statt; GLAK 75/107.

77) Vgl. Gutachten des baden-durlachischen Rates Volz v. 1786; STAS Kurpf. Akten 4, 3.

78) Protokoll v. 20. 9. 1708; GLAK 75/107.

tragenen Jagdbarkeit (79), und zwar praktisch ohne pfälzische Gegenleistung. Ebenso geschah es mit der Fischereigerechtigkeit in der Nahe (80), auch die Entfernung des strittigen Zollstocks am Koppensteiner Schlag konnte nicht durchgesetzt werden (81).

Mit dem Abschluß des Nebenrezesses waren die langwierigen (82) und unerfreulichen Teilungsverhandlungen praktisch beendet. Der Kreuznacher Amtsbezirk wurde als kurpfälzisches Oberamt Kreuznach, das ehemalige Unteramt Kirchberg für Koppenstein, Naumburg und Sprendlingen als badisches Oberamt eingerichtet. Im Oktober des Jahres 1708 nahm man zu Kreuznach, Sprendlingen und Kirchberg die kurpfälzischen bzw. badischen Erbhuldigungen ein (83). Die Kreuznacher Bürger ermahnte und vertröstete von Plittersdorff damit, daß „sie umb so weniger ein solches difficultiren würden, als sie nunmehr eines mächtigen und gdsten. Churfürsten und Landesherren sich zu erfreuen hetten, welcher sie viel mehr und besser als in der gemeinschaftt, da bisweilen durch unruhige beampten allerhand ohnnöthige contradictiones gemacht, gegen männiglich nachrücklich protegiren könne“ (84).

Im Laufe des Jahres trafen auch die zur Gültigkeit des Teilungsvertrages erforderlichen Konsensschreiben der pfälzischen und badischen Agnaten sowie der badischen Vormundschaft ein (85). Lediglich die königlich schwedische Regierung im Herzogtum Zweibrücken protestierte energisch gegen die Teilungsverträge, „krafth deren Viele ansehnliche Zu denen Chur- und Pfälzischen Landen gehörige Stätt, Flecken, Dörffer und andere Güther wie auch fürtreffliche Regalia und Gerechtigkeiten abalienirt und dagegen Von dem hochfürstl. Marggräfl. Haus Baden-Baden einige andere stücker eingetauscht worden seyn sollen“ (86). Wegen der kaiserlichen Bestätigung (87)

79) § 7 des Nebenrezesses. Der Verzicht erfolgte lediglich auf Grund des zweifelhaften Ergebnisses einer Forstabschätzung im Jahre 1707. Die für besser befundene Qualität der Waldungen in den Unterämtern sollte die Quantität des Soonwalds ausgleichen; vgl. GLAK 75/95 (II).

80) § 15 des Nebenrezesses.

81) Ebd. § 5. Die Frage, ob der Zollstock sich auf simmerischem oder badischem (Koppenstein-) Territorium befand, konnte infolge der unklaren Grenzverhältnissen nicht geklärt werden.

82) Ein Beispiel für eine erfreulich schnelle Landesteilung bietet Moser (allerdings ohne Angabe der näheren Umstände), wonach 5 Brüder aus dem Hause Anhalt ihr Land in einer halben Stunde geteilt hatten! (a. a. O. 26).

83) Die Huldigung fand in Kreuznach am 20. 10., in Sprendlingen am 22. 10., in Kirchberg am 30. 10. und in Neuburgweiler wegen der frz. Besetzung erst am 30. 11. statt. Vgl. die Huldigungsprotokolle, STAK 33/20; 33/36, Protokoll der sponh. Konferenz v. 19. 10. 1708, GLAK 75/107; Günther V, 485f.

84) STAK 33/20.

85) Sie wurden nach § 5 des Teilungsvertrags verlangt. Am 10. 5. 1708 erfolgte die Einwilligung Herzog Leopolds v. Lothringen als bad. Mitvormund, (die Zustimmung Johann Wilhelms verstand sich von selbst), am 6. 8. der baden-durlachische Agnatenkonsens, dem sich am 30. 10. Pfalzgraf Karl Philipp, kaiserlicher Gubernator der ober- und vorderösterreichischen Lande (vgl. Otto Stolz, Geschichte des Landes Tirol, I, Innsbruck 1955, S. 552), und am 15. 11. Pfalzgraf Theodor v. Sulzbach anschlossen; GLAK 75/107 f6, f8f, f15, f231ff, f254ff.

86) Schreiben v. 12. 7. 1709 an die bad. Regierung. In Heidelberg war man der zureichenden Hoffnung, daß der Kurfürst „allezeit in solchem stand sich befinden werde, all dasjenige, so zwischen beeden Chur- und fürstl. Häusern verglichen und abgemacht worden, gehörig manuteniren zu können“; GLAK 75/107 f140f, f414.

87) Im allgem. waren Landesteilungen auch ohne diese gültig (Moser, Staatsrecht T. 15, 74f), sie wurde jedoch im sponh. Teilungsvertrag ausdrücklich gefordert (§ 5).

der sponheimischen Teilung gedachte man erst nach der noch notwendigen Grenzregulierung in den Hunsrückämtern einzukommen. Nachdem sich deren Durchführung immer wieder verzögert hatte, griff die badische Regierung die Angelegenheit 1716 wieder auf, um die Approbation möglichst noch zu Lebzeiten des kränkenden Kurfürsten Johann Wilhelm zu erwirken (88). Sie erfolgte schließlich am 4. Juli des folgenden Jahres (89).

Zweifellos wirkte sich der Entflechtungsvorgang in der Vorderen Grafschaft Sponheim für das Nahe- und Hunsrückgebiet fördernd im Sinne der im mittelrheinischen Raum verstärkt einsetzenden politisch-administrativen territorialen Bereinigungsversuche aus (90), soweit es sich qualitativ in der Flächenfärbung des Kartenbildes ausdrücken konnte, noch nicht aber quantitativ im Sinne einer Verminderung der Fülle der verschiedenen Territorialinseln an sich. Das neue badische Amt Sprendlingen wurde aus dem Kreuznacher Amtsbezirk herausgesprengt und konnte oder mußte (91) an die spätmittelalterliche Tradition badischer Exklavenbildungen im rheinhessischen Raum anknüpfen. Die badisch-vordersponheimischen Unterämter ragten in die noch der Auflösung harrende zweibrückisch-badische Mischzone hinein, ohne im Augenblick der markgräflichen Regierung Ansatzpunkte zu nennenswerten administrativen Koordinationsversuchen bieten zu können. Der im Lauf von Jahrhunderten gewachsene institutionelle Aufbau des Landes sträubte sich energisch gegen eine scharfe Abtrennung im Sinne einer neuzeitlichen Grenzziehung. Der Oberbegriff der Grafschaft überspannte weiter, wenn auch vermindert rechtlich wirksam, die pfälzischen und badischen Teilgebiete. Die vielfach noch wenig fixierten Gemarkungsgrenzen in den Gebirgszonen hielten der Beanspruchung in ihrer neuen Funktion als Territorialgrenzen nicht stand und verschuldeten fortlaufende Grenzstreitigkeiten. Eine Verringerung der Zollstätten erfolgte nicht. Bezeichnend ist, daß die Bewohner der badischen Stadt Kirchberg beim Betreten des 1708 ebenfalls an Baden gekommenen Nachbarortes Reckershausen pfalz-simmerischen (92) Zoll zu entrichten hatten (93), der schließlich in die Staatskasse des pfalz-neuburgischen Kurfürsten floß.

88) Man befürchtete nach dessen Tod neue Zwischenfälle.

89) GLAK 75/107 f492. Wie wichtig gerade diese Formalien waren, zeigte sich nach dem Übergang der baden-badischen Länder an die ungleich aktiveren durlachischen Vetter. 1786 trug man sich ernsthaft mit dem Gedanken, den für Baden nachteiligen Teilungsvertrag anzufechten, da man glaubte, daß 1708 kein durlachischer Konsens erfolgt sei. Auch über die kaiserliche Ratifikation zeigte man sich unorientiert. Umfangreiche Nachforschungen, u. a. vermutlich durch „den Canal eines Subalternen bedienten“ in Düsseldorf, führten dann doch zu einem anderen Ergebnis. Das badische Original des Teilungsvertrags fand sich nicht mehr, es ging vermutlich verloren, nachdem es 1708 an den Staatsrat le Pelletier de la Houssaye abgeschickt worden war vgl. Anm. 39, oben).

90) Vgl. Petry, Träger und Stufen 89f.

91) Petry, Sprendlingen 44: Die Veräußerung des stadeckenschen Besitztitels (1507) bedeutete das Ende einer aktiven Periode bad. Interessenpolitik in Rheinhessen. — Die Entfernung zwischen Sprendlingen und dem Amt Kirchberg wurde mit 7-8 Wegstunden angegeben; GLAK 75/97.

92) D. h. Zoll unter dem Titel der jüngeren simmerischen Nebenlinie. Noch 1750 wurden in den Kreuznacher Truchsesserechnungen die simmer. Gefälle getrennt aufgeführt (STAK 33/10262).

93) Reckershäuser, die den Kirchberger Jahrmarkt besuchten, ohne pfälz. Zoll zu entrichten, wurden vom Oberamt Simmern als „Zollverbrecher“ behandelt; GLAK 75/107 f464.

Die bedeutendsten Einbußen hatte zweifellos Baden erfahren (94), obwohl es die Teilung gesucht hatte. Abgesehen von den erwähnten praktischen Konzessionen im Verlauf der Verhandlungen selbst, bedeutete allein schon die Einwilligung in den Teilungsvorgang den Verzicht auf eine bedeutende Summe hoheitlicher Rechte, wie er sich durch die Art der Erbteilungen einerseits und den Charakter eines Kondominats (95) andererseits notwendig ergeben mußte (96). Waren in den Kondominien die Nutzungsrechte zwar anteilmäßig aufgeteilt, Baden in unserem Falle also minder begünstigt (97), so wurden die Hoheits- und Jurisdiktionsrechte gemeinschaftlich und ungeteilt gehandhabt (98), und folglich war Baden hier – zumindest theoretisch (99) – völlig gleichberechtigt. Da die üblichen Erbteilungsverfahren nicht Regalien und Hoheitsrechte, sondern Anschlag und Ertrag der einzelnen Ämter zugrunde legten, wobei man sich im wesentlichen die Summe der Rechte inbegriffen dachte (100), hatte Baden nach der Abteilung nicht nur seine Hoheitsrechte auf ein erheblich kleineres Gebiet als der ehemalige pfälzische Mitgemeiner zu beschränken, sondern mußte auch auf die dem Kreuznacher Amt anhängenden verschiedenen Schirmrechte (101), die auswärtigen Leibeigenen (102), die Jagd- und Fischereigerechtigkeiten usw. verzichten, da sie rechnerisch in den Abteilungsakten einfach keinen Niederschlag fanden (103). Die Bereitwilligkeit, dies alles in Kauf zu nehmen, konnte nur durch die faktische politische und administrative Entwicklung innerhalb der gemeinschaftlichen Grafschaft verursacht werden, die dem schwächeren Kondominus keine andere Wahl ließ.

94) In der Beurteilung der sponh. Teilung entschieden fehlgehend: Hermine Kühn-Steinhausen, Johann Wilhelm, Kurfürst v. d. Pfalz, Herzog v. Jülich-Berg, Düsseldorf 1958, S. 85.

95) Insofern die nutzungsrechtlichen Anteile verschieden groß waren.

96) Inwieweit dies den Kanzleien bei der üblichen Unkenntnis der rechtlichen Grundlagen eines Kondominats (vgl. Bader 132f) überhaupt bewußt wurde, ist eine andere Frage.

97) Baden erhielt lediglich 2/5 der Einkünfte der V. G.

98) Ähnlich wie bei der Mutschar war das Gut nicht *quoad dominium vel proprietatem*, sondern *quoad usum et fructum* geteilt. Vgl. Wippermann 17. „*Jurisdictio est communis et indivisa*“ (Fromann 133; ähnlich Senckenberg 13).

99) Was natürlich von den aktuellen machtpolitischen Verhältnissen jeweils überschattet wurde, sich jedoch bei einer Verschiebung der Kräftekonstellation positiv auswirken konnte, wie sie später tatsächlich zugunsten des unter der Durlacher Linie vereinigten badischen Gebietes eintrat.

100) Hierauf weist für die sächsischen Teilungen Moser, Staatsrecht T. 15, 12 hin.

101) Zu Hüffelsheim und Planig (vgl. unten).

102) Zu Planig und Badenheim. Die pfälzische Argumentation war, daß das „*Jus in personam*“ nicht dividiert werden könne, sondern eben Kurpfalz „*tanquam principale, quod suum accessorium sequitur*“ allein verbleiben müsse; GLAK 75/107 f106f

103) Wernher, Vertheilung gemeinschaftlicher Ämter, führt über 100 bei der Teilung einer Gemeinschaft zu beachtende Punkte auf; kaum die Hälfte davon wurde in Vorder- sponheim berücksichtigt.

VI. DIE GRAFSCHAFT NACH DER TEILUNG VON 1707/1708

1. Der kurpfälzische Anteil im 18. Jahrhundert.

Kurpfälzisches Oberamt Kreuznach. Pfälzische Projekte und territoriale Veränderungen (1).

Nach dem Übergang des Kreuznacher Amtes in den pfälzischen Alleinbesitz, der verwaltungsmäßig eine Angleichung an den umfangreichen Amtsschematismus des pfälzischen Territoriums mitbrachte, schien sich besonders auf wirtschaftlichem Gebiet Gelegenheit zur Entwicklung einer lange vermißten Initiative bieten zu wollen. Nach Aufforderung seitens der pfälzischen Regierung (2) reichte Hofkammerrat Philipp Peter Flad Vorschläge ein, um der wirtschaftlichen Lage des Oberamtes zu einem Aufschwung zu verhelfen.

Er befürwortete (3):

1. eine Verwendung der Stadt zum Witwensitz der Kurfürstinnen sowie als Sitz einer kurpfälzischen Regierung für die nördlichen Ämter des pfälzischen Gebietes (4),
2. die Errichtung eines neuen Gymnasialgebäudes,
3. die Schiffbarmachung der Nahe,
4. den Aufbau von Manufakturen,
5. eine Verlegung des samstägigen Wochenmarkts (5),
6. ein Verbot des Hausierens,
7. die Abhaltung zweier Jahrmärkte,
8. ein Verbot des Ausschanks fremder Weine,
9. einen Zwang auf die Stromberger Hüttenwerke, ihren Lebensmittelbedarf in Kreuznach zu decken,
10. die Bewohner des Oberamtes Stromberg zum Besuch der Kreuznacher Märkte zu verpflichten,
11. eine Garnison von 300–400 Mann nach Kreuznach zu legen,

1) Auf eine Wiedergabe die militär. Ereignisse, die Kreuznach im folgenden bis zur Frz. Revolution berührten, durfte infolge der Themenstellung verzichtet werden. Die vollständige Eingliederung des Oberamtes in das pfälz. Territorium läßt ihre Betrachtung von dem übergeordneten pfälzischen oder, in Berücksichtigung der Festungen Trarbach, Rheinfels, Mainz, Philippsburg u. Lauterecken, vom Mittelrhein. Raum her geeigneter erscheinen und berechtigt zu dem Hinweis auf: K. Zimmermann, Der Feldzug an der Mosel u. am Mittelrhein im Pfälz. Krieg 1688–1697, in: Rh. Vjbl. 10 (1940) 277–306; F. X. Remling, Die Rheinpfalz in der frz. Revolutionszeit v. 1792–1798, 2 Bde., Speyer 1865/66; M. Springer, Die Franzosenherrschaft in der Pfalz 1792–1814; G. Gmilkowsky, Der preußische Feldzug in der Pfalz im Jahre 1793, Diss. Köln 1936, u. a.

Sowohl der polnische Thronfolgekrieg als auch die Kämpfe um Schlesien u. die österreich. Erfolge hatten dem Oberamt zahlreiche Truppendurchzüge u. Kontributionsforderungen gebracht (vgl. die Zusammenstellung in B. T. 105/843 f241–260 sowie Handschriftanhang Kremer f41f). Erst mit dem Einzug der frz. Emigrantentruppen im Jahre 1792 beginnt für das Oberamt wieder eine darstellenswerte polit. Entwicklung; vgl. GLAK 77/3829; Schneegans, Kreuznach 208ff.

2) Auf Grund eines Reskripts v. 14. 11. 1708.

3) Nach Schneegans a. a. O. 147f.

4) Gedacht war an die Ämter u. Städte Kreuznach, Stromberg, Simmern, Böckelheim, Veldenz, Lautern, Otterberg, Lauterecken und Wolfstein; Andreae 129.

5) Wegen des Fernbleibens der Juden.

12. eine Gleichstellung mit den übrigen pfälzischen Ämtern hinsichtlich der Zölle (6),
13. den Wiederaufbau der Stadtmauern aus den Weinzöllen (7),
14. eine strengere polizeiliche Aufsicht.

Flads Absicht, die Stadt Kreuznach in einen größeren Rahmen zu stellen als ihn das stark reduzierte sponheimische Oberamt zu bieten vermochte, blieb schließlich unverwirklicht. Ein Übereinkommen zwischen Johann Wilhelm und dessen Bruder Karl Philipp, dem damaligen kaiserlichen Gubernator der ober- und vorderösterreichischen Lande, das diesem die Oberämter Kreuznach und Simmern als Apanage zusichern sollte, machte der Tod des Kurfürsten überflüssig (8). Eine nicht unwesentliche Vergrößerung des Kreuznacher Oberamtskörpers ergab sich dann schließlich im Gefolge der beiden Wellen territorialer Austauschverträge, die im 18. Jahrhundert im Mosel- und Rheingebiet einsetzten.

a) Der kurpfälzisch-kurmainzische Austauschvertrag von 1714.

Das kurpfälzische Unteramt Böckelheim.

Den nach Pfalzgraf Ludwig Heinrichs Tod sich zuspitzenden mainzisch-pfälzischen Streit um das Oberamt Böckelheim, der sich zu einem förmlichen Krieg auszuweiten drohte (1), hatte eine kaiserliche Sequestrationsverordnung vorläufig entschärfen können (2). Die Verfügung laut Sequestrationsbefehl, alle Böckelheimer Bediensteten in ihren Ämtern zu belassen (3) sowie eine Fortführung der schon unter der kurzen kurmainzischen Herrschaft einsetzen-

6) Vgl. das Kapitel „Die sponheimischen Zölle“ (unten).

7) Vermutlich nicht so sehr aus Gründen der Sicherheit als aus wirtschaftlichen Erwägungen. Die strenge wirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen Stadt u. Land war nicht zuletzt eine Folgeerscheinung der Akzise, die an Stadtmauern und Tore gebunden war. Vgl. Aubin, *Gesch. d. Rheinl.* II, 105.

8) Der Gedanke der Apanagierung pfälzischer Prinzen mit Kreuznach hatte sich nach dem Aussterben der jüngeren pfalz-simmer. Nebenlinie weiter gehalten. 1678 machte Karl Ludwig seinem Sohn und späteren Nachfolger Karl Hoffnungen auf einen Erwerb des simmerischen Fürstenhofs zu Kreuznach, wo Karl als Statthalter wohnen sollte; vgl. Häusser II, 693.

1) Widder 105; Fligel 86. Vgl. auch Fuchs, *Oratio*.

2) Der kaiserliche Administrationsauftrag erging 1676 an den oberösterreichischen Regimentsrat und Stadthauptmannschaftsverwalter zu Konstanz, Johann Franz Dietrich v. Landsee, wohl wegen seiner Tätigkeit als kaiserlicher Gesandter bei Kurmainz (Widder IV, 105; Bittner-Groß, *Rep. I*, 130, 132f, pass. v. Gschließer 357). Ihm folgte bis 1697 Ludwig Gustav Graf v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Herr zu Luxemburg, kaiserlicher Kämmerer und Reichshofrat (Fligel 86; Widder IV, 105; Bittner-Groß *Rep. I*, 10f, pass.; —STAKrn 801/1 Böckelheim. *Amtsprotok.*), bis 1705 Ernst Graf Valentin v. Manderscheid-Blankenheim (Fligel ebd.; Hausmann, *Rep. II*, 451) und bis 1715 dessen Sohn Franz Georg. Die Böckelheimer Amtsangelegenheiten wurden von einem Oberamtmann sowie beauftragten Kommissaren erledigt. Bei wichtigen Strafsachen hatten Kommissar und Oberamtmann den Sequester zu unterrichten; STAKrn 801/1.

3) Nach der mainzischen Auffassung sollte sich der status quo auf den vorteilhaften Verwaltungszustand nach dem Tode Ludwig Heinrichs v. Simmern beziehen, nach pfälzischer auf die Zusammensetzung der Beamtenschaft nach der pfälzischen Annexion; ebd.

den gegenreformatorischen Bestrebungen (4), gaben auch während der recht nachlässig geführten Verwaltung durch die Sequester (5) zu Unstimmigkeiten Anlaß.

Nach einigen Vorverhandlungen zu Frankfurt kam es am 6. Juni 1714 zum Abschluß eines Vertrags (6), wonach Kurmainz auf alle Ansprüche bezüglich des strittigen Böckelheimer Amtes Verzicht leistete und sich zusammen mit dem Pfälzer um eine Aufhebung des am Reichshofrat schwebenden Verfahrens zu bemühen versprach (7). Kurpfalz trat dafür vom Oberamt Kreuznach das Dorf Siefersheim (8) und die Anteile an Wöllstein, Gumbsheim und Pleitersheim (9), weiter Volxheim (10) aus dem Oberamt Alzey sowie den strittigen vierten Teil am Amt Neu-Bamberg (11) an das Erzstift ab (12). Die abgetretenen Gebiete, die ungefähr die Hälfte des Ertrags des Böckelheimer Amtes ausmachten (13), lagen zwar keineswegs ungünstig zu der Oberamtsstadt Kreuznach (14), boten sich jedoch infolge der vorhandenen zahlreichen Überschneidungen pfälzischer und mainzischer Ansprüche den zeitgemäßen Absichten einer Bereinigung und Arrondierung der Territorialgrenzen an. Die an Mainz überlassenen Dorfschaften wurden dem Amt Neu-Bamberg angegliedert. Das zuvor selbständig verwaltete Oberamt Böckelheim wurde als Unteramt nunmehr der Kreuznacher Oberamtsadministration unterstellt. An der Spitze der Sobernheimer Verwaltung (15) stand künftig ein Amtsverweser, der

- 4) Während der pfalz-simmerischen Verwaltungsperiode hatte jeder kath. Kirchenbesucher, der nicht im Oberamt wohnhaft war, in Sobernheim jeweils einen halben Königstaler zahlen müssen. Dies entfiel nun ebenso wie das Verbot von Tausen katholischer „Ausländer“. Dem reformierten Pfarrer zu Monzingen hatte Kurmainz bei 200 fl Strafe das Betreten der Kanzel verboten. Der reformierte Pfarrer zu Sobernheim holte sich seine Instruktionen auch in der Sequesterszeit weiter von Heidelberg, in der Meinung, es „könnte auch einem reformierten, der unter catholischer Sequestration sitze, nit gewehrt werden, daß, wann Er beym Kayser oder der Sequestration Zu dem seinigem nit gelangen könne, bei einem Reichs Churfürsten intercessionen suche“; ebd.
- 5) 1684 waren in Böckelheim seit 18 Jahren keine Gemeinderrechnungen mehr abgehört worden. Die Oberamtsprotokolle wurden äußerst nachlässig geführt. Die Böckelheimer Garnison erlaubte sich zahlreiche Übergriffe auf sponheimisches Gebiet; STAKrn 801/1; STAK 33/10470.
- 6) GLAK 67/888 f252-283 (Kopie). Der Vertrag berührte außerdem verschiedene Gebiete an der Bergstraße und im heutigen Rheinhessen und traf Regelungen über Geleitsrechte, Zentgerechtigkeiten, Hintersassen und Zölle in der mainzisch-pfälzischen Berührungszone.
- 7) §§ 5, 6 des Vertrags; GLAK 67/888 f255f.
- 8) Siefersheim war sponheimisches Passivlehen von den Pfalzgrafen (Böhn 192; Brilmayer 415). Bis zur Teilung von 1707/1708 wurde Baden jeweils mit seinem Anteil von zwei Fünfteln durch Kurpfalz belehnt.
- 9) Vgl. Teil B, I (unten).
- 10) Im 16. Jh. hatte die Herrschaft Falkenstein in Volxheim bedeutende Gerechtigkeiten, u. a. ein eigenes Subgericht und die Befugnis, einen Schultheißen zu setzen. Diese Rechte gingen bei der Ablösung Neu-Bamberg von Graf Wilhelm Wirich zu Falkenstein-Bruch käuflich an Mainz über und wurden dem Neu-Bamberger Amtsverweser unterstellt. Über den Umfang der einzelnen Ansprüche war es zu Differenzen zwischen dem Erzstift und Kurpfalz gekommen. STAD Salb. Rheinhessen 81a, f4f; 81b, f27f.
- 11) Vgl. Anm. 9. Der Anteil betraf die Orte Wöllstein, Gumbsheim und Pleitersheim und einige Gefälle zu Dietersheim (mainz. Territorium).
- 12) Der Vertrag setzte sich also über das Veräußerungsverbot des für die V. G. gültigen Beinheimer Entscheids von 1425 hinweg.
- 13) Häusser II, 837.
- 14) Anders Schneegans, Kreuznach 75, dem Rosendorn (S. 122) folgt.
- 15) Amtsvorort war nicht Böckelheim, sondern die ehemalige Residenzstadt Ludwig Heinrichs v. Pfalz-Simmern, Sobernheim; vgl. Widder IV, 122f.

neben der Gerichtsbarkeit auch die Kellereigeschäfte (16) besorgte. Im ganzen gesehen konnte die kleine Unteramtsverwaltung sehr viel intensiver in die Angelegenheiten der einzelnen Ortsbehörden eingreifen, als dies dem Kreuznacher Oberamt in seinem ausgedehnteren Verwaltungsbezirk möglich war (17). Appellationen von der Amtsverweserei an die Heidelberger Gerichte gingen über das Oberamt als Zwischeninstanz. Bitt- und Beschwerdeschriften konnten unter Umgehung des Unteramts direkt nach Kreuznach gerichtet werden. Im wirtschaftlichen Leben, besonders deutlich bei der Organisation der Zünfte zu erkennen, wurde auf eine allmähliche Angleichung an die Verhältnisse des Oberamtes hingearbeitet.

b) Der Selzer und Hagenbacher Ausgleich von 1768.

Einen weiteren, wenn auch nicht sehr bedeutenden territorialen Zuwachs erhielt das Kreuznacher Oberamt im Gefolge eines der zahlreichen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf französische Initiative hin abgeschlossenen Grenzbereinigungsverträge.

In französisch-pfälzischen Verhandlungen hatte man vereinbart, daß Kurpfalz die Ämter Selz und Hagenbach, die zu dem „bailliages contestées“ (1) zählten, an einen anderen Reichsfürsten gegen eine entsprechende Entschädigung abtreten sollte, wobei die Franzosen schon von Anfang an an eine Übernahme der Ämter durch den befreundeten Herzog Christian IV. von Pfalz-Zweibrücken dachten (2). In einem Vertrag von 1766 erklärte sich Frankreich bereit, Zweibrücken in den besagten Ämtern alle Rechte zu belassen, die dort Kurpfalz seit 1742 ausübte. Darauf trat die kurpfälzische Regierung am 30. 1. 1768 (3) Selz und Hagenbach ab und erhielt dafür unter anderem von Herzog Christian die Orte Odernheim (4) und Niederhausen (5), die zweibrückischen Leibeigenen und Gerechtsame zu Staudernheim (6), die Dörfer Hoch-

16) Er hatte also gleichzeitig die Funktion eines Landeschreibers. Neben ihm amtierten Ober-einnehmer, Amtsschreiber und Zollbereiter; vgl. Widder ebd. Beamtenlisten geben P. Strack, Familiengesch. Blätter H. 9 (1927) 295; STAKrn 763/1.

17) Vgl. die Böckelheimer Amtsprotokolle STAKrn 801/4f.

1) Die Bezeichnung galt vor allem für die Gebiete zwischen Selz und Queich, die von Frankr. im Verlauf des 18. Jhs. verschiedentlich gefordert wurden. Einen Überblick über die frz. Ansprüche gibt neben Schulte (a. a. O.) G. E. Kunzer, Fürstbischof Graf v. Limburg-Styrum, S. 9f, Anm. 3; S. 11f.

2) STAS Kurpf. Urk. 5, Nr. 76, f2; vgl. auch Petry, Handbuch V, 373 (Zweibrücken).

3) In dem sog. Selz- und Hagenbacher Ausgleich; STAS Kurpf. Urk. Fasz. 5, Nr. 76 f1-10.

4) Mit dem Antoniusberger und dem Heddarter Hof; der mainzischen Lehensnexus wurde beibehalten (§ 13 des Vertrags). Vgl. auch Petry, Handbuch V, 246 (Odernheim); Widder IV, 130ff.

5) Ebenfalls unter Beibehaltung des mainzischen Lehensnexus an dem alten veldenzischen Zugehör (§ 13). Das Niederhäuser Quecksilbergwerk behielt sich Zweibrücken vor (§ 14). Näheres bei Widder IV, 141ff.

6) Alter Bestandteil der Wildgrafschaft. Neben dem wild- u. rheingräflichen Haus S.-Kyrburg (5/8) hatten die Herrn von Steinkallenfels 3/8 als Lehen inne. Zweibrücken hatte hier 18 leibeigene Familien in 14 Häusern wohnen, die nach den Abmachungen nicht weiter vermehrt werden durften; Widder IV, 139f.

stätten (7) und Hallgarten (8). Diese wurden von den Meisenheimer (9) und Moscheler (10) Zünften befreit, blieben aber in einer Zollunion mit dem Oberamt Meisenheim (11). Das Religionswesen sollte beim status quo unabhängig von der kurpfälzischen Religionsdeklaration von 1705 gelassen werden (12), die alten Pfarrverhältnisse wurden notgedrungen ebenfalls beibehalten (13). Sie erfuhren jedoch teilweise 1779 eine Bereinigung (14), als Kurpfalz im Tausch gegen das Gericht Kübelberg neben Niederkirchen (15) und Reipoltskirchen (16) auch die Gemeinden Duchroth und Oberhausen (17) erhielt und diese dem Unteramt Böckelheim angliederte.

c) Amt und Herrschaft Ebernburg 1750–1771.

Die Rückgliederung des Ebernburger Amtes, dessen Vergangenheit als sponheimische Pfandschaft noch weit vor den sickingischen Herrschaftsabschnitt bis in das 15. Jahrhundert zurückreicht (1), erfolgte etappenweise und nicht ganz ohne Schwierigkeiten und Rückschläge.

- 7) Vgl. ebd. 146f.
- 8) Ebd. 149f. Das Lehen der Boose v. Waldeck im Hallgartener Bann verblieb bezüglich des dominium directum Zweibrücken (§ 15 d. Vertrags). Sämtliche Gemeinden wurden dem Unteramt Böckelheim eingegliedert.
- 9) Vgl. Petry, Handbuch V, 206 (Meisenheim).
- 10) Vgl. ebd. 243 (Obermoschel).
- 11) Wer an den Zollstätten zu Niederhausen oder Odernheim Zoll entrichtete, war hiervon im Oberamt Meisenheim und Unteramt Moschel-Landsberg befreit. Kurpfalz durfte zu Hochstätten keinen Zoll erheben (§ 29).
- 12) § 22 d. Vertrags.
- 13) Der nunmehr an Kurpfalz gekommene lutherische Pfarrer zu Odernheim betreute den zweibrückischen Kirchenverordnungen gemäß die Dörfer Durchroth, Oberhausen u. Lettweiler weiter. Der reformierte Pfarrer des zweibrückischen Obermoschel versah die Reformierten des pfälzischen Hallgarten, ebenso der kath. Pfarrer zu Obermoschel die dortigen Katholiken (§ 23).
- 14) Häusser II, 919; Schneegans, Kreuznach 79.
- 15) Vgl. Petry, Handbuch V, 235.
- 16) Ebd. 270f.
- 17) Duchroth-Oberhausen war alter zweibrückischer Besitz. Durch Verpfändungen im 13. u. 15. Jh. erhielten schließlich die Herrn v. Montfort 3/4 der Dörfer in der Folge als Erb-lehen. Über die Blicken v. Lichtenberg kam dieses an die Günderode und weiter an die Freiherrn v. Fürstenwächter. Nach einem Vertrag v. 1753 mit Christian IV. von Pfalz-Zweibrücken gehörte diesen je eine Hälfte der beiden Dörfer. Die anderen Hälften gelangten 1779 an Kurpfalz; Widder IV, 146; Wagner, Rhein-Main-Gebiet 56.
- 1) Nachdem Ebernburg 1381 endgültig von den Raugrafen an die Grafen v. Sponheim gelangt war, wurde es 1430 von Johann v. Sponheim amtsweise an Hans Winterbecher verpfändet. Dieser überließ das Pfandrecht an dem im sponheimischen Burgfrieden eingeschlossenem Amt an Dietrich Knebel v. Katzenelnbogen, der es 1448 mit Genehmigung der sponheimischen Gemeiner an Reinhard v. Sickingen veräußerte. Nach der Schlacht von Seckenheim kam Ebernburg im Jahre 1482 wiederum als Pfandschaft mit Einwilligung des Markgrafen Christoph v. Baden an den pfälzischen Obersthofmeister und Amtmann zu Kreuznach, Schweickard v. Sickingen. Seinen Nachkommen verblieb die Herrschaft mit nur gelegentlichen Unterbrechungen. (Widder IV, 153ff; Sachs III, (111); Fabricius VI, 86*; Schneegans 72ff; Petry, Handbuch V, 76f (Ebernburg), 174 (Landstuhl)). Im 16. Jh. hatten die Ritter und späteren Freiherrn v. Sickingen niemals alle obrigkeitlichen Rechte auszuüben vermocht. Ständige Beschwerdepunkte bei den Kreuznacher Hofgerichtsverhandlungen bildeten das von den Rittern unberechtigterweise eingezogene Judengeleit sowie die Ansprüche der Pfalzgrafen an dem wichtigen Ebernburger Bergwerk. (GLAK 75/18 Drei-Fürsten-Verhandlungen v. 1509; 75/48 f12 Hofgericht v. 1592).

Nach dem Rijswijker Frieden war es unter der restituierten katholischen Linie der Freiherrn von Sickingen zu einer verstärkten Fortführung der alten gegenreformatorischen Bestrebungen in Ebernburg gekommen, was die evangelischen Stände zu Regensburg veranlaßte, die zahlreichen Gesuche der Freiherrn wegen der ebernburgischen Indemnation und Satisfaktion zu hintertreiben (2). Nachdem noch Kurfürst Johann Wilhelm die Legitimation des sickingischen Besitztitels für die Herrschaft Ebernburg nicht in Frage gestellt (3) und auch sein Nachfolger Karl Philipp die Rechte anerkannt hatte, mußte sich Karl Ferdinand, der letzte der Ebernburger Linie, unter Kurfürst Karl Theodor zu einem nachteiligen und folgenschweren Vertrag bequemen, da die protestantische Bevölkerung Ebernburgs Kurpfalz um Schutz und Wiedereinlösung gebeten hatte.

In dem Vergleich vom 11.7.1750 (4) erkannte Karl Ferdinand von Sickingen die in formalem Sinne nicht unbegründeten pfälzischen Ansprüche an (5) und trat die Herrschaft „freiwillig und auf ewig“ an das Kurhaus ab. In Ansehung seines „devotesten“ Betrages wurde ihm jedoch auf Lebenszeit die Ausübung verschiedener landesherrlicher Funktionen (6), der Genuß der Ebernburger Einkünfte (7) sowie eine Abfindung seiner Frau und der beiden Töchter im Fall seines Todes gewährleistet (8).

Der Ebernburger Vertrag rief die Kritik der betroffenen sickingischen Gesamtlinien hervor, die sich zu der Herausgabe einer Verteidigungsschrift entschlossen (9). Auch die Reichsritterschaft, der in zunehmendem Maße im südwestdeutschen Raum die Aufgabe zufiel, ein Element des Widerstandes gegen die territorialen Ausdehnungsbestrebungen der in einer absolutistischen Staatsform hineinwachsenden größeren Territorialstaaten zu bilden (10), schaltete

2) Vgl. Biederbick 17, 39f.

3) STAS Kurpfalz Akten 19, f195. Im Teilungsvertrag der V. G. v. 1707/08 wird die Herrschaft Ebernburg nicht genannt.

4) STAS Kurpf. Urkunden 676 (Kopie d. Vertrags in dem Agnatenkonsens Pfalzgraf Christian IV. und Pfalzgraf Friedrichs).

5) Die Verpfändung von 1482 entsprach nicht den pfälzischen Hausverträgen, der Elisabethischen Schenkung (vgl. Günther IV, 186ff), dem Beinheimer Entscheid und dem Kreuznacher Burgfrieden (vgl. Teil B, III unten), sie erfuhr auch nicht die Billigung Herzog Ludwigs v. Zweibrücken (STAS Kurpf. Urkunden 676 f2). 1425 hatte Graf Johann v. Sponheim sein Gebiet mit einem Fideikommiß belegt (Moser, Familienstaatsrecht II, 1215).

6) Kurpfalz behielt sich das „supremum ius territoriale“ und die davon abhängenden Rechte u. Regalien ausdrücklich vor (II § 2 d. Vertr.); v. Sickingen wurde die Ausübung aller Gerechtsame, Ober- u. Herrlichkeiten „solo exercitio Superioritatis territorialis, juris Collectarum, armorum, lustrationis (Durchzugsrecht) et Sequelae (Gütereinzug von Delinquenten) excepto“, zugestanden (II § 4). Wildfangsregal und Leibeigenschaftsrecht wurden v. Sickingen verliehen (II § 6).

7) Abschnitt II, § 5 des Vertrags.

8) Ebd. II, §§ 7-9.

9) Sickingische Verteidigungsschrift v. 14. 10. 1752 (STAS Kurpf. Akten 19, f3ff). Äußerer Anlaß bildeten gewaltsame pfälzische Eingriffe in Ebernburg im Jahre 1751. Man betonte, daß Schweickard v. Sickingen 1482 einstimmig als ein Burggenosse in den Kreuznacher Burgfrieden aufgenommen worden war, was durch jüngere Verträge auch für die Erben bestätigt wurde.

10) Vgl. Bader, Südwesten 160, 168f, 171. In der Kurpfalz hatte gerade um die Mitte des Jhs. ein verschärfter Kurs gegen die Bestrebungen der Reichsritterschaft eingesetzt. Karl Theodor versuchte mit Erfolg, die Zugeständnisse seiner Vorgänger durch neue vertragliche Vereinbarungen abzuschwächen. STAKrn 767/2; 763/1 (Verträge mit d. Ritterschaft).

sich ein. Kurpfalz hatte versucht, das Ebernburger Gebiet wieder aus dem ritterschaftlichen Verband zu lösen, und folglich die Verpflichtung zur Zahlung der Rittersteuern als erloschen betrachtet (11). Auf die Klage der Niederrheinischen Reichsritterschaft beim Reichshofrat ergingen verschiedene wirkungslose Mandate (12), bis 1763 eine Exekutionskommission auf das Hochstift Worms erkannt wurde und die Reichsritterschaft die Hilfe der Philippsburger Garnison zugesichert bekam.

Inzwischen hatten auch die beiden nach dem badischen Erb- und Sukzessionsvertrag von 1765 (13) in allen schwerwiegenden Fragen gemeinsam handelnden markgräflichen Häuser zugunsten von Kurpfalz in die Streitigkeiten eingegriffen (14). Als Gegenleistung und zur eigenen künftigen Sicherung erklärte sich Kurpfalz in einem Vertrag vom 14. 8. 1767 (15) bereit, das Gesamt-Haus Baden in Ebernburg mit dem ihm rechtlich zukommenden sponheimischen Anteil von 2/5 in Gemeinschaft und Mitbesitz aufzunehmen (16). Damit wurde faktisch in der Vorderen Grafschaft Sponheim wieder ein Kondominat geschaffen, und zwar in einem Gebietsteil, der seit dem späten Mittelalter nicht mehr dieser unbequemen Herrschaftsform unterworfen war. Über die politische Absicht des Zusammenschlusses gibt ein Separatartikel Aufschluß (17), demzufolge sich die drei neuen Kondomini verpflichteten, den Beschlüssen des Reichshofrats nicht zu willfahren und am Reichstag mit einer gemeinsamen Rekurschrift einzukommen. Man war bereit, die Dinge notfalls bis zum Äußersten kommen zu lassen.

Nachdem Karl Ferdinand von Sickingen am 29. 1. 1768 verstorben war, ergriffen die gemeinschaftlichen Amtleute (18) Maßnahmen, um der von den sickingischen Agnaten aus geplanten Possessionserneuerung zu begegnen. Sickingische Patente wurden abgerissen, die Beamten mit Gewalt entfernt. Um an die Amtsprotokolle und die Einnahmerechnungen zu kommen, drang man

-
- 11) Vgl. Bader a. a. O. 168f, über die Bedeutung der Veräußerung ritterschaftlicher Güter für die Organisation d. Reichsritterschaft.
- 12) Am 30. 4. 1759 erfolgte gegen Kurpfalz ein „Mandatum S. C. de non turbando in possessione vel quasi Immediatatis Imperii et Collectarum equestrium in loco Ebernburg“ (Moser, Bad. Staatsrecht 207). Am 4. 6. 1760 erging eine „Paritoria plena“, Kurpfalz sollte von dem Ebernburger Vergleich keinen Gebrauch machen (ebd.).
- 13) Vgl. v. Weech 405ff; Sachs V, 263ff, 269, 275. Von dem Grundsatz ausgehend, daß die bad. Stammlande nie gänzlich und dem Eigentum nach, sondern nur hinsichtlich Regiment u. Nutzung geteilt worden waren, wurde die „Compossessio Civilis“ bestätigt.
- 14) Moser a. a. O. 207.
- 15) STAS Kurpf. Urkunden 677, f3-10. Der Vertrag wurde zwischen Karl Theodor v. Kurpfalz, August Georg v. Baden-Baden u. Karl Friedrich v. Baden-Durlach geschlossen.
- 16) Von 5 anfallenden Gerichtsfällen sollte jeder zweite u. fünfte an ein bad. Gericht gebracht werden (§ 10). Fällt nach dem Tode des Freiherrn v. Sickingen die niedere Gerichtsbarkeit wieder an die sponh. Gemeinschaft, so sollen Schultheiße u. Anwälte aus beiderseitigen Religionen (d. h. für Baden nun die luther. Lehre!) abwechselnd bestellt werden. Hatte ein von Kurpfalz ernannter Schultheiß 3 Jahre lang den Stab in gemeinschaftl. Amtspflichten geführt, wobei ihm ein von Baden ernannter (evang.) Anwalt assistierte, so stellte Baden den nächsten Schultheißen vor (§§ 12, 13). Der derzeitige Stand der kath. Religion sollte in Ebernburg gewahrt bleiben (§ 1, a). Das Wildfangrecht verblieb Kurpfalz allein, Baden empfing hiervon 2/5 als Mannlehen gegen eine jährl. Abgabe von 40 fl (§ 1, b-e).
- 17) Ebenfalls v. 14. 8. 1767.
- 18) Die Verwaltung lag in Händen des kurpf. Oberamtsverwalters zu Kreuznach u. des bad. Amtmanns zu Winterburg.

in das Verwaltungsgebäude ein (19). Auf dem Ebernburger Schloß (20) wurden die Verwaltungsgeschäfte eines „Kur- und fürstlichen gemeinschaftlichen Amtes Ebernburg“ aufgenommen (21), und der erhebliche Nachholbedarf zeigte, daß die sickingische Verwaltung nicht die pflichteifrigste gewesen sein konnte. Unter den gemeinschaftlichen Beamten kam es bald bei der Besetzung von Schultheiß- und Schöffenstellen in Fragen der Religionsparität zu den ersten nicht unerwarteten Differenzen (22). Inzwischen hatte der Reichshofrat den zweiten Ebernburger Vertrag aufgehoben (23) und die Vollstreckung der militärischen Exekution ohne Rücksicht auf die pfälzischen und badischen Anstrengungen am Reichstag befohlen (24). Schon schickten sich Worms und das fränkische Kreisausschreibamt zu militärischen Maßnahmen in der inzwischen weitbekannten Angelegenheit (25) an, als Wien in letzter Minute nach Vermittlung von norddeutschen Gesandten (26) den Auftrag zu einer erfolgsversprechenden gütlichen Schiedskommission erteilte (27). In deren Verlauf einigte man sich endlich dahingehend, daß die sickingischen Erben ihre Ebernburger Ansprüche gegen einen Betrag von 90 000 fl an die sponheimische Interessengemeinschaft übertrugen (28). Die Niederrheinische Reichsritterschaft begab sich der ersten Gerichtsinstanz, blieb jedoch berechtigt, in Ebernburg Auflagen einzuziehen (29). Die Ratifizierung des Vertrags (30) ermöglichte die Durchführung eines kurz zuvor zwischen Kurpfalz und Baden-Durlach getroffenen Vergleichs (31), wonach die kurzlebige Ebernburger Gemeinschaft ihre Auflösung fand, deren Sinn lediglich in einer ephemeren Sicherung der territorialen Annexion durch die Zusammenfassung interessierter Kräfte gelegen hatte. Baden-Durlach überließ Kurpfalz seinen Anteil an Ebernburg zu völligem Eigentum (32) und erhielt dafür aus dem kurpfäl-

19) Vgl. STAKrn 821/1 (Ebernburger Amtsprotokolle 1768-1771).

20) Wobei es sich nicht um die zerstörte Festung, sondern ein später errichtetes „prächtiges Schloß“ d. Freiherrn handelte (vgl. GLAK 75/417).

21) Vgl. die Ebernburger Verwaltungskonvention v. 25. 6. 1768 zwischen Kurpfalz und Baden (GLAK 75/417).

22) Besonders wegen der Gemeinde Norheim (Nahe), deren Bevölkerung zu einem Drittel protestantisch war (GLAK 75/417); in Ebernburg selbst waren die Katholiken in der Minderheit.

23) Verordnung v. 13. 6. 1768; Moser, Bad. Staatsrecht 208.

24) Am 26. 1. 1770 Der Auftrag erging an die Ausschreibämter des Oberrheinischen u. des benachbarten Fränkischen Kreises (ebd.).

25) Die Flut der Ebernburger Streitschriften setzte 1769 ein und erreichte im folgenden Jahr ihren Höhepunkt. Autor eines beträchtlichen Teils der zugunsten der Ritterschaft eingreifenden Veröffentlichungen war der Syndikus der Niederrheinischen Reichsritterschaft zu Koblenz, Karl Josef Keifenheim. Vgl. Christoph Weidlich, Biographische Nachrichten von den jetztlebenden Rechts-Gelehrten in Deutschland, (III.), Halle 1783, S. 172ff; D. Häberle, Pfälz. Bibliogr. VI, 101f (ohne Angabe d. Verf.).

26) Nämlich von Preußen, Braunschweig u. Hannover (England), vgl. STAS Kurpf. Akten 206, f52.

27) Die Konferenz der Kommission fand v. 29. 7. bis 9. 9. 1771 zu Kreuznach statt (ebd.).

28) Vertrag v. 9. 9. 1771 (STAS Kurpf. Urkunden 680). Kurpfalz hatte demnach 54 000, Baden-Durlach 36 000 fl zu entrichten (§ 2).

29) Ebenso wurde ihr erlaubt, in Bedarfsfällen die Stellung von Rekruten zu fordern (§ 10).

30) Die kaiserliche Bestätigung erfolgte am 30. 9. 1771 durch den Reichshofrat; STAS Kurpf. Akten 206, pag. 18.

31) Vertrag v. 22. 8. bzw. 23. 9. 1771; STAS Kurpf. Urkunden 678.

32) Als Reverenz gegenüber dem alten Territorialprinzip war eine Verfügung des Separatartikels zu betrachten, derzufolge die Herrschaft Ebernburg in der vordersponheim. Erb-einigung und dem Burgfrieden eingeschlossen blieb. Starb das pfälzische Haus aus, sollte Baden gegen Rückgabe von Helmsheim und Sprantal 4/5 an Ebernburg erhalten, im umgekehrten Fall sollten die beiden rechtsrheinischen Dörfer an Kurpfalz zurückfallen (STAS Kurpf. Urkunden 679).

zischen Oberamt Bretten die in unmittelbarer Nähe des markgräflichen Kernterritoriums gelegenen Gemeinden Helmsheim (33) und Sprantal (34). Das badische Haus übernahm dazu die Verpflichtung, die finanziellen Ansprüche der Reichsritterschaft für sämtliche Ebernburger Fünftel zu erledigen (35). Am 6.11.1771 erfolgte die feierliche Übergabe der badischen Fünftel an Kurpfalz, das die bisher wirtschaftlich erheblich benachteiligte (36) Ebernburger Bevölkerung, die „in Zeit 20 Jahren als die zerstreute schaaf ohne Hirten zwischen Forcht und Hoffnung herum geirret“ (37), in Pflicht nahm. Die aus wenigen Gemeinden bestehende Herrschaft (38) wurde als Unteramt mit einem Amtsverweser an der Sitze der Kreuznacher Oberamtsverwaltung unterstellt (39).

2. Der badische Anteil im 18. Jahrhundert. Badisches Oberamt Kirchberg.

Die Verwaltung des badischen Anteils der Vorderen Grafschaft wurde in dem neu errichteten (1) Oberamt Kirchberg als der obersten zuständigen Behörde unterhalb der eigentlichen markgräflichen Dikasterien (2) zusammengefaßt. An der Spitze der Beamtenschaft (3) stand der ehemalige Kreuznacher Landschreiber Colson, der bereits im Hinblick auf ein nach der Auflösung der hintersponheimischen Gemeinschaft für den Gesamtbesitz im Hunsrück-Mosel-Raum zu bildendes badisches Regierungskollegium den Charakter eines Re-

33) Krieger, Topogr. Wb. I, Sp. 922f.

34) Ebd. II, Sp. 1035.

35) Die Forderungen der Reichsritterschaft sollten aus künftig zu benennenden bad. Gemeinden, die in unmittelbarer Nähe ritterschaftlichen Besitzes lagen, beglichen werden (§ 7d. Vertrags v. 9. 9. 1771); also auch auf dieser Ebene ein territorialer Bereinigungsversuch, der unter Umgehung der kantonalen Korporationsgrenzen ritterschaftliche Rechte aus dem stärkeren territorialen Bildungskräften unterworfenen pfälzischen Raum in die weniger bedrohte Oberrhein-Zone abzog (vgl. Bader, Südwesten 160).

36) Dabei waren die natürlichen Voraussetzungen äußerst günstig. Der Ebernburger Wein galt hinter dem Monzinger als der beste an der Nahe. Ein Steinkohlenbergwerk belieferte die Kreuznacher Salinen (GLAK 75/417); der großzügig privilegierten Ebernburger Nahefahrt war eine zeitweilig überlokale Bedeutung zuzusprechen (STAKrn 786/1).

37) Schreiben der Ebernburger Bevölkerung an Kurpfalz v. 6. 11. 1771; STAS Kurpf. Akten 206, pag. 176ff.

38) Sie umfaßte die Gemeinden Ebernburg, Feil, Bingert, Norheim sowie verschiedene Höfe, wozu vermutlich 1771 die Dörfer Hallgarten und Niederhausen kamen (vgl. STAK 33/1750).

39) Das Gesuch einer Prinzessin von Anhalt-Dessau, die Herrschaft Ebernburg in Bestand zu nehmen, wurde abschlägig beantwortet. Schließlich übertrug man das Unteramt dem kurpfälzischen Vizkanzler v. Sussmann als Spezialhypothek. V. Sussmann hatte der pfälzischen Regierung einen Teil der an die Freiherrn v. Sickingen zu zahlenden Summe geliehen; STAS Kurpf. Akten 206, ff1ff; ff35ff.

1) Wenn Fabricius schon vorher gelegentlich von einem Oberamt Kirchberg spricht, so ist dies irrig. Vgl. Fabricius VI, 126 usw.

2) Über die Stellung Kirchbergs zu der späteren baden-durlach. Zentralverwaltung (in Karlsruhe) vgl. Becker, Raumentwicklung 91.

3) Gebildet aus Oberamtsregistrator, Amtsschreiber, Oberschultheiß, Stadtschreiber, Fiskal, Advokaten u. Zollbereiter, die ihren Dienst nach einem bad. Gutachten v. 1765 äußerst nachlässig versahen. Die Domänialgefälle verwaltete der Landschreiber. 1765 war dies ein Handelsmann Bordollo, der sich weder um die Lagerbücher noch um Gefällverteilung und -einzug kümmerte. Lediglich die Dorfvorsteher ließen die Abgaben nach Gutdünken durch die jährlich wechselnden Bürgermeister einsammeln und dem Landschafteinnehmer in das Haus bringen; GLAK 75/377. Nach der eigentlichen badischen Ämterverfassung war ein „Cavalier“ Oberbeamter und ein „Gelehrter“ Landschreiber (ebd.).

gierungsrates erhielt. Von der Stadt Kirchberg aus wurden die Ämter Kirchberg und Koppenstein direkt verwaltet. In Naumburg und Sprendlingen saßen Unterbeamte (4), die neben der Amts- und Gefällverwaltung bis in die Zeit der durlachischen Herrschaft auch die Gerichtsbarkeit in erster Instanz zu besorgen hatten (5). Nach der 1776 in der Hinteren Grafschaft durchgeführten Landesteilung, die in einem noch eindeutigeren Sinne als diejenige von 1707/08 lediglich Besitzteilung war (6), suchte man badischerseits unterderhand (7) das hintersponheimische Amt Dill (8) dem vordersponheimischen Oberamt Kirchberg einzugliedern. Der Kirchberger Oberbeamte wurde zum gleichzeitigen Amtmann zu Dill ernannt (9). Auf die unvermeidliche Kollision der verschiedenen gelagerten Interessen der beiden Ämter hin kam es unter den Bewohnern des kleinen Amtes Dill zur Bildung einer lebhaften und teilweise auch erfolgreichen Opposition (10). Ein badischer Erlaß des Jahres 1779 respektierte die Eigenständigkeit des Amtes.

Ein besonders unangenehmes Kapitel bildeten für die badische Verwaltung die zahlreichen Grenzstreitigkeiten im Gebiet des Oberamtes mit den angrenzenden pfälzischen und freiherrlichen Territorien. Der Teilungsvertrag von 1707/08 hatte hier keine Klarheit schaffen können bzw. wollen. Vor allem stellten sich einer Regelung des Zollwesens im Unteramt Koppenstein verschiedene Schwierigkeiten in den Weg (11). Eine eindeutige Grenzziehung zwischen den Ämtern Kirchberg und Simmern erwies sich unter den gegen-

- 4) Dem Unteramt Naumburg wurde auch die Administration der Herrschaft Martinstein (vgl. Anm. 35 unten) angeschlossen. Die ehemals schönbornische Herrschaft blieb nach dem bad. Aufkauf weiterhin dem niederrh. Ritterkataster einverleibt; GLAK 75/513.
- 5) Appelliert wurde an das Oberamt, was „nicht nur eine unschreibliche Vervielfältigung derer geschäfte, sondern auch eine greueliche Verwirrung veranlasset, den Processgeist derer Unterthanen als ihren größten fehler bestens ernehret und ihnen den Beutel tapfer feget“; GLAK 75/377. Schon 1732 hieß es, kein Tag vergehe, an dem nicht Einwohner des Amtes Naumburg mit Klagen u. Appellationen nach Kirchberg kämen. Der Oberamt-mann wolle die Appellierenden sogar schon bestrafen. In Naumburg herrsche in der Rechtsprechung eine solche Verwirrung, daß kein „Mensch weis, wer Koch oder Keller im ambt naumburg ist“; GLAK 75/513.
- 6) Ungeachtet der Teilung sollte die H. G. nach wie vor bei ihrer bisherigen Verfassung und dem „alten System“ verbleiben. Im Unterschied zur V. G. hatte die Bevölkerung die Huldigungspflichten weiterhin beiden Gemeinern abzugeben. Der Zivilbesitz blieb den ehemaligen Kondomini in beiden Teilen vorbehalten (nach Angaben in STAK 56/1283).
- 7) Wegen des gegenseitigen Nachfolgerechts zwischen Pfalz-Zweibrücken u. Baden als den Eigentümern der gesamten H. G. mußte Baden ein vollständiger Zusammenschluß seiner sponheimischen Gebiete versagt bleiben.
- 8) Über dessen Lage und Struktur vgl. Teil B, I (unten).
- 9) Dieser erledigte an den Diller Amtstagen die Angelegenheiten entsprechend der Diller Amtsverfassung (STAK 56/1283). Daneben wurde das hintersponheimische Amt Herrstein mit dem vordersponh. Amt Naumburg und der (ritterschaftl). Herrschaft Martinstein veraltungsmäßig zusammengefaßt.
- 10) Durch das bad. Verfahren wurde nach einer späteren Denkschrift des Amtes Dill an das Reichskammergericht „die Sache auf dieser Seite (d. h. der Diller) aus ihrer natürlichen Stell- und Ordnung gezogen, und die darauf erfolgte Verwirrung und ungleiche harte Belästigung des Amtes Dill war unvermeidlich.“ Obwohl der Verfasser der Schrift die alten auf dem Personenverband aufbauenden Amtseinrichtungen verteidigte, bediente er sich doch einer Argumentation, die eine Beeinflussung durch die neuen aufklärerischen Tendenzen des 18. Jhs. verrät und hinsichtlich Offenheit u. Unerschrockenheit im benachbarten pfälz. Gebiet zu gleichen Zeit vergeblich zu suchen wäre; (vgl. STAK 56/1283).
- 11) Nach dem Teilungsvertrag sollte der kurpf. Zöllner in der freiherrl. schmidtburgischen Stadt Gemünden den bad. Zoll einnehmen (§ 27 des Hauptrezesses). 1710 setzte der Kirchberger Oberamtman mit Hilfe des bad. Ausschusses einen Zollstock in der Stadt,

wärtigen Umständen als unmöglich (12). Als man badischerseits daran ging, die Grenzen des Oberamts Kirchberg zu markieren, wurden die Grenzsteine vom pfälzischen Amt Simmern nicht anerkannt. Besorgten Gemütern schien es fast, als wolle sich Simmern ein „ius suprematus“ über das Nachbaramt Kirchberg anmaßen (13). Verschiedene kurpfälzisch-badische Konferenzen (14) führten zu keinen nennenswerten Bereinigungen.

Erstaunlich wenig Widerstand vermochte Baden dem nach 1708 verstärkt einsetzenden Druck der benachbarten Klein- und Kleinsterritorien entgegenzusetzen. Immer häufiger mußte Kurpfalz um die vertraglich zugesicherte „Assistenz“ ersucht werden. Es drohte Gefahr, „daß Systema et compages der Vorderen graffschafft Sponheimb in völlige Zerüttung absinckhen, die so kostbar einige hundert Jahr in alieno territorio exercirte praerogativen Undt Jura auff ein mahl irrecuperabiliter Verfallen müssen, herentgegen ahn deren auffrethaltung allerseiths, theils in ansehung der durch den beinheimb. Entscheid (1425) Stabilirten mutuellen Succession, theilß aber wegen des § 29 rechehus divisionis hoch gelegen ist, in dem darinnen Verbindtlich einander die eviction Zu gesaqt wirdt. .“ (15). Reichlich spät mußte nun Baden, das sich einen „ruhigen Genuß der separierten Gemeinschaft“ erhofft hatte, erfahren, daß sogar das vielgeschmähte Kondominatsregiment, zumindest in der Frage einer gemeinschaftlichen Wahrung hoheitlicher Rechte gegenüber den Nachbarn (16), gerade für einen schwächeren Gemeiner in sich Vorteile bergen konnte.

worauf die Herrn v. Schmidtburg ein kaiserliches Mandat gegen die bad. Regierung erwirkten. Am Reichshofrat kam es zu einem Verfahren. Als 1717 Markgräfin Franziska Augusta Sibylla in Kirchberg weilte, gab sie den schmidtburgischen Forderungen nach (befristet auf die Zeit ihrer Herrschaft). STAS Kurpf. Akten 4, 2; GLAK 75/95 (II). Der kurpfälzische Zoll zu Gehlweiler (badisches Territorium) blieb weiter bestehen, ja, der Zöllner forderte schließlich von den badischen Bewohnern selbst Zollgebühren. Ein von Baden nach dem Teilungsvertrag aufgerichteter Zollstock zu Schwarzerden (bad. Territorium) wurde vom kurpf. Amt Simmern aus entfernt, ebenso der zu Oppertshausen (ebd.) Der Zoll am Koppensteiner Schlag blieb strittig (vgl. GLAK 75/107 f30f, f495). Ihre finanzielle Bedeutung erhielten die Zollschranken dadurch, daß das Oberamt Kirchberg, und hier vor allem das Unteramt Koppenstein, von sämtlichen wichtigen Hunsrückstraßen berührt wurde, die auch zu Anfang des 18. Jhs. noch (vermutl. als Ausweichstraßen) vom Fernhandelsverkehr nach und von den Niederlanden benutzt wurden. STAS Kurpf. Akten 4, 2.

12) Z. B. gehörten die an Baden abgetretenen Dörfer Denzen und Reckershausen zum früheren Besitz der ehemaligen Propstei Ravengiersburg, der bis in das 18. Jh. nicht in sich abgemarkt war (ebd.).

13) So u. a. Regierungsrat Colson.

14) Im Dezember nach Verhandlungen v. Plittersdorffs in Düsseldorf Konferenz in Heidelberg (GLAK 75/107 f436-453). Im Dezember 1712 weitere Zusammenkunft zu Heidelberg (GLAK 75/95 II) u. im November 1742 in Simmern (GLAK 75/35; 75/107 f493ff), wobei man sich erbot über die während der Teilung unterlaufenen Leichtsinnigkeiten und Übereilungen zeigte.

15) GLAK 75/107 f452 (bad. Gravamina auf der Konferenz v. 1710). Den Kreuznacher Oberbeamten sollte jeweils befohlen werden, „ad tuenda Sponheimica Jura“ behilflich zu sein (ebd.).

16) R. Festers bildhafter Vergleich des Kondominats mit zwei jungen gekoppelten Hunden, die nach verschiedenen Richtungen auseinanderstreben (vgl. Fester, Markgraf Bernhard 98), gilt doch nur bedingt. Nach Senckenberg (§§ 14-16), der allerdings ebenfalls einem Extrem verfällt, hat ein Kondominus am Glanz und den Privilegien des anderen Anteil. Werden die Kondomini als Kollegium betrachtet, haben sie eine größere Würde als ihnen allein zukommt. Ein Kondominus muß den andern, wenn er wegen der Gemeinschaft Schaden erleidet, verteidigen.

Übergriffe auf badisch-sponheimisches Territorium erfolgten im gesamten Grenzgebiet, d. h., bedingt durch die offene Lage, praktisch überall. In das Amt Koppenstein drangen regelmäßig bewaffnete Gruppen aus dem wild- und rheingräflichen Amt Wildenburg ein. Der Rheingraf von Dhaun schien nach badischer Darstellung nichts anderes zu tun, als auszusinnen, wie er die badischen Gerechtsame unterdrücken könne (17). Das Erzstift Trier, das seit den Verträgen mit den Grafen von Sponheim im 14. Jahrhundert im Birkenfelder Raum in die Defensive gedrängt worden war (18), verstärkte seine Position in der Pflege Hottenbach (19). Im Hochgericht Kellenbach machten die ritterschaftlichen Kondomini gemeinsame Sache gegen die markgräfliche Verwaltung. Die Herrn von Steinkallenfels bestanden hier sogar auf dem Ausschreibungsrecht zu den gemeinschaftlichen Hochgerichtstagen, was dann infolge badischer Gegenmaßnahmen zu einer unwahrscheinlichen Verwirrung in der Rechtsprechung führte (20). Das nachlässig verwaltete badische Amt Naumburg hatte sich der Ansprüche der Fürsten zu Salm, der Rheingrafen zu Dhaun und Grumbach und der Freiherren von Boos, Schmidburg und Sickingen zu erwehren. Besonders das auf badisches Gebiet übergreifende Hochgericht auf der Heide (21), ein pfalzgräfliches Lehen in Händen der Wild- und Rheingrafen, gab zu endlosen Differenzen Anlaß. Auch auf das Gebiet der kirchlichen Verwaltung erstreckten sich die badischen Einbußen. In Kirchberg beanspruchte Kurpfalz die Pastorei und verschiedene Patronatsrechte (22). In Lötzbeuren und der Hottenbacher Pflege steigerte sich der Einfluß des Trierer Erzstiftes (23). Im Hochgericht Kellenbach zogen die Herrn von

17) GLAK 75/513.

18) Vgl. Baldes 83.

19) 1731 schlug Baden einen Tausch seiner Gerechtsame in der Hottenbacher Pflege gegen die kurtrierischen Leibeigenen zu Lötzbeuren vor. In Lötzbeuren hatte Kurpfalz bis 1708 die Territorialhoheit für die Vordere Grafschaft Sponheim verteidigt. Die Gemeinde war daher als zum Oberamt Kreuznach gehörig an Baden abgetreten worden. Nach der Teilung v. 1707/08 suchte Pfalz-Birkenfeld nicht ohne Erfolg, Lötzbeuren zu H.G. zu ziehen, und Kurtrier bemühte sich, dem Dorf einen vierherrischen Status zu geben; GLAK 75/513; STAK 33/138; 33/140.

20) Die Hochgerichtstagen kamen durch die bad. Verzögerungstaktik schließlich ganz außer Übung; vgl. STAK 33/145.

21) Zur Abgrenzung des Heidegerichts, das vermutlich den ursprünglichen Bereich der Wildgrafschaft ausmachte, vgl. Fabricius III (Hochgericht auf der Heide). Anlaß zu Streitigkeiten gaben widersprechende Aussagen im Grenzweistum der 14 Schöffen des wildgräflichen Heidegerichts, das bereits 1351 genannt wird, und im sponheim Weistum des Amtes Naumburg von 1497, die beide ihre Rechtskräftigkeit bis in das 18. Jh. behaupten konnten. 1609 wurde der undelicate u. hoffnungslos verfahrenene Streifall vom kaiserlichen Kammergericht abgewiesen. 1702 klagten die Fürsten von Salm-Leuze-Kyrburg in Kreuznach wegen einer Beeinträchtigung der kurpfälz. Lehensrechte durch den sponheim. Amtmann zu Naumburg, der verschiedene Rechte dem bad. Kondominus zuschanzen wollte. 1734 versuchten die wild- und rheingräflichen Beamten die Grenzen des Heidegerichts zu begehnen. Baden dagegen behauptete, besagtes Gericht bestehe lediglich in der Ausübung der Kriminaljurisdiktion (Aburteilung der Kriminalfälle) und habe mit der Territorialjurisdiktion (ungefähr mit Landeshoheit gleichzusetzen) nichts zu tun. Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jhs. wurden die Händel kurzfristig beigelegt. Vgl. GLAK 75/35; 75/95; STAK 33/477, 479, 480, 487, 488. Kurpfalz verhielt sich hierbei in Fragen der Assistenzpflicht verständlicherweise recht reserviert.

22) GLAK 75/35; 75/107 f453; 75/513.

23) In Lötzbeuren konnte man bis 1716 die Episkopalrechte gegen Pfalz-Zweibrücken verteidigen. Als Kurtrier eingriff, wurde der bad. Pfarrer vertrieben (um 1732). In Hottenbach stützte Kurtrier sogar den luther. Pfarrer gegenüber Ansprüchen der Kirchberger Inspektion; GLAK 75/513.

Schmidtburg, in der Gemeinde Weitersborn (24) die Rheingrafen von Dhaun die Kollaturrechte an sich. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die baden-badische Regierung die Dinge mit einer gewissen Drucklosigkeit behandelte, wollte man ihr nicht gar den Vorwurf einer zeitweiligen Vernachlässigung ihres linksrheinischen „hausfremden“ Besitzes (25) machen.

Positive Aspekte baden-badischer Verwaltungstätigkeit zeigten sich jedoch auf einigen anderen Gebieten. Die Absicht der Markgräfin, die erschöpfte sponheimische Bevölkerung nach der Landesteilung wieder zu Kräften kommen zu lassen (26), blieb nicht ganz ohne sichtbare Folgen. Besonders die dörflichen Handwerksbetriebe nahmen, geschützt gegen die Konkurrenz der kurpfälzischen Oberamtsstadt Kreuznach, einen kräftigen Aufschwung und wurden in neugegründeten Amtszünften zusammengeschlossen (27).

Der entscheidende Umschwung und Aufschwung durch die Vereinigung der beiden Markgrafschaften unter Karl Friedrich von Baden-Durlach (28) teilte sich dann in fühlbarem Maße auch dem übrerrheinischen Besitz mit. Schon nach dem Sukzessionsvertrag von 1765 zeigte sich der durlachische Vetter in seiner Eigenschaft als sorgsamer Haus- und Landesvater, als er die keineswegs selbstverständliche kurpfälzische Einwilligung in eine künftige Übernahme der sponheimischen Lehen erreichte (29). In die Ebernburger Angelegenheit griff man auf der von der Klugheit diktierten Seite zum richtigen Zeitpunkt ein. Das baden-badische Archiv wurde daraufhin überprüft, ob sich die während des baden-badischen Regiments unterlaufenen Fahrlässigkeiten nach Möglichkeit wieder ausbügeln ließen, wobei man sich auch durch Mißerfolge nicht abschrecken ließ. 1768 veranlaßte das drohende Erlöschen des von schmidtburgischen Geschlechts, Nachforschungen über die Rechtmäßigkeit der Veräußerung der ehemaligen sponheimischen Herrschaft Gemünden anzustellen (30). 1786 dachte man allen Ernstes daran, Kurpfalz zu einer Revision des nachteiligen sponheimischen Teilungsvertrags von 1707/08 zu bewegen (31). Wegen der Teilung der Hinteren Grafschaft Sponheim erzielte man 1776 mit dem Pfalzgrafen Karl von Birkenfeld die langersehnte Einigung (32),

24) Die Pfarrei Weitersborn war eine Filiale der rheingräflichen Mutterkirche zu Simmern unter Dhaun (vgl. Fabricius V, 2. T., 407). In die Ortsherrschaft teilten sich Baden (3/8) und die Herrn v. Leyen (5/8).

25) Vgl. das Urteil Baders, Südwesten 110.

26) Nach der Teilung rechnete die bad. Regierung mit einer Einnahme von 13 000 fl aus Schatzung u. gewöhnlichen Gefällen. Vor der Teilung hatte Baden durch seine Beteiligung an den kurpf. Auflagen jeweils 20 000 fl und mehr eingenommen, was die markgräfliche Regierung mit einigem Bedauern registrierte; GLAK 75/95. Der Versuch einer Neueinführung von Besthauptgebühren scheiterte nach Beschwerden der Bevölkerung; STAK 33/47 (1727-34).

27) Vgl. STAD Abt. X, Polizeiangelegenheiten, Konv. 141, Fasz. 9; Lentze 116.

28) Bader, Südwesten 112; (v. Weech 404f).

29) Näheres bei Sachs V, 286f.

30) STAK 33/665. In unmittelbarem Zusammenhang damit stand das Schicksal der Herrschaft Stackeden. Die beiden sponheim. avulsa bildeten verschiedentlich Gegenstand von Beratungen des bad. Geheimen Rates (22. 12. 1774, 13. u. 20. 2. 1775, 6. 4. 1778). Am 11. 4. 1778 wurde festgestellt, daß die bad. Rechte an Gemünden erloschen waren.

31) STAS Kurpf. Akten 4, 3.

32) Seit 1767 gab es vorbereitende Separatverhandlungen zwischen Durlach (!) und Zweibrücken; Nebenius 117.

nachdem vorausgegangenen baden-badischen Bemühungen ein Erfolg versagt geblieben war (33). Um die Zone zwischen den vorder- und hintersponheimischen Ämtern zu überbrücken, bzw. um den überkommenen Streubesitz flächenmäßig abzurunden, strebte die markgräfliche Regierung einen planmäßigen Aufkauf fremdherrschaftlicher Gebietsteile an (34). Nachdem schon 1716 der von schönbornsche Anteil an der Herrschaft Martinstein in badischen Besitz übergegangen war (35), wurde 1779 von den Herrn von Ebersberg gen. Weyers-Layen der restliche Anteil erworben (36). 1783 bzw. 1785 erfolgte der Ankauf der beiden Anteile der Herrschaft Argenschwang (37), 1784/85 gingen Verhandlungen um die Herrschaft Wartenstein (38), und zur gleichen Zeit plante man den Erwerb des dalbergischen Ortes Mandel (39).

Die einschneidendsten Reformen führte die von den physiokratischen Ideen Karl Friedrichs (40) beeinflusste badische Verwaltung auf wirtschaftlichem Gebiet durch. Um den bekannten landwirtschaftlichen (41) und industriellen (42) Förderungsmaßnahmen Wirksamkeit zu verleihen, drängte sich im Sinne der von Markgraf Karl Friedrich vertretenen Verkehrsfreiheit (43) eine Verbesserung des jahrhundertlang vernachlässigten Straßennetzes auf, wobei Baden auf seine langjährigen Erfahrungen im Chausseebau in seinen rechtsrheinischen Kernlanden zurückgreifen konnte (44). Das vornehmste Projekt, die Umwandlung der uralten Bingen-Luxemburger Steinstraße (45), die sich seit Römerzeiten ohne wesentliche Ausbesserung im Hunsrückabschnitt erhalten hatte, in eine moderne Chaussee-Anlage (46), erforderte wegen der hohen anfallenden Kosten eine Zusammenarbeit aller anliegenden Gemeinden ohne

- 33) Unter Markgraf Ludwig Georg von Baden-Baden war es zu Spannungen mit den Pfalzgrafen von Birkenfeld gekommen. Die 1717 in der Teilungsfrage von bad. Seite aus ergriffene Initiative scheiterte an der Ansicht des Pfalzgrafen, eine Landesteilung stehe den sponheim. Verträgen entgegen. 1727 gab Wien seine Einwilligung zu der Teilung der Grafschaft, die jedoch auf Proteste des Corpus Evangelicorum hin unterblieb; Sachs III, 660f.
- 34) Schon 1771, als der Anfall der H. G. nahe bevorstand, hatte Karl Friedrich den angrenzenden, 7 Ortschaften umfassenden Idarbann von Nassau-Saarbrücken erworben. Nebenius 94; v. Weech 404.
- 35) Jedoch hatte sich die baden-badische Linie bald wieder mit Verkaufsplänen getragen; Nebenius 101.
- 36) Vgl. Fabricius VI, 97.
- 37) Der Ankauf der Herrschaft durch Baden führte zu Protesten der Reichsritterschaft. STAK 33/672; Fabricius VI, 137.
- 38) STAK 33/671. 1784 wurde Züsch endgültig badisch; Hölzle 40.
- 39) STAK 33/673. Der Kauf kam nicht zum Abschluß. Der Flecken gelangte 1786 in den Besitz des Reichsgrafen Karl August von Bretzenheim; Fabricius VI, 77.
- 40) Nebenius 88.
- 41) Vgl. u. a. ebd. 63.
- 42) In Kirchberg wurden z. B. ein Arbeitshaus und eine Wollspinnerei gegründet; vgl. Petry, Handbuch V, 151 (Kirchberg).
- 43) Nebenius 72.
- 44) Vgl. den Bericht Karl Friedrichs an das Reichskammergericht v. 17. 3. 1781; STAK 56/1283. Erste vorbereitende Maßnahmen zur Anlage von Kunststraßen wurden in Baden schon 1735 getroffen; ebd. 39.
- 45) Vgl. Quetsch, Verkehrswesen 16; Faber, Geschichtl. Grundl. 52; (Seb. Münster, Cosmogr., lib. V, Cap. 169.).
- 46) Die neue Straßenanlage erhielt nicht wie die römische eine gerade Linienführung, sondern verlief durch die einzelnen Siedlungen, was natürlich die Kosten vergrößerte. Die nötigen Mittel sollten nicht mehr durch die den Handel behindernden Zölle einkommen, sondern von den anliegenden Gemeinden getragen werden; STAK 56/1283.

Rücksicht auf Territorialgrenzen. Der konvergierenden Wirkung des in den Reichskreisen bereits einige Jahrzehnte vor der Französischen Revolution (47) einsetzenden Landstraßenbaus sollte allgemein mehr Beachtung geschenkt werden (48), sie wird in der Regel im Rheingebiet wegen der eindrucksvolleren Leistungen unter der französischen Verwaltung und der späteren stürmischen Erschließung des Landes durch den Eisenbahnbau übersehen. Die Widerstände, die sich Baden gerade in der Reliktzone ungeklärter Herrschaftsverhältnisse im Hunsrückgebiet entgegenstellten (49), lassen erst dessen eigentliche Leistung ermeszen.

Die Erfolge der organisatorischen Maßnahmen sollten der Durlacher Herrschaft nicht mehr zugute kommen, den Auswirkungen der Französischen Revolution fielen auch die linksrheinischen Besitzungen Badens zum Opfer. Markgraf Karl Friedrich wurde allerdings durch Frankreich, dem eine neutrale Zwischenzone am Oberrhein gelegen kam (50), im Jahre 1803 für den sponheimischen Besitz durch rechtsrheinische Gebiete großzügig (51) entschädigt. Da Bayern die an Baden unter dem Rechtstitel einer Entschädigung übertragenen Gebiete als Teil der sponheimischen Erbgemeinschaft betrachtete, kam es zu dem langwierigen sponheimischen Surrogat- und Sukzessionsstreit (52), dessen Verlauf hier nicht mehr interessiert.

47) Zu den seit 1809 im Mittelrheingebiet einsetzenden Anlagen von Chausseen unter frz. Administration vgl. Quetsch 20.

48) Anlaß gab u. a. ein kaiserliches Ausschreiben vom 4. 8. 1764, betr. d. Herstellung der Straßen im röm. Reich. Nach den bad. Angaben wurde u. a. in den kurbayrischen Gebieten bestimmt, daß die Hauptlandstraßen von den nicht weiter als 4 Meilen abgelegenen Gemeinden gebaut und unterhalten werden sollten. Der schwäbische Kreisschluß v. 1749 verordnete eine Beteiligung der bis zu 3 Wegstunden abgelegenen Orte, auch wenn sie anderen Ständen unterworfen sein sollten. Am 5. 11. 1776 erging ein Reichshofratsbeschluß, nach dem die gesamte Wild- u. Rheingrafschaft zum Chausseebau in dem kleinen rheinhess. Amt Flonheim an der wichtigen Verbindung von Rhein u. Nahe zur Pfalz mitarbeiten sollte; STAK 56/1283.

49) Die Bevölkerung wurde unter Androhung hoher Geldstrafen zum Straßenbau gezwungen. Das hintersponheimische Amt Dill, das sich am Straßenbau auf vordersponheim. Gebiet nicht beteiligen wollte, wandte sich an das Reichskammergericht, wo sein Gesuch 1783 abgewiesen wurde.

50) W. Andreas 10.

51) Die Vergütung erfolgte nach einer Aussage des bad. Ministers v. Edelsheim „nicht nach engen Evaluationen, sondern nach allgemeinen, mit einem vergrößerten Maßstabe gesehenen Schätzungen“. Über die sponheimische Successionsfrage, Stuttgart 1828.

52) Vgl. ebd. pass.

B. Das Territorium der Vorderen Grafschaft Sponheim. Raum und Institution (Verfassung).

I. DIE RÄUMLICHE AUSDEHNUNG UND TENDENZEN IHRER UMGESTALTUNG

Die Vordere Grafschaft Sponheim, oder in verwaltungsmäßiger Hinsicht das Oberamt Kreuznach, stellt ein in sich vielfach gegliedertes, uneinheitliches territoriales Gebilde vor (1), das sich, geographisch gesehen, in seinem Hauptzug aus dem Bereich des rheinhessischen Hügellandes über den Hunsrück bis fast unmittelbar an den Einschnitt des Moseltals (2) erstreckt. Sie ist ein Bestandteil der ehemaligen Gesamtgrafschaft Sponheim, neben der Grafschaft Veldenz sowie der Wild- und Rheingrafschaft die einzige eigenständige territorialbildnerische Leistung von einiger Bedeutung, die eine im ganzen gesehen administrationsfeindliche Gebirgszone zuließ. Auf längere Sicht zur Ausbildung einer starken Zentralgewalt nicht befähigt (3), geriet das Gebiet bei gleichzeitig nachlassender Aktivität der beiden benachbarten Erzstifte Mainz (4) und Trier (5) allmählich unter stärkeren Einfluß der hier zwar schon früh begüterten Pfalzgrafschaft (6), die sich, Eroberungen, Käufe und glückliche Erbschaften nur schwach nutzend, jedoch relativ schwerfällig und unsicher über Sekundogenituren und mehrherrschaftliche Anteile in eine

1) Ein sog. „ungeschlossenes Gebiet“. Vgl. im einzelnen Moser, Reichsstände Landen 106.

2) Die nordwestlichste, im Kartenbild nicht greifbare, unmittelbar zur Mosel hin vorgeschobene Position der V. G. bildeten die Jagdgerechtsame im Bezirk des Erberbergs bei Zell; STAK 33/2435.

3) Ein Eigenschaft, die in vergleichsweise noch stärkerem Maße für das sich nördlich anschließende Eifelgebiet zutrifft; vgl. Aubin, Landeskunde 74.

4) Im Spätmittelalter vermochte das Mainzer Erzstift unter den Oberhirten nassauischer Herkunft in Verbindung mit deren Hausbesitz zuweilen eine beachtliche Riegelstellung von der Lahn bis zur Saar gegenüber Pfalz u. Trier auszubilden; vgl. Gerlich, Habsburg-Luxemburg-Wittelsbach 112. Zur Politik Erzbischofs Gerlachs an d. Nahe vgl. auch Lunkenheimer 99ff, 103ff. Auch unter Erzbischof Adolf v. Nassau wurde der Nahebesitz gehalten (ebd. 106), allerdings wie bei dem Nachfolger, Erzbischof Konrad, im wesentlichen ohne expansive Bestrebungen. Im 15. Jh. zog der Niedergang des Bistums auch den Verlust des Nahebesitzes nach sich. Im Gefolge des Bistumsstreits ging Böckelheim 1466 (1471) verloren (ebd. 117f). Um 1550 war Kurpfalz zweifellos die erste Macht im rheinhess. Raum; vgl. H. Werle, Das Territorialbild Rheinheßens, MbrhL 3 (1954) S. 30. 1668 erfolgte die Zerstörung von Neu-Bamberg. Im 17. Jh. wurde die Herrschaft Martenstein ihren Pfandinhabern überlassen; Lunkenheimer 120.

5) Vgl. Baldes 83. Unter Balduin hatte der erzstiftliche Besitz im Hunsrückgebiet noch eine Erweiterung erfahren. Vgl. Fabricius VI, 47*.

6) Frühe pfalzgräfliche Rechte (I), die sich nur zum Teil als Kristallisationspunkte einer umfangreicheren künftigen Territorial-Expansion erwiesen, sind greifbar in oder bei: Alzey, Kreuznach, Bacharach, Simmern, Rheinböllen, Münster u. Bretzenheim a. d. Nahe, d. Hochgericht Rhauen u. d. Wildgrafschaft auf der Siener Heide, Siefersheim, Frei-Laubersheim, Grolsheim, Horrweiler, Langenlonsheim und Stromberg (Gerstner, RhA 40 (1941) S. 15, 22, 74f, 79, 89f), ebenso auch Heddesheim u. Windesheim (Vogt, Untersuchungen 193). Im späten MA traten als bedeutende Erwerbungen hinzu: 1359 die Stadt Simmern, 1371-1457 Altenbamberg, 1374-1379 Argenthal, 1408 die Vogtei Ravengiersburg, 1417-1437 Sponheim, 1444 Veldenz, 1455, 1465, 1496 Waldalgesheim, 1462 (1471) Böckelheim (Fabricius VI, 33*f, 36*, 83*f).

beherrschende Rolle im Nahe-Hunsrück-Gebiet hineinfand und kleineren Adels-herrschaften noch genügend Möglichkeiten zur Ausbildung landeshoheitlicher Befugnisse verschiedener Modifikationen übrigließ (7).

Das sponheimische Gebiet als ein Endpunkt der den pfälzischen Raum durch-messenden Querachse Heidelberg bzw. Mannheim - Frankenthal - Alzey - Kreuznach (8) verhält sich bis in das 18. Jahrhundert gegenüber einer Durch-setzung seitens fremder und schwächerer Territorialgewalten relativ zugäng-lich. Im ganzen nordpfälzischen Raum können wir von einem einigermaßen erfolgreich abgeschlossenen Prozeß geographischer Abrundung nur unter Vorbehalten sprechen (9). Die Ausdehnung der Vorderen Grafschaft Spon-heim ist den natürlichen geographischen Bedingungen sehr wenig angepaßt; sie ist vielmehr aus den wirtschaftspolitischen Bestrebungen des alten spon-heimischen Grafengeschlechtes zu begründen, dessen Bestrebungen auf eine Beherrschung der durch die Häufung der Zölle im Rheintal zu neuer Bedeu-tung gelangten Hunsrückstraßen hinausliefen (10). Der Landkomplex des eigentlichen Kreuznacher Amtes lagert sich wie eine große Brücke quer über die Nahe und verbindet so einen rheinhessischen Teil, die „Gauseite“, mit einem Gebietsanteil des vorderen Hunsrücks, der „Waldseite“ (11), was sich in verkleinertem Maßstab bei den beiden nördlich zur Nahemündung hin vorgeschobenen Gemeinden Langenlonsheim und Gensingen eindrucksvoll wiederholt. Fast genau im Zentrum des Bezirks liegt zu beiden Seiten der Nahe-Achse auf altem Siedlungsterrain (12) die Paß- und Brückenstadt (13) Kreuznach als naturbegünstigter Treffpunkt unterschiedlichster Landschafts-räume (14). Entschieden uneinheitlicher gestaltet war das Mittelstück der Graf-schaft. Hier liegt auf der breiten Soonschwelle der nahezu unbesiedelte Soonwaldbezirk (15), der verwaltungsmäßig dem Kreuznacher Amt direkt an-gegliedert ist, nach Südosten hin abgeschirmt von dem wirtschaftlich abhän-gigen hintersponheimischen Amt Winterburg, dem vielherrschaftlichen Hoch-gericht Kellenbach und dem vordersponheimischen „Ämtlein“ Koppenstein. In diesem auf Grund seiner morphologischen Struktur administrationsfeindlichen Gebiet kommt selbst die kleinterritoriale Ämterverfassung, die an sich schon die Signatur eines Raumes ohne ausgeprägte Zentralgewalten ist, nicht recht

7) Vgl. hierzu: Aubin u. a., *Gesch. d. Rheinlandes* II, 17, 19; Aubin-Frings-Müller, *Kultur-strömungen* 58f; Becker, *Territoriale Raumentwicklung* 80; Faber, *Geschichtl. Grund-lagen* 72.

8) Vgl. Tuckermann, *Das altpfälzische Oberrheingebiet* 42.

9) Tuckermann (43) betont von der oberrheinischen Sicht her die verhältnismäßige Geschlossen-heit der pfälzischen Gebiete.

10) Vgl. Aubin u. a., *Kulturstörungen* 58; Nottebrock 300f; Quetsch 16, 119.

11) Analog zerfällt auch das kurpf. Amt Stromberg in Gau- und Walddörfer. Fabricius VI, 163, Anm. 2 vermutet, daß die Dörfer der Waldseite von den entsprechenden „Gau-dörfern“ angelegt sein könnten, die dort ihre Waldmark besaßen, also Waldalgesheim von Gau-Algesheim, Waldböckelheim von Gau-Bickelheim usw.

12) Vgl. Vogt 22-37, 103.

13) Ebd. 105; den Naheübergang schützte eine kurz nach 1230 fertiggestellte Burganlage.

14) Was übrigens noch heute die starke Position Kreuznachs als leistungsfähiges Mittel-zentrum ausmacht; vgl. Meynen, *Zentralörtliche Bereiche* 217, 219.

15) Vgl. Boeck 64, 75. Im 13. u. 14. Jh. bildete der Soonwald bei den sponheim. Teilungen die natürliche Grenze; vgl. Zillesius 202; Büsching, *Erdbeschreibung* VII, 199; Fabricius VI, 92*; Krzn. Hbltr. 15 (1935) Nr. 12. Obwohl sich die Besitzverhältnisse später änderten, erhielt nach der jeweiligen Lage zu den Territorien der Kondominatsherrn die Herrschaft Kreuznach die Bezeichnung „vordere“, die Herrschaft Starkenburg mit Trarbach als Haupt-ort die Bezeichnung „hintere“ Grafschaft Sponheim; vgl. Zillesius 173f.

zum Zug. Wir bewegen uns hier im 17. und 18. Jahrhundert noch in einem ausgesprochenen Reliktgebiet. Das gilt sowohl für die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse als auch für die verfassungsmäßigen Einrichtungen. Das Amt Kirchberg, das sich im Kartenbild als gut gegliederter Bezirk vorstellt, ist es, berücksichtigt man die verfassungsmäßigen Einrichtungen sowie die fremdterritorialen Unterlagerungen und Durchsetzungen, in einem nur sehr geringen Maße (16). Zwei geographisch völlig isoliert dastehende Verwaltungsgebiete sind das Amt Naumburg, an der oberen Nahe im Gebiet des Westrich gelegen, sowie der sponheimische Anteil am Hottenbacher Gericht, das, zwischen kurtrierischen und wild- und rheingräflichen Ämtern eingeklemt, seine mittelalterlich aufgebauten vielherrschaftlichen Verfassungseinrichtungen bis in das 18. Jahrhundert konservieren konnte. Vom wirtschaftsgeographischen, sprach- und kulturhistorischen, verfassungs- und verwaltungsgeschichtlichen Blickpunkt aus gesehen, ist gerade die hier erfaßte Gebirgszone höchst interessant. Die Problemstellungen aufgeworfen und für den rheinischen Großraum untersucht zu haben, ist das Verdienst H. Aubins und der von ihm in dieser Richtung eingeleiteten Arbeiten (17).

Für das Teilstück Hunsrückbarriere (18) bietet gerade das Oberamt Kreuznach, das mit seinen verwaltungstechnischen Untergliederungen als einziges Territorialgebilde vom rheinhessischen bis zum Moselgebiet reichte, den geeigneten Untersuchungsraum. Der scharfe Gegensatz zwischen Ebene und Gebirgszone zeigt sich infolge der noch vorwiegend agrarbetonten Ausrichtung des Wirtschaftslebens besonders bei einer Gegenüberstellung der verschiedenen Landeskulturen sowie der abhängigen wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnisse.

Der harte und fette Boden im Gebiet von Kreuznach und den gauseitigen Gemeinden erlaubte in Verbindung mit einem günstigen Klima den Anbau von Weizen, Korn, Spelz, Gerste, Hanf, Flachs, Raps-Kohl (19), Obst und Tabak (20), die teilweise über den Rheinweg in Holland einen aufnahmefähigen Absatzmarkt fanden. Die Naheweine, besonders von Monzingen, Ebernburg, Kreuznach, (Sprendlingen) sowie Martinstein erfreuten sich im 18. Jahrhundert einer besonderen Wertschätzung und wurden u. a. nach Holland, England und Rußland ausgeführt (21).

Neben den wohlhabenden gauseitigen mit Gräben und Toren bewehrten „Märkten“ oder „Flecken“ (22) Sprendlingen und Gensingen sowie dem links-

16) Vgl. Teil B, I (unten).

17) Vgl. a. a. O.

18) Aubin-Frings-Müller, Kulturströmungen, hier H. Aubin, S. 2, 8, 18, 59; Th Frings, S. 143ff.

19) Dieser fand mit besonderem Gewinn in Holland Absatz, von wo u. a. Tran, Baumöl und Gewürze eingeführt wurden; Andreae 48; STAK 33/1750.

20) Schon 1677 lassen sich im Oberamt, wohl auf pfälz. Initiative hin (Aubin, Gesch. d. Rheinlandes II, 184) Anbauversuche verzeichnen; STAKrn 766/1.

21) „Die Noheweine seyndt sehr starke und feuerige Weine, eines angenehmen geschmackes. Sie werden dahero von denen Wirten gesucht, um die geringe Weine damit gut zu machen. Sie gehen aber sehr in das geblüte und seyndt also denenjenigen sehr ungesund, die ihrer nicht gewohnt seynd.“ Aus einem bad. Gutachten v. 1765; GLAK 75/377.

22) Die Bezeichnungen deuten Zwischenstufen an, die nicht in den Besitz von Stadtrechten gelangt waren; vgl. Bader, Dorf 109, 232. Durch ihre Befestigungen und die differenzierte Verwaltungsorganisation unterschieden sich diese Gemeinden von den Siedlungen der Kreuznacher Unterämter.

nahigen Langenlonsheim ist als die wirtschaftlich bedeutendste Stadt des Amtes Kreuznach zu nennen, das im 17. Jahrhundert einen schwunghaften Handel mit sog. gefeuerten Weinen und Wollgeweben trieb (23), in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts jedoch fühlbar die Konkurrenz der Nachbarstadt Bingen zu spüren bekam, und erst gegen Ende des Jahrhunderts durch die im Zuge der pfälzischen Gewerbepolitik geförderte Anlage von Industriebetrieben wieder einem gewissen Aufschwung entgegensehen konnte (24).

Von den Auswirkungen der Kriege des 17. Jahrhunderts vermochte sich die Gauseite wirtschaftlich erheblich schneller zu erholen, als dies den Siedlungen der Gebirgszone in den Unterämtern möglich war. Nach den beträchtlichen Bevölkerungverlusten im Gefolge des Dreißigjährigen Krieges (25) stiegen die Einwohnerziffern nach langsamer Zunahme um 1660 (26) in zwei Wellen um 1670 (27) und 1705 (28) ruckartig erheblich an, so daß sich für die Gau-Gemeinden fast Schwierigkeiten für eine Ansiedlung ergaben und zur Zeit der Teilung der Grafschaft der Friedensstand von 1601 weitgehend wieder erreicht, ja überschritten war. Der Wohlstand der Gau-Siedlungen wäre noch entschieden größer gewesen, hätte nicht der mangelnde Waldbestand die Bewohner trotz erheblicher Einschränkungen des Holzkonsums (29) auf die Waldseite als das alte wirtschaftliche Ergänzungsgebiet angewiesen (30). An Hand der Forstrügenprotokolle der sponheimischen Förster sowie den Angaben der Publikationsorte von Holzversteigerungen läßt sich die Abhängigkeit rheinhessischer Gemeinden von den Holzbeständen des Kreuznacher Soonwaldes festhalten (31). Über alte Waldnutzungsrechte (32) einzelner Gaudörfer und Verpflichtungen zur Jagdfron (33) im Soonwald geben die Weistümer, die bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts, was die Konservierung dörflicher Rechte und Pflichten anging, hier allgemein ihre Gültigkeit bewahrten, Aufschluß.

23) GLAK 75/95 (II).

24) Maurer 76, 80ff.

25) Vgl. die Tabelle: „Bevölkerungsbewegung im Oberamt Kreuznach 1601-1791“.

26) Bevölkerungszuwachs durch Einwanderung u. ä. im Amt Kreuznach i. Jahre 1660 (in Personen): Wöllstein (1), Sponheim (1), Langenlonsheim (1), Auen (3), Schwabenheim (3), (Bosenheim (3), Sprendlingen (2). STAK 33/10274 (nach d. Einzugsgeldern).

27) Die Parallelaufstellung für 1670: Bosenheim (14), Sprendlingen (19), Oberhilbersheim (3), Zotzenheim (14), Gensingen (17), Langenlonsheim (8), Frei-Laubersheim (13), Siefersheim (6), Wöllstein (6) — Kreuznacher Waldgemeinden (ohne die der Unterämter): Traisen (2), Weinsheim (5), Sponheim (3), Bockenau (16!), Auen (4), Hargesheim (2), Roxheim (1), Gutenberg (10), Braunweiler (3), Rüdesheim (—). STAK 33/10248.

28) Von 1702 bis 1706 stieg nach einem Bericht des bad. Land Schreibers die Bevölkerung in Sprendlingen um 50%, in Bosenheim um 33% u. in Langenlonsheim um 25% an (GLAK 75/98). In den Unterämtern hielt sich, wie die Tabelle im Anhang zeigt, die Zuwachsquote nach den Verlusten durch den Dreißigjäh. Krieg in verschwindend geringen Grenzen. Mit jedem neuen Krieg drohte eine Zunahme der Entvölkerung; vgl. GLAK 75/95 (II). Zur pfälz. Bevölkerungspolitik nach dem Dreißigj. Krieg: Kollnig 11f.

29) In der Gemeinde Sprendlingen taten sich noch um 1765 jeweils 3 bis 4 Haushaltungen zusammen, um den Winter zu verbringen. Das Backen wurde mit Stroh bestritten, von dem man jährlich 8000 Bund verbrauchte. Die Klafter Holz (= 4 Raummeter) wurde von Kreuznach für 12-18 fl bezogen. GLAK 75/377.

30) Schon i. 15. Jh. brachten Händler Soonwaldholz auf der Nahe bis Bingen und stromaufwärts bis zum Weinheimer Kran. GLAK 67/888.

31) Vgl. Abb. im Anhg.

32) Z. B. erlaubte das Pfaffen-Schwabenheimer Weistum den Dorfbewohnern grundsätzlich die Deckung des Holzbedarfs im Soonwald. STAK 33/2435.

33) 1730 hatten die Bewohner von Oberhilbersheim und Bosenheim auf Grund alter Verpflichtungen zur Wolfsjagd im Soonwald zu erscheinen. STAK 33/10257.

Wesentlich ungünstiger lagen die Verhältnisse in den Unterämtern, wo man um 1700 nichts „alß berg und thal, Stein und Klippen, rawe sturmwindt, verarmbte Unterthanen, ruinirte und eingefallene Häußß, oder ahn deren stell hier und dar von leyhen oder sonsten wie oben gemeldt zusammengetragenen steinen zur kümmerlichen wohnung zubereitete krufften und hütten finden thut (34), davon das Erdereich so beschaffen, daß eß durch 3 paar Ochßßen (35) umbgerißßen und jedes Jahrs, wann eß anderst was tragen soll, mit häufigem thung zu herfürbringung der frucht praeparirt werden muß (36), und besteht die ganze nahrung und kummerschafft in Wießen, etwas Viehzucht und Habern... (37). Die französischen Festungen, wohin der Hafer mit einer zum Teil vorteilhaften Gewinnspanne verkauft werden konnte, waren rasiert, eine Umstellung auf andere Produkte kaum möglich. Daß dabei die Lasten noch z.T. gewissenhafter an das Oberamt abgetragen wurden, als dies von Seiten der Gaubevölkerung geschah (38), war auf die äußerst einfache Lebenshaltung der anspruchslosen und arbeitsamen Bevölkerung zurückzuführen (39).

Die Gegensätze von Ebene und Gebirge, oder spezieller, von Gau und Wald, geben bis 1708 wesentliche Kriterien zur Beurteilung der wirtschaftlichen, verfassungs- und verwaltungsmäßigen Spannungen innerhalb der Grafschaft Sponheim zur Hand und werden in ihren Auswirkungen auch in der Frage einer Begrenzung des territorialen Raumes „Vordersponheim“ greifbar. Über den Lebensbereich der Bevölkerung (40) der Vorderen Grafschaft Sponheim

-
- 34) Dagegen waren nach einem bad. Bericht v. 1702 die Häuser in Kreuznach teilweise wieder in einem besseren Zustand, als sie sich vor der Zerstörung befanden. GLAK 75/97.
- 35) Oder mit 4 Pferden, während auf der Gauseite ein gutes Pferd vollauf genügte. GLAK 75/93.
- 36) Dagegen mußte der Boden auf der Gauseite in 20 Jahren kaum einmal aufge bessert werden. Nach einer Schätzung des bad. Truchsessens Geis war ein Morgen Ackerland auf der Gauseite mit 50 fl zu taxieren (1701), mit 10 fl dagegen in Kirchberg, Koppenstein oder Naumburg. Ein Malter schwarzen Hunsrückers Korn stand im Preis 25% niedriger als das Kreuznacher. Daneben sei noch auf die stark differierenden Bodenerträge am Beispiel Weizen hingewiesen. 1789 erbrachte ein Morgen zu 160 Nürnberger Quadrat bei guter Bodenqualität in Kreuznach (Gauseite) 40 Simmer, in Weinsheim (Waldseite) 12 Simmer, bei mittlerer Qualität 32 (10) und bei schlechter Qualität 24 (8) Simmer Weizen. STAKrn 774/4.
- 37) Aus einem bad. Gutachten v. 1702. GLAK 75/97.
- 38) Was z. T. vom Oberamt schamlos ausgenutzt wurde. So schlug man bei einer Schatzungsrenovation von 1688 den Morgen Ackerland in der Pflege Sohren (Amt Kirchberg) mit 24 Kreuzern, im Amtsbezirk Kreuznach jedoch mit 20 Kreuzern an. GLAK 75/97.
- 39) Die üblichen Mahlzeiten bestanden aus Haferbrei und Wasser, die Kleidung war von billigem Leinen (ebd.). Über die Eigenschaften der Bevölkerung findet ein durlichesches Gutachten v. 1765 lobende Worte: „Die Menschen sind gesund wegen der dünnen und reinen Luft. Sie haben eine gute Farbe. Ihre Größe ist mittelmäßig. Die an der Mosel seynd geringer wegen der ungemein harten Arbeit; doch hat es zu Winnigen (H. G.) schöne Leuthe; aber da isset und trincket man auch was rechtes. An Vernunft fehlt es ihnen keineswegs. Sie werden bei dem Soldatenstande als ordentliche und brave Leuthe gerühmet, wann sie nur das erste halbe Jahr überstanden haben, als da ihnen die Heimat noch zu viel im Kopf steckt. Der Fleis und die Arbeitsamkeit ist dem Moselbauern und dem Hunsrückers eigen. Bei einer nur mittelmäßigen Regierung würden sie die beste Unterthanen seyn.“ GLAK 75/377.
- 40) Gemeint sind in Anlehnung an den Begriffsinhalt der „genealogischen Lebensräume der Dynastien“ (vgl. Aubin-Frings-Müller, Kulturströmungen 68ff) die hauptsächlichsten Einzugs- u. Ablagerungsgebiete, hier der breiten Bevölkerungsschichten des Gebietes. In unserem Falle bleiben Adel und städtisches Bürgertum ausgeklammert.

lassen sich für das 16. und 17. Jahrhundert nur schwierig und mit aller Vorsicht Aussagen treffen. Lediglich für die Zeit um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert und den eigentlichen Kreuznacher Amtsbezirk läßt ein günstiger technischer Umstand im Entwicklungsprozeß des vordersponheimischen Leibeigenschaftswesens in Verbindung mit der guten Quellenlage (41) eine einigermaßen befriedigende, wenn auch nicht umfassende Aussage zu.

Der sich hier ergebende wirtschaftliche und „kulturelle“ wie auch einfach menschliche Kommunikationsbereich der vordersponheimischen Bevölkerung (42) erfaßte immerhin ein erheblich über die Amts- und Territorialgrenzen nach Norden und Osten weisendes, relativ abgerundetes Gebiet, das im Westen und Norden eine natürliche Begrenzung im Soonwald und Rhein fand, sich im Osten in dem kurmainzischen bzw. kurpfälzischen Territorialbesitz festlief und lediglich im Süden infolge der kleinen, bereichsschwachen Waldgemeinden (43) nur wenig ausgreifen konnte. Die Nahe bildete zumindest für die anliegenden Gemeinden kein ernsthaftes Hindernis (44). Im allgemeinen gemieden wurden im näheren Umkreis – wohl nicht zuletzt infolge der konfessionellen Gegensätze – die erbstiftlich mainzischen Gebiete, die gräflich ingelheimischen Hunsrückgemeinden, Teile der Herrschaft Dalberg sowie aus weniger offensichtlichen Gründen die im Besitz der Freiherrn von der Leyen befindliche Herrschaft Argenschwang.

Bemühen wir uns in anderer Hinsicht eine genauere politische und administrative Grenzziehung zu suchen, um etwa zu einem Amtsgebilde in modernem Sinne zu kommen, so ergeben sich sofort erhebliche Schwierigkeiten. Während die Gemeindegrenzen (45) im Gau- und Waldteil des Kreuznacher Amtsbezirks im wesentlichen im 17. Jahrhundert als geschlossen anzusehen sind, – als ein Ergebnis des Abschließungsprozesses blieben in negativer Hinsicht die Ausgemärker übrig – (46), liegen im Bereich der Soonwaldämter wie

41) STAK 33/2435. Oberamtsbeschreibung und Weistum der V. G. Sponheim (Oberamt Kreuznach) v. 1601. Während sich im folgenden die Loskaufbestimmungen bei Zuzug und Abwanderung von Leibeigenen durchsetzten (vgl. auch Kollnig 22), läßt der im Oberamtsweistum fixierte Zustand noch durch die Bestimmung von Herkunft und Ziel der Bedzahlungen der einzelnen Leibeigenen deren Wanderungen erkennen und führt so zu einer relativ eindeutigen Bereichsabgrenzung.

42) Vgl. Abb. im Anhg.

43) Vgl. Abb. im Anhg.

44) Vgl. Abb. im Anhg.

45) Zu dem Problem der mittelalterlichen und neuzeitlichen Markgrenzen vgl. Bader, Der schwäbische Untergang, Studien zum Grenzrecht u. Grenzprozeß i. Mittelalter, Freiburg 1933, S. 11; ders., Kondominat im Prechtal 35, 81.

46) Ansätze zur Bildung von Ausgemärkern, nicht mit den sog. Ausbürgern zu verwechseln, mußten erfolgen, als bei der Abgrenzung der Dorfmarken der Besitz von Bewohnern teilweise jenseits der Grenzen in die benachbarten Gemarkungen, bzw. unter Umständen des benachbarten Territoriums, fiel. Die sponheim. Ausgemärker zahlten an die Gemeinschaft für ihren dortigen Grundbesitz: Schatzung, Bede, einen Beitrag zu den außerordentlichen Auflagen sowie im 18. Jh. Fruchtausfuhrgeld. Vgl. STAK 33/2435; STAKrn 766/1 (Hofgericht 1667). U. a. hatten Ausgemärker einen bedeutenden Anteil an den Gemarkungen der Gemeinden Weinsheim (STAKrn 934/1) u. Kreuznach. Ein vermutlich der Mitte des 18. Jahrhunderts zugehörendes Schatzungsregister gibt für Kreuznach Herkunft u. Zahlen an: Bosenheim 93, Bretzenheim 8, Mandel 1, Planig 50, Winzenheim 60 (alle ritterschaftlich), Hackenheim 8, Hargesheim 9, Traisen 1, Weinsheim 2, Rüdesheim 13 Ausgemärker in Kreuznach (STAKrn 787/1). Eine Vermehrung der Zahl der

auch im Amt Naumburg (47) während des gesamten 18. Jahrhunderts vielfach noch ungeklärte Grenzverhältnisse mit den verschiedensten, sich überkreuzenden Rechtsansprüchen der einzelnen Territorien und ihrer administrativen Unterteilungen vor. Die Konsolidierungstendenzen an den teilweise lediglich mit Lachbäumen (48) markierten Grenzen des fast unbesiedelten (49) kurpfälzischen Soonwaldes lassen sich bis 1789 verfolgen. Die zahlreichen Grenzbegehungen und Absteigungen zusammen mit den benachbarten badischen (50) und ritterschaftlichen (51) Vertretern, die z. T. noch mit unzulänglichen Hilfsmitteln erfolgten (52), hatten niemals die Bedeutung einer endgültigen Bereinigung.

Als weitere Unsicherheitsfaktoren stehen einer Festlegung und Verfestigung der sponheimischen Territorialgrenzen die aus dem Mittelalter überkommenen Anteile der Gemeinschaft Sponheim an verschiedenen angrenzenden Vielherrschaften im Wege, die praktisch in den betreffenden Gebieten eine Potenzierung der an sich schon unübersichtlichen Kondominatsverhältnisse verursachten und allen Versuchen einer präzisen kartographischen Wiedergabe spotten.

Die bedeutendste der Vielherrschaften, die Gemeinschaft Wöllstein, bis 1372 bzw. 1375 in wild- und raugräflichen Händen (53), umfaßte auch die

Ausgemärker ließ sich zuweilen nicht verhindern. 1703 drohte dem durch die Kriegergebnisse verarmten Amt Kirchberg der Ausverkauf eines großen Teils des privaten Landbesitzes an die kurpfälzischen und rheingräflichen Nachbarn (STAK 33/2431). — Von besonderer Bedeutung war der 700 Morgen umfassende „Oberhilbersheimer Bezirk“ in der Spredlinger Gemarkung. In der ersten Hälfte des 17. Jhs. erreichte Oberhilbersheim für seinen Bezirk eine Herabsetzung der Bedabgaben von jährl. 6 alb. pro Morgen, 1/2 Simm. Bedkorn bzw. 3 Maß Wein auf 3 alb. 1 1/2 mltr. Korn sowie 1 Ohm Bedwein. Ein neuer Vergleich in d. zweiten Hälfte d. 17. Jhs. schraubte zwar den Betrag wieder in die Höhe, befreite jedoch die 700 Morgen Land von allen anderen Servituten und sprach den Oberhilbersheimern gewisse Weidgerechtigkeiten in der Spredlinger Gemarkung zu. Als 1708 Spredlingen an Baden fiel, stellte der nun zusammengelegte u. abgesteinte Oberhilbersheimer Bezirk praktisch eine pfälzische Exklave dar, der für die markgräfliche Amtsverwaltung finanziell fast völlig ausfiel; vgl. GLAK 75/107.

47) Lentze 61ff.

48) Vgl. Zitzen, Tiere u. Forsten 201.

49) Teilgebiete sind allerdings bereits um 1600 abgesteint; vgl. STAK 33/4723. Daneben fanden jedoch Lachbäume auch im 18. Jh. noch als Grenzmarkierungen Verwendung (ebd. 33/2433).

50) Grenzbegehungen zwischen dem Winterburger Forst (H. G.) u. dem Soonwaldgebiet des Oberamtes Kreuznach erfolgten: 1601, 1731, 1738, 1739, 1748, 1749, 1750, 1751, 1753 u. 1754. STAK 33/4723.

51) 1718/19 fand eine Grenzbegehung und Absteingung zwischen dem vordersponheimischen u. dem v. ingelheimischen Soonwald statt (STAK 33/2433), 1762 plante die kurpfälz. Verwaltung eine Revision, die allerdings 1790 noch nicht durchgeführt war. 1730 erfolgte eine Grenzbegehung mit den v. dalbergischen Beamten (ebd. 33/4723). Der Anstoß ging bezeichnenderweise jeweils von den Vertretern der Ritterschaft und nicht von Kurpfalz aus, dem an einer Klärung der Grenzverhältnisse wenig gelegen sein mußte.

52) So gingen 1750 zur Bereinigung eines Streitfalls die ältesten Männer, „welche dem todt und der schwersten Verantwortung bey Gott menschlichem vermuthen nach am nächsten wären“ die vermeintliche Grenze ab, und es fehlten auch nicht die Knaben, wie sie schon in karolingischer Zeit zu Grenzbegehungen herangezogen wurden, die sich mittels verabreichter Ohrfeigen den Grenzverlauf einzuprägen hatten; STAK 33/4723.

53) Über die mittelalterlichen Herrschaftsverhältnisse in Wöllstein vgl. Brilmayer 474f; Fabricius VI, 90*; Böhn 214f.

Gemeinden Gumbsheim und Pleitersheim und gehörte anteilmäßig zu 2/4 der Gemeinschaft Sponheim, zu 1/4 den Grafen von Nassau – Weilburg bzw. Nassau-Saarbrücken (54) und weiter zu 1/4 der Herrschaft Neu-Bamberg bzw. dem Erzstift Mainz an (55). Die 14 Wöllsteiner Schöffen unterstanden jeweils einem gemeinschaftlichen Amtmann (Schultheiß) oder drei Schultheißen der verschiedenen Herrschaften (56). Jede Herrschaft besaß im Dorfbereich einen abgesteinten Bezirk sowie Leibeigene, von denen sie Frondienste und Steuern forderte. Die Wöllsteiner Gemarkung und die der kleinen Gemeinden Gumbsheim und Pleitersheim (57) blieben ungeteilt. Schatzung, Gerichtsstrafen sowie Ein- und Abzugsgelder wurden gemeinschaftlich eingezogen. Bei wichtigen Verwaltungsangelegenheiten und zur Rechtsprechung in schwereren Kriminalfällen trat man in Wöllstein jeweils zu einem „gemeinen Tag“ zusammen (58). Seit 1619 verhinderten jedoch Präzedenzstreitigkeiten zwischen Mainz und Nassau die gemeinschaftlichen Zusammenkünfte. Als 1660 Kurpfalz zu einem Fünftel in die Vordere Grafschaft Sponheim aufgenommen wurde und somit Anrecht auf ein Zehntel(!) der Einkünfte in der Vielherrschaft Wöllstein erhielt, gaben die durch den Präzedenzstreit verursachten Mißstände nun wiederum den Pfälzern eine Handhabe, um in einer Reihe von Versuchen, wenn auch schließlich erfolglos, die Ortsherrschaft anzustreben (59).

Auch in dem ehemals mainzisch (5/8) – daun-falkensteinisch (1/8) – sponheimischen (2/8) Kondominat Neu-Bamberg (60) konnte Kurpfalz über den sponheimischen Anteil, der seit 1543 als Lehen in Händen der Bayer von Bellenhoven war (61), in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts Eingang finden. Kurmainz hatte sich hier eine günstige Ausgangsstellung verschafft, indem es 1663 den seit 1467 als Pfandschaft bei Daun (-Falkenstein) verbliebenen Anteil einlöste (62) und sich in dem Vergleich mit Pfalz-Simmern (1663) die Anrechte auf das bellenhovische Lehen sicherte. Auf Grund verschiedener rechtlich höchst zweifelhafter Aktionen, zuletzt 1673 nach dem Tode von

54) Dieser ehemalige wildgräfliche Anteil blieb mit Kurtrier durch Lehensnexus verbunden. Bei der nassauischen Teilung v. 1629 fiel das Viertel von der Herrschaft Kirchheim an das saarbrückensche Amt Jugenheim; Kölner 282.

55) Das Neu-Bamberger Viertel an Wöllstein besaßen Falkenstein zu 6/8 (ab 1663 an Mainz) u. v. Bellenhoven zu 2/8.

56) Die Regelung schwankte im einzelnen. STAK 33/2435; STAD Salb. Rheinhessen 81 b, f36; Bad. Reg. III, 88 (5780).

57) 1673 hatte Mainz in Pleitersheim noch eine einzige leibeigene Familie sitzen, Nassau bereits keine mehr, was sich naturgemäß nachteilig auf seinen Besitz der halben Ortsherrschaft auswirken mußte; vgl. STAD Salb. Rheinhessen 81 b, f41f.

58) Vgl. auch STAK 33/2442 flff. Geringere Vergehen wurden vor dem Schöffengericht abgeurteilt, das nach 1486 seinen Oberhof in Kreuznach hatte; vgl. d. Gerichtsordnung v. 1486 (STAK 33/2435). Auch an der Besetzung des Kreuznacher Blutgerichtes hatte Wöllstein Anteil.

59) STAD Salb. Rheinhessen 81 b, f32; STAK 33/10475 (nassauische Gravamina). 1681 wurde ein Reunionsversuch von der Herrschaft Reipoltskirchen (Falkenstein) aus unternommen; ebd.

60) Zu dieser Gemeinschaft gehörten außer einem Anteil an der Vielherrschaft Wöllstein noch Eckelsheim und Rechte in Wonsheim. Letztere wurden in der ersten Hälfte des 17. Jhs. durch die Grafen v. Falkenstein veräußert; STAD a. a. O. f5f.

61) Vgl. Böhn 171. Über vorangehende Lehensvergaben unterrichten im einzelnen die Neu-Bamberger Burgfrieden; STAS Kurpf. Urkunden 1675, 1682.

62) Die Verpfändung war während der Mainzer Stiftsfehde durch Erzbischof Adolf erfolgt; Böhn 171. Zu der Einlösung vgl. STAD Salb. Rheinhessen 81 b, f8; Mentz II, 124.

Bellenhovens (63), konnten sich jedoch die kurpfälzischen Beamten dessen Anteils bemächtigen und die zuvor schwache Position (64) in ihrem Sinne um- und ausgestalten. 1714 gab Kurpfalz seine Anteile an Neu-Bamberg wie auch an Wöllstein zugunsten von Kurmainz auf.

Auf der Hunsrückseite war Vordersponheim (65) im Besitz eines vierten Teils des abgesteinten Hochgerichts Kellenbach, im Mittelalter vermutlich eine allodiale Ganerbschaft (66), zu dem neben Kellenbach selbst die Dörfer Königsau (67), Schwarzerden und Henau zählten. Die übrigen Viertel gehörten den ritterschaftlichen Familien von Schmidtburg, von Kellenbach und Mistämmen und der Erbgemeinschaft Steinkallenfels, letztere hatte noch um 1560 die Oberherrschaft in dem Gerichtsbezirk inne (68). Der sponheimischen Gemeinschaft gelang dann unter kurpfälzischer Initiative in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die Einführung von Zollgerechtigkeiten (69), des Weinumgelds und des Weinkreuzergelds (70). Nach der sponheimischen Teilung von 1707/08 konnte sich Baden gegenüber den fünf freiherrlichen Kondomini (71), die die Ausschreibung der Hochgerichtstage und eine Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip beanspruchten, nur noch mit Mühe behaupten (72).

In dem ehemals vierherrlichen Gericht Hottenbach, das aus den Gemeinden Hottenbach und Hellertshausen gebildet wurde, übten die landesherrlichen Rechte zu gleichen Teilen Vordersponheim, Kurtrier (73), die Wild- und Rheingrafschaft (74) und die Kratz von Scharfenstein aus. Vermutlich zwischen 1558 und 1600 wurden die kurtrierischen und sponheimischen Anteile zusammengeworfen und „die Ganerbschaft“ (75) gleichmäßig hieran beteiligt, so daß um 1600 die Gerichtsherrschaft folgendermaßen verteilt war: Rheingraf Otto und Kratz von Scharfenstein (76) je 1/4, Kurtrier, die Gemeinschaft Vordersponheim und die Ganerben je 1/6 (77). Das Gericht

63) Wobei der kurmainzische Amtsverweser vertrieben wurde. Ein von Kreuznach aus besoldeter kurpfälzischer Keller wurde Nachfolger. Dieser fand bei der lutherischen Bevölkerung Rückhalt; STAD a. a. O.; STAKrn 777/1.

64) Die Grafen v. Falkenstein hatten während der Pfandschaftsperiode in allen landesherrlichen Angelegenheiten ein Vorzugsrecht vor den v. Bellenhoven behauptet. Kirchenrecht und Patronatsrecht standen ihnen allein zu, v. Bellenhoven hatte lediglich zu bestätigen. Auch eine Beteiligung an der Schatzung wurde ihm abgesprochen, Abgaben an die Ritterschaft hatte er aus seinen Privatgütern zu bestreiten. Nach 1673 kehrte sich das Verhältnis um, und Kurpfalz verlangte als v. bellenhov. Rechtsnachfolger ein *jus praecipuum* (STAD a. a. O.).

65) Verwaltungsmäßig gesehen das Unteramt Koppenstein. Dem sponheimischen Burgfrieden war der Anteil nicht eingeschlossen.

66) Vgl. Fabricius VI, 130.

67) Anteile an Königsau u. Schwarzerden waren kurtrierische Lehen; ebd. 129.

68) Kellenbacher Weistum v. 1560; STAK 33/2435.

69) So wurde u. a. ein Zollstock zu Schwarzerden gesetzt; vgl. STAS Kurpf. Akten 4,2.

70) STAK 33/10477.

71) 1732 hatten diese noch ganze 12 Leibeigene im Hochgerichtsbezirk; GLAK 75/513.

72) GLAK 75/95 (II); STAK 33/142; 33/143; 33/145.

73) Durch das Amt Baldenau. Vgl. für d. 14. Jh. Fabricius VI, 67*.

74) Durch das Amt Wildenburg.

75) Sie wird nicht näher gekennzeichnet. Möglicherweise handelte es sich hierbei um die benachbarte Ganerbschaft Steinkallenfels.

76) Nach dem Aussterben der Kratz v. S. (1714) zog Kurtrier den Anteil unter Protest der Grafen v. Solms-Rödelheim als deren Rechtsnachfolgern *jure caducitatis* ein; GLAK 75/513; Keller 174.

77) STAK 33/2435.

wurde abwechselnd auf dem den Krätzen und dem Wildgrafen zugehörigen „Oberhof“ und dem trierisch-sponheimischen „Niedersten Hof“ abgehalten. Jeder der Gerichtsherrn setzte einen Schultheißen. Auf den beiden Lehngütern saß jeweils ein Hauptmann, der für den Zinseingang verantwortlich war. Der sponheimische Rechtskomplex war unter der Bezeichnung „Pflege Hottenbach“ (78) zusammengefaßt und unterstand dem Unteramt Kirchberg. Waren auch die finanziellen Einkünfte für die Gemeinschaft Sponheim vergleichsweise verschwindend gering (79), so hatte das Kreuznacher Oberamt jedoch verstanden, sich infolge des sponheimischen Wildfangrechts, das hier bis in das 17. Jahrhundert gehalten werden konnte (80), einen großen Teil der Bevölkerung als Eigenleute zu sichern (81) und infolgedessen einen beträchtlichen Einfluß auszuüben.

Einen weiteren Abschnitt bilden dem mittelalterlichen Personenverbandsystem entwachsene, ursprünglich präterritoriale Rechte, die ihren überregionalen Charakter teilweise bis in die Neuzeit ausweisen konnten und den traditionellen Bestrebungen des pfälzischen Gemeinherrn entsprechend nach Möglichkeit erhalten, bzw. noch ausgedehnt wurden (82). In der Regel sind diese Rechte in ihrer Verbindung mit der Leib- und Schutzherrschaft über die bäuerliche und zum Teil auch städtische Bevölkerung zu sehen, wobei die verschiedenen Modifikationen das schon angedeutete Gefälle innerhalb der dörflichen Verfassungszustände vom Gauegebiet zur Gebirgszone weiterhin bestätigen. Gerade am sponheimischen Leibeigenschaftsverhältnis wird deutlich, in welchem Umfange im pfälzischen Bereich das Gebilde eines Amtsbezirks noch im 17. und 18. Jahrhundert den verschiedensten fluktuierenden Einflüssen unterworfen sein konnte, die allgemein als Anomalien hinsichtlich des neuzeitlichen territorialen Hoheitsgedankens zu werten sind.

Leibeigene, die aus dem gauwärts orientierten Kreuznacher Amt in ein fremdes Territorium überwechselten (83), blieben als „Ausleute“ mit ihrer Heimatgemeinde und deren Herrschaft durch Verpflichtungen unterschiedlicher Art verbunden, ihre Zugehörigkeit zum Amt Kreuznach erlosch mit dem Tode. Neben der Leibbede und der Dingpflicht (84), die sie weiter an die alte Dorfgemeinschaft knüpften, bestand auch zur Herrschaft ein direktes

78) Seit 1331 kurtrierisches Lehen; Fabricius VI, 392.

79) Aus dem 1/6 der pfalz-badischen Gefälle erhielten die Rheingrafen jeden 4. u. 5. Pfennig. Von 60 einkommenden Gulden standen also z. B. Kurpfalz ganze 1 1/5 fl zu! (Vgl. STAK 33/2435).

80) Hottenbach u. Hellertshausen waren die letzten Ortschaften, für die das Regal noch Geltung hatte (STAK 33/2435). Ein Weistum von 1476 (vgl. Keller 62) gibt noch als sponheim. Wildfangbereich Teile des Amtes Wildenburg, des Hochgerichts Rhaunen und des Amtes Kirchberg an.

81) Hottenbacher Eigenleute (1601):	Hottenbach	Hellertshausen
	Vordersponheim	25
	Kurtrier	—
	Rheingraf Otto	8
	v. Scharfenstein	1
		—

STAK 33/2435; vgl. auch Keller 61; A. Heidrich, Geschichte der Wildenburg und ihrer Umgebung, Kreuznach 1906, S. 30.

82) Vgl. Petry, Träger u. Stufen 82f; Karst 104—126.

83) Oder auch nur in eine Gemeinde desselben Amtsbezirks.

84) In Siefersheim wurden die Ausleute beim Verabsäumen der Dingpflicht bestraft; vgl. STAK 33/2435.

Verhältnis von unter Umständen wechselseitigen Leistungen weiter (85). Erst um 1600 wurde diese zu höchst unübersichtlichen Verwicklungen (86) führende Einrichtung der Ausleute allmählich unterbunden und die Kreuznacher Amtsgrenze durch die Verfügung des Loskaufs (87) der Leibeigenen bei erfolgreichen Übersiedlungen gegen eine Unterwanderung von außen her geschlossen. Eine größere Abwanderung von Vermögen in andere Territorien wurde durch die Nachsteuer eingeschränkt, lediglich auf einige bevorzugte Gebiete fanden besondere Zugrechte Anwendung, die eine Bevölkerungs- und Vermögensbewegung erleichterten (88).

Auf weitere Sicht hin relativ funktionskräftig blieben vor allem die Regalien und Feudallasten, die sich vornehmlich auf die Leibeigenen innerhalb des eigenen Territorialgebietes beschränkten. Hier sei der Kuriosität halber zuerst das – allerdings einem Schrumpfungsprozeß unterworfenene – sponheimische Wildfangrecht genannt (89), das in seiner reduzierten Ausdehnung vermutlich erst durch die Folgen des Dreißigjährigen Krieges außer Übung kam. Über Bastardfälle hatten Kurpfalz und Baden während der Kondominatszeit gemeinsam zu verfügen. Ein Versuch unter Kurfürst Friedrich III., die sponheimischen Bastardfälle auf Grund des Reichsvikariatsregals vollständig an sich zu ziehen, mißlang (90). Die Bastardfallbestimmungen waren in der Grafschaft Sponheim äußerst hart und hatten zur Folge, daß die wenigsten

85) Gewöhnlich hatten die Leibeigenen Fronfahrten auszuführen. Die falkensteinischen Ausleute zu Frei-Laubersheim schuldeten ihrem Leibherrn jährlich eine Wagenfahrt mit zwei Pferden und 2 Meilen weit. Ein sponheim. Leibeigener zu Fronhausen hatte in der Fron Salz von der Mosel und Kalk von Kalkofen (falkensteinisch) zum Naumburger Amtshaus zu befördern. Die Herrn v. Koppenstein u. v. Dalberg schuldeten ihren im Kreuznacher Amt wohnenden Ausleuten jährlich eine Mahlzeit als Gegenleistung für die Entrichtung der Leibbede; STAK 33/2435.

86) Als Beispiel diene eine Familie aus der Kreuznacher Amtsgemeinde Traisen um 1600: Johann Reitz war sponheim. Eigenmann, dessen Gemahlin sickingische Leibeigene, die beiden Kinder aus dieser Ehe ebenfalls sponheimisch und eine von der Ehefrau mitgebrachte Tochter dalbergisch. Die Bedzahlungen der Familie gingen an drei verschiedene Ämter; STAK 33/2435.

87) Bis 1677 wurden die Manumissions-Scheine durch den gemeinschaftlichen Kreuznacher Amtsschreiber ausgestellt, danach scheinen die Kanzleien die Aufgabe übernommen zu haben; STAK 33/10471. Das Oberamt legte nach den sozialen Verhältnissen der Antragsteller eine Loskaufsumme von etwa 1–12 fl fest. Wohnte eine fremde Person ein Jahr lang als Beisasse in einer sponheimischen Gemeinde, so wurde sie leibeigen und zur Huldigung vor das Oberamt gezogen. Sozial schwache Elemente wies man gewöhnlich ab. In Kreuznach wurden seit 1680 auch Beisassen mit städtischen Aufgaben betraut (Wachtdienste); STAK 33/10474.

88) Vgl. Teil B, II, 2 e (I), (unten).

89) Das Faktum an sich dürfte bis jetzt kaum in der Literatur registriert worden sein. Außer der Pflege Hottenbach umfaßte das sponheimische Wildfangrecht nach der Oberamtsbeschreibung von 1601 noch das Amt Naumburg, wo ein Wildfang zu Heimberg genannt wird (STAK 33/2435). In Kreuznach sind die Verhältnisse unklar, da die kurpf. Beamten 1601 hier das Regal allein verwalteten (ebd.). Nach dem Dreißigjährl. Krieg bemühte sich Karl Ludwig, die Wildfangrechte im sponheimischen Einflußbereich an sich zu ziehen, was ihm u. a. bei den ritterschaftlichen Orten Ebernburg und Badenheim gelang, die in die Alzeyer Ausfauetei einbezogen wurden; GLAK 75/415; STAK 33/10471.

90) Vgl. den Vertrag zwischen Kurfürst Friedrich und Markgraf Philibert v. 1560 über Sponheim. Kurpfalz forderte auf Grund seiner Vikariatsfreiheit die Bastardfälle nicht allein in der Pfalz, sondern auch in den anstoßenden Gebieten. Baden hatte, allerdings auf das eigene Territorium beschränkt, ebenfalls ein kaiserliches Privileg aufzuweisen, so daß Kurpfalz hier nicht durchdrang; STAS Horstmann. H o. fol.

Fälle dem Oberamt zu Gehör kamen (91). Um den Weiterbestand des Regals zu sichern, wurden die Bestimmungen durch einen kurpfälzischen Regierungserlaß im Jahre 1735 gemildert und fanden 1750 bzw. 1753 im Rahmen der für die gesamte Kurpfalz verbindlichen Generalverordnungen eine Neuregelung. Besthauptgebühren (92) waren in Vordersponheim lediglich in dem als Verwaltungsbezirk noch erhaltenen ehemaligen Amt Gutenberg (93) und in Auen üblich (94). In Roxheim blieb die Entrichtung der Gebühren an den Besitzanteil der beiden Dinggüter gebunden (95). 1750 hatte infolge von Erbteilungen die Zersplitterung dieser Lehensgüter einen solchen Umfang angenommen, daß der Personenkreis von einigen wenigen Betroffenen im Jahre 1601 auf die ganze Gemeinde ausgedehnt worden war (96). 1737 wurde der Einzug der Besthäupter für die ganze Pfalz verbindlich geregelt (97). Zwei Jahre später weilte eine Untersuchungskommission in der Amtsschultheißerei Gutenberg. Vermutlich nicht ganz selbstlose Bemühungen des Kreuznacher Aus- und Waisenfaufs, das Besthaupt als Erbschaftssteuer im ganzen Oberamt Kreuznach verbindlich zu machen, scheiterten 1781 (98).

Ihren übergreifenden Charakter als ausfauteiliche Regalien (99) bewiesen auch für Sponheim verschiedene Leibeigenschaftsrechte, allerdings in beschränkterem Umfange als im pfälzischen Kerngebiet und ausschließlich hinsichtlich des ritterschaftlichen Besitzes im Umkreis der Grafschaft. In allen Fällen war es die kurpfälzische Initiative, die Ansätze mittelalterlicher sponheimischer Vogteirechte auszuwerten suchte. Vor allem ist hier als Beispiel Planig zu nennen, das wie Hüffelsheim noch vor der Kondominatszeit unter

- 91) Im 17. Jh. war es in der V. G. üblich, daß dem Haus, worin ein uneheliches Kind geboren wurde, eine jährlich mit 5 rthn zu verzinsende Summe von 100 rthn. als census perpetuus aufgelegt wurde; STAKrn 736/1. Für die Kurpfalz gibt Kauw (Finanzwesen d. Kurpfalz 27), allerdings für das Ende des 16 Jhs., die Bastardfallgebühr mit 30 fl an.
- 92) Besthaupt ist eine ursprl. grundherrliche Abgabe, die später zu einer Reallast wurde. Näheres: Aubin u. a., Gesch. d. Rheinlandes II, 126; Karst 105f.
- 93) Bestehend aus Gutenberg, Braunweiler, Roxheim und Hargesheim. Der Gutenberger Schultheiß hatte noch im 17. Jh. gewisse Verwaltungsbefugnisse über diese Gemeinden.
- 94) Wie bei den Bastardfällen erklärte sich Kurpfalz auch hier 1560 bereit, Baden anteilmäßig zu beteiligen (vgl. Anm 90). Die Gemeinsherrn waren weiterhin zu 1/3 an den Besthauptgebühren in den sinner. Gemeinden Riesweiler und Holzbach beteiligt (STAK 33/2435). Ausgemärker des Oberamtes Kreuznach waren im dalberg. Wallhausen infolge der Einrichtung der 3 sog. „Kälberschultheiße“ noch im 18. Jh. bestauptfrei (die „Kälberschultheiße“ hatten zu Kreuznach Fleischwaren für das Dalberger Schloß einzukaufen); STAKrn 736/1.
- 95) Die Höhe der Abgaben war unterschiedlich. Starb ein Teilhaber des „Oberen Dingguts“, so wurde von der betr. Familie ein ganzer Schatzungsfuß entrichtet; trat ein Sterbefall im „Unter-Ding“ ein, belief sich die Abgabe nur auf die Hälfte (ebd.).
- 96) Anders verlief die Entwicklung bei den Ding- und Fastnachtshühnern (letztere nach dem Hebetermin benannt), diese galten Ende d. 17. Jhs. als feststehende Belastung der Gemeinde, während sich noch zu Anfang des Jhs. die Menge entsprechend der wachsenden Kopfzahl der Bevölkerung ständig vergrößert hatte; STAK 33/10478 f21f.
- 97) 1754 folgte eine Ergänzung zu d. Generalverordnung; vgl. STAKrn 736/1.
- 98) Vgl. STAKrn ebd. Für Roxheim verblieb es nach Protesten der Gemeinde bei der Sonderregelung: „Es ist auch nicht zu verabreden (zu leugnen), daß die Homines proprii bei dermaliger Reichs-Verfassung sehr unterschieden seyen, forth in denen Landtsfürstlichen Bottmeßigkeiten der einer gelinder, der andere härter tam in vivis quam post mortem gehalten werden“.
- 99) Hierzu die als Modelluntersuchung gedachte Arbeit Karsts, a. a. O. 104 ff.

sponheimische Schirmgerechtigkeit gelangte (100). Grundherr des Dorfes war das Kloster St. Jakob zu Mainz, die Vogtei trugen im 15. Jahrhundert die Herrn von Lewenstein von der Abtei zu Lehen. Im Laufe des 16. Jahrhunderts gelang es diesen, bis zu einem gewissen Grade die Landeshoheit zu erringen (101); der kinderlose Johann Wolfgang von Lewenstein resignierte jedoch das Lehen (102), und Kurfürst Johann Philipp von Schönborn wandte den Ort Planig 1655 seinem Bruder Philipp Erwin zu (103). Dessen Sohn Melchior Friedrich verkaufte das ungünstig gelegene Dorf (104) mit Genehmigung des Abtes von St. Jakob 1676 an den Grafen Ferdinand Gottfried von Velen. Da in den Verkauf auch die Planiger Dorfbede eingeschlossen war, griff das gemeinschaftliche Oberamt Kreuznach auf Grund der alten Schirmgerechtigkeit sowie sponheimischer Leibeigenschafts- und Wildfangrechte (105) ein und verhinderte die Huldigung.

Die Bevölkerung der Vorderen Grafschaft hatte nach Planig dergestalt den freien Zug, daß sponheimische Leibeigene dort noch im 17. Jahrhundert ohne Loskauf aufgenommen werden mußten (106). Ihre Leibbede hatten sie weiterhin an die Gemeinschaft Sponheim abzutragen, die zu diesem Zwecke berechtigt war, in Planig einen Faut zu setzen (107). Die sponheimischen Privilegien zu Planig (108) gaben fortwährend Anlaß zu Differenzen. Am 28. 11. 1676 schlossen die sponheimischen Oberbeamten mit den Bevollmächtigten des Grafen von Velen einen Vertrag, der die Rechte des Oberamts in einem gewissen Umfange anerkannte (109). In der Planiger Huldigungsformel wurde die Bezeichnung „Landesherr“ für das Kloster St. Jakob gelöscht und

- 100) Für Hüffelsheim liegt die Kopie des Schirmbriefs vor, den Graf Simon v. Sponheim 1380 ausstellte. Er verpflichtete die Gemeinde zu einer jährlichen Abgabe von 50 mltr. Schirmhafer und versprach dafür den Schutz des Grafen und seiner Amtleute (STAKrn 783/34). Noch 1620 lieferte Hallgarten Schirmhafer an die Gemeinschaft (STAK 33/10238), 1680 wurde er jedoch vom Oberamt vergeblich eingefordert (STAK 33/10474). Auch die Gemeinde Grumbach weigerte sich 1678, Schirmhafer zu entrichten (STAK 33/10472). Zu Schirmhafer als vogteiliche Abgabe, vgl. Baldes 223.
- 101) Wörner, Planig, AHG 14, S. 634—655; Fabricius VI, 507f.
- 102) Schon vorher lagen Differenzen mit dem Kloster wegen wissentlich übergangener Lehenmutungen und Investituren; STAKrn 783/34.
- 103) Heldmann 41.
- 104) Bei jeder militär. Exekution gegen Planig mußte es wegen der Verletzung kurpf. Territoriums zu Komplikationen kommen; vgl. STAKrn 783/34; 762/1.
- 105) Kreuznacher Wildfangrechte in Planig sind erst seit 1670 zu greifen, wobei ungeklärt ist, ob diese als sponheim. oder kurpf. Rechte angesehen wurden; STAKrn 762/1.
- 106) GLAK 75/93; STAKrn 783/34; 783/35.
- 107) Dieser war zur Führung eines Registers über die sponheim. Leibeigenen verpflichtet. Da die Besetzung einer Fauteistelle gewöhnlich Jurisdiktionalbefugnisse nach sich zog, suchten 1676 die v. velingschen Abgeordneten zu erreichen, daß die Planiger Leibbede durch den Sprendlinger Faut erhoben werde (wie es vermutlich vor dem Dreißigjährigen Krieg eingerichtet war), oder, daß zumindest der Planiger Faut als „Leibbedesuffheber“ bezeichnet werde, „in dem der Nahm Fauth mit der Zeit etwas mehrers nach sich ziehen unnd solcher gestalt wie ahn andern orten Ein Fauth in Churpfalz considerirt werden möchte“; STAKrn 783/34.
- 108) 1. Lag der sponheimische Freihof, eine ehemalige Klosterimmunität, außerhalb der Planiger Jurisdiktion. 2. War der Planiger Faut von den Personallasten befreit. 3. Durfte die Klosterherrschaft die sponheim. Leibeigenen nicht mit außerordentlichen Auflagen beschweren. 4. Konnten diese ihren Wein umgeldfrei verzapfen. 5. Hatten sie einen der Planiger Schöffen zu stellen; vgl. STAKrn 783/34; 763/1.
- 109) STAKrn 783/34 (Original). Die Oberbeamten erhielten wegen des eigenmächtigen Vertragsabschlusses von der kurpf. Regierung einen Verweis.

der Passus „Euren gnädigen und rechten Herrn“ mit der Version „Euren gdgn. grund- und Gerichtsherrn“ auf kurpfälzischen Wunsch hin vertauscht (110). Die Realisierung der sponheimischen bzw. kurpfälzischen Landeshoheit rückte so in greifbare Nähe. 1681 erreichte Kurpfalz Einfluß auf die Pfarrbesetzung (111), 1709 wurde die Gemeinde von der pfälzischen Regierung als Bestandteil des Oberamts Kreuznach angesehen (112). Inzwischen war Graf Alexander Otto von Velen, dem St. Jakob 1686 das Lehen abgesprochen hatte, von Kurpfalz mit Hilfe des Oberamtes wieder eingesetzt worden, was jedoch ein Reimmissionsedikt im Jahre 1709 endgültig rückgängig machte (113). Obwohl Planig in die pfälzischen Verträge mit der Reichsritterschaft (114) eingeschlossen wurde, blieben die Planiger Schirmuntertanen von den Abgaben an die Ritterkasse befreit (115). Die Fautei Planig, die dem Kreuznacher Ausfaut (116) unterstellt wurde, blieb weiterhin in Funktion. Die sponheimischen Leibeigenen wurden regelmäßig zu der kurpfälzischen Huldigung in Kreuznach herangezogen. Als 1791 die Planiger Rechte des Klosters St. Jakob an den Fürsten von Bretzenheim übergingen (117), behauptete Kurpfalz trotz Protestmaßnahmen seitens der fürstlichen Verwaltung Landeshoheit und Schutzgerechtigkeit (118).

Der Fautei Planig angegliedert waren die sponheimischen Leibeigenen in den Dörfern Badenheim und Ippesheim. Zwar verzichtete Kurpfalz 1733 zugunsten derer von Schönborn auf seine Leibeigenen in Badenheim (119) und überließ im gleichen Jahre dem Herzog von Lothringen seine Rechte zu Ippesheim (120), dies hinderte jedoch das Kreuznacher Oberamt nicht, bei der kurpfälzischen Huldigung von 1743 die Ausleute nach Kreuznach zu zitieren und, da diese am Erscheinen gehindert wurden, die betreffenden Orte mit Dragonern zu belegen (121). 1748 belehnte Karl Theodor dieitterschaft mit dem Wildfangregal und Leibeigenschaftsrecht in den Dörfern ihrer Mitglieder (122). Die beträchtliche Verschuldung des Ritterkantons

110) Dazu verlangte Kurpfalz das Einrücken der Klausel: „Ohne abbruch der dem Churfurstenthumb Von der Pfaltz (!) und der grafschafft Sponheim zu ständige respec. Hoheits jurium und Regalien“; STAKrn 783/35.

111) STAKrn 762/1 (16. 9. 1681).

112) Vor dem Oberamt wurden Zivil- u. Kriminalsachen von Planiger Eigenleuten verhandelt. Die Planiger ersuchten um Holzzuteilung aus dem Soonwald gleich den übrigen (!) Pfälzern; STAKrn 783/34.

113) STAKrn 783/34; Wörner, Planig, AHG 15, S. 365.

114) So namentlich 1717 u. 1748; vgl. STAKrn 763/1; 767/2.

115) Vgl. STAKrn 783/35.

116) Die in kurpf. Ämtern übliche Einrichtung eines Ausfauts (vgl. Böhn, Alzeyer Ausfaut, MbrhL 4 (1955) 110-116) ist in Kreuznach erst nach der Teilung v. 1707/08 feststellbar. Über die Kompetenzen des Aus- bzw. Hörfauts vgl. die Kurpf. Landesordnung (1700), Vormundschaftsordnung S. 3-29, 57f. Im 17. Jh. eigneten diese Aufgaben in Sponheim dem Stadt- u. dem Landwaisenvogt; vgl. Veltén, Krzn. Hbltr. 1/57, S. 3.

117) Fabricius VI, 508.

118) Vgl. STAKrn 783/35.

119) 13. 4. 1733; STAKrn 763/1.

120) Vgl. Zimmermann, Ganerbschaften 130f.

121) STAKrn 763/1. In Badenheim wurde auf Grund der alten sponheimischen Gerechtsame 1744 wieder ein kurpfälzischer Bedheber bestellt. Später belehnte Kurpfalz die zwei-brückischen Agnaten mit den Leibeigenen und künftigen Wildfängen in Badenheim, die vermutlich 1778 die Rechte als Afterlehen an die Grafen v. Schönborn weitergaben; STAD Abtlg. XII, Konv. 110, Fsz. 5, fl-4.

122) Vgl. STAKrn 767/2.

lieferte jedoch der kurpfälzischen Regierung einen Vorwand, um noch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Faute und Bedheber in den ritterschaftlichen Ausdörfern zu unterhalten (123).

Als Neuzugänge für das Kreuznacher Oberamt sind im 18. Jahrhundert die Leibeigenschaftsrechte in den Gemeinden Boos und Oberstreit (124), in der Herrschaft Mandel (125) sowie die Fautei Schweppenhausen (126) zu betrachten.

Konnte und wollte schon Kurpfalz als die vorherrschende Macht im rheinhessischen Gebiet unter Ausschöpfung der gebotenen, relativ günstigen Ansatzmöglichkeiten (127) eine Ausbildung geschlossener Ortsherrschaften unter Ausschaltung personenverbindlicher Institutionen nicht durchgehend erreichen (128), wieviel weniger mußte dies für den völlig anders gearteten Bereich der Durchdringungen und Überschneidungen verschiedenster territorialherrschaftlicher Einflüsse in der Gebirgszone zu erwarten sein, der schließlich, was den sponheimischen Anteil anlangt, als spätes Erbe dem badischen Kondominatspartner zum Alleinbesitz zufiel. Um die eigenwilligen territorialen Verschiebungen und Verflechtungen innerhalb der Gebirgszone verständlich werden zu lassen, muß die Einrichtung der Hintersassen in ihrer für diesen Bereich charakteristischen späten Ausformung berücksichtigt werden. Im Kreuznacher Amt war diese längst dem neuzeitlichen territorialen Prinzip zum Opfer gefallen. Die sponheimischen Hintersassen des 17. und 18. Jahrhunderts (129) „saßen als Ausbauern der Unterämter „hinter“ fremden Territorialherren auf einem seit Generationen ererbten sponheimischen Hausgrund und unterschieden sich untereinander durch ihre abweichenden Leistungen gegenüber den fremden Ortsherrn und ihren gemeinschaftlichen Leibherrn (130). Typisch für die personale Gliederung der Hunsrückämter sind die Ausbürger, wie

123) Um ihre Untertanen „in gutem Stand“ zu halten (ebd.).

124) Im Unteramt Böckelheim gelegen. In der Gemeinde Boos trennte noch Ende des 17. Jhs. der Dorfbach die pfälzischen von den gräflich-eltzischen Leibeigenen, bzw. später die „altpfälzischen“ von den pfalz-simmerischen, was zu häufigen Komplikationen führte; vgl. STAKrn 801/1. Der v. eltz'sche Anteil kam über die Prinzessin v. Oranien an die Herrn von Steinkallenfels (Widder IV, 144f). 1717 wurden auch die pfälz. Leibeigenen den Freiherrn übergeben, hatten jedoch noch zu den Kreuznacher Huldigungen zu erscheinen; vgl. STAKrn 763/1; STAK 33/1538. Oberstreit war ebenfalls aufgeteilt; vgl. Widder IV, 116; (STAKrn 763/1).

125) Nachdem 1682 kurpf. Bemühungen, in der dalberg. Gemeinde Mandel eine Fautei einzuführen, nicht zuletzt an der offenbar mangelnden bad. Unterstützung gescheitert waren (STAK 33/26a), führte Kurpfalz erst 1763 das Wildfangrecht ein (Köllner 291f), später wurde das Regal den Herrn v. Dalberg zu Lehen aufgetragen; vgl. STAK 33/10284.

126) Vorort des gleichnamigen gräflich-ingelheimischen Amtes; vgl. Fabricius VI, 172f. Die dortige Kreuznacher Fautei blieb relativ unbedeutend, 1743 umfaßte sie ganze 7 Familien; STAKrn 763/1.

127) Was den vordersponheim. Rechtsbereich angeht, griff Kurpf. lediglich die Fautei Flonheim (noch um 1600 bestehend, vgl. STAK 33/2435), wohl infolge der Überschneidungen mit den Kompetenzen der Alzeyer Ausfautei, im 18. Jh. nicht wieder auf.

128) Vgl. hierzu Böhn 52.

129) Vgl. Abb. i. Anhang.

130) Die Ämter Kirchberg und Koppenstein hatten auf ihren Leibeigenen in den angrenzenden Dörfern Gebot und Gehorsam, (bürgerl. Angelegenheiten wurden nicht vor den betreffenden Rügegerichten sondern vor dem Unteramt Kirchberg ausgetragen), Schatzung, Bede, Frondienst, Musterung, Reisfolge, Besetzung der anfallenden Vormundschaften u. Rechnungsverhör. Die fremden Territorialherren hatten von ihren Leibeigenen in den

wir sie u. a. in dem Unteramt Kirchberg antreffen (131). Diese waren im 17. Jahrhundert nicht mehr, wie der Name vermuten läßt, mit bürgerlichen Rechten ausgestattet, sondern wurden als Leibeigene der Stadt Kirchberg angesehen und genossen lediglich das Recht der Freizügigkeit (132). Fabricius führt diese Modifikation des Pfahl- oder Außenbürgertums, dessen Wurzel wohl in dem Menschenbedarf der bevölkerungsarmen Gebirgsstädte zu vermuten ist (133), für Kirchberg bis in das 13. Jahrhundert zurück (134). Im 17. und 18. Jahrhundert bestanden ganze Gemeinden in der Pflege Kostenz lediglich aus Außenbürgern der Stadt Kirchberg, für die Verwaltungsorganisation des Amtes ein wenig zuträglicher Zustand (135).

Griff die Gruppe der Kirchberger Außenbürger nur teilweise in fremdes Territorium hinein – sie war vielmehr als eine Gemeinschaft von Hintersassen im eigenen Amtsbereich anzusprechen – so hatte es eine andere Bewandnis mit den sponheimischen Leibeigenen im Amt Wildenburg, die sich gegenüber der wild- und rheingräflichen Amtsverwaltung behaupten mußten. Ein um das Jahr 1600 gelegter Querschnitt soll mit der Problematik vertraut machen, deren grundsätzliche Tendenzen bis weit in das 18. Jahrhundert für die nachfolgende badische Verwaltung ihre Gültigkeit bewahrten. Heiratete eine Person „ohne folgenden Herrn“ im rheingräflichen Gebiet einen sponheimischen Leibeigenen, so erhielt diese den gleichen Status territorialer Zugehörigkeit. Seit 1595 bestanden nun die Rheingrafen auf ihrem konkur-

beiden Ämtern: Schatzung, Bede und Frondienste. Gebot u. Verbot, Frevel, Bußen, Musterung, Jagdrechte, Reisfolge u. Zoll blieben dem vordersponheim. Kondominat vorbehalten. Außerdem übten noch um 1600 in den Pflegen des Amtes Kirchberg verschiedene Adelsherrschaften, u. a. die Herrn v. Schmidtburg, eine beschränkte Gerichtsbarkeit über den Besitz ihrer Hübner aus. In ihrer Struktur noch weitaus uneinheitlicher, bieten sich die Verhältnisse im Unteramt Naumburg an; vgl. hierzu STAK 33/2435.

- 131) Ähnlich lagen die Verhältnisse in dem hintersponheim. Amt Kastellaun (vgl. Leonhard 53ff). Die Kreuznacher Ausbürger, worunter im 15. u. 16. Jh. die Einwohner der angrenzenden Gemeinden Winzenheim u. Hargesheim verstanden wurden, die sich durch die Beteiligung an der Instandhaltung u. Bewachung der Stadtmauern bzw. durch die Abgabe von sog. Bürgerhafer die Befreiung vom Pfortenzoll verschafft hatten, sind damit nicht vergleichbar. Hierzu vgl. B. T. 105/843 pag. 277ff; Gerlich, Strukturelemente 45, 51 (Binger Mauerbauordnung).
- 132) Wie im Amt Kastellaun (H. G.) waren die Kirchberger Ausbürger den Fronen der Stadt unterworfen, leisteten Beiträge zur Unterhaltung der Stadt u. hatten auch dort ihren zuständigen Gerichtsstand; vgl. GLAK 75/95; Weidenbach II, 17, S. 170. Noch 1601 waren sie vermutlich den eigentlichen Bürgern gleichgestellt (Fabricius VI, 106).
- 133) Lamprecht I, 2, S. 1297.
- 134) Fabricius VI, 106; vgl. Leonhard 53f. Die spätere Ausdehnung des Amtes Kirchberg in den Bezirk der Propstei Ravengiersburg ist auf das Schutzverhältnis der Kirchberger Ausbürger zu den Grafen von Sponheim zurückzuführen; Fabricius, Oberamt Simmern 115.
- 135) Beispiele, die einer neuzeitlichen inneren Vereinheitlichung des Territoriums Hohn sprechen, finden sich zur Genüge. 1601 war in dem vordersponheim. Unteramt Naumburg ein Hintersasse des gleichfalls vordersponheim. Unteramtes Kirchberg wohnhaft. Dieser hatte Schatzung u. Bede in die vielherrschaftliche Schultheißerei Hottenbach zu entrichten und dem Amt Naumburg Frondienste zu leisten. STAK 33/2435 (Krebsweiler). 1732 gehörte ein Teil der Einwohner der bad. Gemeinde Seesbach (Herrschaft Martinsten) der Jurisdiktion des badischen Amtes Naumburg und der Kollektation der Reichsritterschaft an, die übrigen Einwohner unterstanden dem badischen Amt Koppenstein und waren von der Kirchberger Jurisdiktion abhängig; GLAK 75/513.

rierenden eigenen Wildfangrecht (136) und setzten damit den sponheimischen Expansionsmöglichkeiten Schranken (137). Ein ähnlicher Umbruch bereitete sich im Jurisdiktionswesen vor. Bei Gerichtsverfahren zwischen sponheimischen und rheingräflichen Eigenleuten wurde gewöhnlich der sponheimische Leibeigene vor seinen Schultheißen zu Hottenbach oder das zuständige Amt Kirchberg beschieden. Nach der Urteilsfindung erfolgte dessen Vollzug im rheingräflichen Territorium. Die Buße wurde gepfändet und aus der rheingräflichen Obrigkeit in einen der vier abgesteinten sponheimischen Freihöfe (138) des Amtes Wildenburg überführt, dort von dem pfälzisch-badischen Schultheißen abgeschätzt, verkauft, und mit dem Erlös der wildenburgische Amtsangehörige zufriedengestellt. Diese Regelung entsprach natürlich nicht den Interessen der rheingräflichen Verwaltung, deren Bestrebungen auf eine Konzentration sämtlicher Verwaltungsangelegenheiten hinsichtlich der eigenen Amtsinstanz hinausliefen. Einen möglichen Vermögenszuwachs auf Kosten des Amtes suchte man durch strenge Bauverbote und Erschwerungen des Landkaufs zu verhindern, Maßnahmen, die noch in den Jahren der badischen Alleinherrschaft Anlaß zu schier endlosen Auseinandersetzungen gaben.

Wie leicht es unter Umständen möglich war, auch einen größeren, lediglich auf persönliche Abhängigkeit gegründeten Untertanenverband in einem langsamen Absorptionsprozeß einem aktiven, flächenstaatlich ausgeprägten Nachbarterritorium einzufügen, sei an dem Beispiel des Amtes Dill verdeutlicht, womit zugleich eine Gegenbewegung auf dem Gebiet des Hintersassenwesens innerhalb der Grenzen der Vorderen Grafschaft Sponheim aufgezeigt werden soll.

Der Territorialbezirk des hintersponheimischen Amtes Dill bestand lediglich aus dem gleichnamigen Flecken (139) und dem Dorf Sorschied (140). Die Gemeinde Niedersohren, deren sämtliche Eigenleute (141) mit allen Abgaben zum Amt Dill gehörten, lag mit ihrer ganzen Gemarkung in dem vordersponheimischen Unteramt Kirchberg. In verschiedenen weiteren Ortschaften des vordersponheimischen Amtes verfügte Dill über rund 50 Hintersassenfamilien (142), die den Hauptbestand seiner Amtsbevölkerung bildeten. Diese bewohnten die hintergrafschaftlichen Vogteihäuser, die ihre Bewohner als Diller Leibeigene und Amtsangehörige auswiesen. Die Vogteiuntertanen verfügten in ihrer Wohngemeinde über die gleichen Rechte und Nutzungen

136) Brunner (S. 3, Anm. 4) berichtet von einer Verpfändung des Wildfangrechts an die Wild- u. Rheingrafen. Kolde (S. 18) scheint für die spätere Zeit eine Annexion des Regals durch die Rheingrafen anzunehmen. Er weist u. a. schon auf die weite Verbreitung des Wildfangrechts im mittelhheinischen Raum hin.

137) Lediglich sponheimische Leibeigene, die sich zuvor von ihrer Herrschaft losgekauft hatten, sollten sich mit Wildenburger Hintersassen verehelichen; STAK 33/2435.

138) Die 4 Freihöfe zu Bruchweiler werden bereits 1279 in einem Vergleich genannt (MRR IV, 600; vgl. Keller 56; Fabricius VI, 392, 396, 399). Um 1600 hatten die Höfe noch folgende Freiheiten: ihre Bewohner waren von der Abgabe eines Fastnachtshuhns (Zeichen d. persönlichen Abhängigkeit, vgl. Kaur 25) und der Entrichtung von 3 Schilling Heller (vermutl. ebf. Leibbede) befreit, ein Flüchtling war in den Höfen vor dem Zugriff der rheingräfll. Verwaltung sicher; STAK 33/2435.

139) 1780 zählte Dill 37 Bürger (Familien); STAK 56/1283.

140) 19 leibeigene Familien (ebd.).

141) 20 Hintersassen (ebd.).

142) So 1780; vgl. auch Abb. im Anhang.

wie die Kirchberger Amtsangehörigen und trugen zu den gemeindlichen Aufgaben wie Brunnenbau, Instandhaltung der Backhäuser usw. bei. Zu den Vogteiplätzen gehörte ursprünglich in Verbindung mit den Hofreiten ein beträchtlicher Landbesitz, durch den der Anfall von Schatzung, Frondiensten usw. an das Amt Dill begründet wurde. Von den Kindern der Vogteileute konnte jeweils nur eines auf der Landstelle seinen Wohnsitz nehmen, die übrigen ehelichten Eigenleute des Oberamtes Kreuznach und nahmen ihr Erbteil mit sich. Die schatzbaren Güter, die durch Heirat oder Sterbefall in gegenläufiger Bewegung an die Vogteileute selbst fielen, konnten naturgemäß den Landabgang nicht annähernd wieder wettmachen (143). Die Vogteistellen wurden allmählich unrentabel, viele gingen infolge der ungünstigen Bedingungen (144) verloren. Die ausfallenden Fronleistungen hatten die übrigen Diller Pfügleute mitzutragen, so daß diese sich mit der Zeit der höchsten Fronlast der sponheimischen Gesamtgrafschaft gegenübergestellt sahen (145). Auch nach der Teilung der Hinteren Grafschaft Sponheim und dem Übergang des Amtes Dill an Baden hielten sich die Spannungen zwischen dem neuen badischen Amt Dill und dem seit 1708 bestehenden badischen Oberamt Kirchberg. Der Diller Amtsbezirk blieb in einem Prozeß ständiger Auflösung begriffen.

Als vorläufige Zwischenbilanz läßt sich bereits festhalten, daß die Schaffung von einheitlichen Territorialhoheiten in unserem engeren Betrachtungsgebiet, soweit es die untere Administrationsebene anlangte, trotz aller positiven Entwicklungstendenzen ohne die durchgreifenden Reformen im Gefolge der Französischen Revolution in absehbarer Zukunft schlechterdings unmöglich schien. Über die komplexe Vielfalt einzelner Teilrechte für Vordersponheim geben die Tabellen im Anhang Aufschluß. Eine vollständige Abriegelung gegenüber den verschiedensten überkommenen und neuen territorialpolitischen Einflüssen von außen her war in den kleineren Herrschaften nicht durchzuführen. Bezeichnend ist, wenn es z. B. den Schenken von Schmidburg noch zu Anfang des 17. Jahrhunderts gelang, sich – wenn auch nur als „Unterherrschaft“ – planmäßig in die Rechte und Gerechtigkeiten im Bereich des Unteramtes Naumburg „einzufressen“, so daß ihnen im Jahre 1657 dort nicht weniger als 28 Teilrechte zustanden (146).

143) Das Abnahmeverhältnis betrug jeweils durchschnittlich 3:1 zugunsten des Amtes Kirchberg; STAK 56/1283.

144) Während der vordersponheim. Kondominatszeit suchte Baden das Amt Dill, an dem es einen größeren Anteil (1/2) als an dem Amt Kirchberg (2/5) hatte, gegen die kurpf. Annexionsabsichten zu schützen. Daß die bad. Wahl bei der Teilung v. 1707/08 auf Kirchberg fiel, war nicht zuletzt als eine Schutzmaßnahme für das „incorporierte“ Amt Dill gedacht; vgl. GLAK 75/98.

145) U. a. mußten sie sämtliche herrschaftlichen Naturaleinnahmen an Mosel, Nahe oder Rhein transportieren; ebd.

146) Vgl. Lentze 37ff.

II. DIE INSTITUTION DER GEMEINSCHAFT DER VORDEREN GRAFSCHAFT SPONHEIM.

1. Die reichsrechtliche Stellung Sponheims.

Sponheim als Reichs- und Kreisstand.

Die Grafschaft Sponheim entwickelte sich nach ihrem Übergang an die unglückliche auseinanderstrebende Großerbengemeinschaft Pfalz-Baden in ihrem verfassungsmäßigen Oberbau als ein, staatsrechtlich betrachtet, einigermaßen selbständiges Gebilde, das sich von den Kernterritorien der Kondominatsherrn ebenso wie von den Herrschaften der Umgebung abhob und – wenn auch immer mit dem Zwielicht einer gewissen Teilstaatlichkeit behaftet, das es mit vielen Territorialgebilden ähnlicher Struktur im südwestdeutschen Raum zu teilen hatte, – bis 1707/08 ein weitgehendes Sonderdasein führen konnte (1).

Da die Umgestaltung Sponheims zu einem Kondominat vor der späteren Verbindung der einzelnen Territorien mit den Reichstagsstimmen erfolgte (2), war die Grafschaft zwar in den folgenden Jahrhunderten als reichsunmittelbar zu betrachten, besaß jedoch am Reichstag keinerlei Sitz- und Stimmbefugnisse (3). Bemühungen der badischen Kondominatsherrn in dieser Richtung, die keineswegs als aussichtslos anzusehen waren, blieb ein Erfolg versagt (4).

Auch bei dem Einzug der Römermonate blieb Sponheim anfangs nach der Reichsmatrikel von 1521 in den Anschlägen für Pfalz-Simmern bzw. Baden inbegriffen (5). Später fiel ganz Sponheim dem Oberrheinischen Kreis zu und erhielt Sitz und Stimme auf den Kreistagen (6). Baden-Baden, das als solches

1) Vgl. Baders Beobachtung für das Kondominat im Prechtal, a. a. O. 84.

2) Vgl. Fabricius II, 630f. Sponheimische Grafen weilten u. a. 1376 auf dem Wahltag zu Frankfurt, auf den Nürnberger Reichstagen v. 1383 u. 1390, dem Reichstag zu Eger (1389), 1401 u. 1406 zu Mainz u. 1414 zu Speyer. Reichstagsakten I, 56, 416, II 196, 355f, IV 411, VI 23, VII 200.

3) Parallelbeispiele bei Aubin, Gesch. d. Rheinlandes II, 21.

4) Schon im Regulativjahr 1582 (auf den damaligen Familienverhältnissen beruhte die Zahl der späteren reichsfürstlichen Stimmen am Reichstag, vgl. Moser, Reichsstände Landen 232ff; ders., Staatsrecht 34, S. 304) hatte Baden versucht, für Sponheim die Anerkennung der Reichsstandschaft zu erreichen (vgl. Weydmann 40). 1664 scheiterten die bad. Bemühungen, für Sponheim eine Stimme im Reichsfürstenrat zu erhalten, an dem pfälzsimmer. Widerspruch. Im Teilungsvertrag v. 1707 sowie 1754 behielt man sich die Ansprüche auf eventuelle Sitz- u. Stimmrechte für Sponheim auf den Reichskonventen vor. § 7 d. Teilungsvertrages (STAK 33/33); Moser, Bad. Staatsrecht 132.

5) Moser, Bad. Staatsrecht 108f; Weydmann 18. Kurpfalz wurde wegen seines Kurfürstentums an Vordersponheim nicht belastet. 1545 u. 1551 wurde der sponheimische Anschlag auf 8 Reiter u. 26 Fußsoldaten oder 200 fl festgesetzt; vgl. auch Fabricius II, 631.

6) Baden stimmte hier bereits 1548, 1549 u. 1551 für Sponheim ab. STAS Oberrh. Kreis 2016; vgl. auch Malzan 26.

mit seinem Territorialbestand dem Schwäbischen Kreis angehörte, saß bei den Konventen des Oberrheinischen Kreises wegen der Grafschaft Sponheim (7) auf der weltlichen Fürstenbank (8), ohne hier allerdings bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges besonders hervorzutreten (9). Vielleicht mit dem sponheimischen Besitz verknüpft (10) war für die ältere simmerische Linie das zweite Ausschreibamt des Oberrheinischen Kreises. Der Pfalzgraf von Simmern gab als erster auf der Bank der weltlichen Fürsten des Kreistags die Stimme ab (11). Auf den Kreistagen von 1643 und 1650 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem badischen Abgeordneten und den Vertretern der pfälzischen Seitenlinien (12). Während der zweibrückische Bevollmächtigte badische Sitz- und Stimmrechte, die auf der Hintergrafschaft fußten, bestritt, versuchte dies hinsichtlich der Vordergrafschaft der pfälz-simmerische Abgeordnete. Der Kreiskonvent von 1655 zeigte die jüngere simmerische Nebenlinie in einer besonderen Zwangslage, da Kurpfalz nun wegen Lautern ebenfalls Sitz und Stimme im Oberrheinischen Kreis beanspruchte und Pfalz-Simmern somit auf eine sponheimische Stimme angewiesen war (13). Nach dem Tode Herzog Ludwig Heinrichs von Simmern führten Kurpfalz und Baden dann je eine Stimme für Sponheim (14) und beteiligten sich nach ihren drei bzw. zwei Fünfteln an den Auflagen (15), deren Einzug unter der Dreiherrschaft zu fortwährenden Unstimmigkeiten Anlaß gegeben hatte.

- 7) Es bleibt ungewiß, ob lediglich für die H. G. oder auch für die V. G. In den Kreistagsprotokollen findet sich lediglich die Benennung „Sponheim“; vgl. GLAK 75/23 f157f.
- 8) Zwischen Hessen u. Nomeny; vgl. Moser, Bad. Staatsrecht 128. Die Einstufung erfolgte also in diesem Falle nicht vom Rang des Territoriums sondern der dignitas des Territorialherrn her (vgl. Surrogatfrage 7), allerdings konnte auch die auf dem Oberrheinischen Kreistag vertretene Theorie der „gefürsteten Grafschaft Sponheim“ eine ähnliche Rangordnung unterstützen; vgl. STAS Oberrh. Kreis 2016.
- 9) Vgl. Malzan 38. Als man Baden als Grafen von Sponheim die Session auf der Fürstenbank abstreiten wollte, war es in erster Linie der Intervention des mitinteressierten kurpf. Abgeordneten zu verdanken, daß die Position behauptet werden konnte; GLAK 75/93.
- 10) Vgl. Moser a. a. O. 127, dem Malzan 38f folgt, Malzan spricht zu Unrecht von einer Bindung des Ausschreibamtes an die „Pfalzgrafschaft Sponheim“ (vgl. S. 208). Anders Weydmann 16, dem wir uns insofern anschließen, als z. B. Pfalzgraf Richard v. Simmern 1592 zwar Kreisoberst u. ausschreibender Fürst (Malzan 39) war, jedoch wegen seines Fünftels an Kirchberg (1592-1598; vgl. Abb. 1) nicht als sponheimischer Gemeinherr angesehen wurde.
- 11) Über die Entwicklung des Ausschreibamtes im Oberrheinischen Kreis vgl. Malzan 194-201.
- 12) STAS Oberrh. Kreis Nr. 2146 I, Nr. 2145 f72f; GLAK 75/23 f154f.
- 13) Simmern hatte nach dem Kreistagsprotokoll v. 1655 vor u. nach dem Dreißigj. Krieg wegen Lautern Stimme geführt; STAS Oberrh. Kreis 2016 (Sessio 4, 16. 1. 1655).
- 14) Sponheim, Teilungsrezeß § 6 (STAK 33/33); vgl. auch Süß 331ff. Natürlich waren innerhalb von Familienkondominaten auch andere Regelungen möglich; vgl. Moser, Staatsrecht 15, S. 104; Frommann 130.
- 15) Um einen Maßstab für die Höhe des Beitrags der Grafschaft Sponheim zum oberrhein. Kreiskontingent zu geben, sei der 1664 eingeforderte Beitrag mit Vergleichsziffern angeführt. Der Oberrh. Kreis hatte insgesamt 2 Fußregimenter zu jeweils 5 Kompanien u. ein Reiterregiment mit 4 Kompanien zu stellen. Zur ersten Kompanie des ersten Regiments trugen bei: Nassau 88, Simmern 20, Stift Speyer 30, Sponheim 20, Kaisersberg 15 Mann, zur 4. Kompanie d. Reiterregiments: Frankfurt 60, Sponheim und Simmern je 6, u. Veldenz 4 Reiter; STAK 33/43; vgl. auch Fabricius II, 630f.

2. Sponheimische Hoheitsrechte und Regalien.

Die allmähliche Ausbildung der sponheimischen Landeshoheit hatte sich in dem üblichen Rahmen anhand einer Fülle konstituierender Faktoren, die im Endergebnis auf eine organisatorische und verwaltungsmäßige Erfassung des Territoriums hinausliefen (1), vollzogen. Grundherrschaftliche und vogteilige Rechte fanden im vorhergehenden Abschnitt eine innerhalb der Grenzen einer schwerpunktmäßig in die Neuzeit gelagerten Untersuchung möglich und notwendig erscheinende Erwähnung. Hier sollen einige weitere für Sponheim typische Teilgebiete herausgegriffen und vornehmlich auf ihre konsequente Weiterentwicklung im 17. und 18. Jahrhundert hin beleuchtet werden, die bisher infolge einer durch die herrschenden unklaren Vorstellungen geförderten Unterschätzung der Möglichkeiten, die der komplexe Begriff „Kondominat“ umschließen kann (2), vernachlässigt worden sind.

a) Die Vordersponheimische Landeshuldigung

Als es in Vordersponheim zur Konstituierung einer fürstlichen Kondominatsgemeinschaft kam, war hier die Huldigung als Dokumentation der landesherrlichen Inbesitznahme wie in der Pfalzgrafschaft und den badischen Gebieten (3) vermutlich schon in Übung (4). Die Gemeinsherrn, die 1441 eine erste gemeinschaftliche Huldigung durchführten (5), konnten also schon an gewisse Vorformen anknüpfen, die es lediglich mit den Erfordernissen des neuen Kondominatsstatus in Einklang zu bringen galt (6).

Zu den Huldigungen hatten alle männlichen Bürger und Leibeigenen der Grafschaft, die das 18. Lebensjahr erreicht hatten (7), zu erscheinen (8). Für diejenigen, die erst später den altersmäßigen Voraussetzungen genügten, wurden nachträglich sog. Jungenhuldigungen veranstaltet (9). Gefreite Personen hatten nach einer 1653 getroffenen Entscheidung für die Zeit ihres Aufenthalts lediglich ein Handgelöbnis abzulegen (10). Anfänglich erfolgte

1) Mayer, Fürsten u. Staat 276ff; vgl. Karst 3.

2) Vgl. Teil B, Abschnitt III.

3) Für die Pfalzgrafschaft gibt G. Frey, a. a. O. 47 eine Huldigung der Stadt Bretten für Ruprecht I. i. J. 1342 an. Die Huldigung der Stadt Heidelberg i. J. 1326 erwähnt er als 1. Huldigungsaktion gegenüber den Markgrafen v. Baden und Hachberg; ebd. 58.

4) Nach Zillesius (S. 194) ist in Sponheim nach dem Tode des Grafen Johann v. Sponheim i. J. 1340 eine Huldigung anzusetzen.

5) Weydmann 11.

6) Vgl. d. Beinheimer Entscheid (Günther IV, 274). Die Huldigung hatte künftig erst nach dem Burgfriedensschwur zu erfolgen.

7) Die übliche Altersgrenze. Vgl. auch d. Kurpf. Landesordnung (1700), 51; Frey 50.

8) Juden u. Wiedertäufer, die nicht im Besitz der Bürgerrechte waren, blieben zwar von dem Huldigungsakt ausgeschlossen, hatten jedoch ebenfalls anwesend zu sein; STAKrn 763/1.

9) STAK 33/13 (1660, 1674).

10) Die Beamten hatten einen Eid „ad officium“ abzulegen. Im 18. Jh. wurden die gefreiten Personen mit den Hofleuten der ritterschaftlichen Güter zu den Huldigungen zitiert u. bei Nichterscheinen Geldstrafen verhängt; STAK 33/15; 33/2438; STAKrn 763/1; GLAK 75/23. Die Soldaten der Garnison Kauzenburg hatten einen speziellen Huldigungs Eid abzulegen, demzufolge sie versicherten, die Burg „vor beyde Herrschafft Churfaltz

die Huldigung amtsweise getrennt, später hatten sich jedoch auch die Bewohner der entlegenen Unterämter in der Oberamtsstadt Kreuznach einzufinden (11). Bis zum Ende des 16. Jahrhunderts wurde der Huldigungsakt üblicherweise in persönlicher Anwesenheit der Landesherrn vorgenommen. Im Juli 1577 weilten zu diesem Zweck außer Kurfürst noch Herzog Reichard von Simmern, Herzog Johann von Zweibrücken, Markgraf Philipp von Baden und ein Herr zu Henneberg in Kreuznach (12). Auch hinsichtlich der für die Entwicklung der sponheimischen Geschichte nicht ganz unwichtigen Huldigung von 1600 bedachte man im pfälzischen Rat die Anwesenheit des Kurfürsten als „der rais wol werth“ (13). Daneben bürgerte sich jedoch die Entsendung von Bevollmächtigten ein, die im 17. und 18. Jahrhundert zur Regel wurde (14).

Die sponheimische Landeshuldigung unterschied sich wesentlich von der benachbarten kurpfälzischen durch eine „Reversierung unter bestimmten Bedingungen“ (15). Diese Art der Huldigung, die üblicherweise für Territorien mit landständischen Eigenrechten als charakteristisch bezeichnet wird (16), geht in Sponheim in ihren Ursprüngen vielleicht noch auf eine Verfügung des Grafen Johann aus dem Jahre 1339 zurück (17). Die Bestätigung der Privilegien und Freiheiten vor der Huldigung ist für die Stadt Kreuznach ziemlich genau verfolgsbar (18). Noch im Jahre 1600 vermochte sich der Rat der Stadt Kreuznach wegen der Huldigung zu sperren, bis sich die zögernden Pfälzer zu einem Revers bequemen, der einem rechtmäßigen badischen Nachfolger die Wiederaufnahme in die Gemeinschaft nach dem Ablegen des Burgfriedensschwurs zusicherte (19). Als Kurpfalz 1674 die simmerischen Fünftel einnahm,

und Baaden unzertrennet und pro indiviso wohl zu verwahren, ohne beider vorwissen und belieben keine änderung in der garnison vorgehen zue lassen...“ STAK 33/15 (1685). Im Jahre 1652 huldigten die Soldaten der Kauzenburg „nach anfänglichem Stillschweigen“ erst, als ihnen das Zugeständnis gemacht wurde, daß sie nur noch jede 3. Nacht zur Wache herangezogen würden! GLAK 75/22 f203.

- 11) So 1652 die Naumburger Bevölkerung, 1674 die Bewohner sämtlicher Unterämter, 1743 die Einwohner des neuen Unteramtes Böckelheim; vgl. hierzu GLAK 75/22; STAK 33/13; STAKrn 763/1.
- 12) Krzn. Hbltr. 1935, Nr. 7. Der bad. Markgraf wies dabei Stadtrat u. Bevölkerung an den pfälz. Kondominatspartner, der die Huldigung forderte.
- 13) GLAK 75/80.
- 14) 1592 wurde zu der kurpfälzischen Huldigung badischerseits der sponheimische Sekretär (über dessen Amtsbefugnisse nichts näheres bekannt ist) Simon Peter Luone abgeordnet; GLAK 75/22f 100f. Nach 1600 wurden alle Huldigungen von Deputierten abgenommen.
- 15) Fredy 60.
- 16) Below 130; Fredy 15f.
- 17) 1339 vermachte Graf Johann v. Sponheim dem Sohn des verstorbenen Grafen Simon, Walram, und nach ihm jedem ältesten Erben testamentarisch Kreuznach, Gutenberg, Winterburg, Koppenstein u. Dill dergestalt, daß niemand von ihnen zu dem Gebiet zugelassen werde, er habe denn zuvor den Einwohnern die Einhaltung der alten Freiheiten beschworen; Zillesius 194.
- 18) Bestätigungen erfolgten u. a.: 1416 (?) durch Gräfin Elisabeth, 1445 durch Pfalzgraf Friedrich v. Simmern (Bad. Reg. III, 154, Nr. 6394f), 1538 d. Herzog Wilhelm v. Bayern u. Graf Wilhelm v. Eberstein als Vormünder des Markgrafen Philibert (STAK 33/13), 1577 d. Kurfürst Ludwig IV. bzw. Johann Casimir (Krzn. Hbltr. 1935, Nr. 7), 1600 d. Kurfürst Friedrich IV. (GLAK 75/21 f25), desgl. 1615 für seinen Bruder Ludwig Philipp (GLAK 75/25 f191ff), 1622 u. 1652 durch Baden. Inwieweit die Entwicklung in der H. G. parallel lief, ist nicht bekannt; lediglich für Kastellaun erfolgte nach Leonhard (S. 45ff) die Bestätigung der Rechte u. Privilegien nach der Huldigung.
- 19) GLAK 75/21.

blieb vermutlich zum erstenmal eine Bestätigung der Privilegien aus (20). Auch bei der kurpfälzischen Erbhuldigung im Teilungsjahr 1708 erhielt die Stadt eine inhaltende Auskunft (21). Aus der ursprünglichen Bedingung (22) für das Eingehen in den Huldigungsvorgang war allmählich eine landesherrliche Gunstbezeugung erwachsen, die willkürlich gewährt oder vorenthalten wurde (23).

Infolge des Kondominatsstatus der sponheimischen Gebiete bildete die Huldigung wie auch der Burgfriedensschwur unter den Gemeinherrn ein sehr empfindliches Instrument zum Anzeigen der jeweiligen innersponheimischen Krisenzeiten. Zur Legalisierung des Huldigungsaktes in den Unterämtern suchte die kurpfälzische Regierung im Jahre 1600 die Teilnahme des ehemaligen badischen Oberamtsverwesers zu gewinnen, was dieser nicht unpraktisch mit dem Hinweis abzulehnen suchte, daß er seine „Armuth in der hinder Graveschafft liegen habe“ und dort Repressalien fürchte (24). Die badischen Beamten unterzogen sich erst nach anfänglichem Widerstreben der Pflichtleistung gegenüber den Pfälzern (25). Als am 21. November 1622 die badische Immissions- und Exekutionskommission in der Stadt Kirchberg huldigen ließ, bediente sie sich der Huldigungsformel der Hinteren Grafschaft als Verlegenheitslösung und verschwieг wohlweislich den Namen des Gemeinherrn (26). In Kreuznach schlug der kaiserliche Kommissar Wilhelm Ferdinand v. Ehrem die badische Einladung zu der Huldigung und anschließender Festmahlzeit wegen Instruktionsmangels und „vorgewendter Leibsindisposition“ ab und warnte die Bürgerschaft vor der Huldigung (27).

Durch die enge Verbindung mit dem Burgfrieden sollte die sponheimische Huldigung nur bei völlig intakter Gemeinschaft möglich sein (28). 1660 bat der Markgraf in einem *Mémoriale* nach Wien, den Einwohnern der Grafschaft Verweis und Strafe anzukündigen, da diese gegen den markgräflichen Befehl, und bevor der Burgfriede beschworen worden sei, dem uralten Herkommen zuwider „vermeintlich“ gehuldigt hätten (29). Kurpfalz, dessen Einfluß in der Grafschaft gegen Ende des 17. Jahrhunderts spürbar zunahm, fühlte sich durch die veraltete Verfassung wenig gebunden. Bei der kurpfälzischen Huldigung für die simmerischen Fünftel im Jahre 1674 gab Baden

20) Trotz eifrigen Anhaltens des Kreuznacher Stadtschreibers, dem diese Aufgabe jeweils zufiel. Der Stadtrat hoffte vergeblich auf die Unterstützung des bad. Delegierten; STAK 33/13.

21) STAK 33/20.

22) Wenn diese auch von der Herrschaft selbst anfangs zugestanden worden war.

23) So etwa 1730 durch die kurpf. Regierung; STAKrn U293. 1743 wurde anlässlich der Huldigung zwar der Schutz der Stadtprivilegien zugesagt, was jedoch wohl lediglich noch als Formsache zu werten war; ebd. 763/1. 1751 erfolgte eine Zusammenfassung und Revision der alten Stadtprivilegien durch die pfälz. Regierung; vgl. Maurer a. a. O.

24) GLAK 75/81 f18, f25.

25) Ebd. f17.

26) GLAK 75/23 f20f.

27) Ebd. f208f.

28) Vgl. hierzu die Vorgänge v. 1655 zwischen Kurpfalz u. der simmer. Nebenlinie bei P. Burkhard, Kreuznach i. den Jahren 1652-66, Krzn. Hbltr. 2/59, S. 4.

29) Wien J. Ant. 594/23 f1.

auf der ganzen Linie nach (30). Nach dem Tode Markgraf Wilhelms entzündete sich ein langwieriger Streit an der kurpfälzischen Forderung, daß die katholischen Geistlichen gleich den reformierten und lutherischen das Homagium schwören sollten (31). Beide Kondomini griffen zu immer neuen Repressalien. 1681 untersagte Baden wegen dieser Angelegenheit die kurpfälzische Huldigung, die dann mit Gewalt eingenommen wurde (32). Lediglich der Kauzenburger Kommandant unterzog sich der Huldigung nicht (33). Der badische Truchseß zu Kirchberg, der die Stadtpforten vor den zum Huldigungsakt zitierten Bewohnern gesperrt hatte, wurde durch kurpfälzische Gardereiter vom Marktplatz, wo er öffentlich protestierte, entfernt (34). Zusammen mit der Frage der Huldigung der Geistlichen bildete der Vorfall einen fortwährenden Streitpunkt auf den Konferenzen der folgenden Jahre (35). Mit dem Jahr 1685 schien sich die Entwicklung für den badischen Gemeinherrn positiver gestalten zu wollen. Unter Verzicht auf die erforderliche Zusage seitens der badischen Kanzlei erfüllten die pfalz-neuburgischen Abgeordneten die Forderungen, die Burgfriede und Huldigung stellten, eilig und äußerst gewissenhaft (36), während der badische Landschreiber, zwar ohne nähere Weisung von seiner Regierung, jedoch in Rücksicht auf das offenbar gute Verhältnis zwischen dem Neuburgischen und markgräflichen Haus vor den möglichen Folgen eines eigenmächtigen Protests zurückschreckte. Die pfalz-neuburgische Handlungsweise läßt sich aus dem unermittelbaren französischen Druck auf die Grafschaft verstehen, der einen sinnfälligen Ausdruck in dem bereits von der französischen Verwaltung der Rheingrafschaft auf die sponheimischen Hintersassen ausgeübten Zwang fand (37). Wie wenig indes die Zentralverwaltung eines zunehmend erstarkenden Territorialstaates auf die Gesetze und Gepflogenheiten eines kleinen Kondominiums Rücksicht zu nehmen gewillt war, zeigte sich kurze Zeit später in der unvermuteten Huldigung Johann Wilhelms von Pfalz-Neuburg (38) und der einseitigen Possessionserneuerung nach dem Rijswijker Frieden in März 1698, die gegen das ausdrückliche Verbot des badischen Mitgemeiners erfolgte (39).

Mit der kurpfälzischen Erbhuldigung von 1708 änderten sich Inhalt und formale Gestaltung der folgenden Huldigungen. Die in den Protokollen minutiös

30) Vgl. hierzu eine Bemerkung aus der bad. Kanzlei (STAK 33/13): „... daß man durchaus in allen Punkten nachgeben, was ist da wunder, wann Pfalz auch andermal will denn maist zu viel, und sich frembd vorkommen lasset, wann ohngefahr einer daher kombt, der sich nit al(le)s in allem accomodirt, auch wohl eines andern Begehren west“ (1674).

31) STAK 33/28. Kurpfalz, das hier Wert auf gleiche Behandlung der Geistlichen legte, war nicht ganz im Unrecht. Baden wollte zwar die ref. Geistlichen zur Huldigung angehalten wissen, gestattete aber solches Kurpfalz hinsichtlich der kath. Geistlichen nicht. Es scheint allerdings, daß das sponheim. Herkommen diese Inkonsistenz stützte; STAK 33/26a; 33/2656.

32) STAK 33/28.

33) STAK 33/10475.

34) STAK 33/26a.

35) Vgl. STAK 33/27 (1682); 33/26a (1682); 33/2656 (1684).

36) STAK 33/15.

37) Diese mußten der sponheim. Huldigung fernbleiben. Vgl. STAK 33/15 (Übergriffe des frz. Oberamtmanns zu Kyrburg u. des rheingräfll. Schultheißen zu Löllbach).

38) 1688. Handschriftenhang Kremer f32.

39) STAK 33/19.

ausgeführten glänzenden Schauspiele (40), an denen die ganze Bürgerschaft mehr oder wenige aktiv teilnahm, wobei die Pfälzer, immer in Rücksicht auf den Mitkondominanten, lediglich ihr anteilmäßiges Recht an den sponheimischen Leibeigenen zu fordern hatten, entwickelten sich zu präzisen und genormten Manifestationen eines fürstlichen absolutistischen Gepräges, was sich auch in den durchgehenden wenig bedeutenden Huldigungskommissaren (41) für den plötzlich zum Provinzbürger gewordenen Sponheimer widerspiegelte. Dessen loyales oder unterwürfiges Verhältnis zum Landesfürsten, der nur noch in dem auf der Marktbühne deponierten goldenen Zepter „anwesend“ war (42), wurde nicht mehr wie in der Kondominatszeit gefordert und dankbar vermerkt, sondern vorausgesetzt.

b) 1. Sponheimisches Aktivlehen (V.G.).

Die sponheimischen Mann-, Burg- und allgemein Erblehen nahmen, obwohl es sich bei ihnen durchweg um unbedeutendere Güter handelte, in der Auseinandersetzung der Kondominatsherrn eine besondere und eigentümliche Stellung ein.

Als landeshoheitliche Attribute wurden die Lehen in Vergabe und Einzug von den Kanzleien bzw. den Lehenspropsten dirigiert, die sponheimische Oberamtsverwaltung leistete dabei lediglich informatorische Hilfsdienste. Die Regelung der Lehensvergabe ging auf eine Verfügung des beinheimischen Entscheids zurück, wonach der jeweils am frühesten in der Herrschaft nachfolgende Sohn als „älterer Graf“ von Sponheim unter den Kondominatsherrn das Lehensdirektorium zu führen hatte (1). Er tätigte Einziehung und Wiederverleihung der Lehen unter Benachrichtigung des Kondominus. Der jüngere Gemeinherr war verpflichtet, die Vasallen dem jeweiligen Lehensdirektor zuzuweisen.

Die Geschichte des vordersponheimischen Lehenshofs (2) ist in dem uns interessierenden Zeitraum zum guten Teil eine Darstellung des Ringens um das sponheimische Lehensdirektorium (3). Verliefe die Übergabe der Lehens-

40) STAK 33/20 (1708); STAKrn 763/1 (1743).

41) 1708 war es Schelm v. Bergen, 1743 ein Appellationsgerichtsrat v. Zettwitz

42) STAK 33/36 (Kirchberg).

- 1) „Es sollent auch alle und jechliche Manne die zu unsrer Graveschafft gehorent und verbunden sind nach unserm Tode ire Lehen entphaen von unserm Vettern dem Margrafen, ob er daz erlepte, und ob er nit were, von unserm Vettern Graff Friderich obgenant und nach unsern beyden Vettern Tode ye von elsten Sone von yrn egenanten Erben entphaen, eyner haben und tragen zu ewigen Zyten...“ Günther IV, S. 277. Der Interpretation d. 16. Jhs. zufolge konnte durchaus der an Jahren jüngere Gemeinherr „ältester“ Graf von Sponheim sein. Vgl. d. Gutachten Schumanns; STAK 33/9853.
- 2) Der gemeinschaftliche gesamt-sponheimische Lehenhof wurde am 28. 5. 1482 wegen der Verpfändung des bad. Anteils an der V.G. (nach Seckenheim) getrennt u. den beiden Grafschaftsteilen eigene Lehenhöfe zugewiesen. Zu vorangehenden Vasallenteilungen vgl. Vogt 278, 292; Sachs III, 109; Weydmann 15; Weidenbach II, 17, S. 128, auf den sich Weydmann bezieht; Lehmann II, 172-227 (Anhang).
- 3) Die Einrichtung war zumindest ursprünglich nur für die Mannlehen gedacht; Burglehen sollten von beiden Gemeinherrn gleichzeitig, geistliche Lehen nach einem Vertrag v. 1525 von Baden u. Simmern jeweils in zwei u. von Kurpfalz in einem Lehenjahr verliehen werden; STAK 33/9853.

verzeichnisse im Gefolge der Direktorswechsel, von den üblichen Verzögerungen durch den Kanzleiverkehr abgesehen, im Geiste der Bestimmungen von Beinheim anfangs reibungslos (4), so änderte sich dies nach dem Tode Markgraf Philipps II. von Baden (1588). Nachdem im gleichen Jahre Herzog Johann Casimir die Vergabe der Lehen als älterer Graf in vormundschaftlichem Namen gefordert und erhalten hatte (5), hielt sich nach des Verwesers Tod Markgraf Eduard Fortunat ohne Rücksicht auf Friedrich IV. für den älteren sponheimischen Grafen. Hatten sich die kurpfälzischen Räte auf einer ersten Tagsatzung zu Kreuznach überraschen lassen, so nahmen sie doch bald ihr vorschnelles Einverständnis zurück (6). Mit Eduard Fortunats Tod ging das vordersponheimische Lehenwesen für ein halbes Jahrhundert in pfälzische Hand über. Nach 1600 wurde Badens in den Lehenbriefen nicht mehr gedacht (7). Erst nach der badischen Restitution von 1652 erhielten die kaiserlichen Subdelegierten den Auftrag, die von Pfalz-Simmern inzwischen ausgefertigten Lehenbriefe auf die sponheimische Gemeinschaft umzuschreiben (8). Apert gewordene Lehen wurden dem Beinheimer Entscheid gemäß von beiden Teilen neu verliehen, sie wurden zu gleichen Anteilen eröffnet und abgeteilt (9). Der Wiedereintritt von Kurpfalz in die Gemeinschaft (1660) brachte vorerst keine Änderung in der Lehenvergabe, da das sponheimische Kurfürntel nach dem Wortlaut der Elisabethischen Schenkung die Mannlehen nicht umschloß (10). Allerdings behielt sich Kurpfalz in der Lehenfrage freie Hand vor, als es 1661 die simmerisch-badischen Verträge mit Ausnahme der Lehenparagraphen ratifizierte (11). Erst 1661 kam es in der Angelegenheit zu einer neuerlichen Vereinbarung zwischen Kurpfalz, Simmern und Baden (12). Verständlich erscheint, daß das fortwährende Mißtrauen unter den Gemeinherrn (13) nicht zum besten des sponheimischen Lehenwesens gereichen konnte. Ausführliche und zuverlässige Lehenverzeichnisse standen weder der pfälzischen noch der badischen Lehenkanzlei zur Verfügung. Mit dem Tode des Markgrafen Wilhelm im Jahre 1677 ging das Lehendirektorium satzungsge-

-
- 4) Vgl. STAK 33/9853 (Übersicht d. Übergänge des Lehendirektoriums v. 1561-79).
 5) Ebd. sowie GLAK 75/22 f344, wonach Johann Casimir bereits 1589 einen sponheim. Lehenbrief ausstellte.
 6) Eduard Fortunats Argument war, als erster den sponheim. Burgfrieden beschworen zu haben; Kurpfalz hielt dagegen, daß Friedrich IV. als erster das *ius succedendi* erhalten habe (nämlich 1583, nach dem Tode des Vaters, Ed. Fortunatus erst 1588 nach dem Tode des Onkels, Philipps II.); STAK 33/9853. Ein kurpfälzischer Beamter mußte ein Gutachten über die Lehenvergabe in der V.G. aufstellen, das die Rechtmäßigkeit des pfälz. Standpunkts klarzulegen hatte; ebd. (Wilhelm Schumann).
 7) GLAK 75/22 f344.
 8) GLAK 75/23; 67/121 f422f.
 9) Vgl. d. Beinheim. Entscheid, Günther IV, 277; d. Regensburger Vertrag v. 1653 (STAK 33/2483) sowie GLAK 75/26 f6, f12; 75/23.
 10) Günther IV, 188; „... das Funfte Teil daran, nichts usgenommen, dan allein die Manleenschafft und Manne, die wir uns und dem obgenanten unsern Vettern Grave Johan und unsen Erven behalten han, ...“ (1417). 1660 wurde in einem Zusatz zum Frankfurter Vertrag auf diesen Passus zurückgegriffen; STAK 33/2652.
 11) Vergleich zu Kreuznach (1661), STAS Horstmann. H.
 12) GLAK 67/914 f343f. Kurpfalz hatte schon vorher durch seinen Truchsess den Einfluß auf Vergabe u. Einzug der sponheim. Mannlehen zu gewinnen gesucht. Dem *Laudum*, in welchem die sponheimischen Mannlehen Kurpfalz abgesprochen wurden (1669), wollte man jedoch Folge leisten; STAKrn 762/1.
 13) 1672 erhielt ein kurpf. Beamter den Geheimauftrag, sich eine exakte Spezifikation aller sponheimischen Lehen in Baden zu verschaffen, was jedoch mit einem Mißerfolg endete; STAK 33/9853.

mäß wieder an Kurpfalz über (14). Den kurpfälzischen Bitten um Übersendung der Lehnungsverzeichnisse, denen sich später ungeduldige Mahnschreiben anschlossen, wußte sich Baden so lange geschickt zu sperren (15), bis darüber Kurfürst Karl Ludwig verstorben war. Als der nachfolgende Kurfürst Karl in Anbetracht der badischen Verzögerungstaktik nun konsequenterweise das Direktorium übernehmen wollte, stieß er auf beharrlichen badischen Widerstand, denn zu diesem Zeitpunkt war mit Ludwig Wilhelm wieder ein badischer Fürst rechtmäßiger älterer Graf von Sponheim. Kurpfalz mußte sich „aus Bezeugung guter Nachbarschaft“ mit der rechtlichen eindeutigen Situation zufriedengeben (16). Markgraf Ludwig Wilhelms Bemühungen, durch ein Generaledikt (17) die säumigen sponheimischen Vasallen wieder zu erfassen und die vor und während der letzten Kriegsjahre eingerissenen Allofizierungen, Verpfändungen, Veräußerungen und finanziellen Beschwerden von Lehnstücken zu unterbinden, blieben ohne Erfolg. Viele Vasallen leisteten nur ungenügende Parition oder ließen jegliche Reaktion vermissen (18). Kurpfalz war zu diesem Zeitpunkt nicht gewillt, ein strenges Vorgehen nach den Lehnrechten zu unterstützen (19). Die einsetzenden Vorverhandlungen über die Realteilung der Grafschaft stellten Erfordernis und Wert einer wirksamen größeren Reorganisation in Frage und schoben die Klärung der Unstimmigkeiten, die einer Regelung des Lehnswesens im Wege standen, bis zum Ausgang der Konferenzen auf (20). Das Abteilungsprojekt vom 24. 8. 1707 klärte die Lage jedoch nur insofern, als es sich für die Beibehaltung des gemeinschaftlichen Lehnsdirektoriums aussprach (21). Die Aufteilung der Vorderen Grafschaft Sponheim bedeutete in der Abwicklung der Lehnsvorgänge daher keinen Einschnitt (22). Da die Lehen ungeteilt blieben, glaubte man auch den Umstand, daß nur drei Vasallen über Besitz im badischen Teil der Grafschaft verfügten, unberücksichtigt lassen zu können. Schon anfangs des Jahres 1707 sollte mit dem Tode Markgraf Ludwig Wilhelms die Lehenhand wieder an Kurpfalz übergehen. Seit dem Tode Ludwigs Philipps war das Lehnsdirektorium infolge des hinhaltenden Taktierens des badischen Partners von Kurpfalz nicht mehr geführt worden, und auch jetzt suchte sich die badische Kanzlei mit dem bequemen Hinweis auf die derzeit „gefährlichen Coniuncturen“ einer Auslieferung der Lehnssakten zu entziehen (23).

- 14) Die letzte simmerische Nebenlinie war 1673 im Mannesstamm erloschen (vgl. oben).
- 15) Baden begründete das Festhalten der Lehnssakten mit der Fluchtung seines Archivs infolge Kriegsgefahr; STAK 33/9853.
- 16) Wie wenig einverstanden Kurpfalz mit der sponheim. Lehneinrichtung war, zeigte der Erkundungsauftrag v. 6. 6. 1677 an den Archivarius Lingsheim, ob die Kurfürsten nicht beständig die ältesten Grafen von Sponheim und mithin fortwährend Lehnsdirektoren gewesen seien; ebd.
- 17) Vom 4. 12. 1699, wurde 1700 publiziert; STAK 33/9854.
- 18) Die Unordnung im sponheim. Lehnswesen war unbeschreiblich. Der dauernde Direktorialwechsel erschwerte selbst gutwilligen Vasallen die Pflichtleistung. Meldungen beim falschen Lehnsdirektor, oder von Lehnsgütern, die der Kammer gänzlich unbekannt waren, waren nicht selten.
- 19) Die schuldigen Vasallen sollten einzeln wegen Felonie vor den bad. Lehenhof zitiert werden; STAK 33/9854.
- 20) Vgl. die bad. Instruktionen u. Gutachten v. 1701-1702, die sich jeweils für Beibehaltung des status quo oder einen Verzicht auf die gauseitigen Lehen aussprachen. GLAK 75/93 u. 75/97.
- 21) STAK 33/33 u. 33/34 § 20 (vgl. auch § 4).
- 22) Vgl. § 20 des Teilungsvertrags (STAK 33/33).
- 23) Vgl. STAK 33/9740; 33/9854. Es handelte sich um die gleiche Begründung wie 1678.

Einige bereitwillig an Kurpfalz übermittelte Informationen wurden nachträglich für inexakt erklärt und die pfalzgräfliche Kanzlei auf die Rückführung des geflüchteten badischen Archivs vertröstet (24). Da Kurpfalz hinsichtlich der Gepflogenheiten innerhalb des sponheimischen Lehenverkehrs der eigenartigen Entwicklung zufolge fast gänzlich unorientiert war (25), begann es 1711 mit den Lehensinvestituren (26), verbunden mit einer Abforderung der am kurpfälzischen Lehenshof üblichen Lehensprästantien. Genügend gewarnt, negierte es die badischen Verzögerungspraktiken. Im Gegensatz zu der markgräflichen verfügte die kurpfälzische Lehenskanzlei über genügend Machtmittel, um durchgreifende Reorganisationsmethoden anwenden zu können. Vasallen, die ihre Lehen nicht requiriert hatten, verloren sie durch Einziehung (27). Zu weiteren Unstimmigkeiten kam es 1712 in der Frage der Aufteilung der Mannlehengelder. Während man in der badischen Kammer der Ansicht war, daß sowohl Einnahme der heimgefallenen Lehen als auch die Ausgabe der Mannlehengelder in der Teilung Kurpfalz zugerechnet wurden (28), beharrte die pfälzische Regierung darauf, daß Baden mit den gemeinschaftlichen sponheimischen Lehen auch seinen Anteil an den Belastungen mitzutragen habe. Obwohl pfälzischerseits bisher nur die Hälfte an den heimgefallenen Lehen eingezogen worden war, war bei der unentschlossenen badischen Haltung vor auszusehen, daß die kurpfälzische Lehenkammer künftig in ihrem Bereich vakant werdende Lehenstücke dem badischen Haus streitig machen oder einfach ohne Mitteilung einseitig einziehen werde (29). 1711 erfolgte der Übergang des Lehendirektoriums an Baden, wodurch den kurpfälzischen Sanierungsarbeiten der Boden für vier Jahrzehnte wieder entzogen wurde. Der badische Oberamtmann zu Kirchberg sah sich aus Mangel an Unterlagen genötigt, durch Reisen in die mainzischen, pfälzischen und wormsischen Gebiete nach dem Verbleib der sponheimischen Lehenstücke zu forschen (30). Das Ergebnis der Bemühungen war notwendigerweise mehr als dürftig. Auf eine von Baden vorgeschlagene Zusammenkunft der beiderseitigen Lehenspropste mit dem Ziel einer Ordnung des sponheimischen Lehenwesens gab Kurpfalz eine dilatorische Auskunft. Der Vorschlag der

24) STAK 33/9854.

25) Es war weder im Besitz genauer Angaben über die Anzahl der Vasallen, noch hatte es Kenntnis von den in Sponheim herkömmlichen Lehenobservantien, also Stabung, „Formula Juramenti“, Lehenrevers u. Taxen; STAK 33/9854.

26) 1711 verlieh Johann Wilhelm als ältester Graf von Sponheim ein Erbburglehen zu Kreuznach; STAS Urkunden d. Herrschaft Reipoltskirchen u. Altenbamberg, Nr. 105. Vgl. auch die Aufforderung v. 18. 11. 1711 an Maria Albertina v. Stöckh sowie an weitere Vasallen, sich wegen unterlassener Lehenstumung zu verantworten; STAK 33/9854.

27) STAK 33/9854.

28) Gutachten des bad. Kammer-Rats Johann Carl Sartorius (1712): Die noch wirklichen sponheimischen Lehen sind gemeinschaftlich, die vakant gewordenen kommen quo ad usum fructum allein an Kurpfalz, während sie quo ad proprietatem gemeinschaftlich bleiben (Im Kreuznacher Oberamt heimfallende Lehen sind schon bei der Teilung in ihrem Ertrag Kurpfalz zugerechnet worden; werden sie jedoch wieder veräußert, fällt Baden die Hälfte des Erlöses zu). STAK 33/9741.

29) Dieser Ansicht war der bad. Oberamtmann Colson, der die Angelegenheit weniger aus der Sicht bloßen Kameralinteresses beurteilte. Die bad. Kammer hielt sich in dieser Angelegenheit bezeichnenderweise aus dem einfachen fiskalischen Grunde zurück, weil die jährlichen Ausgaben an Lehensgeldern die Einnahmen um 10 (!) fl übertrafen. Ohne Zweifel waren heimgefallene Lehen jedoch so zu meliorieren, daß sie den geringen Fehlbetrag leicht ausgleichen konnten; vgl. STAK 33/9741.

30) STAK 33/9741.

kurpfälzischen Lehenkammer, eine Abteilung der noch vorhandenen sponheimischen Lehen vorzunehmen, blieb ebenfalls unverwirklicht (31). Auch dürfte die ganze Angelegenheit, da der Allodifizierungsprozeß in der Praxis kaum aufzuhalten war, allmählich das Interesse der beiden Kanzleien verloren haben. Die folgenden spärlichen Nachrichten zeigen das badische Haus in ungestörtem Besitz der sponheimischen Lehenhand, bis 1762 der Übergang an Karl Theodor im „freundnachbarlichen“ Geiste stattfand (32).

Kreuznacher Erbburglehen

Eine besondere Berücksichtigung verdienen die sponheimischen Erbburglehen zu Kirchberg (1), Sponheim (2) und vor allem zu Kreuznach.

Die Kreuznacher Burglehen gehören ihrer Einrichtung nach vermutlich schon einer recht frühen Periode der sponheimischen Territorialbildung an (3). Teilweise im unmittelbaren Bereich der Burgen wohnend (4) oblag den Burgsassen ursprünglich deren eigentlicher Schutz, wovon sie sich zwar bis um das Jahr 1600 weitgehend zu lösen verstanden (5), jedoch blieben während des ganzen 17. Jahrhunderts jeweils zu Kriegszeiten außerordentliche Leistungen, die gewöhnlich von Kurpfalz gefordert wurden, erhalten (6). Diesen mehr oder weniger geringfügigen finanziellen Verpflichtungen standen eine ganze Reihe von regelmäßigen Geld- und Naturalrenten sowie großzügige Privilegien, die sich an den Besitz der Lehengüter knüpften, gegenüber. Letztere verstanden ihren Trägern bis zur Wende des 17. Jahrhunderts im wirtschaftlichen Leben der Stadt eine führende Rolle zu sichern.

Die Freiheiten der Burgleute lagen noch im 17. Jahrhundert, von den durch die zeitbedingten wirtschaftlichen Strukturwandlungen verursachten Modifikationen abgesehen, in der Ausdehnung vor, wie sie 1393 durch Ruprecht Pipan und Pfalzgräfin Elisabeth ihre Bestätigung gefunden hatten (7).

1. Stand den Burgleuten oder ihren Verwaltern der freie Weinzapf in der Stadt zu. Eine natürliche Folgeerscheinung war, daß sie infolge zusätzlichen

31) STAK 33/9854.

32) STAK 33/9747.

1) 1601 wird hier lediglich ein Burghaus derer v. Koppenstein genannt; STAK 33/2435.

2) Vgl. Lehmann II, 176. Auch Naumburger Burglehen sind i. 15. Jh. greifbar.

3) Vgl. allgem. Lamprecht I, 2, S. 1312ff. Nach Vogt (S. 278) waren bereits 1270 mindestens 8 Burglehensträger in Kreuznach vorhanden.

4) Sowohl im Bereich der Kauzenburg als auch des späteren simmerischen Schlosses; vgl. BSIM Cgm 2654 f28^v.

5) Klagen der Bürgerschaft, daß nicht der Bürgerausschuß, sondern die Burgleute Personen für die Verteidigung der Kauzenburg zur Verfügung zu stellen hätten; K. Geib, Krzn. Hbltr. XI, Nr. 12.

6) Im Wildfangstreit sollten sich die Burgleute entweder zu Pferd montieren oder zu der Verteidigung des Schlosses beitragen; GLAK 75/64 f2f. Nach einer kurpf. Verfügung hatten sie stoll der Lehensdienste für das Schloß 20 rllr. Rekognitions gelder zu erlegen. Auch später Beiträge zur Unterhaltung der Burganlagen, vgl. GLAK 75/95 (II); STAKrn 762/1.

7) STAK 33/1750.

8) Nur noch eigene Gewächse durften ungeldfrei ausgeschenkt werden; vgl. GLAK 75/18; 75/24 f282f; STAK 33/2522; 33/2435; 33/10471; STAKrn 766/1.

Weinaufkaufs allmählich eine Art städtischer Monopolstellung erlangten, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts durch Hofgerichtsbeschlüsse zugunsten der bürgerlichen Stadtschenken eingeschränkt werden mußte (8).

2. Besaßen sie unangefochten Fisch- und Jagdrechte in der Kreuznacher Gemarkung. Versuche, diese auf das gesamte Oberamt auszudehnen, scheiterten an einem Hofgerichtsbeschuß des Jahres 1664 (9).

3. Passierten sie ohne Entrichtung von Zoll- und Wegegeld die Stadtpforten (10). Im 17. Jahrhundert wurde die Freiheit hinsichtlich Getreide, das für den eigenen Bedarf bestimmt oder auf den Burglehengütern selbst gewachsen war, spezifiziert (11). Die Wegegeldfreiheit beschränkte sich auf die den Burgleuten eigenen Gefährte (12).

4. Bezogen sie freies Bauholz aus dem Soonwald (13).

5. Hatten sie im Soon die freie Schweinemast in einem durch die Größe des Haushalts gegebenen Umfang.

6. Waren die Burgleute, was ihre Lehengüter anging, grundsätzlich von der städtischen Jurisdiktion eximiert (14). Sie verantworteten sich vor dem Hofgericht und unterstanden dem Oberamt lediglich in Schuld- und Schmachsachen.

7. In eigenem Besitz auch außerhalb der Kreuznacher Gemarkung gewachsene Weine blieben von Einfuhrgehd befreit (15).

8. Fremde „Ehren-“ und Trinkweine, für den eigenen Hausgebrauch bestimmt, fielen ebenfalls unter das Privileg. Eine Sicherung dagegen, daß der Burgmann diese teuer abstieß und minderwertige eigene unterschob, gab es kaum.

9. Erfreuten sich die Burgleute hinsichtlich ihrer Lehensgüter einer beschränkten Bed. und Schatzungsfreiheit (16). Zeitweilig glückte es ihnen, die Freiheit trotz aller Gravamina der Stadt auf ihre bürgerlichen Gewerbe und Grundstücke auszudehnen, ja sogar den drückenden französischen Kontributionen verstanden sie sich als die wirtschaftlich noch gesundeste Schicht der Stadt mit teilweisem Erfolg zu entziehen (17).

Die vorteilhaften wirtschaftlichen Bedingungen bereiteten den Nährboden für ein Zusammenwachsen zu einer Art in sich abgeschlossener Wohn- und Lebensgemeinschaft, wie es sich unter den Kreuznacher Erb-Burgsassen beob-

9) Abschied v. 1664 § 24, GLAK 75/18; 75/48 f13'; STAK 33/10471.

10) Abschied v. 1568, STAK 33/2435 (Oberamtsweistum).

11) GLAK 75/18; STAK 33/2435; 33/10471.

12) Hofgerichtsabschied v. 1581; Oberamtsreferat v. 1677.

13) Maurer 50.

14) Dies galt nicht für die bürgerlichen Güter, vgl. Hofgerichtsabschied 1668 § 6 (STAK 33/10471) sowie von 1592 und 1598.

15) Pfalzgraf Ruprechts Revers v. 1393, Hofgericht 1561. 1676 u. 1677 von der Stadt angegriffen; STAK 33/10470f; 33/1750.

16) Wertgegenstände, die 1000 fl überschritten, wurden 1656 ausgenommen; GLAK 75/24 f280f. Natürlich waren die Burgleute auch von Frondiensten befreit.

17) Im einzelnen: GLAK 75/18; STAK 33/584; 33/10475; STAKrn 766/1.

achten läßt (18). Während einer ungesunden Vervielfachung der Rechtsquantitäten durch ganerbschaftliche Aufteilungen Schranken gesetzt waren (19), brachten die notwendige blutmäßige Auffrischung jeweils die neu eingesetzten Oberbeamten, da diese sich gewöhnlich bald eines der begehrten Lehen zu verschaffen wußten. Ihr Einfluß im Regiment der Grafenschaft verhinderte zum Nachteil der übrigen Bevölkerungsschichten einen übermäßigen Schrumpfungsprozeß der Rechte und Freiheiten (20). Der auf der mittleren Verwaltungsebene sich vollziehenden allmählichen Ablösung des adligen Dienstlehentums durch bürgerliche Beamte folgte so die soziologische Strukturierung der Kreuznacher Burglehensgemeinschaft nach, wenn auch das adlige Element lange tonangebend blieb.

Kriegszerstörungen (21) und eine großzügige Ausdehnung der Freiheiten auf fast alle geistlichen und bürgerlichen Bediensteten durch die Landesherrschaft (22) ließen das Interesse der alten Burglehensfamilien an dem Fortbestand der Einrichtung erlahmen. Eine wohl von der städtischen Verwaltung geförderte, immer stärkere Entfremdung des Besitzes, die einen teilweisen Heimfall der Privilegien nach sich zog, ist festzustellen. Die Teilung von 1707/08 gab diesem destruktiven Prozeß weitere Impulse (23). Neueinrichtungen von Erbburglehen hatten, wie die Errichtung des von Hundheim'schen Burglehens im Jahre 1715 zeigte (24), nur noch den Namen mit der alten Institution gemeinsam (25).

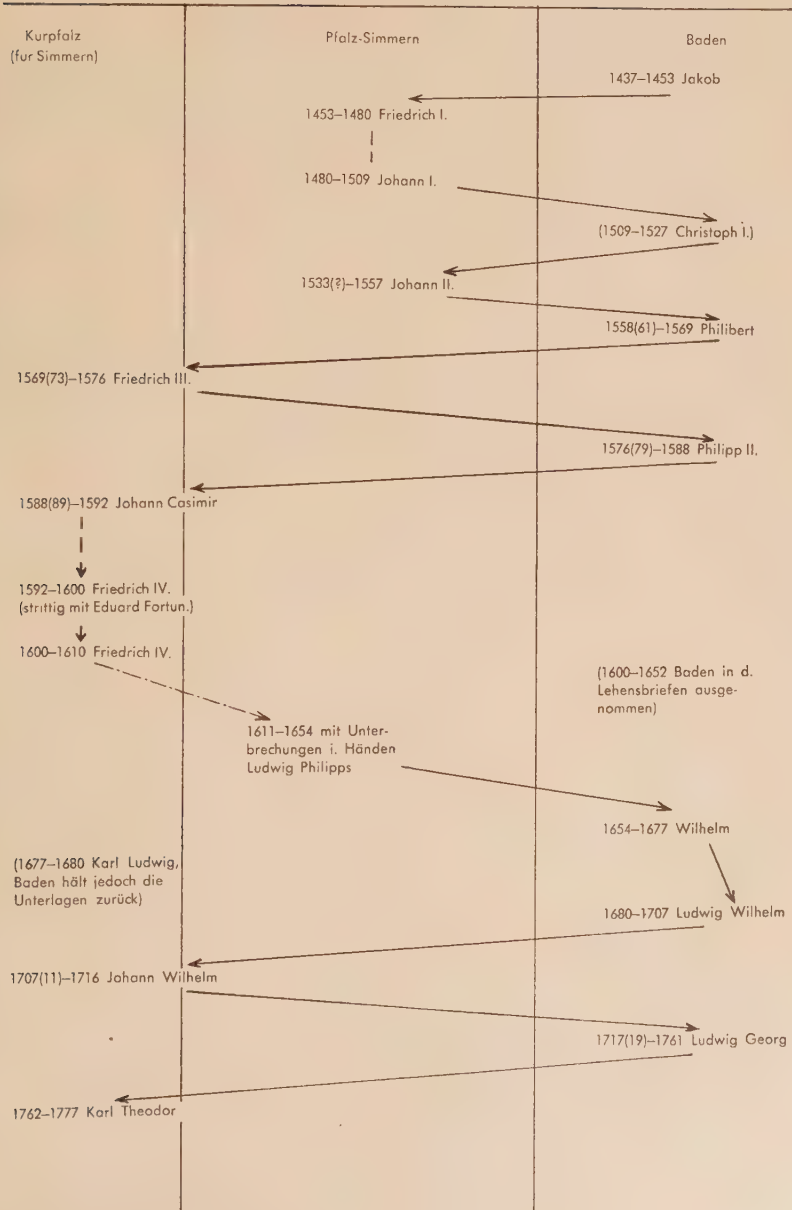
- 18) Daher wohl auch die verschiedentlich in der Literatur d. 17. u. 18. Jhs. für Kreuznach auftauchende Bezeichnung als Ganerbenstadt; vgl. Andreae 128. Interessant ist u. a. die Beobachtung einer Verschwägerung fast der gesamten pfälz-simmer. Regierung vor dem Hintergrund der Kreuznacher Burglehen in der zweiten Hälfte d. 17. Jhs. Neben den Burglehensbriefen sind hier vor allem die Kreuznacher (lutherischen!) Kirchenbücher heranzuziehen.
- 19) Ging ein Burglehen an zwei oder mehrere Erben über, wurde die Freiheit nicht von allen Beteiligten gemeinsam ausgeübt; vgl. STAK 33/10471. Die Burglehen waren größtenteils Kunkellehen. Nach dem Absterben der Deszendenten in direkter Linie zessierten die Privilegien; die Güter fielen den nächsten Anverwandten, nicht der Herrschaft zu; GLAK 75/93.
- 20) Vgl. GLAK 75/64 f2.
- 21) Besonders negativ dürften sich nach den Kriegen die kurpf. Ediktalzitationen betr. d. Einzugs verlassener Grundstücke ausgewirkt haben; vgl. GLAK 75/18; STAK 33/2522.
- 22) Über die relativ geringe Anzahl von Privilegien für Nichtburgsassen um 1600 vgl. STAK 33/2435.
- 23) U. a. standen das Eichische u. das Kronenbergische Haus zur Versteigerung durch die pfälz. Hofkammer; vgl. STAK 33/1596.
- 24) Vgl. STAK 33/1547. Oberamtmann v. Hundheim suchte die Belehnung später als Verkauf hinzustellen, worauf die pfälz. Hofkammer 1766 einen Prozeß anstrebte.
- 25) Dafür wurden die mehr unpersönlichen Erbbestandsverleihungen durch die Hofkammer immer zahlreicher.

II

Sponheimische Lehens- direktoren 1437–1777

— normaler Übergang
 - - - ungewöhnlicher oder
 - · - umstrittener Über-
 gang

(Die geklammerten
Ziffern geben die
vermutl. Aufnahme
der Tätigkeit als
Lehensdirektor an.)



ÜBERSICHT ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER AKTIV-LEHEN DER VORDEREN GRAFSCHAFT SPONHEIM, VORNEHMlich DES 17. JAHRHUNDERTS.

(Bezeichnungen: M = allgem. Mannlehen, B = spezielle Burglehen. Der vorliegenden Anordnung liegt in der Regel der ungefähre Besitzerstatus der Jahre 1650—1700 zugrunde).

Albon, Johann (Dr. jur.); B.

1686 mit dem Kreuznacher Burghausplatz „zum Helm“ belehnt. Vor Albon im Besitz derer v. Leyen, v. Hunolstein und Patrick. Durch Albons Tochter Maria Eleonore Christina an Oberamtsrat Pleickner († um 1743), später im Besitz der Oberamtsräte Agricola und v. Hardung (1).

Waldbott von Bassenheim; M.

1668 und 1687 mit 50 mltr Hafer belehnt (vermutl. auf dem Hunsrück). Nach der Teilung von 1707/08 nicht mehr requiriert (2).

Beyer von Bellenhoven; M; B.

Pfalzgraf Johann v. Simmern belehnt 1543 Carsilius Beyer v. Bellenhoven mit dem sponheimischen Viertel am Amt Neu-Bamberg. Nach dem Tode des letzten v. Bellenhoven fällt der Besitz, dessen Entfremdung von Sponheim zwischen 1460 und 1484 erfolgt (Seckenheim), als apertes Lehen an Kurpfalz heim (1669). Um 1660 besitzt v. Bellenhoven weiterhin an sponheimischen Lehen Güter zu Kreuznach, Hüffelsheim und Osthofen sowie Geldlehen zu Kreuznach. 1717 ist ein erheblicher Teil bereits entfremdet (3).

Beußer von Bingen; B.

Um 1600 im Besitz eines Kreuznacher Burglehenhauses mit Naturalgefällen (4). 1464 als Lehen Claus Roides aufgeführt. 1657 letzte beußersche Belehnung. 1672 erfolgte ein Verkauf des Hauses in bürgerliche Hände. Das vor 1679 zerstörte Anwesen wird von den Feudallasten befreit (5).

Boltzinger; B.

Hat um 1660 den Brandenburger Hof (6) zu Kreuznach als Erbburglehen inne. Bis in das 16. Jahrhundert vermutlich im Besitz der Familie Brandenburg. 1592 erhält der Kreuznacher Schultheiß Dr. Philipp Franz v. Ehingen (7) das Lehen. Um 1685 verkauft Johann Hermann Dülck im Namen der boltzingerischen Lehensinteressenten den Hof, der von dem Pfalzgraf Karl an den simmerischen Hofmeister Philipp Bernhard v. Bellin verliehen wird. Durch dessen Tochter Maria Albertina an den dänischen und norwegischen Gesandten am pfälzischen Hof, Cajus Burghardus v. Stöck. Nach Geib

1) STAK 33/9854; vgl. Lehmann II, 186; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, 22f.

2) STAK 33/9741; 33/9853f.

3) STAS Kurpf. Urk. Nr. 1675, 1682f; STAK 33/2435; 33/9741; 33/9853f; STAD Salb. Rheinh. Nr. 81b; Böhn 171.

4) Im Haus um 1600 eine Apotheke eingerichtet.

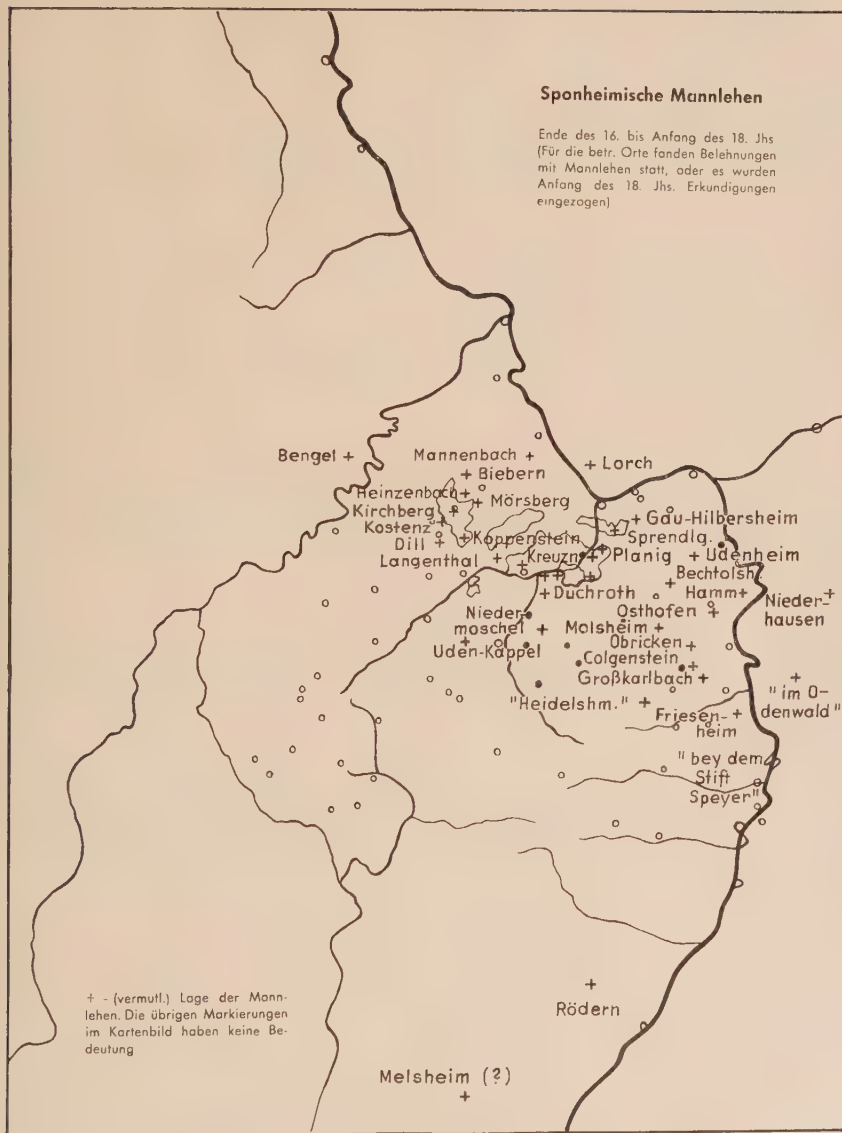
5) STAK 33/2522; 33/2435; 33/9741; 33/9853f; Lehmann II, 185; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, 18.

6) Kunstdenkmäler 100 („Zum Brandenburg“).

7) „Eheim“. Viell. in verwandtschaftl. Beziehung mit dem Obervogt der Grafschaft Zollern, Philipp v. Ehingen (Kattermann 29).

Sponheimische Mannlehen

Ende des 16. bis Anfang des 18. Jhs.
(Für die betr. Orte fanden Belehnungen
mit Mannlehen statt, oder es wurden
Anfang des 18. Jhs. Erkundigungen
eingezogen)



weiter im 18. Jahrhundert im Besitz der Familien v. Kayersfeld, v. Thurn, v. Waldhausen und v. Busch (8).

Beyer von Boppard; M.

Die Familie wird 1575 letztmals mit den sponheimischen Lehengütern in Bengel (Mosel) belehnt (9).

Specht von Bubenheim; M.

1380 erhält Specht v. Bubenheim von dem Grafen Simon v. Sponheim eine Jahresrente von 10 fl als Lehen, die später auf den doppelten Betrag erhöht wird. 1584 erfolgt die letzte Belehnung (10).

Von Dalberg; M.

Wird 1580 mit Gefällen und Zins auf Eigenleute und Weinberge im Odenwaldgebiet belehnt. 1656 requiriert (11).

Dapperich; M.

Wird 1629 mit sponheimischen Gütern in der Bechtolsheimer Gemarkung belehnt. 1717 ist das Lehen bereits einseitig von Kurpfalz eingezogen (12).

Von Dern; B.

Die ehemals von randeckischen Erb- und Burglehen zu Kreuznach befinden sich 1601 im Besitz der Freyen von Dern (13). 1731 gehen sie in den Besitz der v. Erkenbert, Kämmerer v. Worms, gen. v. Dalberg über. 1678 besitzt die Jüdin Sara den Burghausplatz, der Kreuznacher Oberschultheiß den dazugehörigen Landbesitz (14).

Von Dienheim; M; B.

Werden 1683 mit dem fünften Sichling (15) und anderen Gütern zu Friesenheim belehnt, sie sind vermutlich noch 1717 im Besitz des Lehens (16). In Kreuznach verfügen sie 1601 u. a. über ein von den Herrn v. Winnenburg erkaufte Burghaus (17).

Lerch von Dirmstein; M.

Schon 1365 trägt ein Hans Gebure von Dirmstein einen Zehntanteil in Rhein-zabern von Sponheim zu Lehen. Seit 1438 (18) wird die Familie der Lerche v. Dirmstein mit dem zwölften Teil des großen und kleinen Zehnten zu „Kallenstein, obrickhen undt Heidesheimb“ (19) belehnt. 1699 fällt das Lehen an

8) STAK 33/15; 33/2435; 33/2522; 33/9853f; GLAK 67/1360 f57; Stein, D. 2. luther. Kirchenbuch, Krzn. Hbltr. 1922, Nr. 6; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, Nr. 18.

9) STAK 33/9854; vgl. auch Lehmann II, 175.

10) STAK 33/9741; 33/9854; Lehmann a. a. O.

11) STAK 33/9853; 33/9741.

12) Ebd.; STAK 33/9854. Das Lehen gehörte zuvor der Fam. v. Sponheim gen. Bacharach; BT 105/843 pag. 183.

13) Schon 1581 Belehnung; BT 105/843 pag. 183.

14) STAK 33/2435; 33/2522; 33/9741; 33/9854; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, Nr. 22.

15) = Garbe usw., vgl. Grimm, DW X, 1, Sp. 737.

16) Schon 1587 in dienheimischem Besitz; BT 105/843 pag. 183.

17) STAK 33/2435; 33/9854; Geib, a. a. O. Nr. 21; Kunstdenkmäler 98 (Dienheimer Hof).

18) Bad. Reg. III, 94 (5851).

19) Es handelt sich um die Dörfer Colgenstein, Obrigheim u. Heidesheim NW Dirmstein in der Pfalz.

Sponheim zurück. Mit der pfälzischen Hälfte wird der kurpfälzische Hofgerichtsrat Cochenheim belehnt (20). Baden beantwortet dessen Gesuch um den Rest des Lehens nicht. Auf der Heidelberger Konferenz von 1710 fordern die badischen Vertreter Auskunft über dessen Schicksal (21).

Von Eich; M; B.

1592 erhält der badische Truchseß zu Kirchberg, Johann v. Eich, ein Mannlehen in Nieder-Kostenz. Ebenso befindet sich die Familie im Besitz von Burglehen in Kreuznach und Kirchberg. Mit letzterem werden 1684 Hessert und Sagitter belehnt. Das Kreuznacher Burghaus ist 1711 verschuldet und wird zum Kauf angeboten (22).

Von Ellenbach; M.

1417 erhält Clais v. Ellenbach von Elisabeth v. Sponheim zu Langenthal Gericht, Acker und Zinsen wie sein Vorfahr zu Lehen. 1559 und 1579 sind Lehenenserneuerungen seitens der Familie feststellbar. Im Laufe des 17. Jahrhunderts fällt das Lehen, das sich im wesentlichen noch auf einen Landbesitz von 100 rhein. Morgen beschränkt, heim und wird durch das Oberamt verwaltet (23).

Von Eltz; M; B.

Grafen zu Eltz sind seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts als sponheimische Lehensträger zu belegen (24). 1580 erfolgten Belehnungen über den Zehnten zu Chore (25) sowie über 13 Pfund 4 Schilling Heller Geldes, 1657 über zwei Hubhöfe in Karlbach und fünf Pfund Geldes (26). In Kreuznach befinden sich die Grafen im Besitz mehrerer Burghäuser, Weinberge und Feldgüter (27). Das Burghaus „Kaltes Loch“, um 1600 als von eltzisches Lehen genannt, geht 1668 an den Truchsess Dr. Weidner über. Der Eltzer Hof, der bereits 1393 erstmals Erwähnung findet, gelangt Ende des 17. Jahrhunderts durch Heirat Anna Reginens v. Eltz an deren Gemahl, den badischen Geheimen Rat und Hofratspräsidenten Karl Ferdinand von Plittersdorff. Belehnungen erfolgten 1684, 1711 und 1719. Um 1750 kommt der Hof in bürgerlichen Besitz (28).

Von Fleckenstein; M.

1360 geben Heinrich von Fleckenstein zu Fleckenstein, gen. v. Bickenbach und dessen Ehefrau dem Grafen Walram v. Sponheim 1/8 ihrer Burg Rödern an der Selz (Elsaß) mit Zubehör auf und erhalten es zu Lehen (29). 1659 und

20) Nach einem Heilbronner Ausspruch v. 4. 9. 1669 werden heimgefallene Lehen geteilt; GLAK 75/107 f455'.

21) STAK 33/9741; 33/9854; GLAK 75/107 f455'f; Lehmann II, 177.

22) BT 105/843 pag. 187; STAK 33/13; 13/15; 33/1596; 33/9741; 33/9853f; GLAK 67/1360 f92f.

23) STAK 33/9741; 33/9853; Lehmann II, 178.

24) Lehmann II, 178

25) = Kobern a. d. Mosel (?); vgl. Bad. Reg. III, 125 (6166).

26) Westl. von Frankenthal. 1657 Neu belehnung; BT 105/843 pag. 187; ebd. pag. 179.

27) Näher. Bad. Reg. IV, 92 (8462).

28) STAK 33/2435; 33/9741; 33/9854; STAKrn U 291; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, Nr. 21ff.

29) Lehmann II, 179. Über Beziehungen der Grafen v. Sponheim zum Elsaß vgl. Vogt 92, 161. Graf Walram trug 1365 das Lehen Than im Elsaß von Speyer zu Lehen.

1683 erfolgen Belehnungen derer v. Fleckenstein (30) über den dritten Teil der Burg. 1710 ist das Lehen vakant. Der französische Subdelegierte des Intendanten im Elsaß, Gaspard v. Hatzel, erhält mit französischer Einwilligung die Anwartschaft auf das sponheimische Lehen, und Baden ersucht die kurpfälzischen Abgeordneten auf der Heidelberger Konferenz desselben Jahres um den offensichtlich noch für notwendig erachteten Konsens. Gerade der Unterlandvogt von Hagenau und „bailli royal“ von Hagenau und Gernersheim sowie Syndicus der Stadt Straßburg, v. Hatzel, verstand es meisterhaft, sich dank der neuen staatlichen Ordnung im Elsaß persönliche Vorteile zu verschaffen, ehe sich die Formen der Verwaltung stabilisiert hatten (31).

Von Geispitzheim; (B).

1446 erhält Johann Krieg von Geispitzheim vom Markgrafen von Baden ein Kreuznacher Burglehen, bestehend aus vier Mark Geldes. Ende des folgenden Jahrhunderts errichtet Heinrich von Geispitzheim aus etlichen bürgerlichen Gütern einen Hof, der allmählich freiadligen Charakter annimmt und im 17. Jahrhundert Rittersteuern entrichtet (32).

Greiffenclau; M.

Zuletzt (33) 1580 mit 12 fl Manngeld belehnt. Im 17. Jahrhundert vakant (34).

Greyß (v. Besigheim); M.

Der in badischen Diensten stehende Johann Greyß wird 1614 mit dem badischen halben Hof zu Scholanden (35) belehnt. Zuvor ist der Hof vermutlich vom 14. Jahrhundert an (36) bis 1536 teilweise im Besitz derer v. Allendorf und fällt dann als erledigtes Lehen an die pfalz-badische Gemeinschaft, die den Hof den sponheimischen Gesetzen zuwider aufteilt, so daß sich jeder Gemeiner über seinen Anteil die Lehensdisposition vorbehalten kann. 1579 wird mit der pfälzischen Hälfte eine Familie Römer, 1582 die Familien Rodler und Wentz belehnt, während der badische Anteil schon in die Hand Johann Greyß's gelangt ist (37). 1636 wird die gemeinsame Lehensverwaltung des

30) Über die fleckensteinischen Beziehungen zu Baden u. Kurpfalz vgl. Reinking 61, 65f, 87f, 108 (ihre Rolle im bad. Vormundschaftsregiment), 65 (d. fleckenstein. Amt Rödern). Die Herrn v. Fleckenstein wurden u. a. 1648 in ihrer Unmittelbarkeit gegenüber dem Reich belassen; Schulte, Rheinufers 153; vgl. § 87 d. I. P. O. (Wiedergabe bei Schulte 155). Zur Frage der reichsrechtlichen Befugnisse nach dem Westfäl. Frieden im Elsaß ebd. 147f, 200.

31) STAK 33/9741; GLAK 75/107 f. 465; — zu v. Hatzel: G. Livet, La préfecture de Hagenau et l'Intendance d'Alsace à la fin du règne de Louis XIV, in: Bulletin de la Soc. d'Hist. et d'arch. de Haguenau (1956), S. 127-137; ders.: L'Intendance d'Alsace sous Louis XIV 1648-1715, Publications de la Faculté des Lettres de l'Université de Strasbourg F. 128, Paris 1956, S. 650, Anm. 1; 717; pass. Streitberger 69. Die innere Umformung bestehender fremder Verwaltungseinrichtungen durch eine geschickte Personalpolitik im Sinne des Kriegsministers Louvois dürfte sich also auch hier bemerkbar machen. Das elsässische Integrationsproblem wird am Beispiel des königl. Prätors von Straßburg in einer vorzüglichen Studie von Ingeborg Streitberger (a. a. O.) untersucht.

32) STAK 33/2435; Lehmann II, 179.

33) Bereits 1446 erfolgte eine Belehnung; Bad. Reg. III, 166 (6560).

34) STAK 33/9741; 33/9854.

35) Scholländer Hof bei Weinsheim.

36) 1335 wird Ritter Johann v. Allendorf Lehensmann des Grafen Walram v. Sponheim; Lehmann II, 172f; (vgl. auch Kunstdenkmäler 62). Zu den älteren Besitzverhältnissen vgl. Fabricius VI, 62.

37) BT 105/843 pag. 184.

Gutes wieder eingeführt. Als 1677 Johann Martin Wentz seine Lehenshälfte ohne vorherige kurpfälzische Genehmigung an den badischen Landschreiber Ried veräußert, betrachtet Kurpfalz das Lehen als heimgefallen und verleiht dieses kurz vor der Landesteilung von 1707/08 an den sponheimischen Hofrichter Zachmann. Der badische Anteil bleibt auch nach der Teilung im Besitz der Greyß v. Besigheim (38).

Halver; M. (39).

Diese werden 1580 und 1585 mit dem Gericht zu Hausen unter Lichtenberg (40) sowie 16 mltrn. Korn, Wasser und Weide belehnt. Das Lehen tragen vorher die Kalb v. Reinheim (41).

Heyleß; M.

Die Kreuznacher Truchsessenfamilie wird 1657 mit einem halben Fuder Wein zu „Milßheimb“ (42) und mit anderem belehnt. 1681 scheitert eine Lehenenerneuerung (43).

Hoheneck; M.

Die Familie trägt 100 fl zu Kreuznach zu Mannlehen. 1717 hat sie gegenüber der Kreuznacher Landschreiberei eine Lehensforderung von 2000 fl Kapital, weshalb sie mit einer Übertragung von Scholanden (44) rechnet (45).

Von Hunolstein; M; B.

Um 1600 sind diese im Besitz eines Kreuznacher Burglehens, um 1679 ist dieses zerstört. 1657 werden die Hunolsteiner mit dem Weinzehnten an Allenberg und Otterberg (46) belehnt. 1711 erfolgt eine Neu belehnung an Ernst Ludwig Vogt zu Hunolstein (47).

38) 1772 wurde der derzeitige Besitzer beim badischen Oberamt verklagt, „weil er an Pfalz hänge, dadurch viel verderbe und ganz blödsinnig sei“. — STAK 33/9741; 33/9853; 33/9854; Huth, Händel u. Zwistigkeiten, Krzn. Hbltr. 1925, Nr. 7.

39) Ludolf Halver wurde 1570 als bayerischer Vormundschftsrat nach Baden abgeordnet. Dr. Halver hatte die in Sponheim mit Kurtrier und Kurpfalz entstandenen Differenzen zu bearbeiten und weilte auch in der V. G. Reinking 129, 133f. Zu Halver vgl. auch KW I, 216 (3111).

40) Das im Odenwald unterhalb Lichtenbergs gelegene Niedernhausen. Lichtenberg ist seit 1325 als sponheimisches Lehen von den Pfalzgrafen bei Rhein nachweisbar; Lehmann I, 101. 1360 verleiht Karl IV. dem Grafen Heinrich von Sponheim für Burg Lichtenberg und das daruntergelegene Tal die Rechte und Freiheiten der Stadt Lindenfels. Noch 1375 urkundet Heinrich von Sponheim auf der Burg, die wenig später wohl in katzenelnbogischen Besitz übergeht. 1399 wird von den Grafen von Katzenelnbogen einem sponheimischen Burglehensträger bereits ein Mannlehen bestritten; vgl. Müller, Ortsnamensbuch 430 (Burg Lichtenberg). Insofern sind die relativ späten sponheimischen Belehnungen der Halver erstaunlich.

41) STAK 33/9741; 33/9854; Bad. Reg. III, 121 (6121); ebd. 167 (6580).

42) Melsheim NO Zabern (Elsaß) oder Mölsheim (Melmßheim, Melmeß-, Milmesheim) im Kreis Worms.

43) STAK 33/9741; 33/9854.

44) Vgl. Anm. 35 (oben).

45) STAK 33/9741; 33/9854.

46) BT 105/843 pag. 184. Vermutlich in der Gemarkung der Gemeinde Horweiler gelegen; vgl. Lehmann II, 186; Bad. Reg. III, 90 (5801). Spätere Aufstellungen lassen die falsche Deutung auf Otterberg (N Kaiserslautern) zu.

47) STAK 33/2435; 33/2522; 33/9741; 33/9854.

Von Ingelheim; B.

Um 1400 im Besitz eines Kreuznacher Burghauses (48).

Von Isselbach; M.

1684 mit dem ehemaligen lammersheimischen Lehen in „Unter-Isitzheim“ (49), das aus 161 Morgen Ackerland sowie Wiesenflächen besteht, belehnt. Im 18. Jahrhundert im Besitz des kurpfälzischen Ministers v. Hundheim. Außerdem besitzen die Freiherrn v. Isselbach in Kreuznach das sog. „sponheimische Freigut“, einen ehemaligen Hof des Klosters Sponheim, der später an die gräflich bretzenheimische Vormundschaft veräußert wird (50).

KirBer (51); M.

1578 über 12 fl Manggeld auf die Kreuznacher Landschreiberei belehnt. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts apert (52).

Von Koppenstein; M; B.

Die Herrn von Koppenstein können, was den Umfang ihrer Lehen angeht, als die bedeutendsten sponheimischen Vasallen angesprochen werden (53). 1446 empfangen die Gebrüder Walrab und Meinhard von Koppenstein als Sponheimer Burglehen:

1. ihr Haus in Koppenstein, zwei Mark von der Bede, 20 mltr. Korn und ein Fuder Wein zu Sprendlingen,
2. Burglehen im Dorfe Sponheim,
3. als Burglehen von Naumburg einen Hof zu Weierbach,
4. ein Burglehenhaus zu Kirchberg (54).
5. Als Burglehen zu Kreuznach 20 mltr. Korn und ein Fuder Wein zu Sprendlingen, vier Mark auf die Bürgerbede zu Waldlaubersheim und einen Weinberg daselbst, den Teil eines Burghauses und ein weiteres Burghaus zu Kreuznach.
6. Meinhard für sich allein einen Wohnsitz in der Kreuznacher Neustadt (55).

Als Vögte des Klosters Sponheim besitzen die Herrn von Koppenstein zu Mandel noch im 16. Jahrhundert Gerechtsame in Auen (56). Der Kreuznacher Burglehenbesitz, zu dem noch zahlreiche Allodialgüter kommen (57), übersteht zum großen Teil die Kriegsjahre des 17. Jahrhunderts (58). Noch 1687

48) Geib, Krzn. Hbltr. 1929, Nr. 2.

49) Unter-Eisesheim (Württemberg) oder Insheim (Ensinshiem) SOS Landau.

50) STAK 33/9741; 33/9853; 33/9854; Geib, Krzn. Hbltr. 1929, Nr. 1.

51) Der ehemalige Kammergerichtsprokurator Dr. Peter Kirsser wurde 1518 von den Pfalzgrafen auf den Augsburger Reichstag abgeordnet, wo er auch als Bevollmächtigter des Markgrafen Philipp v. Baden verhandelte. Er trug bereits das sponheim. Lehen. Nach Kattermann (S. 29) wohl mit dem bad. Kanzler Jacob Kirser verwandt; (vgl. Reinking 86; Wielandt 560, 565f).

52) STAK 33/9853; 33/9854.

53) Noch 1674 besaßen die Freiherrn 7 vorder- u. 3 hintersponheimische Lehen; BT 105/843 pag. 180.

54) Noch 1600 in koppenstein. Besitz; vgl. STAK 33/2435.

55) Lehmann II, 176.

56) Was das Oberamt als eine Lehensgerechtigkeit für sich beanspruchte; STAK 33/2435.

57) U. a. der eigentliche Koppensteiner Hof in der Kreuznacher Altstadt; vgl. STAK 33/2435.

58) Über das sog. Seidenfadenhaus vgl. Geib, Krzn. Hbltr. 1928, 24f.

erfolgt eine Lehnserneuerung über Burglehenshäuser zu Kreuznach und Koppenstein, einen Hof in Gau-Hilbersheim, den Zehnten zu Heinzenbach und Bibern, den grünen Zehnten zu Kirchberg und Besitz zu Diebach und Mannenbach (59). Koppensteinische Lehngelder, Lehenwein und Lehenkorn bilden noch im 18. Jahrhundert einen beständigen Ausgabeposten der Kreuznacher Oberamtstruchsesserei-Rechnungen (60).

von Krichingen; M.

Schon im 15. Jahrhundert sind die Herrn v. Krichingen sponheimische Mannlehenträger (61). 1568 werden sie mit verschiedenen Waldgebieten, deren Lage unklar ist, belehnt (62).

Von Kronenberg; B.

Um 1600 geht das ursprünglich v. bellenhovische Erbburglehen in der Kreuznacher Altstadt an Hartmann von Kronenberg über (63). Im Wildfangstreit läßt 1668 der zu Kreuznach weilende Kurfürst Karl Ludwig das Haus besetzen. 1686 erfolgt die letzte v. kronenbergische Belehnung mit dem zerstörten Burghaus. Nach dem Aussterben der Familie steht das Haus um 1711 zum Verkauf. Der Feudalnexus wird erst 1755 aufgehoben (64).

Von Leyen; M; B.

1406 übertragen Pfalzgraf Ludwig, Gräfin Elisabeth und Graf Johann zu Sponheim an Ulrich v. Leyen und Jostin v. Call Schloß und Tal Argenschwang zu rechter Erbschaft (65). Damit nimmt die spätere Herrschaft eine selbständige Entwicklung (66). Im gleichen Jahr übertragen Ulrich v. Leyen und seine Gemahlin ihren im Kreuznacher Bann gelegenen Besitz an den Grafen von Sponheim und empfangen ihn als Burglehen (67). Neben dem in unmittelbarer Nähe der Stadt gelegenen Hof Sulzen (68), einem pfälzisch-mainzisch-badischen Lehen, bleibt das v. leyensche Burghaus bis zum Ende des 17. Jahrhunderts im Besitz des Geschlechts (69). Über die Grafen von Ebersberg gen. Weyer und Leyen kommt letzteres unter den Markgrafen von Baden als Lehensdirektoren im Jahre 1782 an die gräflich-bretzenheimische Verwaltung (70).

59) STAK 33/9741; vgl. Bad. Reg. IV, 260 (9835).

60) Um 1770 der kurpf. Oberjägermeister v. Hack damit belehnt; vgl. STAK 33/10269; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, 19.

61) Vgl. Lehmann II, 176f.

62) STAK 33/9854. Ein Wald, „Lysser“ genannt, weiter 1/4 an einem Wald „Dothenholtz“, die Hälfte zweier Wälder, genannt „Altweiler“.

63) Kunstdenkmäler 101 („Kronenberger Hof“). Hartmann v. K. war 1582 kurmainzischer Hofmeister u. außerordentlicher Reichshofrat; Gschließer 144.

64) STAK 33/2435; 33/2522; 33/9741; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, 20.

65) KW II, 313 (4323).

66) Vgl. Kunstdenkmäler 52. Widder IV, 14f spricht von einer Lehensabhängigkeit bis zum Ende des 18. Jhs.

67) Lehmann II, 182.

68) Vgl. STAK 33/1736; Fabricius VI, 15; Vogt 177f.

69) Dazu noch nach der Belehnung v 1659 die „halbe gült uff dem Hundsruckhen“ sowie einige Weinberge. STAK 33/9741; BT 105/843 pag. 189.

70) STAK 33/2435; 33/1750; 33/9853; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, 23f; Kunstdenkmäler 103f.

Von Lewenstein; M.

1367 überträgt der Edelknecht Johann v. Heinzenberg das Dorf Udenheim (71), das er von Sponheim zu Lehen trug, an die Ritter Wolfram von Lewenstein und Richard Limelzun, die es künftig von Sponheim-Kreuznach als Lehen besitzen sollen. 1498 kommt das Schloß unter kurpfälzische Schirmgerechtigkeit, eine Lehensentfremdung erfolgt merkwürdigerweise nicht. Mit dem Tode Johann Wolffgangs von Lewenstein fällt das Lehen im Jahre 1664 an die Vordergrafschaft zurück, mit ihm verschiedener Lehensbesitz um Mannenbach, Anteile am Zehnt zu Dill und die Katzensteger Mühle (72). Udenheim wird von Baden an den kurmainzischen Obristen Johann Friedrich Köth v. Wanscheid (73) verliehen (74), wobei Kurpfalz Anstalten macht, das ihm zustehende Lehensfünftel einzubehalten. 1788 fällt das Dorf abermals heim und kommt vertragsgemäß an Kurpfalz (75).

Lorum; B.

Im 17. Jahrhundert im Besitz eines Kreuznacher Burghauses, das zuvor von den Herrn v. Ravenberg über Johann v. Dienheim an die Wild- und Rheingrafen gelangte (76).

Meisterlin, Jonas; B.

Ihm wird 1660 für seine Verdienste – u. a. in der sponheimischen Restitutionsache – auf pfälzische Initiative hin ein Kreuznacher Erbburglehen übertragen, dessen Vergabe 1662 durch Baden eine Bestätigung erfährt. Im 18. Jahrhundert gelangt das Burghaus in den Besitz der Familien Flad, Fuchs und später Achenbach (77).

Von Metzenhausen; M.

1659 mit 25 1/2 mltr. Hafer und 6 mltr. Spelz belehnt. 1711 nicht erneuert (78).

Mornau; B.

1558 wird der Kreuznacher Oberamtmann Carsilius Bayer von Bellenhoven mit dem Burghaus „Zum Rechen“ belehnt, seine Söhne folgten ihm später in dem Lehen nach. Daneben kauft sich Antonius Mornau, ein Kölner Bürger, ein und wird im Jahre 1601 damit belehnt. Unter den Kindern seines Enkels Johann Franz bricht ein Erbstreit aus. 1680 kommt das Burglehenhaus an den mit Susanne Margarethe Mornau verheirateten Dr. Gisbert Glöckner, der 1683 belehnt wird. Nach dem Tode Johann Philipp Glöckners wird das Lehen trotz Einspruchs der Seitenlinien eingezogen (79).

71) Im Kreis Alzey gelegen.

72) Bei Frei-Laubersheim/Neu-Bamberg. Vgl. auch Herzog Ottens Rachtung (1440), BT 105/843 pag. 134.

73) Nach Köth (S. 166) 1650 Gouverneur der Mainzer Schweikhardsburg.

74) Vermutl. 1661. Zuvor war Johann Werner v. Plittersdorff hier Lehensträger. Das Schloß Udenheim befand sich schon im 16. Jh. im Besitz einer jüngeren Linie derer v. Köth, die u. a. auch als Ganerbe an Schornsheim beteiligt war. Köth 160, 162f, 167; Zimmermann, Ganerbschaften 75.

75) STAK 33/9741; 33/9853; 33/9854; Böhn 92, 201f; Lehmann II, 182; Strecker, Festschrift 360. In Kreuznach sind die v. L. zeitweilig im Besitz eines Erbburglehens; BT 105/843 pag. 281.

76) Kunstdenkmäler 99 („Zum Braunshorn“); Geib, Krzn. Hbltr. 1928, 18. Möglicherweise hatte es den Lehensnexus bereits verloren.

77) Kunstdenkmäler 101; Geib, Krzn. Hbltr. 1929, 2.

78) STAK 33/9741; 33/9854. Die Familie hatte ihren Sitz im Amt Kirchberg.

79) BT 105/843 pag. 180; STAK 33/2435; 33/9853; 33/9854; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, 24

Nastetter; M.

1588 letztmals über 6 fl Erblehengeld belehnt (80).

Patrick; M.

1435 verleiht Graf Johann V. von Sponheim an Johann Stumpf v. Waldeck u. a. einige Morgen Ackerland in der „Mulde zu Bleinchen“ (Planig) (81). Das sich hier entwickelnde Lehensgut wird Ende des 16. Jahrhunderts ledig und nach Hofgerichtsbeschluß von 1592 auf Bitten des Markgrafen Eduard Fortunat dem badischen Landschreiber Gerhard Patrick und seinen Erben als Mannlehen verliehen. 1686 erfolgt eine Belehnung des Landschreibers Johann Albon, ohne daß jedoch die Ansprüche der patrick'schen Familie damit erlöschen, deren Senior noch 1784 das sog. „Stumpfische Lehen“ zu Planig einem dortigen Klostermann in Erbbestand gibt (82).

Von Randeck; M.

1336 tragen Gottfried v. Randeck und seine Gemahlin Schonette v. Florchingen dem Grafen Johann von Sponheim u. a. die Dörfer und Gerichte Erbes-Büdesheim, Aulheim, Nack und Rode mit Zubehör auf und erhalten diese als sponheimische Lehen zurück (83). Bei einem Lehensheimfall von Erbes-Büdesheim behält Pfalzgraf Johann 1518 seinen Anteil ein; mit dem badischen belehnt Markgraf Christoph seinen Landhofmeister v. Venningen und den Vogt von Pforzheim, Blicher Landschad (84). Kurpfalz vermag sich, möglicherweise das sponheimische Kurfünftel als Ansatzpunkt benutzend, frühzeitig Schirmrechte zu sichern. Im Laufe des 16. Jahrhunderts scheint das Dorf ebenso wie die drei übrigen Gemeinden vollständig unter pfälzische Lehensherrschaft zu geraten. Die Gemeinde Nack fällt im 17. Jahrhundert an die Herrn von Steinkallenfels, von denen sie im Erbgang in den Besitz der Vögte von Hunolstein übergeht (85).

Rodler (86); M.

1558 Belehnung mit einigen Gütern sowie einem Zehntanteil von Mörsberg (87).

Kessler von Sarmsheim; M.

1667 und 1683 werden diese mit einem Weinberg in der Gemarkung von Lorch belehnt. Vermutlich ist das Lehen schon im 16. Jahrhundert in ihren Händen (88). Um 1711 erfolgt eine Lehenserneuerung unter Philipp Henrich und Karl Ludwig Emich Kessler von Sarmsheim (89).

Sauer; M; (B).

1587 wird die Familie über vier Mark Geldes belehnt (90). Der ehemalige pfälzische Truchseß Severin Sauer könnte Besitzer eines Kreuznacher Burg-

80) STAK 33/9853; 33/9854.

81) Lehmann II, 192.

82) STAK 33/9741; GLAK 67/1360 f69; 75/18; STAKrn 783/35.

83) Lehmann II, 185; vgl. Böhn 134.

84) Vgl. auch Kattermann 30.

85) Böhn 134f. In Kreuznach besaßen die v. Randeck bis 1581 ein Erbburglehen; BT 105/843 pag. 281.

86) = Roder (?).

87) STAK 33/9741; 33/9854. 1588 letzte Lehenserneuerung; BT 105/843 pag. 185.

88) Zusammen (oder nachfolgend) mit den Stumpfen v. Waldeck als Lehensträger: STAK 33/9853.

89) STAK 33/9853; 33/9854; 33/9741; BT 105/843 pag. 187.

90) Ein weiteres Lehen der S. fällt später an die Specht v. Bubenheim; BT 105/843 pag. 182.

hauses gewesen sein, das jedoch schon 1600 unter seinem Sohn Reinhard entfremdet ist. Um 1679 werden die Erben der Familie Schloer mit dem sauer-schen Lehen betraut (91).

Hund von Saulheim; B.

1421 wird Hermann Hund von Saulheim durch Graf Johann V. von Sponheim mit vier Mark Geldes, jährlich aus der Bede zu Sprendlingen fällig, als Kreuznacher Burglehen beliehen. 1585 erfolgt vermutlich die letzte Lehens-erneuerung (92).

Schloer; B.

Der Kreuznacher Truchseß Johann Weigand Schloer erwirbt mit kurpfälzischer Einwilligung von Meinhard v. Koppenstein ein Burglehenhaus in Kreuznach. 1687 erfolgt eine Belehnung über dieses und ein weiteres Burghaus, eben-falls in der Kreuznacher Neustadt gelegen. Nachdem Baden als Lehens-direktor die Belehnung der Familie zeitweilig sperrte, wird 1695 einer der Burghausplätze an zwei Kreuznacher Bürger veräußert und wieder mit den bürgerlichen Lasten beschwert (93).

Von Schmidtburg; M.

1483 überträgt Herzog Friedrich von Simmern als ältester Graf von Sponheim an Fritsche v. Schmidtburg eine Rente von 12 fl als sponheimisches Mannlehen, das jährlich beim Truchsessen der Pflege Kirchberg fällig wird. Noch 1657 ist eine Erneuerung des unbedeutenden Lehens greifbar, um 1700 dürfte es erloschen sein (94).

Durch den Hauptbestandteil ihrer Herrschaft Gemünden bleiben die Frei-herrn, wenn auch ohne deutlichen Feudalnexus, mit Sponheim verbunden. Bis zum Anfang des 15. Jahrhunderts gehören Stadt und Burg Gemünden zu der vordersponheimischen Pflege Kirchberg. Im 15. Jahrhundert dann an die Herrn von Koppenstein verpfändet, werden sie erst 1464 wieder ausge-löst (95). 1469 überläßt Herzog Friedrich von Simmern dem Markgrafen Karl von Baden seinen Anteil an Stackeden, das teilweise zur Hinteren Grafschaft Sponheim gehörte (96). Markgraf Karl macht sich dafür verbindlich, seinen Anteil an Gemünden nach der Wiedereinlösung der im Gefolge der Secken-heimer Niederlage an Kurpfalz verpfändeten vordersponheimischen Fünftel dem Herzog nicht minder erblich zu überlassen (97). Diese Voraussetzung ist im Jahre 1509 gegeben, und so verkaufen Samstag nach Mariae purificationis 1514 Kurfürst Ludwig 1/5 und Herzog Johann von Simmern 4/5 an Friedrich

91) STAK 33/2435; 33/2522; 33/9854.

92) BT 105/843 pag. 185; STAK 33/9741; 33/9854; Lehmann II, 187.

93) BT 105/843 pag. 182; STAK 33/2523; 33/9853; GLAK 67/1360 f152; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, 19f.

94) STAK 33/9741; 33/9854; Lehmann II, 188.

95) Fabricius VI, 96*.

96) 1466 werden sponheim Anrechte auf das Schloß Stackeden in Verbindung mit der H. G. genannt; Bad. Reg. IV, 212 (9404). 1468 gehen die katzenelnbogischen Anrechte d. Heirat an Baden über; ebd. 234 (9599); Demandt, Die letzten Katzenelnbogener Grafen u. der Kampf um ihr Erbe, Nassauische Annalen 66 (1955) 109; Petry, Sprendlingen 43. 1507 ver-kauft Baden den markgräflichen Anteil an Stephan Quad, 1563 gelangt er an Pfalz-Zwei-brücken; Petry, Handbuch 323 (Stackeden).

97) STAK 33/665; Bad Reg. IV, 274f (9959); Weidenbach II, 17, S. 132f.

v. Schmidburg unter Vereinbarung des Öffnungs- und Wiederkaufrechts. Der Kaufbrief wird jeweils beim Tode eines Schmidburgers von dessen Nachfolger erneuert. 1545 werden die simmerischen Fünftel mit Vorbehalt des Öffnungsrechtes (98) den Freiherrn endgültig überlassen, 1560 dürfte auch das Kurfünftel nachgefolgt sein. Niclas v. Schmidburg, der spätere sponheimische Oberamtmann, erhält seitens der Grafschaft im Amt Kirchberg einen besonderen Territorialbezirk zu der Stadt Gemünden angewiesen, auf den er 1568 sein Hochgericht setzt. Sponheim behält sich dort Geleit, Zoll, Angriff und Bergwerksrechte ausdrücklich vor. Während des 17. Jahrhunderts kommt es zwischen Pfalz-Baden und den Freiherrn zu fortwährenden Zollstreitigkeiten. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts verstärkt sich der pfälzische Druck auf die Herrschaft. Baden-Durlachische Versuche auf Grund der alten Zugehörigkeit zur Grafschaft in Gemünden wieder Fuß zu fassen, scheitern 1778 (99).

Von Schönborn; B.

1432 wird Degenhart Stumpf von Waldeck mit Haus und Hof zu Kreuznach als Burglehen beliehen. Mit Eva Stumpf kommt das Lehen an die Familie von Schönborn. 1601 ist der „Stumpfen Hof“ noch teilweise im Besitz Philipps v. Schönborn. Im Laufe des 17. Jahrhunderts gelangt der Hof vollständig in bürgerliche Hände, wird jedoch in der Matrikel der Reichsritterschaft weitergeführt (100).

Hürt von Schönecken; M.

1450 erhält Johann Hürt von Schönecken nach Ausgleich von Differenzen 30 Pfund Geld als Mannlehen in Kirchberg zugewiesen. 1579 erfolgt die wahrscheinlich letzte Lehenerneuerung (101).

Von Sickingen; M.

Von der sponheimischen Pfandschaft Ebernburg abgesehen, tragen die späteren Freiherrn beständig verschiedene Ländereien in Norheim von der Grafschaft zu Lehen (102).

Landschad von Steinach; M.

1578 mit 50 fl Manggeld, die vom Stift Speyer ausgezahlt werden sollen, belehnt. Im 17. Jahrhundert ist das Lehen bereits heimgefallen (103).

Von Steinkallenfels; M.

1578 und 1687 über 10 fl und verschiedene andere Objekte belehnt, die sie teilweise 1717 zu Allodialstücken erklären (104).

98) Noch 1674 plant man, eine sponheimisch-pfälzische Garnison wegen der Zerstörung Kirchbergs nach Gemünden zu legen; STAKrn 761/2.

99) STAK 33/665; 33/2435; GLAK 75/18; STAKrn 761/2 (3.7. 1674).

100) GLAK 75/525; STAK 33/2435; 33/2522; Geib, Krzn. Hbltr. 1929, 1; Lehmann II, 192.

101) STAK 33/9741; 33/9854; Lehmann II, 188.

102) STAK 33/9853; 33/9854.

103) STAK 33/9741; 33/9853; 33/9854. Das Lehen geht vermutlich auf den bad. Vogt zu Pforzheim, Blicker Landschad, zurück.

104) STAK 33/9741; 33/9854.

Faust von Stromberg; B.

Die Familie wird 1675 letztmals mit einem Burghaus zu Sponheim und 10 Pfund Heller Geld belehnt (105). Auf das Lehensedikt von 1699 hin leistet sie keine Parition.

Tolner; B.

Der Kreuznacher Truchseß Johann Karl Tolner wird 1657 mit einem Burglehenhaus in der Kreuznacher Neustadt belehnt. Das Burghaus ist vorher im Besitz der Kessler von Sarmsheim (106) sowie der Boos von Waldeck (107).

Von Ulmen; M.

Hauß von Ulmen wird 1560 mit dem halben Gericht zu Hanne (108) belehnt (109).

Boos von Waldeck; M.

1383 bessert Graf Simon von Sponheim Hermann Boos von Waldeck dessen altes Lehen zu „Uden Capellen“ bei Grumbach, bestehend aus Gericht, Gut und Gülden, auf. Während der folgenden Jahrhunderte bleibt das Rittergeschlecht im Besitz des Lehens, muß sich jedoch, um seinen Anteil an der Ortsherrschaft zu wahren, der Unterstützung des einflußreichen benachbarten zweibrückischen Territorialherrn versichern. Am 5. Mai 1618 wird in einem Vertrag zu Kreuznach für das Dorf Uden-Kappeln, in dessen Obrigkeit sich die Wild- und Rheingrafen zu 3/4 und die Herrn von Waldeck zu 1/4 teilen, festgelegt, daß der v. waldeck'sche Anteil sich auf die zivilen Hoheitsrechte, das heißt: Huldigung, Gebot und Verbot, Einsetzung von Gerichtspersonen, Besthäupter, Zehnt, Umgeld, Einzug usw. zu beschränken hat (110). Belehnungen mit dem sponheimischen Anteil an Kappeln erfolgen zusammen mit den Lehen zu Duchrod 1652, 1671, 1713 (111), 1757 und vermutlich letztmals 1776 (112). Zu Kreuznach befindet sich das spätere tolnerische Erbburglehen ursprünglich in v. waldeck'schem Besitz (113).

Kolb von Wartenberg; M.

Contz Kolb von Wartenberg erhält von dem Grafen Simon von Sponheim (1380–1414) 10 mltr. Korn zu Melmesheim (Mölsheim) (114) als Lehen. In den Jahren 1667, 1683 und 1711 erfolgen Lehenserneuerungen (115).

105) Ebd.

106) STAK 33/9741; 33/9854; Geib, Krzn. Hbltr. 1929, 1.

107) BT 105/843 pag. 180.

108) Vermutlich Hahn (Hunsrück) gemeint. Vgl. Bad. Reg. III, 87 (5771), wonach Hust v. Ulm bereits 1438 das Lehen empfängt.

109) STAK 33/9741; 33/9854; BT 105/843 pag. 184.

110) Für das Wildfangrecht wird die Regelung getroffen, daß jeder vierte herrenlose Leibeigene, der sich im Dorfbereich niederläßt, künftig den Herrn v. Boos zugeteilt wird; STAK Kurpf. F 628 = Urk. d. Kurpf. Nr. 632.

111) Hier erfolgt die Lehenvergabe an die Boos v. Waldeck zusammen mit den Herrn v. Kesselstadt; STAS Kurpf. Urk. Nr. 635f.

112) STAS Kurpf. Urk. Nr. 632-638; STAK 33/9741; 33/9854; Lehmann II, 191f.

113) BT 105/843 pag. 180, (187).

114) Der Ort wird von Fabricius (VI, 421 Anm. 2) in anderem Zusammenhang als Milmesheim erwähnt (Oberamt Alzey); vgl. auch Bad. Reg. III, 99 (5898); Friedrich W. Weber, Das pfälz. Adelsgeschlecht der Kolbe v. Wartenberg, Kaiserslautern 1955, S. 10.

115) STAK 33/9741; 33/9854; Lehmann II, 192f.

Weidner, Johann Wilhelm; B.

1672 wird der ehemalige Truchseß Dr. Johann Wilhelm Weidner mit einem Kreuznacher Burglehen, „Gottschalk des Juden Haus“, wie es nach seinem ursprünglichen Besitzer genannt wurde (116), belehnt.

Nach 1534 ist das Burghaus zuerst im Besitz der Herrn v. Lewenstein, bis es 1621 durch Kauf an den badischen Landschreiber Daniel Patrick gelangt. 1662 erfolgt die Übertragung des Hauses an Maria Agnes Hecht, geb. Patrick, die in zweiter Ehe den pfälzischen Truchsess von Weidner heiratete. Über ihre Tochter Anna Maria Margaretha kommt das Lehen dann an den preußischen Hofprediger Achenbach und wird bis 1777 unter dem Namen dieser Familie geführt (117).

Wolf von Sponheim; B.

1438 erhält Heinrich Wolf von Sponheim u. a. Güter zu Fürfeld als Kreuznacher Burglehen. Das Kreuznacher Burghaus der Wolfe befindet sich noch 1600 in deren Besitz. 1679 bebaut es der Sponheimer Schaffner. 1673 und 1687 erfolgen weitere Belehnungen mit den Fürfelder Gütern. 1717 sind die Lehen in Händen der Grafen von Ingelheim (118).

b) 2. Sponheimische Passivlehen

Während die sponheimische Reichslehen (1) bald allodifiziert wurden und in unserem Zeitraum in ihrer Qualität als solche nicht mehr wirksam sind, fanden die Mutungen der kurpfälzischen und kurtrierischen Lehen weiter statt. Erstere bestanden in den Dörfern Frei-Laubersheim (2) und Siefersheim (3), der Stadt sowie ursprünglich auch der Pflege Kirchberg (4) und den Fischereigerechtigkeiten auf der Nahe. Der badische Kondominus trug hiervon zwei Fünftel, Pfalz-Simmern die restlichen Anteile zu Lehen, wofür sie bei jeder Aufmachung an Kurpfalz Lehensreiter abzustellen hatten (5). Bei der Teilung von 1707/08 tauchten wegen dieser Lehen Schwierigkeiten auf. Dem badischen Wunsche, Kurpfalz möge entweder die Lehenqualität abnehmen oder nicht so hoch wie anderen Besitz anschlagen, wurde nur teil-

116) A. Lewin, Gottschalk v. Kreuznach, Krzn. Hbltr. 1930, 3; Löwenstein 20f.

117) STAK 33/2524; 33/9741; 33/9854; Geib, Krzn. Hbltr. 1928, 22; Kunstdenkmäler 100; vgl. auch Lehmann II, 182.

118) BT 105/843 pag. 179; STAK 33/2435; 33/9741; 33/2522; Lehmann II, 190.

1) U. a. d. Meß- u. Münzrecht sowie die Juden der Stadt Kreuznach, das Geleit bis Gensingen u. die gesamte Pflege Sohren; Zillesius 174; Fabricius VI, 96*, 13 Anm. 1.

2) Strecker, Festschrift 341; Böhn 144. Die Errichtung des Landzolls der Grafschaft Sponheim in dem Flecken Frei-Laubersheim ist wohl von hier zu begründen; vgl. Anm. 13, Abschnitt d (unten).

3) Lehmann I, 139; Fabricius VI, 24 Anm. 2.

4) Bereits 1225 sponheimisch; Fabricius VI, 103.

5) Baden hatte im 17. Jh. in Gemeinschaft mit Pfalz-Birkenfeld für die vorder- u. hinter-sponheimischen Lehen Kurpfalz jeweils 8 Lehensreiter zu stellen. Einem Vergleich v. 1669 zufolge konnten pro Reiter 100 fl entrichtet werden (1678 auf 40 fl ermäßigt). 1708 lag Baden noch für 3 Lehensaufmachungen gegenüber Kurpfalz im Rückstand. STAK 33/2514; GLAK 75/107 f184'. Im Wildfangstreit entstanden zwischen dem Pfalzgrafen v. Simmern und den lothring. Truppen schwere Differenzen wegen der an Kurpfalz abgeschickten Lehensreiter; GLAK 75/63. Am 4. 8. 1668 gebot ein kaiserl. Edikt den kurpf. Lehensleuten, auf Anforderung des Lehensherrn nicht zu erscheinen (ebd.).

weise entsprochen (6). Für die Kurpfalz bei der Partage zugesprochenen Dörfer Frei-Laubersheim und Siefersheim trug Baden dem ehemaligen Kondominus die im künftigen markgräflichen Oberamt Kirchberg gelegenen Dörfer Sohren und Womrath als Lehen an (7). Der frühere badische Anteil an der Stadt Kirchberg blieb mit Kurpfalz auch weiterhin durch Lehensnexus verbunden, der Mitanspruch auf die Fischereigerechtigkeit der Nahe fiel entschädigungslos an Kurpfalz zurück (8). Da zu Kirchberg auch die Außenbürger der Stadt zählten, befand sich faktisch ein Großteil des gesamten Amtsbezirks in kurpfälzischer Lehensabhängigkeit, was die badische Verwaltung dazu verurteilte, den kurpfälzischen Übergriffen im 18. Jahrhundert mit einer gewissen Nachsicht begegnen zu müssen (9). Die außergewöhnlichen Vorsichtsmaßnahmen Karl Friedrichs von Baden-Durlach nach dem badischen Sukzessionsvertrag von 1765 hinsichtlich einer kurpfälzischen Einwilligung in den Mitbesitz der baden-badischen Lehen sind ebenfalls von hier zu verstehen (10).

Auch die kurtrierischen Lehen (11) blieben in ihrem Feudalnexus teilweise bis in das 18. Jahrhundert in Sponheim erhalten. Sie lagen ausschließlich in dem 1707/08 Baden zugefallenen Anteil.

c) Sponheimische Geleitsrechte.

In Sponheim war das Geleit neben der Kreuznacher Messe, der Münze und den Juden mindestens vom 13. Jahrhundert an Reichslehen (1). Als im 13. und 14. Jahrhundert Handel und Verkehr in Deutschland einen kräftigen Aufschwung nahmen, beteiligten sich die Grafen von Sponheim an den Geleitsverträgen zwischen den benachbarten Erzstiften Mainz und Trier (2), um ihrerseits die Sicherung des Hunsrückabschnitts der wichtigen linksrheinischen Fernhandelswege (3) zu gewährleisten. Die sponheimische Kondominatsherrschaft übernahm u. a. auch das Geleitsregal. Das „Geleit zu Kreuznach bis gen Gensingen an den Baum“ findet sich in Friedrichs III. Lehenbrief unter den sponheimischen Reichslehen (4). Die Sicherung des Geleits

6) GLAK 75/95 (II).

7) Diese erbrachten an Schatzung, Renten usw. genau 3/5 der entsprechenden Beträge von Frei-Laubersheim u. Siefersheim; STAK 33/33 (§ 21).

8) STAK 33/33 (Nebenreiß v. 1708, § 14f).

9) STAS Kurpf. Akten 42.

10) Vgl. Sachs V, 286f. Kurpfalz war den Lehensrechten gemäß jederzeit befugt, diese selbst ohne Entgelt einbehalten zu können. Vgl. Wien J. A. 594/23 f14. Der badischen Landeshoheit in dem betreffenden Gebiet tat dies an sich keinen Abbruch; vgl. Moser Reichsstände Landen 934ff.

11) Vgl. den mittelalterl. Umfang: Winterburg, Kirchspiel Enkirch (H. G.), Höfe zu Kreuznach, Pfaffen-Schwabenheim, Kappel, Gemünden, Kirrweiler, Selbach (= Seesbach), Belg, Keltrod, Ruckenhäusen (Wüstung bei Wahlenau), Büchenbeuren, Sohren, Wahlenau, Hunsilre (= Hennweiler?), Lautzenhausen, Niederweiler, eine Burgstatt in der Stadt Kirchberg, 4 Höfe zu Bruchweiler bei dem Dorf Hottenbach mit dem Unterzugsrecht, ausgenommen die Hottenbacher Pflege, die kurpfälzisch war (Sponheim. Lehenrevers gegenüber Kurtrier v. 1443); Bad. Reg. III, 137 (6258).

1) Vogt vermutet sogar einen möglichen Übertrag der Geleitsrechte schon z. Zt. der Nellenburger Herrschaft, also im 11. u. 12. Jh. (S. 262).

2) Vgl. Dotzauer 288.

3) Nottebrock 300f; Faber, Geschichtl. Grundlagen 52.

4) Fabricius VI, 9, 13 Anm. 1.

war Aufgabe der Oberamtleute, die sich hierzu ursprünglich der Kreuznacher Stadtzünfte bedient haben dürften (5). Die Verpfändung des badischen Anteils an Vordersponheim machte es dem kurpfälzischen Pfandherrn möglich, die eigenen mit den sponheimischen Geleitsgerechtsamen in der Hand des streitbaren Kreuznacher Oberamtmanns Albrecht Göler von Ravensberg zu koordinieren und der pfälzischen Politik gegenüber dem erststiftischen Brückenkopf an der Nahe eine aggressive Note zu verleihen (6), die während des folgenden Jahrhunderts tonangebend blieb (7).

Während die Territorialgrenzen im Nahemündungsbereich im Laufe des 17. Jahrhunderts weitgehend auch die Qualität von Geleitsgrenzen erhielten, wie dies 1714 (8) eine endgültige Bekräftigung erfuhr, blieb die Situation im übrigen sponheimischen Bereich weitgehend ungeklärt (9). Mit der Hinteren Grafschaft Sponheim war es unter der pfälzischen Alleinherrschaft zu Unstimmigkeiten gekommen, als das Kreuznacher Oberamt das Kurfürstengeleit durch das Amt Winterburg (10) für sich beanspruchte. Die Kriegszeit brachte mit dem Handel auch das Geleitswesen, das sich immer mehr im Sinne einer landesherrlichen Abgabe ohne die ursprünglich damit verbundene Gegenleistung entwickelte (11), zeitweilig zum Erliegen. Selbsthilfemaßnahmen im Sinne eines Geleitschutzes beschränkten sich auf die lokale Ebene des Nahhandelsverkehrs Kreuznach–Bingen (12). Der kurpfälzischen Initiative verdankte das sponheimische Geleitswesen nach dem Westfälischen Frieden eine Wiederbelebung (13), sicherte es doch dem argwöhnischen Karl Ludwig nicht zuletzt auch eine Kontrolle über die fremden Besucher am Kreuznacher Hof der erlöschenden simmerischen Nebenlinie (14). Kurpfalz selbst bediente sich dabei der Auffassung, daß es in seiner Eigenschaft als sponheimischer Kondominus bei der Durchführung pfälzischer Geleitspersonen durch das Oberamt keines gemeinschaftlich sponheimischen Geleits bedürfe. 1683 wurde in Vordersponheim eine neue Geleitsordnung, vielleicht die kurpfälzische, rechtskräftig (15). In diesem Zusammenhang erfolgte eine Abgrenzung der Geleitsrechte zwischen den Oberämtern Alzey und Kreuznach (16).

Die Geleitsgrenze des Alzeyer Oberamtes verlief bis zu einer Brücke westlich der Gemarkung der Vielherrschaft Wöllstein, wo der Alzeyer Hörfaut die Gefangenen den Kreuznacher Behörden übergab; auch die markgräflichen Beamten erhielten auf ihren Reisen nach Sponheim bis zu dieser Stelle pfälzisches Geleit. Der nassau-saarbrückische Oberschultheiß zu Wöllstein hatte an dem Geleitsvorgang infolge des Regalcharakters rechtlich

5) Schneegans, Kreuznach 51.

6) Ziehen II, 448, 453ff, 668.

7) Dotzauer 289.

8) Vgl. S. 81.

9) Das Rentbuch der Stadt Kreuznach v. 1476 sicherte allerdings den Kondomini das Geleit innerhalb der ganzen Grafschaft; Fabricius VI, 3.

10) STAK 33/1675; 33/4723. Die Hunsrückstraße bildete für Trier die direkte Verbindung nach Frankfurt.

11) Vgl. Karst 60.

12) Dotzauer 289.

13) Vgl. STAK 33/10471; STAKrn 762/1 (25. 7. 69).

14) Vgl. STAK 33/10473.

15) STAKrn 762/1.

16) STAK 33/10473.

keinen Anteil (17). Die sich anschließenden sponheimischen Geleitsgerechtsame erstreckten sich unter Einbeziehung der Gemarkung der kurpfälzischen Exklave Volxheim bis zur Oberamtsstadt Kreuznach.

1714 fand das Geleitswesen in dem schon erwähnten mainzisch-pfälzischen Vertrag eine Regelung, die bis zur Französischen Revolution beibehalten wurde (18).

d) Die sponheimischen Zölle.

Die Grafen von Sponheim hatten für ihren Hoheitsbereich neben dem Münz- und Geleitsregal auch die Berechtigung erlangt, in Kreuznach und Kirchberg Zölle zu erheben (1). Für die Sponheimer Erben erfolgte im Jahre 1442 eine Bestätigung der Privilegien durch Friedrich III (2). 1556 versuchte Kurpfalz in der Grafschaft Gulden- und Wehrzölle ohne badische Beteiligung einzuführen (3). Der Vertrag von 1560 zwischen Kurfürst Friedrich und Markgraf Philibert sicherte dann Baden auf Grund der sponheimischen Kondominatsbestimmungen (4) einen Anteil von einem Drittel an dem Ertrag künftig einzuführender Wehrzölle (5); die Streitfrage war damit jedoch noch nicht zufriedenstellend gelöst (6), erst einige Jahre nach dem Tode des Markgrafen Eduard Fortunatus von Baden dürfte es zu einer kurzfristigen Einbeziehung des Amtes Kreuznach in den kurpfälzischen Güldenzoll (7) gekommen sein (8). Ein pfälzischer Wehrzoll konnte in der Gemeinde Gehlweiler im vorder-sponheimischen Unteramt Koppenstein errichtet werden. Baden hatte an dessen finanziellen Ertrag keinen Anteil. Während die ursprüngliche Intention dieses Wehrzolls darauf hinauslief, von den außersponheimischen Passanten, die auf dieser Nebenstraße die ungleich höheren pfälzischen Zolltarife zu umgehen suchten, die an der benachbarten pfälzischen Hauptzollstätte üblichen Gebühren einzufordern, dehnte Kurpfalz die Bestimmungen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts so aus, daß auch die sponheimischen Bewohner einbezogen wurden (9). Diese Zweckentfremdung führte schließlich nach 1708 zu dem paradoxen Zustand, daß die Einwohner des badischen

17) Anders STAD Salb. Rheinhessen 81b.

18) Vgl. Dotzauer 289ff.

1) Vgl. Fabricius VI, 12; Vogt 41, 54, 260, 271, 275f.

2) Ebd. 260.

3) GLAK 77/9647; 75/95 (II). Schon 1552 diesbezügliche badische Beschwerden.

4) STAS Horstmann. H. (o. f.). Nach Herzog Ottens Rachtung sollte kein Mitinhaber der V. G. mehr Gefälle einziehen, als ihm anteilmäßig zukamen.

5) Ebd.

6) Vincula Petri 1571 (Hofgericht) zogen die Pfälzer ihre Konzessionen hinsichtlich eines bad. Wehrzollanteils wieder zurück; GLAK 75/32 f299; vgl. auch 75/18.

7) Vgl. Karst (S. 92f), der die einzelnen Regelungen des kurpf. Güldenzolls in der Publikationsform von 1601 anführt.

8) Krebs, Dienerb. Sm 137, gibt für 1615 einen Zollbereiter des Guldenzolls für die Ämter Alzey, Kreuznach und Stromberg an. Im Oberamt Stromberg blieb der Güldenzoll auch nach der Auflösung des kurpfälzisch-simmerischen Kondominats (1660) weiter in Gebrauch. Der kurpf. Truchseß zu Kreuznach zog regelmäßig auf Grund des Rechtsanspruchs der sog. „Vier reservierten Fälle“ die Hälfte des Ertrags an Güldenzoll, Bastardfall, Konfiskationen verlassener Güter und Bergwerksnutzung ein (STAKrn 736/1), (letzteres wichtig wegen der vorhandenen Eisenbergwerke und Kalkbrennereien). 1673 beanspruchte Kurpfalz auch von den simmerischen Anteilen an Sponheim die Hälfte der reservierten Fälle; STAKrn 762/1.

9) GLAK 75/32 f295; 75/387 f84, 87; 75/24 f284; STAK 33/31; STAS Kurpf. Akten 4, 2.

Oberamtes Kirchberg auf ihrem eigenen Territorium kurpfälzischen Zoll zu entrichten hatten.

Um 1600 war die Zollsituation in der Grafschaft Sponheim noch die folgende: In Kreuznach selbst war neben dem Pfortenzoll (10) lediglich eine Zollgebühr für das in die Stadt eingeführte fremde Vieh üblich (11), die zu gleichen Anteilen Stadt und Gemeinschaft zufiel (12). In Frei-Laubersheim, einem alten pfälzischen Passivlehen der Grafschaft (13), wurde auf sponheimischem Territorium neben einem kurpfälzischen (14) Vieh- auch ein Wagen-, Faß- und Reifzoll erhoben (15), von dem niemand befreit war, und an dessen Erträgen Baden anteilmäßig partizipierte. Der gemeinschaftliche Schultheiß zu Laubersheim erhielt gleichzeitig eine Besoldung als Zollbereiter (16).

Im 17. Jahrhundert erfuhren die Zölle des Oberamtes eine wesentliche Ausdehnung. In Kreuznach erwuchsen der Gemeinschaft Einnahmen aus den Ein- bzw. Drei-Hellerzöllen (17). In Frei-Laubersheim wie auch in Kreuznach wurden in Anlehnung an den pfälzischen Landzoll nunmehr auch Weine und Früchte als zollpflichtige Waren einbezogen. In Gensingen kam es unter simmerischer Initiative 1656 zur Errichtung eines Wehrzolls, der sich trotz kurpfälzischer Protestaktionen selbständig weiterentwickelte (18). Die Errichtung von weiteren Wehrzöllen (19) sowie Koordinierungsversuche der teilweise beträchtlich differierenden lokalen Zollarife scheiterten lange Zeit an der Uneinigkeit des vordersponheimischen Hofgerichts.

So bieten sich für die Zeit um 1670 für das relativ kleine Oberamt Kreuznach vier verschiedene, lokal gebundene Tarifordnungen an, deren Auswertung für den näheren Bereich, da sie den üblichen zentralistischen Nivellierungseinflüssen wenigstens z. T. entzogen blieben, interessante wirtschaftsgeschichtliche Aufschlüsse verspricht.

10) An den 4 Hauptpforten der Stadt wurde das Wegegeld erhoben, dessen Ertrag zur Hälfte der Herrschaft zufiel; vgl. die Oberamtstruchsesserei-Rechnungen (STAK).

11) 1620 zahlte man für: eine Kuh 1 alb 1 d, ein Kalb 5 d, Koppelpferd 17 d, Ziege 2 hlr, 100 Schweine 25 alb, 100 Schafe 18 alb. Für einen Wagen wurden 3 alb gefordert; STAK 33/10240.

12) STAK 33/2435. Die Aussage bezieht sich nur auf die ständigen herrschaftlichen Zolleinkünfte.

13) Vgl. Böhn 144.

14) Während die übrigen Zollstationen noch bis 1750 neben dem sponheimischen Wappen die Aufschrift „Sponheimischer Zoll“ führten, war in Frei-Laubersheim vermutlich schon im 17. Jh. das pfälzische Wappen üblich; vgl. STAK 33/1064. Möglicherweise wurden bei einer Lehensvergabe an die Grafen gewisse Zollgerechtsame vorbehalten.

15) Man zahlte um 1600 für: 1 Ochsen 1 alb, 1 Rind 4 d, Koppelpferd 1 baz, 1 Füllen 1/2 baz, 1 Ziege 2 hlr, 100 Schweine 25 alb, 100 Schafe 17 1/2 alb, einen Wagen mit Fässern oder Reifen 3 alb; STAK 33/2435.

16) STAK 33/10238; 33/10247; GLAK 75/18. Die Viehzolleinnahmen zu Frei-Laubersheim lagen wegen des bedeutenden Furfelder Marktes wesentlich höher als die zu Kreuznach; vgl. die Oberamtstruchsesserei-Rechnungen (STAK).

17) Der Drei-Hellerzoll fiel außerhalb der beiden Marktstage. An den beiden Jahrmarkttagen fiel nur die Hälfte des Zollertrags an die Herrschaft. Der Ein-Hellerzoll war ein Ladenzoll, den die Stadt zur Hälfte einnahm (vgl. d. Oberamtstruchsesserei-Rechnungen). Der Stadt Kreuznach allein stand der sog. Eselszoll zu, d. h. alles, was auf Esel oder auch Pferd zur Stadt hinaus transportiert wurde, durfte sie verzollen (1684: Pferd: 3 alb, 1 mltr Mehl: 1 baz); STAK 33/10478. Dem städt. Hospital wurde an den Markttagen der „Käsezoll“ (Abgabe v. 2 %) verabfolgt. STAK 33/10474; vgl. auch Maurer 26, 58.

18) U. a. inhaftierte Kurpfalz den Gensinger Faut, um Simmern zur Aufhebung des Zolls zu bewegen; GLAK 75/24 f214.

19) GLAK 77/9647.

Zolltaxen an den verschiedenen Zollstätten der V. G. um 1670 (20).

	Kreuznach	Frei-Laubersh.	Gensingen	Kirchberg
Wagen Ffurter. Ware				
mit 3 Pferden		15 alb		
mit 2 Pferden		10 alb		
Karren mit 1 Pferd		5 alb		
Wagen				
mit Fässern		5 alb		
mit Reifen (21)		5 alb		
mit „tawen“ (22)		5 alb		
mit Hanf, Wolle, Tabak		10 alb		
Pferdslast				3 kr (23)
halbe Last				6 d
beladener Esel				2 kr
mltr Korn, Gerste		12 d		Korn: 3 kr
Wicken, Linsen,		12 d		Hafer: 2 kr
Erbsen, Kohlsamen		12 d		Spelz: 2 kr
Kohlsamen (allein)	3 alb			
mltr Leichtfrucht	6 d			
mltr Hartfrucht	1 alb 4 d			
Ohm Honig		10 alb		
Fuder Wein	1 rtlr	36 alb		
Ohm Öl	1/2 rtlr			
Pferd	3 alb (24)	3 alb	3 alb	1 baz
Ochse, Kuh, Rind	1 alb 1 d	9 d	9 d	Ochse: 2 kr
„Saugkalb“				Kuh: 6 d
100 Schafe	—	20 alb	22 1/2 alb	1 Schaf 2 d
„Eichelschwein“ (25)	6 d	3 d	1 alb	1 kr
mageres Schwein	4 d	2 d	4 d	
Ziege		4 d	2 d	
Hund	2 alb 1 d	4 d		
Kalbsfell	2 d			
Tuchkrämer			4 d	1 fl (26)
Jude				2 fl 2 kr (27)
Neuer Wagen				1 fl
Pflug				1 kr

Die um 1700 im Unteramt Kirchberg gültige Zollordnung läßt durch die Breite der berücksichtigten Waren einen Rückschluß auf die vielfach unterschätzte Bedeutung der Hunsrückstraßen im damaligen rheinischen Durchgangsverkehr zu.

20) Nach Aufstellungen in GLAK 77/9647.

21) Gemeint sind die für die Weinfässer benötigten Holzreifen. In Kreuznach wird 1605 erstmals ein Reifmarkt erwähnt; vgl. Zitzen, Scholle u. Strom, 5 Liefg. 224f.

22) Faßdauben.

23) Die Kirchberger Straße benutzten im allgemeinen nur Lasttiere. Ein Pferd, das Fässer oder Reifen führte, zahlte 1 baz 2 kr.

24) Füllen: 1 alb 4 d.

25) = fettes, (durch Eicheln u. Bucheckern) gemästetes Schwein; Zitzen a. a. O. 224f.

26) An Markttagen.

27) Pro Tag.

Zolltarifordnung für Kirchberg.

(1701 der kurpfälzisch-badischen Zollordnung entnommen). Auszugsweise Wiedergabe (28).

Alles, was untenstehend ein-, aus- oder durchgeführt wurde, mußte verzollt werden.

1. Getränke, Flüssigkeiten u. ä.

Fuder	gewöhnl. Wein	1 rtr	Ohm	Bier oder	2 alb 4 d
Ohm	span. Malvasier	15 alb		Birnwein (29)	
Ohm	Branntwein	20 alb	Ztr	Hopfen	6 alb
Ohm	Weinhefe	1 alb 4 d	Ohm	Holzapfelessig	3 alb 6 d
Ohm	Weinessig	7 alb 4 d			

2. Früchte u. ä.

mltr	Korn (Kirchberg.)	1 alb 4 d	mltr	Erbsen	2 alb
mltr	Roggenmehl		mltr	Heidenkorn (30)	1 alb
	(„Rückenmehl“)	1 alb 4 d	mltr	Linsen	2 alb
mltr	Weißmehl	2 alb	mltr	Rappssamen	4 alb
mltr	Hafermehl	2 alb	mltr	Bohnen	2 alb
mltr	Weizen	2 alb	mltr	Haselnüsse	2 alb
mltr	Spelz	1 alb	mltr	Wicken	1 alb 4 d
mltr	Gerste	1 alb 4 d	mltr	Gebäckene	
mltr	Hafer	1 alb		Birnen	2 alb
mltr	Zwiebeln	4 d	Ztr	„Tobackh“	2 alb 4 d
mltr	Flachssamen	4 alb		(100 Tabakspfeifen	1 alb 4 d)
Ztr	Reis	5 alb	Simm.	Wacholderbeeren	2 d
Sack	Salz	4 alb	Simm.	„Hirschen“ (31)	4 d
Wagen	Heu	3 alb			
Karch	Heu (32)	1 alb 4 d			
Wagen	Stroh	2 alb			

3. Backwaren.

Karch	Brote oder Wecke	1 alb 4 d
Pferdlast	desgl.	1 alb
gewöhnl. Last	desgl.	4 d

4. Fische.

Tonne	Heringe	8 alb	Pferd	mit Stock- oder anderen	
Tonne	Bückinge	8 alb		Fischen beladen	2 d
1	Salm	1 alb 4 d	Ztr	Stockfisch	2 alb
Last	gewöhnlicher Mosel		Rolle	Stockfisch	10 alb
	oder Rheinfische	4 d			

28) Vgl. GLAK 75/95 (die Unterteilung in 11 Gruppen ist im Original nicht durchgeführt).

29) d = Pfennig.

30) Buchweizen oder wildes Heidekorn; vgl. Grimm, DW IV. 2, Sp. 805; Zitzen, Folge Boden u. Früchte 293f.

31) Vermutl. Hirschhorn.

32) Wagen und „Karch“ sind gleich, letzterer ist aber Last und Bespannung nach ein halber Wagen mit zwei Rädern, daher die unterschiedlichen Gebühren. Vgl. Grimm, DW V, Sp. 208.

5. Fette u. Öle u. ä.

Tonne	Butter	6 alb
Maß	Butter	2 d
Maß	Schmalz	2 d
Tonne	Tran oder Öl	12 alb
Maß	Tran, Rappssamen, Lein- o. Nußöl	2 d
Tonne	Wagenschmiere	3 alb

Tonne	Honig (33)	6 alb
Maß	Honig	2 d
Ztr	Unschlitt	2 alb 4 d
Faß	Schmierseife	4 d
Faß	spanischer Seife	1 alb
Pferd	mit holländischem oder Limburger Käse	2 alb

6. Viehzoll.

„Köstliches“ Kuppelpferd	15 alb
gewöhnl. Kuppelpferd	10 alb
gewöhnl. Landpferd	3 alb
Füllen	2 alb
fetter Ochse	3 alb
gewöhnlicher Ruckochse	2 alb
fetter Stier, Kuh o. Rind	1 alb
Kalb	4 d
Speckschwein	2 alb
gewöhnl. fettes Schwein	1 alb
Faselschwein (35)	4 d
von jedem Schwein, das in die Äcker getrieben wird	1 d

Hämmel, Ziegen	2 d
100 dergl.	22 alb 4 d
Masthammel	4 d
Lamm oder Zicklein	1 d
Maulesel	3 alb
Esel	1 alb 4 d
Hund	1 alb
Hahn	2 d
Gans, Antvogel (34)	1 d
100 Hühner	6 alb
100 Eier	4 d

7. Häute u. Felle.

Bereitete Ochsenhaut	2 alb
unbereitete Ochsenhaut	1 alb 4 d
bereitetes Ziegen- oder Schafsfell	2 d
unbereitetes Schafsfell	1 d
Wildschweinhaut	4 d
Rehhaut, unbere. u. bereitet (3 d, 4 d)	

bereitete Rinds- o. Kuhhaut	1 alb
unbereitete Kuhhaut	1 alb
Hirschhaut	4 d
Wolfshaut	4 d
Fuchshaut	(4 d) 3 d
Marder oder Iltis	2 d

8. Tuche u. „Zeuge“.

Glist (36) Wolle	6 d
Ztr Wolle	3 alb 6 d
Ztr Wollgarn	4 alb
Ztr Hanf- oder Flachsgarn	2 alb
Ztr Flachs	4 alb
Ztr Hanf	2 alb
Ztr Gänsefedern	5 alb
Ztr Glummarfedern (40)	10 alb

1 Stück englisches, span., holländisches o. anderes feines Tuch	5 alb
1 Ballen desgl.	1 fl 15 alb
1 Stück gewöhnl. Wolltuch	1 alb 4 d
1 Ballen desg.	15 alb
Futtertuch (37): „Beyhe“ (38), Kattun, Hemdskattun (39) pro Stück	1 alb 4 d

33) Über dessen Bedeutung als Süßstoff bis z. 18. Jh. vgl. Zitzen, Tiere u. Forsten 159.

34) Bezeichnung f. zahme Enten; vgl. Grimm, DW I, Sp. 507.

35) Zuchtschwein; vgl. Grimm, DW III, Sp. 1339.

36) = Glänzende Wolle (?); vgl. Grimm, DW IV, 1, Sp. 127f.

37) Vgl. Grimm, DW IV, Sp. 1097.

38) Beie = Fensterscheibe; ebd. 1, 2, Sp. 1367.

39) Vgl. Grimm, DW V, Sp. 278.

40) = dunkle Federn (?); vgl. ebd. IV, 1, Sp. 467 ff. (Dunkle Federn weniger teuer). Oder „Plumeaufedern“; vgl. Zitzen, Tiere u. Forsten 134.

9. Unterschiedliche Handelswaren.

Wagen oder Karch mit		Ztr	Löffelblei	2 alb
Krämerwaren, für jedes		Last	Mausefallen oder	
vorgespannte Pferd	1 alb 4 d		Hechlen (41)	1 alb
Schubkarre mit hölzernen		Last	Siebe oder	
Achsen	1 alb		Wannen	1 alb
Außerhalb des Amtes ver-		Last	Simmer od. andere	
fertigter ungebrauchter			Meßgefäße	1 alb
Wagen, der hier zum Ver-		Last	Wetzsteine	1 alb
kauf gelangt	3 alb	Last	hölzerner Teller	4 d
Ztr Eisendraht	3 alb	Einer,	der Seide u. ä.	
Pflug	4 d		kostbare Waren auf	
Wagenbord	6 alb		d. Rücken trägt	10 alb
100 Latten	2 d	Einer,	der billige Waren,	
Reis (42) Leien (43)	4 d		wie Leinen usw.	
Wagen Platten	4 d		trägt	1 alb 4 d
Wagen Kohlen	2 alb		Haarschneider mit	
Wagen mit „Reiffing“ (44)	3 alb		ziemlicher Last	5 alb
mltr „Lohr“ (45)	1 alb		„Tyriackhs Crämer“	
Tonne Kalk	2 d		(46) od. Zahnbrecher,	
Wagen mit durchgeführtem			Wurzel- u. Lumpen-	
Hausrat	3 alb		träger	1 alb
Wagen mit einheimischem		Wagen	Drehspielträger	2 alb
Hausrat	3 alb		mit Marktwaren	10 alb
Glasträger	2 alb	Karch	mit Marktwaren	5 alb
Einer, der gewöhnl. Glas		Ztr	Pottasche	2 alb
o. Scheiben trägt	1 alb		Bunter Mühlstein	15 alb
Gewürz- u. Zucker-			Lönster (?) Mühl-	
werkträger	2 alb		stein	10 alb
Last Schuhe, Strümpfe			Großer Schleif-	
od. Hüte	1 alb 4 d		stein	3 alb
Papier u. andere Nürn-			Kleiner Schleif-	
berger Waren	1 alb		stein	1 alb
Wagen Stabeisen u.		Wagen	Brennholz	4 d
Schienen	2 alb 4 d	Pferd	mit Nägeln	
Gebund von 6 Schienen	1 d		beladen	2 alb
Gebund Schaufeln	1 d			

41) = bankartiges Gestell z. Flachsspinnen; vgl. Zitzen, Boden u. Früchte 231.

42) Als Maß möglich; vgl. Grimm, DW VIII, Sp. 716.

43) Fels, Steine, Schiefer, (Ziegeln); vgl. ebd. VI, Sp. 681f.

44) An sich junge Rebstöcke (Setzreben), in diesem Zusammenhang aber wohl Faßreifen; vgl. ebd. VIII, Sp. 634.

45) = Loh (?).

46) Theriak = ursprl. ein Schlangenpulver, gegen Vergiftung durch Schlangenbiß gedacht, kam von Venedig aus in den Handel, galt bis in 19. Jh. als besonders heilkräftiges Medikament. Vgl. Nass. Lehenbilder 6. Veröffentlichungen d. Histor. Kommission für Nassau X, 6. Wiesbaden 1961, 61 (H. Grün); vgl. auch Ed. Brinckmeier, Glossarium diplomaticum z. Erläuterung schwieriger . . Wörter u. Formeln . . d . . dt . . Mittelalters, II., Hamburg 1855 (Tiriaca) 619.

Legel (47) Stahl	6 alb	Karch	mit Meßwaren, der mit	
Fässchen mit Nägeln	3 alb		3 Pferden be-	
100 Sensen	7 alb 4 d		spannt ist	22 alb 4 d
100 Sicheln	1 alb 4 d	Last	Zinn	2 alb
Eiserner Ofen, je			Zinngießer (Löffel,	
nach Größe bis 4 alb			Teller usw.)	
Wagen mit Meßwaren, der			täglich	3 alb
mit 3 Pferden durch-			Eisengießer täglich	1 alb 4 d
geführt wird 1 fl 15 alb		Last	Kessel, Kupfer- u.	
			Messingpfannen oder	
			altes Kupfer	1 fl 4 d

10. Judenzoll.

Von einem Juden, einer Jüdin,
deren Kindern oder Gesinde alle 24 Stdt. 5 alb

11. Faß-, Reif- u. Daubenzoll.

Faß von einem Fuder	2 alb	Wagen mit Dauben	5 alb
von 1/2 Fuder	1 alb	Wagen mit Reifen	5 alb
ohmiges Faß	4 d		
halbohmiges Faß	2 d		

Eine Angleichung des Kirchberger Zolls, der sich infolge der abweichenden wirtschaftlichen und zu gewissen Zeiten auch eigenständigen historischen Entwicklung des Unteramts mehr an die Zollverhältnisse der verwandten pfälzischen Nachbargebiete anlehnte, an den Zoll des Kreuznacher Amtsbezirks, ist offensichtlich bis zum Ende der Kondominatszeit nicht gelungen (48).

Wie sah es nun in den übrigen Gebieten aus? Im gesamten vordersponheimischen Unteramt Naumburg existierte bis 1707/08 überhaupt keine Zolleinrichtung (49). In Kreuznach und seinen Amtsdorfschaften hatten sich dagegen am Ende des 17. Jahrhunderts die Abgaben in einer fast rückläufigen Bewegung wieder auf Vieh, Fässer und Reifen, die ein- oder ausgeführt wurden, eingespielt (50). Von den aus der Grafschaft ausgeführten Weinen und Früchten wurde den herrschenden merkantilistischen Prinzipien gemäß ein Ausfuhrzoll erhoben (51). In Anlehnung an die – allerdings entschieden ertragreicheren – pfälzischen Wasserzölle auf Rhein und Neckar (52) führte die kurpfälzische Verwaltung im Jahre 1700 (53) das sog. „Holländer-“ oder

47) Auch in Bayern wurden Eisennägel in Legeln abgemessen; vgl. Grimm, DW VI, Sp. 62.

48) Nachdem Simmern 1656 einer alten Gerechtigkeit von „Herzog Reichards Fünftel“ (vgl. Abb. I) zufolge nach einseitig einen neuen Zoll zu Kirchberg einzuführen gesucht hatte, befaßte sich das Kreuznacher Hofgericht v. 1669 – vermutlich erfolglos – mit der Angleichung der unterschiedlichen vordersponheimischen Zollverhältnisse; GLAK 75/24 f247'; 77/9647.

49) GLAK 75/93 (Landschreiber Colsons Gutachten über die sponheim. Zölle).

50) Dies galt nun allerdings für sämtliche Kreuznacher Amtsdörfer. Der Kreuznacher Vieh-Einfuhrzoll bezog sich künftig auf jegliches außerhalb erkaufte Vieh; STAK 33/10478.

51) Die sog. Wein- u. Fruchtausfuhr gelder. Sie wurden lange Zeit von den einzelnen Gemeinden nach unterschiedlichen Tarifen erhoben. Mit dem pfälz. Gülden Zoll waren sie nicht identisch; vgl. STAK 33/10478. Auch bei der Einfuhr dieser Produkte wurde ein Zoll erhoben.

52) Kauw 34 f.

53) GLAK 75/93: „de novo“ eingeführt.

„Floßgeld“ auf der Nahe ein, das bis zu seiner von Baden im Rahmen der Teilungsverhandlungen erreichten Abstellung eine relativ günstige Einnahmequelle zu werden versprach (54).

Daß Kurpfalz in der Grafschaft nicht intensiver auf eine Übernahme seiner Zollbedingungen zu drängen brauchte, hing unmittelbar mit der ungünstigen geographischen Lage des Territoriums zusammen. Die Pfälzer hatten mit den Zollstationen Laubenheim (Oberamt Stromberg) – Münster bei Bingen (55) (Oberamt Alzey) bzw. Windesheim (56) und Grolsheim (Oberamt Stromberg) den sog. „Paß“ links und rechts der Nahe, den die Kreuznacher Handelsleute auf dem Wege nach Bingen benutzen mußten, unter ihrer Kontrolle (57). Die sponheimischen Untertanen hatten wie alle Nichtpfälzer auf dem Wege zum Rhein den Güldenzoll zu entrichten, ohne daß dabei die Pfalz den badischen Kondominus anteilmäßig zu beteiligen brauchte. Die wirtschaftlichen Nachteile, die der Stadt Kreuznach entstanden, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß ihre Handelsleute im Vergleich zu den pfälzischen Nachbarn um 1680 einen viermal so hohen Zollsatz bis Bingen zu entrichten hatten. Nach der sponheimischen Teilung von 1707/08 behielt Kurpfalz in seinem neuen Oberamt die einträglichen alten Zollverhältnisse bei (58).

Die sponheimische Zollorganisation war derjenigen der kurpfälzischen Oberämter ähnlich (59). Während der Kondominatszeit hatte das Unteramt Kirchberg eine eigene Zollverwaltung. Dem gemeinschaftlichen Amtsschreiber (60) unterstand ein Zollbereiter, der auch die übrigen Unterämter kontrollierte. Der Zollaufschluß wurde von den beiden Amtstruchsessern durchgeführt (61). Das 1715 Kreuznach angegliederte Unteramt Böckelheim war seit 1535 von fremden Güldenzollbereitern mitversehen worden (62), erhielt jedoch später ebenfalls eine eigene Zolladministration (63). In die Zollorganisation des Kreuznacher Amtes waren neben dem Amtsschreiber, dem Zollbereiter und den Landzöllnern die Stadt- und Pfortenzöllner (64) sowie ein eigener Zollzeichenschreiber (6) eingespannt. Der Oberamtszollbereiter erhielt außer

54) Die Kreuznacher Erträge: 1703 (letztes Quartal) 31 fl 10 alb; 1704: 73 fl 10 alb; 1705: 95 fl; 1706: 35 fl; 1707: 85 fl (GLAK 75/97).

55) Pfälz. Schultheiße u. Zöllner zu Münster vgl. Krebs, Dienerb. Sm 14, 36, 55, 57, 78, 85, 108, 111, 122, 124, 129, 131, 138, 145.

56) Auf der „verbotenen“ Nebenstraße Laubenheim-Windesheim-Roxheim konnten die Alzeyer u. Kreuznacher Zölle umgangen werden; vgl. STAK 33/10270.

57) Die Kontrollmöglichkeit wurde weidlich ausgenutzt. Z. B. verbot 1699 die kurpfälzische Regierung allen pfälzischen Zollstätten zwischen dem Oberamt Kreuznach und dem Rhein, sponheimische Händler mit Getreide passieren zu lassen. Die Maßnahme zielte auf eine Unterstützung der privilegierten pfälzischen Aufkäufer hin. Als die Getreidepreise am Rhein absanken, wurde der „Paß“ wieder geöffnet. Nach badisch. Schätzung belief sich allein dieser Schaden auf 30 000 h; STAK 33/31.

58) Lediglich die Zollstätten wurden vermehrt. Der Guldenzoll wurde auch weiterhin nicht innerhalb des Oberamts eingezogen.

59) Vgl. Kurpf. Landesordnung 79, 98f; Bolle 106f; Karst 94ff.

60) Die Kombination von Amts- u. Zollschreiber war auch in den pfälz. Ämtern die übliche; vgl. Kurpf. Landesordnung (1700) 98f.

61) STAK 33/10475; 33/10477.

62) Krebs, Dienerb. Sm 19, 37, 45, 88.

63) Vgl. Bolle 176.

64) Diese wurden gemeinschaftl. vom Oberamt ausbezahlt; vgl. STAK 33/10249.

65) 1630 erhielt dieser 15 mltr Korn u. die gleiche Menge Hafer zur Besoldung (Nebenverdienst); STAK 33/10244.

einer festen Jahresbesoldung Tagesspesen für die Kontrolle der vier Zollstraßen des Amtes. Er führte ein Zollfrevelregister (66). Die Zollstrafen setzte das Oberamt fest (67), die Hofkammer konnte sie nach der alljährlichen Einsicht in die Register umändern.

Auf die wechselnden Gruppen der jeweils von den ausgedehnten Zollbefreiungen berührten Personen soll hier nicht eingegangen werden (68).

e) Die Steuern und Auflagen in Vordersponheim.

1. Ständige Steuern.

Vor der sponheimischen Kondominatszeit dürften die Domäneneinkünfte lange Zeit die erste Stelle unter den Finanzquellen des Territoriums eingenommen haben (1). Die wachsenden Verwaltungsaufgaben und vor allem der Bargeldbedarf der Grafen hatten aber bereits im 13. Jahrhundert, zuerst in den schon relativ geschlossenen Bezirken der Grafschaft, d. h. den Städten (2), greifbar, zu Ansätzen einer fest umgelegten Besteuerung geführt. Das Sponheimer Diplom für die Stadt Kreuznach (1232–1235) sah bereits eine Bedleistung der Bürgerschaft vor (3), die man sich als grob veranlagte Grund- oder Gebäudesteuer vorstellen darf (4). Die Bedabgabe wurde dann, verbunden mit dem wegen der Verpflegungsverpflichtung gegenüber dem Landesherrn erhobenen sog. „Atzgeld“ (5), bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zu einer ständigen Einnahme aus allen Gemeinden des Oberamts. Da man die Gebühren jedoch über Jahrhunderte hinweg keiner Erhöhung unterzog, wurden sie bei dem schnellen Währungsverfall schließlich bedeutungslos (6).

Mit dem angeführten Sponheimer Diplom war auch das Umgeld (7), das als eine Verbrauchssteuer auf den städtischen Weinen lag (8), von den Grafen

66) Jahresbesoldung: 50 fl.-Tagesgeld für Kontrollritt: 30 kr. Als Zollstraßen kamen die Straßen nach Frei-Laubersheim, Mainz und die beiden Naheuferstraßen nach Bingen in Frage; STAK 33/10255.

67) Wofür es beträchtliche Diätgelder vereinnahmte: STAK 33/10255.

68) 1600 waren in der V. G. ganz oder teilweise von Zöllen befreit: die Burgleute, die Klosterschaffnereien, die Kreuznacher Blutgerichtsdörfer, d. kurpf. u. bad. herrschaftlichen Früchte und Weine sowie benachbarte rheingräfliche u. ritterschaftliche Orte, die dafür sog. Zollhafer entrichteten. Später kamen die Güter der Geistlichen u. Beamten hinzu. 1676 waren alle zweibrückischen Einwohner zollfrei. Im 18. Jh. vergab die kurpf. Regierung großzügig Zollprivilegien an Neugründungen von Fabriken, Eisenhütten u. Handelsniederlassungen (u. a. auch an die Kreuznacher Salinen). Auch die mit Postwagen transportierten Waren unterlagen keinen Zollbestimmungen.

1) Aubin u. a., *Gesch. d. Rheinlandes II*, 45f; Kauw 47.

2) Vgl. Vogt 273.

3) Ebd. 269.

4) Vgl. f. d. Pfalz: Arnold Thielke, *Die Bede in Kupfalsz von ihren Anfängen bis ins 16. Jh.*, Neue Heidelb. Jahrb. 17 (1912) 85ff.

5) Vgl. d. Oberamtsstruchsesserei-Rechnungen unter „Beet und Atz“. Über den Bürgermeister in seiner Funktion als Bedheber vgl. Maurer 21f.

6) Dabei spricht für die schlechte wirtschaftliche Lage der Hunsrückgemeinden, daß z. B. die auf jährlich 100 fl. eingestufte Pflege Hottenbach 1684 mit 804 fl im Rückstand lag; STAK 33/10478; GLAK 77/9647.

7) Oder „Ungeld“, vgl. HW 561

8) Kauw 56.

bis auf Widerruf für den Ausbau Kreuznachs zur Verfügung gestellt worden (9), nahm aber im Vergleich zur Bede für den anschwellenden Landeshaushalt im folgenden eine ungleich positivere Entwicklung. Nach den Kreuznacher Hofgerichtsabschieden könnte das Weinumgeld, das mittlerweile weitgehend in die Zuständigkeit der Kondominats Herrschaft zurückgekehrt war (10), nach verschiedenen Ansätzen zwischen 1560 und 1577 auch auf die Landgemeinden des Oberamtes ausgedehnt worden sein (11). Ursprünglich lediglich nach der Menge des verbrauchten Getränkes besteuert (12), ging man vor 1600 dazu über, die Auflagen beweglicher nach dem Geldwert des Weines festzulegen (13). Die Verschuldung des Landes im Gefolge des Dreißigjährigen Krieges ließ die Kondominatsregierung nach 1652 zu laufenden Erhöhungen des Umgelds schreiten (14). Auf kurpfälzische Initiative wurde 1668 ein beträchtliches Aufschlaggeld (15) als Umsatzsteuer sowie 1676/77 noch zuzüglich das sog. Kreuzergeld (16) als weitere Verbrauchssteuern eingeführt. Der Gewinn war bei einer weinbauenden und verbrauchenden Bevölkerung jeweils ein vielfacher, da man den Wein gleichzeitig einer Großhandels- und Zapfbesteuerung unterwarf. Die Bevölkerung hatte sich beträchtlichen Einschränkungen zu unterziehen (17), zumal spätestens seit 1651 mit dem Bier durch die Kombination Malz- (18), Bier- und später Bierkreuzergeld (19), dem Brantwein seit 1676 durch Kesselgeld, Akzise und Kreuzergeld und dem Obstwein durch Um- und Kreuzergeld auch die übrigen gebräulichen Getränke einer hohen Besteuerung unterlagen.

Inzwischen hatten sich auch in Sponheim die Bestrebungen, der Akzise als Konsumtionssteuer auf wesentlich verbreiteter Basis Eingang zu verschaffen, verstärkt und teilweise schon das Versuchsstadium überwunden. Das Weinumgeld und mindestens seit dem Ende des 16. Jahrhunderts das Salzumgeld (20), bildeten die üblichen Vorstufen. Fast ein Jahrzehnt vor der Einführung der neuen Akzise in der Kurpfalz durch Karl Ludwig (21) wurden

9) Vogt 268, 271, 275.

10) Lediglich während der Marktfreiheiten an den Tagen Kreuzauffindung u. Elisabeth erhielt die Stadt die Hälfte des Umgeldes, das zum Unterhalt der städt. Gebäude Verwendung finden sollte; STAK 33/10470.

11) GLAK 77/9647 (Hofgericht 1556); STAS Horstmann. H (Vertrag Pfalz-Baden v 1560); GLAK 75/32 (Hofgericht 1577). Ab 1651 dann nach Dörfern spezifiziert i. d. Truchsesserei-Rechnung. greifbar.

12) 1577 sollte auf ein Maß Wein ein Pfennig Umgeld kommen.

13) Von 1600 bis 1624 fielen von einem Fuder Wein (= 480 Maß) 36 Maß in Geldwert an die Landesherrschaft; STAK 33/10239; 33/2435 f81.

14) 1651/52: jedes Maß Wein wurde zuzüglich mit 2 Pfennig, jedes Ohm Bier (6 Ohm = 1 Fuder) mit einem Kopfstück besteuert; GLAK 75/24 f31; STAK 33/10245; vgl. STAKrn 766/1. 1654 weitere Erhöhung; GLAK 75/25.

15) 2 fl pro Fuder i. pfälz. Gebiet „diesseits“ des Rheins; STAKrn 762/1.

16) Zusätzliche Auflage v. 4 krn. auf ein Maß Wein, 1 kr pro Maß Bier. Die Steuer fand auch in den Vielherrschaften Wöllstein u. Kellenbach Eingang; GLAK 77/9647; STAK 33/10477.

17) 1681 brachten die Binger Kaufleute zur Kreuznacher Messe ihren eigenen Wein mit u. tranken diesen bei den Kreuznacher Bürgern, um das hohe Umgeld zu sparen; STAK 33/10475.

18) Die Bierbrauer gingen wegen der Malzbesteuerung dazu über, statt Gerste den leichteren Hafer o. Spelz zu gebrauchen; STAK 33/10470.

19) Im 18. Jh. wurde dann noch ein Bierlagergeld erhoben.

20) 1598 kamen 4 alb auf einen mltr Salz; GLAK 75/18.

21) Vgl. Häusser II, 663.

Ende 1654 in Sponheim Maßnahmen zur Aufnahme eines Fleischumgeldes getroffen (22), brachten aber, offensichtlich infolge der auf der vorwiegend ländlichen Struktur des Territoriums beruhenden Organisationsschwierigkeiten (23), noch nicht den gewünschten Erfolg. Nach den Kreuznacher Hofgerichtsaufzeichnungen von 1671 trug man sich zu diesem Zeitpunkt mit Plänen einer Steigerung der herrschaftlichen Einkünfte durch die Übernahme der aus der pfälzischen Ständepolitik um 1600 entstandenen Kommissariatsnutzung (24), die umfangreiche Besteuerungsmöglichkeiten zu bieten hatte (25). Erst am 22. Februar 1675 wurde dann das vermutlich nach holländischen Versuchen geprägte kurpfälzische Akzissystem (26) unter badischer Zustimmung in der Grafschaft eingeführt (27). Fleisch- und Fruchtakzisse sowie die verschiedenen Getränkesteuern konnten zu einer allmählich immer umfassenderen Kontrolle des wirtschaftlichen Lebens, die sich nach der pfälzischen Intention auch auf die Landbevölkerung erstrecken sollte (28), führen (29). Neben den für die Stadtbezirke zuständigen Stadtumgeldern (30) hatte jede Oberamtsgemeinde ihren eigenen „Akziser“ (31), der für die Befolgung der Steuervorschriften verantwortlich zeichnete. Die ausgedehnten Akzisbefreiungen seit der Regierung Johann Wilhelms (32) sowie der Übergang des Steuereinzugs in die Hände von Pächtern (33) veränderten den Charakter der Steuer, ohne daß diese jedoch infolge einer immer breiteren und intensiveren Erfassung der verschiedenen Warenqualitäten an Bedeutung für die Staatskassen verloren hätte (34).

Zu einer typischen Kontroverse war es noch unter der Kondominatsverwaltung wegen Papiersteuer (35) und Akziszeichen gekommen (36). Die badischen Beamten wehrten sich mit Nachdruck dagegen, daß das hierzu benötigte gemeinschaftlich sponheimische Amtssiegel in dem pfälzischen Friedrichsburg

22) GLAK 75/25 f312.

23) Über die stadtbezogene Struktur der Akzise vgl. Aubin a. a. O. 105.

24) Vgl. Gothein, Landstände 18f., 40.

25) GLAK 77/9647 (Wiedergabe).

26) Häusser II, 662; Biskup 54f.

27) STAKrn 762/1. Ursprünglich wohl nur in der Stadt Kreuznach. Die Akziszeichen wurden in Heidelberg in gemeinschaftlich sponheim. Namen gedruckt und in der pfälz. Rechnungskammer sowie der bad. Kanzlei mit den beiden Wappen versehen.

28) Vgl. Gothein a. a. O. 18.

29) Über die Höhe der Einnahmen geben die Oberamtstruchsesserei-Rechnungen u. ihre Beilagen im STAK genaue Aufschlüsse.

30) Vgl. allgem. Bolle, Pf. Mitt. 53, S. 106; ihre Besoldung in der V. G.: STAK 33/10238f.

31) 1676 erfolgte in der V. G. die Einrichtung von Dorfakzisämtern. Das Amt wurde gewöhnlich vom Schultheißen bekleidet; vgl. STAK 33/10470.

32) Vgl. Häusser II, 897, 929. Noch um 1680 hatte die Kondominatsregierung äußerst sparsam diesbezügliche Privilegien erteilt (u. a. an die simmerische Herzoginwitwe). Im 18. Jh. fielen allmählich sämtliche Ober- u. Unterbeamten sowie die Arbeiterschaft verschiedener Industriebetriebe (z. B. die Kreuznacher Salinenarbeiter) unter die Ausnahmebestimmungen; STAK 33/10471; 33/10267.

33) Das gebräuchliche System war seit 1730 in Sponheim verschiedentlich in Übung. Der Steiger zahlte eine jährliche Fixgebühr (1750 für das Weinumgeld beispielsweise 1015 fl) sowie eine einmalige Taxsumme an die Hofkammer und entlohnte Zollbereiter u. Akziser. Frevelgelder erhielt er zur Hälfte; STAK 33/10268.

34) In Krisenzeiten bildete es eine sichere Einnahme und diente dann zur Beamtenbesoldung; vgl. STAK 33/10251.

35) Eine nicht zu unterschätzende Einnahme, die sich nach verschiedenen Qualifikationen des Papiers richtete. 1770 betrugen die Einnahmen eines Quartals allein 241 fl.

36) 1676; vgl. STAK 33/10470.

aufbewahrt werden sollte. Offensichtlich lief die schließliche Einigung darauf hinaus, daß jedes Papier zuerst in der kurpfälzischen, dann in der badi- schen Kanzlei abgestempelt wurde, bevor es nach einem mehrtägigen Trans- port im Kreuznacher Oberamt zur Ausgabe gelangte. Auch die Akziszeichen sollten künftig nicht mehr in Heidelberg, sondern in Mainz oder Frankfurt gedruckt werden.

Von wesentlich geringerer Bedeutung als diese Verbrauchssteuern erwies sich eine direkte Besteuerung des Ein- und Abzugs der Bewohner (37) sowie des Vermögensverkehrs über die Territorialgrenzen hinweg, die sog. Nachsteuer, die in einer 5%igen (38), später 10%igen Abgabe bestand. Eine Abnahme der Fluktuation der sponheimischen Bevölkerung ist nach den Ein- und Ab- zugsregistern des 18. Jahrhunderts (39) gegenüber dem im pfälzischen Bereich hinsichtlich Krisen politischer, wirtschaftlicher und religiöser Art anfälligeren 17. Jahrhundert nicht unbedingt festzustellen (40). Von 1586 bis 1658 sowie nach 1750 bestanden mit der Hinteren Grafschaft Sponheim (41) und ab 1708 mit dem badi- schen Oberamt Kirchberg Abmachungen über eine wechselseitige Abzugsgeldfreiheit. Der freie Zug zwischen Sponheim und dem kur- pfälzischen Territorium wurde vor 1708 praktisch niemals unterbunden, ob- wohl ein entsprechendes Verbot aus dem Jahre 1677 vorliegt (42).

Die zumindest zeitweilig wichtigste Einnahmequelle der Grafschaft bildete die Schatzung, eine allgemeine, anfänglich außerordentliche Landsteuer (43), die nach ihrem Beschluß vom Oberamt jeweils in der festgelegten Höhe nach dem vorliegenden Schatzungskapital in zwei jährlichen Zielen (44) eingezogen wurde. Ursprünglich, und in der Hauptsache auch späterhin Grundsteuer, wurde sie allmählich zu einer Vermögens- und Umsatzsteuer ausgebaut. Da jede Person, die aus dem Schutz des Territoriums Nutzen zog, ihr unter- worfen war (45), fielen seit dem Ende des 16. Jahrhunderts in zunehmendem Maße auch die fremdherrschaftlichen Hintersassen, Ausgemärker und Gläu- biger sponheimischen Kapitals unter sie (46).

Auf horizontaler Vergleichsebene können die Schatzungskapitalien der ein- zelnen Oberämter, soweit sie dem gleichen Schatzungsfuß unterliegen, einen einigermaßen gültigen Maßstab für einen Vergleich der jeweiligen wirt- schaftlichen Produktivkräfte abgeben, während ein vertikaler Rückschluß auf

37) Vgl. d. kurpf. Landesordnung (1700), S. 50ff; Kauw 49f; Maurer 71. In der ersten Hälfte d. 17. Jhs. gab jede in Kreuznach einziehende Familie Stadt u. Amt je 5 fl, in den Dörfern erhielt lediglich das Amt 3 fl. 1651 wurden die Bestimmungen geringfügig ge- ändert. 1740 kam es zu einer Neuregelung, nach der in Kreuznach eine „ausländische“ Person 20, ein Pfälzer 10 fl an das Oberamt zu entrichten hatte. In den Dörfern wurden 10 bzw. 5 fl erhoben.

38) Nach d. 'Kreuznacher Hofgerichtsabschied Lätare 1573; GLAK 75/32 f299'.

39) Vgl. d. Beilagen z. d. Oberamtsstruchsesserei-Rechnungen im STAK.

40) Dazu war das Oberamt i. 18. Jh. mit über 4000 Menschen auf der Quadratmeile eines der bevölkerungsreichsten kurpfälzischen Ämter überhaupt; vgl. F. P. Wundt, Versuch einer statistischen Topographie d. kurpf. Oberamtes Oppenheim, 1791, S. 13f.

41) STAK 33/48; Leonhard 22.

42) STAK 33/10471.

43) Vgl. STAK 33/10243; Below 172ff; Gothein, Landstände 26.

44) Um 1685 jeweils an Bartholomäus u. Petrus.

45) Vgl. Gothein a. a. O. 50.

46) Vgl. STAK 33/2435; GLAK 75/48 f15'.

das Anwachsen bzw. Abnehmen des Kapitals des eigenen Amtes, nicht zuletzt für die imponierende Aufwärtsbewegung vor 1620 (47), nur mit Vorsicht durchzuführen ist.

Schatzungskapitalien (in fl) (48)

	Oberamt Kreuznach	Stromberg	Alzey
1570	869 300	168 100	1 998 100
1577	705 217	168 164	2 077 030
1618	960 000	343 200	3 688 800
1673	159 400 (49)	127 600	756 000
1677	279 600	—	—
1682	279 663	—	—

Nach dem Westfälischen Frieden setzten auch in Sponheim Bestrebungen zu einer Neuordnung der Schatzungskapitalien auf Grund der vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Umgruppierungen ein. Schon in dem simmerisch-badischen Rezeß vom 1./3. April 1652 wurde eine Schatzungsrenovation auf Kosten des Landes projektiert (50), der Schatzungsanschlag war jedoch äußerst ungenau und scheint die jeweiligen örtlichen Verhältnisse wenig berücksichtigt zu haben (51). Der nach dem Regensburger Vertrag von 1653 vereinbarte Schatzungsanschlag mußte von den betreffenden Personen eidlich bekräftigt werden, der spätere Erweis falscher Angaben zog eine Strafe in doppelter Höhe der Differenz und den Einzug des unterschlagenen Gutes nach sich (52). Auch die Einbeziehung Vordersponheims in die in den pfälzischen Ländern durchgeführte Generalschatzungsrenovation von 1654 brachte über den Modus dieses Steuereinzugs noch keine endgültige Klärung (53). 1656/57 scheint man sich vorläufig darüber geeinigt zu haben, daß die schatzbaren Häuser und Güter, Mobilien und Kapitalien der geistlichen und weltlichen Beamten und deren Angehörigen frei zu bleiben hatten (54), was natürlich zu Protesten der ungefreiten städtischen Bürgerschaft führte, der in der Folge gewisse Konzessionen nicht vorenthalten werden konnten (55). Der Schatzungsstatus der Burgleute blieb in der Schwebe, doch fielen gewöhnlich ihre Lehengüter auf Grund der Privilegien nicht unter die Schat-

47) Vgl. Gothein, Landstände 61; Biskup 61; Kollnig 7.

48) Nach STAKrn 786/1 sowie Gothein a. a. O. 76.

49) Die Summe bezieht sich möglicherweise nur auf die pfälz. Fünftel, da 1654 das Gesamtschatzungskapital noch 366 600 fl betrug; vgl. GLAK 75/95 (II).

50) GLAK 67/121 f413f; 75/23 f180'f.

51) GLAK 75/22 f230, f232. Nach dem Anschlag beliefen sich in der V. G. jedes Haupt u. jedes Haus auf 1 fl, ein Pferd auf 8 baz, Ochsen u. Kühe auf 4 baz und ein Morgen Weinbergsland auf 5 baz. Von rtrln. sollte in zwei Zielen jeweils 1/2 rtrl erhoben werden. Erst 1654 wurde auch die Bodenqualität beim Schatzungsanschlag berücksichtigt; GLAK 75/95 (II).

52) STAK 33/2483.

53) Vgl. Colsons Eingabe zur Teilungskonferenz, GLAK 75/95 (II).

54) GLAK 75/24 f281f; 75/387 f79'f. In der zweiten Hälfte des 18. Jhs. erhielten die neugegründeten Kreuznacher Manufakturen u. übrigen Fabrikbetriebe ausgedehnte Schatzungsfreiheiten; vgl. STAK 33/1738; 33/1739.

55) STAKrn 766/1. 1658 wurde der Stadt Kreuznach eine Besteuerung des bürgerlichen Vermögens der gefreiten Personen in Höhe eines Drittels des Schatzungsfußes erlaubt.

zungsbestimmungen. „Ausgesessene“ Häuser und Güter sollten künftig ebenso wie die ausländischen Kapitalien verschätzt und deren Inhaber notfalls mit der Exekution belegt werden (56). Zum täglichen Hausgebrauch notwendige Mobilien wurden wie auch die über 100 fl hinausgehenden Wertvermögen und die verkäuflichen Weine und Getreidevorräte „ex arbitrio boni viri“ willkürlich eingeschätzt (57). Über die Besteuerung der Handwerker geben die städtischen Schatzungsbücher Auskunft (58). In der Praxis kam man den Verfügungen besonders in den ländlichen Gegenden wenig nach. Dringend erforderliche Schatzungsrenovationen wurden 1664 (59), 1670 (60), 1677 (61) und 1688 (62) in Angriff genommen, blieben jedoch im einzelnen Stückwerk. Die Beamten setzten nach Gutdünken die jeweiligen Schatzungsanforderungen für jeden Ort fest, wobei lokal beschränkte Verluste durch Krankheitsepidemien (63), Naturkatastrophen (64) oder Kriegsschäden teilweise Berücksichtigung fanden. Soziale Ungerechtigkeiten konnten jedoch nicht ausbleiben, wenn in einem Teil der Landgemeinden noch zur Zeit der sponheimischen Teilung die bloße Leibschatzung üblich war, die Vermögen und Beruf außer acht ließ und nach Art einer Kopfsteuer sozial Minderbemittelte und relativ Wohlhabende der gleichen steuerlichen Belastung unterwarf (65). Von 1676 bis 1687 ist die Schatzung in der Vordergrafschaft als eine ständige Institution der Besteuerung zu betrachten (66). Von 1687 bis 1708 wurden sie zugunsten der kurpfälzischen Auflagenpolitik aufgehoben (67).

2. Außergewöhnliche Auflagen.

Das der Entwicklung des territorialen Staatsgedankens gemäße Recht der Territorialherren, auf Grund ihrer landeshoheitlichen Stellung zu unterschiedlichsten Zwecken Auflagen zu erheben, ist auch in der Grafschaft Sponheim bis weit in die letzte Hälfte des 17. Jahrhunderts hinein nicht als vollkommen unbeschränkt anzusehen. Infolge des gegenüber Reich und Landesherrn ambivalenten Kondominatscharakters hatte das halbstaatliche Territorialgebilde Sponheim naturgemäß zu den badischen Landtagen, deren Vertretern auf dem Gebiet der Steuerbewilligung erhebliche Befugnisse zukamen, keinen Zugang (1). Auch in dem kurpfälzischen „Ausschuß der Landschaft“ (2) konnte das Kreuznacher Oberamt kaum mehr als eine passive Funktion übernehmen.

56) GLAK 75/24 f281f.

57) Über die Schwierigkeiten eines gerechten Güteranschlags („Neigungs-Preiß“ der Schätzer) vgl. Wernher 10f.

58) Vgl. Maurer 87.

59) GLAK 75/18.

60) STAK 33/10248.

61) GLAK 77/9647.

62) GLAK 75/97.

63) So brachte die Pestepidemie des Jahres 1666 dem Kreuznacher Amtsbezirk erhebliche Bevölkerungsverluste; da diese sich jedoch an den Waldbezirken des Hunsrücks festlief, blieben die Unterämter vollständig verschont; GLAK 75/95 (II).

64) Etwa die lediglich die Gauseite sporadisch heimsuchenden gewaltigen Mäuseplagen (Mäuseturm!).

65) Vgl. GLAK 75/107 f245f.

66) GLAK 75/95. Mit ungefähr konstanten finanziellen Ergebnissen

67) Ebenso 1794 durch die Franzosen; STAKrn 934/2.

1) Vgl. v. Weech, Landtagsabschiede .323f.

2) Vgl. Gothein a. a. O. 42.

Zur Ausbildung einer eigenen und eigentlichen Landstandschafft, die eine wesentliche Voraussetzung zur Weiterentwicklung oder Konservierung eines kräftigeren Sonderlebens (3) an der Peripherie des pfälzischen Territorialverbandes abgegeben hätte, konnte es in dem gegenüber amorphen Tendenzen weit anfälligeren kleinen Zwittergebilde Sponheim noch weniger als im kurpfälzischen Kerngebiet kommen, dessen „Kommissariat“ als kurzlebige Notlösung aus den bekannten Ursachen schon auf eine Mitwirkung von Geistlichkeit und Ritterschaft verzichten mußte (4). Als eine spezifisch sponheimische Ersatzinstitution (5) auf der mittleren Verwaltungsebene, der Ämterverfassung, haben wir jedoch das Kollegium der Faute und Schultheiße der Vorderen Grafschaft Sponheim zu registrieren (6), das jeweils nach Bedarf als Gesamtkörperschaft oder amtsweise getrennt in Aktion treten konnte. Seine Funktion scheint sich vornehmlich auf ein im ganzen wenig klar zu fixierendes Mitspracherecht bei der Aufschlüsselung der sog. außerordentlichen Gefälle beschränkt zu haben, was jedoch unter Umständen fast einer Bewilligung von Auflagen gleichkommen konnte (7). Zeitweilig wurde keine Auflage in der Grafschaft ohne vorherigen Zuzug sämtlicher Faute und Schultheiße erhoben (8). Da die Garnisonen zu Kirchberg und Kreuznach in erster Linie der militärischen Sicherung dieser beiden Städte dienten (9), haftete besonders den Beratungen des Landes über die militärischen Unterhaltsgelder in den Jahren nach dem Westfälischen Frieden noch ein gewisser Schein der Bewilligungsfreiheit an (10), der dadurch unterstrichen wurde, daß man von Oberamts wegen eine Mitverwendung der herrschaftlichen Schatzungs- und Akzisgelder erwoh und auch durchführte (11). Bis 1669 wurden die Kreuznacher Garnisonsrechnungen vom Land abgehört, und dieses erteilte oder verwehrte den verrechnenden Beamten auch die Entlastung (12). In keinem anderen Punkte häuften sich die Klagen der Schultheiße und Faute der Grafschaft in ähnlichem Maße wie in der Garnisonsfrage, obwohl auch Protestschritte gegen sonstige ungerechtfertigte Belastungen der Bevölkerung in

3) Vgl. Below (S. 100), der auf diese Funktion hinweist.

4) Vgl. Gothein a. a. O. 12.

5) Kauw (S. 89) betont, daß zu Beginn des 17. Jhs. keine außerordentlichen Steuern ohne Bewilligung von Seiten des Landes nach der damaligen Auffassung erhoben werden konnten; vgl. auch F. Hartung, Herrschaftsverträge u. ständ. Dualismus in den dt. Territorien, Schweizer Beitr. z. Allg. Gesch. 10 (1952); Wielandt (S. 567f) spricht von „sponheimischen Ständen“.

6) Für die H. G. bleibt eine ähnliche Institution nachzuweisen. Leonhard (S. 16) lehnt eine ständische Einrichtung für das Gesamtterritorium ab, jedoch ist Baldes (S. 114), zumindest für das Amt Birkenfeld, der Hinweis auf einen vergleichbaren „kommunalen Landesvorstand“ zu verdanken. Zwei angesehene Amtsbürger hatten über die Rechte der einzelnen Gemeinden zu wachen. Im 30jährigen Krieg oblag ihnen Verteilung u. Einzug der Kontributionen.

7) Vgl. d. Winterquartiers- u. Kontributionsrechnung des Oberamts Kreuznach v. 1688/89 (STAKrn 194/6). Hier ist u. a. eine Geldausgabe f. Wein vermerkt, der Soldaten bei der Bewachung der Amtsschultheiße verabfolgt wurde, als diese die Bewilligung einer frz. Kontribution verweigerten.

8) Vgl. GLAK 75/93 (Bericht des Truchsessens Geis).

9) Der Umstand diente auch dem Oberamt als Argument für finanzielle Forderungen an die beiden Städte; vgl. STAK 33/10471. 1681 ersuchten Schultheiße u. Gerichte des Unteramtes Koppstein das Oberamt um eine Aufhebung der Wachtspflicht in Kirchberg, da sie mit der Stadt nichts zu tun hätten; STAK 33/10475.

10) Vgl. etwa GLAK 75/22 f55'; 67/121 f415'.

11) STAK 33/10475; STAKrn 735/8.

12) STAKrn 768/2.

ihren Handlungsbereich gehörten (13). Von Nachteil war, daß die Versammlung nur in den seltensten Fällen Oberamt oder Hofgericht geschlossen gegenüber treten konnte, einmal bedingt durch die Doppelfunktion der Schultheiße als Territorialbeamte und Gemeindevertreter, zum anderen, weil sich die Belange der Gemeinden aus Oberamt und Unterämtern vielfach kreuzten (14), wobei erstere wiederum deshalb für sich zu keiner einheitlichen Stellung fanden, weil durch sie der Einschnitt der verschiedenartigen Interessen zwischen Oberschultheiß, Schultheiß, Bürgermeistern und Rat der Stadt Kreuznach und den Schultheißen und Fauten der Landgemeinden lief (15). Einfluß auf die übrigen Gebiete der Landesverwaltung zu nehmen, konnte darum in Sponheim niemals im Bereich des Möglichen liegen. Auf das Interlokt des kaiserlichen Kammergerichtes vom 20. 12. 1662 an das simmerische Oberamt, zu beweisen, daß die kurpfälzische Landesordnung und das Privilegium de non appellando mit Einwilligung der Stände von Sponheim aufgenommen worden seien, konnte daher auch von dort nicht ganz ohne Berechtigung die Antwort erfolgen: „Ist E. Fürstl. Durchl. Von selbst bekand (16), daß sich in der Vorderen grafftschafft Sponheim solche Stände nicht befinden, deren Consens bey auffrichtung ein Und anderer verordnung nothwendig erfordert werden müste, Sondern weiset der tägliche praxis, wan Under den allerseits Herschafften Eins und anders nichts davon außgenommen per unanimia beschloßen Und gut befunden worden, daß der schluß bloßhin den Stätten Und landen Insinürt Und Sie Zur einfolg- und Vesthaltung deßen angewiesen worden“. Auch bei der Repartition von Kontributionen und anderen außerordentlichen Auflagen war man schließlich immer mehr dazu übergegangen, über die Vertretung von Stadt und Land hinweg die Verteilungen zu beschließen, da sich, ganz abgesehen von Bereicherungen der Oberbeamten (17), selbst bei den französischen Kontributionen durch eine – natürlich geheimgehaltene – Fixierung stark überhöhter Summen Möglichkeiten einer nicht zu verachtenden Nebeneinnahme der Kondominatsherrschaften ergaben (18).

Die praktische Aufteilung der Auflagen auf die verschiedenen Verwaltungsunterbezirke erfolgte in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im Interesse einer reibungslosen Abführung der Steueranteile an die verschiedenen Landesherrn mehr „sponheimisch“ als unbedingt dem Vermögen der Landesteile entsprechend, wofür das Beispiel der Aufschlüsselung der Türkensteuer und

13) Z. B. neuer Zölle oder ungerecht erscheinender Bestrafungen wegen. Bei dem Hofgericht v. 1664 bildeten ihre gesammelten Beschwerden einen eigenen Verhandlungsabschnitt; GLAK 75/18.

14) Es ging dabei vornehmlich um die Privilegien der alten „separierten“ Unterämter.

15) Möglicherweise wurde hierdurch die Bildung eines „Vorortes“ der Dorfschaften im Gegensatz zu der Amtsstadt eingeleitet. Die Instruktion eines 1636 von Stadt u. Dorfschaften zum Markgrafen Wilhelm abgesandten Bevollmächtigten ist lediglich mit den Siegeln der Stadt Kreuznach sowie des „Fleckens“ Sprendlingen, der im Namen aller Landgemeinden siegelte, versehen; STAKrn 194/2. (1708 fiel Sprendl. an Baden).

16) Markgraf Wilhelm war zu dieser Zeit Kammerrichter (vgl. Teil B, IV, 1 (unten)).

17) Die Beamten erhoben gewöhnlich einige hundert Gulden mehr, ohne diese zu verrechnen; vgl. GLAK 77/9647.

18) Man hielt es „vor ratsamb, sambtlichen Stattraht weiß zu machen“, daß alle Kammergefälle über das Admediationsquantum hinaus ebenfalls zu Kontributionen verwendet würden; STAK 33/584.

Legationskosten für Vordersponheim dienen kann. Es hatten an Kostenanteilen aufzubringen (19):

Oberamt (Bezirk Kreuznach): 3/5
hiervon zahlten:
die Dörfer: 3/5
Kreuznach: 2/5

Unterämter (Kirchberg,
Koppenstein u. Naumburg): 2/5
Kirchberg u. Koppenstein: 4/5
Naumburg: 1/5

Lediglich das Beitragsverhältnis zwischen Land und Stadt im Kreuznacher Amtsbezirk wurde dabei des öfteren Veränderungen unterworfen (20). Erst einige Jahre vor der Teilung ließ man den falschen Schatzungsfuß, auf dem die Regelung beruhte, fallen, und die Unterämter hatten künftig nur noch den dritten Teil des Gesamtaufkommens zu tragen, was ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wesentlich eher entsprach (21).

Ansatzpunkt verschiedenster Differenzen bildete die Aufteilung der einzuziehenden Reichs- und Kreiskollekten unter den pfälzischen und badischen Kondominatsherrn. Nach 1521 zogen sowohl die simmerischen Herzöge als auch die badischen Markgrafen in Sponheim Matrikularbeiträge ein (22), lediglich Kurpfalz blieb für seinen sponheimischen Besitz von Reichslasten befreit (23). Erst nach der baden-badischen Aussetzung im Jahre 1600 vertrat Kurpfalz als derzeitiger Alleinbesitzer die gesamte Grafschaft Vordersponheim unter seinem Kontingent (24). Beim Übergang der Vorderen Grafschaft als eines Hauptbestandteils der Erbmasse an die neugegründete simmerische Nebenlinie im Jahre 1610 war nach den üblichen Gepflogenheiten, denen das Testament Friedrichs IV. entsprach, dem Stammhaus das *ius collectandi* vorbehalten geblieben. Man hatte sich schließlich dahingehend geeinigt, daß Pfalzgraf Ludwig Philipp wegen des Fürstentums Lautern, wegen Sponheim und seines übrigen Besitzes ein Achtel der kurpfälzischen Reichssteuerbeiträge auf sich nahm (25). Als nun Baden 1652 wieder in dem sponheimischen Kondominat Eingang fand und dem alten Herkommen folgend ebenfalls nach dem Anschlag in der Reichsmatrikel Kollekten einziehen wollte, kam Pfalz-Simmern in Schwierigkeiten, da Karl Ludwig natürlich keineswegs gesonnen war, den Beitrag des Herzogs dementsprechend herabzusetzen (26). Dieser konnte zwar dem Markgrafen den Einzug der Reichskollekten nicht ausdrücklich verwehren, suchte jedoch durch allerlei politische Gegenzüge die praktische Ausführung zu verhindern (27). Ein an den Wiener Hof gerichtetes badisches Memoriale, dem Pfalzhaus mit kaiserlicher Autorität nahezu legen,

19) STAK 33/43. Der Aufteilungsschlüssel fand nach 1679 und 1681 beim Einzug der Kreuznacher Schloß- u. Garnisonsgelder Verwendung; STAK 33/10475. 1701 zog der bad. Landschreiber für seine 2/5 die Auflagen der Stadt Kreuznach, der Truchseß die des Landes ein.

20) Der städtische Anteil belief sich unterschiedlich auf 1/3, 2/5, 1/2, 3/5 oder 2/3, je nach Verschiebungen der wirtschaftlichen Lage.

21) GLAK 75/93 (Colson: „Bilance“). Nach dem Schatzungsfuß v. 1654 kam den Unterämtern sogar lediglich ein Anteil von nicht ganz einem Viertel zu; GLAK 75/97 (Protokoll v. 24. 2. 1702).

22) Fabricius II, 630f; Weydmann 18, Moser, Bad. Staatsrecht 108f.

23) 1663 strengte es in dieser Angelegenheit einen Prozeß am Reichskammergericht an; STAK 33/43.

24) STAK 33/22. Was lediglich der Pfalz zugute kam, da diese seit 1598 regelmäßige Steuerzahlungen an das Reich eingestellt hatte; Käuw 80.

25) STAK 33/23.

26) GLAK 75/18.

27) GLAK 75/24; 75/387 f69f.

den Markgrafen und seine Erben „in diesen und anderen hohen Regalien hinfort unangefochten zu lassen“ und sich in der Gemeinschaft „zu comportiren, wie es die alte Compacten vermögen, daß Jus Communionis nach sich führet, und in dem röm. reich üblich exercirt würdt“ (28), blieb ohne spürbaren Erfolg. Im November 1663 trat eine pfälzisch-badische Konferenz zusammen, um über Höhe und Aufteilung des in der Grafschaft einzutreibenden Betrages an Türkensteuern zu beraten (29). Obwohl man die Verhandlungen im folgenden Jahr wiederholt aufgriff, blieb eine Einigung über die verschiedenen Kontingente aus. Weder aus der Vorderen noch aus der Hinteren Grafschaft wurden 1664 Soldaten und Reiter abgeschickt, wobei auch recht demonstrative Ermahnungen durch den Kreistrompeter nichts fruchteten (30). Eine endgültige Klärung erfolgte erst durch den sponheimischen Teilungsrezeß, der die Anteile an den Reichs- und Kreissteuern nach den pfälzischen und badischen Fünfteln festlegte (31).

Zum Einzug von Türkenhilfen war es in der Grafschaft während der Kondominatszeit in den Jahren 1570, 1577, 1578, 1580, 1581, 1583 und 1584 gekommen (32). 1655 wurden 10 000 fl aufgelegt, die innerhalb von zwei Jahren zu entrichten waren (33). Die Initiative zu den folgenden Besteuerungen ging dabei fast völlig an den kurpfälzischen Gemeinherrn über, der Sponheim jeweils zu den pfälzischen Reichsaufgaben mit heranzog. 1684 wurde auf Befehl Kurfürst Karls mit dem Einzug von 7 500 fl Türkensteuer begonnen (34), die im Verlauf von drei Jahren aufgebracht werden sollten, obwohl 1684 selbst die gewöhnlichen Gefälle nicht eingetrieben werden konnten. Unter die Besteuerung fiel auch der Besitz der ausländischen Geistlichen und der nichtgräflichen Adeligen und Gefreiten, wobei lediglich die von der Rittertruhe besteuerten Güter ausgenommen blieben und die sponheimischen Lehengüter nur zur Hälfte angeschlagen wurden (35). Versuche seitens der badischen Beamten, die Pfälzer zu einer Verlängerung der Frist auf vier Jahre zu bewegen, schlugen fehl. Ganz im Gegenteil wurden von dort, noch ehe das letzte Ziel der alten Steuer angelaufen war, im November 1686 weitere 2 900 fl Türkensteuer ausgeschrieben. So ergab sich die groteske Situation, daß Ende 1686 die pfälzischen und badischen Amtsknechte noch hinter den Ausständen des Jahres 1684 herjagten, da die überforderte Bevölkerung der Begleichung der hohen Auflagen nicht mehr nachkommen konnte.

Neben den Beiträgen zum Reichsheer wurden in Sponheim auch die sogenannten Kammerzieler als Unterhaltsbeiträge für das Kammergericht (36) sowie später „Beiträge zur Reichsverfassung“ (37) erhoben. Als mehr oder weniger einmalige Auflagen waren die im Anschluß an den Westfälischen

28) Wien J. A. 594/23 fl'.

29) STAK 33/43.

30) Ebd.

31) §§ 6, 7 d. Rezesses; STAK 33/33.

32) GLAK 75/32 f296f; STAK 33/43.

33) Ebd.

34) Von der Summe beanspruchte Kurpfalz 2/3. Erhoben wurden 7575 fl, da eine einprozentige Erheb- u. Verrechnungsgebühr mitberücksichtigt wurde; STAK 33/43.

35) STAK 33/43.

36) Vgl. Kauw 80; Weydmann 18; Fabricius II, 631.

37) Vermutlich erstmals 1677, wobei vom Jahre 1672 an nachgezahlt werden sollte; GLAK 77/9647; STAK 33/10470.

Frieden geforderten schwedischen Milizsatisfaktionsgelder, die Unterhaltsgelder für die Festung Vechta (38) und die lothringischen Evakuationsgelder (39) zu betrachten. Zu den von Kurpfalz an Frankreich zu entrichtenden Kontributionsgeldern trugen gewöhnlich zu jedem Anschlag jeweils die gesamte Vordergrafschaft und das Oberamt Simmern im Verhältnis 2:1 bei (40).

Unter Umständen recht respektable Beträge konnten außerordentliche Auflagen für den eigenen Bedarf der Landesherrschaften erreichen, um deren jeweilige Begründung man nicht in Verlegenheit geriet.

Hatte dem sponheimischen Stadtherrn des 13. Jahrhunderts nur in Ausnahmefällen die Berechtigung zu der Erhebung einer festgesetzten Summe zur Aussteuer der ältesten Tochter zugestanden (41), so kam es unter den Kondominatsherrn des 17. Jahrhunderts im Bedarfsfalle zur Ausschreibung von „Fräuleinsteuern“ in einer Höhe bis zu 5 000 fl (42). An Orléansschen Geldern (43), die sich mutatis mutandis ebenfalls in dieser Richtung bewegten, hatte Sponheim einen Beitrag von 10 000 fl zu leisten (44). Gleichsam ungeschriebenes Gesetz war es, daß die Kondominatsherrn außergewöhnliche Unkosten, wie die Kosten der zahlreich anfallenden Konferenzen oder die Verpflegungsgelder für militärische Exekutionsmannschaften nach Möglichkeit auf die Bevölkerung der Grafschaft abschoben (45).

Beiträge personaler, finanzieller oder allgemein materieller Art zu militärischen Unternehmungen bildeten eine weitere Forderung der Kondominatsherrn. Nach dem Oberamtsweistum war der Gemeinschaft ein unbeschränktes Musterungsrecht garantiert (46). Eigentliche Reiswägen (47) waren im 16. Jahrhundert nicht mehr im Amt vorhanden, dafür hatte Pfalz-Baden Anspruch auf die Stellung von Pferden und Wagen in Kriegszeiten, dem man beispielsweise unter dem Markgrafen Philipp sowie unter dem Pfalzgrafen Johann Casimir genügen mußte (48). Kurz vor der sponheimischen Teilung griffen die kurpfälzischen Beamten das mittlerweile in Abgang gekommene Recht wieder auf und verlangten nun statt der Stellung von „Reise- und Hörwagen“ eine beträchtliche Geldsumme (49).

38) 1654 lag ein münsterisches Exekutionsregiment in der V. G., um das pfälz. Kontingent einzutreiben, was auf bad. Widerstand stieß; GLAK 75/24 f106ff.

39) Das bad. Kontingent wurde 1654 eingezogen; Simmern behielt sich vor, künftig eine um 1/3 höhere Summe auszuschreiben; ebd. f120f; GLAK 75/387 f69'.

40) Vgl. STAK 33/10475.

41) Nur dann, wenn der Graf ohne männlichen Erben war, stand ihm nach dem Diplom für die Stadt Kreuznach (1232-1237) eine Summe von 50 Pfund in Trierer Währung als Beitrag für die Aussteuer der ältesten Tochter zur Verfügung; Vogt 268 — Die Fräuleinsteuer ist eine alte grundherrliche bzw. auch lehenrechtlich fundierte Abgabe; vgl. HW 440; Schwerin-Thieme, Grundzüge d. dt. Rechtsgeschichte, 4. Aufl., 1950., S. 197f.

42) Als es 1665 auf dem Kreuznacher Hofgericht wegen der Türkensteuer zu keiner Einigung kam, schlug Simmern ersatzweise die Erhebung von 5000 fl Fräuleinsteuer vor; GLAK 75/18. Im folgenden Jahr wurde sie eingezogen; STAK 33/43.

43) Vgl. Häusser II, 832, (766ff).

44) GLAK 75/95 (II). 1699 betrug das Quantum des Oberamtes 11 666 fl; ebd.

45) GLAK 75/32 f249; STAK 33/2486; Kreuznacher Vergleich v. 1661, STAS Horstmann. H. Auch die Unkosten des Hofgerichts wurden nach 1665 auf die Bevölkerung abgewälzt; GLAK 75/18.

46) GLAK 75/2435; vgl. auch Vogt 270.

47) Vgl. HW 586.

48) Zu welchen speziellen Unternehmungen ist unbekannt. Vgl. STAK 33/2435 (Langenlonsheim).

49) GLAK 75/95.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg hatten die landesherrlichen Militärauflagen in Sponheim beträchtlich zugenommen. Blieben die hohen Aufwendungen anfänglich im wesentlichen auf das eigene sponheimisch-simmerische Garnisonswesen, über dessen Bedeutung für den praktischen Kriegsfall sich die zahlenden Untertanen keine Illusionen machten, beschränkt, so wurde unter dem zunehmenden kurpfälzischen Einfluß eine allmähliche Wendung bemerkbar, deren Tendenz in einer zunehmenden Integration des Oberamtes in die relativ großräumige militärische Interessenpolitik der Kurpfalz lag, die im Nahe-Hunsrückraum schließlich um das Jahr 1700 fast bis zur Perfektion gelangt war. Schon 1672 mußte das Oberamt einen finanziellen Beitrag zur Montierung der Leibkompanie des pfälzischen Kurprinzen aufbringen (50). Ständig waren auf ausschließlich kurpfälzischen Befehl Viktualien an durchmarschierende Armeen auszuliefern (51). Um 1680 setzte wegen der drückenden Auflagen eine beträchtliche Bevölkerungsabwanderung in die geistlichen Nachbarterritorien ein. 1698 ging die pfälzische Verwaltung dazu über, zugunsten der militärischen Verpflegungsgelder, der Monturgelder für die Landmiliz, der Mund- und Pferdeportionen für die pfälzischen Truppeneinquartierungen sowie der Orléansschen Gelder auf den regelmäßigen Schatzungseingang zu verzichten (52). Den zahlreichen Befürchtungen, das Land steuere durch die Politik der Ausbeutung in negativstem Sinne einem sicheren wirtschaftlichen Ruin zu (53), darf nicht nur rethorischer Wert zugelegt werden; Badens überstürzte Einwilligung in eine an sich nachteilige Landesteilung ist der Beweis für deren reale Hintergründe.

f) Die Fron.

Fast die gesamte Bevölkerung der Vorderen Grafschaft Sponheim konnte zu Fronleistungen herangezogen werden (1). Wohl als Nachwirkung aus vorstädtischer Zeit (2) waren die Verpflichtungen der Stadtbevölkerung zu Personalleistungen zu betrachten, wie sie in dem sponheimischen Diplom für die Stadt Kreuznach festgelegt sind. Das Einbringen der herrschaftlichen Ernten erfolgte der sponheimischen Beamtenordnung von 1437 entsprechend weiterhin ausschließlich durch ungemessene Fronleistungen vornehmlich der leib-eigenen Landbevölkerung (3). Da die Kondominatsherrn nur selten in der Grafschaft residierten, fiel die „Herrenfron“ der Stadtbevölkerung bis zum 17. Jahrhundert kaum ins Gewicht (4).

Nach dem Westfälischen Frieden dachte man daran, den alten Rechtsanspruch durch die Erhebung von Frongeldern im landesherrlichen Sinne produktiv

50) STAKrn 762/1.

51) Ebd.

52) Vgl. d. Aufstellungen in GLAK 75/95 (II).

53) Vgl. GLAK 75/95. Nach Aussage des kurpfälzischen Teilungsentwurfs belief sich allein die Verschuldung der Stadt Kreuznach um 1702 auf 71471 fl; GLAK 75/97.

1) In ihrer Spezifizierung waren diese je nach der Lage des Ortes verschieden. Vgl. STAK 33/10257.

2) Vgl. Aubin a. a. O. 103.

3) Mone, Beamtenordnung 391. Die in den Unterämtern gebräuchliche Verwaltungsteilung in „Pflegen“ beruhte ursprünglich auf der Fronorganisation. 1677 sollten die Wiesen der sponheimischen Domänengüter wieder pflegeweise gemäht werden; GLAK 77/9647; vgl. Leonhard 88.

4) Vgl. GLAK 67/121 f417ff; 75/387 f141f.

auszuwerten (5). In dem simmerisch-badischen Rezeß von 1652 kam man über die Höhe der Frontaxen, wie sie der Bevölkerung aufzulegen waren, zu der üblichen schnellen Einigung (6). Zu Differenzen führte zwangsläufig wieder die Aufschlüsselung der künftigen Erträge zwischen den beiden Territorialherrn. Von Simmern wurden die Fronleistungen als landeshoheitliche Angelegenheit betrachtet, weshalb der Pfalzgraf für sich „ex jure repraesentationis“ der kurpfälzischen Landeshoheit in Sponheim zusammen zwei Drittel der Gebühren in Anspruch zu nehmen gedachte (7); Baden wollte natürlich in Anlehnung an die Verteilung der übrigen Nutzbarkeiten nur drei Fünftel zugestehen (8). Der nach längeren Verhandlungen im folgenden Jahre einstweilen zustande gekommene Beschluß (9) entbehrt selbst bei verkürzter Wiedergabe nicht des Anstrichs einer in größeren neuzeitlichen Kondominatsregimentern gewissermaßen geschäftsmäßig miterzielten Kuriosität: Baden und Pfalz erhielten von den eingehenden Frongebühren jeweils zwei Fünftel, das letzte Fünftel wurde gemeinsam von dem badischen Landschreiber und dem pfälzischen Truchseß versiegelt und letzterem zur Aufbewahrung übergeben, über den Verwendungszweck schwieg man sich aus.

Auf dem Hofgericht von 1664 sah man von einer geplanten Erhöhung der Frongelder ab, führte dafür aber auf Betreiben des Pfalzgrafen, der zeitweilig in Kreuznach residierte, wieder die Naturalfron ein (10). Die städtischen Bürger hatten nun wieder Fuhrfrondienste für die Kreuznacher Burg und zeitweilig sogar Handfronen zu verrichten (11). Gegen den Wortlaut der Beamtenbestellungen wurde die Landbevölkerung des Kreuznacher Amtsbezirks von den Oberbeamten in zunehmendem Maße zu Fronarbeiten für ausschließlich persönliche Zwecke herangezogen. Auch die Aufstellung der Frongeldabrechnungen ließ bis 1677 hinsichtlich der korrekten Erfassung der einzelnen Leistungen zu wünschen übrig (12). Zudem standen einer gleichmäßigen Beteiligung der gesamten leibeigenen Bevölkerung der Grafschaft von Anfang an die Privilegien der Unterämter Naumburg und Koppenstein sowie das „Herkommen“ der Pflege Hottenbach entgegen, die den Einwohnern eine weitgehende Fronfreiheit zusicherten (13). Nach einer vorübergehenden weiteren Erhöhung der Frongeldgebühren (14) sah man nach dem sogenannten Pfälzischen Krieg von deren Einzug zugunsten anderer Auflagen gänzlich ab (15).

5) Vgl. die Philosoph. Polit. Abhandlung von den Natural-Frohnden u. deren Verwandlungen in aequi valente Leistungen. Frankfurt 1775 (ohne Verf.).

6) GLAK 67/121 f417'. Pro Handfröner wurde 1 fl, pro „fronbares“ Pferd 3 fl erhoben; vgl. GLAK 75/22 f230.

7) GLAK 75/26 f12.

8) Durch ihre Umwandlung in eine Geldgabe veränderten die landesherrlichen Rechte ihre Natur und wurden zu einem normalen Gefälle (ebd. f12'). Später forderte Baden dann die Hälfte der Gelder; GLAK 75/24.

9) Regensburger Vertrag v. 1653; STAK 33/2483.

10) GLAK 75/18; vgl. Maurer 31.

11) STAK 33/10471; GLAK 75/387 f85; STAKrn 766/1.

12) GLAK 77/9647.

13) Die Bevölkerung der Ämter Koppenstein u. Naumburg hatte lediglich die herrschaftl. Naturaleinkünfte nach Kreuznach zu bringen. Hottenbach blieb hiervon bis 1680 wegen der Ablegenheit befreit; STAK 33/10238; 33/10475; GLAK 77/9647.

14) STAK 33/15.

15) Schneegans 148.

Die umfangreichen pfälzischen Getreidetransporte im 18. Jahrhundert, die sich um 1750 von Kreuznach vornehmlich nach Rhein-Dürkheim bewegten (16), wurden wieder auf der Basis von Fronarbeiten durchgeführt (17). Auf den Versteigerungen des Oberamtes erworbenes Getreide wurde dem Steigerer sechs Wegstunden weit kostenlos in der Fron transportiert (18). Auch Stadtfrondienste, die sich vornehmlich auf Wegebauarbeiten bezogen, wurden weiterhin gefordert (19).

g) Die Juden in der Grafschaft.

Das relativ spät (1) an die Territorien fallende Judenregal ist für die Sponheimer Grafen in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts als Reichslehen greifbar. Nachdem bereits für das Jahr 1309 eine Nachricht vorliegt, nach der die Sponheimer einem Hanauer Juden innerhalb ihres Herrschaftsbezirks auf drei Jahre Geleit gewährten (2), verlieh 1336 Ludwig IV. dem Grafen Johann von Sponheim das Recht auf 60 Haussassen gefreiter Juden (3), dem sich im folgenden Jahr ein Privileg an Walram von Sponheim für die Aufnahme von 30 Juden in seiner Grafschaft anschloß (4). Unter den von der großen Judenverfolgung des Jahres 1349 betroffenen mittelhessischen Städten wird auch die Stadt Kreuznach genannt (5). 1404 nahm König Ruprecht u. a. den wohlhabenden Juden Gotschalk aus Kreuznach, dessen Name verschiedentlich begegnet (6), in seinen Schutz (7). Das Kreuznacher Judenregal wurde 1442 durch Friedrich III. auch der Kondominatsgemeinschaft weiterhin als Reichslehen übertragen (8). Von dem in der Pfalz neu angesetzten Judengeleit erhielten 1464 zwei Kreuznacher Familien Befreiung und wurden auf 10 Jahre in pfalzgräflichen Schutz genommen (9). Wie allgemein für das Geleitswesen übte der kurpfälzische Oberamtmann zu Kreuznach auch auf dem Sektor des Judengeleits in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts eine die einzelnen pfälzischen Oberamtsgrenzen im Bereich des Nahegebiets überschreitende Funktion aus (10). Um den Handel der fremden Juden in der Grafschaft einzuschränken, erhielten in den Jahren 1525 und 1548 verschiedene jüdische Familien von seiten der Kondominats Herrn die Erlaubnis, sich für einen beschränkten Zeitraum in Kreuznach niederzulassen. Ihre Zinsforderungen suchte man durch Verordnungen in einem angemessenen Rahmen zu halten, die „Judenpacht“ war an den Landschreiber zu entrichten, der sie nach den Fünfteln aufteilte. Streitigkeiten zwischen den Juden und der spon-

16) STAK 33/10260; 33/10263.

17) Die Arbeiter erhielten dabei ein geringes Entschädigungsgeld.

18) Nach der pfälzischen Kammerverordnung (ebd.).

19) Vgl. Maurer 68.

1) Lamprecht I, 2, S. 1276.

2) Vogt 261.

3) Zillesius 209; Schneegans, Kreuznach 32.

4) Ebd. 31f; Zillesius 204.

5) Löwenstein 4.

6) A. Lewin, Gotschalk von Kreuznach, Krzn. Hbltr. 1930, Nr. 3.

7) Löwenstein 20f.

8) Fabricius VI, 13 Anm. 1.

9) Löwenstein 26.

10) Vgl. ebd. 28, 287f.

heimischen Bevölkerung hatten die Amtleute oder im Bedarfsfalle fürstliche Räte (11) zu entscheiden. Zu ihren Religionsfesten durften sie ungehindert ihre ausländischen Glaubensgenossen hinzuziehen (12). Mit dem Recht auf eigene Schule und Begräbnisstätte war der Kristallisationskern für die kontinuierliche Weiterentwicklung einer jüdischen Gemeinde in Kreuznach gegeben. Durch ihre wirtschaftlichen Verbindungen mit den kurpfälzischen Nachbargebieten blieben die Kreuznacher Juden von dem pfälzischen Judenschutz und Judengeleit abhängig. Nach 1556 wurde vermutlich auf Absprache zwischen den beiden pfälzischen und die nachfolgende Einwilligung des badischen Landesherrn hin der „Juden Verglaitung“ auch in der Grafschaft Sponheim wieder eingeführt, und zwar mit der Maßgabe, „das den wandernden Juden uff entrichtung glaitgelts lebendig glait, als ein fueßgeenden zu fueß, ein reittenden zu roß gegeben Und dem Verglaiter sonderlich Ingebunden werde, das er den Juden nit weit umbschwaiffen laß, sonder stracks uf der Juden costen durchfure“ (13). Bis in die 90er Jahre des Jahrhunderts wurde das Judengeleit als sog. lebendiges Geleit ausgeübt (14). Von der jüdenfeindlichen Politik des Kurfürsten Friedrich III. und seiner Nachfolger dürften auch die Kreuznacher Juden in Mitleidenschaft gezogen worden sein, da auf den Wochenmärkten die Glaubensgenossen aus der Nachbarstadt Bingen die Initiative ergriffen (15). Nach der Wiederherstellung des Kondominats machen dann die obligaten Streitigkeiten (16) um die Aufteilung der Judengeleitsgelder, die teilweise von den Oberbeamten als willkommene Nebeneinnahme betrachtet wurden (17), auf die wachsende Zahl (18) der Sponheimer Stadt- und Landjudenschaft aufmerksam, deren Wohlstand (19) von der Landesherrschaft durch Judengeleit (20), Juden-Taschengeleit (21), Schutz- und Begräbnisgeld (22) sowie erhebliche Konzessionsgelder (23) weidlich ausgenutzt wurde. Der wirtschaftliche Sonderstatus der Juden (24)

11) D. h. das Hofgericht. Im 18. Jh. lag die Gerichtsbarkeit der Schutzjuden z. T. in den Händen der Vorsteher der Landjudenschaft; STAK 33/10263; vgl. auch STAKrn 801/3.

12) Löwenstein 31f, 48f.

13) GLAK 77/9647 (Hofgericht v. 1556).

14) Vgl. Kauw 44. Kurpf. Landesordnung (1594) pag. 85'ff. Nach den kurpfälzischen Judenverböten kam das Geleit noch für die Juden der kurpfälzischen Enklaven in Frage.

15) Löwenstein 61.

16) GLAK 75/26 f5', f12'.

17) Auf Grund ihrer früheren Funktion als Geleitsschreiber; GLAK 77/9647.

18) Maurer 72.

19) Neben den Juden aus Mainz waren die Kreuznacher Juden z. B. stark am Grundstückverkehr, Vieh- u. Getreidehandel des Oberamtes Böckelheim beteiligt; STAKrn 801/3. Auch die Erhöhungen der Schutzgelder weisen indirekt den wachsenden Wohlstand aus; GLAK 77/9647.

20) Nach den Oberamtstruchsesserei-Rechnungen wurde es, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, im 16. Jh. kontinuierlich erhoben. Um 1670 wurde es verpachtet; GLAK 77/9647.

21) In Kreuznach nach der Taxierung der Vorsteher der Wormser Landjudenschaft erhoben; STAKrn 762/1.

22) Die Gebühren waren unterschiedlich. 1660 wurden pro Haupt 2 rtlr, für ein Kind 1 rtlr eingefordert. 1740 betrug der sog. „ganze Schutz“ 30 fl, der „halbe Schutz“ entsprechend 15 fl.

23) Um 1700 jährlich 300 fl von der Gesamtjudenschaft (Truchsesserei-Rechn.).

24) Sie durften im Gegensatz zur übrigen Bevölkerung verschiedene Gewerbe zugleich ausüben und unterlagen keinem Zunftzwang; vgl. STAKrn 780/1; Maurer [41], 72f.

und ihre verhältnismäßig geringen Beiträge zu den städtischen Auflagen (25) gaben den Anstoß zu einem von Übertreibungen nicht ganz freien Konkurrenzneid der christlichen Kaufleute und Handwerker, die im Gegensatz zur Judenschaft durch die Kriegsfolgen weitgehend verarmt waren. Die Beschwerden gegen die Juden nahmen in den Stadtgravamina des 17. Jahrhunderts einen festen Platz ein (26). Religiöser Eifer auf protestantischer (27) oder katholischer (28) Seite spielte dabei eine im wesentlichen untergeordnete Rolle.

1710 wurden die Kreuznacher Stadt- und Landjuden der pfälzischen Judenschaft einverleibt (29). Ihre Zahl läßt sich an Hand der verrechneten Schutzgelder für das gesamte 18. Jahrhundert genau verfolgen.

Weitere sponheimische Regalrechte, wie die Fischfanggerechtigkeiten auf der Nahe (30), die Jagdgerechtigkeiten innerhalb und außerhalb (31) des Territoriums und deren Weiterentwicklung bis zum 18. Jahrhundert könnten hier angeschlossen werden. Die zu Anfang des Abschnitts angedeutete Absicht, die Dimensionen des vielgestaltigen Begriffs eines Amts-Kondominats für die Grafschaft Sponheim hinsichtlich vorhandener Hoheitsrechte und Regalien anzudeuten, die das übliche Schema einer Mittel- oder Unterinstanz innerhalb der Landesverwaltung durchbrechen, dürfte jedoch erreicht sein. Sie findet im folgenden Kapitel unter dem Gesichtspunkt der Kondominatsorganisation eine weitere Ergänzung.

25) Erst 1682 wurden sie zur Erlegung von Fron- u. Wachtgeldern verpflichtet; ebd.; STAK 33/10475. Der Beitrag zum Garnisonsunterhalt blieb stets eine strittige Angelegenheit; ebd.; STAKrn 762/1. Von Schatzung u. Kontributionen waren sie in der Regel befreit, unterlagen dafür aber Sonderbesteuerungen; STAK 33/584.

26) Ebd.; STAKrn 766/1.

27) Bei der im Jahre 1682 geplanten Erneuerung der sponheimischen Polizeiordnung empfahl das reformierte Gutachten, daß die Juden sich künftig an den Sonntagen still in ihren Häusern halten sollten, da sie dann gewöhnlich auf das Land ritten und „den Landmann durch schuldenmahnen in seiner andacht verstören“.

28) Als 1681 zwei jüdische Frauen einen bekehrungswilligen Glaubensbruder aus dem Kreuznacher Franziskanerkloster holten, erwartete sie die Turmstrafe; STAK 33/26a; STAKrn 762/1.

29) Löwenstein 160.

30) Das pfälzisch-sponheimische „Dominium“ des Naheflusses bis zur Mündung in den Rhein wurde zwar schon Ende des 15. Jhs. vom Mainzer Erzbischof für den unteren Abschnitt, d. h. vom Unkelstein bei Böckelheim „bis da die Morge in den Rhein fließt“ unter Ausschluß von Münster a. St. u. Bretzenheim (Kreuznacher Rentbuch v. 1476, Fabricius VI, 3), bestritten, was aber Kurpfalz nicht hinderte, den Rechtsanspruch nach 1714 aufrecht zu erhalten (GLAK 67/888 f9'). Baden trug seinen Anteil am „ius piscandi“ auf der Nahe von Kurpfalz zu Lehen. — Das sponheimische Fischergeding erfaßte im 17. Jh. nicht nur die Kreuznacher Fischerzunft, sondern auch „Ausländische“ und „Landfischer“, so aus Monzingen (kurpfälz. Oberamt Böckelheim) und Grolsheim (Oberamt Stromberg). Vgl. die Oberamtsruchsesserei-Rechnungen.

31) So bei Zell a. d. Mosel.

III. DIE AUSBILDUNG DER ORGANISATION DES VORDERSPONHEIMISCHEN GEBIETES ALS KONDOMINIUM.

Untersuchungen über die Entwicklung der Gemein- und Vielherrschaften als typische Herrschaftsformen finden sowohl hinsichtlich ihrer späteren, vornehmlich ritterschaftlichen Ausprägung in Form der Ganerbschaften als auch in Gestalt der sich häufig auf reichsfürstlicher Ebene bewegenden, stark römisch-rechtlich beeinflussten Kondominatsorganisationen in der rheinischen landeskundlichen Forschung, die ihr Augenmerk auf die Analyse der verschiedenen Kräftefaktoren der Territorialentwicklung in den betreffenden historischen Räumen richtet, ein wachsendes Interesse (1). Die hiervon ausgelösten Spezialuntersuchungen unterziehen sich naturgemäß im Gegensatz zu den, historisch gesehen, wenig befriedigenden älteren, räumlich übergreifenden Darstellungen besonderer, meist juristischer Problemstellungen (2) einer strengen geographischen Beschränkung der Aussage auf das Untersuchungsobjekt, in der Einsicht, daß die vorhandenen Vorarbeiten zu einer einigermaßen zufriedenstellenden Gesamtdarstellung des Kondominatsproblems noch nicht ausreichen (3). In diesem Sinne will auch der folgende Abschnitt verstanden werden, obwohl er in dem möglichen Rahmen Vergleiche mit ähnlich garteten Gemeinherrschaften nicht umgeht.

Gemein- und vielherrschaftliche Gebilde von teilweise nur kurzfristeter Lebensdauer begegnen nicht nur im Mittelalter in allen Teilen des römischen Reiches (4), wenn auch schwerpunktmäßig die territorialen Splitterzonen des südwestdeutschen, mainfränkischen und mittelrheinischen Raumes bevor-

1) Vgl. Aubin u. a., *Gesch. d. Rheinlandes* II, 19f; Petry, *Kräftepiel* 92; ders., *Träger u. Stufen* 83, 85.

2) Vgl. u. a. E. Wippermann, *Über Ganerbschaften*, Kleine Schriften jurist. u. rechts-historischen Inhalts, 1873, Heft 1; K. Mugler, *Über Ganerbschaften in den einst kurpfälzischen Landen*. Diss. jur. Erlangen 1897.

3) E. Becker, *Geschichte des Kondominats zu Kürnberg bis 1598*; in: AHG NF 4 (1904) 1-154; K. S. Bader, *Das badisch-fürstenbergische Kondominat im Prechtal*, Freiburg 1934; K. E. Demandt, *Die Reichsganerbschaft Lindheim in der Wetterau*; in: HJL 6 (1956) 77-137; J. F. S. Zimmermann, *Ritterschaftliche Ganerbschaften in Rheinhessen*, Diss. Mainz 1957; vgl. auch K. Becker, *Die territoriale Raumentwicklung des Kreises Kreuznach* (vollst. Zitat a. a. O.).

4) Einmal von den zahlreichen schweizerischen Gemeinherrschaften abgesehen, sei hier mit Nachdruck auf die wenig bekannten nord-, mittel- u. ostdeutschen Kondominate hingewiesen, die in J. J. Mosers Publikationen Berücksichtigung fanden. Im sächsischen Hause wurde 1661 die gemeinschaftliche Grafschaft Henneberg zwischen kur. u. ernestinischer Linie abgeteilt. Die Markgräfstümer Ober- u. Niederlausitz blieben weiterhin in Gemeinschaft. Sachsen-Meiningen u. Sachsen-Coburg-Saalfeld hatten im 18. Jh. das Amt Römhild (heute Krs. Meiningen) gemeinschaftlich. Die Stadt Rostock mit den zugehörigen Gebieten gehörte im 17. Jh. den beiden fürstlichen Linien Schwerin u. Güstrow in Gemeinschaft. Im 18. Jh. war Lippstadt (vgl. Ritter's Geographisch-Statistisches Lexikon, bearb. v. H. Lagai, 2 Bde. 7. Aufl. Leipzig 1883, hier Bd. II, 61) zwischen Preußen und den Grafen von der Lippe gemeinschaftlich. Letztere besaßen zusammen mit dem Hochstift Paderborn die Ämter Schwalenberg (vgl. Ritter a. a. O. II, 601), Oldenburg u. Stoppenberg (heute Regbez. Düsseldorf) unter dem gleichen Status, ebenso die Fürsten zu Schwarzburg u. die Grafen zu Stolberg die Städte u. Ämter Heringen (heute Krs. Hersfeld) u. Kelbra (Kyffhäuser). Hamburg u. Lübeck bildeten bezüglich Bergedorf an der Biller u. der Vierlande eine Gemeinschaft. Vgl. Moser, *Reichsstände Landen* 92; ders., *Familienstaatsrecht* 586, 590, 595, 611f; ders., *Staatsrecht* 103ff.

zugt werden. Ihre vielfach noch im Hochmittelalter sich vollziehende Konstituierung spielt sich vor dem Hintergrund einer mangelnden einheitlichen und gefestigten Reichsgewalt und der sich folgerichtig ergebenden Konkurrenz relativ gleichwertiger Territorialgewalten ab (5), als eine praktische Folgeerscheinung von gemeinschaftlichen Erbgängen, Eroberungen, Kauf, Tausch und Verkauf, Verpfändungen, Belehnungen, Lehensantragungen oder kompromissarischen Schiedsurteilen (6).

Die auf gemeinschaftlicher Erbfolge gegründeten Gemeinherrschaften treten zahlen- und größenmäßig stark hervor, da in den Familien des niederen und auch des hohen Adels sich deutschrechtliche Vorstellungen von der Erbgemeinschaft zur gesamten Hand auch nach dem Sieg des patrimonialen Prinzips (7) noch lange gegenüber dem Modus der Realteilungen unter den Erben oder dem ausschließenden Erstgeburtsrecht behaupten konnten. In dieser Hinsicht sind die Familienkondominate durchaus nicht nur unter dem üblichen Gesichtspunkt territorialer Zersplitterung zu sehen, sondern ebenso als Zeichen eines erwachenden neuen Einungsgeistes im Zuge der allmählich zu deutlicheren Ausdrucksformen gelangenden Einheit der fürstlichen Familie (8), die den territorialen Bestand des Hauses vor den privatrechtlichen Zufälligkeiten, die letztlich nur zu oft auf eine Entfremdung hinausliefen, durch das Kondominatsband zu bewahren suchte, wie es in unserem Bereich durch das Beispiel Sponheim selbst und durch die Haltung des pfälzischen Kurhauses unter Karl Ludwig zu den Agnatenlinien verdeutlicht wird.

Die gemeine (9) Grafschaft Sponheim wurde nach verschiedenen vorangehenden finanziellen Manipulationen zwischen dem finanzschwachen Grafen Johann und den künftigen Nachfolgern mittels eines Erbschaftsvertrages als eine in mancher Hinsicht fragwürdige (10) Gründung einer Familiengemeinherrschaft hergestellt, die jedoch den Bestand des Territoriums immerhin über fast drei Jahrhunderte zu sichern vermochte, was zweifelsohne der Intention des gräflichen Stifters entsprach. Markgraf Bernhard von Baden und sein Schwager Graf Friedrich von Veldenz erhielten nach dem Inhalt des sog. Beinheimer Entscheids von Montag nach Lätare 1426 die Vordere und die Hintere Grafschaft zu gleichen Teilen um sie „steet allezyt in rechter Gemeynschafft und unverteylt zu ewigen Tagen inhaben, besitzen und der mit samenhafter Hand (11) geneysen und gebruchen“. Die vertraglich festgelegten Prinzipien der neu begründeten Gemeinschaft unterschieden sich so wenig von denen der üblichen Ganerbschaften, daß hier die ältere rechts-

5) Vgl. Demandt a. a. O. 102 für das Beispiel der wetterauischen Reichsganerbschaft Lindheim.

6) Vgl. ebd. 103; Zimmermann. Ganerbschaften 37f; Bader 8ff; E. Becker, Kürnbach 17 Anm. 2; Moser, Reichsstände Landen 92.

7) Gierke I, 413.

8) Gierke I, 413f, 416f. Als beispielhaft kann die Inschrift der Gedenkmünze an das bad. Familienkondominat zwischen den Markgrafen Bernhard u. Ernst angesehen werden: German. Fratrū Concordiae Sacr. An. M. D. XXXIII (vgl. August Frhr. v. Berstett, Münzgeschichte d. Zähringen-Badischen Fürstenhauses u. d. unter sein. Scepter vereinigten Städte u. Landschaften, Freiburg i. Br. 1846, Taf. 2, Nr. 78).

9) Über die Begriffe „Gemeiner“ u. „Ganerbe“ vgl. d. Ausführungen Zimmermanns (Ganerbschaften 21f).

10) Vgl. Anm. 60 (unten).

11) Vgl. Wippermann 3f. — Zitat a. d. Beinheim. Entschd., Günther IV, 272.

historische Literatur, die eine Unterscheidung zwischen Ganerbschaft und späterem Kondominat (12) oft über Gebühr vernachlässigte, für gewöhnlich einer Täuschung zum Opfer fallen konnte (13). Wesentlich ist, daß die Gemein- oder Gemeinderschaft als reiner Personenverband ihre Unselbständigkeit gegenüber den Mitgliedern in hohem Maße garantierte (14). Entscheidend handlungsfähig blieb nur die gesamte Hand der Gemeiner, das galt in Sponheim sowohl für die Vergabe der Lehen als auch für die Entrichtung der Burglehengelder, Gerichtsbarkeit, Schloßverbau (15), Kapitalaufnahme und Archivrecht (16).

Beide Grafschaften wurden von den Erben gemeinschaftlich besessen, ohne daß zunächst für den einzelnen bestimmte Anteile, wie sie unter dem Einfluß der Rezeption späterhin konstruiert wurden (17), zur Absonderung gelangten. Wohl wurde der Wunsch nach einer Mutschierung der sponheimischen Burgen zwecks Absonderung der Wohngelegenheiten für die badisch-veldenzischen Beamten ausgesprochen (18), auch die anfallenden Ein- und Ausgaben, wie Straf- oder Burglehengelder sowie die Entlohnung der Pförtner und Wächter auf den Burgen (19) waren jeweils in gleiche Quoten abzuteilen; es blieb jedoch bei der unzertheilten Gesamtheit, da die Mutschar für das betreffende Gut nicht Teilung quoad dominium vel proprietatem, sondern lediglich quoad usum et fructum bedeutete (20).

Dem einzelnen war also jede selbständige Disposition über das Territorium untersagt (21), die Gemeinschaft sollte von ewiger Dauer sein (22), was durch ein uneingeschränktes Verkaufsverbot unterstrichen wurde. Verpfändung und Versetzung der Anrechte an Dritte war nur für den Fall äußerster Not erlaubt, wobei die niedrig angesetzte Verpfändungssumme den Zwang zur Wie-

12) Über den irreführenden Begriff „Kondominat“ vgl. Bader 12; Jellinek, Allg. Staatslehre 396.

13) Wippermann (S. 7) u. Mugler (S. 20ff) führen Vordersponheim als Ganerbschaft an.

14) Vgl. Planitz, Privatrecht 26.

15) Gemeint sind Beiträge zur Erhaltung der Burgen vgl. Mugler 30. In der V. G. bezugten sie jährlich 300 fl.

16) Das sponheimische Archiv wurde nach dem Tode des Grafen Johann v. Sponheim gemäß der Verfügung des Beinheimer Entscheids in einen „gemeynen Enthalt“ gebracht; vgl. Günther IV, 280. Ursprünglich vermutlich für beide Grafschaften gemeinschaftlich, erfolgte spätestens 1560 die Aufteilung. Ein repertorium archivi Cruenenacensis aus dem Jahre 1578 wird von der bad. Regierung noch im 18. Jh. benutzt (STAK 33/665). Truchseß u. Landschreiber zu Kreuznach verwahrten die Schlüssel zu dem Archivgewölbe auf der Kauzenburg (GLAK 75/48 f23). Während der pfälz. Alleinherrschaft wurde 1608 ein neues Repertorium gefertigt, vermutlich um die Regierung über etwaig vorhandene gefährliche Dokumente zu unterrichten (STAK 33/9853). Vor 1620 wurde das sponheim. Archiv nach Heidelberg überführt. Mit dem gesamt-pfälzischen Archivbestand gelangte es später in die Hände der spanischen Truppen und wurde in Frankenthal, dem letzten spanischen Stützpunkt in der Unterpfalz verwahrt (GLAK 75/22). 1652 forderten Pfalzgraf Ludwig Philipp u. Markgraf Wilhelm die Auslieferung. Da Karl Ludwig dem simmerischen Agnaten das Archivrecht bestritt, gelangten die sponheimischen Akten nach der Räumung Frankenthals schließlich wieder in die kurpf. Hauptstadt zurück (GLAK 75/23), was in der Folge besonders für die bad. Herrschaft von Nachteil war.

17) Vgl. Mugler 6.

18) Günther IV, 272.

19) Ebd. 270f.

20) Wippermann 17; Grimm, DW VI, Sp. 2803.

21) Vgl. Conrad, Dt. Rechtsgeschichte I, 554; Mugler 6f.

22) Vgl. Gierke III, 565 Anm. 90.

derlösung stillschweigend mit einschloß (23). Auch eine Burgfriedensverordnung, gewöhnlich als Kern- und Beweisstück einer ganerbschaftlichen Verbindung angesehen (24), hatten die Erben in der üblichen Form aufzustellen und zu geloben (25). Um eine mögliche Auflösung der Gemeinschaft zu verhindern, mußten die künftigen Besitzer den Burgfrieden jeweils vor ihrem Eintritt als verbindlich anerkennen. Da die sponheimische Gemeinherrschaft nur aus zwei Häusern bestand, setzte der Beinheimer Entscheid zwei außenstehende „Raitleute“ (26) als Schiedsrichter über die Gemeiner und einen dritten Nichtgemeiner zum Obmann (27). Diese hielten in Bedarfsfällen Rechtstage ab (28). 1556 hören wir vom Tode eines der letzten sponheimischen Obmänner, des Grafen Eberhard von Erbach (29). Im 17. Jahrhundert wurden gemeinsame Vermittler verschiedentlich befürwortet und erwogen (30), vor der Ernennung eines sponheimischen Schiedsrichters schreckte jedoch die badische Regierung zurück, da zu erwarten war, daß Pfalz dann *ex jure maioris dignitatis* das Recht der Benennung beansprucht hätte (31). Seit Beginn des 17. Jahrhunderts bediente man sich zur Schlichtung der pfälzisch-badischen Differenzen der reichsgerichtlichen Institutionen sowie in steigendem Maße kaiserlicher Kommissionen (32).

Soweit verlief alles innerhalb der Modifikationsbreiten der gebräuchlichen Verfassungsschemata, deren eines womöglich bei der Beinheimer Zusammenkunft zur Vorlage gedient haben mag. Selbst das typisch ritterschaftliche Element der Fürstenfeindlichkeit (33), das infolge der speziellen Zusammensetzung der Erbgemeinschaft vollkommen fehl am Platze war, fand die übliche Berücksichtigung (34).

Von erheblicher und einschneidender formaler Wirksamkeit erwies sich jedoch die 1426 festgelegte sponheimische Sukzessionsordnung, die eine ganerbschaftliche Vervielfachung und Aufsplitterung des Gutes im Gefolge der verschiedenen Erbgänge erschwerte, wenn nicht ausschloß. Während in den

23) Günther IV, 273. Der jeweilige Anteil sollte für nur 5% seines eigentlichen Ertragswertes versetzt werden.

24) Zimmermann, Ganerbschaften 25f; Wippermann 53; Mugler 11. Der Burgfriede blieb auch in anderen Kondominien noch bis in die Neuzeit in Übung. So wurde er u.a. in dem zwischen Pfalz-Sulzbach u. Pfalz-Neuburg gemeinschaftlichen oberpfälzischen Amt Weiden regelmäßig beschworen; vgl. Senckenberg-Schmauss III, 638.

25) BT 105/843 pag. 299-330 (Kopie des Burgfriedens v. 1428).

26) = Ratleute, Ratgeber; vgl. Grimm DW VIII, 202 (Ratmann). 1428 sollten es vier R. sein; BT 105/843 pag. 123.

27) In den Ganerbschaften ermöglichte die Vielzahl der Gemeiner Lösungen auf interner Basis; vgl. Mugler 32f. In den Kondominaten wurde eine Jurisdiktion der beteiligten Kondomini über sich selbst im allgemeinen verneint; vgl. Frommann, De Condominio 131f.

28) Vgl. Bad. Reg. III, 121 (6120).

29) Kurpfälzischerseits gedachte man als Nachfolger die Grafen Philipp v. Hanau-Bischweiler oder Ludwig v. Eschnau vorzuschlagen. Über das Ergebnis der folgenden Hofgerichtsabstimmung ist nichts bekannt; vgl. GLAK 77/9647. — 1428 wird Friedrich v. Leiningen, 1440 Johann v. Wertheim als Obmann genannt; BT 105/843 pag. 123, 131.

30) GLAK 75/95 (II); STAK 33/27 (1682); vgl. auch STAS Kurpf. Urkunden 678 f4 (1771).

31) STAK 33/28.

32) Hierzu Moser, Reichsstände Landen 101.

33) Vgl. Zimmermann 28f.

34) „Und besonder sollent sie keynen Fursten an die egenante unsere Sloissen, Landen und Luten mit yren Zugehörungen wenig oder viel versetzen, verphenden noch verkuuffen in gheine wise an alle Geverde“, Günther IV, 273. Vgl. Mugler 37.

Ganerbschaften jeweils mehrere Gleichberechtigte in das Erbe eintraten (35), wobei allerdings unter Wahrung der Gleichberechtigung dem ältesten männlichen Mitglied unter Umständen eine Vertreterstellung zufallen konnte (36), verfügte der Beinheimer Entscheid zur künftigen Sicherung des Bestandes der Grafschaft (37) in Anlehnung an die Hausverfassungen der zukünftigen sponheimischen Gemeiner (38), daß jeweils von jedem Stamm nur dem ältesten männlichen Erben das Nachfolgerecht zustehe (39). Die Folge war, daß der Besitz der Grafschaft im allgemeinen mit den regierenden Hauptstämmen der pfälzischen und badischen Regentenfamilien verbunden und das Landesregiment auf eine Drei- bzw. Zweiherrschaft beschränkt blieb (40). Lediglich 1559/60 ließ sich Markgraf Philibert – nicht ohne erhebliche Gegenkonzessionen (41) – dazu bewegen, in eine Abtretung des pfälzischen Anteils der Hinteren Grafschaft an Herzog Wolfgang von Zweibrücken und Neuburg und eines fünften Teils des vordersponheimischen Amtes Kirchberg an Kurfürst Friedrich III. jüngeren Bruder Georg einzuwilligen (42), welches Fünftel dann um 1573 in den Besitz Herzog Richards von Simmern überging (43). Die Ausstattung der jüngeren simmerischen Linie durch Kurfürst Friedrich IV. erfolgte während des badischen Ausschlusses aus Sponheim und berücksichtigte die tatsächlichen, weniger die rechtlichen Gegebenheiten. Der Teilungsvertrag von 1707/08 bestätigte wieder die Beinheimer Sukzessionsregelungen (44.)

Der Einfluß der Rezeption, deren Vertreter unfähig waren, die Eigenständigkeit eines deutschrechtlichen Gemeinschaftsgebildes zu erfassen, hatte eine enorme Verwirrung der Rechtsbegriffe mit sich gebracht, indem man versuchte, mannigfaltige Erscheinungen des praktischen deutschen Rechtslebens unter römisch-rechtliche Gesichtspunkte einzuordnen (45). Eine exakte Unterscheidung zwischen Ganerbschaft und Kondominat konnte erst dann vorgenommen werden, als in einer späteren Phase imperium und dominium, staatsrechtliche Herrschaftsgemeinschaft und private Gemeinschaft zur gesamten Hand getrennten Rechtsbereichen zugeordnet wurden und sich schließlich in der naturrechtlichen Theorie der engeren Verbände durch den Begriff der Souveränität eine schärfere Sonderung zwischen Landeshoheit und unterworfenen Gewalt ergab (46).

35) Stirbt ein Ganerbe, so folgen ihm seine Söhne zu gleichen Teilen. In die Stellung eines vorverstorbenen erbberechtigten Sohnes rücken dessen Nachkommen; vgl. Wippermann 41.

36) Zimmermann 24.

37) Die Initiative ging ohne Zweifel von dem Grafen Johann v. Sponheim aus, der schon 1422 von Jakob von Baden die Zusicherung erhalten hatte, daß er für Sponheim das Sukzessionsrecht des ältesten Sohnes akzeptiere; vgl. Zillesius 230.

38) An die sich in Einzelfällen auch die bad. Markgrafen, ganz abgesehen von den in Veldenz nachfolgenden Pfälzern, nicht gebunden fühlten; vgl. v. Weech 113f.

39) Günther IV, 271.

40) Die Verfügung d. Grafen Johann wurde später als Familienfideikommiß interpretiert; Moser, Familienstaatsrecht II, 1215.

41) 1. Sollte der Markgraf seine Anrechte ebenfalls einem jüngeren Sohne übertragen dürfen. 2. Wurde die Pflege Achtelspan gegen die Erlegung des Kaufschillings durch Baden in das hintsponheimische Amt Birkenfeld aufgenommen. 3. Sollte das Amt Grevenstein u. U. dem Markgrafen unabgelöst verbleiben; GLAK 75/19.

42) Ebd.; STAS Horstmann. H (pfälz.-bad. Vertrag v. 1560); Sachs V, 225f.

43) GLAK 75/32 (Hofgerichtsabschied Lätare 1573).

44) § 9 (STAK 33/33).

45) Vgl. Gierke III, 108f.

46) Vgl. Bader 11; Jellinek 396f; Gierke III, 345, 352, 505.

In Vordersponheim bot die durch die Übertragung des sogenannten Kurfünftels eingeleitete eigenartige Entwicklung römisch-rechtlichen Interpretationsversuchen genügend Ansatzpunkte. Während das 1422 von Graf Johann von Sponheim an den Kurfürsten Ludwig von der Pfalz versetzte Pfandfünftel (47) de jure der veldenzisch-badischen Gemeinschaft zugezählt und den Gemeinern ein Recht auf Wiederlösung vorbehalten wurde (48), blieb das eigentliche kurpfälzische Erbfünftel vorerst vom Beinheimer Entscheid und der allgemeinen sponheimischen Entwicklung ausgeschlossen. Bis 1560 rechtfertigte seine Existenz eine Unterscheidung zwischen der Vorderen und der Hinteren Grafschaft Sponheim, die im Beinheimer Entscheid den gemeinsamen Grundvertrag aufwiesen. Schon der Revers König Ruprechts von der Pfalz gegenüber seiner Schwiegertochter Elisabeth von Sponheim vom 21. September 1405 erweist, daß man, zwar ohne die eigentliche Realteilung anzustreben, doch die obrigkeitlichen Belange der gräflichen Fünftel von denen des kurfürstlichen Anteils zu trennen suchte (49). Den faktischen Übertrag des Fünftels im Sinne eines Fideikommisses (50) an das pfälzische Kurhaus (51), der durch die Verschreibung Gräfin Elisabeths vom Jahre 1416 eingeleitet wurde (52), griff der Gemahl der veldenzischen Erbtochter Anna, Pfalzgraf Stephan von Simmern, sofort an (53). Auch späterhin bildete das sponheimische Kurfünftel, dessen Existenz von der Gemeinschaft immer als störend empfunden wurde (54), eine Quelle fortwährender Streitigkeiten, die nach den gemeinen Tagen von Worms (55) und Kreuznach (56) lediglich vorübergehend behoben wurden, durch die innerpfälzische Konstellation des Jahres 1559 für ein knappes Jahrhundert entfielen und nach der vertraglichen Festlegung von 1660 (57) erst dreizehn Jahre später durch die endgültige Zusammenlegung der Pfalz-Fünftel beseitigt wurden (58). Immerhin sollte das kurpfälzische Engagement in Vordersponheim nach dem Willen der Gräfin auch eine gewisse Schutzgarantie (59) für den Vetter Johann von Sponheim

47) Vgl. GLAK 67/914 f440', f473.

48) Die 1503 erfolgte; (GLAK 67/914 f444'), Vgl. Abb. I.

49) KW II, 300 (4170).

50) BT 105/843 pag. 118, 120 (1428); GLAK 75/387 f1'; Moser, Familienstaatsrecht II, 1215.

51) Vgl. Mugler 38. 52) Günther IV, 186-189.

53) 1417 fiel ein Entscheid zugunsten des Kurfürsten aus; GLAK 67/914 f474'. 1419 weiterer Schlichtungsversuch durch Erzbischof Otto v. Ziegenhain von Trier; vgl. BT 105/843 pag. 130. Eine Anerkennung des Kurfünftels an der V. G. erfolgte 1440 in „Herzog Ottens Rachtung“, einem zwischen Herzog Otto v. Bayern, dem Markgrafen Jakob v. Baden u. dem Grafen Friedrich v. Veldenz zu Heidelberg getroffenen Vergleich; ebd. pag. 129-135 (Kopie).

54) 1559 ersuchte Baden zur „Erhaltung rechter Gemeinschaft“ um die Auflösung des Kurfünftels; GLAK 75/19.

55) Der Wormser Tag v. 1438 wegen des strittigen Kurfünftels endete erfolglos; Bad. Reg. III, 82 (5715).

56) Die Kreuznacher Verhandlungen vom Mai 1440 erbrachten insofern ein Ergebnis, als Kurpfalz das Erbfünftel, das ausdrücklich die ganze V. G. anteilmäßig umfaßte, belassen werden mußte; vgl. ebd. III, 113f (6047).

57) Der Frankfurter Vertrag v. 1660 enthielt den Zusatz, daß bei einem Zusammenfallen der kurpfälz. u. simmerischen Anteile die Grafschaft in den Zustand versetzt werde, wie es Beinheimer Entscheid, Burgfriede u. Herkommen verlangten; STAK 33/2652.

58) Vgl. Abb. I.

59) Die Übertragung an die Kur erfolgte „mit wohlbedachtem Mute und Rate, und der ... Graveschafft und Herrschaft zu Nutze und Frommen, und auch umb dass wir, als lange wir (Elisabeth v. Sponheim) geleben und nach unserm Tode der vorgenante unser Vetter, Grave Johan von Sponheim und sine Erven ... unse Graveschafft ... desto friedlicher und bass besitzen“. Günther IV, 186f.

und die durchaus nicht mit dem Signum ausschließlicher Rechtmäßigkeit versehene spätere Erbgemeinschaft darstellen (60) und konnte somit gewissermaßen als territorialpolitisch gerechtfertigt gelten. So kam es neben der gesamthänderischen Gemeinschaft Vorder- und Hintersponheim bis 1559 zur Entwicklung eines zwar nicht vollständig abgeteilten, jedoch relativ eigenständigen Kurfünffels dessen Inhaber den fünften Teil der Nutzungen und Gefälle zu beanspruchen hatte, die im Gegensatz zu den vorwiegend gemeinschaftlichen Beamten der übrigen Fünffel von eigenen kurpfälzischen Oberbeamten (61) verwaltet wurden. Die sich hier im Ansatz andeutende Aufgliederung in nicht ausgeschiedene Quotenanteile, an sich dem Wesen der Herrschaftsgemeinde zur gesamten Hand durchaus nicht entsprechend, kam den romanisierenden Tendenzen, die eine Ausschließlichkeit des Eigentumsbegriffs (62) retten wollten (63), sehr entgegen. Durch die Zerlegung des Sachobjekts in verschiedene „ideelle Anteile“ (64) ergab sich inkonsequenterweise (65) für jeden Gemeiner pro indiviso ein abgesonderter und für sich wieder ausschließliches Miteigentum, Gedanken, die bis in die Staatsrechtslehre eines Tobias Paumeister Eingang fanden (66). Unter den bald zum Einsatz gelangenden juristisch, d. h. römisch-rechtlich, ausgebildeten Amtleuten und Kameralbeamten (67), die dem ursprünglichen Wesen des Rechtsgebildes Kondominat ziemlich ratlos gegenüberstanden, setzte in Sponheim der schon von Bader für das badisch-fürstenbergische Kondominat im Prechtal beobachtete (68) allmähliche Umformungsprozeß von der deutschrechtlichen Gemeinschaft zur gesamten Hand in eine „societas“ oder „communio“, verbunden mit einer verstärkten Dynamik zur Auflösung (69), ein. Das Kondominat wurde hiervon in einem weit intensiveren Maße als die häufig schon in einem Prozeß der Mediatisierung begriffenen Ganerbschaften des niederen Adels betroffen (70). Praktisch ergab sich somit für jedes gemeinschaftlich regierte Territorium auf Grund des individuellen Entwicklungsstandes der Auseinandersetzung zwischen Gesamthand und „communio“ eine eigene und

- 60) Andere, allerdings weniger finanzkräftige Erbberechtigte waren vorhanden. Eine bisher unberücksichtigte Nachricht, die zur Stützung der These der Rechtsunsicherheit nach dem Tode des Grafen Johann V. dienen kann, findet sich im Einleitungskapitel von Chr. J. Kremer, *Diplomatische Beyträge* Bd. I (1761), S. X-XV, wonach Rheingraf Gerhard den sponheim. Kondominatsherrn die Bestätigung eines unter dem Grafen Walram v. Sponheim i. J. 1376 getroffenen Vergleichs mit der Begründung ablehnte, daß sie keine rechtmäßigen Erben des Grafen seien. Das kaiserl. Hofgericht zu Rottweil verwies die klagende sponheim. Gemeinschaft an Kurpfalz, dessen Spruch im Sinne des Rheingrafen ausfiel (1448). Eine Appellation an den Kaiser wurde 1451 zurückgewiesen. Vgl. auch Anm. 10 (oben).
- 61) Kurpfälzische Amtleute in der V. G. werden seit 1417 erwähnt. STAK 33/665; KW II, 300 (4170).
- 62) An dessen Anwendung auf öffentliche Sachen festgehalten wurde; vgl. Gierke IV, 253.
- 63) Ebd. II, 333.
- 64) Vgl. Wippermann 4f; Mugler 5.
- 65) Gierke I, 59.
- 66) Tobias Paumeister a Kochstedt (1553-1608): *De Jurisdictione Imperii Romani libri duo*, Hannov. 1608. Nach ihm erhält der Kaiser die ideelle Hälfte der Reichsgewalt, jedes reichsständische Kollegium den sechsten Teil pro indiviso; vgl. ebd. III, 218.
- 67) In der V. G. ist mit Dr. Carsilius Bayer v. Bellenhoven i. J. 1533 der erste juristisch ausgebildete Oberbeamte greifbar; vgl. d. Übersicht über die Oberamtleute der V. G. im Anhang.
- 68) Bader 5f, 133.
- 69) Jellinek 396f. Zu den sog. Interimgemeinschaften vgl. Moser, *Familienstaatsrecht* I, 652.
- 70) Vgl. Wippermann a. a. O.

eigentümliche Kondominatsverfassung, die erst im 17. Jahrhundert stärkeren generalisierenden Einflüssen unterworfen wurde. Eine einheitliche Regelung der Herrschaftsausübung blieb dabei in den meisten Fällen utopisch. Vor allem aus dem Grunde, da der schwächere Kondominatspartner gewöhnlich seine Zuflucht zu den „herkömmlichen“ gesamthänderischen Prinzipien nahm, die diesem eine Garantie des status quo gegen die gefürchteten „Neuerungen“ versprachen (71), während der stärkere Kondominus seine Anteile als Sprungbrett und Sprengkeil (72) gegenüber den Rechten der Mitbesitzer zu nutzen trachtete (73).

Nach der nicht unwidersprochen gebliebenen juristischen Lehrmeinung des 17. Jahrhunderts, die jedoch als Spiegelbild der zeitgenössischen Kondominatsauffassung mit ihren sehr realen Auswirkungen auf die Praxis der territorialen Landesverwaltung für den Historiker nicht ohne Interesse sein kann, erfährt das Condominium Territorii die Definition als ein zwei oder mehreren Landesherrn in einem bestimmten Bereich mit der kompetierenden Landeshoheit zustehendes Territorialrecht, das jedem von ihnen ungeteilt zukommt (74). Kondominat und Vielherrschaft als Bezeichnungen für die gemeinherrschaftlichen Gebilde finden dabei eine synonyme Verwendung (75).

Vom Sachenrecht herkommend erschien neben dem römischen Miteigentum der selbständige Begriff eines deutschen Gesamteigentums im Sinne des gesamthänderischen Prinzips, das man durch die seit Justus Veracius gebräuchliche Formel des „dominium plurimum in solidum“ auszudrücken suchte. Das hierunter verstandene Anrecht jedes Gemeiners auf das Ganze bestärkte eine Beschränkung der Verfügungsgewalt jedes Teilhabers eines Kondominats (76). Nach den üblichen Klassifizierungen (77) bildete die Vorderere Grafschaft Sponheim u. a. ein Condominium directum (78) pro partibus indivisis (79) et inaequalibus (80) cum regalibus conjuncti (81): die Landesherrn hatten an der mit Regalien ausgerüsteten ungeteilten Gemeinschaft ungleiche nutzungsrechtliche Anteile. Gleichzeitig war es im badischen Sinne

71) Über die Funktion des „Herkommens“ im Kondominat Kürnbach, vgl. E. Becker, Kürnbach 48.

72) Petry, Kräftespiel 92.

73) E. Becker, a. a. O. 23 Anm. 1; Bader 80; Rosendorn 103.

74) Johann Andreas Frommann: Tractatio inauguralis de Condominio Territorii, Tübingen 1682. „Condominium Territorii est Condominium seu jus duobus vel pluribus, immediate Imperio Romano Germanico subjectis, in districtu aliquo cum Superioritate competens, quo is eorum proprius est, pro partibus indivisis“ (ebd. S. 16). Frommann schränkt den engeren Kondominatsbegriff wie nach ihm Nettelblatt (vgl. Gierke III, 533 Anm. 163) auf „res corporales“ ein (a. a. O. 10), bei Gesamt- oder Miteigentum an abstrakten Dingen mußte der römische Eigentumsbegriff eine Erweiterung erfahren (Gierke III, 564f Anm. 90).

75) Frommann 15. Ernestus Tentzell: Disputatio Inauguralis De Condominio, Tübingen 1680, S. 7. Moser, Reichsstände Landen, verlangt dann zu Recht bei einem gemeinschaftlichen Land im Gegensatz zur Vielherrschaft zwar nicht eine unbedingt gemeinschaftliche Landeshoheit für alle Kondomini, aber doch irgendeine gemeinschaftliche Institution (S. 90). Eine wünschenswerte Unterscheidung zwischen der aus ursprünglich gesonderten und in verschiedenen Händen befindlichen Herrschaftsgewalten, wie Vogtei, höherer und niederer Gerichtsbarkeit usw. entstandenen Gemeinschaft und der auf umgekehrtem Wege aus einer einheitlichen Rechtssphäre durch Erbgang usw. geschaffenen Verbindung (vgl. Gierke II, 418, 420) ist damit nicht gegeben.

76) Gierke III, 561ff.

77) Wir folgen E. Tentzell a. a. O., ähnlich aber auch Frommann u. a.

78) Tentzell 11.

79) Ebd. 14.

80) Ebd. 15.

81) Frommann 17.

nach der dem ursprünglichen gesamthänderischen Kondominatswesen ange-
 näherten Auffassung ein Kondominium „minus plenum“ (82), d. h., das Ver-
 fügungsrecht eines jeden Gemeiners sollte an die bestehenden sponheimi-
 schen Verträge und das Herkommen gebunden sein. Die pfälzischen Beamten
 dagegen, auf Grund der innerterritorialen Differenzierungen im pfälzischen
 Raum schon mit der Ansicht vertraut, daß jeder erfassbare Untertan eben
 nur unter anderen Bedingungen, jedoch immerhin als Pfälzer anzusprechen
 sei (83), neigten dem mehr liberalen Prinzip eines „Condominium plenum“
 zu, das dem einzelnen Kondominus die Verfügungsfreiheit fast uneinge-
 schränkt beließ (84) und so einem engen Anschluß an das pfälzische Kern-
 territorium die Wege bereitete. Die Eigenständigkeit der Grafschaft wurde
 von ihnen nach Möglichkeit außer acht gelassen. Die zeitgenössischen juristi-
 schen Interpretationen leisteten beiden Auffassungen Vorschub. Eine Gemein-
 schaft als Personenverband war eben entweder als „societas“ denkbar, die
 eine Summe verknüpfter, aber in ihrer Isoliertheit durchaus intakter Einzel-
 personen aufwies, oder als „universitas“, bei der die entstandene juristische
 Person dem einzelnen gleichsam als fremdes Individuum gegenübertrat (85).

Man war sich in Sponheim einigermaßen darüber einig, daß das Kondomi-
 natsregiment auf den Prinzipien der „Gleichheit“ (86) und der „Gemein-
 schaftlichkeit“ aufgebaut sein sollte. Im Idealzustand hatten alle Kondomini
 gleiche Anteile an der ungeteilten Herrschaft und gleiche Nutzungsrechte am
 dominium utile, dessen Erträge notwendigerweise aufzuteilen waren. In
 Vordersponheim hatte sich durch die Einrichtung des Kurfürstfelds die Not-
 wendigkeit einer Gefällaufteilung in Fünftel ergeben, wodurch die Truchses-
 serei- und Landschreiberei-Rechnungen des Oberamtes Kreuznach, die eine
 dreifache Arbeit erforderten (87), als die schwierigsten des ganzen Pfalz-
 gebietes angesehen wurden. Von dem gemeinschaftlichen Herrschaftsbereich
 sollte nichts ausgenommen sein, was in der Praxis insofern auf Schwierig-
 keiten stieß, als jeder der Kondomini auch Eigengüter auf gemeinschaftlichem
 Territorium besaß und hier zwischen öffentlich- und privatrechtlichen Ange-
 legenheiten keinen scharfen Trennungsstrich zog. Mit welcher Ausschließlich-
 keit man den Gedanken der Gemeinschaftlichkeit im einzelnen dachte, zeigen
 die juristischen Diskussionen, die sich an den Schatzfunden auf gemein-
 schaftlichem Boden entzündeten, wobei die Praxis (88) an skurrilem Einfalls-
 reichthum der gelehrten Kasuistik (89) fast nicht nachstand.

82) Tentzell 11.

83) Vgl. Gothein 10, der auf die Gründe eingeht.

84) Schon 1561 greifbar (vgl. Sachs V, 225). Kurpfälzischerseits betonte man, daß „das
 Condominium einem nicht verwehren kan, seinen antheil ohne des anderen theils
 wissen und willen von rechts wegen zu alienieren“ (Wien J. A. 594/23 f4', 1660). Im
 Frankfurter Vertrag v. 1660 erklärte sich Kurpfalz bereit, die sponheim. Gepflogenheiten
 u. Verträge zu beobachten (STAK 33/2486), was es jedoch 1668 nicht an dem Plan
 hinderte, seinen Anteil am Amt Naumburg an die Grafen v. Nassau-Saarbrücken-Ott-
 weiler vertauschen zu wollen. Die bad. Drohung, der Bevölkerung eine Huldigung
 an Nassau zu verbieten, vereitelte die Absicht; STAK 33/10472.

85) Vgl. Gierke II, 332.

86) Eine häufige Begründung badischer Gravamina bildete die „Beschwerung gegen die
 Gleichheit“; vgl. STAK 75/19. Vgl. auch Baders Beobachtungen für das Prechtal, a. a. O. 11.

87) Jede Jahresrechnung war jeweils in gemeinschaftliche, kurpfälzische, simmerische u.
 badische Einkünfte u. Ausgaben unterteilt; vgl. STAK 33/10238-10252; GLAK 75/107 f144f.

88) Vgl. STAK 33/10474 (s. u.).

89) Tentzell 20f.

Einflüsse der gegen Ende des 16. Jahrhunderts aufkommenden Wissenschaft des Staatsrechts waren es, die zu der neuen Auffassung führten, daß die Hoheitsrechte dem „Jus publicum“, die fiskalischen Rechte aber dem „Jus privatum“ angehörig seien (90). In Sponheim hatte dies zur praktischen Folge, daß die finanzschwache baden-badische Linie Teile ihrer fiskalischen Nutzungsrechte an der Grafschaft bis zum Ende des 17. Jahrhunderts sogar an Privatpersonen verpfänden konnte, wobei der Landschreiber als Kameralbeamter dem Gläubiger jeweils leiblich verpflichtet wurde (91), ohne daß diese Transaktionen die unmittelbaren Gefahren einer Entfremdung der Herrschaft mit sich führten, wie dies 1463 und 1600 tatsächlich geschehen war. Da die *jura superioritatis*, zu welchen man Rechtsprechungswesen (92), Regalien und Religionsangelegenheiten zählte (93), in Sponheim weiterhin ungeteilt verwaltet wurden (94), hatte dies zur Folge, daß die Einkünfte, die sich hieraus ergaben, also Zölle, Geleit, Frongelder usw. nicht an dem üblichen Aufteilungsschlüssel der fiskalischen Anteile, sondern gewöhnlich je nach Wechsel von Drei- oder Zweiherrschaft in Hälften oder Drittel abgeteilt werden sollten (95). Daß dies den komplizierten Ablauf der Kameralgeschäfte nicht vereinfachte, liegt auf der Hand (96). Auch die Kreuznacher Stadtschlüssel, Symbole der Herrschaft über die Stadt (97), wechselten in den Jahren der Dreiherrschaft in dreitägigem Turnus durch die Hände der Oberbeamten (98). Das Kondominatsregiment blieb nach dem Grundsatz ausgerichtet, daß jegliche Handlung „der Gemeinschaft gemäß *communicato consilio et coniunctim*“ (99) erfolgen müsse (100). Jede Publikation seitens einer der Herrschaften mußte zumindest unter gemeinschaftlichem Namen veröffentlicht werden. Als der gemeinschaftlich simmerisch-badische Oberamtmann Bernhard von Walborn 1520, durch ähnliche Vorfälle gewarnt,

- 90) Gierke III, 250f. 1653 ging das „*dominium utile*“ über ein Fünftel der V. G. ohne bad. Protest von Pfalzgraf Ludwig Philipp an den Kurfürsten Karl Ludwig über; der 1659 nachfolgende Übertrag des „*dominium directum*“ an die pfälzische Kur (also der Hoheitsrechte) hatte die schärfsten bad. Proteste zur Folge; GLAK 75/23 f313'f, 75/387 f2, f14ff; 75/24 f40ff; München, Fürstensachen 1035; STAS Horstmann. H (Vertrag v. 1660); STAK 33/23; 33/2486; 33/2652. Indem dieser Umstand übersehen wurde, kam man zu Fehlinterpretationen oder verwies auf scheinbare Unrichtigkeiten: Weidenbach II, 17, S. 139; Schneegans, Kreuznach 62.
- 91) Vgl. GLAK 75/32 f321ff; 75/361.
- 92) Nach der Übergabe des *dominium utile* des Kurfünftels an Karl Ludwig weigerte sich Pfalz-Simmern, diesem einen Anteil an den sponheim. Gerichtsgebühren einzuräumen, da diese als landeshoheitliche Einkünfte angesehen wurden; Wien J. A. 594/23 f3'.
- 93) GLAK 75/23 f298'.
- 94) STAK 33/28. In politischen, zivilen u. kirchlichen Dingen wurde gemeinschaftlich guberniert (1654).
- 95) Ebenso wie Baden hatte das pfälzische Haus in den Jahren der Zweiherrschaft nur eine Stimme im Oberamtsregiment; Gefällanteile waren hier nicht ausschlaggebend.
- 96) Die Unterscheidung wurde nicht immer klar getroffen. 1653 war man der Ansicht, „daß das wort inn Gemein oder Gemeinschaft in dießer Graffschafft nur nach der proportion der fünffteil alß von der Helfft, wie es ex adv. außgelegt werden will, zu verstehen, sondern viel absurditates bei der Rechnung darauß entstehen solten“; GLAK 75/26 f14'.
- 97) Vgl. Guido Schoenberger, Das Geleitswesen der Reichsstadt Frankfurt a. Main im 14. u. 15. Jh., Freiburg 1917, S. 42; Kantenich 361, 416, 428.
- 98) STAK 33/13. Nach 1674 sollte der kurpfälz. Oberbeamte diese jeweils zwei aufeinanderfolgende Tage, Baden am folgenden dritten Tag verwahren; vgl. auch STAKrn 766/1; Maurer 70.
- 99) STAK 33/22.
- 100) Vgl. Tentzell 43: „In re Communi nemo dominorum facere quid potest invito altero“. Frommann 127f; H. Chr. Senckenberg, *Dissertatio iuridica* . . . , Göttingen 1736, S. 13.

ein „einseitig“ kurpfälzisches Mandat in der Grafschaft entfernen ließ, das während des Reichsvikariats des Kurfürsten Ludwig entstanden war, konnte Kurpfalz die günstige Rechtslage weidlich ausnützen und gegen den Beamten ein Verfahren vor dem Wormser Vikariatshofgericht veranlassen (101). Auch die öffentlichen Zitationen in Ehegerichtsangelegenheiten, die Ende des 16. Jahrhunderts ausschließlich von der kurpfälzischen Regierung erlassen wurden, riefen die energischsten badischen Proteste hervor (102). Form und Ausführung der Regierungsmandate blieben während der ganzen Kondominatszeit Ansatzpunkte zu fortwährenden Zwistigkeiten (103). Als im 17. Jahrhundert die Handlungsinitiative unaufhaltsam an die kurpfälzische Regierung überging (104), fand dies seinen sichtbaren Ausdruck in der Ausfertigung der Patente, die in Heidelberg gedruckt (105), in Sponheim lediglich noch mit dem Vermerk der badischen Einwilligung versehen wurden, was unter Umständen ebenfalls noch umgangen werden konnte (106).

Nach der strengeren Auffassung, der Baden im Falle Sponheim anhing, sollte kein Kondominus etwas gegen den Willen des anderen ausführen (107), einstimmig getroffene Entscheidungen waren also theoretisch von keinem einzelnen Landesherrn in irgendeiner Hinsicht zu einem späteren Zeitpunkt zu korrigieren. Das *jus prohibendi* (108) des widerstrebenden Gemeinsers konnte unter Umständen sogar destruktiv in Meliorationsangelegenheiten wirksam sein. Lediglich die herrschaftlichen Gefälle blieben in Sponheim ausdrücklich von diesen Bestimmungen ausgenommen (109). Schon das Fernbleiben eines der drei bzw. zwei Oberbeamten von den wöchentlichen Amtssitzungen machte einen rechtskräftigen Beschluß unmöglich. Das wurde sowohl 1652 von dem simmerischen Truchsess als auch in der folgenden Dreiherrschaft von dem badischen Landschreiber erfolgreich praktiziert (110). Die *pluralitas condominorum* zog in Vordersponheim, wo das Gefühl für die Parität der pfälzischen und badischen Erben noch nicht ganz geschwunden war, niemals die in anderen Kondominaten allmählich Raum greifende

101) GLAK 75/527 f8ff; 77/8687; STAK 56/873.

102) Vgl. AdStrasb. E 5149.

103) GLAK 75/18; STAK 33/2483; STAKrn 762/1.

104) Die Oberamtsprotokollbücher zeigen dies durch die stereotypen Wendungen an: „Kurpf. Oberbeamte kummunizierten Befehl, ... — Fürstl. baad(ischen) theils nahm man es ad referendum“; vgl. STAK 33/10474f.

105) GLAK 75/18 (1665); STAK 33/10470 (1676); 33/10475 (1681).

106) Vgl. STAK 33/26a (Bad. Gravamina auf der Kreuznacher Konferenz von 1682).

107) Sonst ergab sich der Zustand einer „durior Conditio“ für den schwächeren Gemeiner; vgl. GLAK 75/332 f257'.

108) Allgemeine Ansicht der Juristen war: „Potior est conditio prohibentis“; vgl. die Angaben bei Frommann 127. Vinc. Petri 1578 gestanden die Pfälzer, daß einhellige Beschlüsse nach eigenem Ermessen nicht geändert werden könnten, „weilen Es ein ohnzerteilte gemeinschaft und von Jedem pro indiviso beseßen werde“; GLAK 75/32 f299 b'.

109) GLAK 75/32 f316, f347'.

110) Vgl. GLAK 75/525. Jeweils, wenn der bad. Oberamtman 1652 in das Amtshaus ging, entfernte sich der pfälz. Truchseß, so daß „nicht viel zu verrichten“ war. Besonders ortunkundigen Personen konnte dieser Zustand unangenehm auffallen. So berichtete 1668 ein Speyerer Kammergerichtsbote: „... die sambtliche verordnete amtleuth, nemlich Juncker albet reicher von Owetrautt (Obentraut), Chur pfaltz. Er oberamtman und Wilhelm papst, Chur pfaltz. Er Druchses, wie auch Johan Wilhelm Weidner, pfaltz Simmricher Druchses hetten gesagt, sie könten nichts ahnnehmen, weillen der fürstl. badische landschreiber, nemlich Herr Christoffel Nentwich, nit da were“; STAK 56/87.

pluralitas votorum (111), d. h. eine Beschlußfähigkeit gemäß dem Mehrheitsprinzip, nach sich. Noch 1661 wurde Baden vertraglich zugesichert (112), daß gemeinschaftliche Beamte und Untertanen lediglich einstimmig gefaßten Beschlüssen Folge zu leisten hatten (113). Da sich jedoch faktisch ein status quo selbst in friedlichen Jahren kaum halten ließ (114), waren einseitige Handlungen, wie sie die Kondomini in zum gegenseitigen Austausch angefertigten langen Beschwerdelisten zusammenstellten, nicht zu vermeiden und stillschweigende Korrekturen zugunsten des realen pfälzischen Machtfaktors unausbleiblich. Die pfälzische Einstellung in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war, durchaus nicht unbegründet (115), positiv formuliert die, daß ohne Rücksicht auf eine erfolgende badische Einwilligung mit einiger Verzögerung praktisch alles das durchzuführen war, was den pfälzischen Territorialbelangen förderlich erschien.

Gegen eventuelle Vorrechte, die das Prinzip der Gleichheit durchbrechen konnten, suchten sich die schwächeren Kondomini frühzeitig vertraglich zu sichern. Im Jahre 1433 (116) hatten sich Herzog Stephan von Simmern, Markgraf Jakob von Baden und Graf Friedrich von Veldenz gegenseitig die Wahrung des Beinheimer Entscheids versprochen, „... das itz undt hernach zu ewigen Zeiten unser keiner noch seine Erben, an die die vorgenante Graveschafften fallend werden, nach inhalt deß vorgenanten endtscheidts briefs keinerley vorthail gegen dem andern suchen... sondern dieselbe Herrschafften nach ußweisung deß vorgenanten endtscheidts in rechter gemeinschafft mit einander inzuhaben, zu nuzen und zu nießen, und das auch unßer keiner den andern darinn und damit veruntrewen noch geverdte...“ (117). Da solche Abmachungen kaum im Sinne des abseits stehenden stärkeren Partners, nämlich Kurpfalz, gelegen waren, blieb ihnen ein dauerhafter Erfolg versagt. Ein Nebeneinander im Sinne völliger Gleichberechtigung erwies sich als unmöglich (118), und die Furcht vor kurpfälzischen Vorrechten war in ständigem Wachsen begriffen. Bereits 1521 kam es unter den drei Gemeinern zu einem Vertrag, der eine Festlegung und Beschränkung der kurpfälzischen „Praecipua“ beabsichtigte (119). Als es Kurpfalz gelang, mit seinen reformatorischen Absichten in der Grafschaft durchzudringen, zeichnete sich in der Folge ein deutliches pfälzisches Übergewicht ab. Das Jus reformandi, dessen Existenz die Pfälzer im 17. Jahrhundert recht eigenwillig im Blick auf seine frühere Ausübung ausschließlich im protestantischen Sinne bewiesen haben wollten (120), suchten sie folglich Baden für die Zukunft abzusprechen, obwohl es als ein Bestandteil der Landeshoheit angesehen wurde.

-
- 111) Moser, Familienstaatsrecht I, 637, 654; ders., Reichsstände Landen 100; Senckenberg 18. Auch hier gab es u. U. Differenzierungen, die sich an die mittelalterlichen genossenschaftlichen Regelungen anlehnten; vgl. Gierke II, 478; IV, 135f. Z. B. konnte bei „actus necessarii“ der Mehrheitsbeschluß ausreichen.
- 112) Baden bezeichnete das punctum votorum als den wichtigsten Teil der gemeinschaftlichen Verträge, von dem der markgräfl. Einfluß in Sponheim auf Gedeih u. Verderben abhing; GLAK 75/63.
- 113) GLAK 75/32 f108f, 318f; 75/387 f34; STAK 33/2486; STAS Horstmann. H (1661).
- 114) Vgl. Bader 7.
- 115) Vgl. Gierke IV, 136; Tentzell 59.
- 116) Dienstag nach Lätare, ein Jahr vor dem Übergang des veldenzischen Anteils an Simmern.
- 117) GLAK 75/32 f332 (Abschrift v. 1652). 118) Vgl. Bader 46.
- 119) GLAK 67/914 f447, f451. 120) GLAK 75/23 f268.

1652 kam es unter den Beamten des Unteramtes Kirchberg zu einem ersten Präzedenzstreit, wobei die Anordnung der herrschaftlichen Wappen in der Stadtkirche, die für die Pfälzer sprach, als Beweis zu dienen hatte (121). Die kaiserliche Kommission von 1652 garantierte Pfalz-Simmern vorläufig das Recht der Präzedenz in der Gemeinschaft Sponheim vor dem badischen Markgrafen (122), was bei der badischen Regierung Befürchtungen über nachteilige Auswirkungen auf die übrigen markgräflichen Kondominate auslöste. Als im gleichen Jahre bei der gemeinschaftlichen Verpflichtung der Soldaten auf der Kreuznacher Burg Pfalzgraf Ludwig Philipp in der Eidesformel dem Markgrafen von Baden nachgesetzt wurde, hatte dies die empfindlichsten pfälzischen und vor allem kurpfälzischen Reaktionen (123) und eine eilends angeordnete simmerische Spezialmission nach Würzburg und Darmstadt zur Folge (124). Das Problem, ob ein badischer Amtsverweser vor einem pfälzischen Truchsess zu rangieren habe, gab zu zahllosen Erörterungen Anlaß (125). Der Ernennung eines badischen Oberamtmanns folgte sofort die eines simmerischen Kollegen nach, um der markgräflichen Verwaltung nicht den Schein eines Vorranges zu lassen (126). Der Präzedenzstreit erhielt eine Zuspitzung, als Kurpfalz 1661 wieder aktiv in das Kondominat eintrat. Da man über die Gepflogenheiten in der alten sponheimischen Dreiherrschaft verständlicherweise nicht mehr orientiert war, erfuhr die künftige Regimentsform eine Einrichtung nach dem Modus der Reichs- und Kreisversammlungen, die sich mit diesen Problemen in einem noch weit höheren Maße auseinanderzusetzen hatten (127). Nach dem Kreuznacher Vergleich von 1661 wurden bei den Amtshandlungen künftig die kurpfälzischen und pfalz-simmerischen Vota von einem gemeinsam verpflichteten Oberamtman geführt, die badische Stimme von dem markgräflichen Oberbeamten (128). Der gemeinschaftlich pfälzische Oberamtman hatte in seiner Eigenschaft als kurpfälzischer Oberbeamter die Proposition zu tun und darauf das kurpfälzische Votum abzulegen, worauf er dann die simmerische Stimme abgab (129), der die badische, geführt von dem markgräflichen Oberbeamten, folgte. Der Vorsitzende verfaßte daraufhin ein *conclusum* und veröffentlichte die Verfügung im Namen der drei Gemeinsherrn. In Abwesenheit des kurpfälzischen Amtmanns sollte der simmerische Truchseß und bei dessen Abwesenheit der badische Oberbeamte die Proposition tun, worauf unter allen Umständen unabhängig vom Rang und Person das kurpfälzische Votum als erstes abzugeben war (130). Der peinlichen Folge, daß bei der häufigen Abwesenheit des Pfalz-Oberamtmanns der pfälzische Truchseß dem markgräflichen Oberamtman vorzustimmen hatte, suchte Baden dadurch zu be-

121) GLAK 75/25.

122) GLAK 75/23 f60'; 75/25 f134; vgl. auch 77/8747.

123) GLAK 75/25 f187'.

124) Vgl. GLAK 77/8747.

125) STAK 33/22.

126) GLAK 75/525.

127) Vgl. Biederbick 5; verwiesen sei auf die 1961 veröffentlichte Mainzer Diss. von J. Wysocki, Kurmainz und die Reunionen, Die Beziehungen zwischen Frankreich und Kurmainz von 1679 bis 1688.

128) STAS Horstmann. H. Ursprünglich wollte Baden dem neuen Kondominus kein Stimmrecht zugestehen, um die alte pfälzisch-badische Parität zu erhalten; GLAK 75/32 f328.

129) In seiner Eigenschaft als simm. Oberamtman; GLAK 75/32 f110.

130) Bei allen fürstlichen Versammlungen führe ein vorstimmender Gesandter, auch wenn er in Person dem anwesenden Fürsten nachsitze, doch die seinem Herrn „suo ordine“ zukommende Stimme. Der Secundarius einer Gesandtschaft führe in Abwesenheit des Primarius das Votum als Primarius; GLAK 75/32 f156. Kurpfalz verwies auf das

gegenen, daß künftig der badische Landschreiber die badischen Belange zu wahren hatte (131) und man schließlich von der Benennung ordentlicher Oberamtleute gänzlich absah.

Die pfälzische Prävenienz sollte nach dem Willen des Markgrafen Wilhelm allein auf „die Chur Dignitet zu verstehen seyn, undt das wihr dem Curfürst zu Ehren herinen allein nachgeben, wehre dem Curfürsten auch verstehen zu geben, das weyl dieses dannoch Ein werckh, so andere fürsten, sonder unser samptlich haus concerniert, so hatt man es darnach dergestaltt Einreihen müssen, damit der unglimpff uns nicht allein auff haltz ligen bleibe“ (132). Die Diskussion um das pfälzische Jus praecipuum kam nie ganz zum Erlöschen (133). Noch in der Teilungskonferenz von 1707 wurde es zur Sprache gebracht, eine Berücksichtigung in der Teilungsbilanz wurde jedoch auf badischen Protest hin fallen gelassen (134).

Die sponheimische Ämterbestellung.

Das Gesamtheitsprinzip stellte jedes Kondominat hinsichtlich seiner Verwaltung vor beachtliche organisatorische Aufgaben, mit denen sich die verschiedenen Träger der Regierungsgewalt und deren Vertreter, die Beamten, auseinanderzusetzen hatten (1). Zu der gebräuchlichen Regelung des Regierungsjahres (2) hatte man sich in Sponheim schon wegen des Kurfürstentums nicht entscheiden können, so daß ein kontinuierlicher Wechsel in der Landesadministration nicht eintrat. Eine nachteilige Mutschierung, wie sie zeitweilig in der gemeinen Grafschaft Wertheim praktiziert wurde (3), entfiel ebenfalls. Die gewöhnlich gemeinschaftlichen veldenzisch (simmerisch)-badischen Amtleute, die bis 1560 jeweils abwechselnd von beiden Herrschaften in der Vorderen und Hinteren Grafschaft Sponheim eingesetzt werden konnten (4), versahen fortlaufend die ungeteilten Regimentsangelegenheiten. Die „ver-

Beispiel des Oberamtes Germersheim (betr. die sog. altstädtischen Gemeinden; vgl. Struve, Kirchenhistorie 258), wo der kurpfälzische Landschreiber vor dem Oberamtmann des ebenfalls fürstl. Stiftes Speyer den Vorsitz einnahm (GLAK 75/32 f171). — Andere Lösungen waren jedoch möglich. Im Kröver Reich (Hintere Grafschaft Sponheim) war die Präzedenz zwischen Kurtrier und Baden noch ungeklärt (ebd. 187'), gegenüber den vorderösterreichischen Vertretern wurde sie von den badischen Beamten sogar mit Erfolg behauptet (ebd.). In Eppstein in der Grafschaft Königstein ging Hessen-Darmstadt dem kurmainzischen Kondominus, der als „Gemeinsherr“, nicht als Kurfürst betrachtet wurde, voraus; GLAK 75/22 f358'; vgl. auch Moser, Familienstaatsrecht I, 637.

131) GLAK 75/32 f148, f187.

132) Handschriftl. Instruktion des Markgrafen an den Rat Brombach; GLAK 75/32 f187'.

133) GLAK 75/95 (II); 75/107; STAK 33/27.

134) GLAK 75/100 (Protokoll v. 14. 2. 1707).

1) Die sich hier allgemein offenbarenden Unzulänglichkeiten führten, seit dem 17. Jh. greifbar, zu negativen Beurteilungen der Kondominate, die sich in formelhaften Wendungen niederschlugen, wie: „Gemein ist selten rein“, „Communio mater discordiarum“, „Negotia communia communiter negliguntur“, „Naturale vitium est negligi quod communiter profidetur“; STAK 33/33; Moser, Familienstaatsrecht I, 654.

2) Jeder Kondominus hatte dabei die Administration ein Jahr lang vollkommen in Händen. Ebd. 651, 653; ders., Staatsrecht 15, S. 241 (Grafschaft Wertheim); Bad 45 (Prechtal).

3) Für jeweils 3 Jahre fielen 1580 in Wertheim die Mutscharanteile den Gemeinern zu, danach hatten sie zu wechseln; Moser, Staatsrecht 15, S. 242.

4) Für das Jahr 1437 vgl. Bad. Reg. III, 71f (5610); Mone, Ortsgerichte, ZGO 6 (1855) 3.

rechnenden“ Beamten wurden jeweils getrennt ernannt, vereinnahmten die abgeteilten Gefälle und waren einem gemeinschaftlichen Rechnungsverhör unterworfen (5). Im Unteramt Kirchberg lag die Verwaltung paritätisch in Händen eines (6) pfälzischen und eines badischen Truchsessens. Nach der badischen Restitution von 1652 drängte die markgräfliche Regierung auf eine ausgedehntere Anstellung von partikularen Oberbeamten, da durch deren Auswahl die gegenreformatorischen Bestrebungen am wirksamsten gefördert werden konnten (7).

Schwieriger gestaltete sich eine gerechte Stellenbesetzung dort, wo das gering dotierte Amt notwendigerweise eine Personenkoordination ausschloß, was sowohl die Bestellung der unteren Beamten als auch die sämtlicher protestantischer Kirchendiener anging. In diesen Fällen boten sich zur Amtsbesetzung für das Kondominat verschiedene Möglichkeiten an (8):

1. Übereinkunft der Kondomini im Einzelfall,
2. Regelmäßiger Wechsel in der Ernennung (mit oder ohne Berücksichtigung der Herrschaftsanteile),
 - a) nach dem (freiwilligen) Ausscheiden des vorangehenden Beamten,
 - b) in zeitlich regelmäßigen Abständen,

wobei sich für Vordersponheim im 17. Jahrhundert und wohl auch für die frühere Zeit keine eindeutige Situation ergab. Nach den Hofgerichtsabschieden des 16. Jahrhunderts war die Nominierung der weltlichen Bediensteten, insbesondere die des einflußreichen Kreuznacher Schultheißen, zwischen den Gemeinern regelmäßig alternierend. Vincula Petri 1574 forderte Kurpfalz jedoch bereits wegen des simmerischen Jurisdiktionsanteils jeweils zwei aufeinanderfolgende Benennungen (9), was praktisch einem badischen Verzicht auf eine Beeinflussung der Beamteneinstellungen gleichgekommen wäre. Nach dem Westfälischen Frieden forderte Pfalzgraf Ludwig Philipp nicht allein für die von ihm eingesetzten Diener die Amtsverlängerung, sondern auch für sich das Recht einer künftigen Nominierung der gemeinschaftlichen Beamten, nämlich Amts- und Stadtschreiber (10), Schultheiß, Zinsmeister, Kollektor, Präsenzmeister, die Schaffner der verschiedenen säkularisierten Klöster, Landwaisenvogt, Ungelder und Amtsbüttel im Amt Kreuznach, den Amtsverweser von Naumburg sowie Schultheiß, Kollektor und

5) Bad. Reg. III, 71f (5610); GLAK 75/387 f77': Rechnungsverhör „mit gesampter Handt“ (1656).

6) Bzw. zweier Truchsesse in Zeiten der Dreiherrschaft.

7) GLAK 75/22 f56', 75/23 f61. Obwohl „zwischen beederseits religionsverwanten eine durchgehende gleichheit gehalten“ werden sollte (GLAK 75/24 f61), blieb der Religionsfaktor bei der Beamtenwahl schon vor der Zeit Karl Philipps (vgl. Häusser II, 897f) in Sponheim ausschlaggebend. — 1652 erfolgte die Bestallung des bad. Landschreibers, nachdem dieser zuvor schriftlich versichert hatte, die kath. Religion zu unterstützen; GLAK 75/22 f117'. Selbst die simmer. Soldatenwerbung für die Kreuznacher Garnison berücksichtigte i. J. 1668 nur protest. Bewerber; GLAK 75/63.

8) GLAK 75/23 f6; Moser, Familienstaatsrecht I, 653.

9) GLAK 75/32 f299f.

10) Die Bedeutung des Stadtschreibers wird besonders von der stadtgeschichtl. Forschung hervorgehoben; vgl. Fritsch 12; Maurer 20; vgl. auch: G. Burger, Die südwestdeutschen Stadtschreiber im Mittelalter. Beiträge z. Schwäb. Gesch., hrsg. v. A. Schaefer, H. 1-5, Böblingen 1960.

Gerichtsschreiber zu Kirchberg (11). Baden erklärte sich 1652 zu einer Bestätigung der derzeitigen Beamtenschaft bereit, doch sollte in Zukunft nach dem Alternationsystem vorgegangen werden. Die nächste Ernennung stand der markgräflichen Verwaltung zu. Da von dem vertraglich festgelegten Alternationsprinzip auch späterhin von Kurpfalz nicht ohne weiteres wegkommen war, ergaben sich im Laufe der Zeit eine Menge von Spitzfindigkeiten und Umgehungspraktiken, die sich je nach Fall und politischen Umständen änderten und in denen sich allgemein die nicht ganz selbstlos agierenden Kondominatsbeamten (12) dank ihrer juristischen Ausbildung durch einen schier unbegrenzten Einfallsreichtum auszeichneten. Hatte z. B. Baden eine Stelle zu besetzen, so legte man nach Möglichkeit seitens der pfälzischen Verwaltung die Überflüssigkeit des Amtes dar (13) und suchte die entstandene Lücke allmählich durch die Schaffung einer neuen Position mit ähnlichem Aufgabenbereich, jedoch differierender Benennung zu ersetzen, da nun die Erstnominierung kraft des Vorrechtes der Kur wieder Pfalz zufiel (14). Das Faktum der Erstbenennung erwies sich oft insofern als entscheidend, als infolge der Fluktuation der Ereignisse und des sich erst allmählich verstärkt im Ämterbereich durchsetzenden Schriftlichkeitsprinzips die Wechsel vertraglicher Verträge auf die Zukunft oft noch innerhalb eines einzigen Menschenalters verlorsten gingen und nicht mehr zur Einlösung gelangten (15). Das jeweils als Rechtssatz nachrückende „sponheimische Herkommen“, das oft die Fülle der historischen Entwicklung zugunsten des handlungskräftigsten Kondominatspartners vereinfachte, ist dabei sehr wohl von dem sponheimischen Vertragsfundus, dessen vollständige Kenntnis den nachfolgenden Beamten durch Trägheit oder Kriegseinwirkungen entzogen blieb, zu trennen. Die an sich niemals aufgehobenen vertraglichen Vereinbarungen über die Ämterbesetzung des Jahres 1652 waren bereits 1683 durch die praktische Entwicklung vollkommen überspielt (16), ohne daß Baden Möglichkeiten in restaurativer Hinsicht zur Verfügung standen.

Relativ reibungslos verlief die Besetzung der mittleren städtischen Ämter (17), die Wahl der Schöffen der einzelnen Ortsgerichte sowie ihrer Vorsitzenden, wobei dem Oberamt im allgemeinen Auswahl und Bestätigungsrecht der eingereichten Vorschläge zustanden. Bei letzteren gestaltete sich die Einflußnahme des Oberamtes örtlich verschieden, sie bewegte sich von der Bestätigung eines einzelnen eingereichten Vorschlages über die Einzelbefragung der verwaisten Schöffen bis zur autoritären Bestimmung eines Ortsschult-

11) GLAK 75/22 f56'.

12) J. W. Wernher unterstreicht, daß Beamten u. Rechner aus den Gemeinherrschaften den meisten Nutzen ziehen und die Streitigkeiten zu unterhalten suchen (S. 3).

13) Was soweit führte, daß man 1683 den Kirchberger Oberschultheißen als Vorsitzenden des Stadtrates für unnötig erklärte, da Baden „ex ordine“ die derzeitige Besetzung zukam; STAK 33/10477.

14) GLAK 77/9647; 75/26 f5', f11'; 75/63.

15) Vgl. auch Kollnig 8.

16) Vgl. STAK 33/10477.

17) Für die Stadt Kreuznach im einzelnen dargestellt bei Maurer 18ff. Das Beispiel der Stadtschreiberernennung von 1662 (ebd. 20) spricht dafür, daß auch hier kleinere Reibereien unter den Kondomini nicht ausgeschlossen waren. — Vgl. Velten, Recht u. Gericht, Krzn. Hbltr. 5/56, S. 4.

heißen (18). Unterschultheiße (19) und Schöffen wurden in den ländlichen Gemeinden gewöhnlich von den Vorsitzenden der Ortsgerichte benannt und vom Oberamt bestätigt, wobei dieses sich üblicherweise mit einem Nachweis der Schreibfähigkeit zufriedengab. Die Besetzung der gewichtigeren Oberschultheißei-Stellen, die man im Zuge der Zentralisierung in den bedeutenderen Gemeinden in zunehmendem Maße den Dorfschultheißen vorschob, lag vornehmlich in der Direktive des Oberamts und verstärkte dessen Einfluß in der gemeindlichen Verwaltung. Das Übergangsdatum steht für den Flecken Langenlonsheim fest, wo das Oberamt 1679 einen Oberschultheißen unter Umgehung der bisher üblichen gemeindlichen Wahlgerechtsame setzte (20). Die Bestellung der begehrten, weil wirtschaftlich starken Oberfautei Sprendlingen lag schon erheblich früher in Händen des Oberamtes (21). 1681 bestand die kurpfälzische Verwaltung auf einer in ihrer Motivierung nicht sehr überzeugenden Bestrafung und Absetzung des von Baden ernannten Oberfauts und wollte kraft des nun automatisch ihr zufallenden Denominationsrechts einen neuen Kandidaten benennen. Damit war eine Neuauflage der pfälzisch-badischen Kraftproben heraufbeschworen. Während die badische Verwaltung ihrem noch beamteten Schützling begreiflicherweise weitere Protektion andeihen ließ, setzte Kurpfalz kurzerhand seinen Kandidaten, einen ehemaligen pfälzischen Hoflieferanten, in die pfälzischen drei Fünftel der Fautei ein, der nun, ohne die Anerkennung des badischen Gemeiners, neben dem Ortsgericht die „gemeinschaftlichen“ Amtshandlungen durchführte. Die badischen Gefälle blieben interimsweise der Aufsicht der Schöffen unterstellt. Obwohl der badische Landschreiber 1683 die Situation durch einen Gewaltakt zu ändern suchte, indem er den gemeinschaftlichen Sprendlinger Zehntspeicher mit Arrest belegte, endete die Auseinandersetzung schließlich mit einem Erfolg der Pfälzer (22). Die wirtschaftliche und soziale Ordnung der betroffenen Gemeinde hatte während der Interimszeit natürlich den unvermeidlichen und erheblichen Schaden erlitten, wobei der obige Vorfall für viele andere zu stehen hat (23).

Auch die Bestellung der protestantischen Kirchenämter sowie die Vergabe der geistlichen Pfründen in der vorreformatorischen Zeit erfolgte abwechselnd durch die Kondomini, letztere seit 1475 in einem fünfjährigen Turnus, wobei die Pfalz jeweils drei Jahre hintereinander zu leihen hatte (24).

- 18) STAK 33/10471; 33/10474; 33/10478. – Als der Schultheiß zu Weinsheim 1684 wegen seines hohen Alters das Oberamt um Entlassung ersuchte, bestellte dieses sämtliche Schöffen sowie die beiden Schultheißensöhne, die des „schreibens ziemlich und beßer als sonst Einer im Gericht erfahren“, nach Kreuznach, „umb auß ihne alle hinwiderumb einen Schultheißen zu machen“. Einer der beiden Söhne erhielt das Amt und wurde den Schöffen vorgestellt. Der alte Schultheiß behielt als ein „Emeritus“ seine Stellung.
- 19) Oder die im 17.Jh. gleichbedeutenden Unterfaute. Die für das mittelalterliche Verwaltungswesen zutreffende Unterscheidung zwischen Faut im Sinne eines vogteilichen Beamten u. dem Schultheißen ist verwischt; SwB 1341 (Bosl: Vogtei); HW 498f, 580.
- 20) Der alte Schultheiß sollte bestraft werden, weil er die Gemeinde zur Wahl eines neuen Oberschultheißen zusammengerufen hatte; STAK 33/10473.
- 21) Dagegen wurde der Gensinger Oberfaut noch 1683 auf Grund einer vorausgehenden Schöffenwahl ernannt. Allerdings stellte ihm das Oberamt wegen der „Gensinger Unordnung“ noch zwei „Vorgänger“ zur Seite; STAK 33/10477.
- 22) STAK 33/10475; 33/10477; STAKrn 762/1.
- 23) Vgl. den Bericht des Prinzen Ferdinand v. Baden (1668/69), demzufolge in den ländlichen Gebieten der Grafschaft jeder nur das ausführe, was er gerade wolle; GLAK 75/63.
- 24) GLAK 67/914 f442'.

Das durch die Reformation an die evangelischen Landesherrn übergegangene kirchliche Aufsichtsrecht erfuhr für Sponheim durch den Dalberger Vergleich von 1521 insofern eine modifizierte Teilregelung, als Pfalz später (25) die in den Jahren mit den Endziffern 1–4, 7 und 8 erledigten, und Baden entsprechend die in den Jahren 5, 6, 9 und 0 vakant werdenden kirchlichen Ämter zu besetzen hatte (26). Nach der Kirchenvisitation von 1560 führte dies zu der ungewöhnlichen Konsequenz, daß je nach dem Zeitpunkt eines Todesfalls der geistliche Nachfolger entweder ein katholischer, d. h. von Baden berufener (27), oder von der Pfalz bestellter evangelischer Pfarrer sein konnte (28).

Der Wechsel im Kollaturrecht wurde allerdings nicht immer streng eingehalten, besonders, wenn es die wichtige Position des Kreuznacher Stadtpfarrers betraf (29), wobei sich auf Grund der lutherischen Gesinnung der Stadtbevölkerung (30) auch Baden zur Nominierung eines evangelischen Pfarrers bereitfand (31). Der Hofgerichtsabschied Lätare 1571 sicherte der markgräflichen Verwaltung noch das Präsentationsrecht für die im Vorjahr erledigten Pfarrstellen (32); durch die anfänglich nur konkurrierende Kompetenz der Heidelberger Synode gewannen die Pfälzer jedoch einen wachsenden Einfluß auf die Examina sowie „Lehre und Leben“ der Pfarrer im allgemeinen (33). 1597 nominierte und präsentierte Kurpfalz sämtliche Kirchendiener ohne Hinzuziehung des badischen Gemeiners. Die Examina wurden ausschließlich vom Heidelberger Kirchenrat vorgenommen. Lediglich zu unbedeutenden Konzessionen mußten sich die kurpfälzischen Hofgerichtsabgeordneten aus dem Grunde bewegen lassen (34), weil die badische Amtsverwaltung den Geistlichen die zwei Fünftel an ihrer Besoldung sperrte. Nach dem Westfälischen Frieden fand im Regensburger Vertrag (1653) eine Neuregelung statt (35), die durch den Kreuznacher Vergleich von 1661 bestätigt wurde (36): Alle (protestantischen) Kirchen- und Schuldienner wurden

25) Ursprünglich bezog sich der Vergleich natürlich ebenfalls nur auf die geistlichen Lehnen der V. G., d. h. „Kirchen, Pfrunden, Capellen, Altaren oder Glockenamt“, und Kurpfalz hatte infolge der damaligen Kondominatskonstellatation (vgl. Abb. I) in dem auf 5 Jahre beschränkten Turnus lediglich Anspruch auf ein Verleihjahr; vgl. STAK 33/589 f285.

26) Back, Evgl. Kirche. II, 1, S. 479f.

27) Natürlich im Einklang mit dem Sprengelherrn, wobei hier zu untersuchen wäre, wem jeweils die eigentliche Initiative zukam.

28) Vgl. Rosenkranz, Luther. G. 135 Anm. 2.

29) Back II, 1, S. 271.

30) Vgl. Rosenkranz, Evangel. G. 28.

31) Ebd. 28f; vgl. auch GLAK 67/121 f313ff.

32) GLAK 75/32 f299.

33) Vinc. Petri 1574 verfügte man, daß neben den Superintendenten auch ein bad. Vertreter bei Kirchen- u. Schulvisitationen anwesend sei; GLAK 75/32 f299'. Nach dem Hofgerichtsbeschuß des folgenden Jahres sollte die Synode Kirchen- u. Schuldienner mit pfälzisch-badischer Beratung absetzen. Die Pfarrbesetzung erfolgte jeweils durch die Herrschaft, die an der Reihe war; ebd. 299b.

34) Baden wurde zur Pfarrpräsentation zugelassen, durfte jedoch an der bestehenden Konfession nichts ändern. Die geistlichen Beamten konnten jederzeit an den Heidelberger Kirchenrat zum Examen beordert werden. Die „Cognition“ der von Baden nominierten Anwärter, ob diese zu dem betreffenden Amt tauglich waren, sollte weiterhin ausschließlich bei Kurpfalz u. dem Kirchenrat liegen; GLAK 75/23 f250f.

35) GLAK 75/23 f176f (1652); STAK 33/2435.

36) STAS Horstmann. H.

von pfälzischer Seite ausgewählt und hatten vor oder mit dem Eingang des kurfälzischen Notifikationsschreibens bei der badischen Oberamtsverwaltung um ihre Aufnahme anzuhalten. Anschließend erfolgte die Bestätigung durch das gemeinschaftliche Oberamt, dem sie künftig unterstellt wurden. Ebenso sollte auch der lateinische Präzeptor auf das badische Bewilligungsrecht angewiesen sein. Über den Modus von Absetzung oder Versetzung der Personen schwieg man sich aus (37), so daß genügend Ansatzpunkte zu künftigen Differenzen vorhanden waren, in deren Verlauf dann Baden jeweils wieder zu der wirksamen Methode der Besoldungssperre Zuflucht nahm (38).

Der vordersponheimische Burgfriede.

Es ist ein auch heute noch im allgemeinen weit verbreiteter Irrtum, den gültigen Rechtsbereich eines Burgfriedens im Sinne eines grundlegenden Vertragswerkes unter Gemeinern (1) auf den eigentlichen markierten Friedensbezirk einer Burg beschränken zu wollen. Das mag gelegentlich bei ganerbschaftlich besessenen Burganlagen zutreffen; darüber hinaus kann der Burgfriede jedoch ebenso ganze Gemeinden, Städte und Territorien umfassen (2).

Der erste vordersponheimische Burgfriede datiert aus dem Jahre 1416. Er wurde von Kurfürst Ludwig III., Pfalzgräfin Elisabeth und Graf Johann V. von Sponheim beschworen und regelte die Abtretung eines fünften Teils an Kreuznach, Burg und Stadt, den Vesten und Tälern Ebernburg und Gutenberg, Burg und Tal Koppenstein, von Gemünden, der Veste und der Stadt sowie der Stadt Kirchberg mit allem Zubehör (3). Er ordnete im üblichen Sinne die wirtschaftlichen Bedingungen und Grundlagen des Kondominats, bezeichnete den territorialen Raum, in dem das Zusammenregieren erfolgen sollte (4) und hatte ursprünglich auch beschränkte Schutzfunktionen zum Inhalt (5). Seine endgültige Ausdehnung auf die badischen und pfälzischen Kondomini und die gesamte Vordere Grafschaft Sponheim erhielt der Burgfriede im Beinheimer Entscheid: „Auch so sullent die vorgeante unsere Vetteren und die egenante ire Erben an den vorgeanten unseren Sloissen, Burgen, Stetten und Telern mit irem Begriff und Bezircken der Marcken darzu gehorig eynen gewonlichen, getruwen, gemeynen, stetten Burgfreiden in der besten Form mit eyinander angeen, verbreffen, globen und sweren fur sich, ire Diener und Hoffgesind uff daz sie desten basse eyne Wysen haben und

37) Baden verlangte hierbei eine jeweilige Mitteilung („Notifikation“), was ihm jedoch abgestritten wurde; GLAK 75/387 f82f, f87.

38) Vgl. STAK 33/10475.

1) Vgl. Stier-Somlo-Elster, Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, Berlin u. Leipzig 1926, II, S. 570f (Ganerbschaft).

2) Zimmermann, Ganerbschaften 25; Wippermann 13 Anm. 3; Senckenberg 2.

3) Fabricius II, 437.

4) Günther IV, 186-189; Mugler 20ff, 38f.

5) Kraft des Burgfriedens sollte die Grafschaft von den außersponheimischen pfälzisch-badischen Feindschaften ausgenommen bleiben. U. U. gewährte der Burgfriede auch den Feinden eines der Gemeiner innerhalb seines Wirkungsbereichs Schutz; BT 105/843 pag. 122f.

auch versorgt sind, wie sie sich daz in gemeynander halten sollen, und sollent sie auch ire vorgeschriebene Erben oder auch niemants zu den vorgenanten unsern Sloissen, Burgen, Stetten und Telern noch in den Burgfrieden komen oder gelassen werden, sie haben dan zuvor die Gemeynschaft Usstrege und Burgfrieden gelopt und liplich zu den Heiligen geschworen und daz auch verbriefft und versiegelt, dem nach zu geen, zu thun und zu halten in der maisen vorgeschriben stet unseren Vettern oder egenanten Erben gethan hant. Und wan daz also gescheen ist, so sullent sie frederlich an alle Verzugk darin komen und zugelassen werden an Geverde" (6). Der nach den Bestimmungen des Beinheimer Entscheids umgestaltete (7) Burgfriede blieb in der Folge ein fester Bestandteil der Verfassung der Vorderen Grafschaft Sponheim. Vielfach in Verbindung mit der Erbhuldigung, die nach der Ablegung des Burgfriedenseides zu erfolgen hatte (8), wurde er bei allen wichtigen territorialen und personellen Veränderungen, die das Gefüge der Grafschaft berührten, beschworen. Mit dem Tode eines Gemeiners war die Kondominatsherrschaft jeweils vorläufig beendet, und die durch das Hinscheiden ihres Fürsten verwaiste Oberbeamtenschaft durfte während der Interimsperiode keine Amtshandlungen tätigen (9). Das Ablegen des Burgfriedensschwurs erfolgte gewöhnlich durch die Nachfolger der sponheimischen Grafen oder deren Verweser in Form eines Reverses (10). Für die Abgeordneten, Oberbeamten, gemeinschaftlichen Beamten, den Kaizenburger Kommandanten und die Bürgerschaft lagen spezielle Eidesformeln vor (11). In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts nahmen die Hofgerichtsbeamten den Burgfrieden ab (12). Das dabei unter der Beamtenschaft sich abwickelnde Zeremoniell war z.T. recht kompliziert, gibt jedoch Aufschluß über die Bedeutung, die man diesen Vorgängen beilegte. 1661 erfolgte die Ablegung des Eides folgendermaßen: „Erstlich haben die Churpfaltzische den Pfaltz Simmerischen den aydt vorgelesen und auf gegebenes handtgeübt dieselbe solchen geschworen, nachgehends haben Sie in gleichen uns dem badischen selbigen vorgelesen und wir Ihnen gleichergestalten geschworen, darauf haben die Pfaltz Simmerische dem Churpfaltzischen den aydt vorgelesen und diese Innen geschworen, darnach haben wir die badische selbigen dem Chur pfaltzischen auch vorgeleßen und Sie uns geschworn und dann der Pfaltz Simmerische unnß, wir herngegen demselben" (13). An einer längeren Verschiebung oder gar Unterlassung von Burgfrieden und Huldigung lassen sich die Phasen eines uneinigen Kondominatsregiments in Sponheim erkennen (14). Die kurpfälzische Annexion von 1600 durch Friedrich IV. fand neben der Verpfändung ihren Rechtstitel im sponheimischen Burgfrieden, nach dessen Wortlaut niemand in die Grafschaft gelangen durfte, er habe denn zuvor als rechtmäßiger Sukzessor den Burgfrieden beschworen (15). Mit der badischen Restitution von 1652 wurde die Institution

6) Günther IV, 273f.

7) Bad. Reg. III, 71f (5610).

8) STAK 33/26a (bad. Gravamina 1682); 33/28; GLAK 67/121 f435f; Wien J. A. 594/23.

9) Vgl. STAK 33/15 (1685).

10) Vgl. GLAK 67/121 (Sponh. Kopb.) f301f, f305f, f353ff, f435f, f466ff, f470ff, f492ff, f496f.

11) STAK 33/15.

12) GLAK 75/18. STAK 33/17.

13) GLAK 75/32 f261.

14) Vgl. Abb.

15) Vgl. GLAK 75/22 f98f; 75/81 f15, f39', f50'f.

Burgfriede und Huldigung in der V. G. (1600 – 1708)

Anlaß	Burgfriede	reguläre Huldigung	einseitige Huldigung
1600 18. 6. † Eduard F. v. Baden			17./27. 6. 1600 durch Kurpfalz
1622 Kaiserl. Immissionsdekret für Baden – Baden			21. 11. – 26. 11. 1677 durch Baden-Baden
1652 Badische Restitution n. d. Westf. Frieden	Simmern und Baden (?)	11. 3. – 18. 3. 1652 Simmern und Baden	
1655 8. 1. † Ludwig Philipp von Pfalz-Simmern	7./17. 4. 1655 simmer. Burgfriedensrevers	7. 4. 1655 für Maria Eleonora als simmer. Vormünderin	29. 1. 1655 Mandat Karl Ludwigs, ihm als Vormund i. d. V. G. zu huldigen
1660 Vollständige Aufnahme von Kurpfalz in die Gemeinschaft durch Pfalz-Simmern	4./14. 11. 1661 Burgfriedensrevers seitens Kurpfalz u. Simmern (30. 11. abgelegt)		März (?) 1660 Huldigung für Kurpfalz gegen bad. Willen
1674 3. 1. † Ludwig Heinrich v. Pfalz-Simmern		Januar 1674 für Kurpfalz wegen der simmer. 2/5	
1677 22. 5. † Markgraf Wilhelm von Baden		1679 für Baden	
1680 28. 8. † Karl Ludwig	Kein Burgfriede	Baden verhindert die Huldigung	Die reform. und luther. Geistlichen weigern sich
1685 26. 5. † Karl II. von Kurpfalz	26. 5./5. 6. Burgfriedensrevers Ludwig Antons von Pf.-Neuburg i. Namen seines Vaters. 4. 6. Revers Philipp Wilhelms, 11. 6. d. kurpf. Oberbeamten	7. u. 12. 6. 1685 kurpf. Huldigung	25. 2./7. 3. 1681 gewaltsame Huldigung durch Kurpfalz
			24. 9. 1688 vorzeitige Huldigung Johann Wilhelms (Philipp Wilhelm lebt noch)
			3. 3. 1698 einseitige Possessionsergreifung d. Kurpfalz
		20. 9. 1708 i. Kreuznach (Pf.), 22. 9. in Sprendlingen, 30. 9. in Kirchheim	

des Burgfriedens dank der Initiative des Markgrafen Wilhelm wieder eingerichtet (16). Da der Burgfriede in seiner Tendenz grundsätzlich gegen Änderungen und Benachteiligungen jeglicher Art eingestellt war (17), galt er auch künftig wieder als Garant für eine gesunde gemeinschaftliche Mitregierung auch hinsichtlich des schwächeren Kondominus (18). Unterließ ein Gemeiner die Beschwörung des Burgfriedens, wie etwa Kurfürst Karl bei seinem Regierungsantritt wegen der mit Baden bestehenden Religionsdifferenzen, so herrschte eine Art kalten Kriegszustandes, in dem alle Gemeinherrn die Verträge außer acht ließen (19). Da der vordersponheimische Burgfriede noch Ende des 17. Jahrhunderts die alten Artikel, die von Kurpfalz, Veldenz und Baden beschworen worden waren, enthielt und das sponheimische Territorium in seinem Umfang von 1437 namentlich erfaßte (20), war er zu einem unter Umständen gefährlichen Rechtsinstrument gegenüber den in der Zwischenzeit von Sponheim entfremdeten Gebietsteilen geworden. So war Schweikard von Sickingen für sich und seine Erben 1482 als ein Burggenosse in den Kreuznacher Burgfrieden aufgenommen worden (21). Die durch die französische Bedrohung der Ebernburg ausgelöste badische Aktivität des Jahres 1685 fand durch den Einschluß der Festung in den alten Burgfrieden ihre äußere Begründung (22), und schließlich erwies sich das ursprüngliche territoriale Band immerhin als noch so stark, daß es im 18. Jahrhundert die Rückkehr der Pfandschaft Ebernburg an die Vordere Grafschaft Sponheim bewirken konnte (23). Einen ausgesprochen negativen Erfolg erbrachten dagegen die badischen Bemühungen um das ehemalige vordersponheimische Amt Gemünden in den Jahren 1768 bis 1778 (24). Mit der Auflösung der sponheimischen Gemeinschaft kam auch der Burgfriede, dessen Bestimmungen nun teilweise überflüssig geworden waren, aus der Übung.

Die Burgen im Kondominat Vordersponheim.

In den mittelalterlichen Gemeinherrschaften hatten die Burgen als die wichtigsten herrschaftlichen Positionen und gleichzeitige Kristallisationspunkte größerer Ansiedlungen eine entscheidende Rolle zu spielen (1). Die sponheimischen Schlösser Ebernburg, Gutenberg, Koppenstein, Gemünden und Naumburg waren von 1417 bis zu ihrer Zerstörung bzw. Entfremdung zwischen Kurpfalz und dem Grafen Johann von Sponheim bzw. der nachfolgenden Erbengemeinschaft auf Grund einer Mutschierung abgeteilt, wobei üblicherweise Wege, Brücken, wichtige Türme sowie Kapellen und Brunnen

16) STAK 33/5.

17) Vgl. auch GLAK 75/24 f41. Die Pfalzgräfin v. Simmern beschwor 1654 als Vormünderin ihres Sohnes Ludwig Heinrich, keine Änderungen in der V. G. zuzulassen.

18) GLAK 75/24 f41; 75/63; STAK 33/17 (Wortlaut d. Eides v. 1686).

19) STAK 33/28.

20) Vgl. STAK 33/15 (1685).

21) STAS Kurpf. Akten 19 f3f.

22) GLAK 75/414 f2ff.

23) Vgl. d. Ebernburger Vertrag v. 1750, der auf den Burgfrieden der V. G. Bezug nimmt; STAS Kurpf. Urkunden 676 f6f.

24) STAK 33/665.

1) Über die Burg i. d. Gemeinherrschaft vgl. Frommann 125.

innerhalb des Burgbereichs gemeinschaftlich blieben (2). Die Gemeinschaftlichkeit wurde in einem so engen Sinne verstanden, daß Kurpfalz noch 1680 dem Schloßkommandanten in Kreuznach, der eifrige Nachforschungen über einen im Burgbrunnen verborgenen Schatz anstellte, vorsichtshalber zu verstehen gab, daß Baden im Falle eines positiven Suchergebnisses nicht mehr als zwei Fünftel zu beanspruchen habe (3). Auf der Kreuznacher Kauzenburg hatten sich die pfälzisch-badischen Aufteilungen bis in das 17. Jahrhundert erhalten. Der markgräfliche Anteil zog sich unter Einschluß eines Turmes sowie verschiedener Stallgebäude auf der Westseite der Befestigungsanlage bis zu dem gemeinschaftlichen Burgbrunnen hin, oberhalb des Brunnens begann der pfälzische Bereich. Den überhängenden Schloßflügel sowie eine Zisterne hatte die pfälzische Verwaltung nach 1600 allein errichtet, sie blieben auch im Jahre 1652, als die Einteilung auf Grund von Zeugenverhören wieder nach dem Zustand von 1600 durchgeführt werden sollte, ausschließlich pfälzisch (4). Die Instandhaltung der Burgen erfolgte nach dem Beinheimer Entscheid bis zum Jahre 1600 gemeinschaftlich (5). Der Kreuznacher Burgvogt, der Schloßbauschreiber und die Turm- und Pfortenwächter erhielten ebenfalls eine gemeinschaftliche Besoldung (6). Die Amtleute, denen die Burg bis zum Dreißigjährigen Krieg regelmäßig als Amtssitz diente, durften ohne vorherige Bewilligung des Hofgerichts keinerlei bauliche Veränderungen vornehmen (7). Die Kauzenburger Garnison sollte sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts vorschriftsmäßig zu drei Fünfteln aus pfälzischen und zu zwei Fünfteln aus badischen Soldaten zusammensetzen und einem gemeinschaftlichen Kommandanten unterstehen. Dieser war nicht dem Oberamt, sondern beiden Herrschaften direkt verantwortlich (8). Nach dem Wortlaut seiner Verpflichtung hatte er die Burg für beide Herrschaften zu verwahren und durfte auf den einseitigen Befehl eines Gemeinsers weder huldigen, noch irgendeine Veränderung in der Garnison vorgehen lassen (9). 1689 wurde die Kauzenburg zerstört und verlor jegliche militärische Bedeutung.

2) Abschrift eines Vertrags zwischen Kurfürst Ludwig v. d. Pfalz u. dem Grafen Johann v. Sponheim (1417), der die Burganteile festlegte; STAK 33/665; Mugler 21.

3) STAK 33/10474.

4) GLAK 75/25 f177'.

5) STAK 33/10240f; Günther IV, 279.

6) STAK 33/10238. Der Schloßbaumeister erfaßte die gemeinschaftlichen Ausgaben für das Kreuznacher Schloß sowie die Einkünfte der herrschaftlichen Mühlen. 1620 erhielten an gemeinschaftlicher Besoldung: Burgvogt 20 fl, Schloßbaumeister 7 fl u. 6 mltr Korn, der „unterste Schloßpförtner“ 28 fl u. 6 mltr Korn, der „hinderste Pförtner“ 18 fl u. 6 mltr Korn, der Türmer 34 fl u. 6 mltr Korn. Nach dem Dreißigjährigen Krieg versah die vom Land unterhaltene Garnison diese Dienste; STAK 33/10245.

7) 1576 hatte sich der kurpfälz. Oberamtmann Nikolaus Schenk v. Schmidtburg wegen einer Tür zu verantworten, die er hatte brechen lassen, um seiner Gemahlin den Umweg zum Kuhstall zu ersparen! GLAK 75/526.

8) STAK 33/10475.

9) STAK 33/15; 33/10475; Wien J. A. 594/23 fl.

IV. DER VERWALTUNGSaufbau DES OBERAMTES KREUZNACH.

Die sponheimische Verwaltungsorganisation, deren Ausbildung ein gutes Stück sponheimischer Territorialbildung darstellt, ist ohne eine Berücksichtigung ihrer spezifischen Entwicklung aus den mittelalterlichen Anfängen heraus unverständlich und führt zu Fehlurteilen. Erste Ansätze zur Bildung einer Ämterverfassung sind in der Grafschaft für das 14. Jahrhundert anzunehmen (1), wobei die verschiedenen Burgen innerhalb der entstehenden Amtsbezirke als Kristallisationspunkte zur Zusammenfassung der zerstreuten Besitz- und Rechtstitel zu dienen hatten (2). Die lehensweise Verwaltung wurde allmählich von einer dienstlichen Administration durch auf Zeit eingesetzte Beamte verdrängt. Noch unter den sponheimischen Grafen werden Amtleute (3) und Räte (4) greifbar, wobei Impulse seitens der Reichsverwaltung (5) sowie der benachbarten kurpfälzischen Pfandherrn (6) anzunehmen sind. Die Kondominatsherrn, die 1437 das Land in relativ geordnetem und gefestigtem Zustand übernahmen (7), benutzten die Gelegenheit zu einer den neuen Verhältnissen angepaßten Verwaltungsregelung (8). Im Sinne der von ökonomischen Gesichtspunkten her diktierten Maßnahmen lag die radikale Personalverringerung (9). Indem sie sich auf ein gemeinschaftliches Regiment einigten und die Städte Kreuznach und Trarbach (10) als Verwaltungsmittelpunkte für die beiden Gebietsteile heraushoben, ließ sich die Beamtenschaft, von den unentbehrlichen Amtsschultheißen abgesehen, auf je einen Amtmann und einen Landschreiber in den beiden Städten beschränken, wobei erstere die Rechtspflege, letztere die Gefällverwaltung versorgten. Das System der Spezialanweisungen der einzelnen Landesherrn auf die verschiedenen Ämter mußte infolge der Randlage des Gebietes und der Gemeinschaftlichkeit der Gefälle frühzeitig eingeschränkt werden. Von den Beamten wurde zu festgesetzten Terminen die Rechnungslegung vor den Gemeinherrn gefordert. Die Verwaltungsreformen des 15. und 16. Jahrhunderts brachten dann insofern in personaler Hinsicht eine Reaktion, als die allgemeine Umgestaltung der landesherrlichen Zentralverwaltungen im Sinne einer kollegialen Verfassung (11) auch für das sponheimische Territorium nicht ohne Auswirkung blieb. Der Status des gemeinschaftlichen Oberbeamten wurde allmählich zugunsten der Partikularbeamten aufgegeben, die nun in ihrer Gesamtheit ein Verwaltungsgremium bildeten, wozu ergänzend

1) Lehmann I, 180; Vogt 244f. Vgl. auch Aubin u. a., *Gesch. d. Rheinlandes* II, 24.

2) Below 195; Becker, *Raumentwicklung* 89; Bader, *Territorialbildung* 130.

3) Schon 1340 in der Bestätigungsurkunde der Kreuznacher Stadtfreiheiten durch den Grafen Walram v. Sponheim; Krzn. Hbltr. 1935, Nr. 12.

4) Sponheimische Räte werden 1429 u. 1430 genannt; Reichstagsakten IX, 416, 419, 430.

5) Sponheim. Grafen standen verschiedentlich in königlichen Diensten. 1392 fungierte Graf Johann in Prag als stellvertretender königl. Hofrichter; ebd. II, 315.

6) Kurpfälzische Amtleute werden seit 1417 in Sponheim genannt; STAK 33/665; vgl. Günther IV, 186f.

7) Baldes 90.

8) Bad. Reg. III (5612) 71f; Mone, *Beamtenordnung*, ZGO 6 (1855) 385-395.

9) „...dan es sind etteliche fremde Knechte bei gr. Johann gewesen, die sin ingesigel gehabt hant“; Bad. Reg. III (5612) 71f.

10) Bzw. Birkenfeld.

11) Below 194-208.

das sponheimische Hofgericht als unständige Oberbehörde zwischen Landesherrn und Beamtenschaft trat, das den Einfluß des pfälzischen Zentralgerichtshofs für ein Jahrhundert von Sponheim fernhielt. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts nahmen die Zentralisations- und Vereinheitlichungsbestrebungen, verbunden mit dem Grundsatz einer strengen Wahrung der staatlichen Rechte (12) auch auf der mittleren Ebene der Ämterverwaltungen allmählich klare Formen an. Versinnbildlicht wurde die neue Entwicklung in der Positionsänderung unter der Oberbeamtenschaft. Die adeligen Oberamtleute sanken neben den juristisch ausgebildeten bürgerlichen Truchsessern und Landschreibern (13) zu bloßen Repräsentationsfiguren innerhalb des Amtsbereichs herab (14). Mit dem Absorptionsvorgang feudaler, städtischer und gemeindlicher Eigenrechte durch die kurpfälzische Landesherrschaft wurde auch die Bedeutung der alten landesherrlichen Mittel- und Vermittlungsinstanz in Sponheim einem Wandel unterzogen. Für das 17. Jahrhundert bot sich das sponheimische Territorium verwaltungsmäßig dergestalt an, daß ein übergeordneter Amtskörper, das Privileg der alleinigen Vertretung landesherrlicher Interessen beanspruchend, einer mit nicht unbedeutenden Eigenrechten ausgestatteten fiktiven „Landschaft“ gegenüberstand und diese zu umschließen suchte. Auf der lokalen Ebene konnten dabei die Schultheiße in ihrer Doppelfunktion als landesherrliche und gemeindliche Beamte (15) im Innern des Amtes eine Vermittlerstellung einnehmen, während von außen die Kondomini, wenn auch notgedrungen, Granten des eingespielten und gerechtfertigten weil „herkömmlichen“ Verhältnisses zwischen Amt und landschaftlichen Eigeninteressen zu sein hatten (16). Im 18. Jahrhundert wurden diese Spannungsgegensätze unter dem Einfluß der absolutistischen landesherrlichen Gewalt auf ein Mindestmaß reduziert. Durch die weitgehende Integration vorhandener städtischer und gemeindlicher Selbstverwaltungsrechte in die Interessen des werdenden Staatsgebildes stellte das Land schon lange vor den französischen Umgestaltungen eine Summe sehr weit gleichgeschalteter und auf verschiedenen Gebieten sogar oder gerade bis in Kleinigkeiten hinein staatlich dirigierter Kommunen dar (17). Dem Oberamt fiel dabei wesentlich nur noch die Funktion einer Verteilerstelle genormter staatlicher Direktiven und eines Sammelpunktes kommunaler und privater Gesuche an die Landesregierung zu. Der Umschwung erfolgte in Sponheim nach der Kondominatsaufteilung infolge Auslösung einer Art dynamisch wirkenden Nachholbedarfs ruckartig beschleunigt und läßt aus diesem Grunde um so eindrucksvoller Formkräfte erkennen, die in Nachbarämtern organi-

12) Ebd. 164f.

13) Auch in den kurmainz. Ämtern war die Festigung der Stellung des gleichbedeutenden Amtskellers eine Folge der Zentralisierungsbestrebungen unter Lothar Franz; Wild 28f, 50f.

14) Daneben nahm der Umfang des sog. Oberamtsstabs ungesunde Ausmaße an. Um 1770 umfaßte er bereits über 70 Personen; STAKrn 125/22. Vgl. Häusser II, 895; Bolle 166f, 175f, 185f, 198f.

15) Vgl. Teil B. IV, 2a (unten).

16) Der Landesherr konnte u. U. etwa den Kreuznacher Stadtrat gegenüber dem Oberamt stützen.

17) Hier sei auf die allgemeinen kurpfälzischen Verordnungen d. 18. Jhs. verwiesen, die gleichmäßig sämtlichen Oberämtern zuzingen u. die bisher kaum eine Auswertung gefunden haben (für d. Oberamt Kreuznach: STAKrn Gr. 761 u. a.). — 1778 erreichte das Oberamt z. B. eine Verordnung über Krapp- u. Hopfenanbaufragen, die für das Kreuznacher Gebiet vollkommen sinnlos war (ebd. 761/12). Bspile. ähnlicher Art waren fast an der Tagesordnung.

schers und weniger auffallend zur Gestaltung gelangten. Das Verständnis dieser Bewegungen wird dabei insofern erschwert, als im 18. Jahrhundert mit den traditionellen Begriffen der alten Amtsverfassung weiteroperiert wurde, bis diese im Zuge der durchgreifenden französischen Administrationsregelungen entfielen (18). Der Begriff „Oberamt“ ist also für die Vordere Grafschaft Sponheim in den Jahrzehnten des 16. und des frühen 17. Jahrhunderts am sinnvollsten anzuwenden und erfaßt ein Maximum an Aussagekraft, weil hier der noch unrealisierte Terminus gleichsam ein Programm bildete, indem die in gefestigter Form eingerichtete kurpfälzische Zentralverwaltung ganz bewußt verschiedene Ämter als Basen des Behördenaufbaus und der Landesorganisation förderte und ihnen die pfälzischen Gerechtsame in den ämterfreien Gebieten unterzuordnen suchte, wie dies schließlich in der Erstellung der Oberamtsweistümer zum Ausdruck kam (19). Der Amtsbegriff umfaßte dabei naturgemäß noch bedeutend mehr als bloße Verwaltungsbelange (20). Da die Mehrzahl der pfälzischen Ämter infolge der älteren Sonderentwicklungen privilegierte Stellungen einnahmen, war für ein auf staatliche Eigenständigkeit pochendes Kondominatsgebilde von der Pfalz her keine besondere Respektierung seiner Verfassung zu erwarten. Unter Kurfürst Friedrich dem Siegreichen (1449–1476) wurde Kreuznach bereits als ein pfälzisches Amt angesehen (21), wobei allerdings die badische Verpfändung beförderlich gewesen sein mag. Die Bezeichnung Oberamtmann wurde erstmals für Dr. Carsilius Bayer von Bellenhoven gebraucht, der vom Jahre 1559 an unter diesem Titel offiziell in den Ratsprotokollen der Stadt Kreuznach geführt wurde (22). Wir müssen annehmen, daß in diesen Jahren die Bestrebungen, die übrigen Gebiete der Vordergrafschaft, wie sie von den Sponheimer Grafen zusammengeerbt, gekauft oder erobert worden waren, der Kreuznacher Amtskanzlei zu unterstellen, intensiviert wurden (23), wobei sich die 1559 erfolgende Reduzierung von der Drei- auf eine Zweiherrschaft klärend auf die Verwaltungsorganisation auswirken konnte. Inwieweit das Oberamt Kreuznach die gesamte Vordere Grafschaft Sponheim administrativ erfaßte, konnte sogar noch hundert Jahre später erbitterte Diskussionen unter den beiden pfälzischen Gemeinern veranlassen (24), obwohl das Oberamtsweistum von 1600 hier schon eine Vorentscheidung zugunsten des größeren Verwaltungsraumes getroffen hatte (25).

Bei einigen Amtsbezirken hatte sich die Subordination unter die Kreuznacher Oberamtsverwaltung bereits hinlänglich gefestigt. Eindeutig lagen die Verhältnisse für den Soonwaldbezirk, wo sich, auf dem sponheimischen Lehen

18) Vgl. Querfurth 35ff.

19) Vgl. d. Beobachtungen v. Karlheinz Blaschke, Die Ausbreitung des Staates i. Sachsen u. der Ausbau seiner räumlichen Verwaltungsbezirke, BL 91 (1954) 74-109, der zu ähnlichen Ergebnissen kommt.

20) Vgl. Below 26.

21) Häusser I, 399; (Ziehen I, 146).

22) Velten, Anmerkungen zu F. Maurer, Verwaltung u. Verfassung Kreuznachs, Masch.-Schriftl. Exempl. i. STAKrn, S. 1.

23) Vgl. allgem. Aubin, Kulturströmungen 53; K. Becker, Raumentwicklung 89.

24) Wien J. A. 594/23 f3'.

25) STAK 33/2435.

26) U. zwar v. Kurpfalz. Vgl. d. Burgfrieden v. 1428, BT 105/843 pag. 116.

(26) eines Wildbanns aufbauend (27), ein weitgehend siedlungsfreier Verwaltungsbezirk ausgebildet hatte, der im 17. Jahrhundert einem gemeinschaftlichen Forstmeister und dem Kreuznacher Oberamt unterstellt war. Die Holz- und Weidgerechtsame der wirtschaftlich vollkommen von diesem Waldgebiet abhängenden Bevölkerung (28) des hintersponheimischen Amtes Winterburg (29) suchte Kurpfalz nach dem Ausscheiden des badischen Kondominus durch die Anlage von Hüttenwerken (30) sowie die Beförderung von Siedlungen (31) innerhalb des Waldgebietes einzuschränken. Der Holzbestand der Wälder hatte vorzugsweise den landesherrlichen und erst sekundär den Bedürfnissen der sponheimischen Bevölkerung zu dienen (32).

Die pfälzischen Interessen hinsichtlich des ehemals selbständigen vordersponheimischen Amtes Neu-Bamberg (33) wurden ebenfalls von der Kreuznacher Oberamtsverwaltung wahrgenommen (34).

Das sponheimische Amt Gutenberg (35), das die Gemeinden Gutenberg, Hargesheim, Roxheim und Braunweiler umfaßte, wurde als Amtsschultheißerei dem Kreuznacher Amt eingegliedert (36), wobei dem Amtsschultheißen (37) wie auch den Beamten der Fauteien Wöllstein und Sprendlingen lediglich zeitweilig eine eigene Rechnungsführung innerhalb der Kreuznacher Amtsrechnung belassen wurde.

Am erfolgreichsten konnte sich das wirtschaftlich von Kreuznach weitgehend unabhängige Amt Kirchberg (38) gegen die Verwaltungsintegration in das Oberamt zur Wehr setzen, obwohl das den Kirchberger Beamten in Kreuznach auszahlende „Stiefelgeld“ (39) an eine frühzeitige Unterordnung erinnert, die bereits am Ende des 16. Jahrhunderts greifbare Formen angenommen hatte (40) und schließlich zu der Benennung „Unteramt“ führte. Noch in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sind jedoch die Kompetenzschwierigkeiten durchaus nicht beseitigt, und die Kirchberger Beamten wei-

- 27) Weydmann 9. Über das ursprüngl. Verhältnis von Wildbann u. Waldeigentum vgl. Lamprecht I, 1, 469ff. Die alte Banngerechtigkeit klingt noch in der Bezeichnung „Verbotener Soon“ nach; vgl. E. G. Zitzen, Scholle u. Strom, Folge: Tiere u. Forsten 191, 263. Kreuznacher Weistum: „Wir deillen auch Unsern Herren einen Wildfang uf des Hertzogen Walde den man den Sohn nennet, ...“ STAK 33/2435. Zum Unterhalt des Wildes wurden i. 17. Jh durch das Oberamt Salzlecken erstellt. Vgl. ebd. 33/10255; vgl. auch Roth, Das Rotwild i. Soonwald, Krzn. Hbltr. 8/56, S. 1.
- 28) Auch der Name Soonwald ist auf sone = ahd. Schweineherde zurückzuführen. Vgl. Zitzen, Tiere u. Forsten 263.
- 29) GLAK 75/48 f25 (1952); STAK 33/1556; 33/10255; 33/10257. Vgl. auch d. Separatartikel z. hintersponheim. Abteilungsvertrag v. 1776, der erhebliche Konzessionen für den Fall, daß Pfalz-Birkenfeld die pfälzische Kur erringt, dem bad. Amt Winterburg zusichert; GLAK 67/121 f676-695.
- 30) STAK 33/1742; 33/10257; Boeck, Soonwald 164ff; Palm, Die Wiesen d. 18. Jhs., Krzn. Hbltr. 5/55, S. 1.
- 31) STAK 33/1437; 33/1482; 33/10257; Boeck, Soonwald 81f; Palm a. a. O.
- 32) STAK 33/1447; 33/1460; 33/10477 u. a.; STAKrn 762/1 (27. 6. 1674); 786/1 (1793).
- 33) Bad. Reg. III, 99 (5892).
- 34) STAK 33/10249; 33/10251.
- 35) Bad. Reg. III, 99 (5891); Fabricius IV, 94* (1350 Amt).
- 36) Vgl. STAK 33/10255.
- 37) Zur Stellung d. Amtsschultheißen in d. H. G. vgl. Baldes 113.
- 38) Zur heutigen Situation vgl. Meynen, Zentralörtl. Bereiche 195f.
- 39) Vgl. GLAK 75/95.
- 40) Vgl. GLAK 75/81 f38.

gerten sich, höchst erbost wegen „selzamer correctiones“ aus Kreuznach, sich den Forderungen des Oberamts „gebührend“ zu „sumittieren“ und den Verwaltungsverkehr mit den landesherrlichen Kanzleien über die Kreuznacher Behörde zu leiten (41).

Der gemeinschaftliche Amtmann des wirtschaftlich völlig bedeutungslosen kleinen Amtes Naumburg, der zwar von Kreuznach seine Besoldung empfing (42), jedoch der Landesherrschaft direkt zur Rechnungslegung verpflichtet war, mußte noch 1679 ermahnt werden, das Oberamt als vorgesetzte Behörde zu respektieren (43).

Die alte Selbstherrlichkeit der Oberbeamtenschaft ging in zunehmendem Maße verloren. Wie sich in vielen Bereichen die landesherrliche Kontrolle über die Beamten verschärfte und unter Umständen für Vergehen schwere Dienststrafen zudiktiert wurden (44), so zeigte auch das Oberamt nach unten hin die Tendenz, immer mehr Lebensgebiete in den Bereich seiner Zuständigkeit einzubeziehen.

Die Stadt Kreuznach hatte schon nach der Bürgerrevolte gegen den Amtmann Albrecht Göler von Ravensperg (45) unliebsame Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten hinnehmen müssen (46). Das landesherrliche Kontrollrecht über die städtische Ratsverwaltung wurde durch den gemeinschaftlich besoldeten Oberschultheißen verkörpert (47), ohne dessen Einwilligung der Stadtrat seit 1678 nicht mehr zusammentreten durfte (48). Immerhin blieben auch hier die einzelnen Zuständigkeitsbereiche bis 1708 noch wenig scharf abgegrenzt. Erfolgreiche Versuche des Oberamtes, sich der Gegensätze in der Stadtverwaltung zu bedienen (49) oder etwa mittels der städtischen Zünfte gegenzuregieren, auf der einen, und zeitweilige Stützung der Stadtbehörden gegenüber dem Oberamt durch das Hofgericht (50) auf der anderen Seite, verdeutlichen die Unübersichtlichkeit der Kräftekonstellationen. Erst die kurpfälzischen Reformmaßnahmen von 1710 und 1751 schufen in dieser Hinsicht einigermaßen klare Verhältnisse (51).

Für die sponheimischen Dorfverfassungen gab es bis in das 18. Jahrhundert keine einheitliche Regelung. Den Oberbeamten oblag allgemein das Abhören der Rechnungen, die von den Bürgermeistern aufgestellt wurden. Letztere entlasteten im 17. Jahrhundert nach städtischem Vorbild den Dorfschultheißen im Rechnungswesen (52). Da in der Regel eine Kontrolle von der Dorfbevölkerung her fehlte, war die dörfliche Rechnungsführung besonders

41) STAKrn 762/1 (1673); STAK 33/10477 f291 (1683). Das „Ämtlein“ Koppenstein war gewöhnlich im Unteramt Kirchberg inkorporiert, unterstand jedoch 1620 einem eigenen Amtsverweser; STAK 33/10258.

42) STAK 33/10238; 33/10249f.

43) STAK 33/10473.

44) GLAK 77/9647; STAKrn 783/34; STAK 33/10267; Querfurth 32.

45) Im Jahre 1495. Vgl. Ziehen II, 503.

46) Vgl. Geib, Krzn. Hbltr. 4/1931; Maurer 51. Die Folgen für die städtische Verwaltungsorganisation sind noch nicht genügend beachtet worden.

47) Vgl. Maurer 18; Querfurth 7.

48) STAK 33/10472.

49) Vgl. Maurer 57f.

50) So 1664 in der Frage der Zunftordnungen, deren Bestätigungsrecht dem Oberamt entzogen wurde; GLAK 75/18.

51) Maurer 61f., 92f.

52) Über die Aufgaben der Ortsbehörden i. allgem.: Kurpf. Landesordnungen, pass.

in Kriegszeiten höchst mangelhaft und gab schließlich zu scharfen Überwachungsmaßnahmen seitens der pfälzischen Zentralregierung Anlaß (53). Auch gegenüber den Geistlichen vermochten seit der Reformationszeit Hofgericht und Oberamt einen beschränkten Weisungscharakter zu behaupten (54). Lediglich die katholischen Ordensleute, die im Zuge der im 17. Jahrhundert in Sponheim einsetzenden Gegenreformation Eingang fanden, nahmen dank badischer Protektion eine gewisse Ausnahmestellung ein.

Was das Gefäll- und Rechnungswesen des Oberamtes angeht, so hatten sich im Laufe des 17. Jahrhunderts folgende Aufgliederungen eingespielt, wobei einzelne Verwaltungs- und Rechenstellen personal vereinigt sein konnten:

Oberamtstruchsesserei (pfälzisch) und Landschreiberei (badisch)

Kreuznacher Zinsmeisterei
Amtsschultheißerei Gutenberg (Gutenberg, Braunweiler, Roxheim, Hargesheim)
Fautei Wöllstein (Wöllstein, Pleitersheim, Gumbsheim)
Fautei Sprendlingen (Sprendlingen und St. Johann)
15 (Ober-) Schultheißereien
Forstmeisterei (Soonwald)
Wiedertäufereigefällverwaltung (55)
Garnisonsrechnerei
Kellerei Neu-Bamberg (pfälz.)

Unteramt Kirchberg:

Truchsesserei (erfaßt auch die Pflege Hottenbach)
Koppensteiner Amtsrechnung

Unteramt Naumburg:

Amtsrechnung

Geistliche Administration

Amt Kreuznach:

Kollektur (56), Karmeliter, Präsenzmeisterei (57).
Schaffnereien: St. Katharinen, St. Peter, Schwabenheim, Sponheim (gemeinschaftlich). Kumbd, Marienpfort, Kellerei Disibodenberg (allein pfälzisch und außerhalb des Amtes Kreuznach gelegen).

53) STAKrn 777/1 (1683).

54) GLAK 75/32 f162f; STAS Horstmann. H (1661).

55) Zu der Bewegung der Täufer sowie deren Güteradministration in Sponheim vgl. GLAK 75/48 f5; 77/9647 (1556); STAKrn 776/5 (18. Jh.); Kurpf. Landesordnung (1700) 225-233; (Häusser II, 51); Chr. Hege u. Chr. Neff, Mennonitisches Lexikon, Bd. II, Frankfurt 1925, S. 569 (Kreuznach), 588ff (Kurpfalz); Bd. III, Frankfurt 1958, S. 487f (Rheingrafenstein); Manfred Krebs, Quellen z. Geschichte d. Täufer IV. Baden u. Pfalz. Quellen u. Forschg. z. Reformationsgeschichte 22, Gütersloh 1951, S. 146, 245, 255, 319; H. W. Schraepfer, Die rechtliche Behandlung d. Täufer, Tübingen 1957, S. 46, 101; Kollnig 13f.

56) Eine Anordnung Friedrichs des Frommen, derzufolge in jedem Amt ein Rechner ernannt wurde, der die Gefälle aus dem kirchlichen Besitz einzog, womit dann z. T. die Ausgaben für Pfarr- u. Schulstellen bestritten wurden (auch Wiederverzinsung von Kapitalien, die durch Verkauf von Gütern usw. in den Fonds gelangten); Rosenkranz 251.

57) In vorreformatorischer Zeit gebildete Stiftungen von Präsenzgeldern (Belohnung für die Anwesenheit bei der Messe). Nach der Reformation von einem Präsenzmeister verwaltet (ebd.).

Unteramt Kirchberg:

Kollektur, Klausenschaffnerei (gemeinschaftlich).
Pastorei, Präsenz (allein pfälzisch).

Unteramt Naumburg:

Kollektur

Hier gingen die Geld- und Naturalgefälle ein, die bei Konstanz der Forderungen wertmäßig von Jahr zu Jahr abnahmen. Erstere, da die Landesherrschaft versäumte, den zunehmenden Währungsverfall zu berücksichtigen (58), letztere, weil die laufenden Erbteilungen sich ungünstig auswirkten (59) und sich zudem bei der Zehntauslieferung allmählich unhaltbare Mißstände einschlichen (60). Naturgemäß hatte die geistliche Administration durch den laufenden Gefällabgang besonders große Einbußen zu beklagen (61). Pfarrer und Schuldiener, die seit der Säkularisation aus dieser Verwaltung ihre in Fünftel aufgeteilten Besoldung erhielten, hatten sich oft mit spärlichen Teilabfindungen zu begnügen, was durch die Versorgung der im 17. Jahrhundert neu hinzukommenden katholischen Geistlichen noch verschlimmert wurde.

Unter der Beamtenschaft eines pfälzischen Amtes bietet sich ganz allgemein eine Gliederung in Justiz- und Kameralbeamte an (62), die allerdings für Sponheim zumindest von 1600 an nicht mehr zutrifft.

An der Spitze des Oberamtes stand der Oberamtmann (63), in der Regel von adeliger Herkunft und den weitverzweigten rheinischen „Amtmannsfamilien“ entstammend. Bürgerliche, die diese Stellung im 17. Jahrhundert erreichten (64), erhielten lediglich den Titel eines Oberamtsverwesers (65), auch, wenn ihre Anstellung dauernden Charakter hatte. Der Oberbeamte wurde vom Landesherrn persönlich ernannt, erhielt aber seine Besoldung aus den Gefällen des Amtes. Bis 1559 hatten sich Pfalz-Simmern und Baden gewöhnlich auf einen gemeinsamen Oberbeamten einigen können. Als 1560 die kurpfälzischen und simmerischen Fünftel vereinigt wurden, übernahm Friedrich von Simmern den sponheimischen Kur-Amtmann, was dann bis zum Dreißigjährigen Krieg beibehalten wurde. Bei dem Oberbeamten oder dessen Stellvertreter lag die Aufsicht über Amtsgerechssame und Regalien im allgemeinen, Geleit- und Zollwesen, Wildfänge, Bastardfälle, Musterungen, die Überwachung der Polizei- und Ehegerichtsordnung, Sozial-, Forst- und Münzwesen sowie Güter- und Grundstücksverkehr, Gerichtsexekution, Kontrolle der Bevölkerungsbewegung und Aufsicht über sämtliche Unterbehörden (66).

58) GLAK 77/9647.

59) STAKrn 762/1.

60) GLAK 77/9647 (1677). Natürlich ließ auch etwa die Qualität der Zehntweine zu wünschen übrig u. behinderte den Absatz; vgl. STAK 33/10243.

61) Vgl. GLAK 75/107 f291ff, f296, f311f.

62) Bolle 104; vgl. auch Lamprecht I, 2, S. 1410f.

63) Vgl. ebd. S. 381ff.

64) Zum Problem der Adelsverdrängung im landesherrlichen Beamtentum vgl. Demandt, Amt u. Familie 81.

65) Vgl. A. Roth, Rechtsverhältnisse d. Landesherrl. Beamten 19.

66) Nach d. Kurpf. Landesordnung (pass.).

Den weittragenden Verpflichtungen entsprechend waren auch die Geld- und Naturaleinkünfte gut bemessen (67), wozu noch ein ständig anwachsendes – weil von der Landesherrschaft kaum zu überwachendes – Akzidentalwesen trat, das in seiner Summierung den sponheimischen Amtleuten eine geradezu fürstliche Haushaltung direkt aufdrängen mußte (68).

Das Kameralwesen lag in Händen des ursprünglich gemeinschaftlich simmerisch-badischen Landschreibers und des kurpfälzischen Truchsessens. Der Landschreiber war seit 1437 für Gefälleinzug, Steuern, Gerichtsbußen und Domänenverwaltung verantwortlich (69). Als ursprünglich reiner Finanzbeamter blieb er bei der Exekution auf die Unterstützung des Amtmanns angewiesen. In seiner Funktion als Stellvertreter des häufig abwesenden Amtmanns fand er zum Rechtsprechungswesen sekundären Zugang. Neben dem gemeinschaftlichen Landschreiber stand zeitweilig ein von Simmern partikular bediensteter Keller.

Der kurpfälzische Kameralbeamte führte in Anlehnung an das bereits Ende des 13. Jahrhunderts von den Territorialverwaltungen aufgegriffene Hofamt des „dapifer“ (70) die in der neuzeitlichen Amtsverwaltung wenig gebräuchliche Bezeichnung „Truchseß“, und zwar vermutlich nicht nur zur Unterscheidung, sondern wohl auch als eine Bekundung des kurpfälzischen Prädominanzanspruchs vor den gräflichen bzw. fürstlichen Amtskollegen. Bezeichnenderweise wurden 1560 Titel und Stellung durch die ehemals herzoglich-simmerische Verwaltung übernommen. Ende des 16. Jahrhunderts ist der Titel Truchseß im ganzen Pfalzgebiet sonst nur noch im Oberamt Simmern zu finden (71), das ebenfalls zeitweilig unter kurpfälzischer und herzoglich-simmerischer Verwaltung stand. 1560 wurde der Landschreiber zu einem badischen Partikularbeamten. Er übernahm damit die undankbare Aufgabe einer badischen Interessenvertretung, ohne reale Unterstützung und selbst in den bedrohlichsten Situationen häufig ohne ausreichende Instruktion aus der fernen Markgrafschaft (72). Vielfach von den Kollegen mit Mißtrauen behandelt und gelegentlich sogar von allzu eifrigen pfälzisch Gesinnten am Leben bedroht (73), wurde der badische Landschreiber im Zuge des erwachenden pfälzischen Landesgefühls in zunehmendem Maße zu einer tragischen Beamtenfigur in-

67) Der kurpf. Oberbeamte erhielt um 1690 jährlich: 300 fl Besoldung, 280 fl Holzgeld, 30 fl Hauszins (= Wohnungszulage), 35 mltr Korn, 6 mltr Gerste, 60 mltr Hafer, 2 Fuder Wein; STAK 33/10251f.

68) Die aus d. 18. Jh. stammende unvollständige Aufstellung der Nebeneinnahmen des sponh. Amtmanns umfaßt bereits mehrere Seiten. Sie reicht von der festgelegten „Diskretion“ des neuangetretenen Stadtratsmitglieds bis zum jährlich abzuliefernden „Kölnischen Lebkuchen“ des Klosters Rupertsberg; vgl. STAKrn 777/4.

69) Mone, Beamtenordnung, ZGO 6 (1855) 391ff. Über die Stellung des Landschreibers in der bad. Landesverwaltung d. 15. u. 16. Jhs. vgl. Wielandt 567f. Baden besaß wie auch Sponheim u. die übrigen Nebenländer lediglich einen einzigen Landschreiber (ebd.).

70) Vgl. Vogt 277, Anm. 101, der den Sponheimer „dapifer“ Ingebrand (1270) aufführt. Vgl. auch O. Stolz, Der geschichtliche Inhalt der Rechnungsbücher der Tiroler Landesfürsten 1288-1350, Schlern-Schriften 175 (1957) S. 38. Unterbeamte konnten später die Benennung T. erhalten, wenn sie direkt zum Hof Naturalabgaben lieferten; vgl. HW 558.

71) Vgl. Kauw 7.

72) Vgl. STAK 33/15.

73) Vgl. GLAK 75/26 f7; GLAK 75/63.

nerhalb des Oberamtes (74). Es entspricht dem Wesen der in das Mittelalter zurückweisenden gemeinherrschaftlichen Verfassung, wenn die badische Position in Sponheim noch Ende des 17. Jahrhunderts in erstaunlichem Ausmaß von dem persönlichen Einsatz des Landschreibers abhängig blieb.

Die Besetzung des Amtsschreiberpostens wurde mit der Ausbreitung des Schriftlichkeitsprinzips in der mittleren und unteren Verwaltung dringlich. Seit 1590 taucht ein sponheimischer Amtsschreiber in den Hofgerichtsakten auf, welche Beschwerde wegen der Überschreitung seiner Amtskompetenzen führten (75). Als der einzige derzeitig gemeinschaftliche Oberbeamte übernahm er künftig die wichtige Verbindungsposition zwischen den pfälzischen und badischen Partikularbeamten. Aus der im Entstehen begriffenen Oberamtsregistratur (76) ergab sich seine Zuständigkeit für Rechtsüberlieferung, Herkommen und Brauch innerhalb des Amtsbezirks. Seit 1617 war er in Sponheim zur Ablegung eines Diensteides verpflichtet, über dienstliche Angelegenheiten wurde ihm die Schweigepflicht zur Auflage gemacht (77). Im 18. Jahrhundert versah der Amtsschreiber gleichzeitig die Landgerichtsschreiberei des Kreuznacher Amtes. 1769 dürfte die Stellung von der kurpfälzischen Regierung aufgehoben worden sein (78).

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, seien die übrigen Unterbeamten lediglich aufgeführt. Ihr Aufgabenbereich deckt sich mit dem ihrer Kollegen in den pfälzischen Nachbarämtern (79) und darf daher übergangen werden:

Zinsmeister, Schulmeister, Medicus (80), Advokat (81), Amtsbüttel, Amtsknecht, „Einspänniger“ (82), Amtsbote, Zöllner, Akziser, Ungelder, Waldförster, Forstknechte, Hühnerfänger, Hasenfaul, Wiesenwärter, Fachmeister, Waldschützen, Marktmeister, Küfer, Herbst- und Zehntschreiber, Holzfaktor, Nachrichten.

In Anbetracht des beschränkten Raumes, der eine erschöpfende Gesamtdarstellung der Oberamtsverwaltung nicht ermöglicht, sollen im folgenden lediglich am Beispiel des Jurisdiktionswesens, das uns infolge der engen Verbindung von Rechtsprechung und Verwaltung im Kanzleiverfahren des 16. und 17. Jahrhunderts besonders aussagekräftig erscheint, einige Längs- und Querschnitte aufgezeigt werden. Eine Gliederung bietet sich dabei durch die Zielrichtung der Appellationswege von selbst an. Das einleitende Kapitel über sponheimische Landesordnung und Landrecht will dazu den allgemeinen Rahmen abgeben.

74) GLAK 75/107 f144: „...Und darin im geringsten Nichts dubitiret, daß unter allen Oberbeamten deß hochfürstl. Hauß Baden ein Zeitlicher hiesiger landschreiber.. die aller oneroseste Und Verdrießlichste charge Zu Versehen gehabt habe“; (Colsons Denkschrift v. 1708).

75) GLAK 75/48 f35f.

76) Zu ihrem Aufbau vgl. Querfurth 33.

77) Die Amtsschreiberinstruktion v. 1617 hielt sich eng an die Verfügungen der kurpf. Landesordnung (STAKrn 777/1).

78) STAKrn 777/1.

79) Vgl. Bolle 106; Karst 197ff.

80) Seit 1544 ein Arzt im Amt (STAKrn 104/4).

81) Seit 1535 i. Amt vorhanden (ebd.).

82) 1620 war ein bad. E. vorhanden. Gemeint ist ein einzelner Reiter mit den Funktionen eines Amtsknechtes; vgl. Grimm, DW III, 301.

1. Vordersponheimische Landesordnung und Landrecht.

Das Bedürfnis nach Einheitlichkeit und Sicherheit in Verwaltungs- und Rechtswesen, letzteres im 17. Jahrhundert geradezu als Indiz landeshoheitlicher Befugnisse angesehen (1), führte in den Territorien zu der Aufstellung von Landrechten und Landesordnungen, die allmählich mit dem subsidiär angewendeten gemeinen Recht, den fürstlichen Verordnungen und den Rechtsgewohnheiten zu dem individuellen Rechtskörper eines Territoriums zusammenwuchsen (2).

Die Vordere Grafschaft Sponheim kam niemals in die Lage, ein eigenes, vollausgebildetes Landrecht zu besitzen, wie dies der größeren und bedeutenderen Hintergrafschaft möglich war. Relativ frühe Ansätze zur Schaffung einer einheitlichen sponheimischen Landesordnung dürften nicht zur vollen Ausführung gelangt sein (3). Während des für die Reform der landesherrlichen Verwaltungsorganisation äußerst fruchtbaren 16. Jahrhunderts (4) kam es lediglich zur Regelung von Teilgebieten der Sponheimer Justiz- und Landesverwaltung. 1530 wurde eine gemeine Hof- und Untergerichtsordnung aufgerichtet (5), 1547 folgte eine Waldordnung des verbotenen und gemeinen Soonwaldes (6), um 1556 eine Halsgerichtsordnung (7), 1572 eine Polizei- und Ehegerichtsordnung (8), 1575 eine Wiedertäufferordnung und 1582 abermals eine sponheimische Polizeiordnung (9), zugleich die letzte noch relativ eigenständige Territorialordnung in der Vorderen Grafschaft (10). Im gleichen Jahr erschienen in Kurpfalz selbst das Kurpfälzische Landrecht und die Landesordnung (11): große kompilatorische Sammelwerke, wie sie mit den beschränkten Möglichkeiten der Kleinterritorien im pfälzischen Einflußbereich nur schwer nachzuahmen waren und daher vielfach rezipiert wurden (12). Verständlicherweise wiesen die älteren sponheimischen Gerichtsordnungen be-

- 1) Frommann 146: „Et vice versa, qui jurisdictionem universalem in Territorio habet, is ipsum Territorium habere dicatur“.
- 2) Vgl. Kellner 123.
- 3) Vgl. d. Gutachten eines veldenzischen Rates hinsichtl. d. Sponheimer Erbes v. 24. 10. 1437, in dem er u. a. zur Abfassung einer Landesordnung riet; Bad. Reg. III (5610) 71f. Die sponheimische Verwaltungsordnung von 1437 ist lediglich als Ansatz zu einer der späteren Landesordnungen zu verstehen; Mone, Beamtenordnung, ZGO 6 (1855) 385.
- 4) Vgl. Aubin u. a., Gesch. d. Rheinlandes II, 32.
- 5) GLAK 75/23 f314. Unter Kurfürst Ludwig, Pfalzgraf Johann von Simmern u. Markgraf Philipp v. Baden. 1566 wurde letztere revidiert; GLAK 75/16.
- 6) Vgl. GLAK 75/95 (II). 1611 durch eine kurpfälz. Forst- und Waldordnung der unteren rheinpfälzischen Ämter Alzey, Kreuznach, Stromberg, Bacharach u. Kaub abgelöst. STAS Kurpf. Akten, Sect. Forest. 222. In der H. G. erst 1586 eine Waldordnung aufgestellt; vgl. Leonhard, Castellaun 93f.
- 7) GLAK 75/23 f314. Eine Vorläuferin der Kreuznacher Malefizordnung vom Ende d. 16. Jhs.; STAK 33/2442.
- 8) Unter Kurfürst Friedrich v. d. Pfalz u. Markgraf Philipp v. Baden aufgerichtet u. gedruckt; GLAK 75/23 f314. Von 1568 bis 1575 Gegenstand von Hofgerichtsberatungen; GLAK 75/18; 75/32 f299b.
- 9) Unter Pfalzgraf Ludwig u. Markgraf Philipp v. Baden aufgerichtet. 1582 bei Johann Spies zu Heidelberg im Druck erschienen.
- 10) Worunter eine organische Anpassung vorhandener Schemata an die sponheimischen Verhältnisse verstanden sein soll.
- 11) Häusser II, 127f. Eine pfälzische Landesordnung war bereits 1512 vorausgegangen; Mone, Beamtenordnung, ZGO 6 (1855) 385. Bad. Landesordnungen erschienen 1495 u. 1588, blieben aber ohne greifbaren Einfluß auf die V. G.
- 12) Über die Verbreitung des pfälz. Landrechts vgl. Kellner 131; K. Becker, Raumentwicklung 90.

trächtliche Mängel auf (13), wohingegen das Kurpfälzische Landrecht sich „seiner gerümbten perfection, aequitet Und ordnung, naher nachbarschafft“ wegen dem Kondominatsgebiet geradezu anbot (14). Auf dem Hofgericht von 1590 schlugen die pfälzischen Vertreter die Rezeption ihres Landrechts sowie der Landesordnung im Namen der Gemeinschaft vor. Johann Casimir wandte sich in der Angelegenheit eigens an Eduard Fortunatus (15), konnte jedoch die badischen Bedenken nicht zerstreuen (16). Die schwache Position Eduards Fortunats von Baden und die nachfolgende baden-badische Katastrophe in Sponheim führten dann zu einer, wenn auch wahrscheinlich nur gewohnheitsrechtlichen, Rezeption des Kurpfälzischen Landrechts (17), wobei die Ausbildung der sponheimischen Beamten in der Kurpfalz sich befördernd auswirken konnte. Baden scheint sich nach seiner Restitution mit diesem Zustand anfänglich zufrieden gegeben zu haben (18). In völliger Verkenntung der Situation war man des Glaubens, man könne sich in Sponheim des von Kurpfalz neu erworbenen Appellationsprivilegs (19) vorteilhaft mitbedienen, obwohl der Kreuznacher Landschreiber vor einer kurpfälzischen Auswertung des Privilegs im Sinne der gefürchteten Präpotenz eindringlich warnte (20).

In der gleichen Zeit lief am kaiserlichen Kammergericht ein Verfahren der Kreuznacher lutherischen Gemeinde gegen einen Ratsverwandten der Stadt (21), das rasch eine Bedeutung als Modellprozeß in der Frage der Gültigkeit des kurpfälzischen Landrechts für Sponheim erlangte. Da die Anfänge des Prozesses in die Zeit der pfalz-simmerischen Alleinherrschaft in Vordersponheim zurückreichten, war das Urteil in zweiter Instanz 1649 vom Lauterner Hofgericht gefällt worden. Als die lutherische Gemeinde beim kaiserlichen Kammergericht ein Appellationsverfahren anstrebte, weigerte sich Simmern unter Berufung auf die pfälzischen Appellationsprivilegien, die Akten auszuliefern (22). Mit einer simmerischen Interventionsschrift vom 28. 3. 1660 gewannen die Verhandlungen den Charakter einer Auseinandersetzung zwischen

13) GLAK 77/9647 (1556); STAK 33/2442 f4.

14) STAK 56/479 pag. 175 (1662).

15) Schreiben v. 14. 4. u. 3. 6. 1590. U. a. versicherte er, daß die Landesordnung Kurfürst Ludwigs „den Gottlichen undt Kayserlichen beschriebenen Rechten wie auch deß h. Reichß sazungen undt der billichkeit gemeß“ sei; GLAK 75/52.

16) Vgl. d. bad. Instruktion u. d. Kreuznacher Hofgerichtsabschied Jubil. 1592; GLAK 75/18; 75/48 f5.

17) Vgl. STAK 56/479 pag. 195, pag. 290. Das Landrecht sei niemals „pro lege sola“ beim Oberamt angenommen worden. Ein 1657 von der Mainzer Juristenfakultät in einer Kreuznacher Testamentsangelegenheit errichtetes Gutachten stellte fest, daß das betr. Testament 1637 nach kurpf. Landrecht errichtet wurde; ebd. pag. 88. Bei Norbert Hasselwander: Aus der Gutachter- und Urteilstätigkeit der Universität Mainz, Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz, Bd. 3 Wiesbaden 1956, unter den nachweisbaren Fakultätskonsilien und -responsen (S. 26f) nicht erwähnt.

18) GLAK 75/22 f179.

19) 1652 räumte Ferdinand III. dem kurpf. Hofgericht das privilegium de non appellando ad Camer. Spir. ohne Einschränkung für alle Streitsachen im Gebiet der Unterpfalz ein; vgl. d. Kurpf. Landrecht (1700) S. 205ff. Die Stellungnahme der bad. Kanzlei deckte sich nicht mit einer gleichzeitigen Behandlung dieser Frage am Reichskammergericht (s. u.). Die kurpfälz. Appellationsprivilegien fanden auch auf Simmern Anwendung; STAK 56/821.

20) Vgl. für d. J. 1662 STAK 33/2443.

21) Gegen Conrad Culmann in einer Nachlaßsache. Der eigentliche Prozeßgegenstand trat während der Verhandlungen bald in den Hintergrund. Zu Anfang d. J. 1669 war der Streit noch nicht entschieden; STAK 56/479 pag. 679f. Für die Kreuznacher luth. Gemeinde wurde der Prozeß fast zu einer finanziellen Existenzfrage; ebd. pag. 148.

22) STAK 56/479 pag. 59ff.

den pfälzischen und badischen Kondominatsherrn, wobei Markgraf Wilhelm von Baden als kaiserlicher Kammerrichter (23) und die klagende lutherische Gemeinde in die Position der badischen Interessenvertretung gedrängt wurden (24). Die Argumentation der simmerischen Kanzlei krankte an der Schwierigkeit, die Gültigkeit der im pfälzischen Landrecht inserierten Appellationsprivilegien für Sponheim eindeutig zu beweisen. Man behauptete kühn, daß das pfälzische Landrecht neben dem gemeinen Recht seit Menschengedenken an den sponheimischen Gerichten in Kraft sei und konnte sich dabei auf ebenso feierliche wie falsche Beurkundungen der Kreuznacher und Kirchberger Stadtgerichte stützen (25). Der Fund der alten sponheimischen Hof- und Untergerichtsordnung im August 1662 bedeutete praktisch die Entscheidung gegen die simmerische Kanzlei, die nun unter der Androhung der Reichsacht einlenken mußte (26).

Die Annahme einer gemeinschaftlichen Landes- und Untergerichtsordnung und die Verbesserung der alten Hofgerichtsordnung standen auf der Tagesordnung des Hofgerichts von 1664 (27). Der Entwurf einer gemeinschaftlichen pfälz-simmerisch – markgräflisch-badischen Landesordnung des folgenden Jahres schloß sich im wesentlichen der kurpfälzischen Vorlage an; bei der Abfassung des Landrechts sollte die eigene sponheimische Entwicklung des Gerichtswesens berücksichtigt werden (28). Einen bindenden Beschluß vermochte das Hofgericht des gleichen Jahres nicht zu fassen (29). Nach 1670 setzte Kurpfalz zu neuen Anstrengungen hinsichtlich einer Einführung seiner Landesordnung an, die sich auch auf die sponheimischen Nachbargebiete auswirkten (30). Um 1675 fand die Kurpfälzische Landesordnung offiziell und definitiv in der Grafschaft Eingang (31), wobei ungewiß ist, ob sie als Gesamtkorpus oder auf bestimmte Teilgebiete beschränkt angenommen wurde. Die Zeit einer aktiven badischen Mitbildung an dem individuellen Verwaltungs- und Rechtssystem der Grafschaft war damit faktisch vorüber. Bei den Verhandlungen über die Neuauflage der pfälzischen Polizeordnung für

23) Von 1652 bis 1676. Vgl. Smend, Kammergericht I, 245 Anm. 3.

24) Vgl. STAK 56/479 pag. 196, pag. 162. Nach einem kammergerichtl. Interlokut v. 21. 3. 1662 mußte Pfalz beweisen, daß das Kurpf. Landrecht einschließlich der Appellationsprivilegien in Sponheim in Übung sei; ebd. pag. 162, pag. 167. — Über die beschränkten legalen Befugnisse des Kammerrichters u. seine Einwirkungsmöglichkeiten auf die Prozeßentscheidung: Smend I, 247-255.

25) In der Kreuznacher Beglaubigung (v. 22. 4. 1662) wurde versichert, daß man die Protokolle ergebnislos auf einen Verstoß gegen die pfälzischen Privilegien überprüft habe. Von Kirchberg aus will man gar „ohn geacht alles fleißigen nachschlagen in den uhralten Protokollis“ für den Ablauf von mehr als 100 Jahren nichts dergleichen gefunden haben. Die lutherische Partei konnte darauf hinweisen, daß auch in Thüringen, Pommern, Preußen u. der Mark Brandenburg das kursächsische Landrecht spontan befolgt werde, ohne daß man aber dabei in den Genuß der ausschließlich sächsischen Appellationsprivilegien komme; STAK 56/479 pag. 171, 176, 279, 285f.

26) Ebd. pag. 301ff.

27) GLAK 75/18.

28) GLAK 75/382 (1665).

29) GLAK 75/18.

30) Besonders Kurmainz war davon betroffen, nach dessen Darstellung Kurpfalz die Landesordnung sowohl in der Gemeinschaft Wöllstein als auch im Amt Neu-Bamberg einführen wollte (1673); STAD Salb. Rheinhess. 81b, f39.

31) STAKrn 762/1; GLAK 77/9647; STAK 33/10471.

die sponheimischen Gebiete im Jahre 1682 fand dies seine Bestätigung (32). Die in den Jahrzehnten kurpfälzischer Alleinherrschaft vorgegangene widerstandslose Aufnahme der kurpfälzischen Landesordnungen entwickelte aller späteren Resistenz des wiedereingeführten Kondominus zum Trotz einen solchen Sog, daß er sich schließlich in der ausdrücklichen und förmlichen Publikation der kurpfälzischen Ordnungen auswirken mußte (33). Obwohl die badischen Hoheitsrechte hierdurch keine sichtbare Beeinträchtigung erfuhren, war ein kurpfälzischer Erfolg hinsichtlich der Schaffung eines einheitlichen Rechts- und Verwaltungsgebietes in der Randzone seines Territoriums nicht von der Hand zu weisen. Zweifelsohne wird damit der Charakter des sponheimischen Gebiets im Sinne eines Kurpfalz anhängenden Teilterritoriums eine bedeutende Stärkung erfahren haben.

2. Die Untergerichtsverfassung.

a) Die Ortsgerichte.

Die sponheimische Beamtenordnung von 1437 gestattet einen Einblick in die spätmittelalterliche Untergerichtsverfassung des Gebiets. Sie birgt in ihrer Gesamtheit durchaus schon Ansatzpunkte der Kräfte, die in der allgemeinen Neuorganisation der Lokalverwaltung im 16. Jahrhundert zutage traten (1). Dem sponheimischen Amtmann oblag die Aufsicht über die verschiedenen Gerichte, auch lag die gerichtliche Zwangsgewalt bei der Urteilsvollstreckung in seiner Disposition. Jeder Schultheiß hatte vierteljährlich Verzeichnisse der begangenen Frevel zusammen mit der Straferkenntnis an das Amt einzu- liefern. Ohne Wissen des Amtmanns durfte kein Ortsgericht Frevel setzen. Der Amtmann sollte diese dann im Beisein eines Schultheißen und anderer ehrbarer Leute verteidigen (2). Die doppelambivalente (3) Stellung des Schultheißen war damit angelegt: er war einerseits herrschaftlicher Unterbeamter mit einer Reihe von nicht unbedeutenden Pflichten, andererseits aber auch gewählter Vertreter der vorhandenen dörflichen Selbstverwaltung. Seinem Aufgabenbereich entsprechend war er sowohl Richter, d. h. Vorsitzender des

32) Es handelte sich hierbei um die üblichen Sitten- u. Luxusgesetze, wie sie im 16. Jh. der landesväterlichen Sorge um das geistige u. leibliche Wohl der Untertanen entsprangen, die nun den veränderten Bedingungen angepaßt werden sollten. Neben dem kurpf. Truchsessern waren die Kreuznacher reformierten Geistlichen als Gutachter mitbeteiligt. Die bad. Beamten beschränkten sich auf kritikloses Einverständnis; GLAK 75/324.

33) Andere Möglichkeiten der Regelung über die Einführung eines Landrechts in Kondominats- herrschaften: Kellner 138.

1) Vgl. Below 206ff.

2) Mone, Beamtenordnung, ZGO 6 (1855) 388. Teidingen, tädigen usw. = gerichtlich verhandeln, übereinkommen usw. (Grimm, DW XI, 1, Sp. 234). Freveltädigung hier im Sinne von Festlegung u. Einzug der (Geld)-Strafen; ebd. IV, 175 (Frevel); vgl. auch Grimm, Dt. Rechtsalterthümer II, Darmstadt 1956 (Neudruck) 354f.

3) Der ungewöhnliche Ausdruck „doppelambivalent“ soll von der „einfachen“ Ambivalenz einer Amtsstellung, etwa im Sinne der von Ingeborg Streitberger im Rahmen ihrer Untersuchung über das Amt des königlichen Prätors von Straßburg für diesen Beamten aufge- zeigten Funktion, unterscheiden.

Dorf- oder Bezirksgerichts (4), als auch Verwaltungsbeamter, wobei ihm Rechnungsführung und Gefällverwaltung seines Bezirks anvertraut wurden. Die Rezeption des römischen Rechts und die damit verbundene Einführung einer Appellationsmöglichkeit von den Untergerichten aus ließ eine Umgestaltung des sponheimischen Untergerichtswesens notwendig werden. Vincula Petri 1530 erschien eine erste vordersponheimische Untergerichtsordnung im Druck, 1566 erfuhr sie eine Erweiterung und Abänderung und blieb in dieser Fassung vermutlich bis zur Annahme des Kurpfälzischen Landrechts gültig.

Bei aller Sorge um ein funktionsfähiges Gerichtssystem sind die Bestrebungen um die Erhaltung einer Beteiligung der des römischen Rechts unkundigen Landschöffen an der Rechtsprechung nicht zu verkennen. Sie dürfen wohl im wesentlichen mit der allgemein zu beobachtenden Überbeanspruchung der extrajudizialen Amtsverhöre (5) zu erklären sein (6), kamen dann aber auch der besonderen Struktur des Hunsrück-Gebietes entgegen. Rechtsstreitigkeiten waren zuerst gütlich vor den Schultheißen zu bringen, erst bei dessen Unfähigkeit (7) sollte das Amt in Anspruch genommen werden (8). Beim Austrag eines Streites sollte der Kläger die Klage am Gerichtsort des Beklagten einreichen, wobei allerdings die tatsächliche Konzentration der Prozesse am Kreuznacher Stadtgericht dieser Regelung widersprach. Die Beweisaufnahme hatte in sechs Terminen nach vorheriger schriftlicher Fixierung der Klage (9) durch einen hinzugezogenen Rechtsgelehrten zu erfolgen. Um die Zahl der aus Unvermögen gefällten Fehlurteile in erträglichen Grenzen zu halten, hatten Schultheiß und Schöffen die Verhandlungsunterlagen zur Aufrichtung des Endurteils an Rechtsgelehrte zu überweisen. Appellationen an das Kreuznacher Hofgericht mußten innerhalb einer Frist von dreißig Tagen erfolgen. Gerichtssitzungen sollten in einem vierzehntägigen Turnus stattfinden. Wie wenig die des römischen Rechts unkundigen sponheimischen Landschöffen ihrer Aufgabe gewachsen waren, zeigte die Gepflogenheit, sich wiederum ungelehrter Mittelpersonen zu den Juristen zu bedienen, um sich in ihrer Unkenntnis nicht bloßzustellen. An den sponheimischen Untergerichten „procurierten“ und „advocierten“ zuweilen Leute, die weder schreiben noch lesen konnten und für ihre Tätigkeit noch eine einträgliche Belohnung einstrichen

4) Die Größe der einzelnen Gerichtsbezirke differierte in der V.G. erheblich. Auf der dichter besiedelten Gauseite des Oberamts überwogen die 7-Richterorte, die Zwölfzahl der Schöffen des Fleckens Sprendlingen war möglicherweise auf seine Verbindung mit der Nachbargemeinde St. Johann zurückzuführen. Auf der Waldseite beschränkten einzelne Gemeinden die Schöffenzahl auf 4 und weniger. In den sehr schwach besiedelten Unterämtern sicherten die größeren Pflege- od. Amtsgerichtsbezirke die personelle Besetzung der Untergerichte. Für das spätere kurpf. Unteramt Böckelheim waren die Stadtgerichte von Waldböckelheim, Sobernheim, Monzingen u. Odernheim charakteristisch. STAKm 763/1; Widder IV, 114, 122f, 126f, 132; (vgl. Abb. im Anhang).

5) Vgl. Kap. 3 (unten).

6) Vgl. Aubin u. a., Gesch. d. Rheinl. II, 39f.

7) D. h. bei vorliegender Unkenntnis oder verwandtschaftlicher Beziehung eines der Gerichtsmitglieder mit einer der streitenden Parteien, was in kleineren Gemeinden sehr häufig zutraf.

8) So war die Regelung noch 1592; vgl. GLAK 75/48 f21.

9) Die Einführung des Schriftlichkeitsprinzips hatte sich mit der Herausbildung eines Appellationsweges vom Untergericht an das sponh. Hofgericht als unumgänglich erwiesen, es wurde jedoch bis in d. 17. Jh. nur mangelhaft befolgt (vgl. auch Bader 61). Die Gerichtsbücher der sponheim. Dorfgerichte gehen z. T. in das 15. Jh. zurück. Das Frei-Laubersheimer Gerichtsbuch beginnt mit dem 1. März 1482 (STAK 33/2435).

(10). Diese vollkommen sachunkundigen Pseudoadvokaten zogen meist wiederum ihre im Rechtsstudium ausgebildeten „Kollegen“ hinzu, was sich als Verteuerung und Verschleppung auf den Prozeßverlauf auswirkte (11).

Ganz allgemein darf man sich über die praktische Ausführung der vom Gemeinrecht her bedingten Verordnungen für die dörflichen Untergerichte in Vordersponheim keine übertriebenen Vorstellungen machen. In der Beibehaltung, ja der teilweise noch bis zum Ende des 17. Jahrhunderts angestrebten Neukonzipierung von Ortsweistümern (12) zeigte sich, wie beharrlich die Untergerichte an den deutsch-rechtlichen Grundsätzen festhielten. Der überkommene deutsch-rechtliche Charakter der Rugverfahren wurde auch durch die späteren kurpfälzischen Landrechte nicht beseitigt (13). Zumindest bis zum Ende des 17. Jahrhunderts muß im sponheimischen Gebiet dem örtlich überlieferten Recht noch eine – wenn auch reduzierte – Wirksamkeit zugestanden werden (14). Der Übergang der Grafschaft an Kurpfalz im Jahre 1600 löste hinsichtlich der Untergerichtsinstitutionen keine wesentlichen Änderungen aus. Die Verfügungen der kurpfälzischen Untergerichtsordnung sind für die sponheimischen Verhältnisse lediglich als Maximal- und Idealorderungen zu verstehen. Hier wirkte sich der geringe Einfluß, den Landesherrschaft bzw. gemeinschaftliches Oberamt auf die personelle Ergänzung der Ortsgerichte ausübten, verbunden mit einer durch die beschränkten dörflichen Verhältnisse an sich schon geringen Auslesemöglichkeit (15), sehr nachteilig aus. Wurden die finanziellen Voraussetzungen für das Schultheißenamt einigermaßen gesichert (16), so blieb es mit den rein technischen Voraussetzungen weiter übel bestellt (17). Die Tätigkeit der Schöffen erfolgte

10) Nämlich 2 rthl „volauß für sich und ire Clepper, die ire etliche daruf, hin und her uff die gerichtstäg zu raiten halten, der gedruckten untergerichtsordnung, auch aller Ehrbar- und Billigkeit zuendgegen“; GLAK 75/16 (zur sponheim. Untergerichtsordnung v. 1566).

11) Ebd.

12) So bei Hackenheim (STAK 33/2435).

13) Vgl. Kurpf. Landesordnung (1700) 92; vgl. auch Baders Beobachtungen (Prechtal 72, 108).

14) Inzwischen hatte sich auch die Eingliederung mehrerer Gemeinden als vordersponh. Untergerichtsbezirke vollzogen, die 1437 zumindest noch teilweise amtsfremder Gerichtsbarkeit unterstanden; vgl. d. Weistümer der Orte Gutenberg, Hargesheim, Roxheim, Traisen, Rüdesheim, Auen, Braunweiler u. Bockenau. STAK 33/2435; Mone, ZGO 17 (1865) 182). Auf der Gauseite wickelte sich der Prozeß erheblich früher ab; in den Unterämtern (Naumburg!) konnte er dagegen teilweise vor der französ. Verwaltungszeit nicht mehr zum Abschluß gelangen.

15) Selbst Ortsfremde u. die Verwalter der adeligen Freihöfe, deren gerichtliche Immunität respektiert werden mußte, wurden von den Gemeinden zur Besetzung der Gerichte herangezogen; STAK 33/10474; 33/10478.

16) 1601 erhielten in Zotzenheim die Bürgermeister jährlich 2 fl u. 18 alb aus der Gemeindebede, Schultheiß u. Büttel 12 alb, Schultheiß u. Bürgermeister als Gerichtsschreiber 6 alb (STAK 33/2435; vgl. auch d. Frei-Laubersheimer Gerichtsweistum, ebd.). Bedeutend einträglicher dürften die bei der sog. freiwilligen Gerichtsbarkeit erhobenen Gebühren gewesen sein. Auch Akzidentalien werden genannt (so vom Oberamt eine halbe Elle „Strumpftuch“, das bei den niederen Beamten die „Dienstpferde“ zu ersetzen hatte). Zudem wurden die einträglichen Nebenämter eines Akzisiers oder Zöllners oft von den Schultheißen mitversehen; GLAK 75/18; STAK 33/10417. Den Schultheißen eignete zeitweilig Personalfreiheit u. Freizügigkeit.

17) In den Soonwalddörfern fehlte i. 17. Jh. vielfach noch das Rathaus. Gerichtstage wurden häufig in der Wohnung des Schultheißen abgehalten, die „Gerichtskiste“ wurde im Schulhaus aufbewahrt. Gerichte, die über keinen Schreiber verfügten, blieben auf den Kreuznachter Landgerichtsschreiber angewiesen, der durch das Oberamt oder die Versammlung der Schultheiße u. Faute des Amtes angenommen wurde; STAK 33/10473.

noch Ende des 17. Jahrhunderts ohne Bezahlung (18). Die wirtschaftlichen Auswirkungen und die beträchtlichen Bevölkerungsverschiebungen im Gefolge des Dreißigjährigen Krieges unterbanden zeitweilig die dörfliche Gerichtspflege ebenso wie eine ordnungsgemäße Durchführung der Verwaltungsaufgaben. Noch 1664 mußte das Kreuznacher Hofgericht zu einer Verfügung greifen, deren bescheidenes Ziel die Wiedereinführung der Untergerichte in allen Gemeinden bildete (19).

An Aufgaben fehlte es nicht. Waren die Schöffen in der zivilen Rechtspflege tatsächlich fast machtlos geworden, so stellten sich ihnen auf den Gebieten der dörflichen Verwaltung sowie der freiwilligen Gerichtsbarkeit umfangreiche Aufgaben. Besonders in den durch ihre Lage begünstigten Gau-Gemeinden des Oberamts war es zur Ausbildung einer Verwaltung gekommen, die in ihrer Differenzierung durchaus an die Administrationsmöglichkeiten einer Stadtgemeinde des Hunsrückgebietes heranreichte. Neben Schultheiß und Schöffen (20) waren Bürgermeister (21), Zöllner, Akziser, Feldmesser, Büttel, Gemeindehirten, Nachtwachen (22) und eine Feuerwehr (23) vorhanden. Dem Gericht oblagen die Besorgung des Gemeindevermögens, des herrschaftlichen und des Gemeindeeinkommens sowie die Legalisierung des privaten Grundstücks- und Geldverkehrs. Es regelte Fron, Auflagenverteilung und Bürgeraufnahme und hatte über die Gemarkungsgrenzen zu wachen (24). Mit der Verleihung eines Gerichtssiegels (25) wurde ihm eine besondere fides publica erteilt.

b) Das Kreuznacher Stadtgericht.

Das Kreuznacher Schöffengericht, dessen Anfänge bis in das 13. Jahrhundert zurückzuverfolgen sind (1), bildete während des Mittelalters das vornehmste und am häufigsten beanspruchte Gericht der Vorderen Grafschaft Sponheim (2). Seine durchschnittliche Vollbesetzung mit 14 Schöffen (3), der starke

18) Im 18. Jh. wurde die Besoldung von Schultheißen u. Schöffen durch Diätgelder geregelt; 934/1.

19) GLAK 75/18.

20) Meist „Gerichte“ oder auch „Berichter“ genannt.

21) Ein Abkauf des Amtes durch den Kandidaten war möglich. Die Dorfbürgermeister wurden alljährlich gewählt. Nachteile einer solchen Einrichtung liegen auf der Hand: „Da kommt dan oft ein dumkopf oder Lump zum Amte. Keiner beißet den andern: dann sonst würde er über ein paar Jahre von demselben wieder gebissen. Da giebet es dann Ausstände über Ausstände, ein Bürgermeister übergiebet dieselben seinem Nachfolger, so kommen sie aus einer Hand in die andere, werden alt und gehen Verlohren“; GLAK 75/377 (1765).

22) In Pfaffen-Schwabenheim an Dorfbewohner gegen Naturalbesoldung übertragen; STAD Gerichtsb. Rheinl. Nr. 88.

23) In Pfaffen-Schwabenheim ist i. 18. Jh. eine Feuerwache unter der Bezeichnung „Feuerläufer“ greifbar. Sie rekrutierte sich aus der „Jungen Mannschaft“ u. unterstand einem Hauptmann. Die Mitglieder dürften jährlich gewechselt haben; STAD ebd.

24) Vgl. d. Aufstellung der Aufgaben der salm-kyrburgischen Schultheiße u. Schöffen bei K. Becker, Raumentwicklung 91.

25) Sämtliche im Kreuznacher Amt i. 18. Jh. gebräuchlichen Dorfgerichtssiegel sind aus der Zeit von 1600 (Rüdesheim) bis 1705 (Oberhilbersheim), wobei offensteht, inwieweit möglicherweise vor 1600 andere Siegel in Gebrauch waren. STAK 33/10255 (Abrechng. der Amtsschultheißereien für die Oberamtstruchsesserei mit den Gerichtssiegeln der Amtsdörfer).

1) Vogt 264f, 268, 285f; Querfurth 5.

2) Selbst die sponheim. Grafen vollzogen i. 13. Jh. ihre Rechtshandlungen vor dem Stadtgericht; vgl. Vogt pass.

3) STAKrn 104/4 (Weck- u. Weinbuch d. Stadt Kreuznach); Velten, Recht u. Gericht, Krzn. Hbltr. 2/56, S. 2f; vgl. Maurer 45.

landesherrliche Einfluß durch die Bestellung des Gerichtsvorsitzenden (4) und die Mitwirkung des Oberamts bei der Wahl der Schöffen (5) bildeten bei nicht überbetonter Kontrolle auch im 15. und 16. Jahrhundert eine gewisse Garantie für eine Leistungsfähigkeit, wie wir sie bei vergleichbaren Stadtgerichten, die jenem ausgeprägten Dualismus nicht unterworfen waren, sehr viel weniger antreffen. Die allgemeine Beobachtung, daß den Schöffengerichten der Landstädte zugunsten der freiwilligen und kostenlosen Amtsverhöre nur wenige Zivilprozesse vorbehalten blieben (6), trifft für Kreuznach bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts keineswegs zu. Die Kreuznacher Bürgerschaft sowie die in der Stadtgemarkung begüterten Ortsfremden hatten im Stadtgericht ihre zuständige Gerichtsstelle (7). Bis in das 17. Jahrhundert blieb es dazu in Zivilangelegenheiten auch das bevorzugte Gericht für die Einwohnerschaft der übrigen Vordergrafschaft einschließlich des ansässigen Adels, die hier für ihre Handel auf dem Vergleichswege eine Entscheidung suchten (8). Über die Burgleute erstreckte sich die städtische Jurisdiktion, soweit es den Burghausbesitz anging, nicht, wohl aber unterlagen ihr deren bürgerliche Güter (9). Auch die Soldaten der Festung Kauzenburg unterstanden unter Umständen dem Stadtgericht (10). In eigenen Angelegenheiten durfte das Stadtgericht nicht Richter sein (11). Es hat zudem alles mit Vorwissen der Amtleute zu verhandeln (12). Die Appellation wegen eines vom Rat gefällten Spruchs gehörte an das Hofgericht (13), dem Oberamt standen in diesem Falle keinerlei Inhibitionsrechte zu (14).

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts verringerte sich die Bedeutung des Kreuznacher Stadtgerichtes infolge zahlreicher Eingriffe des Oberamtes zunehmend. Den Vorwand hierzu lieferte die notgedrungen unregelmäßige Administrierung der städtischen Justiz in den Kriegs- und Nachkriegsjahren (15). Bereits um 1680 war das Stadium erreicht, daß lediglich noch die geringen Frevel und Vergehen von den städtischen Schöffen abgeurteilt wurden, während gewichtigere Straffälle durch den Oberschultheißen dem Amt mitzuteilen waren (16). Auch über den Einzug der Strafgerichte kam es zu Unstimmigkeiten. Schon im Hofgerichtsabschied von 1577 waren dem Stadtgericht die Einnahmen aus Strafen als herrschaftliches Regal abgeschlagen

4) Über die Stellung des Kreuznacher Oberschultheißen vgl. Maurer 18; Querfurth 7.

5) Das Oberamt bestätigte einen von zwei städtischerseits vorgeschlagenen Kandidaten; Maurer 45; Querfurth 7.

6) Aubin u. a., *Gesch. d. Rheinl.* II, 40.

7) Für die Bürgerschaft war die Verpflichtung, Streitigkeiten vor einem Kreuznacher Gericht zu verhandeln, im Bürgereid festgelegt; Maurer 52. Das Stadtgericht war erste Instanz in civilibus u. für die freiwillige Gerichtsbarkeit zuständig.

8) Vgl. STAKrn 161/1 (Stadtprivileg v. 1751).

9) Hofgerichtsabschied v. 1668, § 6 (STAK 33/10471).

10) STAKrn 762/1. 1676 erfolgte die Auslieferung eines Soldaten an die Stadt, der seine Frau, wahrscheinlich eine Kreuznacherin, in einen Brunnen geworfen hatte.

11) Klagen gegen das Stadtgericht wurden beim Hofgericht vorgebracht; STAK 56/1114 (1517).

12) GLAK 75/24 f246'.

13) Über die früheren Beziehungen zum Ingelheimer Oberhof vgl. Adalb. Erler, *Die älteren Urteile des Ingelheimer Oberhofes*, Frankfurt 1952, S. 31f, pass.

14) Anders verhielt es sich mit den Ratsdekreten, deren Ausführung vom Oberamt gehindert werden konnte; STAK 33/10473.

15) STAK 33/584. In den letzten 7 oder 8 Jahren sei in Kreuznach kein Gerichtstag gehalten worden, so daß sich endlich das Oberamt der Rechtssuchenden angenommen habe (1659).

16) STAK 33/10472.

worden (17). 1598 wurde der Beschluß dahingehend modifiziert, daß in bestimmten Fällen die geringen Frevelgelder der Stadt verbleiben durften (18). Die nachfolgenden politischen Verschiebungen in der Grafschaft ermöglichten der Stadt, sich vorläufig über die Bestimmungen hinwegzusetzen. Erst 1656 und in den folgenden Jahren (19) kam es im Rahmen der simmerisch-badischen Vergleiche wieder zu einer Regelung im Sinne der alten Hofgerichtsabschiede (20). Lediglich Rügestrafen scheint man der Stadt späterhin noch zugestanden zu haben (21). Die kurpfälzischen Verwaltungsmaßnahmen nach der Teilung von 1707/08 waren nicht dazu angetan, die Stellung des Stadtgerichts zu stärken. Im Gegenteil zog das Oberamt in zunehmendem Maße auch bürgerliche Streitigkeiten an sich (22). Erst im Kreuznacher Stadtprivileg von 1751 wurde durch die Verfügung, das Stadtgericht habe wie ehemals alle bürgerlichen Prozesse rechtmäßig zu führen, die Möglichkeit zu einem erneuten Auftrieb dieser städtischen Institution gegeben (23).

Neben dem Kreuznacher Stadtgericht war in der Vorderen Grafschaft noch das Kirchberger Stadtgericht vorhanden (24), das jedoch im Vergleich zu der Kreuznacher Einrichtung auch im engeren Bereich unbedeutend und zumindest zeitweilig schlecht administriert war (25).

3. Die gerichtliche Funktion des Amtes.

Die gerichtliche Funktion des Kreuznacher Oberamtes ist infolge der Konkurrenz einer ausgesprochenen Appellationsinstanz, wie sie in dem vorder-sponheimischen Hofgericht geschaffen wurde, nur unscharf zu fassen. Dies ist weniger auf mangelndes Quellenmaterial, als auf die allseits übliche Vermengung von ausgesprochenen Jurisdiktionen mit Angelegenheiten der Verwaltung zurückzuführen. Das Oberamt als eine mit richterlicher Befugnis ausgestattete Instanz ist aus der Schwäche und dem Versagen des sponheimischen Hofgerichts verständlich. Auch in Sponheim ließ sich ursprünglich als Grundprinzip festhalten, daß dem Amtmann keinerlei richterliche Befugnisse zustehen sollten (1). Aber als der allseitige Vertreter der Landesherrn im Amtsbezirk sah er sich in wachsendem Maße der Aufgabe gegenüber, im Extrajudizialverfahren in der Rolle eines Schiedsrichters auf eine

17) GLAK 75/24 f244-247'.

18) GLAK 75/387 f80'f. Der Frevel durfte einen Gulden nicht überschreiten und mußte sich auf dem Kornmarkt zugetragen haben (Hofgerichtsabschied v. 1598, Art. 66).

19) Bezeichnend für die Übergangsperiode ist die Beschwerde eines Bürgers, der 1656 von Stadtgericht u. Amt gleichzeitig mit Frevelgeld belegt wurde; GLAK 75/387 f80'f.

20) GLAK 75/24 f244f, f282'; 75/387 f80'f. Der Oberschultheiß hatte die Aufstellungen über zu erhebende Strafgeelder jeweils dem Oberamt auszuhändigen.

21) STAKrn 766/1 (1667).

22) Vgl. STAKrn 161/1 (Stadtprivilegium v. 1751).

23) Ebd.; Maurer 92.

24) Über dessen Anfänge vgl. Vogt 273.

25) Ein Bericht des bad. Truchsessens zu Kirchberg, Bockenheim, kritisierte, daß der Schultheiß mit seinen Gerichten die Amtstage nicht auf dem Rathaus abhielt, sondern sich alle Angelegenheiten unter Zuzug einiger Freunde vornahm und die Urteile privat in seinem Hause ausstellte; GLAK 75/525 (1652).

1) Lamprecht I, 2, S. 1330 weist auf den Zusammenstoß von Schöffengerichtsverfassung u. territorialem Beamtentum hin. — Möglicherweise war die Regelung in der H. G. anders. Baldes (S. 113) zeigt für Birkenfeld, daß hier das Amt die bürgerliche Gerichtsbarkeit in erster Instanz hatte.

gütliche Einigung der streitenden Parteien hinzuwirken (2). Die sponheimische Beamtenordnung von 1437 stand der späteren Entwicklung dabei nicht im Wege (3). Im 16. Jahrhundert blieb es der Bevölkerung im allgemeinen freigestellt, „geringe“ und „liederliche“ Streitfälle vor das Amt zu bringen, nachdem die Amtsschultheiße diese nicht zu bereinigen vermochten (4). Das als gütlicher Vermittlungsversuch gedachte Amtsverhör bildete eine freiwillige und auch gern benutzte Zwischeninstanz zwischen dem Urteil des Untergerichts und einer eventuellen Appellationsverhandlung am Hofgericht (5). Bemerkenswert war die den üblichen Gepflogenheiten entgegenstehende Tatsache, daß die Kreuznacher Bürger allgemein nicht die Wahl zwischen Stadtgericht und Amtsverhör als Gerichten erster Instanz hatten, sondern in jedem Falle auf das städtische Schöffengericht angewiesen blieben (6). Infolge des Kondominatscharakters des sponheimischen Gebietes wurde vermutlich sehr bald auch für die Amtsverhöre das geeignete Kollegialprinzip eingeführt. 1592 drängte man von Seiten Badens darauf, daß diesen auch Truchseß und Landschreiber beiwohnen sollten (7). Gerade in einem Kondominium mußte sich als unmittelbare Folge des kollegialen Prinzips eine relativ große Unparteilichkeit im Urteilsspruch ergeben. Auch in der Besetzung der Oberämter wurde durch die Heranziehung ausgebildeter Juristen und die Errichtung einer Oberamtsschreiberstelle den richterlichen Aufgaben Rechnung getragen. Von dem Idealbild einer wohlorganisierten Gerichtsinstanz war die Einrichtung jedoch weiter entfernt, als es die vielen positiven Bemühungen erwarten lassen. Die mangelhafte Führung der Amtsprotokolle, in denen Klage, Rede und Gegenrede, Beweisführung und Urteilsspruch vermerkt werden sollten, gab verschiedentlich zu Beschwerden Anlaß. Auch die Regelmäßigkeit, mit der die Amtstage gehalten wurden, ließ zu wünschen übrig. Genügte doch unter Umständen die Unpäßlichkeit eines Oberbeamten, um die Gerichtskonvente zu verhindern (8). Als nach dem Westfälischen Frieden die Reorganisationsversuche der Verwaltung in Sponheim einsetzten, war man sich im Prinzip darüber im klaren, daß Appellationen von gerichtlichen Bescheiden und Urteilen nicht an das Oberamt zu gehen hatten, „so keine Instantiam jemahlß gehabt“, sondern an das Kreuznacher Hofgericht (9). Der gütliche Vergleich auf dem Wege eines Schiedsspruchs durch das Oberamt wurde natürlich beibehalten. Andere Amtsangelegenheiten, die nicht direkt den Judizialbereich angingen, sollten vom Oberamt weiterhin examiniert und notfalls an die Kanzleien weitergeleitet werden (10). Sollte also das Oberamt als erste Appellationsinstanz nur in Ausnahmefällen fungieren, so mehrten sich auf Grund der seltenen Hofgerichtszusammenkünfte in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhundert die Kanzleiverfügungen, nach denen das

2) Das Extrajudizialverfahren nahm i. 15. Jh. allgem. im rheinischen Rechtsleben seinen Eingang; Aubin u. a., *Gesch. d. Rheinl.* II, 39.

3) Vgl. Mone, *Beamtenordnung*, ZGO 6 (1855) 388.

4) GLAK 75/48 f21.

5) Vgl. etwa STAK 56/175 (1520).

6) Zu der allgem. Entwickl. i. Moselraum vgl. Lamprecht I, 2, S. 1332. Aubin (a. a. O. 40) verweist auf die Stützung der Schöffengerichte durch die Landesherrschaft am Niederrhein u. in Sponheim.

7) GLAK 75/48 (1592).

8) GLAK 75/18.

9) GLAK 75/387 f77 (1656).

10) GLAK ebd. f77' (1656); 75/18 (1664).

Oberamt jeweils ermächtigt wurde, Prozesse in zweiter Instanz bis zum Ende durchzuführen. Die Proteste des Kreuznacher Stadtgerichts blieben wahrscheinlich erfolglos. (11).

Unumstritten oblag dem Oberamt die Freveltätigkeit (12) innerhalb des Amtsbezirks, die gewöhnlich einmal im Jahr vorgenommen wurde (13). Die in den Frevelregistern der Schultheiße aufgeführten Personen wurden vor das Oberamt zitiert (14), wobei es in der Hand der Amtleute lag, die zuerkannten Strafen zu ändern (15). Erst nach der sponheimischen Teilung wurde der Einzug der Geldstrafen durch die Truchsesserei von der Ratifikation der Frevelprotokolle seitens der pfälzischen Hofkammer abhängig gemacht (16). Auch die Strafen für Zoll-, Akzis- und Bannvergehen sowie die Forstrügen wurden nach den Bestimmungen des Oberamtes festgesetzt und von diesen eingezogen (17). Von den Personenkreisen, die der Oberamtsjurisdiktion direkt unterstanden, sind vornehmlich die sponheimischen Burglehenleute zu nennen. Schon im 16. Jahrhundert wehrten sich diese mit wechselhaftem Erfolg dagegen, das Oberamt als gerichtliche Instanz anzuerkennen (18). Durch einen engen Anschluß an die Niederrheinische Reichsritterschaft wurde die Tendenz des in Sponheim ansässigen und begüterten niederen Adels, sich von den vorhandenen Bindungen an Oberamt und Grafschaft zu lösen, gestärkt. 1668 kam es zu einer Art von Musterprozeß in der Frage der Zuständigkeit des Oberamts gegenüber dem ansässigen Adel. Johann Karl von Koppenstein hatte auf einen Oberamtsbescheid hin an das Kaiserliche Kammergericht appelliert und auch die Neuaufnahme des Verfahrens erreicht. Die pfalz-simmerische Kanzlei zu Kreuznach erhob nun Einspruch, da die Appellationen des Oberamts an das vordersponheimische Hofgericht zu gehen pflegten. Die Interventionsschrift der Niederrheinischen Reichsritterschaft an den Kammerrichter Wilhelm von Baden (19) wies darauf hin, daß die strittigen Objekte in der Grafschaft adelige Stamm- und Rittergüter und deren Besitzer keinesfalls landsässig seien. Inwieweit diese Thesen die Entscheidung des Gerichts beeinflussten, ist nicht festzustellen.

11) GLAK 75/528 (Plittersdorf u. Nentwich an d. bad. Regierung, 31.7.1662).

12) = Frevelteidigung.

13) 1679 einigte man sich aus Zweckmäßigkeitsgründen für einige Jahre auf eine vierteljährliche Frist; STAK 33/10473. Infolge der Kriegereignisse kam es auch zum Ausfall von Freveltätigungen, was sich natürlich nachteilig auf die Rechtssicherheit innerhalb der Grafschaft auswirkte; STAK 33/10267.

14) STAK 33/10265.

15) Vgl. d. Kurpf. Landesordnung (1700) 89.

16) STAK 33/10255; 33/10257. Wie sehr mit der Auflösung des Kondominats eine Kontrolle der Ziviljurisdiktion der nun partikularen Amtleute vonnöten wurde, ergibt sich aus dem Bericht des Kirchberger Oberamtmanns von 1732, worin es selbstsicher heißt: „Sollte wider Verhoffen ein oder der andere Klag gegen mich führen, so bekümmere ich mich wenig oder gar nichts darum, non jupiter omnibus idem, gestalten weil man beyden theilen nicht zugleich recht geben kan, so folget allezeith, das ein theil nothwendig mal content aus dem iudicio gehen muß.“

17) Die Oberamtleute erhielten von sämtlichen Strafgeldern 10%. Durch gleichzeitige Verrechnung in den gemeinschaftlichen u. partikularen Rechnungen hatten sie es verstanden, diese Einnahmen zu verdoppeln, was 1677 u. a. den Gegenstand einer Untersuchungskommission bildete; GLAK 77/9647.

18) GLAK 75/18; 75/48 f23'f.

19) Schrift v. 15. 1. 1669. Markgraf Wilhelm soll als sponheim. Gemeinherr die Angelegenheit von sich weisen; STAK 56/187.

Trotz scharfer Inhibitionen seitens des Kammergerichts scheint sich aber das Oberamt faktisch durchgesetzt zu haben, indem es den strittigen Besitz kurzerhand mit Arrest belegte.

Problematisch blieben auch die gerichtlichen Befugnisse des Oberamts gegenüber den Partikular-Bediensteten. Besonders Baden setzte sich energisch dafür ein, daß die zahlreichen simmerischen Hofbeamten der Oberamtsjurisdiktion unterstellt werden sollten (20). Schließlich mußte es sich jedoch zu einer den üblichen Kondominatsgepflogenheiten entsprechenden Vereinbarung (21) bequemen, derzufolge die Partikularbeamten auch von Partikular-Gerichten abgeurteilt werden sollten (22).

Eine gewisse Ausdehnung erfuhr die Oberamtsjurisdiktion durch die Handels- und Fabrikprivilegien, die in der Regel eine Befreiung von der städtischen Gerichtsbarkeit mit einschlossen. Infolge der politischen Verhältnisse blieben diese im 17. Jahrhundert in Sponheim allerdings äußerst selten (23), und auch nach 1708 war der hiervon erfaßte Personenkreis nicht sehr bedeutend (24).

Neben dem Kreuznacher Oberamt war vor der Teilung lediglich noch das Amt Kirchberg als gerichtlich funktionsfähige Amtsinstanz anzusprechen (25). Gegen Ende des 16. Jahrhunderts hatte das Amt unter Herzog Reichard von Simmern auch im Jurisdiktionalwesen weitgehend Selbstständigkeit erlangt. Streitfälle wurden allein von den Kirchberger Truchsessern verhandelt (26) und diese erledigten auch die Freveltätigung. Im Rahmen der im 17. Jahrhundert wieder angestrebten vollständigen Eingliederung Kirchbergs im Sinne eines Unteramtes, erhielten die Einwohner die Möglichkeit, wegen in Kirchberg ergangener Amtsbescheide die Appellationsinstanz des Oberamts in Anspruch zu nehmen (27). Im 18. Jahrhundert waren es dann die Kreuznacher Unterämter Böckelheim und Ebernburg, in denen ebenfalls die Amtsverhöre durchgeführt wurden.

4. Das Kreuznacher Hofgericht.

Für Vordersponheim bildete das Hofgericht, wenn man von den seit dem Ende des 16. Jahrhunderts immer selteneren Zusammenkünften der Kondomini absieht, das oberste gemeinschaftliche Gremium (1). Die sponheimische Beamtenordnung von 1437, die das junge Kondominat einer im ganzen gesehen fortschrittlichen Verwaltungsorganisation ruckartig unterworfen hatte (2), sah eine derartige Institution noch nicht vor. Die Amtleute sollten den

20) GLAK 75/26 f20 (1653).

21) Vgl. Moser, Familienstaatsrecht I, 639 (Bsp. der Grafschaft Wertheim).

22) Noch 1680 besaß die simmer. Herzoginwitwe die Jurisdiktion über ihre Bediensteten in Kreuznach, lediglich für Kriminalfälle war das Oberamt zuständig; STAK 33/10474.

23) Der Verfasser weiß lediglich ein Privileg für einen Handelsmann Kreyer von 1664 anzuführen, das hierfür zutrifft; GLAK 75/18.

24) Vgl. u. a. STAK 33/1737 (Schmerz'sche Tabakfabrik).

25) Auch für die sponheim. Leibeigenen des Amtes Wildenburg zuständig; vgl. STAK 33/2435.

26) GLAK 75/48 f18f (1592).

27) STAK 33/10471 (1677).

1) Auf der ganerbschaftlichen Ebene in etwa mit dem alljährlichen Ganerbentag vergleichbar; vgl. Zimmermann, Ganerbschaften 92.

2) Mone, Beamtenordnung, ZGO 6 (1855) 385 unterschätzt die Organisationsleistung infolge seines Vergleichs mit den viel späteren badischen Landesordnungen.

Bürgern oder armen Leuten in deren Klagen gegen Fürsten, Herrn, Ritter, Knechte oder Städte zu einem gerechten Austrag behilflich sein. Immerhin enthielt die Verfügung, daß die schweren Fälle vor die Landesherrn selbst gebracht werden sollten (3), bereits den Ansatzpunkt zu der allmählichen Ausbildung einer zweiten gerichtlichen Instanz, wie sie dann allgemein im Rahmen der üblichen Neuschöpfungen der territorialen Verwaltungsorganisation des 16. Jahrhunderts erfolgte (4).

Im Jahre 1494 wurde das vordersponheimische „Hoffgericht der zweyer fursten“ als seit einigen Jahren existierend, wenn auch z. Zt. nicht konstituiert, behandelt (5). Berücksichtigt man, daß die Gründung des kurpfälzischen Hofgerichtes erst 1472 erfolgte (6), so möchte man einer Einrichtung zwischen 1480 und 1490 das Wort reden. 1496 appellierte Friedrich Wolff von Lautern nach einem Spruch des Kreuznacher Stadtgerichts an das Reichskammergericht (7), nachdem er zuvor an Herzog Johanns von Simmern Hofgericht unter Hinweis auf die Zuständigkeit der sponheimischen Hofgerichtseinrichtung abgewiesen worden war. Die erste badische Restitution in Sponheim schien neue Impulse bezüglich des Kondominatsregimentes ausgelöst zu haben. Nach 1508 wurde die Zahl der feststellbaren Hofgerichtstage zahlreicher. Die Ausbildung eines feststehenden Tagungsmodus ist nachweisbar. 1509 dachte man an die Ernennung eines „gemeinen gelerten“, der wohl die Funktion eines Hofgerichtssekretärs übernehmen sollte. Mit den Deputierten, dem Hofrichter, dem Hofgerichtsboten, den Notaren und Advokaten bildete er den Personalbestand des Gerichts. Das Hofgericht trat zweimal jährlich zusammen. Jeder der drei Fürsten ordnete hierfür zwei Deputierte ab, zusätzlich hatte jeweils abwechselnd einer der Kondominatsherrn den Hofrichter zu benennen (8). In den pfälzischen Kommissionen überwogen anfangs die adligen Amtleute der benachbarten Gebiete, darunter besonders die Vertreter der rheinhessischen Ganerbschaften als Mitglieder, badischerseits griff man auch auf oberrheinische Beamte zurück (9). Die Zahl der anwesenden Rechtsgelehrten wuchs ständig an, bis 1530 ihr Anteil an der Hofgerichtsbesetzung auf die Hälfte fixiert wurde (10).

3) „Ob ez aber den amptuten zu swere werden wollte und daz eine sache also gestalt were, daz sie daz nit herobern (= hier oben, d. h. Sponheim aus d. Sicht d. Markgrafschaft) nach zu solichem ußtrage bringen oder gehelfen moechtent, daz soellent sie bringen fur unsere herren, umb daz die sache nit ungeendet blibe“; Mone a. a. O. 388.

4) Below 197f, 203.

5) STAK 56/2956.

6) Häusser I, 378. Zum Vergleich: Amberg (Oberpfalz) erhielt 1499 ein Hofgericht (ebd. 455), Jülich 1534 (Aubin u. a., Gesch. d. Rheinl. II, 32), in Kurtrier organisierte Johann v. Baden (!) 1458 den Rat als Hofgericht (ebd. 42), erst 1561 erhielten die wild- u. rheingräflichen Lande ein gemeinschaftl. Hofgericht (C. J. Kremer, Wild- u. rheingr. Haus, 122).

7) Relativ frühe Appellation, da das Kammergericht als feste Institution erst 1495 eingerichtet wurde (SwB 1008f). Bader weiß für das Prechtal erst 1545 von einer solchen zu berichten (S. 61). Der Umstand, daß Markgraf Jakob v. Baden k. Kammerrichter war (1496-1499), mag beförderlich gewirkt haben. (1536-1539 Pfalzgraf Johann v. Simmern ebf. Kammerr.); Smend, Kammergericht I, 245 Anm. 3.

8) Das Gerichtspräsidium wechselte zeitweilig wie Amterbesetzung und Vergabe der geistlichen Lehen in einem fünfjährigen Turnus; GLAK 75/23 f340.

9) Die später von Baden hierzu verwendeten Beamten besetzten auch das Hofgericht der H. G. zu Trarbach (GLAK 75/48 f47), ebenso die simmer. Beamten das pfalzgräfl. Hofgericht (STAK 56/1643).

10) STAK 56/479 f209.

Die mangelnde Unterscheidung zwischen richterlichen und nichtrichterlichen Amtsgeschäften im Kanzleiverfahren (11) brachte es mit sich, daß auf den Hofgerichtstagen neben der Rechtsprechung fast sämtliche wichtigen Verwaltungsmaßnahmen erörtert und beschlossen wurden. Für die innere Entwicklung der Vorderen Grafschaft Sponheim und des Oberamtes Kreuznach sind daher die zerstreuten und unvollständigen Hofgerichtsakten als eine bisher zu Unrecht vernachlässigte Quelle (12) ersten Ranges zu werten. Viele Beschwerden und Gesuche, die über das Kreuznacher Oberamt an die verschiedenen Kanzleien gelangten, wurden hier entschieden. Die Beschlüsse, die von den Deputierten auf dem Sektor der Landesverwaltung gefaßt wurden, sind als Akte der gemeinschaftlichen Rechtsetzung in Sponheim anzusehen und waren für die gesamte Vordergrafschaft (13) primär rechtlich verbindlich (14). Sie wurden in dem Hofgerichtsabschiedsbuch festgehalten und durften theoretisch von keinem der Kondomini geändert werden (15).

Die Entscheidungsmöglichkeiten der Hofgerichtsabgeordneten waren natürlich beschränkt. Die Deputierten hatten sich streng nach ihren Kanzleinstruktionen zu richten, die auf Information seitens der Amtleute beruhten und wichtige neue Angelegenheiten lediglich „ad referendum“ zu nehmen. Die enge Abhängigkeit des Hofgerichts von den Weisungen der Kanzleien und die Fülle der in den kurzen Tagungsperioden zu behandelnden Dinge (16) brachte es mit sich, daß besonders strittige Punkte über Jahrzehnte unerledigt weitergeschleppt wurden, bis die Praxis die Entscheidung fast unbemerkt im Sinne des Stärkeren getroffen hatte.

Einen bedeutenden Fortschritt stellte die sponheimische Hofgerichtsordnung dar, die Freitag nach Lätare 1530 verabschiedet wurde (17) und bis zum Ende des 16. Jahrhunderts Gültigkeit besaß (18). Die für eine schwerfällige, unpersönliche und vielfach zur Verantwortungslosigkeit verleitende Kondominatsregierung beträchtliche Leistung bestand darin, daß eine Anpassung des geläufigen Schemas der Hofgerichtsordnungen, wie etwa derjenigen der Markgrafschaft Baden von 1509, die im übrigen streckenweise wörtlich mit der sponheimischen übereinstimmt (19), an die beschränkten Verhältnisse eines gemeinschaftlich regierten Kleinterritoriums versucht und erreicht wurde. Die Genug-

11) Vgl. Bader 59, der ähnliches für das Jahrgericht i. Pechtal feststellt. Below 204.

12) Vgl. die spärlichen u. unzuverlässigen Angaben bei Weidenbach II, 17, S. 158; Maurer 46ff; Velten, Recht u. Gericht, Krzn. Hbltr. 2/56 S. 4.

13) Um 1592 bestritt Herzog Reichard v. Simmern die Zuständigkeit des Gerichts für seine Kirchberger Fünftel; GLAK 75/48 f18f, f31'.

14) Auch die Kondominatsherrn gebrauchten bei ihren Zusammenkünften, die zuweilen sporadisch neben den Hofgerichtssitzungen herliefen, das Hofgerichtssiegel zur Bekräftigung eines Beschlusses; vgl. STAK 33/1571, Mai 27.

15) GLAK 75/32 f299b' (1578).

16) 1592 enthielt die bad. Instruktion über 160 Punkte; GLAK 75/48.

17) STAK 56/479 pag. 206-239.

18) STAK 56/1104 (1597).

19) Vgl. den Abdruck der bad. Hofgerichtsordnung vom 22. 10. 1509 bei Carlebach 118-134. Die umfangreichere sponheimische Ordnung unterscheidet sich von der badischen durch beträchtliche Änderungen und Zusätze, auf die hier nicht einzugehen ist. Erstaunlicherweise ist auch die sponheimische Hofgerichtsordnung als Druck erschienen (1530), die Auflage dürfte jedoch ähnlich wie bei der markgräflichen Ordnung sehr gering gewesen sein.

tuung der Verfasser (20) über das von ihnen als beispielhaft angesehene Werk offenbart sich in dem Leitspruch des Titelblattes der Ordnung (21). Die Notwendigkeit einer solchen Hofgerichtsordnung ergab sich schon aus der erforderlichen Beachtung der zahlreichen formalen Dinge, mit denen sich der rechtsunkundige Apellant und die unteren Gerichtsinstanzen bei einer Appellation auseinanderzusetzen hatten. Was personelle Zusammensetzung, Tagungsort und Dauer des Hofgerichts anging, konnte man an die schon vorhandenen Formen anknüpfen. Die eigentliche Prozeßordnung mußte der Eigentümlichkeit des sponheimischen Hofgerichtes, das jährlich nur zweimal zusammentrat, Rechnung tragen. Einen besonderen Raum nahmen naturgemäß die Amtleute in der Ordnung ein, da diese das oberste permanente sponheimische Beamtentum verkörperten (22). Die appellable Summe wurde auf zehn Gulden festgesetzt, ausgenommen diejenigen Klagen, die Ehre, Zinsen oder Gülden angingen (23). Die in der Ordnung ausgesprochene Erwartung, daß die einzelnen Appellationsverfahren in der Regel auf zwei Verhandlungen beschränkt werden könnten, zeigte sich als zu optimistisch. Prozesse mit einer Dauer von zehn und mehr Jahren waren wohl nicht allzu selten (24). Entsprechend den besonderen Bedingungen, denen das Kreuznacher Hofgericht unterlag, war auch die Funktion des Hofgerichtssekretärs über die der üblichen Aufgaben wie Protokollführung, Verfertigung und Aufbewahrung der Dokumente hinaus, in ständiger Ausdehnung begriffen (25). 1566 mußte dem Hofgerichtsschreiber untersagt werden, die Belohnungen für Zeugenverhöre und Urkundenausstellungen nach eigenem Ermessen festzusetzen, auch das zusätzliche Advozieren an den sponheimischen Unter- und Obergerichten wurde ihm künftig verboten (26).

- 20) Der Anteil der simmerischen Kanzlei, obwohl von einem Kenner wie Max Josef Neudegger – Geschichte d. pfalz-bayerischen Archive der Wittelsbacher, Archivalische Zeitschrift 1 (1891) – als „eine der besten deutschen Kanzleien“ bezeichnet (S. 238), dürfte doch hinsichtlich der Errichtung dieser Ordnung nicht allzu hoch bemessen sein. Inwieweit hier Velten (a. a. O. 4), der auf den herzoglich-simmerischen Secretarius Hieronymus Rodler hinweist, zu berücksichtigen sein könnte, wagen wir nicht zu entscheiden. Sicher ist, daß badischerseits Hieronymus Vehus, als Vermittler zwischen Luther und Eck beim Wormser Reichstag bekannt, eine profilierte Figur aus dem Kreis des Freiburger Humanisten Ulrich Zasius, neben dem Kanzler Johann Jakob Kirser als geistiger Vater der badischen Hofgerichtsordnung anzusehen, gerade 1530 beim sponheimischen Hofgericht in Kreuznach weilte und somit die alles in allem doch beträchtliche Ähnlichkeit zwischen den beiden Hofgerichtsordnungen wohl mehr als zufällig ist!
- 21) „Allen Andern Weltlichen Oberkeiten Zu gebrauch undt ordnung Ihrer Hove undt Undergericht rützlich, auch Einem jeden Zu teglichem Handel undt gebrauch an den gerichten dienlich.“
- 22) STAK 56/479. Sie nahmen die Appellationen an (pag. 218). Betrug der Streitwert bei Nebenurteilen mehr als 10 fl, so hing die Appellation vom Untergericht aus von ihrem Ermessen ab (pag. 216f). Falls Untergerichte die Auslieferung von Prozeßakten verweigerten, erließen sie Kompulsorialverordnungen u. Zwangsbriefe (pag. 218). Bei der Annahme der Spottelgelder trafen noch Stadtschreiber u. Oberamtskammeralbeamte in Erscheinung (pag. 213f).
- 23) Ebd. pag. 215. Fälle mit einem Streitwert zwischen 5 u. 10 fl wurden an die Oberbeamten oder geschulte Unparteiische übertragen.
- 24) STAK 56/136. Prozeß zwischen Agnes v. Kesselstadt u. Reinhard v. Koppenstein v. 1582-1597. Die durchschnittl. Prozeßdauer dürfte i. 16. Jh. am Hofgericht zwischen 2 u. 6 Jahren gelegen haben. Vgl. STAK 56/477; 56/579; 56/1104; 56/1225; 56/1236; 56/2413.
- 25) Besonders die Leitung der kommissarischen Zeugenverhöre zwischen den Hofgerichtsterminen ist hier zu nennen; vgl. STAKrn 166/1 (Prozeß der Stadt Kreuznach gegen Johann v. Dienheim, 1567); STAK 56/479 pag. 231.
- 26) GLAK 75/16.

Das sponheimische Hofgericht bildete in dieser Zeit die zuständige erste Gerichtsinstanz für die im Oberamt ansässigen Burglehensleute (27), für die Geistlichen, gemeinschaftlichen Beamten und die gefreiten (28) Personen. Auch die Sponheimer Judenschaft betreffende Angelegenheiten fielen in seinen Zuständigkeitsbereich, ebenso konnten hier die benachbarten Adligen ihr Recht suchen. War der Hofgerichtszwang, von Krisenzeiten abgesehen (29), innerhalb der Amts- und Territorialgrenzen allmählich bindend geworden, so beließ man umgekehrt fremden Untertanen und insbesondere dem Adel nur allzugern die Möglichkeit, das Hofgericht in Anspruch zu nehmen (30). Nach den erhalten gebliebenen Appellationsakten zu schließen, war das Kreuznacher Stadtgericht die wichtigste Zubringerstelle des Hofgerichts (31). Die theoretisch mögliche Appellation von einem Dorfgericht an die Hofgerichtsinstanz blieb Ausnahmefall. Was die Verwaltungsangelegenheiten betraf, so waren die Zugangsmöglichkeiten zahlreicher, auch direkte Supplikationen von Privatpersonen wurden aufgenommen.

Die pfälzische Annexion löste im Jahre 1600 eine Reihe von Umgestaltungsversuchen aus. Schon in der Übergangszeit unmittelbar nach dem Tode des Markgrafen Eduard Fortunatus von Baden lassen sich die kurpfälzischen Bemühungen erkennen, die Sitzungen des Hofgerichts, an dem seit 1598 die Prozesse ruhten, unter Ausschluß der markgräflichen Räte wieder aufzunehmen (32). Die Tendenzen, die auf eine organisatorische Unterordnung unter die mit ausgedehnten Appellationsprivilegien versehene (33) Heidelberger Hofgerichtsinstanz hinausliefen, scheiterten noch 1619 an dem Widerspruch des Reichskammergerichts, das sich nach wie vor „aß Judicium immediate superius angeregter unmittelbahren Graffschafft Sponheimb“ fühlte und mit Erfolg zu den üblichen Inhibitions- und Kompulsorialmaßnahmen griff (34). Es ist jedoch anzunehmen, daß das Gericht in dieser Zeit ausschließlich von den einheimischen kurpfälzischen Oberbeamten besetzt wurde und sich daher nicht wesentlich von einer Oberamtsverhandlung unterschied (35).

Was den Charakter des vordersponheimischen Hofgerichts als oberstes gemeinschaftliches Forum für Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten der Grafschaft anging, so war dieser mit dem Jahre 1600 verloren gegangen. Mit dem Einmarsch der spanischen Truppen im Dreißigjährigen Krieg war die Tätigkeit des sponheimischen Hofgerichts vorübergehend erloschen. Was der kurpfälzischen Regierung nicht gelungen war, sollte nun von den Militärverwaltungen durchgeführt werden. Die kaiserlich-spanische Regierung zu

27) Mit einigen Einschränkungen (GLAK 75/18; STAK 56/136).

28) D. h. von Personallasten befreite Personen.

29) 1517 schwebte ein Verfahren der Stadt Kreuznach am Hofgericht Herzog Johanns v. Simmern, vermutlich, weil das sponh. Hofgericht aus unbekannten Gründen ausfiel; STAK 56/1114.

30) Vgl. STAK 56/1225.

31) Vgl. die übersichtliche Zusammenstellung bei Looz-Scheid, Nr. 14, 54, 76, 168, 339, 724, 867, 1036, 1077, 1099, 1180, 1182, 1223, 1850, 2124, 2702. Für d. Kirchberger Stadtgericht vgl. STAK 56/230.

32) GLAK 75/80 (Memorial f. Johann v. Eltz, 1600); 75/81 f49'.

33) Vgl. d. Kurpf. Landrecht (Hofgerichtsordnung): d. kaiserlichen Appellationsprivilegien, S. 181-198.

34) STAK 56/302.

35) Ebd.

Kreuznach nahm auf territoriale Sonderrechte, ob in gewollter oder unfreiwilliger Unkenntnis, keine Rücksicht, sondern betrachtete die umliegenden Gebiete in eigenem Interesse als kurpfälzisch. 1628 und 1629 fungierte in Kreuznach unter einem kaiserlichen Gubernator ein Gericht, das sich als Vertretung des kurpfälzischen Hofgerichts zu Heidelberg für die linksrheinischen Gebiete ansah und die pfälzischen Appellationsprivilegien offensichtlich mit Erfolg gegenüber dem Reichskammergericht handhabte (36). Möglicherweise wurde auch gelegentlich im Zeitraum des Dreißigjährigen Krieges auf vorhandene Relikte des sponheimischen Hofgerichtes zurückgegriffen (37). Nach dem Westfälischen Frieden konnte Pfalz-Simmern die Appellationen zunächst unbehelligt an das Lauterner Hofgericht ziehen (38). Aus der Vakanz der Kreuznacher Hofgerichtssekretärsstelle in dieser Zeit (39) läßt sich ersehen, daß das dortige Hofgericht nicht mehr existierte. Die badische Immission von 1652 machte die Wiederherstellung des Hofgerichts oder einer gleichwertigen Appellationsinstanz wieder spruchreif. Die alte Hofgerichtseinrichtung war der badischen Verwaltung erstaunlicherweise unbekannt; der simmerische Kondominus, dem wir eine Kenntnis hinsichtlich des alten gemeinschaftlichen Gerichts wohl zutrauen dürfen, tat begreiflicherweise nichts, um an die unbequeme Institution zu erinnern (40). Der pfalzgräfliche Vorschlag lief dann auch darauf hinaus, daß die Klagen der Untertanen bei dem „zunächst gesessenen“ Gemeinsherrn, d. h. Pfalz-Simmern, eingebracht werden sollten, worauf dann eine Mitteilung an die badische Kanzlei zusammen mit dem Votum und einer Eventualexpedition zu erfolgen habe (41). Die Verwirklichung des Vorschlags hätte eine Angleichung an die Jurisdiktionalverhältnisse der Hinteren Grafschaft Sponheim herbeigeführt, wo Pfalz-Birkenfeld fast das ganze Appellationswesen an sich gebracht hatte (42) und stieß daher auf badischen Widerstand. In dem wenig glücklichen Rezeß von 1652 einigte man sich schließlich darauf, daß alle Streitfälle, deren Beurteilung dem gemeinschaftlichen Oberamt zu schwer falle oder worüber keine Einigkeit erzielt werden könne, den beiden Kanzleien mitzuteilen waren, von wo sich die Regierungen zu vergleichen, oder die umstrittene Angelegenheit einem künftigen gemeinschaftlichen Hofgericht zu überweisen hatten (43). Obwohl ein neuzugründendes sponheimisches Hofgericht weiterhin Gegenstand von Erörterungen und Resolutionen blieb (44), gingen noch nach der kurpfälzischen Immission von 1660 die Appellationen zum Leidwesen des Kreuznacher Stadtgerichtes an das Oberamt (45). Die Eigenständigkeit der spon-

36) STAK 56/589. Johann Henrich v. Dienheim zu Hahnheim gegen d. Juden Abraham v. Jugenheim.

37) 1620-1630 wurde in den Oberamtsrechnungen noch ein Hofgerichtssekretarius geführt; STAK 33/1023ff. 1637 trat der sponheim. Hofgerichtsprokurator endgültig zurück, da seine Besoldung seit vielen Jahren rückständig war; STAKrn 766/1.

38) STAK 56/479 pag. 131 (1649).

39) STAK 33/10245 (1651); 33/10247 (1660).

40) Die Vermutung dürfte nicht abwegig sein, daß die dürftige Überlieferung von ausgesprochenen Hofgerichtsakten, wenn nicht auf die immer in Erwägung zu ziehenden Kriegseinwirkungen, so auf eine pfalz-simmer. „Säuberungsaktion“ zurückgeht.

41) GLAK 75/22 f321. Ähnliche Lösungen vgl. Bader 61f; Becker, Kürnbach 72.

42) So GLAK 75/22 f345'.

43) Die Appellationsvorschriften sollten doppelt ausgefertigt und beiden Herrschaften übergeben werden; GLAK 67/121 f420'ff.

44) GLAK 75/387 (1656). Pfalz wollte hier zweimal nacheinander den Vorsitz führen; 75/24 f280 (1656/57).

45) GLAK 75/528 f1-6 (31. 7. 1662).

heimischen Verwaltung und Gerichtsbarkeit wurde durch die verstärkte Dynamik des zentralistischen Kanzleiprinzips in zunehmendem Maße eingeschränkt und ließ schon aus diesem Grunde eine spätere Aufteilung des Landes als unumgänglich erscheinen.

Entwicklungsgeschichtlich gewissermaßen einen Rückschritt bedeutete der Fund der alten Hof- und Untergerichtsordnung durch die badischen Beamten im August 1662 (46) und die sich damit ergebenden Konsequenzen. Vincula Petri 1664 kam es nun zu einer ersten gemeinschaftlichen vordersponheimischen Hofgerichtstagung seit 1598 (47). Den Tagungsmodus versuchte man nach der aufgefundenen Hofgerichtsordnung und den früheren Hofgerichtsabschieden einzurichten; das in dieser Hinsicht wenig aussagekräftige Material gab jedoch zu mancherlei Unstimmigkeiten Anlaß. Die Nomination eines Hofrichters sollte in Anlehnung an das alte Vorbild abwechselnd erfolgen (48). Unklarheiten entstanden wegen der Aufnahme der Prozesse in Abwesenheit der Hofrichter und Räte. Ein kurpfälzischer Vorschlag, die Appellationen von Urteilen, die „super ordinario cessum Juris“ an den sponheimischen Untergerichten ergingen, abwechselnd an die Kanzleien zu ziehen und lediglich Appellationen von Amtsbescheiden und in „ludicio sumario“ gefällten Urteilen vor dem Hofgericht zu behandeln, stieß bei Baden wegen des kurpfälzischen Privilegiums de non appellando sowie der zu erwartenden Beschwerden der Parteien an die jeweils unbeteiligten Kanzleien auf Mißtrauen. Man einigte sich schließlich dahingehend, daß sämtliche Appellationen an das gemeinschaftliche Hofgericht gehen sollten. In Abwesenheit des Hofrichters hatte ein Appellationskommissarius die Prozesse anzunehmen und bis zum Urteil durchzuführen. Der Kommissar konnte dabei gleichzeitig gemeinschaftlicher sponheimischer Advokat sein. Auch die Hofgerichtssekretärsstelle wurde wieder besetzt (49). Judizialangelegenheiten und Rechtssachen zwischen streitenden Parteien sollten, gleichgültig ob nun die Urteile von Untergerichten oder Amtleuten ergangen waren, direkt zum gemeinschaftlichen Hofgericht geleitet werden. Lediglich Beschwerden gegen Unteramtsbescheide in privatrechtlichen Dingen sowie Verwaltungsangelegenheiten nahmen zuerst den Weg zum Oberamt. Die Abschiede des Hofgerichtes hatten die Kanzleien zu ratifizieren und möglichst innerhalb einer Monatsfrist zum Oberamt zu schicken, das binnen sechs Monaten den Entscheid ausführte (50).

An die konstituierende Sitzung des Hofgerichtes vom Jahre 1664 schlossen sich für einige Zeit regelmäßige Zusammenkünfte an (51). Die ursprüngliche Verbindung einer gleichzeitigen Regelung von Verwaltungs- und Rechtssprechungsangelegenheiten behielt man bei. Wurden letztere willkürlich nach der Reihenfolge ihres Eingangs vorgenommen, so bildete sich bei der

46) Am 28. 8. 1662 (st. vet.); STAK 56/479 pag. 301ff.

47) GLAK 75/18.

48) Zum nächsten Hofgericht hatte Kurpfalz, anschließend Simmern und zuletzt Baden den Hofrichter zu nominieren; ebd.

49) Zuerst ledigl. ad interim.

50) GLAK 75/18 (1664, 1665).

51) In Anlehnung an den Hofgerichtsabschied v. 1598, Punkt 13, einigte man sich auf Montag nach Jubilate (st. vet.) als den Beginn der jährlichen Zusammenkünfte des Gerichts; ebd.

Behandlung der zur Verwaltung gehörigen Objekte um 1664 fast eine genormte Geschäftsordnung heraus (52), die in einer gewissen Variationsbreite ihre regelmäßige Anwendung fand.

Die sogenannten „alten Punkte“ wurden zuerst vorgenommen. Sie machten den Hauptteil aus, da infolge des Instruktionszwangs der Deputierten selten ein Gegenstand in einer einzigen Hofgerichtsperiode erledigt wurde. Anhand der Hofgerichtsinstruktionen läßt sich eine ungefähre Rangfolge der Verhandlungspunkte gewinnen:

1. Beschlüsse zum Modus des Hofgerichtes selbst (Appellationsweg usw.).
2. Dinge von allgemeiner Bedeutung für die Grafschaft (Landesordnung, Reichssteuern usw.).
3. Klagen des Amtes Kirchberg a) der pfälzischen Truchsesse
 b) des badischen Truchsessens.
4. Oberamtsangelegenheiten und allgemeinere Probleme von geringerem Gewicht (Zölle, Akzisen, Beunen usw.).
5. Die Punkte des Unteramtes Naumburg.
6. Klagen der Kreuznacher Burgleute.
7. Gravamina der Stadt Kreuznach.
8. Beschwerden des „Landes“, d. h. aller Amtsschultheiße und Faute.
9. Klagen einzelner Landgemeinden.
10. Eingaben von geringeren Bediensteten u. gefreiten Personen (Pfarrer, Schultheiße, Lehrer, Medici).
11. Supplikationen von Privatpersonen.

Trotz dieser ernsthaften restaurativen Ansätze nahm die Entwicklung der höchsten gemeinschaftlichen Instanz Vordersponheims keinen glücklichen Verlauf. Infolge der wachsenden Differenzen zwischen den beiden Kondominatspartnern erwies es sich als wenig realistisch gedacht, Verwaltungsmaßnahmen in der relativ kurzen Zeit einer Hofgerichtstagung beschließen zu wollen. Zudem wurde mit der Ratifikation der Abschiede nach Gutdünken zurückgehalten (53). Wegen der Fülle der sich aus den häufigen politischen Verschiebungen ergebenden Streitfragen wurden Spezialkommissionen bevorzugt, die sich aus einem kleinen Kreis vertrauter pfälzischer und badischer Räte zusammensetzten. Das sponheimische Hofgericht wurde in die Rolle eines zwischen den kurpfälzischen und badischen Kanzleien sowie den ständigen Verwaltungsinstanzen der Grafschaft eingeschobenen unschöpferischen Kontrollorgans gedrängt. Die über 100 „Erinnerungen“ umfassende Liste der kurpfälzischen Rechenkammer für das Hofgericht des Jahres 1677 spricht in dieser Hinsicht für sich (54).

52) GLAK 75/18.

53) GLAK 75/34.

54) GLAK 77/9647. Das Hofgericht in seiner Eigenschaft als Behörde zur Regelung von Verwaltungsfragen wurde zu einem Annex an vorfallende Konferenzen u. Kommissionen und dementsprechend immer unregelmäßiger abgehalten; STAK 33/17 (1671); GLAK 77/9647 (1677).

Ein ständiges Problem bildete infolge des Mangels an geeigneten Kräften die Besetzung des Hofgerichtes, die sich von der des 16. Jahrhunderts wesentlich unterschied. Die Beschränkung der Mitgliederzahl auf drei und später auf zwei Personen war nicht dazu angetan, das Ansehen der Instanz zu fördern. 1665 ordnete Pfalz-Simmern zum Hofgericht gar den Kreuznacher Truchsess Dr. Meisterlin ab, der nun für seine Person in Amtsangelegenheiten in erster und zweiter Instanz vertreten war (55). Um die oft verwaiste Stelle des Appellationskommissariats (56) bewarb sich 1677 ein in Kreuznach ansässiger Jurist, der in den meisten Oberamtsverhandlungen bereits als Advokat tätig war (57). Während an den Hofgerichten der größeren rheinischen Territorien schon in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts die delegierten Räte durch ständige Hofgerichtsräte abgelöst wurden (58), gelangte man in Sponheim erst allmählich und ohne nachhaltigen Erfolg zu einer ähnlichen Lösung. Seit 1669 sind in Kreuznach verschiedentlich kurpfälzische Hofgerichtsräte festzustellen (59). 1668 war es der Landschreiber des benachbarten kurpfälzischen Oberamtes Alzey, der dieses Prädikat nebst einer einträglichen Besoldung zur Bedienung der Kreuznacher Hofgerichtskommission zugelegt bekam. 1701 war der pfälzische Regierungsrat Zachmann ad dies vitae Hofrichter in der Gemeinschaft Sponheim (60).

Infolge der politischen Ereignisse kam es zu keiner kontinuierlichen Weiterführung des Gerichtes mehr (61). Klagen wegen des Anhängens der Prozesse mehrten sich. Die Appellation nach einem Urteil des Oberamtes kam zumindest einer zeitweiligen Aufhebung des Verfahrens gleich (62). 1681 gingen bereits wieder Akten „einseitig“ an die kurpfälzische Kanzlei (63). Kurz vor der Teilung von 1707/08 wurden Appellationsakten ohne badische Zustimmung an den kurpfälzischen Appellationsgerichtsrat Plickhner übersandt (64). Obwohl das kurpfälzische Gerichtswesen seit der Schaffung des pfälzischen Revisionsgerichts in seinem Instanzenzug vollkommen territorialisiert war (65), empfand die kurpfälzische Verwaltung die Überreste des Sponheimer Hofgerichts mit dessen zum Kammergericht zielenden Appellationsweg nach der Teilung nicht mehr als störend. Erst 1711 wurden die Befugnisse des mit der Sponheimer Teilung vollkommen inhaltslos gewordenen Hofgerichts an die Heidelberger Instanz übertragen (66).

Stellte die Begründung des Hofgerichts für Vordersponheim im 15. Jahrhundert eine angemessene Leistung dar, so wurde diese Instanz bei der nach-

55) GLAK 75/18.

56) Vgl. STAK 33/10478; STAKrn 762/1.

57) STAK 33/10471. Es handelte sich um Dr. Weidner, der diese Doppelstellung zugunsten seiner ausstehenden Kapitalien ausnützen konnte.

58) Vgl. Aubin u. a., *Gesch. d. Rheinl.* II, 32.

59) STAKrn 762/1.

60) GLAK 75/93; STAK 33/9854.

61) Nicht zuletzt spielte bei dem kurpf. Zögern die Tatsache mit, daß bei dem nächsten Hofgericht Baden das Präsidium zu führen hatte; GLAK 75/97; STAK 33/31.

62) GLAK 75/95 (II). Der Vorschlag, nach einer gewissen Frist dem Oberamt die Exekution seiner Urteile ohne Rücksicht auf eine erfolgende Appellation zu erlauben, drang nicht durch.

63) STAKrn 762/1; vgl. auch STAK 33/26a (1682).

64) GLAK 75/95 (II).

65) Vgl. d. Kurpf. Landrecht (1700), Revisionsgerichtsordnung (ohne Seite).

66) Vgl. Veltin, *Recht u. Gericht, Krzn.-Hbltr.* 1/56, S. 4.

folgenden Stagnation bis zum Ende des 17. Jahrhunderts durch die Sogkräfte des benachbarten pfälzischen Territoriums, dessen Herrscher die politischen Verschiebungen im engeren Raum vorteilhaft auszuwerten verstanden, innerlich ausgehöhlt. Das unpersönliche Kondominatsregiment und die geringe Eigenbedeutung Vordersponheims ließen das Hofgericht nicht an der allgemeinen Entwicklung des territorialen Jurisdiktionalwesens teilhaben, die ihren Ausdruck in einer allmählichen Lösung aus der Unterordnung unter die kaiserlichen Gerichte fand (67). Das Hofgericht als höchstes gemeinschaftliches sponheimisches Regierungs- und Verwaltungskollegium wurde infolge der einsetzenden Trennung zwischen richterlichen und nichtrichterlichen Amtsangelegenheiten, der mangelnden personellen und der zeitlich auf eine bestimmte Jahresfrist beschränkten Möglichkeiten von der zunehmenden Aktivität der pfälzischen und badischen Zentralbehörden überrundet und bedeutungslos.

Zusammenfassung

Wenn wir nun versuchen wollen, die Ergebnisse der vorausgegangenen Untersuchung in wenigen Zeilen zu summieren, so ist es ratsam, was den ersten Teil der Arbeit angeht, mehr oder weniger deskriptiv die vielfach neben- und gegeneinander gerichtete Entwicklung des 1437 begründeten Kondominats in ihren wesentlichsten Fakten noch einmal vor Augen zu stellen. Wurden im Einleitungskapitel die Voraussetzungen für die pfälzische Präpotenz im 17. Jahrhundert einer Analyse unterzogen, so bedeutete schon dies in gewissem Sinne eine auswählende Straffung und Sonderung des historischen Geschehens. Die sich in Sponheim abzeichnenden Folgen der badischen Niederlage bei Seckenheim, die Auswirkungen der Reformation und die Schuldenpolitik des badischen Markgrafen machten die vielfältigen Verflechtungen der politischen und konfessionellen Kräfte sichtbar und verdeutlichten, inwieweit das Schicksal der Grafschaft schon vor dem Ringen des Dreißigjährigen Krieges als integrierter Bestandteil größerer Räume und Mächte gedacht werden muß. Die politischen Hoch- und Tiefpunkte innerhalb der Grafschaft Sponheim schlossen sich, von geringen Phasenverschiebungen abgesehen, immer eindeutiger den Auftriebs- und Krisenzeiten auf der landes- oder reichspolitischen Ebene an oder verhielten sich zumindest nicht entgegengesetzt. Zur bestimmenden Achse der politischen Entwicklung Sponheims sollten die Jahre des Dreißigjährigen Krieges und die sich anschließenden Bemühungen um eine „restaurative“ Neuordnung werden. Das wechselvolle Kriegsgeschehen hatte den beiden verfeindeten Kondomini unabhängig von der tatsächlichen Rechtslage zu kurzfristigen Phasen der Aktivität verhalfen. Die nachfolgende sponheimische Generalinventur des Jahres 1652 machte deutlich, daß die zweifellos bedeutenden pfälzischen Territorialisierungserfolge in der Grafschaft nicht darüber hinwegtäuschen konnten, daß sie hinsichtlich einer konsequenten „Verämterung“ (1) lediglich erst Teilgewinne darstellten. Auch die dritte badische Restitution war in ihrer charakte-

67) Vgl. Aubin u. a., *Gesch. d. Rheinl.* II, 41f.

1) Vgl. K. Blaschke, *Die Landesgeschichte u. ihre Probleme in Sachsen*, in: *BL* 94 (1958) 120-145, hier bes. 131; ders., *Die Ausbreitung des Staates in Kursachsen u. d. Ausbau seiner räuml. Verwaltungsbezirke*, ebd. 91 (1954) 74-109.

ristischen Aufgliederung und bruchstückhaften Verwirklichung nur als Notlösung zu werten, die zwar den „status ante“ nicht wiederherstellen konnte, tatsächlich aber der von Kompromissen geprägten Natur des Westfälischen Friedensinstruments eher entsprach als eine paragrafengetreue Rückkehr zu den „Normaljahren“. Die folgenden französischen Invasionen und die sich aus dem französisch-habsburgischen Gegensatz ergebende politische Situation im Rheingebiet nahmen auf kleinterritoriale Sonderrechte nur soweit Rücksicht, als dies mit ihren Interessen übereinstimmte. Die schwache, geteilte Markgrafschaft, deren westlichste Positionen in Luxemburg und Lothringen schon verlorengegangen waren und deren sponheimischer Besitz durch die Reunionspolitik zumindest teilweise aufs höchste bedroht war, suchte der veränderten Situation in typischer Überschätzung der Sicherheit neugeschaffener fester Grenzen durch eine Aufteilung des gemeinschaftlichen Besitzes gerecht zu werden. Die auf den 1708 abschließenden Teilungskonferenzen gerettete Konkursmasse war im Vergleich zu den Vorteilen des Pfalz-Neuburgers bescheiden und mochte gerade noch eine ungeduldige und wenig orientierte markgräfliche Regentin zufriedenzustellen. Der großräumigen neuburgischen Militärpolitik war damit das sich seit Jahrhunderten andeutende und letztlich bewußt angestrebte Ziel, die Umwandlung der Grafschaft Sponheim in ein kurpfälzisches Oberamt Kreuznach, von unbedeutenden Einbußen abgesehen, als Nebengewinn mit zugefallen. Die abgetrennten Gebiete der Grafschaft wurden nun zu Landesbezirken und teilten im folgenden die Entwicklung der übergeordneten Territorien. Aus der Perspektive der Kleinelandschaft hatte sich also insofern die Darstellung weniger mit Höhepunkten der historischen Entwicklung als mit „Niedergang“ und „Abstieg“ zu befassen; die Höhenlinien in der Bedeutung des Nahe-Hunsrück-Gebietes im Sinne eines geschichtlichen Landschaftsraumes (2) waren mit der Mitte des 14. Jahrhunderts abgelöst oder hatten sich auf außersponheimisches Gebiet verlagert. Die Frage nach der Ursache des relativ starken Beharrungsvermögens der Gemeinschaft Sponheim führte zu den Problemen von Verfassung und Verwaltung der Grafschaft, die wiederum nur unter Berücksichtigung des gegebenen räumlichen Faktors anzugehen waren. Das erste und für den pfälzischen Landeskundler vielleicht überraschende Ergebnis ist, daß sich die Elemente des territorialen Überbaus der Grafschaft, also die Funktionen innerhalb der Reichsorgane sowie die landeshoheitlichen Charakteristika, wie Lehens- und Besteuerungswesen usw., bis in das 18. Jahrhundert erhielten, obwohl die direkte Verbindung zu einer die Territorialspitze verkörpernden Landesdynastie und damit zu einem tragenden Unterbau realer Macht seit 1437 nicht mehr gegeben war. Der geographisch bedingt verlangsamte und zuweilen rückläufige Prozeß der Auflösung des mittelalterlichen Personenverbands trug zu jener Situation nicht weniger bei als die konservierenden Elemente des Instituts „Kondominat“ an sich. Die von den differenzierten Zentralverwaltungen an Neckar und Oberrhein ausgehenden absolutistisch-auflärerischen Impulse schufen so ein Mit-, Durch- und Gegeneinander innerhalb des verwaltungsmäßigen Oberbaus dieser Grafschaft, die einmal in sich ein höchst

2) Zu der Forderung der „Geschichtlichen Landschaft“ vgl. K. Lechner, Sinn u. Aufgaben geschichtl. Landeskunde, in: *MIÖG* 58 (1950) 159-194, hier 169; ders., Allgemeine Geschichte u. Landesgeschichte — Probleme des östlichen Alpen- und Donauraumes, in: *BL* 92 (1956) 40-70, hier 40.

heterogenes Gebilde darstellte, zum anderen aber als Amt lediglich zum Baustein und gleichförmigen Bestandteil einer gesamtphälzischen oder gesamtbadischen Länderkompilation bestimmt war. Die Auseinandersetzung mit dem Verwaltungsaufbau des Oberamtes Kreuznach, und hier insbesondere auf dem Gebiet des Jurisdiktionalwesens, ergibt, in welchem hohem Grade die alten Formen bis zum Ende des 17. Jahrhunderts bereits ausgehöhlt waren und Kurpfalz sich in die verschiedensten Schichten der Landeshoheit geradezu eingefressen hatte. Der Kreis der Untersuchung schließt sich, indem so die Notwendigkeit der sponheimischen Landesteilung durch die verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Beobachtungen ebenso ihre Erklärung findet wie durch die territorialpolitischen Umstände.

C. Anhang und Exkurs

1. Biographische Anmerkungen zu vordersponheimischen Oberbeamten.

Johann Werner Freiherr von Plittersdorf.

Durch die Hände der Oberbeamten gingen die Geschehnisse der Grafschaft in erster Linie, und gerade die sponheimischen Oberbeamten des 16. und 17. Jahrhunderts hatten, um dies vorwegzunehmen, infolge ihrer Stellung als oberste Beamte eines Kondominats eine weitaus größere Entscheidungsfreiheit als ihre Kollegen in rein kurpfälzisch oder badisch verwalteten Ämtern. Hinzu kommt, daß die simmerischen Oberbeamten zu Kreuznach in der Regel noch eine führende Stellung am Fürstenhof der pfälzischen Nebenlinie zu bekleiden hatten. Griffen so die Wirkungen der Tätigkeit dieser Beamten einerseits in weitgespannte Bereiche der Territorial- oder gar Reichsgeschichte hinein, so kann man andererseits doch noch so viele Züge persönlicher Anteilnahme feststellen, daß es sich lohnt, diese Persönlichkeiten von jenen Oberamtleuten des 18. Jahrhunderts zu unterscheiden, denen die Stellung nur Sinekure war.

Aus der Zahl der Beamten seien hervorgehoben:

der streitbare Albrecht Göler von Ravensberg (1488–1503) (1),
der kurpfälzische Rat Georg Wilhelm v. Sötern (1573–1583?), Vater des
Bischofs von Speyer und Kurfürsten zu Trier, Philipp Christoph (2),
dessen zeitweiliger Kollege, der kurtrierische Erbmarschall Nikolaus Schenk
von Schmidtburg (1569–1584) (3),
der elsässische Ritter Johann Bernhard von Botzheim (1582–1598), der
mit dem späteren Reichshofrat gleichen Namens in verwandschaftlichem
Zusammenhang steht (4)
und Wilhelm von Winneberg und Beilstein (1610–1619), der viel-
fach in kurpfälzischen diplomatischen Missionen verwendet wurde (5).

Aus dem ganerbschaftlichen Bereich seien von Rheinhessen genannt:

Bernhard von Wallbrunn, Hofmeister und Amtmann zu Wiesbaden
(1514–1520) (6),
der kurpfälzische Rat und Großhofmeister Johann von Dienheim (1544–
1559) (7),

1) Vgl. Häusser I, 425, 455; Ziehen 503.

2) Vgl. Remling II, 436f. Joseph Baur, Philipp v. Sötern, geistl. Kurfürst zu Trier u. seine Politik während des 30jährigen Krieges I, Speyer 1897, S. 42.

3) G. Helwich, Krnz. Hbltr. 1927/Nr. 20; Roth, Eltz I, 392; Krebs, Dienerb. Sm 113f; vgl. auch Looz-Scheidt 103 (630); Kunstdenkmäler 54; — GLAK 75/18 (Hofgericht v. 1592, Punkt 30); 75/48 f 40f.

4) Dies als kleine Ergänzung zu Gschließer 169f; vgl. Krebs, Dienerb. Sm 28f.

5) Krebs a. a. O. Sm 141; Senckenberg-Schmauss III, 527; H. Stumpf, Alte Grabsteine in Kreuznacher Kirchen, Krzn. Hbltr. 1927/Nr. 18; Wunnenberg 60, 105, 136–144.

6) Humbrachi, Tab. 119; vgl. auch Zimmermann, Ganerbschaften 61, 80; Bernhards Vater Hans war um 1464 Kreuznacher Oberamtmann.

7) Vgl. S. 9 Anm. 13; Zimmermann a. a. O. 60, 65f. Johanns Großvater Wiegand v. D. war ebenfalls Amtmann zu Kreuznach (Humbracht, Tab. 17).

der Rat und Oberamtmann Johann zu Eltz (1599-1609) (8) und von der Ganerbenburg Steinkallenfels schließlich der geheime kurpfälzische Regierungs- und Kriegsrat Casimir Heinrich von Steinkallenfels (1681 und 1686) (9).

In der mittleren Kreuznacher Administration waren u. a. beschäftigt: der spätere kurpfälzische Vizekanzler Ludwig Cullmann (1592) (10), der simmerische Kanzleidirektor, Truchseß und Hofgerichtsabgeordnete zu Kreuznach, Dr. Jonas Meisterlin (11), der simmerische Kammer-Rat und Landschafskommissar Johann Karl Toller (12), der „unverschämt und kecke“ Truchseß Dr. Johann Wilhelm Weidner (13), der zeitweilig das gesamte Oberamt verwaltete, Wolfgang Nikolaus Neupfard, der erste badische Landschreiber nach dem Westfälischen Frieden (14) sowie einer seiner Nachfolger, der Landschreiber und badische Regierungsrat Antonius Colson (15), der schon verschiedentlich zu nennen war.

Unter Verzicht einer eingehenderen Darstellung der Vielzahl der genannten Persönlichkeiten und gleichzeitigem Hinweis auf die nachfolgende tabellarische Aufstellung der sponheimischen Beamtschaft sei eine Gestalt herausgegriffen, deren Wirken nur in einem weiteren Rahmen faßbar werden kann, nämlich die Johann Werners von Plittersdorf (16). Sie wäre von ver-

- 8) Roth, Eltz I, 394ff; vgl. Zimmermann a. a. O. 60, 66f; vgl. auch zu Albrecht Reichard v. Obentraut (1683-1685) aus dem in Rheinhessen begüterten Ganerbengeschlecht ebd. 61, 76f; Johann Christian Lünig, Historisch- und politischer Schau-Platz des Europäischen Hof- und Cantzlei-Ceremoniels II, Leipzig 1720, S. 413.
- 9) Vgl. Ohlmann 24, 35f. Weitere Amtleute zu Kreuznach aus dem steinkallenfelder Bereich waren Friedrich v. Rüdesheim und Schweikard v. Sickingen, ebd. 16f.
- 10) GLAK 67/859 (Kopb. Friedrichs IV. „Ad Vitam“) f43f; Cullmann war häufig pfälz. Vertreter auf Reichstagen, so 1598 in Regensburg, 1600 in Speyer sowie bereits 1571 in Frankfurt; vgl. Senckenberg-Schmaus III, 347, 465, 497, 514.
- 11) Wie Cullmann hatte auch M. zeitweise die sponheim. Advokatenstelle inne. 1632 weilte er als simmer. Gesandter in Brüssel, 1645 als kurpf. Bevollmächtigter in Osnabrück, 1654 in simmer. Auftrag in Regensburg. Abgesehen von seiner häufigen simmer. Vertreterschaft auf dem Oberrhein. Kreistag, ist Meisterlin 1643 dort auch als Syndikus der Reichsstadt Worms sowie als landgräflich hessischer Bevollmächtigter greifbar. STAS Oberrhein. Kreis 2146, I; GLAK 75/18; 75/22 f336', f339; 75/23; 75/24 f149; 75/32 f349'; Bittner-Groß, Rep. I, 410; P. Burkhardt, Kreuznach in den Jahren 1652-1666, Krzn. Hbltr. 1959/Nr. 2f; Häusser II, 568; Theatrum Europ. II, 714.
- 12) GLAK 75/25 f74. Er war mit einer Tochter des Heidelberger Medizinprofessors Petrus de Spina verheiratet. Der Sohn Karl Ludwig, schrieb die bekannte pfälzische Geschichte; vgl. Andreae 389ff.
- 13) So von dem bad. Prinzen Ferdinand Maximilian charakterisiert. Der simmerische Truchseß spielte eine besonders aktive Rolle als kurpfälzischer Parteigänger im Wildfangstreit. Durch lothringische Plünderungen wurde ihm schwerer Schaden zugefügt; GLAK 75/63; 75/64 f2.
- 14) War ein Sohn des zweibrückischen Vizekanzlers Johann Ulrich N. Anfangs Kreuznacher Oberschultheiß, wurde in die zweite sponh. Klostersäkularisation unter Philipp Ludwig verwickelt; GLAK 75/22 f302; Andreae 281f.
- 15) Weist durch seine Gemahlin, eine geborene Endelichin, auf Mainzer Herkunft hin; vgl. L. Stein, Das zweite luther. Kirchenbuch, Krzn. Hbltr. 1922/Nr. 6. Colsons Verdienste um die bad. Position in der V. G. waren außerordentlich und wurden auch von der bad. Regierung anerkannt; vgl. GLAK 75/100.
- 16) Die Schreibweise des Namens ist unterschiedlich (Plittersdorff, Blitterstorf usw.).

schiedenen Gesichtspunkten her einer umfangreicheren Bearbeitung würdig (17).

Hier gilt es, kurz das positive Bild einer Persönlichkeit unter dem Zug selbstbewußter, politischer Katholizität zu zeichnen, wie diese sich im geistigen Klima des bayrisch-österreichischen Raums auf dem Boden der bedeutendsten süddeutschen Territorialmächte auch nach dem konfessionellen Ermattungsfrieden von 1648 ausformen konnte und wie sie aus der Abwehrsituation des schwachen und noch rechtlosen pfälzischen Katholizismus heraus undenkbar und unverständlich gewesen wäre. Unter dem Einfluß eines weltmännischen Bildungs- und Lebensideals, von gegenwartsfreudiger Lebenshaltung, dem persönlichen Vorteil nicht eben besonders abhold, setzt sich die Gestalt Johann Werners in Sponheim wirkungsvoll ab von dem Kreis des kalvinistischen simmerischen Hofes zu Kreuznach, der im ganzen wohl mehr die strenger, gelehrsam Neigungen seiner Glieder zu befördern schien.

Johann Werner, aus dem bayrischen Zweig des ursprünglich am Niederrhein beheimateten Geschlechtes derer von Plittersdorf (18), wurde um 1600 als Sohn Daniels von Plittersdorf, Herrn des passauischen Lehens Sulzbach, zu Schmichendorf und Weichs und dessen Gemahlin Anna Maria, Tochter des fürstlich salzburgischen Rates und bayerischen Pflegers zu Kirchberg, Parcival Zeuger zum Adelsmanstein und Lichtenwald, in Sulzbach geboren (19). Über seine Jugendzeit ist nichts Sicheres bekannt, doch ist es wohl nicht unangebracht, der Nachricht, er sei früh in ein Karmeliterkloster eingetreten, Glauben zu schenken (20). Später trat er dann in baden-badische Dienste, weilte 1657 als markgräflicher Gesandter am erzerzoglichen Hof zu Innsbruck (21), wo er vermutlich seine Verbindungen mit dem Hause Habsburg anknüpfte (22), und wurde am 29. Juli des selben Jahres in Kreuznach als badischer Oberamtmann vorgestellt (23). Hier, in der schwächsten Außenposition des politisch schon wenig bedeutenden badischen Teilterritoriums, erwartete ihn die wenig dankbare Aufgabe, die markgräflichen Interessen gegenüber den aggressiven Absichten des kurpfälzischen Nachbarn zu verteidigen, eine Aufgabe, der er sich mit dem ihm eigenen leidenschaftlichen Temperament unterzog. Dies hat ihn in der Perspektive der Kreuznacher stadtgeschichtlichen Forschung in den Ruf eines Gröblings und Schikane-

17) V. Plittersdorf fand bisher Berücksichtigung in Oswald v. Gschließers Darstellung des Reichshofrats (Wien 1942, S. 297f), die sich hierbei im wesentlichen auf eine Wiedergabe der Daten aus Bittner-Groß beschränkt. Weiter sei auf den bisher kaum berücksichtigten Aufsatz von Philipp v. Blittersdorf: Johann Werner Reichsfreiherr von Blittersdorf. Kaiserlicher Reichshofrath und Gesandter, veröff. i. Jahrbuch d. K. K. Heraldischen Gesellschaft „Adler“ NF 7 (1897) 169-174 verwiesen. Aktenmaterialien sind vor allem in den verschiedenen Abteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, des Berliner Hauptarchivs, des Württembergischen Hauptstaatsarchivs Stuttgart und im Badischen Generallandesarchiv Karlsruhe vorhanden.

18) Kneschke 7, 183.

19) Blittersdorf a. a. O. 169.

20) Ebd.

21) Bittner-Groß, Rep. I, 8.

22) V. Gschließer 297.

23) P. Burkhard, Kreuznach in den Jahren 1652-1666, Krzn. Hblfr. 1959 Nr. 2, S. 3.

Surcouff's Cove

[illegible]

Schreiben Johann Werners von Plittersdorf an den Markgrafen von Baden v. 4. 10. 1661 aus Kreuznach.

machers gebracht, der ihm wohl schwerlich anstehen dürfte (24). Die zeitgemäß enge Verbindung von Konfession und politischer Einflußnahme zwang ihn zu scharfen Eingriffen in die pfälzisch-protestantische öffentliche Ordnung. Er pfändete in der Wohnung des reformierten Kreuznacher Glöckners, der gegen seine Verordnung an katholischen Feiertagen die Arbeit einläutete und traktierte die sich widersetzende Kreuznacher Stadtwache mit bloßem Degen, – das, gleichsam im Schatten der Ebernburg und ihrer Tradition, um 1660 in Kreuznach noch ein unerhörtes Wagnis, wenn es sich um einen der üblichen badischen Gefällverwalter gehandelt hätte. Die aktuelle politische Bedeutung der Ebernburg im Wildfangstreit war es, wodurch er sich das Mainzer Erzstift, den natürlichen badischen Verbündeten am Mittelrhein, verpflichtete, indem er durch seine Verbindungen nach Wien nützlich sein konnte (25). Der kurmainzische Gesandte am Reichstag, von Plittersdorf, erhielt 1664 den Auftrag, die Gravamina der Gravierten zu vertreten (26). Der kaiserliche Vorschlag, den badischen Markgrafen in die Vermittlungskommission zu berufen (27), dürfte nicht ohne von Plittersdorf Anregung geschehen sein. Als 1665 in der spanischen Sukzessionsfrage der habsburgisch-französische Gegensatz schärfere Umrisse annahm, verhandelte von Plittersdorf im Auftrag der drei geistlichen Kurfürsten in der Frage des kaiserlichen Truppendurchzugs in Wien (28). Den verständlichen pfälzischen Klagen beim sponheimischen Hofgericht, es schicke sich nicht, daß der badische Oberamtmann gleichzeitig in mainzischen Diensten stehe und in Kreuznach votiere, setzte Baden in Rücksicht auf die Verdienste seines Geheimen Rates und Landhofmeisters das schon im 17. Jahrhundert nicht ungeläufige Beispiel eines „Dienern zweier Herrn“ entgegen (29).

Inzwischen wuchs der vielseitige Gesandte immer mehr aus der engen Oberamtmannsrolle heraus. 1667 verhandelte er in kaiserlichem Auftrag in Baden und Württemberg wegen eines Bündnisses gegen Frankreich (30). Im Anschluß daran wurde er zum Reichshofrat vorgeschlagen (31). Während man in dem von lothringischen Truppen schwer bedrängten Kreuznach vergeblich den badischen Oberamtmann erwartete (32), weilte dieser als kaiserlicher Gesandter in besonderer Mission und künftiger Resident an der römischen Kurie. Im Januar 1669 schaltete sich von Plittersdorf zum letztenmal aktiv in die sponheimischen Angelegenheiten ein (33). Im gleichen Jahre deckte er in Rom die Intrige des Ministers Leopolds I., Johann Weikhard Fürst Auers-

24) Vgl. Krzn. Hbltr. 1959/Nr. 2, S. 1.

25) Vgl. S. 38.

26) Brunner 24. Im gleichen Jahre weilte er wieder in Innsbruck (Bittner-Groß, Rep. I, 8) u. wurde in den Reichsfreiherrnstand erhoben; Blittersdorff 169f. In Regensburg vertrat er auch die Belange der Unterelsässischen Reichsritterschaft; Bittner-Groß, Rep. II (Hausmann), 450.

27) Brunner 24.

28) Die Mission erfolgte in frz. Einvernehmen; Badalo-Dulong 98f; vgl. auch Mentz I, 125.

29) GLAK 75/18 (Hofgericht v. 1664 u. 1665).

30) Weech 181; Bittner-Groß, Rep. I, 173.

31) V. Gschließer 297.

32) Vgl. GLAK 75/63 (Berichte d. bad. Landschreibers an d. Regierung).

33) GLAK 75/63 (Bericht Ferdinand Maximilians v. Baden an den Vater, v. 21. 1. 1669).

perg (34), der mit französischer Hilfe den Kardinalstitel erstrebte, auf und löste dessen Sturz aus (35). Drei Jahre später feierte dann der „Teutsche Herr Baron von Plittersdorff als kayserlicher Gesandter“ mit „Geldauswerfen“ die Ernennung von v. Averspergs Gegenkandidaten, Markgraf Bernhard Gustav von Baden, für den er schon die Koadjutorie Kemptens durchgesetzt hatte, zum Kardinal (36).

Nach den verschiedensten diplomatischen Missionen, besonders noch einmal um 1683 in Fragen der Türkenhilfe (37), beendete der Tod das Leben eines Mannes, der „hitzig und vehement“, wie ihn Prinz Ferdinand Maximilian von Baden einmal treffend charakterisierte (38), „allzeit etwas neues ohnbeständiges gesucht“ hatte. Mit Sponheim blieb die von plittersdorfische Familie durch Johann Werners Neffen (39) Karl Ferdinand, dem langjährigen Leiter der baden-badischen Verwaltung, Geheimen Rat und Hofratspräsidenten, verbunden (40), der verschiedentlich in die Geschicke des Oberamtes eingriff. Durch dessen zweite Gemahlin, Anna Regina, geb. von Eltz, kam das eltzische Burglehen zu Kreuznach an die von Plittersdorf (41).

So bietet sich, vom Gesichtswinkel des badisch-wittelsbachischen Kondominats Sponheim her, eine Vielfalt biographischer Aspekte. Die Gestalt von Plittersdorfs, eingespannt in die austriazistischen Tendenzen des katholischen Süddeutschland, hebt sich ab von dem nach Brandenburg-Preußen weisenden pfälzischen Beamtentum des 17. Jahrhunderts, dessen Spuren nachgegangen zu sein das Verdienst Gustav Hechts ist (42).

34) G. Mecenseffy, Im Dienste dreier Habsburger, Leben u. Wirken des Fürsten Joh. Weikhard Auersperg (1615-1677), AÖG 114 (1938) 481ff, 490f, 493, 497.

35) A. Wolf, Drei diplomatische Relationen aus der Zeit Kaiser Leopolds I., Archiv f. Kunde österreichischer Geschichts-Quellen 20 (1859) 279-340, hier bes. 298f. Vgl. auch Schulte I, 171 Anm.

36) Blittersdorf 171.

37) Vgl. Bittner-Groß, Rep. I., 130ff, 145, 148, 155. Daneben stand er u. a. auch in Diensten des Schwäbischen Kreises, der Fürstabtei Fulda und Pfalz-Neuburgs. Ebd. I, 8, 406; II (Hausmann) 134, 136.

38) GLAK 75/63.

39) Vgl. Schulte I, 171.

40) Vgl. Blittersdorf 137f; Schulte 171; Bittner-Groß, Rep. I, 7f.

41) Im 18. Jh. kaufte sie sich dort in weitere Burglehen ein.

42) G. Hecht, Gebürtige Pfälzer als Träger der preußischen Kirchenpolitik im Streite um die Heiligegeistkirche in Heidelberg, ZGO NF 41 (1928) 173-252.

2. Oberamtleute und Beamte des Oberamtes Kreuznach

(1437-1795) (1)

Gemeinschaftl.	(Veldenz) Pfalz-Simmern	(Baden) Baden-Baden	Kurpfalz	Oberamts- Gefälligverwaltung	Unterämter
1437 Friedrich v. Lewenstein, v. Veldenz eingesetzt	1456-1466 (8. 5.) Wilhelm v. Randeck	Baden infolge der Schlacht v. Seckenheim nicht beteiligt.	1456-1463 Hans v. Wachenheim 1464 Hans v. Wall- brunn 1466 (8. 5.) - 1469 Rheynfried v. Rudes- heim 1480-1484 (2. 1.) Swicker v. Sickingen	1437-1454 Nicolaus Russe, Landschreiber (= L) 1464 (19. 3.) Jörg Friedr. v. Stein, Kreuz- nacher Truchseß (=T)	
	1480 Johann v. Morßheim 1483 Friedrich v. Rüdesheim			1484 Gall, simmer. T.	
	1487 (4. 7.) - 1490 Friedrich v. Dern		1487 (4. 7.) Junker Heinrich v. Bach 1488-1503 Albr. Göler v. Ravensperg		
	1493 Simon Boos v. Waldeck 1494 Emmerich v. Miederspach 1499-1505 Johann Brenner v. Lewenstein 1506-1513 Meinhard v. Koppenstein († 1537, Freit. n. Asc.)		1505 Hansen v. Helmstadt 1508 Konrad Stumpf v. Waldeck		1508 Johannes Rockenhuser, Ami- mann z. Naumburg

1) Die spärlichen Angaben bei Widder IV, 19-22; Schneegans, Kreuznach 148-151 sowie Maurer 131ff fanden nur insoweit eine Verwertung, als sich hierzu ergänzende quellenmäßige Belege ergaben.

Gemeinschaftl.	Pfalz-Simmern	(Baden) Baden-Baden	Kurpfalz	Gefäßverwaltung	Unterämter
Meinhard v. Koppenstein urkund. auch gemeinsch.			1508-1511 Franz v. Sickingen	1509 Nikolaus Streichelmann T.	
1514-1520 Bernhard v. Wallbrunn († 11. 10. 1533).		1516 Bernhard Gaß (2. 3. 1516)	1512-1515 Johann v. Schonberg		
1525 (Quasim. gen. Samstg.) - 1538 Meinhard v. Koppenstein, „der junge“	1533 daneben Carsilius Bayer v. Bellenhoven		1517 Philipp zu Dhaun		
1539-1544 Hans Beuser v. Ingelheim			1518-1543 Konrad Stumpf v. Waldeck	1522 Johann Schoneck T.	
1545/46-1548 Caspar Knebel v. Katzeneinhoven			daneben Wigand v. Dienheim 1521 - († 17. 12. 1521)	Kurpf. Truchsesse: 1527 (od. früher) - 1545 Valentin Brandenburg	1538 (11. 6.) Nikolaus v. Schmidburg, Amtmann zu Koppenstein
1549-1552 (53) Johann Meinhard v. Koppenstein			1544-1559 Johann v. Dienheim	1546-1547 Johann Schoneck	
1553 (54) - 1559 Dr. Carsilius Bayer v. Bellenhoven		1560-1566 Johann v. Dienheim († 30. 7. 1570)		1548 Johann Stumpf v. Waldeck	
				1549 Johann Schoneck	
				1550-1572 Wolf Heyleß	1553 Philipp v. Cöln, gen. Rabe u. Johann Emich desgl.
				1573-1585 Severin Sauer	
				(1574 daneben Wolf Heyleß?)	
		1567-1572 Konrad v. Obentraut	1560-1568 Dr. Carsilius Bayer v. Bellenhoven	1584-1598 Johann Oberländer	

Gemeinschaftl.	(Pfalz-Simmern)	Baden-Baden	Kurpfalz	Gefäßverwaltung	Unterämter
		1573-1583 (?) Georg Wilhelm v. Sötern 1583 (?) - 1588 Georg vom Stein z. Reichenstein 1586 und 1589 Simon Petrus Luon, 1592 Hofmeister, Rat u. Truchseß zu Kirchberg u. sponheim. Sekretär 1590-1596 Johann Burkhard Buch, Oberamtsverwalter 1597-1599 Gerhard Patrick, Oberamtsverwalter u. Landschreiber 1600 Oberamtsverweser Matthias Balzinger ebf. 1600 Landhofmeister u. Oberamtman Carolus v. Orselar	1569-1584 Nikolaus v. Schmidburg († 17. 10. 1599) (daneben 1578 Ludwig v. Ortenberg) 1582 (?) - 10. 11. 1598 Johann Bernhard v. Boltzheim († 1609).	Simmer.-bad. Land-schreiber 1527 (od. früher) - 1532 Velten Heien 1532-1553 (oder weiter) Johann Sturm 1559 Jörg Ott v. Ulm Badische Landschr. 1560-1577 (od. weiter) Ludwig Meier 1583-1584 (?) Joh. Jacob Varnbuler (vgl. Hofgericht) Simmer. Keller 1527 (od. vorher) - 1532 Alsenz 1533-1534 Carsil. Bayer v. Bellenhoven 1535-1550 Georg Ott (s. o.) 1551-1552 (od. spät.) Heinrich Heyen 1556 Valentin Horneck 1560 Jörg Ott (s. o.) (von 1560 ab fällt das Amt d. Kellers auf d. kurpf. Truchseß).	1588-1592 Matthias Flad, Amtmann zu Naumburg 1592-1593 Otto Clauten desgl. 1600 Johann v. Eich, bad. T. zu Kirchberg 1600 Hans Daniel Eich, bad. Amtmann zu Koppenstein

Gemeinschaftl.	(Pfalz-Simmern)	(Baden-Baden)	Kurpfalz	Gefälligverwaltung	Unterämter
				Badische Keller 1527 (od. vorher) - 1548 H. v. Baimburg 1549-1552 (od. spät.) (Silvester?) Seybold Kurpf. Truchseß 1599-1619 Hans Wigand Schlör Bad. Landschreiber 1585 (?) - 1588 Simon Petrus Luon 1592-1599 Gerhard Patrick Kurpf. Truchseß 1620 Dr. jur. Friedr. Meisterlin Kurpf. Landschr. 1600-1619 Gerhard Patrick Kurpf. Amtsschr. 1616-1617 Philipp Ulrich Weiler	1605 Christoph Adam v. Dhein, kurpf. Amt- mann z. Naumburg
	= Kurpfalz	1600 aus der Gemein- schaft ausgeschlossen	1599-1609 (16. 3.) Johann Herr zu Eltz († 24. 12. 1609) 1610-1619 Wilhelm Frhr. v. Winneberg u. Beilstein		

Gemeinschaftfil.	Pfalz-Simmern	Baden-Baden	Kurpfalz	Gefällverwaltung	Unterämter
		1628 Oberamtsverweser Dr. jur. Wilhelm Post (bad.?) geht 1631 als Truchseß ab.	1619 Niklaus Kling, Vogt des Oberamtmanns 1620-1630 Thomas Francquin (spanische Verwaltung)	Amtschreiber 1618-1619 (od. spät.) Daniel Kutsch „Gryffyr“ (=Amtschr.) Vlammyngk 1634 Glaser 1643 Bemburger 1643 (14. 7.) Heuberger (bad.) (Simm.) Truchsesse 1622-1625 Wilhelm Post 1628 Johann Wendel Wolff 1630-1631 Wilhelm Post 1632-1638 Henrich Würzäus (1637 ders. badisch) 1634 Johann Adam Hunttinger (kurpf.?) (Bad.) Landschreiber 1622-1623 Wilhelm Post (Verweser) 1623 Johann Adam Patrick, „angemaßt.“ bad. Landschreiber 1628 Johann Wendel Wolff 1643 Heinrich Braun v. Scherer 1651-1652 Johann Heinrich Stern	
	1630 Heinrich Gottfried v. Geisplitzheim	1636-1637 Georg Kob v. Langen 1637 (22. 1.) Rieben (kaiserl.-bad.)			Bis 1646 Braun, bad. T. zu Kirchberg
	1641-1643 (?) Johann Philipp v. Hardung	1643 v. Braun, Oberamtsverweser (u. Landschreiber)			1650 Wirtz (=Würzäus) simm. T. zu Kirchberg
	1651 u. vorher kein Oberamtmann angeordnet				Vor 1652 Johann Dietrich Umbscheid, Amtmann z. Naumburg

Gemeinschaftl.	Palz-Simmern	Baden-Baden	Kurpfalz	Gefäßverwaltung	Unterämter
1652 (Jan.) Dr. Wurzeus sowie Kammerrat u. Landkommissar Doll	1652 (Ostern) - 1654 (1. 2.) Heinrich Braun v. Schweich, Ober- amtsverweser			Badische Landschr. 1652 (März) - 1661 Wolfgang Niclas Neuphart	1652-1655 Jakob Bockenheimer, bad. T. zu. Kirchberg
1652 (30. 10.) - 1660 Wolfgang Bernhard v. Geispitzheim	1653-1657 Wolfgang Niclas Neuphart umstrittener bad. Amtsverweser (1656 vakant)			1660-1669 L. Christ. Nentwich	1652 J. Wolf Zinkgref, Amtmann z. Naumburg
1660-1665 Heinrich Burkard v. Dallwigk (1659 simmer. Haus- hofmeister)	1657 (29. 7. vorge- stellt) - 1668 Johann Werner v. Plittersdorf (anwesend u. a. 1657, 1658, 1662, 1663, 1664)		Dallwigk auch für Kurpfalz	Simmer. Truchsesse 1652-1654 Lic. Laurenzius Beck 1656-1660 Karl Tolner	
1667 Wolfgang Wil- helm v. Geispitzheim Wolfgang Bernhard v. Geispitzheim			(1667 Wolfgang Theoderich, Graf v. Kastell)	1662-1664 Dr. Johann Teschenmacher 1665-1671 (entlassen) Dr. Johann Wilhelm Weidner	1665 Johann Heinrich Würz, simmer. T. zu Kirchberg (s. o.)
1668-1673 (6. 4.) Albrecht Reichard v. Obentraut (am 6. 10. 1670 zeitweilige Dienstentlassung u. Bestrafung, 1671 wieder anwesend, † 1683).	1669 (24. 9.) - 1671 Paul Jacob v. Rumelin, Amtsverweser		Obentraut auch für Kurpfalz	Simm.-Kurpf. Truchs. 1660 Karl Tolner 1661 Dr. Johann Kray	
1673 (9. 5.) Johann Adam v. Wicherstheim angenommen (Erlöschen der simmer. Linie)				Kurpf. Truchsesse 1662-1665 (od. weit.) Wilhelm Pabst 1668-1673 Franz Daniel Heyles	

Kurpfalz	Baden-Baden	Gefällverwaltung	Unterämter
1674 (30. 1.) Heinrich Burkard v. Dallwigk angenommen. 1677 (1. 9.) seines Amtes entsetzt, nach der Truchsesserei-Rechnung noch bis 1679 (22. 11.) i. Amt	1671–1684 Robert Franz Fhr. v. Herissem	Amtsschreiber 1653–1664 (od. später) Johann Wilhelm Wernick	1673–1675 Sagitter, kurpf. T. zu Kirchberg
1679 (4. 12. vorgestellt) – 1681 (31. 1. removiert) Ludwig Wilhelm Freiherr v. Stauff zu Löwenstadt.		Simmer. Truchseß 1673 (9. 5.) Lorenz Mörsch entlassen	1675 Johann Philipp Schultes, bad. T. zu Kirchberg
1681 (7. 3. vorgestellt) Hofmarschall Casimir Heinrich von Steinkallenfels		Badische Landschreiber 1671–1678 (20. 3.) Lic. Johann Riedt 1679–1688 Dr. Albon	1682–1686 Kornzweig, kurpf. T. zu Kirchberg 1684–1701 Geiß, bad. T. zu Kirchberg
1683–1685 Albert Reichard v. Obentraut		Kurpfälzische Truchsesse 1673 (9. 5.) Dr. Weidner angestellt 1679 (od. vorh.) – 1680 (22. 11.) David Lamprecht 1680 (22. 11.) – 1688 Daniel Heyles	1684 Cäsar, gemeinschaftl. Amtmann zu Naumburg
1686 Casimir Heinrich v. Steinkallenfels neu angestellt	1686–1688 Johann Reinhard v. Hardung	Kurpf. Truchsessereikeller 1690 (od. vorh.) – 1691 (od. spät.) Johann Wendel Vogt	
1689 (4. 1.) Grand Bailliff de la Fontenelle	siehe Kurpfalz	Bad. Landschreiber 1699–1708 Antonio Colson	
1689 Jakob Graf v. Hamilton auf Kreit u. Hirschberg (kurpf.?)			
1691 Philipp Adam Freiherr v. Vogt zu Elspe			
1693–1695 (2. 6.) Bailliff Gabriel de la Roue	siehe Kurpfalz		

Kurpfalz	Baden-Baden	Gefäßverwaltung	Unterämter
1704–1710 Albrecht Freiherr von Schellard zu Geistern	1699–1708 Antonio Colson Oberamtsverwalter	Kurpfälzische Truchsesse 1701 Otto 1699–1709 Regierungsrat Johann Nikolaus Quad 1710–1720 († 1720) Christian Rittmeyer 1720–1731 Franz Anton v. Scherer 1750–1784 († 1784) Hofgerichtsrat v. Stahl, 1768 wird ihm sein Sohn als Nachfolger beigeordnet (zeitweilig kein Oberamtmann ernannt)	Vom Jahre 1708 an badisch
1711 Lothar Friedrich v. Hundheim 1717, 1731 Philipp Karl Freiherr von Hundheim 1720 Oberamtsverw. v. Geyer 1730 Oberamtsverwalter Eckhart		Truchseß-Keller 1700–1741 (od. später) Gottlieb Ehrenreich Geyer Bis 1750 (I. 8.) Franz Ferdinand Geyer 1750 Interimsverwalter v. Deichmann 1750–1775 (od. später) Georg Knapp (ehemal. Hofkammersekretär) 1785 Baum	
1743–1765 (?) Franz Philipp von Hundheim 1765–1785 Karl Philipp von Venningen 1784–1794 Joseph Freiherr v. Schweickhard (auch Truchseß, Bestallungsbrief v. 20. 11. 1784)			

3. Das Kreuznacher Hofgericht 1437-1708 (1711).

Rekonstruktion.

	Institution	Richter	Betreff (1):	Beleg
1437	Einrichtung des Herren- gerichts für Bürger und „arme Leute“.			Mone, ZGO 6 (1855) S. 388
1441	daneben unter den Ge- meinern Rechtstage: Rechtstag zwischen Ja- kob v. Baden und Fried- rich v. Veldenz in Kreuznach.	Obmann: Junker v. Steyne	Gräfenstein	Bad. Reg. III., S. 121, Nr. 6120
vor 1494	„Hofgericht der zweyer fürsten“, jedoch sehr unregel- mäßig, Appellationen sonst an Herzog Jo- hann v. Simmern oder das Kaiserl. Kammer- gericht.		(Johann Boos u. Verwandte gegen Friedrich Wolff von Lautern)	GLAK 75/18
1508 Mittwoch nach St. Agnes	Hofgericht	Kurpfalz: Wigant von Dienheim, Amtmann zu Oppenheim, Franz v. Sickingen, Amtmann zu Kreuznach, Simmern: Johann von Eltz, Hofmeister, (H) Huck von Wilburg, Fritz v. Schmidtburg. Baden: Batt horneck von hornburgk, Meinhard von Kopp- stein, Amtmann zu Kreuznach		GLAK 75/18

	Richter	Betreff	Hofgerichtssekretär
1508 Mittwoch und Donnerstag nach Pfingsten	Verhandlungen Abgeordnete v. Herzog Johann, Kurfürst Lud- wig und Markgraf Philipp z. Kreuznach.	Amtmannshaus zu Naumburg, Mühlen zu Ge- münden und Kreuznach.	GLAK 75/18
Vincula Petri	Hofgericht Baden: Batt horneck von Hornberg, Hof- richter (?) Eberhard v. Husenstein.	Burg Gemünden, Simmern fordert Rechte am Ebernburger Bergwerk, Testamentsangelegen- heiten, Gefangenschaft des Naumburger Amt- manns, Hofgerichtsordnung.	GLAK 75/18
1509 Mittwoch n. Quasim. geniti	Dreifürsten-Versamm- lung (Hofgericht) in Gegenwart v. Kur- fürst Ludwig V., Her- zog Johann von Sim- mern und Markgraf Philipp.	Hofgerichtsordnung, Amtmann zu Gemünden, Ebernburger Bergwerk, Pastorei zu Sprend- lingen, Fischfang i. Nahe u. Rhein; Streit mit Mainz, Totschlag, Kreuznacher Verschreibung, Mainzer Streifen i. den Ämtern Alzey, Kreuz- nach u. Stromberg, Hof zu Maizborn,	GLAK 75/18
1516 (März)	Hofgericht Kurpfalz: Michael Ha- berkorn v. Zellingen, z. Zt. Amtmann zu Ba- charach u. Hofrichter Meister Melchior Prob Lic. (vgl. 1509)		STAK 56/169
	Simmern: Jörg Flach v. Schwarzenberg (2), Dieterich von Metzen- husen, Baden: Bernhard Gaß, Amtmann z. Kreuznach, Emich von Randeck.	Prozeß: Wilhelm Kitzinger zu Krzn. gegen Hene den Jungen u. Hene den alten Kitzinger zu Münster auf der Nahe.	2) Zu dem Geschlecht d. F. v. Schwarzen- berg, vgl. Zimmermann 67.
1517	Appellation an Herzog Johann.		Philipp Sybolt STAK 56/175

	Richter	Betreff	Hofgerichtssekretär
1525 Vinc. Petri	Hofgericht	Besetzung: Martin von Reimchingen, Hofrichter (3) Peter v. Leyen, Iheronus Judde, Dr. (4), Johann von Schonberg, Amtmann z. Stromberg, Johann Rotweil, Dr. Philipp Beuser von Ingelheim, Meinhard v. Koppenstein, Albrecht Dhan, Dr.	56/2716 3) Vgl. Reinking 64; Reinhard v. Remchingen ist unter Markgraf Bernhard I. sponheimischer Vertrauensmann. Vgl. R. Fester 135, Anm. 147; vgl. auch Kattermann 71. 4) Von Markgraf Philipp häufig in Luxemburg verwendet. Vgl. Kattermann 77f, Anm. 88.
1527	Hofgericht	Hofrichter: Meinhard von Koppenstein,	STAK 56/2716
1529 Laelare, Vinc. Petri,	Hofgericht	Prozeß: Johann Wild- und Rheingraf u. Vetter Philipps Kinder gegen Mathis Hannsen u. Philipp Scherer (als Vormünder v. Boß Hannsen). Prozeß: Landschreiber Heiger Veltin gegen Kaplan zu Steinkallenfels	STAK 56/1225
1530 Vinc. Petri,	Hofgericht	Kurpfalz: Jörg Flach v. Schwarzenberg, Hofrichter, Franz v. Sickingen, Johann v. Schonberg, Simmern: Meinhard von Koppenstein, Philipp Beuser	STAK 56/228 56/479 Silvester Sybalt
		(die vordersponheim. Hofgerichtsordnung erscheint im Druck) Laetare 1530. Prozeß: Landschreiber Heiger, vgl. 1529	STAK 56/1225 26, 64, 67, 70, 5) = Veus, vgl. Reinking 86, 88f, 97.

Richter	Betreff	Hofgerichtsssekretär
Laetare (Nachtrag)	Hofgericht	STAK 56/2413
1532 Vinc. Petri,	Hofgericht	Prozeß: Elßgin z. Affen, vgl. Laetare 1530. Prozeß: Elßgin z. Affen gegen Lorenz Schuhmacher u. a. Bürger zu Kreuznach. Urteil gegen den Landschreiber Heiger Hofgerichtsordng. verabschiedet. Urteil im Prozeß Elßgin z. Affen.
1533 Vinc. Petri	Hofgericht	Prozeß: Karmeliter zu Kreuznach gegen Philipp Faust v. Stromberg, nass. Amtmann zu Kirchheim. 6) Vgl. Reinking 64f. STAK 56/1386 56/477 7) Vgl. Reinking 91f.

Richter	Betreff	Hofgerichtssekretär	STAK 56/477
1538 Laetare Hofgericht (daneben auch die eigtl. Pfalz-simmer. Hofgerichte in Kreuz- nach).	Simmern: Hofrichter Peter von Leyen, Hofmeister, Hans Beuser von Ingelheim, Amtmann zu Bolanden, Dr. Carsilius Bayer von Bellenhoven, Kurpfalz: Philipp Wolff v. Sponheim, Amtmann z. Bacharach Dr. Johann Pfar, Baden: Balthasar v. Emendingen, Amt- mann zu Stollhofen, Dr. Hans Jacob Varenbuhr (Varn- bühler) (8), Mitglied der vormundschaft. Regierg. Von Simmern bestellt; ist lutherisch. u. a. Johann von Dienheim.	Prozeß: Karmeliter, Urteil (vgl. 1533 Vinc. Petr.).	8) Reinking 80, 82, 84, 97ff. A. Hasenclever, Kur- pfälzische Politik in den Zeiten des Schmalkaldischen Krieges, Heidelberger Abhandlungen 10 1905, S. 158. GLAK 77/9647
1546 Laetare Hofgericht	Kurpfalz: Philipp Wolff von Sponheim, Amtmann z. Bacharach Dr. Johann Empfänger.	Fron zu Sprendlingen, Wehrzölle, Apotheke, Lötzbeurer Kirchenrechnung, Halsgerichts- ordnung, Todfälle, Polizeiordnung, Juden- geleit, Wiedertäufer, Bergwerk, Plan einer kurpfälz. allgemeinen Kirchenordnung, Handel	
1556 Vinc. Petri Hofgericht			

1556

Vinc. Petri

der Juden, Ungeld, rheingräf!. Gesuch um Holz aus dem Soon, Sprendlinger Ölzens, Schweinetrieb des Amtes Winterburg, Totschlag, Schatzung des Hofmanns zu Sülzen, Mordfall, Bagnadigung, Gesuch des Klosters St. Katharinen um Nachlaß der Schatzung, Supplikation, Sohrener Altargefälle, Bastard, Leibeigene, Wildfang, Umgeldsbetrug, ausgebrochene Wiedertäufer, Falckenstein. Fischer u. Schultheiß zu Breizenheim, Geldfund, Prozeß Johannis v. Dienheim gegen die Stadt Kreuznach, sponheimischer Obmann.

1558

Appellation in Sachen Marg. Baimbergerin gegen den Kreuznacher Schöfften Valentin Hornek.

STAK 56/1236

Kaspar Kriegk als Sekretär des sponheim. und trierischen Hofgerichtssekretärs Johann Molitor.

1559

Wegen Ott Heinrichs Tod „Stillstand am Rechten“.

STAK 56/1236

1560

Krebs, K.
Dienerb., Sm 87

Sebastian Maier, Lic., Schultheiß zu Kreuznach, Mitglied des Hofgerichts.

1563

Vinc. Petri
bis
1565
Laetare

STAK 56/1236

wegen der Sterbläufe kein Hofgericht

Richter		Betreff	Hofgerichtsssekretär
1565 Laetare	Hofgericht		
1566 Vinc. Petri	Hofgericht	Belohnung des Hofgerichtsschreibers, die vordersponheim. Untergerichtsordnung wird erlassen.	GLAK 75/16
1567	Hofgericht (?)	Zeugenverhör im Prozeß zwischen der Stadt Kreuznach und Johann v. Dienheim.	Xn. 166/1
1568 Vinc. Petri	Hofgericht	Wehrzoll, Polizei- u. Eheordnung, Partikularschule, Schaffner u. Pfarrer zu Schwabenheim, Steinsetzung, Atz zu Auen, Abzug der Stadt Kreuznach, Kloster St. Peter, Waldförstersoldung, Supplikationen, Bastardfälle.	GLAK 75/18 STAK 56/579
1569 Vinc. Petri	Hofgericht	Punkte von 1568 wieder gehandelt.	
1570	Hofgericht	Bastardfall, Judengeleit,	GLAK 75/24
1571 Laetare	Hofgericht	Pfarrepräsentation zu Sprendlingen u. Schwabenheim, Wehrzölle,	GLAK 75/32
Vinc. Petri		Wehrzölle,	
1573 Laetare	Hofgericht	Schatzung der Amtsdienner, Abzugsgeld, Schulpräzeptoren, Herzog Reicharts 1/5 an Kircheng, Schulvisitationen,	GLAK 75/32
Vinc. Petri	Hofgericht	Visitation der Kirchen und Schulen, Nomination des Kreuznacher Schultheißen;	GLAK 75/32
1574 Vinc. Petri	Hofgericht	Publikation der Wiedertäuferordnungen, Burgfriedensschwur der Unteramtleute, Schulvisitation, Publikation der Polizei-, Wiedertäufer- und Eheordnung, Besetzung der Kirchen- u. Schuldiennerstellen, Modus einer mögl. Religionsänderung i. d. Grafschaft.	GLAK 75/32
1575 Vinc. Petri	Hofgericht		

	Richter	Betreff	Hofgerichtssekretär
1577 Laefare	Hofgericht	Burgfriedensschwur der Unteramtleute, Kreuznacher Salzhandel, Weinumgeld, Türkensteuer, Ehescheidungen.	GLAK 75/32
1578 Laefare	Hofgericht	Ehescheidungen,	GLAK 75/32 75/24
Vinc. Petri	Hofgericht	Holzführen der Untertanen, Geleitswesen, Änderung gemeinschaftlicher Beschlüsse.	GLAK 75/32 STAK 33/2440
1580 Laefare	Hofgericht		GLAK 75/32
1581 Quasim. gen.	Hofgericht		STAK 33/2440
1582 (Montag nach Quasimodo geniti) 13. 4.	Hofgericht	Prozeß v. Kesselstadt gegen von Koppenstein,	STAK 56/136
1584 Urbani, 25. 5.	Hofgericht	Prozeß v. Kesselstadt gegen von Koppenstein,	
1586 Montag nach Misericordias, 18. 4.	Hofgericht	Prozeß v. Kesselstadt gegen von Koppenstein,	
1590 Laet. (?) Montag nach Misericord. 4. Mai,	Hofgericht	Gemeinsames Landrecht u. Landesordng. vorgeschlagen, v. Kesselstadt gegen von Koppenstein.	GLAK 75/32 STAK 56/1104 STAK 56/136
1591	Kein Hofgericht		GLAK 75/48

1592 Jubilae 16. 4.,	Hofgericht	Richter	Betreff	Hofgerichtssekretär	GLAK 75/48 GLAK 75/18
		Baden: Landhofmeister Carolus v. Orselare, (H), Johann Aschmann, Kanzler, Haushof- meister u. sponheim. Secretaris, Dr. Peter Luon, Dr. Gall. Teuschlin,	Waldordnung im Soonwald, Forstmeister, Schwabenhof Hof zu Bingen, Salzhandel zu Kreuznach, Kurpf. Land- u. Untergerechts- ordnung, Schatzung verkaufter geistlicher Gü- ter, Wiedertäufgüter, rheingräfl. Irrungen, Schulvisitation, Bibliotheksnachlaß, Apotheken- visitation, Schifffahrt auf der Nahe, Stipen- dienten, Schulden der Karmeliter in Mainz, Koppenstein. Schuld, Erbstandsverleihung, Kreuznacher „Meidlinschul“, Kirchenaufbruch Braun v. Kellenbachs, Malefizpersonen, Hof- gerichtshaltung, Waidwerk der Burgleute, Kauzenburg, Auszug der Leibeigenen, Kreuz- nacher Amtsschreiber, Waisenrech., Schat- zung der warthenstein. Leibeigenen im Amt Naumburg, gemeinsame Dienerbestellung, Sprendlinger Hofleute, schmidtbergische Fron, Freveltätigung der Kirchberger vor dem Kreuz- nacher Oberamt (Hofgericht), Malefizkosten, Appellationen, Glücksspiele, Schuldsachen, 10. Pfennig, Fischerzunft, Burgleute u. Ober- amt, Zeugenunkosten, Kopien v. Schloßurkun- den, Amtsverhöre, Bestrafung säumiger Zins- leute, sponh. Leibeigene auf fremden Gebiet, Geleit, Holzausteilung, Rückfalldiebstahl, wucherische Kaufverträge, spabrück. Rechte im Soon, Begnadigung, Mühlenpacht zu Langen- lonsheim, Finanzangelegenheiten der sponheim. Klöster, Bestellg. des Schaffners v. St. Katha- rinen, verdächtige Weinverzehnung, Einhal- tung von Gefällen an Dalberg, Zoll, Geleit, Umgeld, schmidtberg. Eingriff i. Koppenstein, Stadtschreiber zu Kirchberg, Supplikationen versch. Art, Aufnahmegesuche, Unterstützungen; Streit unter Beamten, fremde Krämer, Tot- schlag, Vormundschaft, Rechnungsverhör, Be-	Culmann, Oberamts- advokat	

1592 Jubilae 6. 4.,					
1597 (3. Juni?) Vinc. Petri	Hofgericht		strafung eines Geistlichen, Flußregulierung, Erbschaftsprozess, sickingsches Judengeleit, Erhöhung von Zoll- und Wegegeld,		GLAK 75/23
1598 Vinc. Petri	Hofgericht (letztes gemeinschaftl. bis 1664)		Nomination, Examination u. Präsentation von Kirchen- u. Schuldienern wie oben,		STAK 56/1104 GLAK 75/23 75/18
1600	Kurpfalz beabsichtigt, ohne Baden Hofgericht zu halten.		Johann Hauptrecht, Gerichtsschreiber zu Königstein, gegen Jacob am Steeg, frankfurtisches Ratsmitglied, Endurteil		GLAK 75/80 75/81
1605	sponh. Hofgericht mit kurpf. Deputierten,				Vgl. C. Velten, Krn. Hbltr. 56/4, S. 3
1619 (17. 2.)	sponh. Hofgericht mit kurpf. Deputierten,	besteht aus den kurpf. Oberbeamten,	Velten Bretz, Bürger zu Kreuznach, gegen Adam Pistorius Erben, (Kurpfalz will Appellation an das Kaiserl. Kammergericht verweigern.)	Caspar Fickessen	STAK 56/302
1622-24				Caspar Fickessen	STAK 33/1023ff.
1628	Kaiserliches Gericht zu Kreuznach. Die kaiserliche Regierung zu Kreuznach vertritt für die linksrhein. Pfalz das kurpf. Hofgericht, sie lehnt Appellationen an das Kaiserl. Kammergericht ab.	Kaiserl. verordneter Gubernator, Sekretär Claudius Flaming	Prozeß Johann Heinrich v. Dienheim zu Hahnheim gegen Juden Abraham v. Ingelheim,		STAK 56/589

	Richter	Betreff	Hofgerichtssekretär	
1637			Johann Walter Hergeß, sponheim. Hofgerichts- prokurator, tritt wegen fehlender Besoldung zurück.	Krn. 766/1
1649	Die Prozesse gehen in zweiter Instanz an das Hofgericht zu Lautern.	Prozeß der Kreuznacher luther. Gemeinde ge- gen Conrad Culmann u. Erben.		STAK 56/479
1651				STAK 33/10245
1652	Appellationswesen zwischen Simmern und Baden-Baden strittig.	Simmern will die Prozesse weiter an sich ziehen, Baden befürwortet eine Hofgerichts- einrichtung.	vakant	GLAK 75/22,
1656	Resolutionen hinsichtl. eines sponheim. Hofgerichtes.			67/121, 75/387,
1660f	Simmern fordert auf Grund der Kurpf. Hofgerichtsordnung die Rechtskräftigkeit des Privilegiums de non appellando für die Vordere Grafschaft Sponheim.			STAK 56/479
1662 (28. 8.)	Appellationen gehen noch an das Kreuz- nacher Oberamt.	Fund der sponheim. Hofgerichtsordnung von 1530.		GLAK 75/528

	Richter	Betreff	Hofgerichtssekretär
1664 Vinc. Petri	Hofgericht Räte von Kurpfalz, Pfalz-Simmern und Baden,	Hofrichteramt: Appellationswesen, Appellationskommissarius, Hofgerichtssiegel, Hofgerichtsabschiede, Amtsprotokolle, Amtsschreiber zu Kirchberg, Untergerichte, Amtstage, Kurpf. Landordnung u. Landrecht, Eheprozesse, sponheim. Quote in Kreis und Reich, neuer Zollstock im Amt Kastellaun, sponheim. Hintersassen i. Amt Wildenburg, Grenzstreitigkeit mit Simmern, Zins des Amtes Dill, Frongeld, Religionsgravamina, Modus der Publikationen von Dekreten, Burgfriedensschwur, Klagen gegen von Plittersdorf, Zölle, Wehrzoll, Salzakkis, neue Pfortenhäuser, Beunengüter, Schatzungsrenovation, Naumburger Amtshaus, rheingräf. Eingriffe in Naumburg, Klagen der Faute u. Schultheiße des Oberamts, Klagen einzelner Gemeinden, Apothekenvisitation, Pfarrer von Becherbach, Verurteilung einzeliger Bedienten, Wiederaufbau unbewohnter Plätze, Akzidentalien der Beamten, Handelsprivileg, Supplikationen, Judengeleit,	Johann Valentin Runiß (ad interim) STAK 33/43 GLAK 75/18
1665 Juni (20./30. 5.-4./14. 6.)	Hofgericht Ludwig Lingelsheim, kurpf. Rat u. Hofrichter, Hermann Meisterlin, pfalz.-simmer. Abgeordneter, Hieronymus Fabricius, bad. Abgeordneter,	Meisterlin sponheim. Oberbeamter und Hofrichter, Hofgericht: Tagungsort u. Zeit, Siegel, Appellationen der Unterämter, Landesordnung, Steuern, Frongeld, Burgfriede, Klage gegen v. Plittersdorf, Wehrzoll, Beunen, Schatzungsrenovation, Kreuznacher Gravamina, Klage gegen den Sohrener Schultheißen, vakante Güter, Herstellung der Kauzenburg, Bedbetrug der Pflege Sohren, Oberschultheiß zu Freilaubersheim, Hofgerichtskosten, simmer. Truchseß, Supplikationen. Wehrzölle, Weinauflagen,	GLAK 75/18
1667	Hofgericht		GLAK 77/9647 Krn. 766/1

	Richter	Betreff	Hofgerichtssekretär
1668	Hofgericht	Schatzung in Kreuznach, Rechnungsverhör bei der Stadt Kreuznach, Zunftordnungen.	Krn. 762/1 Krn. 766/1
1669	Hofgericht	Zollwesen in der Vorderen Grafschaft Sponheim.	Krn. 762/1 GLAK 77/9647
1670	Hofgericht	Aufteilung der Frevelgeldeinnahmen des Hofgerichts, Pferdesteuer des Amtsschreibers, Bedenachlaß,	STAK 33/10248
1671	Hofgericht	1671 ist Weyland neu aufgenommen worden. Vorschlag, die pfälzische Kommissariatordnung in Sponheim durchzuführen. Terminfrage, Ämterstreit Kirchberg – Dill, Schatzungsrenovation, Geleitsgeld, Exercitium catholicum derer v. Metzenhausen, Nachsteuerfreiheit,	Krn. 762/1 STAK 33/2445
1672	Hofgericht (?) 1672–77 kein Hofgericht	Ende 1672 steht die Ratifikation eines Hofgerichtsabschieds (von 1671)? noch aus.	
1677 März, April	Hofgericht	Rechnungsverhör bei der Stadt Kreuznach, Monita des Oberamts, rheingräfliche Gravamina, Schatzung der Diller Mühle, vakante Güter, Weinschank, Jagdwesen, Gefällwesen, Rezeß des Kollektors, Reichssteuern, Wiedertäuferereigefälle, Papiersteuer, v. Plittersdorffs Wucherzins, Truchseß zu Kirchberg, Kaubenburg, Kreuznacher Stadtkapitän, Zinsmeistereigefälle, Oberbau, Mastgelder, Gefälle im Amt Gutenburg, leere Hausplätze, Salzungsgeld, Weinumgeld, Kreuzergeld in Wöllstein, Brannweinakzis, Ungeld an Messen, Ungeldrechnungen, Zollaufschlüsse, Forstrechnungen, Holzwesen, Fischer zu Breizenheim, Fischergeding, Weidwesen, Abgaben an die Oberbeamten, Ein- und Ausfuhrgeld, Judenschutz-	STAK 33/10471 GLAK 77/9647

1677
März, April

geld, Zunftwesen, 10. Pfennig, Besthäupter, Frongeldabrechnungen, bellhovichischer Lehengarten, Zehnung der Amtsknechte, Zehnteinfreitung, Bed- u. Teilwein, Zehntverleihungen, Heyenheimer Hof, herrschaftl. Wiesen, Unterschieß bei extraordinären Auflagen, Dienereinsetzung, Verschuldung der Gemeinden, Frondienste, Vergehen von Beamten, ungesühnte Vergehen, Güterkauf durch Oberbeamte, Auszug in Naumburg, Einzug von Gefällen, Zinse und Pachten, Naumburger Fron, Naumburger Schatzung, Hottenbacher Bede, Gefälleverwaltung, Frage eines Appellationskommissars,

STAK 33/10475
Krn. 762/1

(Stelle besetzt)

Kein gemeinschaftliches
Hofgericht, Akten
gehen z. T. an die
kurpfälz. Kanzlei.

1681

Krn. 762/1

Umscheid

Der Hofgerichtsssekretär ist nur von Baden instruiert, Bestellung eines Appellationskommissars wieder akut. Verschiedene Prozesse hängen noch am Hofgericht.

1683

STAK 33/10478

Frage eines Appellationskommissars, Gravamina der Stadt,

1684

(Stelle besetzt
und besoldet.)

1685

STAK 33/17
STAK 33/5

Kurpfalz will Abhaltung eines gemeinschaftl. Hofgerichts befördern. Findet wahrschl. im Juni statt.

1686

STAK 33/31

Seit längerem kein Hofgericht mehr gehalten. Verschiedene Prozesse bleiben liegen.

1699

	Richter	Betreff	Hofgerichtssekretär
1700, 1701	Regierungsrat Zachmann ad dies vitae Hofrichter der Vorderen Grafschaft Sponheim.		GLAK 75/93 STAK 33/9854 33/10252
1702	Kein Hofgericht		GLAK 75/97
1706	Prozesse hängen an oder gehen an Kurpfalz.		GLAK 75/95 (II)
1707	Appellationen gehen an die Kanzleien.		
1710	Kein Hofgericht		STAK 33/10253 Hofgerichts- sekretärsposten noch geführt, jedoch keine Besoldung ausgezahlt
1711		Die Befugnisse des Kreuznacher Hofgerichts werden an das kurpf. Hofgericht übertragen.	Vgl. Velten, Km. Hbltr., 56/1, S. 4

4. Bevölkerungsbewegung im Oberamt Kreuznach 1601–1791

	1601	1652	1674	1685	1701	1707	1787 ¹	1791	
Kreuznach	807	204	279	422	518	385 ²	786	864	(778)
Bosenheim	74	18	37	44	41	50	91	99	(80)
Schwabenheim	46	14	27	43	36	41	?	83	(81)
Sprendlingen	187	62	75	104	106	131	(badisch)		
(St. Johann)			19	22	22	21	(badisch)		
Oberhilbersheim	79	22	35	39	60	60	107	120	(98)
Zotzenheim	60	21	27	28	27	36	72	76	(61)
Gensingen	124	36	60	72	60	70	137	143	(123)
Langenlonsheim	166	44	66	78	70	85	171	173	(158)
Hackenheim	40	9	18	16	21	27	43	50	(47)
Frei-Laubersheim	50 (?)	34	48	64	52	68	115	125	(125)
Siefersheim	48	15	30	31	27		(kurmainz.)		
Wöllstein	130		39	56	63	65	(kurmainz.)		
Pleittersheim	22	38	15	19	23	21	(kurmainz.)		
Gumbsheim	38		8	11	11	13	(kurmainz.)		
Rüdesheim	30	9	10	11	13	19	44	49	(47)
Traisen	24	8	12	19	16	15	43	40	(37)
Weinsheim	61 (?)	18	23	43	36	36	91	95	(87)
Sponheim	45	12	24	33	26	33	86	83	(80)
Bockenau	34	20	31	31	20	31	90	90	(85)
Auen	18	6	7	11	8	11	25	20	(27)
Hargesheim	30	9	12	17	12	10	38	43	(39)
Roxheim	70	24	26	39	42	42	104	114	(93)
Gutenberg	33		24	29	26	26	46	50	(49)
Braunweiler	34	12	17	23	19	24	51	56	(56)
(St. Katharinen)								18	(16)

1) Nach Widder (Zahlen um 1787).

2) Ohne die gefreiten Personen.

Die Ziffern geben an:

1601 Herdstätten

1652 huldigungsfähige Familienvorstände

1674 huldigungsfähige Familienvorstände

1685 huldigungsfähige Familienvorstände (einschl. d. „Jungen Mannschaft“)

1701 Familienvorstände

1707 Familienvorstände

1787 Familien

1791 Familien, in Klammern: Feuerstätten

	1601	1674	1685	1701	1707
Kirchberg		60	85	70	71
Außenbürger:		37	66	55	
Oppertshausen	4	4	9	5	5
Rödern		5	7	7	7
Denzen	4	2	4	3	3
Maitzborn		6	18	8	7
Dillendorf		7	11	14	14
Schönborn		9	10	9	9
Biebern		1	1	2	2
Nieder-Kostenz		1	4	3	1
Sohren		1	1	1	1
Lauzenhausen		1	1	3	1
Pflege Sohren					
Sohren	1	27	37	25	23
Niederweiler		11	19	10	13
Büchenbeuren		9	14	11	13
Wallenau		9	9	9	9
Lauzenhausen		11	9	9	9
Hahn		9	12	9	10
Bärenbach		15	13	12	13
Hintersassen:					
Horbruch		5	6	5	5
Gossenroth		1	2	1	1
Lötzbeuren	16	4	6	5	5
Rhaunen		1	1	1	1
Pflege Kostenz					
Ober-Kostenz	2	11	16	11	15
Nieder-Kostenz	3	10	11	9	11
Würrich		9	11	8	8
Altlay		14	24	19	24
Belg		12	18	12	14
Rödelhausen		3	6	5	6
Kappel		27	31	25	25
Kludenbach		5	7	7	7
Metzenhausen		5	13		14
Todenroth	1			13	
Womrath		12	21	17	15 (5) ³
Dickenschied		2	3	3	3
Rohrbach		5	4	5	6
Hecken		6	7	8	8
Lötzbeuren	16		1	1	1
Raversbeuren	1			1	1

3) und Panzweiler

	1601	1674	1685	1701	1707
Pflege Hottenbach					
Hottenbach	25	16	20	18	18
Hellertshausen	7	7	7	5	6
Hintersassen:					
Schauren	7	2	2	1	2
Bruchweiler	12	6	6	10	7
Sensweiler			3		
Horbruch			1		
Coppenstein					
Gehlweiler	18	13	15	13	10
Schlierschied	9	4	6	5	5
Henau	16	10	17	12	11
Brauweiler		3	6	6	6
Kellenbach	10	10	13	8	9
Sesbach	16		13	10	12
Weitersborn	8			3	4
Mengerschied	8	2	5	3	3
Schwarzerden	14	13	20	14	14
Oberkirn	7	2	3		
Martinstein	4				
Naumburg					
	1601	1652	1685	1701	1707
Becherbach	32	5	23	19	19
Hachenbach ⁴	5			12	
Bärenbach	12	4	9	9	11
Oberreidenbach	12	5	18	11	11
Heimberg	7	3	5	5	4
Limbach	16	4	14	12	14
Krebsweiler	11	6	15	10	11
Weierbach	10	5	15	13	14
Löllbach	3		1	1	
Fronhausen	1	—	—	—	—
Dall	3		—	—	—
Schmidthachenbach	22 (7)	6	11		13
Niederreidenbach	1				
Kirchroth	11				

4) Ober- u. Sienhachenbach

5. Adlige Güter u. Klosterbesitz in der Vorderen Grafschaft Sponheim um 1600

(Geringer Grundbesitz wurde gelegentlich unberücksichtigt gelassen.)

Kloster Altenmünster (Mainz)	v. Leyen
Spital zu Bacharach	Hans Endres v. Leyen
Kaspar v. Bacharach	Johann Meinhard v. Leyen
Waltbott v. Bassenheim (Maifeld)	Philipp v. Leyen
Bayer v. Bellenhoven	v. Lewenstein
Meinhard Bayer v. Bellenhoven	Mainzer Deutschherren
Beuser v. Bingen	Mainzer Domstift
Kloster Chumbd	Mainzer Kartause
Kloster Daimbach	Kloster Marienhausen (Rheingau)
Johann v. Dalberg	Schörr zu Meisenheim
Junker Dalberg und Leyen	v. Metzenhausen
Kloster Dalen (Mainz)	Stumpfen zu Neuenleiningen u. Grumbach
v. Dehrn	Graf v. Oberstein
v. Dienheim	Jörg v. Oberstein
Hans Jakob v. Diez	v. Venningen zu Oppenheim
Amt Dill (H. G.)	Johann Cuno v. Wallbrunn zu Partenheim
Kloster Disibodenberg	Philipp v. Partenheim
Sickingen zu Ebernburg	Pfalzgraf Johann
Dr. Philipp Franz v. Eheim	Gemeine Junker zu Randecken (Ganerbschaft)
v. Eich	Göler v. Ravensburg
Dietrich v. Ellenbach	Rheingrafen
Emmerich v. Eltz	Rheingrafen auf Kyrburg und zu Dhaun
Kaspar v. Eltz	Rheingraf Otto
Kratzen v. Enkirch (Mosel)	Rheingraf zum Rheinrafenstein
v. Schmidtburg u. Wiltberg zu Enkirch	Kloster Reversberg (Ravengiersburg)
Kloster Erbach (Eberbach)	Jost v. Riedt
Emicho v. Falkenstein	Kloster Ruppertsberg
Philipp Franz v. Dhaun, Graf zu Falkenstein	Frau v. Sassenrodt
Agnes von der Fels	Franz v. Scharffenstein
Heinrich v. Geispitzheim	Kratzen v. Scharffenstein
Pfarrer v. Getzenbach	v. Schmidtburg
Stumpf zu Grumbach	Hans Heinrich v. Schmidtburg
Dietrich Hohesteiner	Heinrich Schenk v. Schmidtburg
Kirche Hüffelsheim	Philipp Friedrich v. Schmidtburg
v. Hunolstein	v. Schönberg
Johann Schweikard v. Hunolstein (?)	Hans Meinhard v. Schönberg
(vgl. Fabricius VI, 37)	Philipp v. Schönborn
Hans Jakob v. Ingelheim	Hürten v. Schönecken
Hans Wilhelm Knebel (v. Katzenelnbogen)	Philipp Langwerth v. Simmern
Wolfgang v. Kellenbach	Braunen v. Sobernheim
Frau v. Kesselstadt	Georg Wilhelm v. Soetern
Kommenterherrn	Wolffen v. Sponheim
v. Koppenstein	Fausten v. Stromberg
Bernhard v. Koppenstein	Hans Moritz Stumpf Erben
Heinrich v. Koppenstein	Kloster Tholey
Konrad v. Koppenstein	Augustin Haust v. Ulmen
Meinhard v. Koppenstein	Stumpfen v. Waldeck
Hartmann v. Kronenberg	v. Wiltburg
Kurmainz	Hans Winterbecher
Kurpfalz	Severin Wolf gen. Messerschmidt
Kurtrier	Christophel v. Wonsheim

6. (Fremde) Zehntherrn im Oberamt Kreuznach um 1600.

Nach der Kreuznacher Oberamtsbeschreibung des Johann von Eltz.

Abtei Erbach (Eberbach)	Gumbsheim
Abtei Tholey (u. deren Hofleute)	Frei-Laubersheim
Ausfaut von Alzey	Siefersheim
v. Bellenhoven	Bärenbach, Büchenbeuren, Hahn, Lautzenhausen, Niedersohren, Nieder- weiler, Siefersheim, Sohren, Wahlenau
Beuser v. Bingen	Bosenheim
Hans v. Biesterschied	Schmidthachenbach
Hartmann v. Cronberg	Rüdesheim
Johann v. Dalberg	Langenlonsheim
v. Dienheim	Roxheim
Amt Dill	Altlay, Büchenbeuren, Kappel, Nieder- Kostenz, Ober-Kostenz, Schwarzen, Sohren
Disibodenberger Hof zu Kreuznach (pfälz.) *	Bockenau
v. Eberstein	Becherbach, Heimberg, Krebsweiler, Schmidthachenbach
v. Eltz	Langenlonsheim
Johann Friedrich v. Eltz	Rüdesheim
Graf v. Falkenstein	Wöllstein
Philipp Franz v. Dhaun, Graf v. Falkenstein	Krebsweiler
Hans Friedrich v. Ingelheim	Zotzenheim
Hans Jakob v. Ingelheim	Sprendlingen
Propst in der Klausen (bei Raven- giersburg? vgl. Fabricius VI, 114)	Hahn
Kreuznacher Landschreiber	Bärenbach, Zotzenheim
v. Lewenstein	Gensingen, Weinsheim
Bernhard v. Lewenstein	Dillendorf, Weierbach
v. Lewenstein zu Kallenfels	Auen
v. Lewenstein zu Randecken (Alsenz)	Limbach
v. Leyen	Auen
Hans Enders v. der Leyen (als schönborn. Vormund)	Rüdesheim
Hilchen v. Lorch	Gensingen
Konrad v. Coppenstein zu Mandel	Braunweiler, Würrich

Domherren zu Mainz
 Präsenz zu Mainz
 Emmesten v. Medard (?)
 Verschiedene Meisenheimer Zehnt-
 inhaber
 Bernhard v. Metzenhausen
 Grafen v. Nassau-Saarbrücken
 Amt Naumburg
 Grafen und Herren zum Oberstein

 Johann Cuno v. Wallbrunn zu
 Partenheim
 Pfarrer eines fremden Territoriums

 Rheingrafen
 Rheingraf Adolf
 Brömser v. Rüdesheim
 Kloster Ruppertsberg
 Junker Kratz v. Scharffenstein
 Hans Heinrich v. Schmidtburg
 Hans Wolf Schenk v. Schmidtburg
 Hofleute des Schneeberger Hofes
 (bei Wöllstein)
 Johann M. v. Schöneberg
 Waltbott v. Sevenich
 v. Sickingen
 Hans Friedrich v. Sickingen z. Sien

 Gemeinschaft der V. G.

 Faut zu Sprendlingen
 Fausten v. Stromberg
 Wild- u. Rheingraf Otto v. Kyrburg

 v. Wiltberg
 Junker Christoph v. Wonsheim
 Herrschaft Zweibrücken

Gensingen, Traisen
 Gensingen
 Schmidthachenbach
 Hargesheim

 Metzenhausen, Rödelhausen, Schwarzen
 Langenlonsheim, Wöllstein
 Bärenbach
 Becherbach, Heimberg, Krebsweiler,
 Limbach, Schmidthachenbach
 Heimberg, Krebsweiler, Schmid-
 hachenbach
 Auen, Bockenau, Gumbsheim, Hahn,
 Limbach, Niedersohren, Oberhachen-
 bach, Oberreidenbach, Oppertshausen,
 Schlierschied, Traisen
 Bosenheim, Kreuznach, Zotzenheim
 Braunweiler
 Gensingen
 Gutenberg, Roxheim
 Hottenbach
 Auen, Gehlweiler
 Bärenbach
 Wöllstein

 Bosenheim
 Büchenbeuren
 Auen
 Löllbach, Oberhachenbach, Ober-
 reidenbach
 Becherbach, Braunweiler, Gemünden,
 Gutenberg, Hackenheim, Hargesheim,
 Ippesheim, St. Johann, St. Katharinen,
 Ober-Hilbersheim, Ober-Kostenz,
 Pfaffen-Schwabenheim, Pleitersheim,
 Rödelhausen, Roxheim, Schmidthachen-
 bach, Sponheim, Sprendlingen
 Sprendlingen, St. Johann
 Weinsheim
 Hottenbach, Krebsweiler, Oberhachen-
 bach, Schmidthachenbach, Weierbach
 Bärenbach, Kludenbach, Siefersheim
 Gumbsheim, Siefersheim, Wöllstein
 Wöllstein

7. Übersicht über Währung, Maße und Gewichte im Oberamt Kreuznach (1).

	1620		1624		1630		1651	
Gulden	26	alb	26	alb	26	alb	30	alb
Albus	8	Pfg	8	Pfg	8	Pfg	8	Pfg
Pfennig	1 1/2	hlr	1 1/2	hlr	1 1/2	hlr	1 1/2	hlr
Kreuzer								
Heller								
Pfund Heller	15	alb					15	gute alb
Reichstaler	1 1/2	fl ²	36	baz	1/2	fl		
Philippstaler			40	baz	25	baz		
Schillingsheller							6	Pfg
Petermännlein								
(Trier. Währung)								
	1670		1710		1720		1785	
Gulden	30	alb	30	alb	30 (24)	alb 2a	30	alb
Albus	8	Pfg	2	kr	8 (9)	Pfg	2	kr
Pfennig	1 1/2	hlr						
Kreuzer			8	hlr			8	hlr
Schillingsheller					6	Pfg		
Petermännlein	1 fl	17 alb						
		4 Pfg						

Getreidemaße:

Amt Kreuznach

- 1 Malter = 4 Virnzal
- Virnzal = 2 Simmer
- Simmer = 4 Sester (= 3 Dreiling)
- Sester = 3 Kumpf (= 4,3039 Ltr; Aldefeld 83)
- Dreiling = 1 Sester 1 Kumpf

1 Malter = 1 mltr 1 simm 2 2/5 Heidelberger (glatte) Maß

Amt Kirchberg

- 1 mltr Korn = 1 mltr 2 1/2 sest Kreuznacher Maß³
- 1 mltr Hafer = 1 mltr 3 simm Kreuznacher Maß

1) Nach den Oberamtstruchsesserei-Rechnungen sowie B. St. M. Cgm 2654; vgl. auch Aldefeld pass., (Jörg 174f).

2) Bzw. 2 1/2 fl Brabanter Währung, auch 30 baz.

2a) In Klammern d. Wert des Altgeldes.

3) Nährungswerte v. 1702 (GLAK 75/95).

Amt Koppenstein (u. Winterburg)

1 mltr $\frac{1}{2}$ sest Korn (gestrichen) = 1 mltr Krzn. Maß

1 mltr Hafer (gestrichen) = 1 mltr $2\frac{1}{2}$ simm Krzn. Maß

Amt Naumburg

1 mltr Korn (gestrichen) = 1 mltr $\frac{1}{2}$ sest Krzn. Maß

1 mltr Hafer (gehäuft) = 1 mltr 3 simm $\frac{1}{2}$ sest Krzn. Maß (gestrichen)

1 mltr Hafer (gestrichen) = 1 mltr 1 sest Krzn. Maß (gestrichen).

Wein, (Bier)⁴

Fuder = 6 Ohm

Ohm = 20 Viertel (= 133,8922 Ltr; Aldefeld 74)

Viert. = 4 Maß

Maß = 4 Schoppen (Eichmaß)

1772 weiterhin:

Lägel = 42 Maß oder $10\frac{1}{2}$ Viert.

Rhein. Stück = 1 Fud. $1\frac{1}{2}$ Ohm

Zulast = 4 Ohm

Heu

1 Wagen (= 2 Karch) grün = 7 Ztr

dürr = 6 Ztr

(jeweils in 60 Gebund zu 10 Pfund).

Holz

1 Klafter = 6 Schuh hoch u. 6 Schuh breit.

Längenmaße

1 Kreuznacher Elle = 22 Zoll (Elle = 0,5572 m; Aldefeld 55).

1 Feldschuh (Krzn. Altmaß) = 11 Zoll Nürnberger Maß

1 Feldschuh (Krzn. neues Maß) = 13 Zoll Nürnberger Maß

Gewichte⁵

1 Maß Wasser = 122 Lot = 3 Pfund

1 Lot = 14,573 Gramm (Aldefeld 95)

4) Für Milch und Hefe galt das doppelte Weinmaß.

5) Den Frankfurter Gewichtsbestimmungen angeglichen (1772).

8. Karten und Abbildungen

OBERAMT KREUZNACH (Vordere Grafschaft Sponheim)

1437–1708 pfälz.-bad.
(Ober-)Amt Kreuznach



ab 1708 kurpf. Oberamt Kreuznach
ab 1708 bad. Amt Sprendlingen
ab 1714 mainz. Amt Neu-Bamberg

1437–1708 pfälz.-bad.
Amt Kirchberg
(Kreuznacher Unteramt)



Pflege Kostenz
Pflege Sohren
Pflege Hottenbach
Ämtlein Koppenstein

1708
bad. Oberamt
Kirchberg

1437–1708 pfälz.-bad.
Unteramt Naumburg



Oberamt Böckelheim. 1714 als
Unteramt zu Kreuznach



Durch den Selzer u. Hagenbacher
Ausgleich an das Oberamt Kreuznach (1768)



Durch Vertrag von 1779 von Pfalz-Zweibrücken
an das Oberamt Kreuznach



Herrschaft Ebernburg. 1771 an das Oberamt
Kreuznach



Ritterschaftliche Enklaven



Sirittige Gebiete

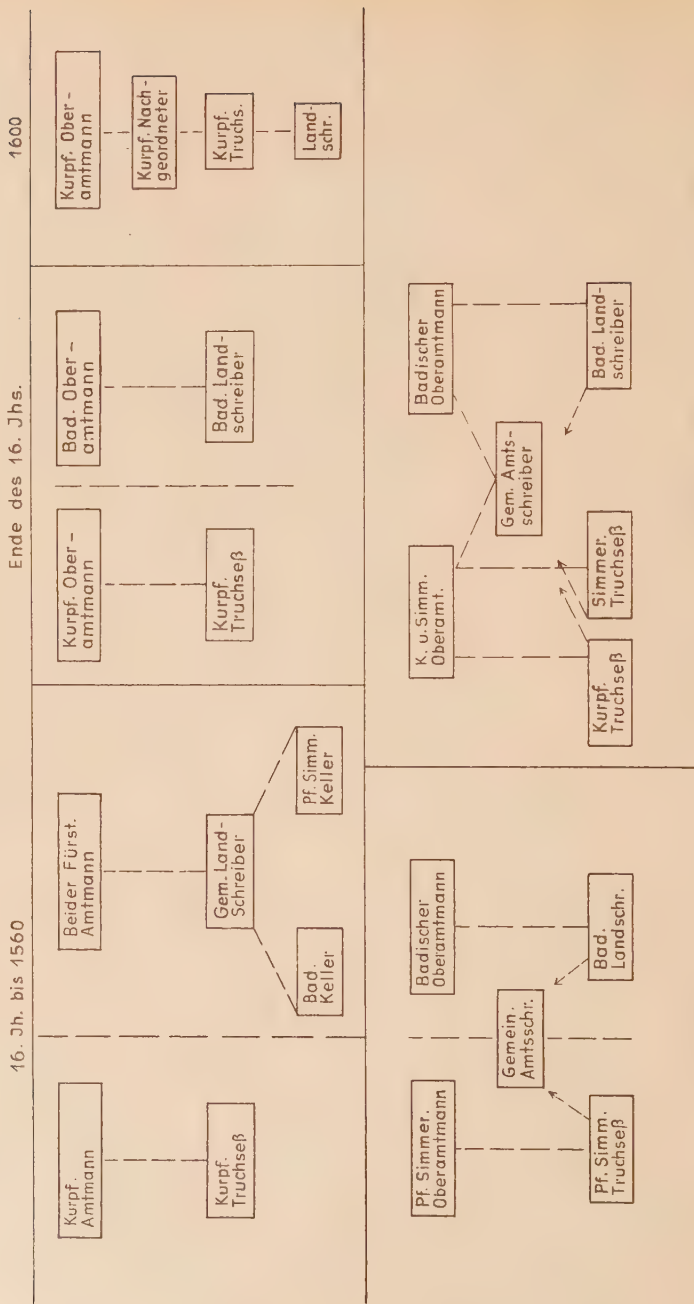


1 Lötzbeuren
2 Brauweiler

Oberamt Kreuznach (Vordere Grafschaft Sponheim)



Die Oberamtsverwaltung des vordersponheimischen Kondominats

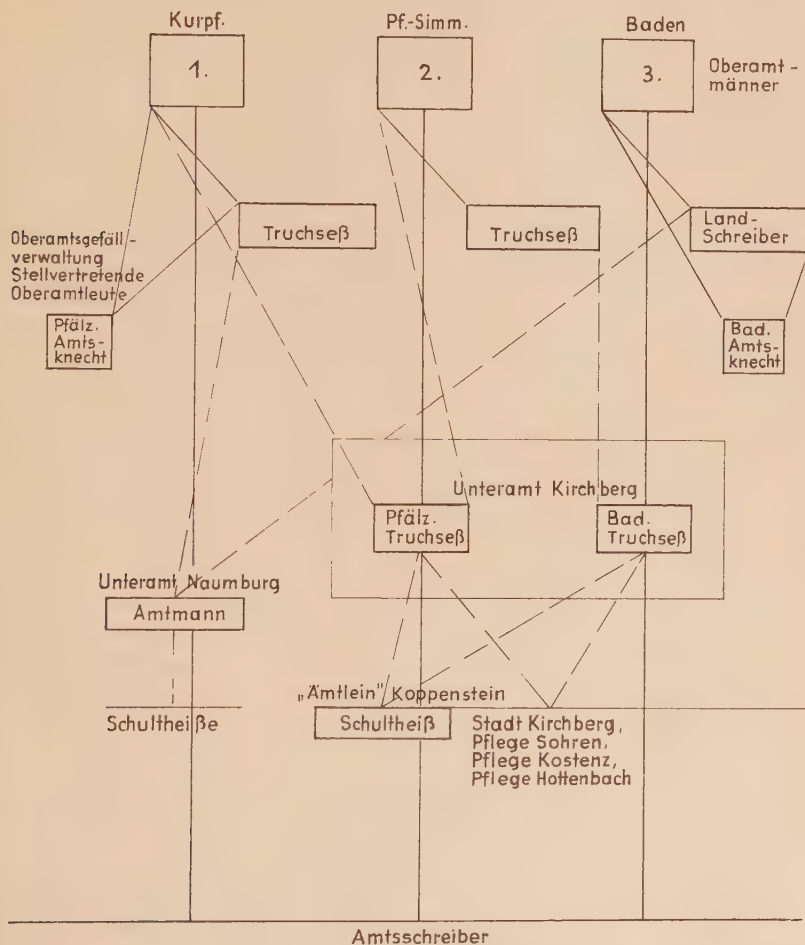


1657

1660

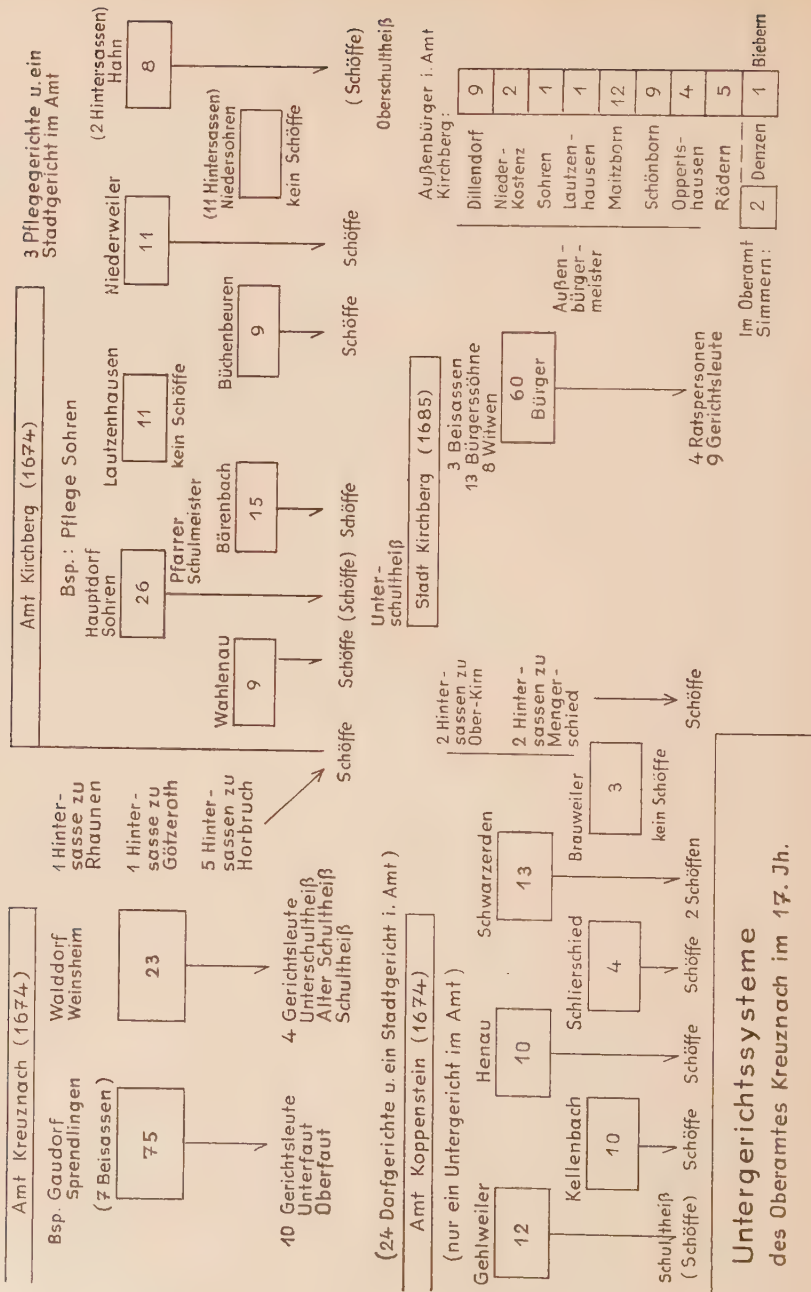
Oberamt Kreuznach (Vordere Grafschaft Sponheim)

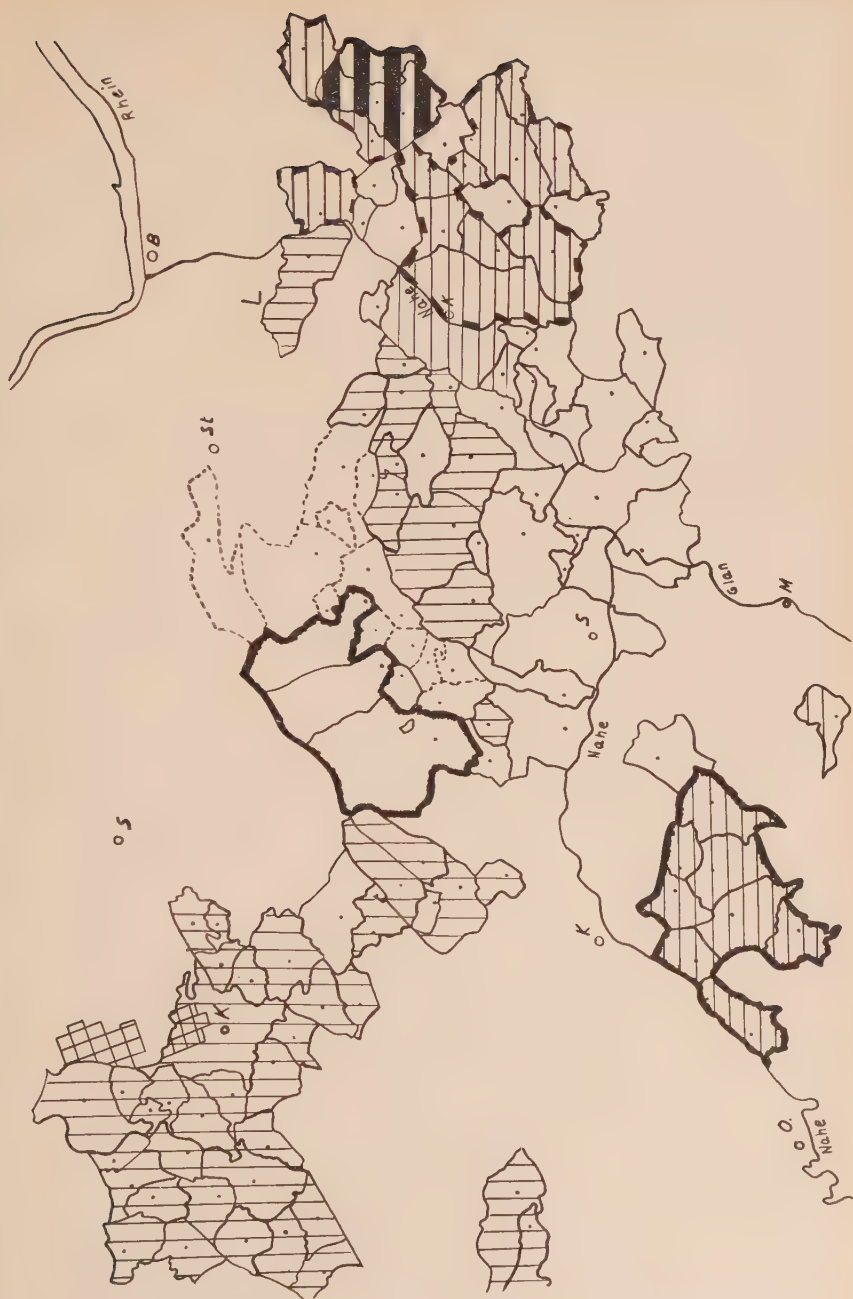
Verwaltung, Instanzenzug (Bsp. 16. Jh.)



Stadt Kreuznach, (Ober-) Faute und (Ober-) Schultheiße des Kreuznacher Amtsbezirks sowie der sponheim. Schultheiß der Gemeinschaft Wöllstein und der sponheim. Faut zu Planig.

Bzw. auch Amtmänner in Koppenstein

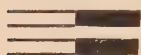




BADISCHE TEILUNGSPROJEKTE

für die Vordere Grafschaft Sponheim 1665 – 1707

1. Erstes konkretes Teilungsprojekt, in Baden zwischen 1653 und 1673 entstanden (undatiert). Die Teilung wird unter den Kondomini seit 1665 offiziell erwogen und diskutiert.



erhält das Haus Baden,



soll Kurpfalz und Pfalz-Simmern zufallen.

2. Vorschlag einer „Bilance“ durch den badischen Landschreiber zu Kreuznach, Antonius Colson, v. 7. 8. 1701.

Baden erhält: | | | |

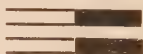
zuzüglich: fett umrandete Gebiete

3. Die kurpfälzischen Hunsrückgemeinden Denzen und Reckershausen werden von dem badischen Truchsessin Geis als Äquivalente für sponheimisches Territorium vorgeschlagen (1701):

4. Teilungsvorschlag des Freiherrn v. Plittersdorf v. 16. 7. 1706. Baden soll die Kreuznacher Altstadt (rechts der Nahe) und die Gaudörfer des Kreuznacher Amtes erhalten (vgl. Markgraf Ludwig Wilhelms Vorschlag v. 6. 7. 1705, nach dem Baden ganz Kreuznach zufallen soll, a. a. O.).

5. „Kurzer Aufsatz eines unmaßgeblichen Projekts“:

Kurpfalz erhält die Gaudörfer



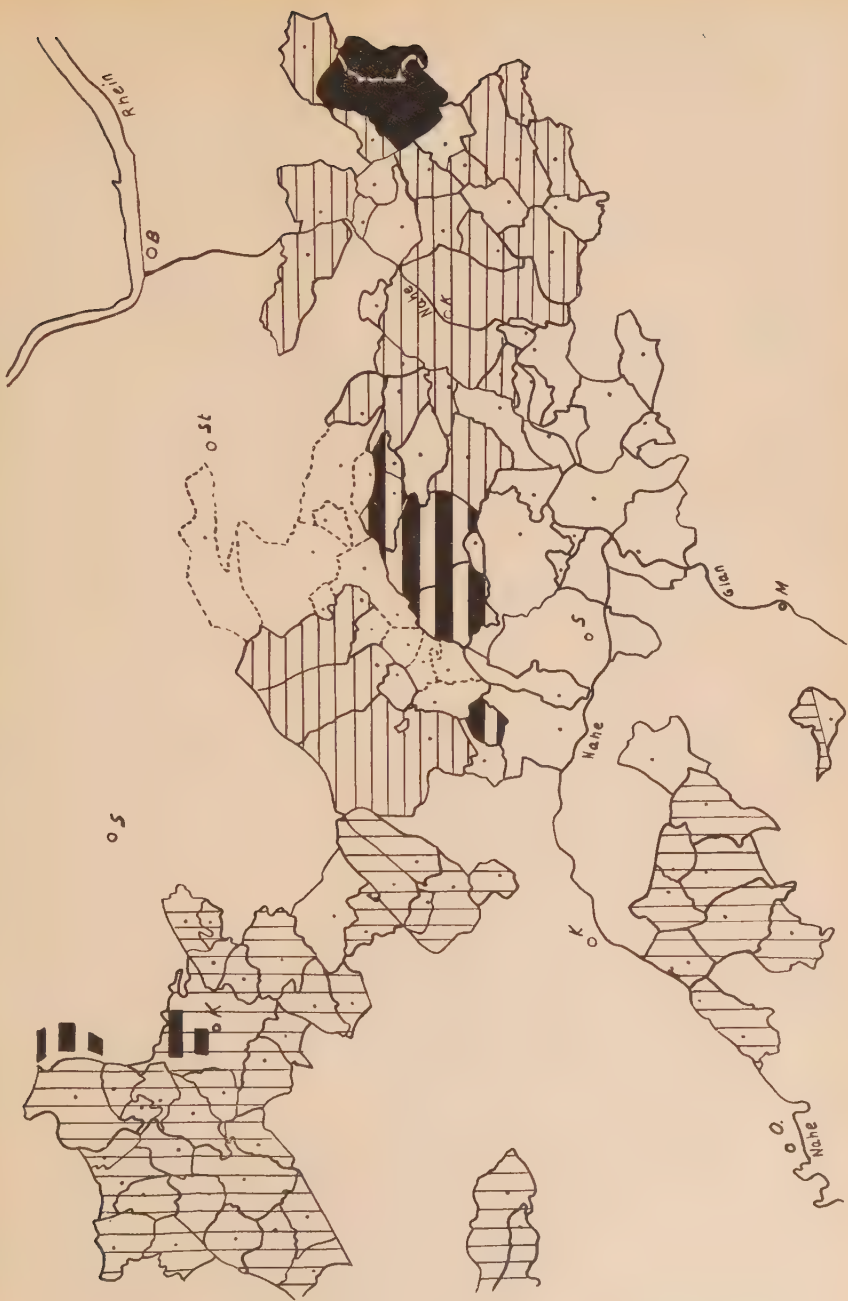
die Stadt Kreuznach (K)

und Langenlonsheim (L) | | |

Hinsichtlich der Ergänzung des badischen Anteils wird an die außersponheimischen Orte Denzen, Reckershausen, Neuburgweier und Illingen gedacht. Neuburgweier wird Ende 1706 von Baden in die Diskussion gebracht.

6. Am 5. 8. 1707 fordert Baden außer den Unterämtern, Denzen, Reckershausen und Neuburgweier noch Sprendlingen und St. Johann.

Kurpfälzische Teilungsprojekte für die Vordere Grafschaft Sponheim



KURPFÄLZISCHE TEILUNGSPROJEKTE

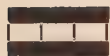
für die Vordere Grafschaft Sponheim



1. 1702 billigte Kurpfalz dem Haus Baden die Kreuznacher Unterämter und nötigenfalls einen außersponheimischen Ausgleich zu.



2. Im Juli 1706 bietet Schelm von Bergen dem badischen Bevollmächtigten, Baron v. Plittersdorf, zur Auffüllung des markgräflichen Quantums die auf der Gauseite gelegenen Gemeinden Sprendlingen und St. Johann an.



3. Das kurpf. Abteilungsprojekt v. 29. 4. 1707: Baden soll die drei Unterämter sowie die Waldorte Bockenau, Auen, Sponheim und Braunweiler aus dem Amt Kreuznach, dann Denzen und Reckershausen aus dem kurpfälzischen Oberamt Simmern und schließlich das oberrheinische Neuburgweiler (Oberamt Germersheim) erhalten.

4. Vom 4. 8. bis 8. 8. 1707 erfolgt die endgültige Zusammenstellung eines erfolgversprechenden Teilungsprojektes durch die Konferenzteilnehmer.

- a) Baden erhält die Unterämter sowie Bockenau, Auen, Sponheim, Braunweiler, Denzen, Reckershausen und Neuburgweiler.
- b) Statt der genannten vier Hunsrückgemeinden kann sich Baden auch für Sprendlingen und St. Johann entscheiden.

Dieser später realisierte Plan entspricht den kurpfälzischen Vorstellungen, nicht aber denen der badischen Kenner der sponheimischen Gebiete.

Fremde Leibeigene
im Oberamt Kreuznach i. J. 1707

(Die in roten Flächen sind von Hinterlassen frei;
die schwarze Farbe bezeichnet Gemeinden,
in denen fremde Leibeigene wohnen)

(Die lin'erten Flächen sind von Hinterrassen frei;
die schwarze Farbe bezeichnet Gemeinden,
in denen fremde Leibeigene wohnen)

Oberamt Kreuznach



(Karte um 1700) GLAK 75/95

LEBENS LAUF

Am 31. März 1936 wurde ich, Winfried Dotzauer, als Sohn des Monteurs Philipp Dotzauer und seiner Ehefrau Annemarie, geb. Kron, in Bad Kreuznach geboren. Vom Herbst 1942 besuchte ich die Volksschule in Bad Kreuznach. Nach Abschluß der Volksschulzeit trat ich am 3. Oktober 1950 in die Staatliche Kurfürst-Balduin-Aufbauschule zu Münstermaifeld ein und legte dort am 21. Februar 1956 die Reifeprüfung ab. Am 26. April 1956 wurde ich an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz immatrikuliert und studierte ^L dort Geschichte und Germanische Philologie. Während meines bisherigen Studiums an der Philosophischen Fakultät besuchte ich Vorlesungen und Übungen bei den Herren Professoren und Dozenten Ballauff, Bischoff, Diemer, Ewig, Falkenburger, Flemming, Gerlich, Hilckman, Holzamer, Instinsky, Jarno, Just, Lockemann, Ohly, Petry, Requadt, v. Rintelen, Rupp, Stallmach, Wagner, Wellek, Wentzlaff-Eggebert. Meine Dissertation entstand unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Ludwig Petry.

Lrt

Berichtigungen: S. 3 Z. 4 streiche im; S. 9 Z. 5 lies das;
S. 17 Anm. 4 lies Häusser; S. 20 Z. 12 lies nicht; S. 52
Z. 11 lies Philipp Wilhelm; S. 65 Z. 2 lies markgräf-
lichen; S. 68 Z. 18 lies Zentripetalkräften; ebd. Anm. 8
ergänze zu Mitregent ein; S. 79 Z. 19 lies samstäigen;
S. 87 Z. 10 lies Spitze; S. 88 Anm. 5 lies Appelliert;
S. 90 Anm. 21 Z. 6 lies u.; ebd. Z. 9 lies bad.; S. 95
Anm. 10 lies Kulturströmungen; S. 97 Anm. 26 streiche
die Klammer vor Bosenheim; S. 115 Anm. 17 lies der-
gestalt; S. 122 Z. 2 lies unverwirklicht; S. 135 Z. 2 lies
letztmals; S. 149 Z. 29 statt Anm. (6) lies Anm. (65); S. 150
Anm. 4 lies Kurpfalz; S. 151 Z. 26 lies Jahrhunderts;
S. 173 Z. 22 lies dominium plurium; S. 195 Z. 14 lies
aufgeteilte; S. 205 Z. 21 lies gefälltten; S. 207 Z. 39
lies Jahrhunderts; S. 214 Z. 6 lies offensicht(-lich);
S. 217 Z. 13 lies nachhaltigen; S. 248 Z. 7 lies extra-
ordinären.

